

**Wissenschaft als Beruf:
Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020**

Herausgegeben von
Harald A. Mieg, Christiane Schnell
und Rainer E. Zimmermann

Gesellschaft für
Wissenschaftsforschung



Harald A. Mieg
Christiane Schnell
Rainer E. Zimmermann
(Hrsg.)

Wissenschaft als Beruf

Wissenschaftsforschung
Jahrbuch 2020

Mit Beiträgen von:

*Christiane Schnell • René Krempkow •
Daniela Böhringer, Roman Felde, Kai-
Olaf Mainwald • Sandra Beaufrays,
Andrea Lötber • Julia Reuter,
Oliver Berli, Anna Iblo • Heinz Bude •
Ian Hunter • Harald A. Mieg •
Georg Krücken • Philipp Pohlenz •
Peer Pasternack • Peter Münte •
Peter Ullrich • Jürgen Renn,
Giuseppe Castagnetti, Simone Rieger •
Heinrich Parthey • Hubert Laitko •
Rainer E. Zimmermann*

Wissenschaftsforschung
Jahrbuch 2020

Wissenschaftlicher Verlag Berlin
wvb

Bibliographische Informationen Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISBN 978-3-96138-282-8

<https://doi.org/10.18452/23213>

Ein halbes Jahr nach Erscheinen der Printversion wird das Werk auf dem edoc-Server der Humboldt-Universität zu Berlin open access zur Verfügung gestellt.

2021 Wissenschaftlicher Verlag Berlin
Olaf Gaudig & Peter Veit GbR
www.wvberlin.de

Druck und Bindung: Schaltungsdienst Lange o.H.G., Berlin
Printed in Germany
€ 39,80

Inhaltsverzeichnis

Autorinnen und Autoren

Vorwort

Zur Einführung

CHRISTIANE SCHNELL

Wissenschaft als Beruf im Zeichen strukturellen Wandels..... 15

1. Wissenschaft als Beruf heute

RENÉ KREMPKOW

Karrierperspektiven für Nachwuchsforschende in Deutschland 29

DANIELA BÖHRINGER, ROMAN FELDE & KAI-OLAF MAIWALD

Ist die harte Argumentation an der Sache „zu hart“? Tendenzen der Informalisierung und Formalisierung in der Promotionsbetreuung..... 45

SANDRA BEAUFAY'S & ANDREA LÖTHER

Exzellente Hasardeurinnen. Beschäftigungsbedingungen, Geschlechterungleichheit und Exzellenzförderung 79

JULIA REUTER, OLIVER BERLI & ANNA IHLO

*„Sind nett zu mir (.) bin nett zu ihnen“: Beruf und Berufung am Beispiel von Professor*innen im Rubestand* 99

2. Max Webers „Wissenschaft als Beruf“

HEINZ BUDE

100 Jahre jung: Max Webers „Wissenschaft als Beruf“ 117

IAN HUNTER

Wissenschaft als Beruf, Philosophie als Religion 131

HARALD A. MIEG

Die Schließung des Feldes wissenschaftlicher Tätigkeit: Wissenschaft als Profession 163

GEORG KRÜCKEN <i>Wissenschaftsfreiheit als Institution – Überlegungen zum Wandel ihrer Rahmenbedingungen und Herausforderungen in Deutschland</i>	179
3. Strukturbedingungen von Wissenschaft als Beruf	
PHILIPP POHLENZ <i>Gesellschaftliche Transformationsdynamiken und die Entwicklung des Wissenschafts-systems. Konflikte und Bewältigungsstrategien</i>	197
PEER PASTERNAK <i>Auch noch Wissenschaftskommunikation als Beruf?</i>	213
PETER MÜNTE <i>Professionalisierung in der verwalteten Universität? Theoretische und empirische Aspekte der Analyse akademischer Lehre</i>	233
PETER ULLRICH <i>Organisierung und Mobilisierung im akademischen Kapitalismus: Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit prekär-mobiler Wissensarbeiter*innen</i>	255
4. Die historisch-philosophische Sicht auf Wissenschaft als Beruf	
JÜRGEN RENN, GIUSEPPE CASTAGNETTI [†] & SIMONE RIEGER <i>Adolf von Harnack und Max Planck: zwei Wissenschaftsorganisatoren und die Neuordnung der Wissenschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts</i>	279
HEINRICH PARTHEY [†] <i>Forschungssituation und Forschungsinstitut: Analyse ihrer Formen und Beziehungen</i>	315
HUBERT LAITKO <i>Heinrich Partheys Weg zur Wissenschaftsforschung. Die formativen Jahre</i>	343
RAINER E. ZIMMERMANN <i>Kritik und Innovation: Zu einigen Aspekten der Wissenschaft als Beruf</i>	443

Autorinnen und Autoren

SANDRA BEAUFAÿS, Universität Duisburg-Essen

OLIVER BERLI, Department für Erziehungs- und Sozialwissenschaften,
Erziehungs- und Kultursoziologie, Universität Köln

DANIELA BÖHRINGER, Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duis-
burg-Essen

HEINZ BUDE, Lehrstuhl für Makrosoziologie, Universität Kassel

GIUSEPPE CASTAGNETTI[†], Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschich-
te, Berlin

ROMAN FELDE, Universität Osnabrück

IAN HUNTER, University of Queensland, Australien

ANNA IHLO, Universität Köln

RENÉ KREMPKOW, Stabsstelle Qualitätsmanagement, Humboldt-
Universität zu Berlin

GEORG KRÜCKEN, International Centre for Higher Education Research
Kassel, Universität Kassel

HUBERT LAITKO, Gesellschaft für Wissenschaftsforschung, Berlin

ANDREA LÖTHER, GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln

KAI-OLAF MAIWALD, Professor für Mikrosoziologie und qualitative Me-
thoden, Universität Osnabrück

HARALD A. MIEG, Humboldt-Universität zu Berlin

PETER MÜNTE, Institut für Psychosoziale Intervention und Kommunikationsforschung, Universität Innsbruck

HEINRICH PARTHEY[†], Gesellschaft für Wissenschaftsforschung, Petershagen

PEER PASTERNAK, Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

PHILIPP POHLENZ, Hochschulforscher, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

JÜRGEN RENN, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin

JULIA REUTER, Professorin für Erziehungs- und Kultursoziologie, Humanwissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln

SIMONE RIEGER, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

CHRISTIANE SCHNELL, Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt

PETER ULLRICH, Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin

RAINER E. ZIMMERMANN, Clare Hall, UK – Cambridge / Institut für Design Science München e.V.

Vorwort

Unser Jahrbuch 2020 fällt in die Zeit der Pandemie. Schon lange nicht mehr ist Wissenschaft so in der Öffentlichkeit sichtbar gewesen. Jeder Fernsehsender präsentiert die eigene Virologin oder den eigenen Virologen, von denen kaum jemand zuvor wusste und die genau genommen spezifischen Fachgebieten zugeordnet werden müssten, etwa der Epidemiologie, Toxikologie, Immunologie oder der Intensivmedizin. Die Pandemie entwickelt sich zum Lehrstück für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Manche befürchten, dass Wissenschaft in der Pandemie den Freischein für *gouvernementalité*, neue starkes Regierenwollen, liefert. Auf jeden Fall erleben wir ein Ringen um Wahrheit, genauer: einen Glaubenskampf zwischen den Wahrheiten unterschiedlicher sozialer Partikularinteressen. Wo steht hier Wissenschaft als Beruf? Kommt der Wissenschaft noch wirkliche Autorität in Wahrheitsfragen zu?

Dieses Jahrbuch zu Wissenschaft als Beruf ist ein Gemeinschaftswerk der Gesellschaft für Wissenschaftsforschung und der Sektion Professionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Denn es geht gleichermaßen um die Frage: Was ist Wissenschaft? wie auch: Was ist Beruf? Das Jahrbuch umfasst 17 Beiträge, wobei ein Großteil aus der Hochschulforschung stammt und die geänderten Karriere- und Strukturbedingungen im Kontext der Universität darstellt. Einen Einstieg und eine Einschätzung aus professionalsoziologischer Sicht bietet das Einführungskapitel von Christiane Schnell. Im Zuge eines tiefgreifenden Wandels wohlfahrtsstaatlicher Daseinsvorsorge, so Schnell, wurden sukzessive die Spielregeln des sogenannten neuen Steuerungsmodells eingeführt. Damit seien die Professionen wie auch das Feld der Wissenschaft erheblichen Veränderungen unterworfen.

Auch wir Herausgeber waren gespannt, welches Bild und welche Fragen rund um Wissenschaft als Beruf sich ergeben würden. In der Zusammenschau lassen sich drei Querschnittsthemen festhalten:

Erstens, *Wissenschaftsfreiheit* wurde erkämpft und ist heute institutionell abgesichert. Dass die Wissenschaft damit ein Privileg erhält und zugleich ein Ausbildungsberuf geworden ist, lässt die Frage aufkommen: Ist Wissenschaft eine Profession, ein weitgehend selbstregulierter, freier Beruf?

Zweitens, der wissenschaftliche *Mittelbau* steht mehr und mehr unter Druck. Mit Mittelbau ist der angestellte wissenschaftliche Nachwuchs gemeint, vornehmlich an Universitäten, aber auch in außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Projektarbeit und befristete, oft prekäre Anstellungen kennzeichnen die Situation des Mittelbaus in Deutschland heute. Vor allem der akademische Mittelbau zahlt den Preis des Strukturwandels - so Schnell.

Drittens, die Frage nach der *Wissenschaft als System*. Wir können Wissenschaft als generationsübergreifendes Zivilisationsprojekt zur Erkenntnisgewinnung verstehen. Wissenschaft erfolgt auf den Schultern von Riesen, wie Newton sich ausdrückte. Wissenschaft ist global und kollegial, ja egalitär. Was bedeutet diese für die Entwicklung der Universitäten? Denn die Verschwisterung von Universität und Wissenschaft ist historisch jung.

Das Jahrbuch besitzt eine lockere Gliederung in vier Abschnitte mit großer thematischer Überschneidung. Auf diese Weise wollten wir die methodische und disziplinäre Vielfalt unter den Beiträgen bewahren: Es gibt statistische Analysen, Fallstudien und Arbeiten mit Textanalysen. Neben Studien aus Hochschulforschung und Professionsoziologie finden sich philosophische und historische Arbeiten. Zu den Beiträgen im Einzelnen:

1. *Wissenschaft als Beruf heute*

Hier geht es um Karriere und Beruf in der Wissenschaft.

- René Krempkow beleuchtet das Problem der Befristung in den Karriereperspektiven für Nachwuchsforschende.
- Daniela Böhringer, Roman Felde und Kai-Olaf Maiwald untersuchen Kommunikation in der Betreuung der Promotion, d.h. am zentralen „Ort“ für die Sozialisation in den Wissenschaftsberuf.
- Sandra Beaufäys und Andrea Löther belegen, dass aufgrund der mangelhaften Planbarkeit von Wissenschaftskarrieren Frauen noch immer Nachteile durch die Beschäftigungsbedingungen erfahren.
- Julia Reuter, Oliver Berli und Anna Ihlo beschreiben das Spannungsverhältnis von Beruf und Berufung und zeigen, wie Berufung im professoralen Ruhestand gelebt wird.

Der Beitrag von Peter Ullrich über den wissenschaftlichen Mittelbau würde sehr gut in diesen Abschnitt passen, erscheint aber später im Zusammenhang mit Strukturbedingungen von Wissenschaft in Abschnitt 3.

2. Max Webers Vortrag "Wissenschaft als Beruf"

Im November 2017, noch mitten im 1. Weltkrieg, hielt Max Weber einen Vortrag über Wissenschaft als Beruf. Die Kapitel in diesem Abschnitt nehmen auf Webers Vortrag Bezug.

- Heinz Bude erläutert in einem Festvortrag, hundert Jahre nach Webers Vortrag, Webers Idee der Sozialisation durch Wissenschaft.
- Jan Hunter reflektiert die "links-hegelianische" Ideologie hinter der Kritik an Webers "unkritischem" Wissenschaftsbild durch die Frankfurter Schule.
- Harald Mieg argumentiert, dass erst in der Zeit nach Webers Vortrag die Wissenschaft sich vom elitären Beruf zur Profession wandelte.
- Georg Krücken legt dar, dass Wissenschaftsfreiheit trotz aller Reformen und politischen Ansprüche heute institutionell gesichert ist. Seine Analyse leitet schon zum nächsten Abschnitt über, der die Strukturbedingungen von Wissenschaft als Beruf behandelt.

3. Strukturbedingungen von Wissenschaft als Beruf

- Philipp Pohlenz beschreibt den Strukturwandel und Reformdruck, dem insbesondere die Hochschulen derzeit unterliegen und der unterschiedliches Anpassungsverhalten auslöst.
- Peer Pasternack erörtert die Vielfalt von Formen von und Anforderungen an Wissenschaftskommunikation, mit der Wissenschaft heute zu tun hat.
- Peter Münte analysiert am Beispiel einer Einführungsvorlesung die Aspekte der Professionalisierung im Kontext der reformierten Universität.
- Peter Ullrich diskutiert die Lage des Mittelbaus. Der Titel seines Beitrags ist Programm: "Organisierung und Mobilisierung im akademischen Kapitalismus: Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit prekärer Wissensarbeiter*innen"

4. Die historisch-philosophische Sicht auf Wissenschaft als Beruf

Den Abschluss bilden historisch-philosophische Betrachtungen zum nicht immer leichten Verhältnis von Wissenschaft und Politik, oder auch: öffentlichem vs. fachlichem Diskurs.

- Jürgen Renn, Giuseppe Castagnetti und Simone Rieger vergleichen das unterschiedliche Wirken von Adolf von Harnack und Max Planck als Wissenschaftsorganisatoren und Wissenschaftspolitiker.

- Heinrich Parthey, Gründer der Gesellschaft für Wissenschaftsforschung, hebt die besondere Bedeutung der Institutionalisierung von Wissenschaft hervor; diese verschaffe der Wissenschaft den nötigen Freiraum.
- Hubert Laitko hat eine wissenschaftshistorische Biographie von Heinrich Parthey verfasst und verortet Partheys Weg in die Wissenschaftsphilosophie im Kontext der DDR der 1960- und 1970er Jahre.
- Rainer Zimmermann rundet die Diskussion aus Sicht der Wissenschaftsforschung ab: Wissenschaft sei ihrem Wesen nach zugleich kritisch und innovativ, so sei sie noch immer als Institution zu verstehen, welche imstande ist, verbindliche Richtlinien über das zu definieren, was der Fall ist.

Das Jahrbuch sollte die Diskussion auf der Tagung zum Thema Wissenschaft als Beruf fortsetzen und reflektieren. Die Tagung musste pandemiebedingt ausfallen. In einer großen kollegialen Anstrengung kam ein Band zustande, der zahlreiche Fachdiskussionen aufgreift und zusammenführt. Ohnehin ist *Kollegialität* als Grundlage von Wissenschaft ein Punkt, den Weber in seinem Vortrag nicht wirklich aufgriff. Bei Weber wirkt Wissenschaft zwar nach harter Arbeit, die aber in relativer Vereinzelung von einer Geistesaristokratie geleistet wird. Heute ist Wissenschaft definitiv eine Form kollegialer Berufsarbeit geworden - auf den Schultern von Riesen.

Wir danken Hubert Laitko für das Lektorat des Buches.

Harald A. Mieg, Christiane Schnell und Rainer E. Zimmermann
Berlin / Frankfurt, April 2021

ZUR EINFÜHRUNG

CHRISTIANE SCHNELL

Wissenschaft als Beruf im Zeichen strukturellen Wandels

Abstract

Wie auch die Professionen hat sich das Feld der Wissenschaft seit den Neunzigerjahren erheblich verändert. Im Zuge eines tiefgreifenden Wandels wohlfahrtsstaatlicher Daseinsvorsorge wurden sukzessive die Spielregeln des sogenannten neuen Steuerungsmodells eingeführt. Im Rahmen des Beitrags werden die Hintergründe und Folgen dieses Wandels aus einer professionssoziologischen Perspektive diskutiert. Mit Blick auf den deutschen Kontext wird der Frage nachgegangen, welche Folgen Hybridisierungsprozesse, neue Ungleichheiten und generationaler Wandel auf die Wissenschaft als Beruf zeitigen. Vor allem der akademische Mittelbau zahlt den Preis des Strukturwandels. Die relative Stabilität traditioneller Privilegien wird von einer systematischen Prekarisierung begleitet.

Dr. Christiane Schnell
Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt
E-Mail: Ch.Schnell@em.uni-frankfurt.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

"Es gibt Wissenschaftler, die sind interessiert an schnellen, gehuschten, oberflächlichen Papieren und schnellen Untersuchungen, die sich in möglichst hochrangigen wissenschaftlichen Journalen veröffentlichen lassen. Denen im Prinzip egal ist, was sie anrichten mit irreführender wissenschaftlicher Forschung, die nur noch zählen, wo sie eigentlich publizieren und wieviel Punkte sie dafür kriegen. Und das ist leider auch eine Fehlentwicklung in der akademischen Leistungsbewertung. Es ist heute so, dass viele Leute an Forschungsinstituten und Universitäten bewertet werden, in ihrer Leistung nach Punkten, die wir kriegen für bestimmte Publikationen."

Christian Drostens (NDR-Corona Virus Update 06, 3. März 2020)

Im Jahr 2021 lässt sich schwerlich unbeeinflusst von der Berichterstattung über die COVID-19-Pandemie über Wissenschaft nachdenken. Wissenschaft steht im Zentrum einer globalen Krise und ihre gesellschaftliche Bedeutung wird wie selten deutlich. Die rasante Entwicklung von Vakzinen, die enge Verschränkung gesellschaftlicher Sphären oder die Wahrnehmung von wissenschaftlichen Befunden in den sozialen Medien – die Coronakrise spitzt nicht nur gesellschaftliche Probleme in besonderer Weise zu, sie zeigt auch eindrücklich die Komplexität des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft.

Das Kernargument der Professionssoziologie war stets die zentrale Rolle spezifischer Berufsgruppen bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Schlüsselprobleme. Seit den Neunzigerjahren wurden dann im Zuge eines tiefgreifenden Wandels wohlfahrtsstaatlicher Daseinsvorsorge sukzessive neue Spielregeln für die Professionen durchgesetzt. Dieser Strukturwandel beruhte auf gesellschaftlichen Veränderungen, die auch Wissenschaft und Professionen nicht länger von sich weisen konnten. Umgesetzt wurde er aber vor allem über institutionelle Reformen im Namen des sogenannten neuen Steuerungsmodells, das in Gestalt von Dezentralisierung und Eigenverantwortung auf ökonomischen Prinzipien basiert. Problematische Anreize in der wissenschaftlichen Leistungsbewertung, wie sie in der eingangs zitierten Aussage kritisiert werden, sind durchaus eine Nebenwirkung dieser Entwicklung, die zur Ausgangsfrage nach Wissenschaft als Beruf zurückführt.

Folgt man Christian Drostens hier, ist ein Teil der Wissenschaft von technokratischen Mechanismen durchdrungen und kann selbst die mediale Außenwirkung Einfluss auf das akademische Fortkommen haben – mit problematischen Folgen für die Wissensproduktion. Wie diese Entwicklung sich aus der Perspektive der Professionssoziologie verstehen lässt, wird im

Folgenden rekapituliert. Als Referenzrahmen wird später dezidiert auf Befunde zum deutschen Wissenschaftssystem abgehoben.

1. Strukturwandel der Professionen

Den klassischen Professionen ist es gelungen, im Zuge der Herausbildung einer modernen Sozialbürokratie Zuständigkeitsbereiche für die Bearbeitung gesellschaftlicher Schlüsselprobleme zu monopolisieren und sich dadurch zugleich eine Sonderstellung im Erwerbssystem zu sichern. Besonders das europäische Professionsmodell beruht auf institutionellem, staatlich garantiertem Schutz gegenüber internem und externem Wettbewerbsdruck (Burrage/Torstendahl 1990). Machtsensible und schließungstheoretische Analysen haben vielfach nachgewiesen, wie sich das Verhältnis zwischen Wohlfahrtsstaat und Professionen historisch wechselseitig stabilisiert hat und sich ungeachtet tiefgreifender Veränderungen des Arbeitsmarktes im Verlauf den 20. Jahrhunderts als relativ veränderungsresistent erwies (Larson 1977; Freidson 2001). Systematische Änderungen erfolgten erst mit der Durchsetzung des neuen Steuerungsmodells seit Beginn der Neunzigerjahre.

In Anlehnung an das angelsächsische New Public Management sollten öffentliche Mittel nur mehr leistungsbezogen vergeben, der quasimarktliche Wettbewerb unter den Anbietern professioneller Leistungen gesteigert und Professionen stärker für das Ziel einer kosteneffizienten öffentlichen Daseinsvorsorge in die Pflicht genommen werden. Dies brachte Anforderungen an die Transparenz, vor allem aber an den Nachweis der Kosteneffizienz professioneller Leistungen mit sich, die dem traditionellen Professionsmodell fremd waren (Evetts 2011).

Auch das Feld der Wissenschaft unterlag diesem Strukturwandel. Leistungsbewertungsverfahren zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Forschung und zur leistungsorientierten Mittelvergabe sowie Ziel- und Leistungsvereinbarungen (zwischen Ministerien und Hochschulen sowie Hochschulen und Professuren, z. B. im Rahmen von Berufungs- und Zulagenverhandlungen) wurden als Steuerungsinstrumente eingeführt. Lehrevaluationen und universitäres Qualitätsmanagement für Forschung und Lehre sollten sicherstellen, dass sich die Subventionen nach dem Prinzip des neuen Steuerungsmodells rechtfertigen lassen. Auch die Verlagerung der Forschungsfinanzierung in projektbezogene Drittmittelförderung lässt sich in diese Entwicklung einordnen (Janßen 2019).

Diese Veränderungen in Forschung und Wissenschaft erwiesen sich als tiefgreifend, wobei der Duktus von Kontraktmanagement, Wettbewerb und Outputorientierung bereits auf den betriebswirtschaftlichen Geist dieser Regulierungen hindeutet. Bei der soziologischen Einordnung dieser Entwicklung sind allerdings auch Aspekte sozialen Wandels zu berücksichtigen, die nicht unbedingt die konkrete Form, wohl aber das Erfordernis institutioneller Reformen deutlichen machen. Eine Hintergrundfolie für diese Diagnose bildet die These von der Transformation der Industrie- in eine Informations- oder Wissensgesellschaft. Zwar lässt sich über den analytischen Gehalt des Begriffs der Wissensgesellschaft streiten (vgl. Streckeisen 2009), er fasst gleichwohl folgerichtig einige für das hier betrachtete Feld wichtige, schon länger vorgängige und neuere gesellschaftliche Entwicklungen zusammen:

Auf der sozialstrukturellen Ebene ist unter anderem die Veränderung des Bildungsgefüges westlicher Industriegesellschaften von Bedeutung. Im Zuge des allgemein gestiegenen Zugangs zu akademischer Bildung wurde die Abschottung professioneller Eliten durchlässiger und die soziale Binnenstruktur von Professionen heterogener. Professionen rekrutierten sich nicht mehr ausschließlich aus dem Bildungsbürgertum, und auch die Weitergabe einer professionellen Berufsrolle in der Generationenfolge war nicht mehr selbstverständlich. Vielmehr haben diese Berufe in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen stärkeren Zulauf auch aus anderen Teilen der Mittelschicht erfahren, wodurch soziale Homogenität gelockert worden und vor allem die Konkurrenz innerhalb der jeweiligen Arbeitsmärkte gestiegen ist.

Das allgemein gestiegene Bildungsniveau verändert zudem das Verhältnis zwischen Professionellen und ihren Klient*innen insofern, als die Kritik an paternalistischer Bevormundung durch Professionen zunahm. Demnach ist blinde Hochachtung vor der professionellen Expertise („Halbgott in Weiß“) gestiegener Urteilsmacht gewichen und Vertrauen in die Professionen ergibt sich nicht mehr allein aus Status und Autorität, sondern erfordert eine stärkere fachliche Aufklärung und Offenlegung der Vorgehensweisen (Sevensson 2006). Allerdings – dies zeigt beispielhaft, wie sozialer Wandel technokratisch verkürzt wird – interpretiert das neue Steuerungsmodell das Verhältnis nun zunehmend als reine Dienstleistungsbeziehung. Klient*innen werden dabei als Kund*innen gefasst, deren Souveränität überbetont wird, während ihre weiterhin bestehende Verwundbarkeit und Abhängigkeit in den Hintergrund rückt.

Aber auch die Wissensgrundlagen professionellen Handelns selbst haben sich verändert. Angesichts der beschleunigten Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion sprechen Kraemer und Bittlingmeyer (2001) von der Temporalisierung des Wissens. Gesteigert wird diese Entwicklung durch ein gewachsenes Bewusstsein darüber, dass Wissen selbst als Produkt sozialer Konstruktion zu begreifen und somit relativ abhängig ist von den jeweiligen, historisch veränderlichen Kontextbedingungen. Die daraus hervorgehende Instabilität spezifischer Wissensbestände sperrt sich jedoch gegen die von den Professionen traditionell praktizierten Strategien der Abgrenzung und Monopolisierung. Noordegraaf (2007) formuliert dies so:

"Once, things were simple. Classic professions [...] were able to deliver tangible, relatively simple services with clear added value. They were able to get a rather stable grip on content and criteria. [...] Nowadays, such strong professionalism is hard to attain [...] Which problems must be tackled, as well as which criteria must be used to judge problem solving, is ambiguous in both technical and ethical respects [...] When professional methods such as therapeutic or didactic methods are used, it is also unclear which methods are effective and which are not, it is also unclear what is effective and what is not [...]" (Noordegraaf 2007, 769)

Letztlich wird konstatiert, dass die mono-professionelle Bearbeitung angesichts der Komplexität gesellschaftlicher Schlüsselprobleme nicht mehr zeitgemäß sei. Vielmehr werden Formen der kooperativen Zusammenarbeit zur Regel. So wie Tumorboards in der modernen Krebsmedizin Behandlungsentscheidungen entwickeln, wird in der COVID-19-Krise erkennbar, dass gesellschaftliche Problemlösungen interdisziplinäre Zusammenarbeit erfordern. Konzepte wie Epistemic Communities oder Communities of Practice gewinnen vor diesem Hintergrund an Bedeutung.

2. Neue Spannungsfelder

Professionssoziologische Ansätze, die diesen Strukturwandel aufgreifen, betonen die Wechselwirkungen zwischen professioneller Arbeit und den sich verändernden gesellschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen (Evetts 2011). Deutungen von Professionalität als distinkter Modus der Kontrolle von Arbeit treten dabei stärker in den Hintergrund, während sich der Blick nunmehr auf die empirische Eingebundenheit in bürokratische Strukturen, organisationale Rationalitäten und interdisziplinäre Kooperationen richtet (Gorman/Sandefur, 2011).

In diesem Zusammenhang erlangte die Diagnose der Hybridisierung von Professionalität besondere Aufmerksamkeit (Noordegraaf 2007). Mit dem Begriff der Hybridisierung wird die Verschränkung zwischen Professionalität und Anforderungen und Interessen, die traditionell außerhalb des professionellen Aufgabenbereichs liegen, beschrieben. Die Diagnose einer Hybridisierung löst den Widerspruch zwischen genuin professionellen Orientierungen und markt- oder organisationsabhängigem Handeln allerdings nicht konzeptionell auf, sondern verortet ihn auf der Seite der professionellen Arbeit. Hybride Professionalität müsse nicht nur fachlichem Wissen und den damit verbundenen ethisch-moralischen Verpflichtungen genügen, sondern sich angemessen und abwägend in Rahmenbedingungen bewegen, in denen sie ihre Arbeit erläutern oder auch rechtfertigen müsse (vgl. auch Brint 2007). Hybridisierung wird dabei jedoch nicht als De-Professionalisierung gedeutet, sondern als gleichermaßen realistische und zeitgemäße Form von Professionalität. Statt einer bipolaren Deutung, die entweder "reine" Professionalität oder ideologisch verkleidete Subsumtion unterstellt, stellt gerade die Bewältigung von Widersprüchen und die Aushandlung von Kompromissen ein zentrales Merkmal hybrider Professionalität dar.

Darüber hinaus lassen sich mindestens drei Spannungsfelder identifizieren, die durch den Strukturwandel deutlicher hervortreten als in früheren Konstellationen. Diese werden im Folgenden kurz skizziert und in ihrer Bedeutung für das Berufsfeld Wissenschaft ausgelotet: Die Spannung zwischen Professionen und Organisationen (1), die Heterogenität von Arbeitsbedingungen (2) und die generationale Prägung professionellen Selbstverständnisses (3).

(1) Profession - Organisation

Das neue Steuerungsmodell wirkte sich insofern maßgeblich auf das Verhältnis von Organisation und Profession aus, als das Prinzip dezentralisierter Steuerung auch zu einer Stärkung der organisationalen Kontrollhoheit und -verpflichtung führte. Dies lässt sich in unterschiedlichen Feldern professioneller Arbeit nachweisen, gilt aber speziell für Hochschulen und Universitäten. Wurden diese zuvor als nachgerade eingeklemmt zwischen Staat und Profession (Hasse und Krücken 2015, 208) beschrieben, bekamen sie im Zuge der Reformen größere Steuerungskompetenz und Eigenverantwortung zugewiesen. So sollten mit den seit den Neunzigerjahren im Namen des neuen Steuerungsmodells durchgesetzten Maßnahmen die Gestaltungsspielräume der Universitäten erhöht und ihre Wettbewerbsfähigkeit gestei-

gert werden (Janßen 2019, 384f). Der akademischen Profession wurde im Zuge dessen ein Teil ihrer Unabhängigkeit streitig gemacht. Hochschulreform, systematische Evaluation, leistungsbezogene Besoldung oder die Verlagerung der Forschungsfinanzierung in die Programm- und Drittmittelforschung standen im Zeichen einer effizienteren Nutzung der eingesetzten öffentlichen Mittel. Insbesondere die Hochschullehre sollte stärker auf gesellschaftliche Bedarfe reagieren, Aufmerksamkeit und Engagement für die Lehre erhöhen und die Anforderungen des Arbeitsmarktes stärker berücksichtigen (Janßen 2019, 385).

Welche Konsequenzen sich aus der verstärkten Einbindung in Organisationen ergeben, wird primär daran gemessen, inwiefern es Professionen grundsätzlich gelingt, auch unter neuen Steuerungsbedingungen die Bewertungshoheit über Leistungen zu wahren (Muzio et al. 2013). Sind es Professionsangehörige, welche die neuen Regularien mit Inhalten füllen und die Leistungsbewertung nach fachlichen Standards durchführen oder werden hier externe Bemessungsgrundlagen angesetzt? Das Hochschulpersonal wurde beispielsweise durch die Einführung leistungsbezogener Besoldungsbestandteile stärker in die Pflicht genommen. Auch wenn Maßnahmen wie obligatorische Lehrevaluationen anfangs auf Ablehnung trafen und die Implementierung des Bologna-Prozesses sowie die stärkere Arbeitsmarktorientierung und Gewichtung überfachlicher Kompetenzen zu Lasten fachwissenschaftlicher Ansprüche kritisiert wurden, kann von einer grundsätzlichen Schwächung oder Deprofessionalisierung der Wissenschaft in diesem Zusammenhang nicht die Rede sein. Vielmehr werden „Entkopplungsmomente“ von organisationalen Veränderungsdynamiken dergestalt nachgewiesen, dass überwiegend Fachvertreter*innen selbst Zielsetzungen und Maßnahmen (bspw. bei der Studiengangakkreditierung) beschließen und die Bedeutung von Peer-Review-Verfahren bei der Forschungsfinanzierung und für Publikationen gestiegen ist (Janßen 2019, 406).

(2) *Ungleichheiten und Binnenheterogenität*

Strukturwandel und Hybridisierung rückten auch neue Ungleichheiten innerhalb professioneller Berufsfelder in den Fokus. Professionen waren von jeher deutlich, als ihre Selbstbeschreibungen und die meisten soziologischen Analysen suggerieren. Auch das Feld der Wissenschaft ist von strukturellen Ungleichheiten geprägt, die sich im Zuge des Strukturwandels weiter verschärft haben. Diese beruhen nicht zuletzt darauf, dass in der deutschsprachigen Wissenschaft, anders als in der angelsächsischen oder skandinavi-

schen, eine „nahezu monodirektionale Karrierestruktur“ (Graf u.a 2020, 300 mit Verweis auf Kreckel 2008, 2011) mit dem Ziel der Erringung eines der wenigen Lehrstühle existiert, und dass es jenseits dieser Lehrstühle kaum unbefristete Anstellungen gibt. So weist auch die Einschätzung von Max Weber zur Wissenschaft als Beruf aus dem Jahr 1919 eine gewisse Aktualität auf:

"Denn es ist außerordentlich gewagt für einen jungen Gelehrten, der keinerlei Vermögen hat, überhaupt den Bedingungen der akademischen Laufbahn sich auszusetzen. Er muss mindestens eine Anzahl Jahre aushalten können, ohne irgendwie zu wissen, ob er nachher die Chancen hat, einzurücken in eine Stellung, die für den Unterhalt ausreicht." (Weber 1919, 475).

Lehrstuhlinhaber*innen sind zwar mit neuen Anforderungen konfrontiert, genießen jedoch weitgehend traditionelle Privilegien. Die wissenschaftliche Existenz ohne stabile Anstellung wird indes, ungeachtet Berufserfahrung und wissenschaftlicher Meriten, zumeist dem sogenannten Nachwuchs zugerechnet (Schenk et al. 2017). Entsprechend folgen auch Maßnahmen und Programme, die in den vergangenen Jahren mit Blick auf die Karriereförderung installiert wurden, dem Qualifikationsprinzip oder implizit der Auslese. Beispielhaft hierfür ist das Wissenschaftszeitgesetz, welches die Verweildauer in befristeter Beschäftigung formal begrenzt (vgl. Jongmans 2011). Diese Hintergrundlogik wird in der Literatur als deutscher Sonderfall diskutiert und erweist sich als erstaunlich stabil, auch wenn die Datenlage eine andere Situation beschreibt:

"Die derzeitige Situation ist in zunehmendem Maße geprägt von einer Befristungs- und Teilzeitpraxis sowie von einer steigenden Anzahl an Personalkategorien jenseits der klassischen Personalstruktur. Während 1982 jede*r dritte und 1991 bereits jede*r zweite hauptberuflich tätige Wissenschaftler*in einem befristeten Arbeitsverhältnis angestellt war, trifft dies mittlerweile auf 82 Prozent, bei den Jüngeren (unter 45-Jährigen) sogar auf 93 Prozent zu. [...] Flankiert werden diese kurzfristigen, aber regulären Beschäftigungsverhältnisse durch eine große Anzahl an Lehrbeauftragten, die befristet in einem freien Dienstverhältnis zur Hochschule stehen." (Graf et. al. 2020)

Durch die Parallelität von tradierten Privilegien einerseits und atypischer Beschäftigung andererseits werden Ungleichheitsmechanismen innerhalb des Wissenschaftsfeldes weiter verstärkt. Denn während die einen relativ gelassen aus einer stabilen Position heraus neue Anforderungen an

den (sogenannten) Nachwuchs definieren, müssen die anderen gleichzeitig struktureller Diskontinuität und sich dynamisch entwickelnden akademischen Konkurrenzbedingungen begegnen (Ullrich 2016).

(3) *Professionelles Selbstverständnis und generationaler Wandel*

Eine dritte Spannung, die durch den Strukturwandel an Bedeutung gewinnt, bezieht sich auf das Generationenverhältnis. Die Weitergabe von Wissen, Werten und Erfahrungen stellt ein integrales und integrierendes Element des klassischen Professionsmodells dar. Durch den Strukturwandel unterscheiden sich die beruflichen Sozialisationsbedingungen zwischen den Berufsgenerationen indes erheblich. Während die etablierten Berufsmitglieder den Kontrast zwischen ihrem professionellen Selbstverständnis und neuen Anforderungen wahrnehmen, wird die nachwachsende Generation in die veränderten Rahmenbedingungen hineinsozialisiert. Systematische Leistungsbewertungen, Konkurrenzdruck und ökonomische Zwänge werden von vornherein als Teil der beruflichen Realität wahrgenommen und entsprechende Deutungsmuster und Umgangsweisen auch in Abgrenzung zu etablierten Kolleg*innen entwickelt. Hanlon beschrieb schon Ende der Neunzigerjahre, wie junge Medizinerinnen in den USA, die in einer kommerziell getriebenen Klinik sozialisiert wurden, viel eher als ältere Berufsangehörige bereit waren, sich mit diesen Bedingungen zu arrangieren (Hanlon 1998).

Ähnliche Beobachtungen werden auch für das Feld Wissenschaft konstatiert. So wird die akademische Kultur als “increasingly more demanding, scrutinised, casualised and speeded-up” (Carvalho/Cardoso 2020, 380) charakterisiert. Gleichzeitig werde die Doktorandenausbildung und damit auch die Sozialisation in das Wissenschaftsfeld unter neue Prämissen gestellt (Kehm 2011). Statt der Entwicklung eines professionellen Selbstverständnisses aus der Bindung zwischen erfahrener Betreuerin und Doktorand (einschließlich der Vor- und Nachteile dieser nicht umsonst mit der Metapher Doktorvater und -mutter beschriebenen Beziehung) stehe hier die Aneignung von fachlichen und vor allem auch überfachlichen Kompetenzen im Vordergrund:

“The political and social expectations regarding doctoral education [...] are aligned with the knowledge society and economy, framed by neo-liberal and market ideologies. [...] Working in multi-, trans- or interdisciplinary teams; applying knowledge in commercially viable and socially responsible ways; taking on leadership roles in complex organisations; ef-

fectively communicating research results inside and outside of the university are some of the new competences expected from doctoral graduates" (Carvalho/Cardoso 2020, 383)

3. Professionalisierung (in) der Wissenschaft

Aus einer theoretischen Perspektive, die vor allem die Rolle der Professionen in der Gesellschaft zu erklären suchte, wurden Berufsgruppen oftmals als homogene Kollektive konstruiert. Richtet sich der Blick jedoch auf die konkrete Berufsausübung, wird die Binnendifferenzierung erkennbar. Im Zuge des hier knapp rekapitulierten jüngeren Strukturwandels der Professionen haben sich indes hybride, sozial und berufskulturell heterogene Konstellationen herausgebildet, die in dieser Form wohl kaum das Jahrhundert überstehen dürften. Dies gilt auch für das Feld der Wissenschaft.

So erklärt sich auch das eingangs aufgemachte Spannungsfeld vom Chefvirologen, der sich in der Krise redlich müht, neben seiner Forschung Politik und Öffentlichkeit über Coronaviren aufzuklären, bis zum einer Blüten treibenden Citation Points-Ökonomie, die dem Erkenntnisinteresse und der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft eher entgegensteht. Aber das ist nicht die einzige Achse der Heterogenität, mit der wir es hier zu tun haben. Im Hinblick auf den sozialen Status zeichnet sich das deutsche Wissenschaftssystem auch im internationalen Vergleich durch eine besonders massive Spaltung aus. Während der universitäre Lehrstuhl nur wenig Federn lassen musste, erfahren Wissenschaftler*innen aus dem akademischen Mittelbau den im Zuge des Strukturwandels gestiegenen Kosten- und Konkurrenzdruck sehr existentiell. Professionssoziologisch betrachtet, wurde mit dem positiv aufgeladenen Begriff des Nachwuchses ein schließungspolitisches Narrativ etabliert, mit dem die oftmals prekäre wissenschaftliche Laufbahn zur Übergangsphase erklärt wird und nachhaltige individuelle wie kollektive Perspektiven sich zu erübrigen scheinen. Zwar hat die Debatte zum „akademischen Prekariat“ inzwischen auch Deutschland erreicht, aber Tendenzen zur Verklärung des Wissenschaftsberufes, Selbstreferentialität, Abhängigkeiten, fehlende zeitliche und organisatorische Ressourcen und die enorme Fragmentierung der Beschäftigungssituationen lassen die Kritik schnell wieder verstummen, von usurpatorischer Gegenwehr ganz zu schweigen (vgl. Ulrich 2016).

Gleichzeitig wird einerseits deutlich, dass mehr denn je dem Prozess der individuellen Professionalisierung auch in der Wissenschaft eine entscheidende Bedeutung zukommt. Allerdings weniger in der humankapital-

logischen Vorstellung, wie sie sich auch an der Universität durchgesetzt hat, sondern vielmehr in der substantiellen Auseinandersetzung mit den disparaten Anforderungen des Wissenschaftssystems, mit fachlichen und überfachlichen Kompetenzen und Wertorientierungen sowie individuellen Motiven, Erwartungen und Erfahrungen. Professionelles Handeln ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Reflexivität und setzt die systematische Relationierung verschiedener Urteilsformen voraus (vgl. Dewe/Gensicke 2019). Für den Wissenschaftsberuf bedeutet dies, die intellektuellen und methodischen Kapazitäten auch für die Entwicklung eines professionellen Selbstverständnisses zu nutzen, das die Rahmenbedingungen der Berufsausübung in ihrer Ambivalenz berücksichtigt. Andererseits, auch dies liegt ebenfalls längst auf der Hand, verlangt die Professionalisierung der Wissenschaft eine zeitgemäße Gestaltung der Wissenschaft als Beruf.

Bibliographie

- Brint, S. (2006): Saving The „Soul of Professionalism“: Freidson’s Institutional Ethics and the Defense of Professional Autonomy. *Knowledge, Work and Society* 4(2), 101-129.
- Burrage, Michael C., and Rolf Torstendahl, eds. (1990). *Professions in Theory and History: Rethinking the Study of the Professions*. London: Sage.
- Carvalho, T; Cardoso, S. (2020). Conclusion: The Transformations in Doctoral Education—A Comprehensive and Critical Approach. In: Sónia Cardoso, Orlanda Tavares, Cristina Sin, Teresa Carvalho (eds) *Structural and Institutional Transformations in Doctoral Education Social, Political and Student Expectations*. Palgrave Macmillan, 375-390.
- Dewe, B.; Gensicke, D. (2019): Theoretische und methodologische Aspekte des Konzeptes „Reflexive Professionalität“, in: Christiane Schnell/Michaela Pfadenhauer (Hg.), *Handbuch Professionssoziologie*, Wiesbaden.
- Evetts, Julia. 2011. “A New Professionalism? Challenges and Opportunities.” *Current Sociology* 59(4): 406–422.
- Freidson, E., 2001. *Professionalism. The Third Logic*. Cambridge: Polity Press.
- Graf, A.; Keil M.; Ullrich, P. (2020). Exit, Voice und Loyalty. (Un-)Möglichkeiten kollektiven Widerspruchs im akademischen Mittelbau in Deutschland. *Leviathan*, 48. Jg., 2/2020, S. 293 – 317.
- Gorman, E. H. und Sandefur, S. L. (2011): "Golden Age," Quiescence, and Revival: How the Sociology of Professions Became the Study of Knowledge-Based Work. *Work and Occupations* 38 38(3), 275–302.
- Hanlon, G. (1998). “Professionalism as Enterprise: Service Class Politics and the Redefinition of Professionalism.” *Sociology* 32(1), 43–63.

- Hasse, R.; Krücken, G. (2015). Decoupling and Coupling. In: Education From Globalization to World Society. Neo-Institutional and Systems-Theoretical Perspectives, hrsg. von Boris Holzer, Fatima Kastner und Tobias Werron. New York: Routledge, 197–214.
- Janßen, Meike (2019): Organisation versus Profession? Lehre im Kontext der Hochschulreformen. *Swiss Journal of Sociology* 45 (3), 2019, 383–408.
- Jongmanns, G. (2011). *Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Gesetzesevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung*, hrsg. v. HIS: Forum Hochschule. Hannover: HIS Hochschul-Informationssystem. (S. 80)
- Kehm, B. (2011). The European Higher Education and Research Area: Tensions, Links, and Effects on Scientific Careers. In S. Avvedutto (Ed.), *Convergence or Differentiation. Human Resources for Research in a Changing European Scenario*. Neapel: ScriptaWeb, 55–89.
- Kreckel, R. (2011). »Universitäre Karrierestruktur als deutscher Sonderweg«, in *Traumjob Wissenschaft? Karrierewege in Hochschule und Forschung*, hrsg. v. Keller, Andreas; Ortmann, Alexandra; Himpele, Klemens, Bielefeld: Bertelsmann, 47–60.
- Kreckel, R. Hrsg. (2008). Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Muzio, D.; Brock D.M.; Suddaby, R. (2013). “Professions and Institutional Change: Towards an Institutional Sociology of the Professions.” *Journal of Management Studies* 50(5), 699–721.
- Noordegraaf, M. (2007). “From ‘Pure’ to ‘Hybrid’ Professionalism. Present-day Professionalism in Ambiguous Public Domains.” *Administration and Society* 39(6), 761–781.
- Sarfatti Larson, Magali. (1977). *The Rise of Professionalism: A Sociological Analysis*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Schenk, Angelika; Vogelmann, Frieder; Wonka, Arndt (2017). Jenseits der Infantilisierung. Plädoyer für einen echten Personalstrukturwandel an deutschen Universitäten, in *Berliner Debatte Initial* 28, 1, 146–154.
- Streckeisen, P. (2009). Knowledge Society—Or Contemporary Capitalism’s Fanciest Dress. *Analyse & Kritik*, 31(1), 181–197.
- Svensson, L. G. 2006. “New Professionalism, Trust and Competence: Some Conceptual Remarks and Empirical Data.” *Current Sociology* 54(4), 579–593.
- Ullrich, Peter 2016. »Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus. Strukturen, Subjektivitäten und Organisationsansätze in Mittelbau und Fachgesellschaften«, in *Soziologie* 45, 4, 388–411.
- Weber, Max 1988 [1919]. »Wissenschaft als Beruf«, in *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hrsg. v. Winckelmann, Johannes, 7. Auflage. Tübingen: Mohr., 582–613.

1. WISSENSCHAFT ALS BERUF HEUTE

RENÉ KREMPKOW

Karrierperspektiven für Nachwuchsforschende in Deutschland

Abstract

Der Beitrag gibt einen Überblick über Karriereperspektiven für Nachwuchsforschende in der Wissenschaft in Deutschland. Er stellt hierfür ausgewählte empirische Ergebnisse des dritten BuWiN (2017) sowie von Vorläuferberichten zum Thema vor, ordnet diese ein und ergänzt sie um aktuelle Ergebnisse. Schwerpunkte bilden hierbei die Planbarkeit, Berechenbarkeit und Transparenz der Karriereperspektiven in der Wissenschaft auf dem Weg zur Professur, die Leistungsselektivität und Chancengerechtigkeit, sowie die Entwicklung der befristeten bzw. unbefristeten Stellen und damit der Chancen auf eine unbefristete Stelle neben der Professur. Darüber hinaus diskutiert der Beitrag einige gängige Erklärungen für die Entwicklungen in den letzten Jahren anhand empirischer Daten, wie den Zusammenhang von Drittmittelfinanzierung und Befristung sowie wissenschaftlicher Qualifizierung und Befristung. Schließlich werden im Ausblick Gestaltungsmöglichkeiten für Politik und Hochschulen zur Weiterentwicklung der Karriereperspektiven für Nachwuchsforschende aufgezeigt.

Dr. René Krempkow

Stabsstelle Qualitätsmanagement, Humboldt-Universität zu Berlin

E-Mail: rene.krempkow@uv.hu-berlin.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

1. Planbarkeit, Berechenbarkeit und Transparenz der Karriereperspektiven in der Wissenschaft

Wie sehen die Karriereperspektiven in der Wissenschaft aus und wie haben sie sich in den letzten 15 Jahren entwickelt? Eines der am meisten diskutierten Ergebnisse aus den Bundesberichten Wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN 2017, 2013, 2008) waren (neben dem Befristungsanteil) die Planbarkeit und Chancengerechtigkeit für den wissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland.¹ Zum Thema Planbarkeit der Berufsperspektiven heißt es im BuWiN (2017, S. 58):² „In der öffentlichen Diskussion der vergangenen Jahre sind die (mangelnde) Planbarkeit einer akademischen Karriere sowie die (unsicheren) Karriereperspektiven insbesondere von Post-docs an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den Mittelpunkt gerückt. In zahlreichen Stellungnahmen und Beiträgen unterschiedlicher Akteure wird vor allem die sogenannte Flaschenhalsproblematik thematisiert: So steht einer großen Anzahl an Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern eine vergleichsweise geringe Zahl vakanter oder frei werdender Professuren gegenüber.“ Demnach hat nur jede/r 24. Promovierte eine statistische Chance auf eine Professur. Im BuWiN gibt es bislang keine differenzierten Berechnungen der in den einzelnen Fächerkulturen sehr unterschiedlichen Berufungschancen.³ Hinzu

-
- 1 Hier wird – obgleich kritikwürdig – Begrifflichkeit und Definition des BuWiN (2017, S. 65f.) übernommen. Zentrale Definitionsmerkmale sind demnach eine wissenschaftliche Tätigkeit (d.h. Forschung und Lehre) und das Alter der Personen, sowie das Verfolgen einer wissenschaftlichen Qualifikation. Insbes. zählen dazu Promovierende, andere Wissenschaftler*innen ohne Promotion in wissenschaftlicher Lehre und Forschung (bis unter 35 Jahre), Habilitierende, Nachwuchsgruppenleiter*innen, Juniorprofessor*innen, andere Wissenschaftler*innen mit Promotion in wissenschaftlicher Lehre und Forschung (bis unter 45 Jahre).
 - 2 Andere aktuelle größere Studien hierzu sind nicht bekannt, allerdings ist eine von der Max-Traeger-Stiftung in Arbeit zu: „Entwicklung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft. Eine Längsschnittanalyse (2007-18); deren Ergebnisse sollen im Herbst 2020 vorliegen. Die Ergebnisse einer 2020 beauftragten Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes werden laut Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF 2020, S. 3) erst „voraussichtlich im Frühjahr 2022 präsentiert“.
 - 3 Im BuWiN selbst (2017, S. 194) finden sich zwar fächerunspezifische Zahlen zu Berufungschancen. Diese zeigen für 2014 das Verhältnis von insgesamt 45.378 Bewerbungen zu insgesamt 2.007 erfolgreichen Berufungen, also eine Relation von 1:24 (oder 4%). Das Problem dieser Zahlen zu Berufungschancen ist aber, dass sie aus der Vergangenheit direkt auf die Zukunft schließen, ohne die voraus-

kommt nicht nur die stark gestiegene Anzahl der Nachwuchsforschenden (siehe auch weiter hinten die Ausführungen im 3. Gliederungspunkt) ⁴ – und diese ist deutlich stärker gestiegen als die Zahl der Professuren und der weiteren unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse. Vielmehr gibt es noch vier weitere im BuWiN als kritisch eingeschätzte zentrale Aspekte zur Planbarkeit und Transparenz: Erstens resultiere aus der Gleichzeitigkeit bereits etablierter (Habilitation) und neuer Zugangswege (v.a. Juniorprofessor, Nachwuchsgruppenleitung oder anderweitig erbrachte habilitationsadäquate Leistungen) eine gewisse Unübersichtlichkeit, „die nur schwer zu durchdringen und international kaum zu vermitteln ist. Zweitens erfolge die Berufung in Deutschland erst spät im Lebens- und Karriereverlauf. Drittens herrsche eine vergleichsweise geringe Transparenz bei den Berufungsverfahren (was sich insbesondere für Nachwuchswissenschaftlerinnen negativ auswirke). Und viertens sei in Deutschland die Berufung auf eine Professur an derselben Hochschule, an der die Postdoc-Phase verbracht wurde, nur in begründeten Ausnahmefällen möglich, woraus sich insbesondere im Zusammenfallen mit der Familiengründungsphase für viele Nachwuchsforschende ein hinderliches, sehr hohes räumliches Mobilitätserfordernis ergibt (vgl. BuWiN 2017, S. 59). Zusammenfassend heißt es hierzu (ebd.): „Insgesamt stimmen die verschiedenen Akteure in der Problemdiagnose in hohem Maße überein, und es wird politischer Handlungsbedarf gesehen.“ (vgl. auch Wissenschaftsrat 2004).

Zusammenfassend lässt sich zur Planbarkeit i.S.v. Berechenbarkeit der Karriereperspektiven in der Wissenschaft formulieren: Die im BuWiN 2017 verfügbaren Zahlen zu Berufungschancen haben zwar nur begrenzte Aussagekraft für die zukünftige Situation, aber sie ermöglichen es in Verbindung mit weiteren Datenquellen, die Berufungschancen auch differenziert nach Fächerkulturen einzuschätzen: Diese sehen in den Ingenieurwissenschaften mit ca. 1:5 um ein mehrfaches besser aus als in den Sozialwissenschaften mit ca. 1:20 (Krempkow 2017a).⁵ Diese Informationen dürften

sichtlich freiwerdenden Professuren zu berücksichtigen, und ohne die Unterschiede der Fächerkulturen zu berücksichtigen – obwohl dies zu berechnen möglich ist (vgl. hierzu Krempkow 2017a).

- 4 Dieser Beitrag ist die grundlegend überarbeitete und gekürzte Fassung eines früheren Textes (Krempkow 2020).
- 5 Auf längere Sicht sollte noch eine bessere Datenbasis und -aufbereitung geschaffen werden, insbes. auch für Berufsperspektiven in der Wissenschaft neben der Professur, inkl. des Berufsfeldes Wissenschaftsmanagement (vgl. hierzu ein aktuelles BMBF-Projekt in URL: www.kawum-online.de).

auch dabei helfen, Nachwuchsforschenden eine bewusste Entscheidung für (oder gegen) einen dauerhaften Verbleib im Wissenschaftssystem zu ermöglichen und letztlich, „die Besten gewinnen“ zu helfen (vgl. hierzu ausführlicher Krempkow 2017b).

2. Leistungsselektivität und Chancengerechtigkeit

Ein wie gerade angedeutet mit der Planbarkeit zwar verwandtes, aber davon zu unterscheidendes Thema, welches im BuWiN (2017) – auch mangels zum damaligen Zeitpunkt noch nicht vorliegender aktuellerer Studien – nur v.a. bezogen auf Gender vorkam, ist die Leistungsselektivität und Chancengerechtigkeit, insbesondere für am Verbleib in der Wissenschaft interessierte Promovierte.⁶ Hierzu gibt es inzwischen neuere Studien, die bei diesem Thema eine besondere Dringlichkeit der Aspekte Leistungsselektivität und Herkunftsungleichheiten nahelegen (vgl. ausführlicher Krempkow 2019, S. 28f.).⁷ Angesichts in den nächsten Jahren anstehender etlicher Tenure-Entscheidungen im Rahmen des 1.000 Tenure-Track-Professuren-Programms des Bundes und der Länder (und darüber hinaus geschaffener Tenure-Professuren) erhält dies besondere Relevanz. Denn für Karrierewege in der Wissenschaft könnte dies ein wichtiges positives Signal für mehr Berechenbarkeit und tatsächliche Umsetzung des Leistungsprinzips sein.⁸ Diese Signalwirkung kann aber nur entstehen, wenn die Leistungsselektion funktioniert. Anderenfalls könnte es auch ein sehr ernüchterndes Signal sein. Ergebnisse aus zwei jüngeren Veröffentlichungen zu diesem Aspekt werden daher hier nachfolgend zusammengefasst.

Zentrale Ergebnisse einer jüngsten Studie zu Juniorprofessuren von Zimmer (2018) sind, dass zwar rund drei Viertel der Juniorprofessuren den Sprung in eine unbefristete Professur schaffen,⁹ weshalb die Juniorprofessur keineswegs als gescheitert anzusehen sei. Dabei ist aber in Anlehnung

6 Es gibt im jüngsten BuWiN (2017) durchaus Hinweise darauf. So findet u.a. die vergleichsweise geringe Transparenz bei Berufungsverfahren kritische Erwähnung (ebd., S. 59). Dies wird jedoch nicht vertiefend diskutiert.

7 Nachfolgender Abschnitt ist eine Zusammenfassung des Beitrages, auf den hier verwiesen wird.

8 Wenngleich es rein zahlenmäßig – auf die Anzahl der Hochschulen und die Anzahl in Frage kommender Nachwuchsforschender gerechnet – nur ein Tropfen auf den heißen Stein zu sein scheint, ist die Signalwirkung nicht zu unterschätzen.

9 Zu ähnlichen Ergebnissen beim Berufungserfolg kamen frühere Studien (Burkhardt/Nickel 2015, S. 310; Bunia 2014).

an Bourdieu (1992) für den Berufungserfolg v.a. soziales Kapital ein starker Einflussfaktor, und nicht etwa wissenschaftliches Kapital: Wichtige Einflussfaktoren auf den Berufungserfolg sind demnach im Einzelnen v.a. Kontakte in die Professorenschaft und Aufenthalt(e) an Universitäten der Ivy League (USA) oder des Golden Triangle (UK).¹⁰ Als eigenes wissenschaftliches Kapital bzw. als Leistungskriterien wahrgenommene Einflussfaktoren wie Zeitschriftenartikel mit Peer Review, Drittmittelprojekte oder Konferenzbeiträge hatten dagegen keine statistisch nachweisbaren Effekte¹¹ auf den Berufungserfolg (vgl. Zimmer 2018, S. 262). Wenngleich die Studie eine sehr gute Rücklaufquote hatte (56%) und bezüglich Fächergruppenverteilung sowie Hochschultypen als der bundesdeutschen Verteilung sehr ähnlich eingeschätzt wurde, musste sie sich aus Ressourcengründen auf drei Bundesländer beschränken (Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland) und sparte Exzellenzuniversitäten aus. Letzteres ist besonders bedauerlich, schließlich wäre bei Exzellenzuniversitäten eine noch stärkere soziale Selektivität zu vermuten. Dass es nur eine "Kinderkrankheit" der Juniorprofessur ist, kann kaum als zutreffend angenommen werden. Denn die Ergebnisse bzgl. Leistungsselektion vs. anderen Einflussfaktoren decken sich in ihrer Grundtendenz auch mit anderen jüngeren Analysen. Demnach ist der Zugang zur Professur insgesamt nach den bisher vorliegenden über mehrere Jahrzehnte vergleichbaren Ergebnissen so sozial selektiv wie noch nie in den letzten 50 Jahren. Hierbei ist die Juniorprofessur allerdings im Vergleich besonders sozial selektiv (vgl. Möller 2018, S. 266, 269). Leider bezieht sich deren Studie zwar auf das größte Bundesland Deutschlands, NRW, aber nur auf eines. Aktuelle bundesweite Studien, die über einzelne Fächer hinausgehen, sind nicht verfügbar.

Eine starke soziale Selektivität ist nach den verfügbaren Informationen aber im deutschen Hochschulsystem insgesamt weit verbreitet und nicht auf den Zugang zur Professur beschränkt, wenngleich für das Studium in den letzten Jahrzehnten eine gewisse soziale Öffnung festzustellen war. Viel-

10 Andere Studien zeigen, dass solche Aufenthalte an ausländischen Hochschulen insbesondere Angehörige aus höheren sozialen Schichten in ihren Bildungsbiografien vorweisen können, womit dies keineswegs umstandslos als Signal für besondere Leistungsfähigkeit gelten kann (vgl. Jaksztat 2018). Darüber hinaus finden sich geschlechterdifferente Effekte der Elternschaft auf das Mobilitätsverhalten (vgl. ebd.) dahingehend, dass Mütter seltener Auslandsaufenthalte haben.

11 Darüber hinaus finden sich in einzelnen Fächergruppen teilweise etwas abweichende Ergebnisse, was auch hier auf eine starke fachkulturelle Prägung hindeutet (vgl. ausführlicher Zimmer 2018).

mehr zieht sich die soziale Imbalance in unterschiedlicher Ausprägung durch alle Qualifikationsstufen des deutschen Bildungs- und Hochschulsystems. Dies zeigte auch der Schwerpunktteil im Hochschul-Bildungs-Report 2017/18 des Stifterverbandes (Krempkow 2017c): Danach hat ein Akademikerkind von der Grundschule an über alle Qualifikationsstufen hinweg gesehen etwa dreimal so hohe Chancen auf einen Bachelor und sogar zehnmal so hohe Chancen, eine Promotion abzuschließen, wie ein Nichtakademikerkind. Beim Zugang zur Professur ist die Chance von Akademikerkindern dann nach Möller (2018, S. 266) noch einmal vierfach höher. Auch Möller (2018, S. 266) kam zudem im Zeitvergleich zu dem Schluss, dass sich nicht nur der Zugang zur Professur, sondern auch der Zugang zur Promotion für untere Sozialschichten im zuletzt betrachteten Jahrzehnt spürbar verengt hat.¹² Sie sieht hier auch einen Zusammenhang mit der zeitgleich stattgefundenen "Prekarisierung" der Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft.

3. Entwicklung der befristeten und unbefristeten Stellen in den letzten 15 Jahren

Wie sieht es nun aus mit den Karriere- bzw. Berufsperspektiven für Stellen neben der Professur, z.B. für unbefristeten Stellen als Forschungs Koordinator*in o.ä.? Hierfür sind der Anteil der Befristungen bzw. der unbefristeten Stellen in der Wissenschaft und ihre Entwicklung zu betrachten. Die jüngsten verfügbaren Daten zur Befristung sind die aus dem BuWiN und stammen aus den Jahren vor 2017. Wo es möglich ist, werden daher neuere Daten hinzugezogen, so vom Statistischen Bundesamt. Dem BuWiN zufolge lag der Befristungsanteil zuletzt bei 93%¹³ und ist damit innerhalb

12 Zu ähnlichen Ergebnissen, dass die Herkunftsungleichheiten analog den geschlechtsbezogenen Ungleichheiten beim Promotionsübergang in den letzten Jahrzehnten zunahm, kam auch Jaksztat (2018) anhand einer Analyse von sechs Kohorten eines Absolventenpanels, sowie weitere dort zitierte Analysen.

13 An außeruniversitären Forschungseinrichtungen lag der Anteil mit 84% etwas niedriger (BuWiN 2017, S. 129). Außerdem heißt es: „Die Befristungsanteile in anderen Sektoren des Arbeitsmarkts sind auch unter Berücksichtigung des Alters und der Qualifizierung deutlich niedriger.“ So lag er in der Privatwirtschaft in Forschung und Entwicklung bei 9% (ebd., S. 130). Im Wissenschaftsmanagement in Deutschland sind aktuell 28% befristet beschäftigt (vgl. Höhle/Krempkow 2020, S. 59). Dessen Relevanz als Berufsfeld unterstreicht neben dem Anteil von Wissenschaftsmanager*innen mit abgeschlossener Promotion (52%, ebd.) auch der

einer Dekade erheblich gestiegen (2005: 86%; vgl. BuWiN 2017, S. 127). Zugleich stieg lt. BuWiN (2017, S. 88) nicht nur der prozentuale Anteil der Befristungen, sondern auch die absolute Zahl der betroffenen Personen: So beträgt die Anzahl der Promovierenden nach den letzten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zum Jahr 2016 ca. 200.000, im frühesten identisch berechneten Jahr 2010 waren es ca. 180.000 (vgl. ausführlich Hänel/Schmiedel 2017, S. 114).¹⁴

Insbesondere ist auch die Anzahl der Promovierten, also der Personen mit *abgeschlossener* Promotion, in den letzten Jahren deutlich gestiegen: Waren es 2005 ca. 25.000, so stieg deren Zahl zwischenzeitlich (Stand 2016) auf fast 30.000, um nach den letzten Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Stand 2018) auf ca. 28.000 wieder etwas zu sinken. Ein Teil der Promovierten qualifiziert sich weiter (ca. 50.000, vgl. Krempkow 2016), eine anderer arbeitet ohne wissenschaftliche Weiterqualifikation in der Wissenschaft.¹⁵

Insgesamt sind als hauptberufliches wissenschaftliches Personal (ohne Professuren) an Hochschulen und (öffentlich finanzierten) außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland nach Daten des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 185.311 Personen beschäftigt; im Jahr 2005 waren es nur 119.785. Dies entspricht einer Steigerung um über 50%.¹⁶ Und hierbei wurden weitere mehr als 140.000 per definitionem nebenberufliche Beschäftigte noch nicht mitgezählt: Deren Anzahl stieg ebenfalls sehr

BuWiN (2017, S. 196), der auch die Zahl von 25.000 in diesem Bereich Beschäftigten nennt.

- 14 Entgegen der ersten Erhebung des Statistischen Bundesamtes (vgl. StBA 2011, S. 24) zur Anzahl der Promovierenden, die auf ca. 200.400 kam, wurde diese Zahl in späteren Berechnungen durch Zurückrechnen auf 182.800 korrigiert (vgl. Hänel/Schmiedel 2017, S. 114). Damit bestätigt sich im Nachhinein eine Kritik, dass der Berechnungsansatz der ersten Erhebung des Statistischen Bundesamtes die Anzahl deutlich überschätzte (vgl. Krempkow 2012). Aktuellere und genauere bundesweite Berechnungen zur Anzahl der Promovierenden gibt es derzeit nach eigener Einschätzung des Statistischen Bundesamtes nicht (vgl. Vollmar 2019).
- 15 Leider ist die genaue Anzahl der Personen in Deutschland, die sich in einer Post-doc-Phase wissenschaftlich qualifizieren, unbekannt. Schätzungen (u.a. auf Basis des Indikatorenmodells für die Berichterstattung zum wissenschaftlichen Nachwuchs 2014) lagen zuletzt bei 50.000 (+/- 13.000) Personen (vgl. Krempkow 2016). Im BuWiN (2017, S. 92) wird eine ca. 7-fach höhere Zahl aller Promovierten bis 45 Jahren genannt – unabhängig davon, ob sie in einer wissenschaftlichen Qualifikation sind oder (meist ohne Rückkehrabsicht) in der Privatwirtschaft, weshalb dies als ungeeignet zu betrachten ist.
- 16 Vergleiche man es mit Mitte der 90er Jahre, wäre es sogar etwa eine Verdopplung (vgl. Gassmann 2020, S. 36).

stark.¹⁷ Insgesamt arbeiten deutlich mehr Personen als wissenschaftliche Mitarbeiter*in als letztlich promovier(t)en.¹⁸ So werden letztlich immer mehr Daueraufgaben von befristetem Hochschulpersonal erledigt, was die Perspektiven auf einen dauerhaften Verbleib in der Wissenschaft entsprechend negativ beeinflusst. Damit wird zugleich eine Tätigkeit in der akademischen Wissenschaft weniger attraktiv¹⁹ – worauf auch im Zusammenhang mit dem Thema Planbarkeit und Berechenbarkeit bereits eingegangen wurde.

Angesichts des oft bei Drittmittelfinanzierung vertretenen Arguments, dass der Befristungsanstieg zwangsläufig damit zusammenhänge, stellt sich hierzu noch die Frage: Inwieweit kann dies empirisch bestätigt werden? Zwar liege es laut BuWiN (2017, S. 29) *tendenziell* auch an einer Zunahme des drittmittelfinanzierten Personals, da Drittmittel in der Regel für zeitlich begrenzte Projekte gewährt werden. Denn wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, die über Drittmittel finanziert werden, sind häufiger befristet beschäftigt. Allerdings ist auch der Befristungsanteil der über Grundmittel finanzierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit dem Jahr 2000 gestiegen (vgl. ebd.). Hinzuzufügen ist, dass der Befristungsanteil *schneller* stieg als die Drittmittel. Zudem fokussierte die „sehr kritische Diskussion bezüglich der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen“ als einen der Hauptkritikpunkte

-
- 17 Das nebenberufliche wissenschaftliche und künstlerische Personal umfasste lt. BuWiN (2017, S. 97) im Jahr 2014 insgesamt 144.905 Personen. Hiervon waren 98.944 Lehrbeauftragte und 44.314 wissenschaftliche Hilfskräfte, der Rest Gastprofessor/inn/en/ u.ä.. Insbesondere in der Gruppe der wissenschaftlichen Hilfskräfte zeigt sich seit 2000 ein starker Anstieg (Faktor 3,3). Auch die Gruppe der Lehrbeauftragten wuchs deutlich (Faktor 2,1).
- 18 Für eine ähnliche Interpretation vgl. Gassmann (2020, S. 44). Dafür sprechen auch im Rahmen des ersten BuWiN (2008) durchgeführte Analysen: Demnach lag der Anteil derjenigen Hochschulabsolventen, die ca. ein Jahr nach Abschluss angaben, eine Promotion anzustreben, bei 23-33% (ohne Medizin, vgl. Burkhardt 2008). Tatsächlich einen Promotionsabschluss erwarben innerhalb von 4-5 Jahren lediglich 14%. Auch lt. Briedis (2007), arbeiten seit langem deutlich höhere Anteile von Hochschulabsolvent*innen als wissenschaftliche Mitarbeiter*in als promovier(t)en.
- 19 Über vier Fünftel der Promovierenden sehen als längerfristiges berufliches Ziel ihrer Qualifikation nicht die Professur (und nur dafür ist eine Promotion zwingende Voraussetzung), sondern die Mehrheit sieht sich in einer Tätigkeit in der Wirtschaft (67%) oder in der Wissenschaft jenseits der Professur (19%); selbst über die Hälfte der Promovierten sieht dies so (vgl. Krempkow u.a. 2016, S. 32, ähnlich auch spätere Studien wie z. B. NACAPS, die am 27.02.2020 erste Ergebnisse veröffentlichte: <https://nacaps-datenportal.de/indikatoren/E1.html>, sowie ...E2.html).

auch nicht allein den hohen Anteil bei Promovierenden oder Drittmittelbeschäftigten, sondern *insgesamt* „den sehr hohen Anteil an wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die befristet beschäftigt sind“ (BuWiN 2017, S. 60). Wie bereits im BuWiN (2013, S. 184) dargestellt, ist der Befristungsanteil bei angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen an Universitäten im Zeitverlauf ebenfalls deutlich gestiegen: Im Jahr 2005 betrug der Anteil 80%, 2010 bereits 90%. Er ist seitdem bis 2018 nicht spürbar gesunken.²⁰

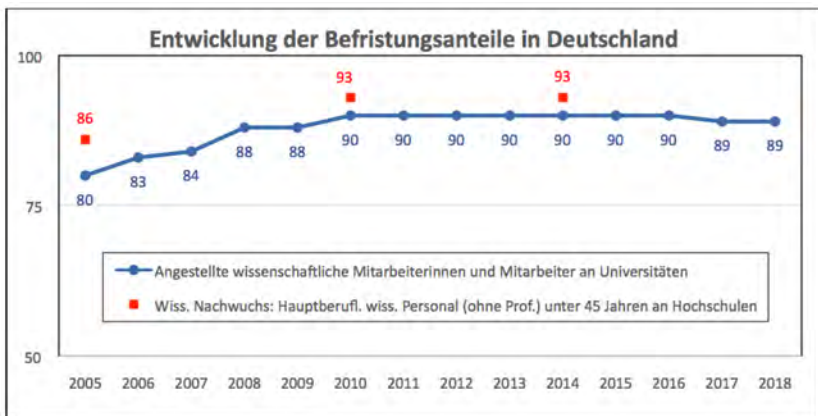


Abbildung 1: Entwicklung der Befristungsanteile in Deutschland (%-Anteile; eigene Darstellung, Daten: Statistisches Bundesamt)

- 20 Die Erhöhung der Befristung von zehn Prozentpunkten entspricht der Erhöhung für die gesamten wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen an den Universitäten und vergleichbaren Hochschulen, jedoch auf einem etwas höheren Niveau. In Gassmann (2020, S. 61) findet sich eine Fortschreibung der auf bundesamtlichen Daten basierenden Zeitreihe nach derselben Systematik wie im BuWiN; demnach betrug der Befristungsanteil 90% bzw. zuletzt 89%. Damit zeige sich kein Effekt der letzten Änderung des WissZeitVG 2016, da der Rückgang von einem Prozentpunkt nicht als Einfluss bewertet werden könne. Jedoch sei ebenfalls, wie zuvor, eine Erhöhung wie nach der Einführung des WissZeitVG zu erkennen; von 2007 bis 2008 erhöhte sich der Befristungsanteil um vier Prozentpunkte. Demnach nutzten die Universitäten die Befristungsmöglichkeiten des WissZeitVG ab 2007 (vgl. Gassmann 2020, S. 62). Kritisch ist hierzu anzumerken, dass es sich lediglich um einen zeitlichen Zusammenhang handelt, der zwar eine Kausalvermutung nahelegt, dies jedoch nicht zweifelsfrei empirisch belegen kann.

Im BuWiN (2017, S. 60) heißt es zu diesem Thema: „Insbesondere wird die Tatsache kritisch gesehen, dass ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis nicht nur für Promovierende, sondern auch für Promovierte an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Ausnahme darstellt.“ Ähnlich hatten sich zuvor auch die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung – EFI (2016), die Hochschulrektorenkonferenz – HRK (2015) und der Wissenschaftsrat – WR (2014) geäußert und mehr unbefristete Stellen neben der Professur gefordert.

Im März und April 2020 ist angesichts des Shut-down der Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland im Zusammenhang mit dem Coronavirus das Befristungsthema erneut aufgeflammt. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) teilte hierzu nach Forderungen u.a. von Nachwuchsforschenden- und Mittelbau-Initiativen im April mit, dass das WissZeitVG um eine zeitlich befristete Übergangsregelung ergänzt wird: "Beschäftigungsverhältnisse zur Qualifizierung, die zwischen dem 1. März 2020 und dem 30. September 2020 bestehen, können zusätzlich um sechs Monate verlängert werden.", heißt es auf vom BMBF (2020, S. 2) zum „Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetz“ (Bundestags-Drs. 19/18699), welches im Mai vom Bundestag beschlossen wurde. Dadurch haben die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen als Arbeitgeber die Möglichkeit, die Arbeitsverträge etwa für Promovierende und Habilitanden über die bisherigen Höchstbefristungsgrenzen hinaus fortzusetzen. Ähnlich gilt dies auch, wenn sich ein Forschungsprojekt aufgrund der aktuellen Ausnahmesituation verzögert (vgl. ebd.). Damit können sicherlich einige Projektabschlüsse gesichert werden und akute Notlagen gemindert werden, die längerfristige berufliche Perspektive ändert dies nicht.

4. Ausblick auf Gestaltungsmöglichkeiten

Nachfolgend werden als Ausblick einige ausgewählte Beispiele aufgezeigt, die Beispiele guter Praxis oder zumindest Anhaltspunkte für eine intensivere Befassung sein können. Hierbei geht es darum, Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen; die ausführliche Erörterung bleibt eigenständigen Beiträgen dazu vorbehalten.

Leistungsselektivität, Chancengerechtigkeit und Berechenbarkeit fördern: Über attraktive Karrierewege hinaus – die Voraussetzung für ein breites Rekrutierungspotential zwecks "Bestenauswahl" sind – wäre für eine systematische Personalauswahl zur besseren Ausgewogenheit von Merito-

kratie und persönlicher Passung noch Einiges zu tun (vgl. z.B. Peus u.a. 2015; Kanning 2017; Becker 2019). Mit transparent(er)en Verfahren und Kriterien für die Entfristung von Tenure-Track-Professuren, wie sie 2019 auch an der Humboldt-Universität zu Berlin vom Senat beschlossen wurden, wäre ein wichtiger Schritt dafür getan. Dies kann dazu beitragen, dass es künftig bei Tenure-Track-Professuren meritokratischer funktioniert als bisher bundesweit bei den Juniorprofessuren (die bislang meist ohne echten Tenure-Track auskommen müssen – vgl. Krempkow u.a. 2016). Auch bzgl. sozialer Selektivität ist es keineswegs so, dass diese im deutschen Wissenschaftssystem quasi naturgegeben und unbeeinflussbar wäre, wie international zahlreiche diesbezüglich besser dastehende Länder zeigen, und wie auch vereinzelte Erfolge in Deutschland zeigten (vgl. Möller 2018, S. 266).²¹ Möglicherweise kommt man dennoch zu der Einschätzung, dass eine stärkere Leistungsselektion nicht umsetzbar ist, entweder weil die Leistungsunterschiede so gering sind, dass sie nicht als Auswahlkriterium taugen (oder weil es wissenschaftspolitisch keine Mehrheiten findet). Dann gäbe es grundsätzlich auch noch eine andere Möglichkeit, zu einem fairen, nicht sozial selektiven Auswahlverfahren und zu einer von der statistischen Chance her gegebenen Berechenbarkeit zu kommen: In diesem Fall wäre ein statistisches Zufallsauswahlverfahren unter allen entsprechend geeigneten Vorqualifizierten wahrscheinlich ein geeignetes Instrument, welches soziale Schiefen im Auswahlverfahren von vornherein in jeder Hinsicht vermeiden, sowie Diversität und Chancengleichheit fördern könnte.²² Die Volkswagen-Stiftung hat hierzu ihre „Experiment“-Förderung²³ aufgelegt,

-
- 21 Dass es möglich ist, zu mehr Chancengerechtigkeit zu kommen, zeigt auch die langsame, aber stetige Erhöhung des Frauenanteils an Professuren, die u.a. auf das Professorinnenprogramm zurückgeführt wird. Dass allerdings nach den letzten Analysen wie beschrieben die soziale Selektivität gestiegen ist, könnte als nicht intendierter Nebeneffekt angesehen werden, der nun erhöhter Aufmerksamkeit und der Nachsteuerung bedarf. Zudem gibt es Aspekte der Chancengerechtigkeit, wo sich allen bisherigen Anstrengungen zum Trotz auch nach jüngsten verfügbaren Daten in über einer Dekade keine Veränderung zeigte: Dies betrifft die Internationalität der Professuren, denn der Anteil aus dem Ausland kommender Professor*innen liegt nach wie vor bei etwa 7% (vgl. ausführlicher hierzu Jacob/Krempkow 2020).
- 22 Nach Klaus/Alamo (2019) ist Peer Review nicht treffsicherer als Zufallsauswahl per Losentscheid.
- 23 URL: www.volkswagenstiftung.de/unsere-foerderung/unser-foerderangebot-im-ueberblick/experiment (15.04.2020).

womit sie ein solches Zufallsverfahren unter allen Geeigneten erstmals in Deutschland testet – und derzeit auch wissenschaftlich evaluieren lässt.

Befristungsanteile in Europa und Bundesländer-Unterschiede zeigen Gestaltungsmöglichkeiten: In der deutschen Diskussion wird oft vergessen, dass die Befristungsanteile in anderen Industrienationen Europas, wie zum Beispiel den Niederlanden (mit 40 Prozent) oder Norwegen (mit 50 Prozent), in Lehre und Forschung deutlich niedriger sind (vgl. Höhle 2015, S. 5) und dies dort keineswegs mit einer geringeren wissenschaftlichen Produktivität oder einer Verstopfung des Wissenschaftssystems einhergeht. Ähnlich gilt dies auch z. B. für Irland und Polen (vgl. Ates/Brechelmacher 2013).²⁴ Zwischen den deutschen Bundesländern betragen die Differenzen der Befristungsanteile bis zu elf Prozentpunkte (vgl. Gassmann 2020, S. 63), also mehr als die Differenz zur Änderung des WissZeitVG 2007. Dies zeigt, dass auch innerhalb Deutschlands unter denselben rechtlichen Bedingungen und bei ähnlichen Drittmittelfinanzierungen deutlich unterschiedliche Befristungsanteile existieren.²⁵

Senkung des Befristungsanteils auf durchschnittlich ca. 60% ist Wunsch der Hochschulen: Eine Senkung des Anteils an befristeten Stellen forderten in den vergangenen Jahren wie erwähnt u.a. der Wissenschaftsrat (2014), die HRK (2015) und die EFI (2016). Selbst in der HRK hält man 70% Befristungsquote als Richtwert für angemessen (vgl. Piorowski 2019, S. 7). Dies ist aber nicht nur der Wunsch von Vertretungen der Wissenschaftspolitik. Vielmehr ist eine moderate und zugleich spürbare Senkung des Befristungsanteils auf durchschnittlich 62% (im Bereich der Forschung) und 58% (im Bereich der Lehre) das Ergebnis einer bundesweiten Befragung von Hochschulen, wie die letzte Erhebung des Stifterverbandes zur Personalentwicklung für den wissenschaftlichen Nachwuchs zeigte (vgl. Krempkow u. a. 2016, S. 56). Dies entspräche auch zugleich immer noch der Forderung der Universitätskanzler*innen, dass die Zahl der

24 Allerdings geht dies in mehreren Ländern mit einer stärkeren (Leistungs-) Selektivität beim *Zugang* zur Promotion und damit einer früheren Auseinandersetzung mit den beruflichen Chancen im Wissenschaftssystem und einer früheren bewussten Entscheidung dafür oder dagegen einher, was aber auch für Deutschland bereits häufiger empfohlen wurde.

25 Der Maßstab sollte allerdings auch hier – wie in anderen Bereichen immer wieder betont – die internationale Wettbewerbsfähigkeit sein, welche insbes. für die Rekrutierung von geeigneten Promovierten in den letzten Jahren immer wieder und verstärkt in Frage gestellt wurde (vgl. z. B. Johann/Neufeld 2018).

befristeten Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliches Personal *überwiegt* (Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands 2019). Hier könnte möglicherweise eine Förderung von (Pilotprojekten an) Hochschulen für Entfristungen von Stellen auch jenseits der Professur, z. B. ähnlich dem Bund-Länder-Programm für Tenure-Track-Professuren, wichtige Impulse geben. Als Good-Practice-Beispiele für Karrierewege in der Wissenschaft und im Wissenschaftsmanagement, die mehr Berechenbarkeit und wieder mehr Meritokratie bringen könnten, sind neben dem bekannten Faculty Tenure Track der TU München das Karrierewegemodell der RWTH Aachen zu nennen, sowie jüngst das Modell der "multiplen Karrierepfade" der TU Berlin.²⁶ Gassmann (2020, S. 99) weist zudem darauf hin, dass an weiteren Hochschulen Dauerstellenkonzepte oder Benchmarkings für Befristungsquoten diskutiert werden.

Entfristungen auch aus befristeten Mitteln planbar: Oft wird betont, dass eine Verringerung des Anteils befristeter Stellen aus Drittmittel- und Projektfinanzierung nicht möglich sei. Dagegen hat Stricker (2018) die Gestaltungsspielräume als Dekan hervorgehoben, die einzelne Fachbereiche in den vergangenen Jahren intensiv nutzten: Durch Kenntnis und Berücksichtigung der Altersstruktur des gegebenen Personals und professionelles Personalmanagement war es möglich, acht unbefristete Professuren aus Hochschulpakt- und Landesmitteln zu schaffen (vgl. Stricker 2018; S. 7). Die neue personelle Situation habe auch der Forschung am Fachbereich wichtige Impulse gegeben. Dies zeigt, dass hier erhebliche Gestaltungsspielräume bestehen, die bisher oft noch ungenutzt blieben (vgl. auch WR 2014, S. 56).

Literatur

- Ates, G./Brechelmacher, A. (2013): Academic Career Paths. In: Teichler, U./Höhle, E.A. (Hg.): The Work Situation of the Academic Profession in Europe: Findings of a Survey in Twelve Countries. The Changing Academy – The Changing Academic Profession in International Comparative Perspective 8. Dordrecht u. a.: Springer, 13-35.
- Becker, F.G. (2019): Akademisches Personalmanagement, Band 2: Berufungsverfahren, Personalbeschaffung und -auswahl an Hochschulen. Münster/ New York: Waxmann.

26 Für eine Vorstellung u. vergleichende Einordnung des TU-Berlin-Modells zu dem der RWTH Aachen vgl. Krempkow (2018).

- BMBF (2020): Wissenschaftszeitvertragsgesetz. In URL: www.bmbf.de/de/karrierewege-fuer-den-wissenschaftlichen-nachwuchs-an-hochschulen-verbessern-1935.html (15.04.2020).
- Briedis, K. (2007): Übergänge und Erfahrungen nach dem Hochschulabschluss. Ergebnisse der HIS-Absolventenbefragung des Jahrgangs 2005. HIS:Forum Hochschule Nr. 13/2007.
- Burkhardt, A. (Hg.) (2008): Wagnis Wissenschaft. Akademische Karrierewege und das Fördersystem in Deutschland, Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) (2016): Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands. Berlin: EFI.
- Gassmann, F. (2020): Befristete Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Hochschulen in Deutschland – Eine erste Evaluation der Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Gefördert von der Max-Traeger-Stiftung. Frankfurt am Main: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hg.).
- Hähnel, S./Schmidel, S. (2017): Promovierende in Deutschland. In: Wirtschaft und Statistik – WISTA. Die Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes, Nr. 2017/04: 104-117.
- Hochschulrektorenkonferenz (2015): Wissenschaftlicher Nachwuchs. HRK-Präsident fordert verlässliche Rahmenbedingungen. Pressemitteilung.
- Höhle, Ester/ Krempkow, René (2020): Die Prüfung der Datenqualität bei einer heterogenen, teilweise unbestimmten Befragtengruppe. In: Qualität in der Wissenschaft (QiW) 2/2020, 52-62.
- Höhle, E. (2015): From Apprentice to Agenda-Setter: Comparative Analysis of the Influence of Contract Conditions on Roles in the Scientific Community. In: Studies in Higher Education 40(8), 1-15.
- Jacob, A.K./Krempkow, R. (2020): Diversität und Bestenauswahl in der Wissenschaft Deutschlands. Beitrag zur Jahrestagung Netzwerk Wissenschaftsmanagement „Wissenschaftsmanagement braucht Personalmanagement: Herausforderungen, Best practice und Zukunftsvisionen“, 27.-28.02.2020, Osnabrück.
- Jaksztat, S. (2018): Soziale Ungleichheiten in wissenschaftlichen Karrieren. Von der Philosophischen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) genehmigte Dissertation. Hannover.
- Johann, D./Neufeld, J. (2018): Zur Beurteilung der Bewerbungslage an deutschen Universitäten. DZHW-Brief 1/2018.
- Kanning, U. P. (2017): Personalauswahl an Hochschulen – Wie Professoren/innen ausgewählt werden sollten. In: Personal- und Organisationsentwicklung (P-OE) 2+3/2017: 73-78.
- Klaus, B./Alamo, D. (2019): Talent Identification at the limits of Peer Review: an analysis of the EMBO Postdoctoral Fellowships Selection Process. www.biorxiv.org/content/10.1101/481655v2 (15.04.2020).
- Krempkow, René (2020): Die Beschäftigungsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland: Empirische Ergebnisse, In: Forschung (Fo) 1+2/2020: 16-24 (im Druck).

- Krempkow, R./Winde, M. (2019): Human Resource Development for Junior Researchers in Germany: Stocktaking and Prospects. In: Teixeira, P./Magalhães, A./Rosa, M.J./Veiga, A. (eds.): *Under Pressure? Higher Education Coping With Multiple Challenges*. Amsterdam: Brill, 65-76.
- Krempkow, R. (2019): Wieviel zählt Leistung bei Berufungen, und wieviel Herkunft? In: *Qualität in der Wissenschaft (QiW)* 1/2019: 28-31.
- Krempkow, R. (2018): Multiple Karrierepfade in Wissenschaft und Wirtschaft – neues Nachwuchskonzept an der TU Berlin. In: *Personal- und Organisationsentwicklung (P-OE)* 1+2/2018: 54-55.
- Krempkow, R. (2017a): Was kann die aktuelle Forschung über Berufungschancen sagen? – Anmerkungen zur Schätzung von Karl-Ulrich Mayer. In: *Forschung (Fo)* 2/2017: 66-70.
- Krempkow, R. (2017b): Können wir die Besten für die Wissenschaft gewinnen? Zur Rekrutierung von Nachwuchsforschenden in Wissenschaft und Wirtschaft. In: *Personal- und Organisationsentwicklung (P-OE)* 2+3/2017: 59-64.
- Krempkow, R. (2017c): Herausforderung chancengerechte Bildung – Von der Grundschule bis zur Promotion. In: *Internationalisierung, Vielfalt und Inklusion in der Wissenschaft (IVI)* 4/2017, 117-123.
- Krempkow, R. / Sembritzki, T. / Schürmann, R. / Winde, M. (2016): Personalentwicklung für den wissenschaftlichen Nachwuchs 2016. Bedarf, Angebote und Perspektiven – eine empirische Bestandsaufnahme im Zeitvergleich. Berlin: Stifterverband (Hrsg.).
- Krempkow, R. (2016): Wieviele Postdocs gibt es in Deutschland? Drei Berechnungsansätze und erste Ergebnisse. In: *Das Hochschulwesen* 5+6/2016: 177-181.
- Krempkow, R. (2012): Ausgewählte Ansätze zur Schätzung der Promovierendenzahl Deutschlands – Ergebnisse und Implikationen für eine Validitätsdiskussion. Kolloquium des Institutes für Forschungsinformation und Qualitätssicherung - iFQ, 29.05.2012, Berlin.
- Möller, C. (2018): Prekäre Wissenschaftskarrieren und die Illusion der Chancengleichheit. In: Laufenberg, M. / Erlemann, M. / Norkus, M. / Petschick, G. (eds.): *Prekäre Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und unsichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Peus, C./Braun, S./Hentschel, T./Frey, D. (Hrsg.) (2015): *Personalauswahl in der Wissenschaft. Evidenzbasierte Methoden und Impulse für die Praxis*. Berlin: Springer.
- Piorkowski, C.D. (2019): Rektoren legen sich nicht fest. In: *Wissen & Forschen, Tagespiegel vom 21.11.2019*, S. 7.
- Statistisches Bundesamt (2016): *Promovierende in Deutschland – Wintersemester 2014/2015*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012): *Promovierende in Deutschland – Wintersemester 2010/2011*, Wiesbaden.
- Stricker, M. (2018): Chancen des Hochschulpaktes... und anderer befristeter Programme. Beitrag zum Forum Hochschulsteuerung 2018 „Die Chancen des Hochschulpaktes 2020 und die Risiken seiner Frist: Organisatorische und personelle Herausforderungen“. Hannover: HIS-Hochschulentwicklung.

- Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands (2019):
Bayreuther Erklärung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in Universitäten. Bayreuth.
- Vollmar, U. (2019): Neue Promovierendenstatistik: Analyse der ersten Erhebung 2017.
In: Wirtschaft und Statistik – WISTA. Die Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes, Nr. 2019/01: 68-79.
- Wissenschaftsrat (WR) (2014): Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten. Drs. 4009-14, Dresden.
- Zimmer, L. M. (2018): Das Kapital der Juniorprofessur. Einflussfaktoren bei der Berufung von der Junior- auf die Lebenszeitprofessur. Wiesbaden: Springer VS.

Ist die harte Argumentation an der Sache „zu hart“? Tendenzen der Informalisierung und Formalisierung in der Promotionsbetreuung

Abstract

Die Promotion ist der zentrale „Ort“ für die Sozialisation in den Wissenschaftsberuf. Am Ende des Promotionsprozesses - so unsere idealtypische Annahme - sollten die Nachwuchsforscher*innen einen professionellen Habitus ausgebildet haben, der es ihnen ermöglicht, mit den strukturell widersprüchlichen Handlungsanforderungen wissenschaftlicher Praxis angemessen umzugehen; einen Habitus kurzum, der die Adäquanz des Berufshandelns sicherstellt. Der folgende Beitrag beschäftigt sich anhand von exemplarischen - konversationsanalytischen wie objektiv-hermeneutischen - Fallanalysen mit zwei spezifischen interaktiven Rahmungen des argumentativen Austauschs im Kontext von Promotionsbetreuungsinteraktionen, die sich als „Informalisierung“ und „Formalisierung“ bezeichnen lassen. Zum einen wird aufgezeigt, welche konkreten interaktionsdynamischen Folgen diese „Vorkehrungen“ zeitigen; zum anderen wird diskutiert, welche zwar gewissermaßen „unbeabsichtigten“, jedoch durchaus Habitus bildenden Nebenfolgen sich daraus für die wissenschaftliche Sozialisation ergeben könnten. Zusammengefasst könnten Informalisierung und Formalisierung diesbezüglich die Ausbildung eines Habitus begünstigen, der einerseits eher zu unrisikanter Forschung neigt und andererseits wirklich offene wissenschaftliche Diskurse tendenziell meidet. Abschließend wird die Frage gestellt, inwiefern jene interaktiven Vorkehrungen - entgegen den dahinterstehenden Intentionen - möglicherweise auch neue „Machtchancen“ eröffnen könnten.

Prof. Dr. Kai-Olaf Maiwald
Fachbereich Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück
E-Mail: kai-olaf.maiwald@uni-osnabrueck.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

„Zuviel Höflichkeit erschwert die Zusammenarbeit.“
(Richard Ford)¹

Es gehört sicherlich zu den Grundanforderungen wissenschaftlichen Handelns, auf eine kooperative Weise hart an der Sache argumentieren zu können, Kritik also weder persönlich zu nehmen noch zu üben. Das ist im Vergleich zur diskursiven Alltagspraxis durchaus anspruchsvoll. Der Idee nach sollte eine entsprechende Kompetenz im Rahmen eines Hochschulstudiums, insbesondere aber in der Promotionsphase erworben werden. In unserer Untersuchung von Bewertungspraktiken in Lehr-/Lernsettings der Promotionsbetreuung² anhand von Videoaufzeichnungen unterschiedlicher Betreuungskonstellationen sind wir immer wieder auf höchst unterschiedliche interaktive Formen gestoßen, deren Gemeinsamkeit darin zu bestehen scheint, Vorkehrungen für einen „harten“ argumentativen Austausch einzurichten – so, als sei er „zu hart“, als könne er nicht wie selbstverständlich praktiziert werden. Diese Befunde sollen im Folgenden exemplarisch anhand der Analyse von Komplimenten in der Betreuungsinteraktion sowie einer „Moderation“ einer Promotionsveranstaltung dargestellt und anschließend in ihren potentiellen Folgen für die wissenschaftliche Sozialisation gewürdigt werden. Vorab ist es aber erforderlich, den Gegenstand theoretisch einzubetten. Dabei ist auf die Besonderheiten wissenschaftlichen Handelns als Berufshandeln, auf die Anforderungen der Sozialisation in diesen Beruf sowie auf die besonderen Anforderungen der Promotionsbetreuung einzugehen. Diese Einbettung erfolgt notgedrungen in aller Kürze und – auch aus diesem Grund – in idealtypischer Zuspitzung.

1. Theoretische Einbettung

Wissenschaftliches Handeln muss, wie jedes Berufshandeln, erlernt werden. Theoretisch wird dieser Erwerb von Wissen und handlungspraktischen Fertigkeiten als „sekundäre Sozialisation“ gefasst (Berger/Luckmann 1969).

1 In: Der US-amerikanische Autor Richard Ford im Interview. In: Der Spiegel, Nr. 42, 10.10.2020. S. 124.

2 Das Projekt „Bewertungspraktiken in Lehr-/Lernsettings der Promotionsbetreuung (BiLL)“ wird in Kooperation der Universitäten Osnabrück und Hildesheim durchgeführt; Projektmitarbeiter*innen am Standort Osnabrück sind Kai-Olaf Maiwald (Leitung), Daniela Böhringer und Roman Felde, am Standort Hildesheim Svea Korff und Linda Maack. Es wird seit November 2018 im Rahmen des Programms „Pro*Niedersachsen“ vom Land Niedersachsen finanziert.

Die Idee dabei ist, dass in den vorhergehenden Prozessen einer „primären Sozialisation“ schon der Grundstein dafür gelegt wurde, ein Mitglied der Gesellschaft zu sein, in der man aufgewachsen ist und lebt. Bezogen auf die Anforderungen der Berufsarbeit in modernen Gesellschaften heißt das beispielsweise, fähig zu rollenförmigem Handeln zu sein, zu wissen, dass dieses Handeln nach Kriterien der Leistung bewertet wird, die unabhängig von der konkreten Person sind, und zu wissen, dass sozialer Status ganz wesentlich von der Art des Berufshandelns und dem individuellen Erfolg dabei abhängig ist. Aufbauend darauf werden in der sekundären Sozialisation der Berufsausbildung – sei es „on the job“ oder in Form von formaler und/oder informeller Ausbildung – diejenigen Wissensbestände vermittelt und erworben, die zur Ausübung des jeweiligen Berufshandelns befähigen. Berger und Luckmann haben aber gezeigt, dass die sekundäre Sozialisation immer auch mehr umfasst als einen solchen Erwerb von kognitiven und handlungspraktischen Wissensbeständen. Vielmehr geht es auch darum, sich in eine je spezifische Berufskultur einzuleben. Es gilt, sich die Sprache – nicht nur die Fachsprache im engeren Sinne – anzueignen, die im Berufsfeld gesprochen wird, so zu denken, wie die Kolleg*innen im Hinblick auf die beruflichen Dinge denken, kurz: sich die spezifischen Relevanzkriterien des jeweiligen Berufsfeldes anzueignen und gewissermaßen „einzuverleiben“.

Dies zu betonen, ist im vorliegenden Zusammenhang deshalb wichtig, weil damit angesprochen ist, dass Berufshandeln die Persönlichkeit der Handelnden nicht unangetastet lassen kann. Wenn man nicht dauerhaft Rollendistanz kultiviert – was einem auch nicht jedes Berufsfeld ermöglicht –, wird man durchaus ein anderer Mensch. Das, was Alois Hahn als „implizites Selbst“ bezeichnet hat (Hahn 2000), ändert sich im Laufe eines Berufslebens; zu dem gedachten Ensemble all der Aspekte, die einen als besondere Person ausmachen, kommen solche hinzu, die mit dem Beruf zusammenhängen, unter Umständen bis in die Körperhaltung und die Physiognomie hinein. Aber das geschieht andererseits auch nur in gewissem Grad und ist abhängig davon, inwieweit in dem jeweiligen Feld eine entsprechende Berufskultur ausgebildet ist und kultiviert wird. Zimmerleute und Sprechstundenhilfen unterscheiden sich in dieser Hinsicht. Zudem bleiben diejenigen Schichten der Persönlichkeit, die sich im Prozess der primären Sozialisation herausgebildet haben, in der Regel davon unberührt. Die sekundäre Sozialisation arbeitet damit, verändert sie jedoch nicht.

Das ist bei einem Kreis von Berufen, zu denen auch die Wissenschaft gehört, anders. Die berufliche Sozialisation kann hier nicht allein auf die

„Grundausrüstung“ der primären Sozialisation bauen, und kehrseitig verändert sie – im Fall ihres Gelingens – auch die Persönlichkeitsstruktur der Berufstätigen grundlegender. In gewissem Sinne verlangen diese Berufe von denen, die sie ergreifen wollen, Außergewöhnliches – auch wenn es dabei nicht um den Einsatz des eigenen Lebens geht, wie etwa bei Feuerwehrleuten, Soldat*innen oder Bergführer*innen. Um dies angemessen zu beschreiben, muss man den theoretischen Bezugsrahmen wechseln und sich der Professionssoziologie zuwenden (einen Überblick geben Pfadenhauer/Sander 2010, Schnell/Pfadenhauer 2021). Die Professionssoziologie befasst sich ursprünglich und primär mit solchen Berufen, die schon deshalb einen Sonderfall markieren, weil sie sich nicht eindeutig dem Bereich einer kapitalistisch strukturierten Wirtschaft einerseits und dem Bereich der Verwaltung andererseits zuordnen lassen, sondern in dieser Hinsicht einer „dritten Logik“ (Freidson 2001) folgen. Dementsprechend lässt sich dieses Berufshandeln nicht adäquat durch Markt oder Hierarchie kontrollieren. Das ist beispielsweise beim Arztberuf, beim Anwalts- und Richterberuf, aber auch in der Wissenschaft der Fall. Wenn sie nicht freiberuflich organisiert sind, sondern unter Bedingungen von Anstellung oder Verbeamtung, genießen sie doch und immer noch – angesichts von Tendenzen einer zunehmenden Vermarktlichung und hierarchischer Außenkontrolle – im Vergleich zu anderen Berufen erhebliche Autonomiespielräume. Gleichzeitig verfügen sie über verschiedene Formen der Binnenkontrolle durch „Peers“, wie etwa in Gestalt der professionellen Assoziationen, die etwas anderes sind als bloße Interessenverbände. Da die Professionen gesellschaftlich zentrale Güter (Gesundheit, Recht, Erkenntnis) produzieren, ging noch die „klassische Professionssoziologie“ (Maiwald 1997: 12-39) der 1950er und 1960er Jahre von einer Art Gesellschaftsvertrag aus: den Angehörigen dieser Berufe werde einerseits ein hoher gesellschaftlicher Status und eine weitreichende Autonomie in der Berufsausübung zugestanden, gleichzeitig werden sie aber auf kollegiale Kontrolle und die Einhaltung hoher berufsethischer Standards verpflichtet.

Konzentriert man sich weniger auf das äußere Erscheinungsbild beziehungsweise die Organisationsform dieser Berufe, sondern auf die Struktur ihres Berufshandelns (zu den entsprechenden Ansätzen vgl. Maiwald 2016), so zeigt sich, dass das Besondere, das sie kennzeichnet, vor allem mit den jeweiligen Problemen zusammenhängt, die sie bearbeiten. Denn diese Probleme erzeugen in sich widersprüchliche Handlungsanforderungen, und das ist bei „normalen“ Berufen nicht der Fall. So erfordert die stellvertretende Deutung und Bearbeitung personaler, existenzieller Krisen wie

Krankheit oder Rechtskonflikte eine Einzelfallwürdigung und gleichzeitig einen Rekurs auf allgemeine Wissensbestände (wissenschaftlich gesichertes Wissen, gesetzliche Vorgaben), sie verlangt personale Nähe und gleichzeitig rollenförmige Distanz, sie umfasst Intervention und Autonomiewahrung. Diese immanenten Widersprüche lassen sich nicht eindeutig in Richtung einer Seite auflösen, sondern erfordern eine professionsethische Bindung und einen im Rahmen der professionellen Sozialisation erworbenen Habitus, der im praktischen Berufshandeln zwischen ihnen vermittelt. Letzterer – und nicht etwa „Organisation“ in dem weiteren, systemtheoretischen Sinn – ist der Garant für die Adäquanz des Berufshandelns.

Der Fokus auf einen personalen Klientenbezug ist es, der dazu führt, dass in einigen professionsoziologischen Ansätzen wissenschaftliches Handeln nicht als professionelles Handeln verstanden wird. Das ist jedoch eine Verkürzung. Denn auch das wissenschaftliche Handeln lässt sich als ein stellvertretendes Handeln begreifen, das vor der Anforderung steht, in sich widersprüchliche Anforderungen handlungspraktisch zu vereinen. Nur sind die Krisen, um die es hier geht, „Geltungskrisen“, Krisen der Geltung von Überzeugungen bzw. Aussagen (Oevermann 2005). Und der Klient ist ein abstrakter, nämlich die Gesellschaft selbst. Anders als in der Alltagspraxis, in der solche Krisen daran gebunden sind, dass Überzeugungen unter bestimmten, an die Wechselfälle des jeweiligen Lebens gebundenen Umständen schlicht aufhören können zu „funktionieren“, werden sie in der Wissenschaft systematisch erzeugt. Man „macht sich Probleme“, sucht danach, erzeugt Zweifel. In der Alltagspraxis ist das nachgerade unsinnig; sie wird wesentlich von Routinen getragen, und wenn diese Routinen praktisch scheitern, wenn also die damit verbundenen impliziten und expliziten Überzeugungen ihre Geltung einbüßen, dann ist das zunächst einmal störend. Das Alltagsleben kann nicht weitergehen, solange man nicht eine Lösung für das Problem gefunden hat. Anders gesagt: Es ist sicherlich gut, Erfahrungen gemacht zu haben, aber es ist nicht angenehm, sie zu machen. Genau eine solche Situation sucht jedoch das wissenschaftliche Handeln auf.

Dies geschieht allerdings unter Bedingungen der Handlungsentlastetheit, die durch institutionelle Vorkehrungen gesichert sind. Wissenschaftliches Handeln ist weitgehend gegen äußere Einsprüche abgeschirmt³, es wird auch nicht nach Leistung bezahlt. Es steht damit, idealtypisch betrachtet, nicht unter Handlungsdruck, und entsprechend werden auch nicht wirk-

3 Was natürlich nicht heißt, dass es nicht Versuche der Intervention von außerhalb des Wissenschaftssystems gab und gibt, seine Autonomie einzuschränken.

lich Erfahrungen gemacht, sondern – wenn es gut läuft – Erkenntnisse gewonnen. Natürlich gibt es immer auch einen handlungspraktischen Druck, Erkenntnisse zu gewinnen und auch „Ergebnisse“ zu erzielen. Aber gerade daran sieht man, dass Handlungsentlastetheit nicht einfach qua Position „da ist“, sondern man sie auch lernen muss. Auch wenn bspw. der Abschlussbericht des Projekts endlich fertig sein muss, auch wenn der Geldgeber und vielleicht auch eine breitere Öffentlichkeit Ergebnisse erwartet, weil die praktischen Probleme, die im Hintergrund stehen, eine Lösung verlangen, steht man unter der Anforderung, nur die Aussagen zu vertreten, die man nach den methodischen und theoretischen Standards des Fachs auch vertreten kann. Generell lässt sich über wissenschaftliches Handeln sagen:

„Aus der Perspektive des Alltags ist das ein merkwürdiges Geschäft: mit Leidenschaft Überlegungen nachzugehen bei der gleichzeitigen Bereitschaft, sie grundsätzlich in Frage zu stellen; Offenheit für Neues zu kultivieren [...] bei gleichzeitigem Beharren auf der Bindung an methodisches Vorgehen, da nur dies eine intersubjektive Geltungsüberprüfung ermöglicht; Detailversessenheit mit einem Sinn für Abstraktion zu verbinden.“ (Torka/Maiwald 2015: 121)

Ähnlich verhält es sich mit den Anforderungen des wissenschaftlichen Diskurses. Wo es darum geht, sich Aussagen über die Welt als Richtschnur des Handelns zu eigen zu machen, ist ihre Plausibilität nicht von einer nachprüfbaren empirischen und methodischen Absicherung oder dem Verweis auf Fachliteratur abhängig, sondern ganz wesentlich auch von den Qualitäten der Personen, die sie vertreten: ihrer Erfahrung, ihrem Status, der Nähe der sozialen Beziehung. Sie geben ihnen „Gewicht“, erzeugen Vertrauen. In alltäglichen Praxiszusammenhängen beständig zu zweifeln, Dingen auf den Grund gehen und es auch besser wissen zu wollen als andere, ist nicht nur, wie schon angesprochen, gleichsam „sinnwidrig“, praktisch würde man sich auch schnell einen Ruf als pedantisch, besserwisserisch oder weltfremd einhandeln. Zwar hat insbesondere die pragmatistische Wissenschaftstheorie (Charles S. Peirce, John Dewey, George Herbert Mead) darauf hingewiesen, dass wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn in der Alltagserfahrung wurzelt. Gleichwohl sind die Spannungen des gesellschaftlich ausdifferenzierten wissenschaftlichen Handelns gegenüber der Alltagspraxis so erheblich und die mit ihm verbundenen Handlungsanforderungen so widersprüchlich, dass sich von hier aus ein struktureller Professionalisierungsbedarf im angesprochenen Sinn ergibt, dem die berufliche Sozialisationsentsprechen muss.

Dieser Professionalisierungsbedarf ist in den Sozialwissenschaften besonders hoch. Der Gemeinplatz, dass Sozialwissenschaftler*innen immer auch Teil ihres Gegenstandsbereichs sind, hat hier seinen Platz. Die Überzeugungen, die man über Familie, Schule oder Politik hegt, sind immer lebenspraktisch eingebunden, da bei ihnen immer auch eigene Erfahrungen eine Rolle spielen und vor allem, da sie relevant für das eigene Handeln als „Alltagsmensch“ sind. Eine forschende Auseinandersetzung mit diesen Gegenständen bedeutet potentiell immer auch Kritik an der eigenen Lebensführung. Deshalb gehört zur professionellen Sozialisation in den Sozialwissenschaften zu lernen, diese eigenen Überzeugungen in ihrer Praxisrelevanz gewissermaßen einzuklammern und sie gleichzeitig als Ressource im Forschungsprozess zu nutzen. Der Erwerb eines wissenschaftlichen Habitus bedeutet hier, in etwas Gutem oder Schlechtem oder auch nur Banalem und Selbstverständlichem etwas Interessantes zu sehen, ein Erklärungsproblem, das es zu lösen gilt. Dazu gehört kehrseitig auch, die gewonnenen Erkenntnisse nicht unmittelbar als Richtschnur für die eigene Lebenspraxis anzusehen.

Die Grundeinstellung zum wissenschaftlichen Handeln kann und soll zwar schon in Verlauf des Studiums erworben werden. Gleichwohl kann man davon ausgehen, dass die eigentliche Professionalisierung insbesondere in der Promotionsphase erfolgt, denn hier ist der erwartete Beitrag zum allgemeinen Erkenntnisfortschritt *institutionalisiert*. Auch wenn in Einzelfällen schon im Rahmen studentischer Abschlussarbeiten eigene Beiträge zum Erkenntnisfortschritt geleistet werden können⁴ – in der Promotionsphase ist das allgemein gefordert. Am Ende eines Studiums wird die Kompetenz des wissenschaftlichen Urteils erwartet, in der Promotion die Performanz der Forschung. Die Promovierenden wissen, dass sie eine Forschungslücke ausweisen und füllen müssen, dass sie für ihre Argumente selbst einstehen und sie in der Disputation und qua Publikation einem anonymen kollegialen Urteil aussetzen müssen. Es ist bemerkenswert, dass in allen Wissenschaftskulturen – wie auch immer das organisationelle Arrangement aussieht – die Promotionsphase als *betreuungsbedürftig* angesehen wird (Torka/Maiwald 2015). Wir gehen davon aus, dass dies damit zusammenhängt, dass es sich um einen strukturell krisenhaften Prozess handelt. Dabei handelt es sich nicht allein um eine intellektuelle Krise, die daran anknüpft, dass man sich auf einen im Prinzip ergebnisoffenen und allerlei Kontingenzen unterworfenen Forschungsprozess einlässt. Vielmehr stellt die Promotionsphase

4 In den Naturwissenschaften sind aufgrund der oft schon frühen Einbindung in hochgradig arbeitsteilige Forschungsprojekte solche Beiträge nicht selten, allerdings sind sie aus demselben Grund auch eher klein.

immer auch eine lebenspraktische Krise dar, die ihren Ausgangspunkt in der Frage hat, ob man selbst auch in der Lage ist, die intellektuelle Krise zu bewältigen. Verstärkt wird dieses Moment der Krisenhaftigkeit durch die Tatsache der Statustransformation – schließlich wird einem am Ende der Promotionsphase der Status eines Mitglieds der „scientific community“ dauerhaft zugeschrieben, oder eben nicht. Für die Erforschung der verschiedenen institutionellen Arrangements der Promotionsbetreuung und konkreter Promotionsbetreuungsbeziehungen ist es entsprechend eine wichtige Frage, welche Rolle Krisen jeweils eingeräumt wird. Werden sie wahrgenommen oder gar erwartet? Werden sie gefördert oder wird ihnen ausgewichen? Wie wird ihnen situativ begegnet?

Vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass Promotionsbetreuung immer auch mehr ist als eine Anleitung zum Forschen. Zwar ist auch in der Bewertung von wissenschaftlichen „Produkten“ (wie Ausschnitten aus der Dissertation, Vorträgen oder Posterpräsentationen) die „harte“ Argumentation an der Sache zentral. Es geht darum, sachliche Kritik zu üben, zu benennen, welcher Beitrag geleistet wird oder nicht, und darum, mögliche konzeptionelle oder methodische Fehler anzusprechen. In der Hinsicht unterscheidet sich ein Betreuungsgespräch nicht von anderen wissenschaftlichen Kommunikationsformaten (kritische Würdigung in einer Publikation, Rezension oder Diskussion im Anschluss an einen Fachvortrag). Aber in einem Betreuungsgespräch geht es auch darum, die angesprochene lebenspraktische Krise mit zu bearbeiten, die sich in der Frage ausdrückt, ob dieses Produkt denn auch „gut“ ist. Wenn im folgenden Abschnitt in einem Interaktionstranskript eine Betreuerin zu einer Promovendin im Hinblick auf ein bestimmtes Darstellungsproblem sagt: „da glaub ich kannst du dich ganz tiefenentspannt zurücklehnen“, dann ist damit genau dieses Moment von Krisenhaftigkeit adressiert, d.h. die Sorge, ob „es gut genug“ ist und – allgemein – ob „man es bewältigen kann“. Vielleicht kann man auch von einer besonderen „Vulnerabilität“ des kritischen Diskurses in der Promotionsbetreuung sprechen, da das sachliche Urteil in seinen potentiellen Folgen hier immer auch die Person mit betrifft. Eine grundlegende methodische Kritik etwa kann nicht nur die Arbeit von Wochen für nichtig erklären. Damit muss man leben können. Sie kann aber auch das praktische Vorhaben der Statustransformation selbst in Frage stellen. Damit kann man nun deutlich schwerer leben, und die Betreuung sollte das im Blick haben, auch wenn eine solche Infragestellung grundsätzlich möglich sein muss. Wir gehen also davon aus, dass Promotionsbetreuung vor der Anforderung steht, diese beiden Aspekte zu berücksichtigen: sachliche Kritik zu üben,

ohne die Vulnerabilität der Betreuungssituation zu ignorieren, und glaubhaft zu unterstützen, ohne die Möglichkeit des Scheiterns zu suspendieren.

Wir haben das uns vorliegende Datenmaterial, das aus Video-Aufzeichnungen von Promotionsbetreuungssituationen unterschiedlicher Art besteht, dahingehend untersucht, wie mit diesen Problemen umgegangen wird, und sind auf Formen gestoßen, die scheinbar die mit der Bearbeitung der Krisenhaftigkeit einhergehenden Spannungsmomente in sehr unterschiedliche Richtungen aufzulösen versuchen. Zwar gibt es durchaus auch Interaktionen, in denen gewissermaßen „*medias in res*“ gegangen wird. Aber es werden auch immer wieder Vorkehrungen getroffen, die den argumentativen Austausch stark regulieren. Diese Vorkehrungen bewegen sich zwischen den Polen Informalisierung und Formalisierung der Interaktion und sollen im Folgenden anhand von zwei verbreiteten interaktiven Rahmungen dargestellt werden: dem Einsatz von Komplimenten in Betreuungssituationen und der Einrichtung einer Moderationsrolle. Wir haben in unserem Projekt methodisch sowohl mit der Konversationsanalyse wie mit der Objektiven Hermeneutik gearbeitet; beide Ansätze sind im Kanon qualitativer sozialwissenschaftlicher Methoden so etabliert, dass auf eine Erläuterung an dieser Stelle verzichtet werden kann. Die Darstellung ist so gehalten, dass die Argumentation auch ohne Kenntnisse des methodischen Zugangs verständlich ist. Dass im einen Fall mit der Konversationsanalyse, im anderen mit der Objektiven Hermeneutik gearbeitet wird, hat keine systematischen Gründe. Die Unterschiede in der Transkription des Videomaterials sind den unterschiedlichen Konventionen der beiden methodischen Ansätze geschuldet.

2. Informalisierung: Komplimente und andere Freundlichkeiten

Komplimente sind eine zentrale Möglichkeit, einem Gegenüber persönlich Wertschätzung und Anerkennung zu zollen und so in gewisser Hinsicht zum sozialen Zusammenhalt beizutragen. Komplimente können deshalb auch benutzt werden, um heikle und sozial dispräferierte Handlungszüge abzumildern (Golato 2005), indem beispielsweise eine positive Bewertung/ein Kompliment mit der Ablehnung eines Angebots verbunden wird. Das macht es leichter, auch eher ablehnende oder nicht übereinstimmende Handlungszüge zu realisieren. Dieses Phänomen ist im uns vorliegenden Material weit verbreitet: Sprecher*innen, die zum ersten Mal in der jeweiligen Situation das Wort ergreifen, beginnen jeweils mit einem Kompliment an die Doktorand*in. Dem schließt sich dann ein längerer Redebeitrag an,

in dem der vorliegende Text im Detail behandelt oder eine Frage gestellt wird. Die vorgeschalteten Komplimente sind in der Regel als persönliche Meinung, erster Eindruck oder als „Bauchgefühl“ formuliert und dezidiert nicht aus einer fachlichen Perspektive. Im folgenden Abschnitt wird es darum gehen, zu zeigen, in welcher Form solche informell-alltäglichen Elemente auf die Interaktionsarchitektur in Promotionsbetreuungssituationen einwirken. Es geht nicht so sehr um deren inhaltlichen Gehalt oder ihren Beitrag zur Gesichtswahrung, den beispielsweise Tracy (2011) herausarbeitet.

Grundlegende ethnomethodologisch-konversationsanalytische Arbeiten haben auf einige Herausforderungen, die Komplimente in der Interaktion mit sich bringen, hingewiesen. Ein Argument, das für das hier vorliegende Material zentral ist, stammt von Pomerantz (1978), die in ihrer klassischen Studie zu Reaktionen auf Komplimente eine grundsätzliche Spannung herausgearbeitet hat, in der sich Empfänger*innen von Komplimenten befinden. Sie schreibt:

„The productions of compliment responses are sensitive to the cooperation of multiple constraint systems. One preference system is that of supportive actions, that is, responses which legitimize, ratify, affirm and so on, prior compliments. A second constraint system is that of self-praise avoidance“ (Pomerantz 1978: 106).

Diese Spannung zwischen der Vermeidung von Selbstlob und der gleichzeitigen Präferenz für Zustimmung in sozialen Handlungen ist kein normatives, abstraktes Konstrukt, sondern zeigt sich auf der Oberfläche konkreter sprachlicher Äußerungen. Denn Reaktionen auf Komplimente weisen eine spezifische Form auf. Sie liegen in Form und Inhalt irgendwo zwischen Zustimmung/Annahme versus Ablehnung/Zurückweisung des Kompliments und verweisen so indirekt auf das Dilemma Vermeidung von Selbstlob versus Präferenz für Zustimmung. Pomerantz spricht von der „in between-ness of compliment responses“ (S. 81). Anhand empirischer Beispiele aus alltäglichen Gesprächen zeigt sie, wie Lösungen für dieses Dilemma aussehen können: Rezipient*innen können in ihrer sprachlichen oder nicht-sprachlichen Reaktion anzeigen, dass sie das Kompliment als solches zwar annehmen, aber mit der im Kompliment angedeuteten Bewertung nicht ganz übereinstimmen und sie in ihrer Reaktion „herunterdimmen“ („So toll ist das gar nicht“). Sie können auch den Referenzpunkt des Kompliments in ihrer Reaktion darauf verändern, in dem sie es an andere weitergeben („Meine Schwester hat mir geholfen“) oder, ganz wichtig, indem sie es zurückgeben („Du siehst auch gut aus!“). Dieses Zurückgeben

von Komplimenten ist aber hoch voraussetzungsvoll und nur unter bestimmten Bedingungen möglich, wenn es sozial nicht problematisch sein soll.

In dem uns vorliegenden Material zeigt sich eine sehr spezifische Form, wie Doktorand*innen auf solche einleitenden Komplimente reagieren – nämlich lediglich minimal. Wie in folgendem Beispiel⁵:

Sequenz 1)

- 1 Eva: ((an Petra gerichtet, diese blickt bereits zu ihr)) also
 2 ich fand dein expose super wirklich also sehr interessant
 3 und ich hätte nie daran gedacht dass kommunikation so
 4 weit kommen kann so sagen=
 5 Petra:→ =hmhm

Hier wird deutlich sichtbar, dass sich Petra als Adressatin der lobenden Bemerkung zwar angesprochen fühlt („hmhm“ und Blickkontakt), aber auf dieses Kompliment lediglich mit einem Rezeptionssignal reagiert und damit *weder* anzeigt, dass sie das Kompliment als solches annimmt, *noch*, dass sie ihm inhaltlich zustimmt. Sie behandelt Evas Äußerung nicht als eigenes Thema, sondern als den Beginn eines längeren Wortbeitrags (Pillet-Shore 2018). Ähnlich verhalten sich auch die übrigen Teilnehmer*innen des Kolloquiums, sie schließen keine eigenen Bewertungen an, etwas, das in alltäglichen Gesprächen sonst üblich und leicht möglich ist (Pomerantz 1984), sondern werden gleichsam zum stummen Publikum des Austausches zwischen Eva und Petra. Das Kompliment als solches wird nicht thematisch („nett, dass du das sagst“), sondern nahezu übergangen.

In einem anderen Fall, in einer Einzelbetreuungssituation, nimmt die Promovendin (Bea) das Kompliment immerhin an:

Sequenz 2)

- 1 Ida: .hh du kannst übergänge schreiben man weiß genau warum das
 2 jetzt als nächster teil eigentlich [kommt
 3 Bea: [mh]
 4 Ida: .hh das äh erklärt sich (0.4) total (.) ne also .hh da glaub
 5 ich kannst du dich ganz tiefenentspannt [zurück]lehnen
 6 Bea: [okay]
 7 Ida: .hhh=
 8 Bea:→=danke=
 9 Ida: =was (.) mir durch den kopf gegangen is (.) äh

Bea reagiert mit dem „appreciation token“ (danke) (Pomerantz 1978: 83) auf das Lob ihrer Betreuerin und zeigt so an, dass sie das Kompliment

5 Bei der Transkription der Betreuungssituationen wurde eine vereinfachte Form des Gesprächsanalytischen Transkriptionssystems (Selting u. a. 1998) verwendet.

als solches entgegennimmt und dass sie ihm – wenn auch implizit – zustimmt. Aber auch hier wird das Kompliment als solches nicht weiter thematisch, beziehungsweise der darin verhandelte Inhalt (Bea kann gut schreiben) liefert keinen weiteren Gesprächsstoff. Vielmehr fängt Ida nun erst „richtig“ an.

Dass es eine grundsätzliche Orientierung an dem Auftaktcharakter solcher Komplimente oder eines Lobes zu Beginn eines neuen Redebeitrags gibt, zeigt auch der folgende, auf den ersten Blick abweichende Transkriptausschnitt:

Sequenz 3)

1 Hilde: das find ich aber also s find ich auch ich find das
 2 auch gut also ich fand das jetzt sehr sehr gut.
 3 diesen text zu haben .h um da auch so dein gedanken
 4 und ((blättern))dein äh überlegungen erstmal
 5 Rika: hmhm
 6 Hilde: folgen zu können.? .h u:nd) das is ja sozusagen auch
 7 der erste ja der erste zugang sich dann auch übers
 8 schreiben nochmal herzustellen
 9 [dass man mal so die gedanken noch mal]
 10 Rika: [irgendwie ja ne? hmhm?]
 11 Hilde: zu verdichten die beschreibungen zu verdichten .hh
 12 genau ich habe mir das jetzt auch noch mal
 13 ((blättern))ausgedruckt hab das jetzt hier so n
 14 bisschen kommentiert [an paar stellen
 15 Rika: [hmhm?
 16 Hilde: [.hhh
 17 Rika: [°super°
 18 Hilde: die äh: hmm:: was mir da aufgefallen is an dem text,
 19 Rika: .hh
 20 Hilde: .hh n
 21 Rika:→ vielleicht noch bevor wir jetzt da star(ten)
 22 Hilde: [ja?
 23 Rika: [zum transkript.
 24 Hilde: ja,

In dieser Einzelbetreuungssituation zwischen Doktorandin (Rika) und Professorin (Hilde) wird ein Text besprochen, den die Doktorandin vor dem Gespräch eingereicht hat. Die Sequenz setzt an der Stelle ein, wo der Text selbst erstmalig Thema im Gespräch wird. Hilde hebt lobend hervor, dass sie es „sehr sehr gut“ gefunden habe, diesen Text vorliegen zu haben. Interessant ist vor allem Zeile 20, wo Hilde aufhört zu sprechen und so eine Überlappung vermeidet, indem sie Rika das Weitersprechen überlässt. Rika bringt, bevor sie „starten“, noch eine Frage zum Transkript ein. Das ist interessant, weil dieser Einschub verdeutlicht, dass sie Hildes allgemeine

positive Aussage zum Text durchaus als Auftakt gehört hat, als etwas, das dem eigentlichen Thema vorangeht. Es ist ihr offensichtlich klar, dass Hilde noch nicht zum Punkt gekommen ist, und sie selbst eigentlich auch nicht dran ist. Dennoch schaltet sie sich noch einmal ein. Wahrscheinlich an der letzten noch möglichen Stelle bremst sie Hilde und lenkt das Gespräch in eine andere Richtung. Letzten Endes zeigt also auch diese Sequenz, wie stark die Teilnehmenden solche Komplimente lediglich als Auftakt und nicht als eigenen inhaltlichen Beitrag verstehen.

Die drei bis jetzt gezeigten Sequenzen zeigen, was solche vorgeschalteten Komplimente in unterschiedlichen Formaten der Promotionsbetreuung interaktiv bewirken, welche Arbeit sie leisten: Es wird eine konkrete Person – die Promovend*in – zunächst ganz konkret adressiert. Die Reaktion der adressierten Person bleibt minimal, sie übernimmt nicht das Wort, sondern behandelt es vielmehr als Auftakt für einen längeren Redebeitrag der jeweiligen Sprecherin und nicht als einen eigenen inhaltlichen Punkt. Das Kompliment selbst, die positive Bewertung eines vorgelegten Textes, wird nicht zum Thema. Auch die übrigen Promovierenden oder Betreuungspersonen (sofern anwesend) orientieren sich daran, dass die Sprecher*in weitere Ausführungen tätigen wird. Niemand ergreift das Wort. Dieses informelle Element hilft so, das Interaktionstableau neu zu sortieren: Eine neue Sprecher*in ergreift das Wort und die übrigen Anwesenden werden (erneut) zum Publikum. Insofern haben wir es in vielen Fällen zwar mit einem Gruppensetting zu tun (mehrere Promovierende und Betreuungspersonen), aber *nicht* mit einer Diskussion in der Gruppe. Es sind vielmehr Zwei-Parteien-Gespräche vor Publikum.

Vorgeschaltete Komplimente leisten einen zentralen Beitrag, diese Ordnung herzustellen, und sie bringen auch die Rezipient*in zum Schweigen. Denn wenn man noch einmal auf die weiter oben dargestellte immanente Spannung, die in Reaktionen auf Komplimente ausbalanciert werden muss, zurückkommt, dann kann man hier feststellen, dass sie sich in diesem institutionellen Kontext noch verschärft. Denn die möglichen „Auswege“, die solchermaßen adressierten Teilnehmer*innen sonst offenstehen, sind ihnen im Promotionskontext verstellt. Weder können sie das Kompliment an die Betreuer*in zurückgeben („Ja, du kannst auch toll schreiben“), noch können sie es teilen („Danke, ich muss mich aber auch bei meiner Schwester bedanken, die den Text eigentlich geschrieben hat“). Auch es gänzlich abzulehnen, ist keine Option, denn dann würde man die Kompetenz der komplimentierenden Person, eine solche Bewertung abzugeben, in Frage stellen. Und, das ist auch ein wichtiger Faktor, es rundweg abzulehnen,

würde auch bedeuten, die eigene Kompetenz in Frage zu stellen. Wie man es auch dreht und wendet, in gewissem Sinne bringen solche alltäglichen Komplimente die adressierte Person also eher zum Schweigen als zum Reden (denn: was soll sie sagen?) und manövrieren sie in eine Zwickmühle. Dieses eigentlich informelle Element trägt also dazu bei, die Promovierenden noch stärker als Rezipient*innen zu konstituieren. Und das geschieht (beispielsweise in einem Kolloquium, in dem mehrere Personen eine Rückmeldung geben) wiederholt und gegebenenfalls jedes Mal, wenn eine nächste Sprecher*in zum ersten Mal etwas zum Promotionsvorhaben sagt. Möglicherweise sind solche Komplimente gut gemeint. Sie sollen intentional vielleicht die folgenden kritischen Anmerkungen abmildern und krisenhafte Momente erträglicher machen, aber durch die ihnen inhärente Spannung zementieren sie die Rezipient*innen-Position der Promovierenden. Sie haben sozusagen unerwünschte soziale Nebenwirkungen, die sich auf die Handlungsmöglichkeiten in der Situation auswirken.

Dass solche kleinen Freundlichkeiten die Promovierenden in eine Rezipient*innen-Position schieben, hat auch damit zu tun, wie das Miteinander-Sprechen in den uns vorliegenden Gruppen-Settings der Promotionsbetreuung insgesamt organisiert war: Es gab häufig eine Moderation oder jedenfalls die Orientierung daran, eigene Beiträge zurückzuhalten, bis die jeweilige Sprecher*in erkennbar zum Ende gekommen ist. Darauf werden wir weiter unten noch näher eingehen. Das Potential, das Komplimente in alltäglichen Gesprächen haben (Mondada 2009; Pomerantz 1984), Gespräche anzustoßen und die Fokussierung von Teilnehmer*innen auf ein Thema oder eine Aktivität zwanglos anzuregen, wurde in den „offiziellen“ Betreuungssituationen nicht ausgeschöpft. Folge-Bewertungen, auch Komplimente, die von weiteren Sprecher*innen realisiert werden, bieten in alltäglichen Gesprächen sonst eine Möglichkeit, an einer Aktivität teilzunehmen bzw. diese Teilnahme anzuzeigen (Pomerantz 1984). Bewertungen sind in dieser Hinsicht nicht einfach Bewertungen, sondern sind Teil einer möglicherweise ganz anderen Aktivität (Eis essen, ein Spiel spielen).

Besonders deutlich zeigt das die folgende Sequenz. Sie stammt aus einem Treffen von Promovierenden aus einem Promotionsprogramm mit ihren Betreuungspersonen und den Postdocs, die im Programm beschäftigt sind. In einem Raum waren an vier Stellen Poster zu den einzelnen Promotionsprojekten positioniert, über die in Kleingruppen diskutiert wurde. Nach Ablauf einer Diskussionszeit von 20 Minuten vor jedem Poster wechselte man zum nächsten Poster. Die Sequenz setzt ein, als die offizielle Rückmelde- und Fragerunde zum Poster eigentlich beendet ist und die

Gruppe vor Abigails Poster darauf wartet, zum nächsten weitergehen zu können. Die Teilnehmer*innen der Kleingruppe und auch Abigail, die das Poster präsentiert hat, blicken schon nicht mehr zum Poster, sondern haben sich bereits in andere Richtungen orientiert. Da ergreift Erik (nicht im Bild) das Wort:

Sequenz 4)

```

1 Chris:      [((blickt die ganze Zeit zum Poster))
2 Abigail:    ((blickt abwartend in den Raum).hhh hhh.)
3 Erik:      I like your cards
4 Abigail:    ((lächelt ihn an)[(°maps°) ((wendet sich dem Poster
5              zu))
6 Erik:      [your [maps
7 Finja:      [yea=
8 Finja:      =yea me too it's really good here
9 Erik:      yea (that's/it's) super clear

```

Die Äußerung „I like your cards“ formuliert von Erik (Zeile 3) bezieht sich zwar auf ein für alle sichtbares Objekt (eine Abbildung auf dem Poster), Abigail wird mit dieser Bewertung aber auch persönlich adressiert: „**your** cards“. Erik tritt hier nicht als Experte für graphische Darstellungen auf, sondern als Alltagsmensch, der „aus dem Bauch heraus“ etwas bewertet, das er gerade unmittelbar wahrnimmt (eine Darstellung auf dem Poster). Er nimmt das Objekt der Bewertung auch nicht weiter analytisch auseinander, sondern formuliert das Kompliment als persönliches Geschmacksurteil und ohne es weiter zu ergänzen. Abigail lächelt ihn daraufhin an, woraus man aber noch nicht schließen kann, dass sie ihn verstanden hat (Das Gespräch wird von lauten Hintergrundgeräuschen begleitet). Er hat aber ihre Aufmerksamkeit. Erst ihre kleine Korrektur „maps“ macht deutlich, dass sie ihn tatsächlich verstanden hat. Erik bestätigt mit „maps yeah“, dass er das gemeint hat. Abigail zeigt mit ihrer Reaktion zwar, dass sie seine Äußerung verstanden hat, aber sie rezipiert sie nicht als Kompliment, sondern als etwas Korrekturbedürftiges und wendet sich dabei dem Poster zu. Der Kontakt und die Fokussierung der beiden aufeinander ist nun aber hergestellt. Durch die zweite Bewertung, die Finja beisteuert („me too“, Zeile 8), wird das Kompliment wieder als solches sichtbar und gleichzeitig klinkt sie sich damit in die Interaktion ein. Durch dieses Komplimentieren, das Erik und Finja hier aufeinander aufbauend realisieren, ist eine wechselseitige Fokussierung der drei entstanden, die zuvor nicht gegeben war. Das Objekt, auf das Erik sein Kompliment bezieht, dient dabei als Ressource, um Abigail als Person indirekt zu adressieren. Über das Objekt kann – wie über Bande gespielt – eine wechselseitige Fokussierung unver-

fänglich hergestellt werden. Die Kombination aus Objektbezug und Kompliment ermöglicht es außerdem Finja, an dieser Interaktion teilzunehmen. Weil sie denselben unmittelbaren Zugang zum Objekt hat, kann sie ihr zustimmendes Kompliment direkt anschließen und ist so „drin“. In der Folge entspinnt sich ein Gespräch, das sich um das Poster und die Farbgebung der Abbildung dreht und in dem Abigail auf das Kompliment selbst gar nicht reagiert, sondern sich sofort dem Poster zuwendet.

Die Sequenz stammt aus einem eher informellen Gespräch, das sich der eigentlichen Poster-Präsentation anschließt. Diese ist zum betreffenden Zeitpunkt schon beendet. Aber, wie man sieht, kann der Austausch durch ein Kompliment gewissermaßen erneut angestoßen und eine Fokussierung der Teilnehmer*innen aufeinander wiederum hergestellt werden. Ein erstes Kompliment, das durch eine zustimmende zweite Bewertung („same evaluation“, Pomerantz 1984: 57) ergänzt wird (andere hätten sich problemlos anschließen können), führt hier zur Konstitution einer fokussierten Interaktion und gibt dem folgenden Gespräch einen inhaltlichen Anstoß. Diese Sequenz weicht damit deutlich von dem ab, was wir in den Sequenzen 1 – 3 herausarbeiten konnten: Andere fühlen sich aufgefordert, an das Kompliment anzuschließen, und es wird ein gemeinsames Gespräch eröffnet. Das erste Kompliment ist sozusagen anschlussfähig für andere und thematisch ausbaufähig. Das hat vor allem damit zu tun, dass es in dieser Gruppe keine vorab geklärte Form des Miteinander-Sprechens gibt. Der „Ring“ ist frei für alle, die sich beteiligen möchten. Und ein zweites Kompliment oder eine eigene Bewertung an eine vorhergehende anzuschließen, ist ein probates Mittel, sich ins Spiel zu bringen.

3. Informalisierung: Komplimente und andere Freundlichkeiten

Als nächstes wollen wir einen Fall aufgreifen, der eine andere interaktive Rahmung wissenschaftlicher Kommunikation zeigt, die jedoch - das wird später zu zeigen sein - mit den soeben dargelegten Befunden durchaus in Korrespondenz steht: Die Formalisierung einer Gruppeninteraktion durch Moderation. Als Datenmaterial liegt uns ein verschriftlichtes Protokoll einer Handlungssequenz aus einem Doktorandenkolloquium vor, das wir objektiv-hermeneutisch interpretieren werden. Unser Erkenntnisinteresse richtet sich dabei zunächst vor allem auf die Besonderheit jener interaktiven Einbettung, also auf deren einerseits reale, d.h. tatsächlich handlungswirksame, andererseits aber auch auf deren potenzielle Konsequenzen für die Autonomie der Kolloquiumsteilnehmer*innen als (angehende) Forscher*innen,

die ihnen, wie eingangs erwähnt, schon in der Promotionsphase unterstellt werden muss und faktisch auch unterstellt wird. Auf eine ausführliche Erläuterung des methodischen Vorgehens wird an dieser Stelle aus dem eingangs genannten Grund verzichtet. Nur so viel: Die Interpretation orientiert sich an den für die Objektive Hermeneutik zentralen Prinzipien der Kontextfreiheit, Sequentialität, Wörtlichkeit, Extensivität und Sparsamkeit (vgl. Wernet 2009: 21 ff.). Die uns vorliegende Handlungssequenz werden wir daher so interpretieren, als wüssten wir nichts über den Kontext, in dem sie tatsächlich fiel. Dazu werden wir gedankenexperimentell Erfüllungsbedingungen formulieren, in denen die Äußerung nach Maßgabe geltender sozialer Regeln als passend erscheint. Hierdurch sollen Distanzgewinn und intersubjektive Überprüfbarkeit der Interpretation gewährleistet werden. Anschließend werden die gedankenexperimentell gewonnenen Kontexte hinsichtlich struktureller Gemeinsamkeiten und Differenzen ausgeleuchtet, bis die objektive Bedeutungsstruktur der Äußerung freigelegt ist. Diese wird schließlich mit den faktischen Erfüllungsbedingungen sowie - und soweit vorhanden - mit dem inneren, sprich bereits rekonstruierten Kontext konfrontiert, was uns erlauben wird, begründete Hypothesen über die Besonderheit der Fallstruktur aufzustellen.⁶ Steigen wir nun in die Interpretation ein. Eine Sprecherin, die wir Anne nennen⁷, sagt:

Sequenz 5)

Anne: okay wer macht moderation? (.) hier sind die regeln (...)

Mit einem „okay“ wird allgemein eine Zäsur gesetzt: Ein vorausgehender Kooperationsabschnitt wird abgeschlossen, während zugleich etwas Neues eröffnet wird. So könnte beispielsweise ein Meeting beginnen, nachdem sichergestellt worden ist, dass alle, die erwartet wurden, sich eingefunden haben („okay, dann begrüße ich Sie...“). Wir können daher jetzt schon sagen, dass Anne hiermit den Übertritt in die fokussierte Gruppeninteraktion (zuvor gab es vor allem vereinzelte dyadische Gespräche) vollzieht. Indem sie die die Gruppeninteraktion eröffnet, etabliert sie eine asymmetrische Beziehung zwischen sich und den anderen; sie nimmt damit faktisch eine Leitungsfunktion in Anspruch. Ob sie dazu auch formal berechtigt ist oder diese Position in actu für sich reklamiert, muss zunächst noch offen bleiben. Als nächstes muss Anne die Gruppeninteraktion nun aber noch in

6 Die genannten Schritte müssen nicht zwingend immer in der genannten Reihenfolge durchgeführt werden.

7 Alle Namen, die in der Analyse genannt werden, sind Pseudonyme.

inhaltlicher Perspektive eröffnen: Naheliegender wäre z.B. eine allgemeine Einleitung/Begrüßung respektive die Initiation einer Vorstellungsrunde; gleichwohl sehen wir sofort, da es ja mit der Frage „wer macht Moderation?“ weitergeht, dass es also keine Begrüßung, Einleitung oder Vorstellungsrunde gibt. Der Sache nach scheint es um etwas Organisatorisches zu gehen, allerdings wird dies nicht explizit als solches gerahmt, weshalb die Frage wie aus dem Nichts daherkommt. Schauen wir uns an, was Annes Frage - abgesehen von der Tatsache, dass es sich um eine *Frage* handelt - pragmatisch bedeutet. Wenn man sich überlegt, welche Erfüllungsbedingungen die Äußerung angemessen erscheinen lassen, dann wären z.B. auch die Planung einer Podiumsdiskussion oder - wenn man „Moderation“ durch eine andere Tätigkeit ersetzt, was eine zulässige methodische Operation darstellt - etwa die Planung einer Abi-Party oder eines Ferien-camps vorstellbar.⁸ Die Frage würde jeweils seitens einer in leitender Rolle sich befindenden Person an ein Kollektiv von „Aktiven“ gestellt werden. Kontexte, in denen die Äußerung eine gänzlich andere Bedeutung hätte, finden sich nicht. Allen genannten Kontexten ist gemeinsam, dass im Rahmen einer sich in der Planung befindenden Veranstaltung bestimmte Tätigkeiten durchgegangen werden müssen und es eine bestimmte Anzahl an Personen gibt, an die diese Aufgaben verteilt werden können. Den Adressaten der Äußerung wird somit eine Verpflichtung zur Arbeitsteilung unterstellt: Jede(r) muss etwas machen. Zugleich ist es zum Äußerungszeitpunkt noch unentschieden, wer die vakante Aufgabe übernimmt.⁹ Das Fehlen des Artikels vor dem Substantiv erweckt ferner den Eindruck, als würde die so sprechende Person die zu verteilenden Aufgaben gleichsam von einer Liste „abhaken“, was eine gewisse Routineförmigkeit suggeriert. Es stellt sich damit verbunden auch die Frage, welche Aufgaben noch verteilt werden bzw. schon verteilt wurden. In jedem Fall wird die leitende Person die zur Disposition stehende Aufgabe nicht selbst machen und sie verfügt über bzw. beansprucht offensichtlich eine zur Verteilung der Aufgaben sie berechtigende Autorität.

8 Im Falle der Abi-Party könnte die Äußerung etwa so lauten: „Okay, also Franz und Katharina machen Theke, wer macht Einlass?“ Und im Falle des Ferien-camps: „Okay, Frühstück machen Franz und René, wer macht Mittag?“

9 Dass es sich bloß um eine reine Auskunftfrage handelt bzw. um eine Erinnerung, wie es der Fall wäre, wenn bereits feststände, wer die jeweilige Aufgabe übernehmen muss, ist auszuschließen, denn dann würde man eher fragen: „Wer ist mit der Moderation dran?“ oder »Wer ist für die Moderation zuständig?«.

Nun handelt es sich bei der tatsächlich zur Disposition stehenden Aufgabe um *Moderation*. D.h. wir müssen uns jetzt einmal gesondert anschauen, was diese Praxis strukturell ausmacht¹⁰, bevor wir den situativen Kontext einblenden und einen Rückbezug zum bereits Interpretierten herstellen. Das zentrale Handlungsproblem der Moderationspraxis besteht darin, dass zwischen unterschiedlichen Parteien *vermittelt* werden muss; es geht um eine *Vermittlungsleistung*. Vermittelt wird dabei etwa zwischen Publikum und Bühnenakteuren (Podiumsdiskussion z.B.) oder zwischen Opponenten (politische Streitgespräche, Talk Shows etc.). Entsprechend ist eine Moderation typischerweise immer dann sinnvoll und erforderlich, wenn die Gefahr groß ist, dass basale Interaktionsregeln verletzt werden bzw. der „Kampf ums Wort“ auf der Tagesordnung steht. Die Prämisse ist daher stets: Die je konkrete Praxis könne sich nicht autonom organisieren respektive nicht naturwüchsig ablaufen; man geht davon aus, dass die „natürlichen“ Mechanismen der Gesprächsorganisation“ (Maiwald/Sürig 2018: 34, Hervh. i.O.) in diesen Fällen nicht greifen und es deshalb einer Vermittlung bedarf, damit die Interaktion *überhaupt* stattfinden kann.¹¹ Die Vermittlungsleistung wird dabei im Rahmen einer eigens dafür entworfenen Rolle, eben der des Moderators bzw. der Moderatorin, erbracht; ihm bzw. ihr obliegt die gesprächsstrukturierende Autorität (u.a. etwa hinsichtlich der Rede-rechtsverteilung, der Reihenfolge der Wortbeiträge, der Themensetzungen etc.), was die Beziehung zu den Moderierten zu einer stark asymmetrischen macht. Obschon es gewisse Ähnlichkeiten gibt, ist eine Moderation wohl-gemerkt nicht das Gleiche wie eine *Diskussionsleitung*. Der entscheidende Unterschied ist der, dass eine Diskussionsleitung nicht oder nur bedingt zwischen verschiedenen Parteien *vermittelt*, sie strukturiert die Interaktion nicht in ihrem *gesamten Ablauf* durch und unterstellt folglich auch nicht, dass sie ansonsten nicht autonom ablaufen könnte. Ihre Funktion beläuft sich vielmehr lediglich darauf, den „Konkurrenzdruck“ (ebd.: 32), mit dem die Akteure es unter Bedingungen der Selbstselektion in Gesprächen zu tun haben, abzumildern bzw. die Akteure in Bezug auf Mechanismen der Rede-rechtsverteilung zu entlasten, sofern es sich um eine Veranstaltung mit vielen Teilnehmenden handelt (z.B. durch die Führung einer Redner*innen-

10 Dabei berufen wir uns auf unser Alltagswissen bezüglich dieser Praxis sowie auf einschlägige interaktionstheoretische Charakterisierungen dieser besonderen Form der Interaktionsgestaltung.

11 Sacks, Schegloff und Jefferson (1974) sprechen in diesem Zusammenhang auch davon, dass im Gegensatz zu „organisierten“ Gesprächen, „natürliche“ Gespräche immer „participant-administered“ (ebd.: 728) sind.

liste). Jenseits davon wird das Gespräch jedoch mit „natürlichen“ Mitteln organisiert, über die die daran Beteiligten qua Sozialisation wie selbstverständlich verfügen. Nun ist die moderierte Interaktion allerdings nicht einfach nur eine als grundsätzlich vermittlungsbedürftig angesehene, sondern eine *umfassend* strukturierte soziale Praxis.¹² Und das bedeutet, dass eine Interaktion durch Moderation nicht bloß „äußerlich“, sondern auch inhaltlich strukturiert wird. So regelt die moderierende Person neben der Rede-rechteverteilung - und im Unterschied zur Diskussionsleitung gehört es hier auch dazu, dass sie die Redner*innen zu einem Redebeitrag auffordern kann – eben auch die Themensetzung und bestimmt damit verbunden ebenfalls darüber, wie lange und wie intensiv ein Thema jeweils behandelt wird.

Schauen wir uns nun die faktischen Erfüllungsbedingungen genauer an, in denen die interpretierte Äußerung fiel. Wie bereits bekannt ist, handelt es sich beim vorliegenden Interaktionssetting um ein Doktorand*innenkolloquium. Dieses findet regelmäßig statt und ist institutionell in einem strukturierten, sozialwissenschaftlichen Promotionsstudiengang verankert. Es sind insgesamt sieben Personen anwesend: fünf Promovierende (vier Frauen, ein Mann), ein Professor, der zugleich Betreuender ist, und Anne. Anne ist die Koordinatorin der Promotionsveranstaltung im Rahmen derer das Kolloquium stattfindet;¹³ ihre Funktion im Kolloquium

12 Nichtsdestotrotz ist sie mit der gewissermaßen paradoxen Handlungsanforderung konfrontiert, der zu moderierenden Interaktion ungeachtet der Steuerungs- und Standardisierungsmaßnahmen eine gewisse „Natürlichkeit“ zu erhalten; es ist immer die Frage, wie viel der letzteren eine jeweilige Moderation situativ zulässt. An der grundsätzlichen Unterstellung, die jeweilige Praxis könne nicht autonom und vollständig naturwüchsig ablaufen, ändert dies gleichwohl nichts.

13 Diese Promotionsveranstaltung findet im Rahmen eines strukturierten Promotionsstudienganges, der an einem Institut einer deutschen Universität angesiedelt ist, im Abstand von ca. sechs Wochen ganztägig statt. Sie wird von einer Planungsgruppe organisiert, der eben auch Anne angehört, deren Zusammensetzung uns ansonsten aber nicht näher bekannt ist. An dieser Veranstaltung teilnehmen dürfen nicht nur die Angehörigen des strukturierten Promotionsstudienganges, sondern alle Promovierenden des Instituts (Individualpromovierende, Promovierende auf Projekt- und Qualifikationsstellen, Externe im Promotionsstudiengang sowie Stipendiat*innen der Graduiertenkollegs). Die Teilnehmenden versammeln sich dabei zunächst immer in einem großen Plenum. Nach einer Begrüßung, einer Vorstellungsrunde und organisatorischen Klärungen teilt sich das Plenum dann in Kolloquiumsgruppen auf, die zwischen sechs und acht Personen umfassen. Die Zusammensetzung der Gruppen und die Frage, wer jeweils was einbringen möchte, wird im Vorfeld der Veranstaltung über ein elektronisches Anmeldesystem geregelt. Die Gruppenzusammensetzung ist grundsätzlich recht konstant.

ist unklar, da sie weder dem Kreis der Promovierenden oder Post-Docs noch dem der Betreuenden zugerechnet werden kann. Die Anwesenden kennen sich, haben sich in dieser Konstellation schon mehrmals getroffen und sind daher auch bereits mit den jeweiligen Promotionsvorhaben vertraut. In der protokollierten Sitzung soll ein Text (Diss-Kapitel) einer Promovierenden diskutiert werden, den die Teilnehmenden im Vorfeld gelesen haben.

In welchem Passungsverhältnis steht die herausgearbeitete objektive Bedeutungsstruktur der Äußerung „wer macht Moderation“ zu diesen Erfüllungsbedingungen? Zunächst ist festzustellen, dass es sich nicht um die Planung einer Veranstaltung handelt, da das Kolloquium ja bereits läuft. Zum einen ist die im Grunde *organisatorische* Frage damit als etwas eingeführt, das bereits zur „eigentlichen“ Gruppeninteraktion gehört und nicht etwa im Vorfeld verhandelt wird. Zum anderen fragt es sich, wieso Anne die Moderation nicht selbst macht, wenn sie doch das Kolloquium ohnehin schon eröffnet und ansonsten keine spezifischere Funktion in diesem zu haben scheint. Stattdessen gibt sie die Moderation als eine Leistungsanforderung an die Promovierenden weiter. Wir können diese Inkongruenz so erklären, dass es anscheinend gar nicht Annes Absicht ist, das Kolloquium inhaltlich zu eröffnen; vielmehr scheint sie lediglich durchsetzen zu wollen, dass jemand von den Promovierenden die Moderationsrolle übernimmt; die moderierende Person soll dann das Kolloquium im engeren Sinne einleiten. Aus dem Kontext wissen wir, dass die Moderation eine Vorgabe seitens des Planungsteams der Promotionsveranstaltung ist, dem Anne als Koordinatorin angehört und in deren Rahmen das Kolloquium stattfindet. Anne scheint hier also bloß ihre Koordinatorinnenrolle auszuagieren, die anscheinend vor allem darin besteht - zumindest legt sie die Rolle hier so aus -, dafür zu sorgen, dass es eine Moderation gibt und dass die Promovierenden diese selbst machen.¹⁴ Die Moderation steht nicht zur Disposition.

Dadurch, dass ausgerechnet eine Moderation eingeführt werden soll, ergeben sich nun aber noch weitreichendere Implikationen für die Kolloquiumspraxis: Dieser wird damit nämlich ein *grundsätzlicher Strukturierungsbedarf* unterstellt; sie könne sich nicht naturwüchsig organisieren und müsse deshalb durch eine Moderationspraxis in ihrem gesamten Ablauf durch-

14 Das erklärt, warum nicht der Betreuer der Promovierenden als statushöchste anwesende Person die Kolloquiumseröffnung und -leitung übernimmt, was nicht unüblich ist. Anscheinend ist den Organisator*innen dieser Kolloquien besonders wichtig, dass die Moderation eben von den Promovierenden selbst übernommen wird.

strukturiert, eben formalisiert werden.¹⁵ Es geht nicht, wie bei einer Diskussionsleitung, nur darum, Machtungleichgewichte zu neutralisieren bzw. eine möglichst gerechte Verteilung von Rederechten sicherzustellen, sondern die Unterstellung ist, dass die Interaktion durch Moderation überhaupt erst ermöglicht, gleichsam „künstlich“ hergestellt werden müsse und anderenfalls schlichtweg nicht realisierbar wäre. Berücksichtigen wir, dass es sich hier um einen wissenschaftlichen Kontext handelt, in dem es neben der Diskussion konkreter Forschung auch und vor allem um Promotionsbetreuung geht, so können wir sagen, dass hier zum einen ein grundsätzlicher Zweifel an der Fähigkeit der Kolloquiumsteilnehmer*innen zur Unterhaltung eines autonomen wissenschaftlichen Diskurses, zum anderen aber auch ein Zweifel an einer „natürlichen“ Gestaltung der Betreuungssituation sich Ausdruck verschafft. Autonomie wird den Kolloquiumsteilnehmer*innen nur insofern zugestanden, als sie selbst moderieren sollen. Halten wir also fest: Die *Formalisierung der Kolloquiumsinteraktion* durch Moderation läuft faktisch auf eine Entautonomisierung des Kolloquiums hinaus. Jeder Redebeitrag kann damit fortan prinzipiell immer durch die Moderationsinstanz „gefiltert“ werden. Zudem wird die künftige Moderationsperson auch nicht mehr primär als Promovierende bzw. Promovierender an der Interaktion teilnehmen, sondern nur noch verwaltend daran teilnehmen können. Obwohl Anne im Rahmen der wissenschaftlichen Praxis des Kolloquiums keine Funktion hat, greift sie also quasi als Stellvertreterin des Organisationsteams der übergeordneten Promotionsveranstaltung stark strukturierend in sie ein. Die Promovierenden können sich dieser Vorgabe auch nicht ohne Weiteres entziehen, sofern dies ja bedeuten würde, Anne, und mit ihr eben auch jenes Organisationsteam, explizit kritisieren zu müssen.¹⁶

Natürlich ist die Unterstellung einer grundsätzlichen Strukturierungsbedürftigkeit an dieser Stelle im Interaktionstranskript zunächst nicht viel mehr als eben eine Unterstellung, die wiederum auf eine bestimmte - später

-
- 15 Dazu passt auch, dass Annes Frage ja ebenfalls impliziert, dass es mehrere Aufgaben zu verteilen gibt. Da im späteren Verlauf jedoch keine weiteren Aufgaben mehr verteilt werden (und es stellt sich sowieso die Frage, welche es im vorliegenden Kontext denn noch sein könnten - Protokollführung, Bedienung technischer Geräte?), lässt sich diese Implikation als eine Art Sinnüberschuss interpretieren: Die implizite Vorstellung, die Kolloquiumsinteraktion sei strukturierungsbedürftig, umfasst eben auch, dass es mehrere feste Aufgaben/Rollen gibt, die zu verteilen sind.
- 16 Und weil die Moderation ja bereits als etwas Routineförmiges eingeführt wurde, ist es auch unwahrscheinlich, dass die Teilnehmenden dagegen angehen werden.

noch genauer zu beleuchtende - Vorstellung von Wissenschaft und Promotionsbetreuung verweist. Doch wenn wir uns anschauen, wie die Kolloquiumspraxis weitergeht, dann sehen wir, dass das identifizierte Strukturmuster der Formalisierung keineswegs bloß irgendwie ideeller Natur ist, sondern tatsächlich *praxisstrukturierend* wirkt. Dazu brauchen wir nicht mehr feinanalytisch vorzugehen, sondern werden nur noch einige, für die Fallstruktur besonders instruktive Aspekte hervorheben.¹⁷

Sequenz 6)

- 1 Anne: okay wer macht moderation? (.) hier sind die regeln (...)
- 2 Elisabeth: ich
- 3 Anne: ja [willst du
- 4 Elisabeth: [(unverständlich) kann ich gerne machen?]] ja okay
- 5 (aufs Smartphone schauend) schau mal kurz auf die Uhr)
- 6 also wir haben jetzt vierzig min- nee fünfzig minuten
- 7 Diana: mhm
- 8 Elisabeth: ja magst du nochmal kurz sagen was dein anliegen heute is

Man sieht, dass Anne ihre Frage nicht einfach im Raum stehen lässt, sondern nach einer kurzen Pause noch „hier sind die Regeln“ hinzufügt. Dies hebt das zuvor unterstellte Strukturierungsdefizit quasi auf eine höhere Stufe: Es wird nicht nur die Kolloquiumsinteraktion als grundsätzlich strukturierungsbedürftig aufgefasst, sondern die Moderation selbst muss sich ebenfalls vorgegebenen Regeln fügen;¹⁸ die Teilnehmenden sollen zwar selbst moderieren, doch auch die Ausgestaltung der Moderationsrolle wird nicht ihrem Ermessen überlassen. Bei den Regeln handelt es sich wohlge-merkt nicht bloß um Hinweise oder Tipps, sondern quasi um „konstitutive Regeln“ im Sinne Searles (1997[1969]): Ohne sie – so ist unterstellt – könnten weder die Kolloquiums- noch die Moderationspraxis ablaufen.¹⁹ Damit korrespondierend wird den Teilnehmenden die Kenntnis der Regeln abge-

17 Eine ausführliche Interpretation der nachfolgenden Stellen liegt gleichwohl vor, nur kann sie angesichts des begrenzten Umfangs dieses Textes an dieser Stelle nicht in aller Ausführlichkeit wiederholt werden.

18 Diese Regeln liegen uns vor, wir können hier allerdings nicht im Detail auf diese eingehen.

19 Das kann man sich mit den folgenden Beispielen klarmachen: „Wollt ihr Monopoly spielen? (...) Okay, hier sind die Regeln“. Wie bei allen Spielen ist auch hier klar, dass es ohne spezifische Regeln nicht gespielt werden kann. Auch, wenn man „Regeln“ durch etwas Anderes ersetzt, bleibt die Bedeutungsstruktur gleich: „Du wolltest fahren, oder? Hier sind die Schlüssel“. Es gibt ein konstitutives Moment: Ohne die Schlüssel geht es nicht.

sprochen - sonst müsste man sie ihnen ja nicht vorlegen. Die herausgearbeitete Fallstruktur reproduziert sich daher weiter in der Prämisse: Die Kolloquiumspraxis als ganze könne nicht sich selbst konstituieren und müsse daher durch eine quasi-bürokratische Setzung erst zustande gebracht werden.

Im weiteren Verlauf der Interaktion zeigt sich dann auch, dass die Teilnehmenden sich dieser „Bürokratisierung“ Annes tatsächlich unterwerfen. Zwischen Elisabeth und Anne etabliert sich dabei eine Art Komplizenschaft, weil sie die Frage, wer die Moderation macht, ausschließlich dyadisch aushandeln; die anderen werden nicht am Aushandlungsprozess beteiligt, sind bloß Zuschauende.²⁰ Elisabeth hat sodann auch keinerlei Probleme, die ergatterte Rolle als Moderatorin einzunehmen und umstandslos auszuagieren. Dass sie als ihre erste Amtshandlung dabei nicht etwa eine inhaltliche Einleitung tätigt, sondern laut die Zeit feststellt, fügt sich ebenfalls gut in die herausgearbeitete Struktur ein: Es manifestiert das Primat des Bürokratischen vor dem des Inhaltlichen. Dass es einen begrenzten zeitlichen Rahmen für das Kolloquium gibt, erscheint so nicht als etwas Selbstverständliches, und auch nicht als etwas, das man *gemeinsam* im Blick haben muss als Kolloquium, sondern als etwas, das herausgehoben und ziemlich genau benannt und betont werden muss, weil damit nämlich ein Appell verbunden ist: Nach 50 Minuten ist Schluss, egal, ob es noch etwas zu klären geben wird oder nicht; die Einhaltung des Zeitplans ist von herausragender Bedeutung, folgt einer gewissen Selbstzweckhaftigkeit und lässt gleichsam keine Permissivität zu. Schließlich reproduziert sich die Formalisierungsstruktur aber auch in der Rede vom „Anliegen“, denn damit ist ein beratungsbezogener, durch ein hohes Maß an Standardisierung geprägter Kontext angesprochen.²¹ Aus einer Promotions*betreuung* - so zumindest die

20 So hätte Anne nicht „ja willst du“, sondern z.B. „wenn es für alle okay ist“ sagen können.

21 Man denke da etwa an die Beratung in einer Bank, in deren Kontext man bestimmte Anliegen vorbringen kann. Es schließt ein, dass es standardisiert bearbeitet werden kann, dass es klar vorstrukturierte Wege der Bearbeitung gibt, weil die damit angesprochenen Sachverhalte (bspw. eine Geldanlage, Hausfinanzierung etc.) eben selbst schon standardisiert sind. Dagegen würde man in eine Therapie-sitzung nicht mit einem „Anliegen“, sondern mit einem „Problem“ kommen. In diesem Kontext von „Anliegen“ zu sprechen, würde darauf verweisen, dass das eigentlich erst noch deutungsbedürftige Problem bereits klar sei, womit sich die Frage stellte, warum dann überhaupt noch eine Therapie in Anspruch genommen werden soll und was wiederum den Schluss nahelegte, dass hier eine Rationalisierung des eigentlichen Problems vorliegt.

implizite Vorstellung - wird so eine Promotions*beratung*, und aus der grundsätzlichen Krisenhaftigkeit von Forschung und Promotion wird ein standardisierter, vorhersehbarer Prozess. Außerdem wird Diana dadurch in eine rezeptive Position gedrängt: Sie ist die beratungsbedürftige Laiin, und die anderen sind die Expert*innen, die ihr „Anliegen“ standardisiert abarbeiten.²² Neben die Asymmetrie zwischen Moderation und Moderierten wird also eine weitere Asymmetrie eingezogen. Schließlich wird auch vorausgesetzt, dass Diana ihr „Anliegen“ bereits fertig vorliegen hat und explizieren kann. Damit kommt jedoch gar nicht mehr in den Blick, dass sie ihr Problem vielleicht noch gar nicht formulieren kann oder vielleicht auch selbst gar keins sieht, sodass die anderen an der Reihe wären, Dinge zu problematisieren.

Was bedeutet das Analyseergebnis nun vor dem Hintergrund der eingangs dargelegten theoretischen Ausführungen zur Sozialisation in den Wissenschaftsberuf? Zunächst einmal irritiert es: Wenn wir davon ausgehen, dass die Sozialisation in die Wissenschaft im Studium, vor allem aber natürlich in der Promotionsphase als *Professionalisierungsprozess* verstanden werden muss, dieser Prozess sodann insbesondere den Erwerb eines spezifischen professionellen Habitus und damit eine Transformation der Persönlichkeitsstruktur impliziert und ein ganz zentrales Strukturmerkmal dieses Habitus schließlich darin besteht, fähig zu einem unpersönlichen, sachorientierten, herrschaftsfreien Diskurs in der Logik des besseren Argumentes zu sein, dann erscheint eine Formalisierung der Kolloquiumsinteraktion, wie wir sie im von uns analysierten Kolloquium nachgewiesen haben, gewissermaßen kontraproduktiv. Setzt man nämlich voraus, dass die Prinzipien des wissenschaftlichen Diskurses einmal habitualisiert, sprich zu einer selbstverständlich gewordenen Haltung geronnen sind, dann erübrigt sich eine derart rigide, umfassende Durchstrukturierung der jeweiligen Interaktionen. Das bedeutet natürlich nicht, dass man im Rahmen wissenschaftlicher Diskurse auf etwaige „*institutionelle Vorkehrungen*“ (Habermas 2018[1983]:

22 Dass die Diskussion tatsächlich gewissermaßen standardisiert abläuft, zeigt sich zum Beispiel schon daran, wie sie eröffnet wird: Elisabeth fragt: „Wer möchte denn beginnen?“, woraufhin Anne sagt: „ich kann gerne anfangen“. D.h. es wird von einem formalisierten Ablauf ausgegangen: Wer wann dran ist, ist zwar offen, aber es steht schon fest, dass jede(r) etwas sagen muss und dass dies eher monologisch in Gestalt eines einzelnen „Statements“ und weniger diskursiv geschehen wird (Elisabeth hätte ja auch sagen können: „dann eröffne ich hiermit die Diskussion“). Das allein ist also schon entautonomisierend, weil die Promovierenden nicht mehr selbst entscheiden können, ob sie überhaupt etwas beitragen und ob sie dies in Form eines längeren Statements oder nur als kurzen Einwurf tätigen.

102, Hervh. i.O.) gänzlich verzichten kann. Ein Kolloquium ist immer auch ein *institutionelles* Setting, das eben anders eingebettet sein und anders ablaufen muss als alltägliche Gespräche. So benötigt man etwa allein schon räumliche, zeitliche und finanzielle Ressourcen. Aber auch auf der Ebene der Interaktion selbst können bzw. müssen teilweise gewisse Vorkehrungen getroffen werden. Beispielsweise muss jemand die Rolle der „chair-person“ (Sacks, Schegloff und Jefferson 1974: 729) einnehmen, die die Interaktion zumindest insoweit strukturiert, als sie diese eröffnet und beschließt sowie grundsätzlich die „rights to talk first“ hat (ebd.). Und bei größeren Gruppen kann, wie oben erwähnt, eben auch eine Diskussionsleitung bzw. die Führung einer Redner*innenliste sinnvoll sein. Gleichwohl, und das ist der entscheidende Punkt, stehen solche Vorkehrungen immer in einem Spannungsverhältnis zu den Autonomieansprüchen wissenschaftlicher Praxis; werden sie zu dominant, besteht die Gefahr, dass sie die Autonomie der daran beteiligten Forschenden untergraben und den wissenschaftlichen Diskurs stark verengen bzw. kanalisieren. Bei einer Moderation, so unser Standpunkt, besteht genau diese Gefahr, weil sie eben - zumindest der Idee nach - sehr weit in die Interaktion hineinreicht.²³ Durch die starke Strukturierung der Interaktion werden aber die für die Wahrheitssuche konstitutiven „Symmetriebedingungen“ (Habermas 2018[1983]: 99) tendenziell zerstört, da nun nicht mehr jede(r), wie es ihm oder ihr beliebt, ein Thema in die Diskussion einbringen bzw. problematisieren darf, sondern die Entscheidung darüber immer erst über den selektiven Filter der Moderation zu laufen hat.²⁴ Das ist paradox, weil damit intentional eher das Gegenteil

23 Da in dem von uns analysierten Kolloquium auch nur sieben Personen anwesend waren, stellt sich damit verbunden auch die Frage, ob man hier nicht selbst auf eine Diskussionsleitung verzichten könnte.

24 Das Argument, es handle sich in unserem Fall ja noch um Promovierende, also noch nicht um „fertige“ Forschende, weshalb es pädagogisch-didaktisch gerechtfertigt sei, sie in gewisse „Leitplanken“ zu zwingen, erscheint hier nicht stichhaltig, weil ihnen ja eben schon im Promotionsprozess Autonomie unterstellt werden muss, da sie schließlich eine eigenständige Forschungsleistung erbringen müssen. Das wird im vorliegenden Kolloquium auch wie selbstverständlich getan, wenn etwa der Betreuer die Promovierenden konsequent mit „Kollege X“ bzw. „Kollegin X“ anspricht (womit er wiederum auf einer anderen Ebene „in Schiefelage“ gerät, da er damit die Rollenförmigkeit der Betreuungsbeziehung überbetont und durch die kontrafaktische Unterstellung, die Promovierenden seien bereits „fertige“ Kolleg*innen, die Statustransformation der Promotionsphase und damit auch die Betreuungsbedürftigkeit der Kandidat*innen de facto negiert).

verbunden wird: eigentlich möchte man die Diskursbedingungen ja dadurch optimieren.

Nun ist es so, dass in dem von uns analysierten Kolloquium keineswegs durchweg von einer Moderation in Reinform gesprochen werden kann; die meiste Zeit über agiert Elisabeth tatsächlich einfach nur als Diskussionsleiterin, führt eine Redner*innenliste und verteilt dementsprechend die Rederechte. Und es wird auch durchaus an der „Sache“ diskutiert. Die Formalisierung der Kolloquiumsinteraktion durch Moderation „schiebt“ einer sachorientierten Diskussion also keineswegs *zwangsläufig* ein für alle Mal einen Riegel vor. Doch entscheidend ist, dass auf der latenten Ebene gleichwohl immer die Vorstellung mittransportiert wird, das Kolloquium müsse grundsätzlich moderiert werden, sodass tiefgreifend strukturierende Eingriffe seitens der Moderation zwar nicht dauernd vorkommen, wohl aber *als Potenzial* immer mitlaufen. Offensichtlich gibt es also im Kolloquium sowie im Planungsteam der Promotionsveranstaltung eine gewisse Vorsicht bzw. Befürchtung, dass eine sachorientierte, unpersönliche Diskussion ohne solch strukturierende „Leitplanken“ nicht möglich sei. Und letztlich bricht sich jenes „Potenzial“ ja auch tatsächlich hin und wieder praxiswirksam Bahn, was sich etwa nicht nur darin zeigt, wie Anne und Elisabeth die Moderationsfrage verhandeln oder wie Elisabeth ihre Rolle als Moderatorin einnimmt, sondern besonders deutlich etwa auch zum Schluss der Kolloquiumssitzung, als der Betreuer ankündigt, „gerne noch was zum Infrastrukturbegriff“ sagen zu wollen, Elisabeth jedoch ohne Rücksicht darauf zu nehmen, die Sitzung einfach für beendet erklärt, weil die Zeit bereits abgelaufen ist. Entsprechend stellt sich abschließend die Frage, die wir, unter anderem, im Schlussteil diskutieren wollen, welcher Aggregierungsebene sozialer Praxis diese Vorstellung genereller Strukturierungsbedürftigkeit wissenschaftlicher Kommunikation - des Primats der Form vor der Sache bzw. der Routine vor der Krise - zuzurechnen ist und inwieweit sie sich möglicherweise auf die Aneignung eines wissenschaftlichen Habitus im oben dargelegten Sinne respektive auf die Wissenschaftspraxis selbst auswirkt.

4. Diskussion

Wenn wir die untersuchten Fälle gegenüberstellen, so scheint es, dass Formalisierung und Informalisierung gleichsam zwei Seiten einer Medaille abgeben. Beide Muster lassen sich nämlich als Ausdruck einer grundlegenden Unsicherheit verstehen: Weil das offene Üben und Empfangen von Kritik bzw. die offene Auseinandersetzung an der Sache als prekär angesehen wird, weil man also die Möglichkeit einer unpersönlichen Kritik nicht als selbstverständlich unterstellt, wird es für notwendig erachtet, die Interaktion durch bestimmte Vorkehrungen interaktiv zu rahmen. Mit der formalen Ordnung eines Gesprächs, zum Beispiel durch eine moderierende Person und durch die Verwendung informeller persönlicher Meinungen, die an die promovierende Person gerichtet werden (Komplimente), haben wir zwei Beispiele solcher Vorkehrungen genauer betrachtet. Zum Schluss wollen wir noch einmal vergleichend darauf eingehen, was diese Vorkehrungen strukturell kennzeichnet, welche Folgen sie für die wissenschaftliche Sozialisation zeitigen könnten und wie sie sich im Hinblick auf die gegenwärtige „Wissenskulturr“ einschätzen lassen.

Sehr klar konnten wir mit Rückbezug auf konversationsanalytische Arbeiten zu Reaktionen auf Komplimente zeigen, dass Komplimente die adressierten Personen in eine Zwickmühle bringen. Sie können darauf nur sehr verhalten reagieren und werden im wissenschaftlichen Diskurs dadurch eher zum Schweigen als zum Sprechen gebracht. Außerdem stellen Komplimente in unserem Material eine dyadische Interaktionssituation vor einem weitgehend stillen Publikum her. Positive Bewertungen wie Komplimente richten interaktionsstrukturell eine Asymmetrie zwischen Bewerteten und Bewertenden ein, unabhängig davon, ob eine Statusdifferenz vorliegt oder ob es sich um „Peers“ handelt. Ebenso wie die Praxis des Komplimentierens eine dyadische Beziehung zwischen den Akteur*innen einrichtet, so erscheinen auch die Redebeiträge im moderierten Kolloquium vor allem als dyadische: Die jeweiligen Sprecher*innen richten ihre Beiträge in erster Linie nur an die Person, die ein Bewertungsobjekt vorgelegt hat, nicht aber an alle Anwesenden, die in dem Moment nur „stille“ Zuschauer*innen sind. Folglich stehen die Redebeiträge eher lose nebeneinander, als dass sie zur Grundlage einer regen Diskussion werden. „Diskursive Arenen“ entwickeln sich nicht, weil nächste Sprecher*innen nicht direkt an vorhergehende Beiträge anschließen können, sondern jeweils warten müssen, bis sie „dran“ sind. Die Folge: Die Diskursivität des Diskurses nimmt ab. Die Teilnehmer*innen werden davon entlastet, den Diskussionsverlauf fortlaufend mit

zu verfolgen, um dann jeweils passend, einen möglichen Redeübergabe-relevanten Punkt für sich zu nutzen – und das heißt eben auch: zu betreuen, Probleme einzugestehen, Dinge zu problematisieren, kurz: Krisen zu erzeugen und zu nutzen - aber es wird ihnen – umgekehrt – eben auch nicht überlassen und zugetraut.

Es liegt nahe, dass die Strategie des persönlichen Kompliments darauf abzielt, die eingangs angesprochene lebenspraktische Krise des Selbstzweifels an der Fähigkeit zur Bewältigung der Anforderungen einer Dissertation zu bearbeiten. Das begleitende Motiv mag dabei sein, die „Vulnerabilität“ des Betreuungsdiskurses abzumildern, indem gleich zu Beginn mit einem Kompliment die immer mitlaufende Frage „Ist es gut (genug)?“ wenigstens ein Stück weit positiv zu beantworten versucht wird. Der mutmaßliche Effekt einer betreuenerischen Beruhigung des Selbstzweifels wiederum hängt auch davon ab, auf was sich das Kompliment inhaltlich bezieht. Dabei ist der Fall eines auf den Beitrag des jeweiligen Textes bezogenen Lobes unproblematisch; hier wird ein potentieller Selbstzweifel aufgehoben und mit der inhaltlichen Fokussierung ist eine Überleitung zu sachlicher Kritik ermöglicht, wie sich bei unserem ersten Beispiel eines global positiven Urteils über ein Exposé andeutet. Bei den anderen Beispielen zielte das Kompliment aber auf marginale Dinge: „Es ist gut, den Text zu haben, um deine Gedanken nachvollziehen zu können“, „Du kannst Übergänge schreiben“, „Ich mag deine Karten“. Derartige Komplimente, die den Beitrag des jeweiligen wissenschaftlichen „Produkts“ außen vor lassen, dürften eher geeignet sein, Beunruhigung aufseiten der Promovierenden zu erzeugen. Dass sie gleichwohl vorgetragen wurden, kann man als Ausdruck einer Selbstverständlichkeit persönlich-wertschätzender Adressierung ansehen; sie erzeugt einen Druck, etwas Derartiges zu sagen, und in Ermangelung eines sachlichen Lobes entsteht dann so etwas.

Die mutmaßliche Motivlage, die hinter der hier exemplarisch vorgestellten Tendenz der Formalisierung liegt, dürfte weniger im Kontext des Betreuungsverhältnisses selbst als vielmehr in der wissenschaftspolitischen Orientierung zu suchen sein, die unter anderem hinter der Einrichtung und Förderung sogenannter strukturierter Formen der Promotionsbetreuung steht. Dabei stand ausdrücklich die Effizienzsteigerung angesichts vermeintlich zu geringer Promotionszahlen, zu langer Promotionszeiten und zu hoher Abbruchquoten im Vordergrund. Die dabei verfolgte Strategie der Formalisierung lässt sich als „Projektifizierung des Promovierens“ (Torka/Maiwald 2015: 126) beschreiben, da sie in vielerlei Hinsicht die besondere, an das praktische Problem der Vergabe knapper Geldmittel für For-

schungsprojekte gebundene Struktur übernimmt, inklusive transparenter Auswahlverfahren, Abarbeitung der inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben des Exposés sowie Berichtspflichten. Die Analyse des Beispiels der „Moderation“ hat zeigen können, wie sich die Formalisierung auch auf der Mikroebene der Betreuungsinteraktion fortsetzen kann. Dabei wird ein Interaktionsrahmen für die Betreuungsbeziehung gesetzt, der Verfahren statt Offenheit und Routine statt Krise vorsieht. Damit wird die gleichzeitig intellektuelle wie lebenspraktische Krise der Promotion auf eine ganz andere Weise adressiert als in der Informalisierung: sie wird negiert. Und die Betreuungsbeziehung erschöpft sich dann – der Vorstellung nach – gleichsam im formalen Interaktionsrahmen, fällt mit ihm zusammen. Krisen sind im Rahmen der Formalisierungsstrategie nicht vorgesehen; ihnen wird kein Platz eingeräumt. Diejenigen, die diese Krisen erfahren, haben damit kaum die Möglichkeit, sie zu artikulieren. Und mehr noch: Indem eine routinemäßige Abarbeitung eines mehr oder weniger festgelegten Programms als Normalitätsfolie erscheint, wird das Problem, das Promovierende in der Bearbeitung der Sache und mit ihrer Bearbeitung der Sache haben können, immer mehr zu „ihrem“ Problem. Es ist nicht etwas, das zum Promovieren grundsätzlich „dazugehört“.

Wenn man sich nun fragt, wie sich die hier exemplarisch dargestellten Tendenzen der Informalisierung und Formalisierung des Austauschs in der Promotionsbetreuung potentiell auf die wissenschaftliche Sozialisation und – in der Folge – auf die Praxis des wissenschaftlichen Handelns auswirken, dann hängt deren Beantwortung davon ab, wie stark man die strukturbildende Kraft der Wissenschaftskultur, der diese Tendenzen zuzurechnen sind, gegenüber den beruflichen Handlungsproblemen einschätzt. Wenn man letztere als entscheidend ansieht, dann würde man sagen, dass die Logik des wissenschaftlichen Diskurses in der Bearbeitung von Geltungskrisen so robust ist, dass sie sich letztlich gegen die informellen wie formalen Interaktionsrahmen durchsetzen wird. Tatsächlich sprechen ja auch unsere Befunde dafür, dass nach den Komplimenten eine kritische Würdigung der wissenschaftlichen „Produkte“ erfolgen muss und dass die „Moderation“ des Austausches faktisch nicht zwingend zu einer formalisierten „Beratung“ führt. Aber eine solche Einschätzung würde nicht nur die Strukturebene der Wissenschaftskultur ausblenden, sie würde auch die Frage der Habitusbildung in der wissenschaftlichen Sozialisation letztlich unbeantwortet lassen. Die Frage muss also sein, was sich an den rekonstruierten Strukturen der Chance nach habitusbildend vermitteln kann und was das im Hinblick auf einen Wandel des wissenschaftlichen „Betriebs“ bedeuten

könnte. Oder anders gefragt: Was vermittelt sich potentiell als „Normalität“ des wissenschaftlichen Austausches?

Zum einen könnte man vermuten, dass die Selbstverständlichkeit des informellen Kompliments die kollegialen Beziehungen generell informeller gestaltet. Dabei muss man berücksichtigen, dass unter Bedingungen strukturierter Promotionsprogramme einer Vielzahl von Personen – Statushöheren wie „Peers“ – die Position einer Betreuungsperson – auch in öffentlichen Interaktionssettings - zugewiesen wird. Damit könnte es normal werden, immer auch interaktiv mitzuteilen, dass und inwieweit man einen Beitrag „gut“ findet. Man kann die mittlerweile eingebürgerte Praxis, einen Diskussionsbeitrag im Anschluss an einen Fachvortrag mit „Vielen Dank für ihren interessanten (anregenden, spannenden usw.) Vortrag“ zu eröffnen, als Ausdruck einer solchen Entwicklung ansehen. Das, was bislang den begrenzten Kontexten von Betreuungsbeziehungen und engen Beziehungen im Kolleg*innenkreis vorbehalten war, findet jetzt generalisiert und öffentlich statt. Eine Konsequenz dabei ist, dass man lernen muss, sich in dieser Hinsicht als generell „betreuungsbedürftig“ behandeln lassen zu müssen. Eine andere Konsequenz betrifft jedoch den wissenschaftlichen Diskurs als solchen. Wenn die kritische Würdigung eines Beitrags selbst nicht mehr als ausreichende Quelle von Anerkennung erscheint, wenn immer auch mein subjektives Urteil gefragt ist, wenn es also immer auch darum geht, was ich gut, anregend oder spannend (also nicht langweilig) finde, was ist mit solchen Beiträgen, die man nicht gut findet, weil sie etwa nicht den eigenen Interessen, methodischen oder theoretischen Vorlieben entsprechen? Man wird tendenziell nicht darüber sprechen. Auf eine indirekte Weise würden damit wissenschaftliche Positionen zum Kristallisationspunkt einer Wir-Gruppe werden, und kehrseitig „die anderen“ ausgegrenzt. Das würde eine erhebliche Eingrenzung des wissenschaftlichen Diskurshorizonts bedeuten.

Zum anderen könnte man vermuten, dass die Formalisierungstendenz in der Promotionsbetreuung ein Moment vermittelt, das man als „Illusion der Routine“ beschreiben könnte. Wissenschaftliches Handeln erscheint latent als routineförmig organisierbare Praxis, als ein Programm, das man abarbeiten kann. Wenn den Kontingenzen, die mit jedem Forschungsprozess verbunden sind, ebenso wenig Raum gegeben wird wie den damit verbundenen intellektuellen wie lebenspraktischen Krisen, wenn diese aber gleichwohl im Forschungsprozess immer präsent sind, dann sind Strategien

der „Krisenvermeidung“ erwartbar.²⁵ Statt einen Habitus auszubilden, der einen mit den krisenhaften Aspekten – und allgemein den in sich widersprüchlichen Anforderungen des wissenschaftlichen Handelns – praktisch umgehen lässt, dürfte die Ausbildung einer habituellen Neigung zu „kleinteiliger“ Forschung nahelegt sein, d.h. einer Forschung, die sich im Rahmen wohletablierter theoretischer und methodischer Ansätze bewegt, die gängige Fragestellungen und kleine Beiträge verfolgt, kurz: eine Neigung zu unrisikanter Forschung. Gleichzeitig transportiert sich auch mit der Formalisierung ein Moment generalisierter „Betreuungsbedürftigkeit“, hier in Gestalt einer vermeintlich notwendigen Einhegung der „harten“ Auseinandersetzung über die Sache, in der sich die Betreuungsbeziehung dann der impliziten Vorstellung nach erschöpft. Dazu gehört auch, dass der wissenschaftliche Diskurs nicht potentiell immer und überall erfolgt, wo Wissenschaftler*innen kommunizieren, sondern an bestimmte Interaktionsformate gebunden ist, mithin durch institutionelle Vorkehrungen erst „erzeugt“ werden muss, sich also nicht autonom konstituieren kann.

Abschließend wollen wir auf ein Moment eingehen, das in der Argumentation schon verschiedentlich aufschien, nämlich die mit den beobachteten Tendenzen verbundenen (neuen) Machtchancen. Darauf eigens einzugehen scheint uns schon deshalb wichtig, weil sowohl Informalisierung wie Formalisierung ja auf der Oberfläche mit ganz anderen Vorzeichen versehen sind. Beide zielen in unterschiedlicher Weise auf Egalität. Im ersten Fall ist es die Gleichheit der persönlichen Beziehung, im zweiten die Gleichheit des „Verfahrens“, dem alle Statusgruppen unterworfen sind. Zudem steht die Formalisierung explizit im Zeichen der Transparenz – gegen die Intransparenz des klassischen, dyadischen Betreuungsverhältnisses. Und schließlich könnte man ja auch sagen, dass der allgemeine Wandel der Wissenschaftskultur in diese Richtungen auch ein insgesamt „freundliches“ Diskursklima erzeugt hat. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, dass unterschwellig Asymmetrien in der Interaktion erzeugt werden. Jede

25 Die Existenz von sogenannten „Forschungswerkstätten“ z.B. verweist genau darauf: Die „Projekte“ der Teilnehmenden – die eigentlich ja Forschungsvorhaben sind – werden hier, so die implizite Vorstellung, lediglich „repariert“, gleichsam wie ein Musikinstrument, das man zur Reparatur bringt, welche dann aus weitgehend standardisierten Schritten besteht und sich in der Regel vorgefertigter Ersatzteile bedient. Die Dissertation erscheint dann wie ein „Baukasten“, bei dem es darum geht, die Einzelteile nur richtig zu arrangieren. Der Werkstattcharakter kaschiert schlichtweg die Krisenförmigkeit des Forschungs- und Promotionsprozesses.

Bewertung im Sinne eines Kompliments, in der das Produkt als Produkt angesprochen wird („der Vortrag hat mir sehr gefallen“, „sehr schöne Posterpräsentation“, „interessanter methodischer Zugang“) richtet eine Asymmetrie zwischen Bewertenden und Bewerteten ein, auch unabhängig davon, ob eine formale Statusdifferenz vorliegt oder es sich um „Peers“ handelt. Die prekäre und professionell zu kontrollierende Machtasymmetrie in der Betreuung wird hier multipliziert. Und auch das Beispiel der „Moderation“ hat gezeigt, dass und wie im Gefolge der Formalisierung neue Machtpositionen entstehen können. Durch die dyadische Struktur der Redebeiträge werden sie, wie bei der Praxis des Komplimentierens eben auch, verfestigt; die dyadischen Beiträge schirmen sich nach „außen“ hin ab, stehen, wie gesagt, lose nebeneinander. Man kann darin auch eine Tendenz der zunehmenden Bedeutung asymmetrischer dyadischer Beziehungen insgesamt sehen. Gemeint ist damit eine Positionierung im Rahmen der wissenschaftlichen Konkurrenz, die nicht allein auf das bessere Argument in einem unpersönlichen Diskurs setzt. Dies lässt sich der angesprochenen Praxis ablesen, nach der sich Diskutant*innen zunächst freundlich bei den Vortragenden für den Vortrag bedanken und ihn loben. Natürlich bedeutet jede Gelegenheit zu einem Beitrag im Rahmen einer Großgruppe die Chance, sich zu profilieren – und damit gegenüber den anderen Teilnehmer*innen eine Machtchance. Mit einer solchen Einleitung heben sich die Diskutant*innen jedoch interaktionsstrukturell aus der Großgruppeninteraktion heraus, als deren Mitglieder sie noch vorher agierten, indem sie den Vortrag beklatschten oder beklopften. Durch den – nochmals – artikulierten Dank richten sie eine dyadische Beziehung zu den Vortragenden ein, die durch das Lob auch noch asymmetrisch gerahmt wird. Damit wird dem dann folgenden Beitrag von vornherein, unabhängig von der Qualität des Arguments, Gewicht verliehen. Wenn diese Diagnose zutrifft, dann würden Informalisierung und Formalisierung weniger gegebene Machtchancen reduzieren, sie würden vor allem neue Machtchancen erzeugen.

Literatur

- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas 1969: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Freidson, Eliot 2001: Professionalism: The Third Logic. Chicago: University of Chicago Press.
- Habermas, Jürgen 2018[1983]: Diskursethik – Notizen zu einem Begründungsprogramm. In: Ders. Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch Verlag, S. 53-125.

- Hahn, Alois 2000: Biographie und Lebenslauf. In: ders., Konstruktionen des Selbst, der Welt und der Geschichte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 97-115.
- Lindström, Anna; Mondada, Lorenza 2009: Assessments in Social Interaction. In: Research on Language and Social Interaction, Jg. 22, Heft 4, S. 299 – 308.
- Maiwald, Kai-Olaf 2016: Die Professionalisierung(en) der Mediation. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie, Jg. 36, Heft 1, S. 6-28.
- Maiwald, Kai-Olaf 1997: Die Herstellung von Recht: Eine exemplarische Untersuchung zur Professionalisierungsgeschichte der Rechtsprechung am Beispiel Preußens im Ausgang des 18. Jahrhunderts. Berlin: Duncker & Humblot.
- Maiwald, Kai-Olaf; Sürig, Inken 2018: Mikrosoziologie. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Oevermann, Ulrich 2005: Wissenschaft als Beruf. Die Professionalisierung wissenschaftlichen Handelns und die gegenwärtige Universitätsentwicklung. In: die hochschuljournal für wissenschaft und bildung, Jg. 14, Heft 1, S. 15-51.
- Pfadenhauer, Michaela; Sander, Tobias 2010: Professionssoziologie. In: Georg Kneer, Markus Schroer (Hrsg.), Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag, S. 361-378.
- Pillett-Shore, Danielle 2018: How to begin. In: Research on Language and Social Interaction, 51, 3, S. 213 – 231.
- Pomerantz, Anita 1978: Compliment Responses. Notes on the Cooperation of Multiple Constraints. In: Schenkein, Jim (Hrsg.) Studies on the Organization of Conversational Interaction. New York u.s.w.: Academic Press, S. 79 – 112.
- Pomerantz, Anita 1984: Agreeing and Disagreeing with Assessments. Some Features of Preferred/Dispreferred Turn Shapes. Heritage, John (Hrsg.) Structures of Social Action. Cambridge: Cambridge Univ. Press, S. 57 – 101.
- Sacks, Harvey; Schegloff, Emanuel; Jefferson, Gail 1974: A Simplest Systematics for the Organization of Turn-Taking for Conversation. In: Language, Jg. 50, Nr. 4, S. 696- 735.
- Searle, John 1997[1969]: Sprechakte. Ein sprachphilosophischer Essay. 7. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. Schnell, Christiane; Pfadenhauer, Michaela (Hrsg.) 2021: Handbuch Professionssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Selting, Margret; Auer, Peter; Barden, Birgit; Bergmann, Jörg u. a. (1998): Gesprächsanalytisches Transkriptionssystem. In: Linguistische Berichte 173, S. 91 – 122.
- Torka, Marc; Maiwald, Kai-Olaf 2015: Die Krise als Normalfall. Zur Professionalisierung des Promovierens und der Promotionsbetreuung aus soziologischer Sicht. In: Arne Pilniok et al. (Hg.): Promovieren in der Rechtswissenschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 113–136
- Tracy, Karen 2011: A Facework System of Minimal Politeness: Oral Argument in Appellate Court. In: Journal of Politeness Research, 7, S. 123 – 145.
- Wernet, Andreas 2009: Einführung in die Interpretationstechnik der objektiven Hermeneutik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Exzellente Hazardeurinnen. Beschäftigungsbedingungen und Geschlechterungleichheit auf dem wissenschaftlichen Arbeitsmarkt¹

Abstract

Die Anzahl befristet beschäftigter qualifizierter Forscherinnen und Forscher steigt, während die Zahl der Professuren mehr oder weniger stagniert. Die davon ausgehenden Wirkungen auf Wissenschaftskarrieren sind im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis aktuell besonders brisant. Wissenschaftlerinnen sind von den gewandelten Bedingungen in stärkerem Maße betroffen als Wissenschaftler. Der Beitrag betrachtet anhand von quantitativen und qualitativen Daten, welche geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in den Beschäftigungsbedingungen bestehen und wie diese sich auch in der Exzellenzinitiative abbilden und auswirken. Aufgrund ihrer Gleichstellungsabsicht bietet die Exzellenzinitiative durchaus attraktive Arbeitsbedingungen für Frauen, doch sind Wissenschaftlerinnen durch die allgemein ungleichen Chancen, die u. a. durch Beschäftigungsbedingungen entstehen, auch im Rahmen von Exzellenzeinrichtungen weiterhin benachteiligt. Da die Ausstiegsgründe des wissenschaftlichen Nachwuchses insbesondere in der geringen Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren liegen und Frauen mit diesem Aspekt besonders unzufrieden sind, ist ein kritischer Blick auf die Beschäftigungspolitik an Universitäten angezeigt – auch und gerade im Kontext von Exzellenzeinrichtungen.

Dr. Andrea Löther
GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
E-Mail: andrea.loether@gesis.org

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Die öffentlich geführten Debatten um Hochschulkarrieren in Deutschland kreisen vielfach um die Frage, ob Arbeitsbedingungen und Anreize attraktiv genug seien für den wissenschaftlichen Nachwuchs, der zunehmend international, „exzellent“ und weiblich gedacht wird. Dieser Beitrag thematisiert die andere Seite des lebhaften Diskurses um Exzellenz und Talent, nämlich die realen Beschäftigungsbedingungen von Wissenschaftlerinnen. Dabei zeigt sich, dass der Anspruch von Exzellenzprogrammen an Nachwuchsförderung und Gleichstellung der weiterhin bestehenden Geschlechterungleichheit und den unsicheren Karriereperspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wenig entgegenzusetzen hat, wenn es um die Beschäftigungsbedingungen jenseits der Professur geht.

1. Einführung

Im deutschen Sprachraum hat sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen in der Hochschule lange Zeit auf die Frage konzentriert, weshalb es so wenige Professorinnen gibt (als Überblick vgl. Lind, 2004; Rusconi & Kunze, 2015). Die einschlägige Forschung konzentriert sich auf die Postdoc-Phase, während derer die meisten Wissenschaftlerinnen offensichtlich „verloren gehen“. Dies mag den Blick darauf verstellen haben, dass in dieser als Übergang gemeinten Phase wissenschaftlich gearbeitet wird – oft dauerhaft. Es gibt also wesentlich mehr Wissenschaftlerinnen als Professorinnen, doch unter welchen Umständen sie arbeiten, wird nur im Hinblick auf ihren „Verbleib“ in der Wissenschaft ausgewertet. Geschlechterungleichheiten in den Beschäftigungsbedingungen werden hingegen kaum thematisiert, auch wenn bekannt ist, dass promovierte Frauen an Hochschulen häufiger mit ihrer beruflichen Situation unzufrieden sind als ihre Kollegen (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs, 2013, S. 294).

Eine genauere Betrachtung der Beschäftigungsbedingungen ist umso mehr angezeigt, als parallel zum verstärkten Zugang von Frauen in die Wissenschaft eine Zunahme von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zu beobachten ist – eine Folge der Transformation des Hochschul- und Wissenschaftssystems, die sowohl in Deutschland als auch international registriert wird (American Federation of Teachers, 2008; Brownlee, 2015;

1 Es handelt sich um einen aktualisierten Wiederabdruck von folgender Publikation: Beaufäys, Sandra; Löther, Andrea (2017): Exzellente Hasardeurinnen? Beschäftigungsbedingungen auf dem wissenschaftlichen Arbeitsmarkt, Geschlechterungleichheit und Exzellenzförderung. In: WSI-Mitteilungen (5), S. 346–355.

Courtois & O’Keefe, 2015; Lama & Joullié, 2015; Liu & Zhang, 2013; Santiago & Carvalho, 2008). War 1992 in Deutschland rund die Hälfte des gesamten wissenschaftlichen Personals befristet beschäftigt, stieg dieser Anteil auf fast 70 Prozent im Jahr 2014 und liegt gegenwärtig bei 67 Prozent. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten stieg im selben Zeitraum von 16 Prozent auf gegenwärtig fast 40 % (2019). Obwohl die Daten zeigen, dass Frauen überproportional häufig von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind (European Commission, 2019), bearbeiten nur wenige Studien explizit geschlechterspezifische Aspekte und vergleichen häufig auf der Ebene europäischer Länder (Aulenbacher et al., 2016; Murgia & Poggio, 2018; Rosas et al., 2021). Im Vergleich von sechs europäischen Ländern erkennen Dubois-Shaik und Fusulier (2015, S. 182) als systematische Nachteile von promovierten Wissenschaftlerinnen u. a. ein höheres Risiko, arbeitslos oder befristet bzw. in Teilzeit angestellt zu sein. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Courtois/O’Keefe (2015) für Irland und Hüttges und Fay (2013) für Deutschland. Nikunen (2014) untersucht die Auswirkungen von kurzfristigen Beschäftigungen auf die Work-Life-Balance und die Geschlechtergleichstellung und kommt zu dem Ergebnis: „academics on fixed-term contracts like to see themselves as independent, autonomous entrepreneurs“ (ebd., S. 131). Die Illusion der „Geschlechtsneutralität“ der Meritokratie kann jedoch nur hergestellt werden, indem Geschlechtergleichstellung und Familienarrangements in die private Sphäre verwiesen werden. In ihrer qualitativen Untersuchung zu den Folgen von Befristungen und Unsicherheit auf die Zukunftsorientierungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern findet Ylijoki (2010) nur geringe Geschlechterunterschiede. Allerdings ist ausgerechnet die Orientierung auf Erfolg in der akademischen Karriere etwas häufiger bei Männern anzutreffen. Ylijoki (2010, S. 383) sieht damit Ergebnisse von Barry (2006) bestätigt, „which suggest that in comparison with men, women academics seem to respond to the increasing managerialistic pressures in ways that are more unfavourable to their careers.“ Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Funken et al. (2015, S. 203), wonach Nachwuchswissenschaftler optimistischer in die Zukunft sehen als ihre Kolleginnen, die wiederum weniger dazu neigen, sich den Spielregeln des wissenschaftlichen Feldes bedingungslos zu unterwerfen.

Als wichtiges Instrument bei der Transformation des Hochschulsystems trat in Deutschland 2006 die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder auf den Plan: Sie zielte auf eine Hierarchisierung der deutschen Universitäten, war jedoch zugleich mit den Nebenzielen angetreten, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und Strukturen zu entwickeln,

um Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zu unterstützen. Aus diesem Grund wäre zu erwarten, dass nachteilige Beschäftigungsbedingungen für Frauen und ungleiche Voraussetzungen zwischen den Geschlechtern in Exzellenzeinrichtungen seltener sind als unter üblichen Rahmenbedingungen. Bisherige Untersuchungen weisen jedoch eher darauf hin, dass sich die unsichere Perspektive des wissenschaftlichen Nachwuchses durch die Exzellenzinitiative noch verstärkt hat, da hauptsächlich befristete Stellen auf Mittelbauebene geschaffen wurden (Sondermann et al., 2010). Zudem erweisen sich die neuen Exzellenzkriterien auf der Ebene der Alltagsorganisation und konkreten Forschungskultur nicht selten als vergeschlechtlichte und geschlechterselektive Instrumente (Ahmed, 2018; Binner & Weber, 2019).

In unserem Beitrag fragen wir nach der Geschlechterdimension der Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft und nach deren Veränderung oder Persistenz unter den Bedingungen der Exzellenzförderung. Wir untersuchen im Folgenden zum einen, welche Faktoren – wie Hochschul- oder Arbeitsmarktstrukturen – die ungleichen Beschäftigungsbedingungen beeinflussen und erklären. Zum anderen fragen wir, ob die Geschlechterungleichheit im Rahmen der Exzellenzförderung verstärkt oder abgemildert wird. Schließlich werden die Wahrnehmungen von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern in Exzellenzeinrichtungen in den Blick genommen. Die Frage lautet, inwieweit Unsicherheit und Wettbewerbsdruck auf Nachwuchsebene sich auf die Gleichstellungsziele der Exzellenzinitiative auswirken.

Empirische Grundlagen für die Analyse sind quantitative Daten der Hochschulstatistik (Statistisches Bundesamt), Daten aus einer repräsentativen Befragung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (Lind, 2010; Lind & Samjeske, 2009) sowie quantitative und qualitative Daten aus einer Begleitstudie zur Exzellenzinitiative I (Engels et al., 2015).

2. Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen und Geschlechterungleichheit

Auch wenn sich die veränderten Beschäftigungsbedingungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an deutschen Hochschulen in einen internationalen Trend einordnen, weisen die Karrierewege im deutschen Hochschulsystem doch spezifische Merkmale auf (Kreckel & Zimmermann, 2014). Traditionell ist eine unbefristete Stelle an eine Professur – einen Lehrstuhl – gebunden. Stellenaspiranten auf dem wissenschaftlichen Ar-

beitsmarkt nehmen phasenweise eine unterwertige und prekäre Tätigkeit in Kauf, um langfristig eine sichere Stellung zu realisieren (Klecha, 2008). Während des Ausbaus der Hochschulen in den 1970er und 1980er Jahren war dieser Übergang in das „wissenschaftliche Normalarbeitsverhältnis“, die Professur, dadurch erleichtert (ebd., S. 19), dass Mittelbaustellen häufiger in Professuren umgewandelt wurden und der Anteil der Professuren am wissenschaftlichen Personal bei über 30 Prozent lag. Darüber hinaus waren mehr unbefristete Stellen unterhalb der Professur vorhanden. Seit Mitte der 1980er Jahre ist der Anteil der Professuren am wissenschaftlichen Personal jedoch kontinuierlich auf gegenwärtig unter 20 % gesunken, und nur wenige Stellen unterhalb der Professur sind unbefristet (2014: 18%). Damit kann das ungeschriebene Versprechen – temporär unsichere Beschäftigungen gegen eine langfristig hochwertige Position – weniger denn je eingelöst werden.

Der verstärkte Zugang von Frauen in die Wissenschaft erfolgte parallel zu dieser Verschlechterung der Beschäftigungs- und Karrierebedingungen. Zu Beginn der 1980er Jahre lag der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal bei 13 % und der Professorinnenanteil bei 5 %. Aktuell (2015) sind fast 40 % des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals und 23 % der Professuren mit Frauen besetzt. Weil zeitgleich mit der Steigerung des Frauenanteils die Chancen auf eine Professur sanken, sprechen Zimmer und Siemieńska (2007) von Wissenschaftlerinnen als „winners among losers“.

Zudem sind Wissenschaftlerinnen überproportional von den gewandelten Beschäftigungsbedingungen betroffen. Aktuell (2014) arbeiten 64 % der Wissenschaftler (einschließlich Professoren) und 77 % der Wissenschaftlerinnen in befristeten sowie 30 % der Männer und 51 % der Frauen in Teilzeit-Arbeitsverhältnissen. Der wesentliche Grund für diese Geschlechterungleichheit liegt in der vertikalen Segregation und der Unterrepräsentanz von Frauen bei Professuren, der Personalgruppe mit dem geringsten Anteil an befristet und in Teilzeit Beschäftigten. Während 25 % der Wissenschaftler an Hochschulen Professoren sind, haben nur 11 % der Frauen diesen Status. Der gleichwohl in allen Personalkategorien bestehende Geschlechterunterschied zwischen 4,6 und 8,1 Prozentpunkten bei der befristeten Beschäftigung ist ein Indiz, dass Geschlecht unabhängig von vertikaler Segregation wirkt. Dagegen weicht die Geschlechterdifferenz der einzelnen Fächergruppen nicht systematisch vom Unterschied zwischen dem Anteil befristet bzw. in Teilzeit beschäftigter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler insgesamt ab, und die horizontale Segregation entlang der

Fächer erklärt die Unterschiede bei den Beschäftigungsbedingungen nicht (Löther, 2013, 8f., 19f.).

Diese Ergebnisse sollen im Folgenden mit Daten aus einer repräsentativen Befragung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vertieft werden, um Faktoren für die beschriebenen Ungleichheiten zu erkennen. Die Online-Befragung wurde 2008 vom Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS im Rahmen des Projektes „Balancierung von Wissenschaft und Elternschaft“ (BAWIE) als Klumpenstichprobe an 19 Universitäten durchgeführt. Bei einer Rücklaufquote von 22 %, die mit ähnlichen Befragungen vergleichbar ist (Jaksztat & Briedis, 2009, S. 5), umfasst die Endstichprobe 8.680 Personen (zu der Befragung vgl. Lind 2010, S. 157). Gemessen an der Gesamtheit des hauptberuflichen Personals an Hochschulen zum Zeitpunkt der Befragung sind Frauen in dem Sample überrepräsentiert (43 % gegenüber 34 %). Bezüglich der Fächergruppen und der akademischen Position ist das Sample weitgehend repräsentativ. Die Befragung befasste sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Elternschaft und Vereinbarkeit, darüber hinaus mit der Arbeitssituation und der akademischen Laufbahn. Für die Untersuchung der Beschäftigungsbedingungen konnten die Variablen „Arbeitsvertrag befristet oder unbefristet“ und „vertragliche wöchentliche Arbeitszeit“ verwendet werden.

Befristung: Um die Einflussfaktoren für befristete Beschäftigung zu erfassen, wurde eine logistische Regression zur Chance, eine unbefristete Stelle zu erhalten, mit den Variablen Geschlecht, Karriereposition, wissenschaftliche Qualifikation und Disziplin sowie mit einer Interaktionsvariablen von wissenschaftlicher Qualifikation und Geschlecht gerechnet (*Tabelle 1*). Die Analyse bestätigt, dass die Karriereposition – Besetzung einer Professur – der wesentliche Faktor für die Chance auf eine unbefristete Stelle ist.² Gleichwohl beeinflusst das Geschlecht unter Kontrolle der Variablen zur vertikalen Segregation die Chance, eine unbefristete Stelle zu erhalten. Modell 2 macht dabei deutlich, dass Geschlecht vor allem moderierend auf den Faktor „wissenschaftliche Qualifikation“ wirkt. Eine Promotion erhöht für Männer deutlich mehr als für Frauen die Chance auf eine unbefristete Be-

2 Karriereposition und wissenschaftliche Qualifikation (Promotion) korrelieren zwar untereinander, wirken dennoch auch unabhängig und erhöhen in Kombination die Qualität des Modells.

schäftigung in der Hochschule.³ Die horizontale Segregation – hier Tätigkeit in einem MINT-Fach – hat dagegen keinen signifikanten Einfluss.

Tabelle 1: *Logistische Regression der Chancen, eine unbefristete Stelle zu erhalten*

	Modell 1			Modell 2		
	B		Exp(B)	B		Exp(B)
Geschlecht (Ref.: Mann)	-0,503	***	0,605	-0,049	n.s.	0,953
MINT (Ref.: MINT)	-0,069	n.s.	0,933	-0,078	n.s.	0,925
Karriereposition (Ref.: keine Professur)	2,207	***	9,086	2,203	***	9,055
Wiss. Qualifikation (Ref.: keine Promotion)	1,674	***	5,335	1,914	***	6,782
Mann * keine Promotion				-0,591	***	0,554
Konstante	-1,080	***		-0,987	***	
Pseudo-R ² (Nagelkerke)			0,378			0,381
AIC			125,499			110,795
N			8043			8043

Signifikanzmaße: *** signifikant auf dem 0,1 %-Niveau; n.s. = nicht signifikant

Quelle: Berechnungen der Autorinnen mit Daten einer Online-Befragung des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS (2008)

Tabelle 2: *Lineare Regression: Vertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitsstunden*

	Modell 1			Modell 2		
	Un-stand. Koeff. B	Stand. Koeff. Beta		Un-stand. Koeff. B	Stand. Koeff. Beta	
Geschlecht (Mann = 0)	-3,743	***	-0,186	-4,540	***	-0,225
MINT (MINT = 0)	-1,540	***	-0,077	-1,482	***	-0,074
Elternschaft (nein = 0)	-0,343	n.s.	-0,017	1,176	***	0,059
Wiss. Qualifikation (keine Promotion = 0)	6,183	***	0,308	4,229	***	0,211
Karriereposition (keine Professur = 0)	2,447	***	0,084	2,503	***	0,086
Mann * keine Kinder				-3,356	***	-0,126
Mann * keine Promotion				4,209	***	0,174
Konstante	32,611	***		32,957	***	
korrigiertes R ²			0,168			0,180
N			7974			7974

Signifikanzmaße: *** signifikant auf dem 0,1 %-Niveau; n.s. = nicht signifikant

Quelle: Berechnungen der Autorinnen mit Daten einer Online-Befragung des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS (2008)

3 Die Interaktionsvariable „Professur * Geschlecht“ ist nicht signifikant. Aus Platzgründen wird dieses Modell hier nicht dargestellt.

Stellenumfang: Zur Frage der Teilzeitbeschäftigung wurde eine lineare Regression der vertraglich vereinbarten wöchentlichen Arbeitsstunden mit den Variablen Geschlecht, Disziplin, Elternschaft, Karriereposition und wissenschaftliche Qualifikation gerechnet (*Tabelle 2*). In einem zweiten Modell werden Interaktionen zwischen Geschlecht und wissenschaftlicher Qualifikation bzw. Elternschaft überprüft.

Auch beim Stellenumfang erweist sich die vertikale Segregation – hier allerdings die wissenschaftliche Qualifikation – als wesentlicher Einflussfaktor. Mit einer Promotion erhöht sich die vertragliche Wochenarbeitszeit deutlich. Hintergrund ist die Praxis, dass PromovendInnen, die an einer Hochschule beschäftigt sind, Teilzeitverträge im Umfang von 50–75 Prozent der Regelarbeitszeit erhalten.

Geschlecht ist in diesem Modell ein eigenständiger Faktor: Die wöchentliche Vertragsarbeitszeit von Frauen ist niedriger, wenn wissenschaftliche Qualifikation und Karriereposition kontrolliert werden. Die Tätigkeit in einem MINT-Fach erhöht für Frauen und Männer den Stellenumfang.

Elternschaft scheint dagegen in diesem Modell Unterschiede im Stellenumfang nicht zu erklären. Auch der Vergleich der durchschnittlichen Arbeitszeit von Wissenschaftlerinnen mit und ohne Kinder (31,4 vs. 30,8 Wochenstunden) scheint darauf hinzuweisen, dass Elternschaft im Arbeitsfeld Hochschule – anders als auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt – keine Wirkung auf die Teilzeithäufigkeit hat. Allerdings wird Elternschaft hier – wie auch außerhalb der Wissenschaft – durch das Geschlecht moderiert, wie Modell 2 zeigt. Für Mütter verringert sich der vertragliche Stundenumfang, während sich dieser bei Vätern erhöht.⁴ Die Anzahl der Kinder verringert in geringem Maße den Stellenumfang, nicht jedoch das Alter des jüngsten Kindes.

Auch der Einfluss der Promotion wird wiederum durch das Geschlecht moderiert. Der Stellenumfang von Frauen steigt mit der Promotion stärker als der von Männern, deren Stellenumfang bereits ohne Promotion und auf niedrigeren Karrierestufen größer ist. Anders als bei der Befristung wirkt beim Stellenumfang das Geschlecht auch bei Kontrolle der Interaktionsvariablen sowie bei Kontrolle von wissenschaftlicher Qualifikation, Karriereposition und Elternschaft eigenständig auf die wöchentliche Arbeitszeit.

4 Eine Multigruppenanalyse zum Vergleich von Frauen und Männern (aus Platzgründen nicht dargestellt) bestätigt diesen Befund.

Vertikale Segregation und Elternschaft erklären somit nicht vollständig die Geschlechterunterschiede bei den Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen. Das Geschlecht wirkt beim Stellenumfang als unabhängiger und bei der Befristung als moderierender Faktor.

3. Beschäftigungsbedingungen in der Exzellenzinitiative

Um zu überprüfen, ob hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Exzellenzinitiative gleiche Voraussetzungen für beide Geschlechter bestanden, werden im Folgenden Daten aus der Studie „Frauen in der Spitzenforschung“ herangezogen. Es handelt sich vorwiegend um Ergebnisse aus der Online-Befragung „Wege in die Spitzenforschung“, die im Januar und Februar 2011 erhoben wurden.⁵ Die Auswertung differenziert nach Statusgruppen, die zusammengefasst sind als *Startpositionen* (Promovierende bzw. nicht-promovierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) und *Nachwuchspositionen* (Postdocs, W1 und Nachwuchsgruppenleitung).

Eine Anstellung in Vollzeit ist auf Doktorandenebene nur in wenigen Fächern üblich, so auch im Rahmen der Exzellenzinitiative. Allerdings lässt sich feststellen, dass Männer in den Exzellenzeinrichtungen bereits auf den *Startpositionen* häufiger als Frauen ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis innehatten (43 zu 23 %). Die Exzellenzeinrichtungen unterscheiden sich damit nicht vom nicht-promovierten wissenschaftlichen Nachwuchs, wie er beispielsweise mit der WINbus-Befragung erfasst wird (ebenfalls 43 zu 22 %) (Schürmann & Sembritzki, 2017, S. 25). Der Geschlechterunterschied hängt zu einem Teil damit zusammen, dass es in den männerdominierten Fächern wie den Ingenieurwissenschaften stärker üblich ist, Promovierende in Vollzeit anzustellen. Doch auch in den Ingenieurwissenschaften arbeiten Männer in den Startpositionen wesentlich häufiger (zu rund 83 %) als Frauen (zu 69 %) auf Vollzeitstellen; der Anteil an Stipendien und anderen nicht sozialversicherungspflichtigen Finanzierungsformen ist bei den Ingenieurinnen um etwa fünf Prozentpunkte höher, und sie sind mit 12,8 % mehr als doppelt so häufig teilzeitbeschäftigt wie ihre Kollegen, die nur zu 4,3 % Teilzeit vereinbart haben. In den geistes- und sozialwissenschaftlichen Ein-

5 Angeschrieben wurden alle Personen der 27 an der Studie teilnehmenden Exzellenzeinrichtungen, die seit mindestens einem Jahr Mitglied waren; dabei wurden alle wissenschaftlichen Positionen erfasst. Die auswertbaren Fragebögen (N = 1819) entsprachen 50,9 % der Nettostichprobe (3574 Personen). Vgl. hierzu Engels et al. (2015), S. 69f.

richtungen arbeiteten nicht-promovierte Männer zu immerhin 17,7 % und Frauen zu 11,8 % auf Vollzeitstellen. Die feststellbaren Unterschiede hängen nicht mit minderjährigen Kindern im Haushalt zusammen (Engels et al., 2015, S. 76). Analoge Unterschiede nach Fächern und zwischen Männern und Frauen zeigt auch die oben genannte BAWIE-Befragung von 2008 für die wissenschaftlichen Beschäftigten auf.⁶

Ähnliche Effekte treten auf der Ebene der *Nachwuchspositionen* auf, wenngleich Kinder im Haushalt dort eine größere Rolle spielen. Während nahezu alle Väter in Vollzeit beschäftigt sind, ist ein Drittel der Mütter in Teilzeitarbeitsverhältnissen tätig (ebd., S. 77). Zwischen kinderlosen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf Nachwuchspositionen besteht immer noch eine Differenz von elf Prozentpunkten zugunsten einer Vollzeitbeschäftigung der Männer. Frauen auf der Karrierestufe *Nachwuchspositionen* sind zudem insgesamt häufiger befristet angestellt (16,8 % zu 31,4 %).⁷ Juniorprofessuren, die innerhalb der Exzellenzinitiative als bevorzugter Weg der Frauenförderung auf dem Niveau der W-Besoldung gelten können, sind auch in diesem Kontext zumeist befristete Positionen, wobei verstärkt Verstetigungsmodelle erprobt wurden.⁸ Zudem zeigt sich ein deutlicher Fächereffekt: In den Naturwissenschaften ist der Anteil der unbefristet beschäftigten Männer mehr als doppelt so hoch wie jener der Frauen (ebd., S. 79).

Für Exzellenzeinrichtungen gilt damit, was für die Wissenschaft allgemein gilt: Insbesondere auf der Nachwuchsebene sind Frauen häufiger als Männer in Teilzeit und befristet beschäftigt, unabhängig davon, ob sie Eltern sind oder nicht. Das bedeutet, dass die Beschäftigungsbedingungen in der Exzellenzinitiative für den wissenschaftlichen Nachwuchs auf keiner Stufe günstiger ausfallen als in übrigen universitären Arbeitsverhältnissen, und die Geschlechterungleichheit hat in Hinsicht auf Teilzeit und Befristung in etwa die gleichen Ausmaße.

6 Zum Beispiel sind in den Ingenieurwissenschaften 85 % der Männer und 64 % der Frauen in Vollzeit tätig.

7 Promovierte Nachwuchswissenschaftler, die in der WINbus-Studie befragt wurden, sind noch seltener unbefristet beschäftigt, doch zeigt sich wiederum ein deutlicher Geschlechterunterschied (22 zu 13 %) (Schürmann/Sembritzki 2017, S. 25).

8 Zwischen 2006 und 2013 wurden innerhalb der Exzellenzinitiative 356 Professuren gefördert, Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Wissenschaftsrat (2015, S. 182). 245 der Berufenen waren Männer; 53 % von ihnen erhielten eine unbefristete Professur – gegenüber 39 % der berufenen Frauen.

4. Zwischen Exzellenz und Existenzsicherung

Zu beantworten bleibt die Frage, ob Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in Exzellenzeinrichtungen ihre Situation überhaupt als unsicher wahrnehmen und beschreiben, da sich ihnen vergleichsweise gute Chancen eröffnen und sie über eine großzügigere Ressourcenausstattung verfügen. Und eine weitere Frage lautet, ob die Chancenabwägung sowie die Kompensationsstrategien hinsichtlich der Risiken zwischen den Geschlechtern variieren. Da Frauen, wie nachgewiesen, seltener gute Beschäftigungsbedingungen haben, wäre es durchaus naheliegend, dass sie anders mit ihrer Situation umgehen. Angesichts ihres tendenziell früheren und häufigeren Ausstiegs aus der Wissenschaft nach der Promotion (Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), 2020, S. 15), wäre dies vor dem Hintergrund der Gleichstellungsabsicht der Exzellenzinitiative aufschlussreich.

Aus den Interviews mit Juniorprofessoren und anderen promovierten Nachwuchswissenschaftlern beiderlei Geschlechts, die im Rahmen des Projekts „Frauen in der Spitzenforschung“ durchgeführt wurden⁹, lassen sich narrative Motive herausarbeiten, die die Wahrnehmung der eigenen Situation sowie Karrierestrategien betreffen. Ein durchgängiges Motiv in den Erzählungen der Nachwuchswissenschaftler ist eine Gegenüberstellung oder Kontrastierung von üblichen diskontinuierlichen Laufbahnbedingungen und neuen Teilhabechancen durch die Exzellenzinitiative. So berichtet eine Postdotorandin von Reaktionen ihres Umfelds auf ihre Mitgliedschaft in einem Exzellenzcluster: „Meine Freunde haben immer so Witze gemacht irgendwie, dann war ich immer erst Hartz IV-Kerstin und irgendwann Exzellenz-Kerstin ((lacht)), also die haben dann da immer ihre Witze gemacht, weil das ging direkt ineinander über, ja. Hartz IV und die Exzellenzgelder. Und, na ja, wenn man da so von außen drauf schaut, also so viel einfach mal zu diesen Labeln, na ja, ist schon irgendwie ganz witzig, ne? ((lacht))“¹⁰

Der Wechsel zwischen dem gesellschaftlich abgewerteten „Hartz IV“-Status und dem der „exzellenten Wissenschaftlerin“ wird als Kontrast geschildert, aber letztlich als selbstverständliche oder zumindest wahrscheinliche Begleiterscheinung wissenschaftlicher Laufbahnen normalisiert („ist schon irgendwie ganz witzig, ne?“). Dass eine von Unsicherheit geprägte

9 Die an einem offenen Leitfaden orientierten Interviews wurden 2009 bis 2011 in Exzellenzeinrichtungen verschiedener Fächergruppen geführt. Zur Methodik vgl. Engels et al. (2015), Anhang.

10 Der Vorname wurde pseudonymisiert.

Lebenssituation alles andere als witzig sein dürfte, lässt der Hinweis der Interviewten auf weitere private Rahmenbedingungen erahnen: „In dem ersten Lebensjahr meines Sohnes hat der in drei Städten und in fünf verschiedenen Wohnungen gelebt. Also so, das ist einfach so ein Effekt von der Lebenssituation, in der wir stecken.“

Die Wahrnehmung der eigenen Situation und ihr Widerspruch zum Exzellenzkontext spiegelt sich nicht nur in äußeren „Labeln“ wider, sondern hat sich tief in den Habitus der Forschenden eingegraben. Das zeigt sich auch darin, wie die Erwartungshaltung bezüglich der Zeithorizonte wissenschaftlicher Projekte auf das Maß der üblichen Befristungen zusammengeschrumpft wird. So berichtet eine Juniorprofessorin: „Jetzt bin ich zwei Jahre hier, jetzt merke ich schon, ich werde langsam unruhig, weil mein Jobwechselrhythmus wär’ jetzt eigentlich schon wieder dran, ’ne neue Stelle anzufangen, ich merk schon, wie sich das so ein bisschen verinnerlicht hat.“

Die (befristete) Mitgliedschaft in der Exzellenzinitiative hat somit keine sofortigen Auswirkungen auf das bisher durch die Forschungsbiografie erworbene Selbstverständnis. Obgleich die Chance dieser Mitgliedschaft von vielen Interviewten durchaus als solche wahrgenommen wird, wird sie nicht ohne weiteres auf die eigenen Zukunftsperspektiven übertragen. Hinsichtlich der Wahrnehmung der eigenen unsicheren Zukunftsaussichten, aber auch der Chancen, gibt es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Allerdings stellt sich vor allem für Doppelkarrierepaare die Frage, wie Familien- und Lebensplanung angesichts des Zeithorizonts befristeter Beschäftigung und der (auch geografisch) ungewissen Perspektiven aussehen kann. Da Wissenschaftlerinnen wesentlich häufiger als Wissenschaftler mit zwei Karrieren planen müssen (Rusconi & Solga, 2011), trifft sie dieser Zustand somit besonders hart.

Die kleinen Zeitfenster der Drittmittelförderung bei gleichzeitig möglichen längeren Durststrecken in der Forschungsarbeit – gepaart mit dem Anspruch auf „Exzellenz“ – fordern laut Aussagen der Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler entsprechende Karrierestrategien heraus. Diese Karrierestrategien sind ein weiteres wiederkehrendes Motiv in den Interviews. Beispielhaft seien Publikations- und institutionelle Strategien angeführt, die sicherlich nicht exklusiv für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Kontext von Exzellenzeinrichtungen gelten.

Zu den kompensierenden Publikationsstrategien gehöre, so ein befragter Juniorprofessor aus den Lebenswissenschaften, „dass man versucht, möglichst viele Paper zu schreiben, und da gibt es ja dieses Konzept vom

least publishable unit [...]. Und das heißt sozusagen, man optimiert seine Produkte so, dass sie möglichst klein sind, um dann eben möglichst viele von denen zu produzieren und so erfolgreicher zu sein.“ Die geschilderte Strategie steht durchaus im Widerspruch zum Selbstverständnis des Sprechenden, der an anderer Stelle deutlich macht, es gebe „Sachen, die ich gut finde und dann gibt’s Sachen, von denen ich weiß, die zählen dafür, dass man Jobs bekommt.“

Auch sind unterschiedliche institutionelle Karrierestrategien in Einklang zu bringen. Eine Juniorprofessorin aus den Geowissenschaften formuliert dabei einen Gegensatz zwischen der Möglichkeit, sich an strukturbildenden Maßnahmen an der Universität zu beteiligen, also in die Organisation zu investieren, oder aber die eigene „wissenschaftliche Persönlichkeit“ (Engler, 2001) zu pflegen und damit in die Anerkennung im wissenschaftlichen Feld zu investieren: Wenn „man mit so einer Stelle anfängt, dann muss man sich natürlich die Frage stellen, wie geht man mit so einer Stelle um, also ich sehe da zwei Möglichkeiten. Einmal, man nimmt das für sich, macht so viel wie es geht an Publikationen und baut sich ein Umfeld, das auf einen selber ausgerichtet ist, dass man sich möglichst gut verkaufen kann. [...] Oder man sagt, man nimmt die Aufgabe so wahr, wie sie eigentlich an einen herangetragen wird, dass man sagt, man soll hier eine Gruppe aufbauen.“

Die Befragten sprechen auf der einen Seite von Strategien, die dazu führen, sich als „exzellente Wissenschaftler“ ausweisen zu können und dadurch die eigenen Jobchancen zu erhöhen (was nicht zufällig in marktformige Termini gefasst wird, vgl. dazu Rogge, 2015). Auf der anderen Seite (und dann eher in normatives Vokabular gekleidet) sprechen sie von Strategien, die darauf ausgerichtet sind, den eigenen Job ernst zu nehmen und ihn so gut wie möglich zu machen – ihn darüber jedoch möglicherweise zu verlieren.

Wer die ökonomistische Logik mit seinem Selbstverständnis schlecht vereinbaren kann, wird unter verschärften Wettbewerbsbedingungen ins Hintertreffen geraten. Hier scheiden sich häufig die Geister, und es gibt Hinweise, dass für Männer und Frauen andere Standards der moralischen Bewertung am Arbeitsplatz gelten (Steffens & Ebert, 2016, 43ff.). Die häufige Erwartung an Frauen, sich möglichst kooperativ und sozial verantwortlich zu zeigen, die sie oft auch an sich selbst stellen bzw. die sie sich von ihrem Arbeitsumfeld wünschen, kann sich unter den Bedingungen verstärkten Wettbewerbs für sie nachteilig auswirken (vgl. auch Lund, 2015).

5. Fazit

Auf der Grundlage der statistischen Analysen ist deutlich geworden, dass Geschlecht als unabhängiger bzw. als moderierender Faktor wirkt, wenn es um Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft geht. Häufigere Befristung und geringerer Stellenumfang bei Frauen können weder vollständig auf die seltener erreichte Karriereposition der Professur zurückgeführt werden, noch erklärt Elternschaft vollständig die Unterschiede im Stellenumfang. Zwar beeinflusst die Verantwortung für Kinder den Stellenumfang von Wissenschaftlerinnen (bei gleicher Qualifikationsstufe) in Richtung einer Reduzierung. Allerdings zeigt die im Durchschnitt sogar etwas längere vertragliche Wochenarbeitszeit von Wissenschaftlerinnen mit Kindern gegenüber solchen ohne Kinder, dass die höhere Qualifikationsstufe von Wissenschaftlerinnen mit Kindern größeren Einfluss auf den Stellenumfang hat als Elternschaft. Gerade die Ergebnisse zur Teilzeitbeschäftigung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern belegen somit eine komplexe Kopplung von Hochschul- und allgemeinen Arbeitsmarktstrukturen. Maßgeblichen Einfluss auf die vertragliche Arbeitszeit haben Hochschulstrukturen, vor allem die wissenschaftliche Qualifikation. Diese Strukturen können Einflüsse von vergeschlechtlichten Strukturen des allgemeinen Arbeitsmarktes – mit der Zuweisung von Sorgearbeit an Frauen, vermittelt über rechtliche Regelungen, Steuerpolitik, Arbeitszeitkulturen und Geschlechterstereotype – überlagern.

Die Beschäftigungsverhältnisse in der Exzellenzinitiative stimmen wesentlich mit den allgemeinen Bedingungen überein. Auch innerhalb dieses Programms, das die Karrierebedingungen und die Chancen von Wissenschaftlerinnen verbessern sollte, sind die Beschäftigungsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses weiterhin unsicher und sind Frauen schlechter gestellt, unabhängig von ihren Lebensverhältnissen und der erreichten Qualifikationsstufe. Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass sich durch die Exzellenzinitiative in diesem Punkt keine Verbesserung in der Gleichstellung der Geschlechter ergeben hat.

Die qualitativen Interviews mit promovierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern in Exzellenzeinrichtungen zeigen, dass diese keineswegs ausschließlich auf ihre neuen attraktiven Forschungsbedingungen rekurrieren, sondern ihren Status als Wissenschaftlerin bzw. Wissenschaftler jederzeit in Frage gestellt sehen. Diese Wahrnehmung betrifft sowohl den finanziellen Status als auch den der Laufbahnkontinuität.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen werden somit als unsicher wahrgenommen, ungeachtet der „exzellenten“ Rahmenbedingungen.

In ihrer Wahrnehmung unterscheiden sich die Geschlechter kaum, jedoch zeigen sich unterschiedliche Voraussetzungen bei Frauen und Männern, auf die widerstreitenden Effekte von Unsicherheit und Exzellenzanspruch reagieren zu können. Zudem fordert die Kombination von unsicheren Beschäftigungsbedingungen und Wettbewerb Strategien heraus, die für Frauen schwieriger umzusetzen sind.

Auf dem Hintergrund der Forschung zu Ausstiegsgründen des wissenschaftlichen Nachwuchses müssen diese Ergebnisse zu denken geben. Als einer der bedeutsamsten Gründe für einen Ausstieg aus der Wissenschaft gilt unabhängig vom Geschlecht die Unsicherheit der Laufbahn (Best et al., 2016; Flöther, 2013); Frauen nennen die zeitliche Perspektive sogar als wichtigsten Ausstiegsgrund (Hüttges/Fay, 2013). Die höhere Wahrscheinlichkeit von Wissenschaftlerinnen, unter schlechten Beschäftigungsbedingungen tätig zu sein, erschwert umso mehr die Integration von Frauen in die Wissenschaft und ihren Zugang zu Führungspositionen (Lind 2004). Wie neuere Studien zeigen, können Wissenschaftlerinnen Rückschläge (Funken et al., 2015; Heidler, 2016) oder nachteilige Ausgangsbedingungen – wie die beschriebenen Beschäftigungsbedingungen – in ihrer Laufbahn schlechter kompensieren, was ihre Ausstiegswahrscheinlichkeit erhöht. Die Exzellenzinitiative wirkt diesen Bedingungen weder für den wissenschaftlichen Nachwuchs allgemein noch für Wissenschaftlerinnen im Besonderen entgegen.

Literaturverzeichnis

- Ahmed, S. (2018). Gleichstellung und Performance-Kultur. In S. Hark & J. Hofbauer (Hg.), *Vermessene Räume, gespannte Beziehungen: Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken* (S. 243–282). Suhrkamp.
- American Federation of Teachers, W. D. (1. Januar 2008). *Reversing Course: The Troubled State of Academic Staffing and a Path Forward*. Washington DC. American Federation of Teachers. <http://files.eric.ed.gov/fulltext/ED503538.pdf>
- Aulenbacher, B., Binner, K., Riegraf, B. & Weber, L. (2016). Die unternehmerische Universität im Wohlfahrtsstaat: Wissenschaftliches Arbeiten, prekäre Beschäftigung und soziale Ungleichheiten in Großbritannien, Schweden, Deutschland und Österreich. In N. Baur, C. Besio, M. Norkus & G. Petschick (Hg.), *Wissen – Organisation – Forschungspraxis: Der Makro-Meso-Mikro-Link in der Wissenschaft* (S. 122–154). Beltz Juventa.

- Barry, J. (2006). Academic Shape Shifting: Gender, Management and Identities in Sweden and England. *Organization*, 13(2), 275–298. <https://doi.org/10.1177/1350508406061673>
- Best, K., Wangler, J. & Schraudner, M. (2016). Ausstieg statt Aufstieg? Geschlechtsspezifische Motive des wissenschaftlichen Nachwuchses für den Ausstieg aus der Wissenschaft. *Beiträge zur Hochschulforschung*, 38(3), 52–73. <http://www.bzh.bayern.de/uploads/media/3-2016-Best-Wangler-Schraudner.pdf>
- Binner, K. & Weber, L. (2019). Zwischen „Exzellenz“ und Existenz: Wissenschaftskarriere, Arbeits- und Geschlechterarrangements in Deutschland und Österreich. *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 11(1), 31–46. <https://doi.org/10.3224/gender.v11i1.03>
- Brownlee, J. (2015). Contract faculty in Canada: Using access to information requests to uncover hidden academics in Canadian universities. *Higher Education*, 70(5), 787–805. <https://doi.org/10.1007/s10734-015-9867-9>
- Courtois, A. & O’Keefe, T. (2015). Precarity in the Ivory Cage: Neoliberalism and Casualisation of Work in the Irish Higher Education Sector. *Journal for Critical Education Policy Studies*, 13(1), 43–66. <http://www.jceps.com/wp-content/uploads/2015/06/13-1-3.pdf>
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) & Wissenschaftsrat. (2015). *Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz*. Köln und Bonn. <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/DFG-WR-Bericht-Juni2015.pdf>
- Dubois-Shaik, F. & Fusulier, B. (2015). *Academic Careers and Gender Inequality: Leaky Pipeline and Interrelated Phenomena in Seven European Countries* (GARCIa working papers Nr. 5). Trento. University of Trento. http://garciaproject.eu/wp-content/uploads/2015/12/GARCIa_working_paper_5.pdf
- Engels, A., Beaufäys, S., Kegen, N. V. & Zuber, S. (2015). *Bestenauswahl und Ungleichheit: Eine soziologische Studie zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Exzellenzinitiative*. Reihe Hochschule und Gesellschaft. Campus.
- Engler, S. (2001). „In Einsamkeit und Freiheit“? Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur. UVK.
- European Commission. (2019). *She Figures 2018: Gender in Research and Innovation*. <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/9540ffa1-4478-11e9-a8ed-01aa75ed71a1/language-en>, <https://doi.org/10.2777/936>
- Flöther, C. (2013). Karrierewege Promovierter innerhalb und außerhalb der Wissenschaft – Ergebnisse der KOAB-Absolventenstudien. In Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (Hg.), *Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland* (S. 288–295). Bertelsmann.

- Funken, C., Hörlin, S. & Rogge, J.-C. (2015). *Vertrackte Karrieren: Zum Wandel der Arbeitswelten in Wirtschaft und Wissenschaft*. Campus.
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) (Hg.). (2020). *Materialien der GWK. Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung: 24. Fortschreibung des Datenmaterials (2018/2019) zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen*. https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/GWK-Heft-69_Chancengleichheit_in_Wissenschaft_und_Forschung_24._Fortschreibung_des_Datenmaterials_zu_Frauen_in_Hochschulen.pdf
- Heidler, R. (2016). *Karrierewege im Emmy Noether-Programm und beim Heisenberg-Stipendium* (DFG infobrief 2/16). Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/geschaeftsstelle/publikationen/infobriefe/ib02_2016.pdf
- Hüttges, A. & Fay, D. (2013). Karrierebedingungen weiblicher und männlicher Postdocs in der außerhochschulischen Forschung. *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*, 22(3), 224–235.
- Jakszat, S. & Briedis, K. (2009). *Studienstrukturreform und berufliche Situation aus Sicht des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ergebnisse der ersten WiNbus-Befragung*. HIS: Projektbericht. HIS, Hochschul-Informationssystem. http://www.winbus.eu/studies/WiNbus_Studienstrukturreform.pdf
- Klecha, S. (2008). Wissenschaft als besonderer Arbeitsmarkt. In S. Klecha & W. Krumbein (Hg.), *Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs* (S. 13–87). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (Hg.). (2013). *Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*. Bertelsmann. http://www.buwin.de/dateien/2013/6004283_web_verlinkt.pdf
- Kreckel, R. & Zimmermann, K. (Hg.). (2014). *Hasard oder Laufbahn: Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich*. Akademische Verlagsanstalt.
- Lama, T. & Joullié, J.-E. (2015). Casualization of Academics in the Australian Higher Education: Is Teaching Quality at Risk? *Research in Higher Education Journal*, 28. <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=eric&AN=EJ1062094&lang=de&site=eds-live>
- Lind, I. (2004). *Aufstieg oder Ausstieg? Karrierewege von Wissenschaftlerinnen. Ein Forschungsüberblick*. cews.Beiträge Frauen in Wissenschaft und Forschung: No. 2. Kleine.
- Lind, I. (2010). Was verhindert Elternschaft? Zum Einfluss wissenschaftlicher Kontextfaktoren und individueller Perspektiven auf generative Entscheidungen des wissenschaftlichen Personals. In C. Bauschke-Urban, M. Kamphans & F. Sagebiel (Hg.), *Subversion und Intervention: Wissenschaft und Geschlechter(un)ordnung* (S. 155–178). Barbara Budrich.

- Lind, I. & Samjeske, K. (2009). *Bedingungen für Elternschaft und gelingende Vereinbarkeit in der Wissenschaft: Ergebnisse des Projekts „Balancierung von Wissenschaft und Elternschaft“ (BAWIE). Zusammenfassung der Projektergebnisse*. Bonn.
- Liu, X. & Zhang, L. (2013). Flexibility at the Core: What Determines Employment of Part-Time Faculty in Academia. *Relations industrielles*, 68(2), 312. <https://doi.org/10.7202/1016321ar>
- Löther, A. (2013). Geschlechterspezifische Aspekte von Befristung und Teilzeit in Wissenschaft und Forschung. In Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) (Hg.), *Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung: 17. Fortschreibung des Datenmaterials (2011/2012) zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen* (S. 1–33). <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-34-Chancengleichheit.pdf>
- Lund, R. (2015). *Doing the Ideal Academic: Gender, Excellence and Changing Academia*. Aalto University publication series. https://senterforlikesstilling.org/wp-content/uploads/2016/02/Lund_Rebecca_PhD_Chapter_1_5.pdf
- Murgia, A. & Poggio, B. (Hg.). (2018). *Gender and Precarious Research Careers: A Comparative Analysis*. Routledge. <https://www.taylorfrancis.com/books/e/9781351781428>
- Nikunen, M. (2014). The 'Entrepreneurial University', Family and Gender: Changes and Demands Faced by Fixed-Term Workers. *Gender and Education*, 26(2), 119–134. <https://doi.org/10.1080/09540253.2014.888402>
- Rogge, J.-C. (2015). The winner takes it all? Die Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Mittelbaus auf dem akademischen Quasi-Markt. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67(4), 685–707. <https://doi.org/10.1007/s11577-015-0341-6>
- Rosas, R., Drew, E. & Canavan, S. (2021). An overview of gender inequality in EU universities. In E. P. Drew & S. Canavan (Hg.), *Routledge research in gender and society. The gender-sensitive university: A contradiction in terms?* (S. 1–15). Routledge, Taylor & Francis Group.
- Rusconi, A. & Kunze, C. (2015). Einführung in das Themenheft: Reflexionen zu Geschlechterverhältnissen in der Wissenschaft. *Beiträge zur Hochschulforschung*, 37(3), 8–21. <http://www.bzh.bayern.de/uploads/media/3-2015-Rusconi-Kunze.pdf>
- Rusconi, A. & Solga, H. (2011). „Linked Lives“ in der Wissenschaft - Herausforderungen für berufliche Karrieren und Koordinierungsarrangements. In A. Rusconi & H. Solga (Hg.), *Gemeinsam Karriere machen: Die Verflechtung von Berufskarrieren und Familie in Akademikerpartnerschaften* (S. 11–50). Barbara Budrich.
- Santiago, R. & Carvalho, T. (2008). Academics in a New Work Environment: the Impact of New Public Management on Work Conditions. *Higher Education Quarterly*, 62(3), 204–223. <https://doi.org/10.1111/j.1468-2273.2008.00390.x>
- Schürmann, R. & Sembritzki, T. (2017). *Wissenschaft und Familie: Analysen zur Vereinbarkeit beruflicher und familialer Anforderungen und Wünsche des wissenschaftlichen Nachwuchses*.

- Hannover. Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW). http://www.dzhw.eu/pdf/22/Winbus-Bericht_Wissenschaft-und-Familie.pdf
- Sondermann, M., Bukow, S. & Simon, D. (2010). Dauerhaft exzellent? Personalrekrutierung und Modelle nachhaltiger Karriereentwicklung im Kontext der Exzellenzinitiative. *WSI Mitteilungen* (5), 271–276.
- Steffens, M. C. & Ebert, I. D. (2016). *Frauen – Männer –jn Karrieren: Eine sozialpsychologische Perspektive auf Frauen in männlich geprägten Arbeitskontexten*. Springer Fachmedien. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-10750-5>, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10750-5>
- Ylijoki, O.-H. (2010). Future orientations in episodic labour: Short-term academics as a case in point. *Time & Society*, 19(3), 365–386. doi.org/10.1177/0961463X10356220
- Zimmer, A. & Siemińska, R. (Hg.). (2007). *Gendered Career Trajectories in Academia in Cross-National Perspective*. Barbara Budrich.

„Sind nett zu mir (.) bin nett zu ihnen“: Beruf und Berufung am Beispiel von Professor*innen im Ruhestand

Abstract

Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Spannungsverhältnis von Beruf und Berufung im Rahmen wissenschaftlicher Karrieren. Dieses Verhältnis wird mit Fokus auf das altersbedingte Ausscheiden und den professoralen Ruhestand von Professor*innen in Deutschland diskutiert. Empirische Grundlage des Beitrags ist ein aktuelles DFG-finanziertes Forschungsprojekt zu dieser Statuspassage. Die Annahme ist, dass hier das Spannungsverhältnis von Beruf und Berufung besonders deutlich zutage tritt. Dies hängt damit zusammen, dass der Eintritt in den Ruhestand einen Statuswechsel markiert, der den Betroffenen den Berufscharakter von Wissenschaft reflexiv macht. Die Statuspassage betrifft zunächst die Organisationskarriere und wird durch hochschulische Organisations- und Verwaltungsprozesse initiiert. Gleichzeitig zeigen erste Dokumenten- und Interviewanalysen, dass Wissenschaftler*innen ihr Ausscheiden aus der Organisation nicht zwangsläufig als Ende ihrer Berufung erleben. Vielmehr unterscheiden sich je nach lokaler Praxis und Ressourcenlage, fachlicher oder privater Situation die Modi des kollektiven Ausgestaltens des Übergangs. Insgesamt zeigt sich ein komplexes Wechselspiel von beruflichen und Berufungsaspekten, die in dieser Statuspassage deutlich sichtbar werden und zu weiterführenden konzeptionellen Überlegungen mit Bezug auf Wissenschaftskarrieren anregen.

Prof. Dr. Julia Reuter
Erziehungs- und Sozialwissenschaften, Universität zu Köln
E-Mail: j.reuter@uni-koeln.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

1. Einleitung

Es gehört zu den zentralen Annahmen der soziologischen Beschäftigung mit Wissenschaft, dass diese nicht nur einen Beruf, sondern auch eine Berufung darstellt. Wissenschaft ist somit gleichermaßen Erwerbs- wie auch Lebensform. Seit Max Webers Rede „Wissenschaft als Beruf“ (1919) haben zahlreiche Studien den mit „Haut und Haar“ der Wissenschaft verschriebenen „Homo academicus“ (Bourdieu 1992) und seine Existenzbedingungen in den Blick genommen. Der angenommene Doppelcharakter von Wissenschaft findet sich in den unterschiedlichen Akzentsetzungen dieser Untersuchungen wieder. Zugespitzt ließe sich behaupten, dass Aspekte der Berufsförmigkeit von Wissenschaft deutlich zutage treten, wenn wissenschaftliche Karrierewege (z.B. BuWin 2017; Hermanowicz 2010; Kreckel/Zimmermann 2014) oder auch alltägliche Arbeitsprozesse (z.B. Knorr Cetina 1991) in den Blick genommen werden. Hingegen schärfen Studien, welche die Konstruktion wissenschaftlicher Persönlichkeiten (z.B. Beaufaÿs 2003; Engler 2001) untersuchen, den Blick für den Berufungsaspekt von Wissenschaft. Wir möchten uns im Folgenden dem Spannungsverhältnis von Beruf und Berufung anhand einer kritischen Karrierephase nähern, namentlich dem Übertritt in den Ruhestand. Wir gehen davon aus, dass es in dieser Phase besonders deutlich zu Tage tritt. Denn zum einen markiert der Eintritt in den Ruhestand einen Statuswechsel, der den Berufsscharakter reflexiv macht. So wird organisationsseitig das Ende der wissenschaftlichen Karriere für alle Beteiligten – bspw. durch Entlassungsurkunde und Nachfolgeregelungen – sichtbar markiert. Zum anderen ist es zugleich eine offene Frage, ob die Ausscheidenden dies auch als Ende ihrer Berufung erleben. Ist dies nicht der Fall, wird der Ruhestand möglicherweise sogar als Freiraum für neue wissenschaftliche Projekte wahrgenommen. Somit würde das altersbedingte Ausscheiden zunächst einmal das Ende von Wissenschaft als Beruf, nicht aber zwangsläufig das Ende von Wissenschaft als Berufung bedeuten. Diese hier kurz skizzierte Problemstellung wollen wir im Folgenden plausibilisieren. Zu diesem Zweck stellen wir ein aktuelles empirisches Forschungsprojekt vor, das sich der Statuspassage professoraler Ruhestand mit einem multi-methodischen Ansatz nähert.¹

1 Das Projekt „Das Ende der wissenschaftlichen Karriere? Eine qualitative Studie zur Statuspassage professoraler Ruhestand“ wird seit 2019 von der DFG gefördert. Weitere Informationen unter: <https://profruhestand.uni-koeln.de>

2. Professoraler Ruhestand als blinder Fleck der Forschung zu Wissenschaftskarrieren

Obwohl bis 2025 geschätzt 30% der Professor*innen in Deutschland in Ruhestand gehen (BuWin 2017: 195), haben wir es mit einem von der Forschung vernachlässigtem Thema zu tun (vgl. Reuter/Berli 2018). Überwiegend wird der Austritt aus dem Erwerbsleben und Eintritt in den Ruhestand bei Abschiedsfeiern, sowie in Festschriften – dies eher anekdotisch denn analytisch – und juristischen Handreichungen (bspw. DHV 2012) thematisiert. Aus Perspektive der Alters- und Ruhestandsforschung ist diese Statuspassage (Glaser/Strauss 1971) als eine Umbruchphase zu konzipieren, da wichtige Aspekte der beruflichen Tätigkeit ganz oder teilweise entfallen. Dazu zählen die arbeitsbedingte Strukturierung des Alltags, die Einbindung in soziale Netzwerke, die Möglichkeit zur persönlichen Selbstentfaltung und die Statuszuweisung in der Gesellschaft. Entsprechend wird Ruhestand – insbesondere in erwerbszentrierten Gesellschaften – als kritisches Lebensereignis (Matthews/Brown 1987), als Übergang (Kohli 2000) oder auch als Statuspassage (Schulz-Nieswandt 2000) gefasst. Die genannten Aspekte treffen auch auf die Statuspassage professoraler Ruhestand zu. In der Alters- und Ruhestandsforschung werden Unterschiede in dem Erleben und der Bewältigung des Übergangs in den Ruhestand typischerweise auf soziodemographische Faktoren, die Möglichkeiten zur Vorbereitung des Übergangs, als auch auf berufsspezifische Aspekte, wie etwa Stellenwert der Arbeit bzw. das gesellschaftliche Berufsprestige (z.B. Kühnemund 2000), zurückgeführt. Da wir uns mit einer in soziodemographischer Hinsicht relativ homogenen Gruppe befassen, deren Beruf ein hohes Prestige bei gleichzeitiger hoher finanzieller Absicherung genießt, stellt sich die Frage, welche anderen Kontextbedingungen zu Variationen der Statuspassage führen. So ist bekannt, dass individuelle Ressourcen, wie etwa eine gute subjektive Einschätzung des individuellen Gesundheitsstands (vgl. Gärtner 2010; Hübner 2016) relevant sind. Darüber hinaus spielen Rahmenbedingungen wie die Regelaltersgrenze für Beamt*innen eine wichtige Rolle (vgl. Viebrock 2020). In dieser Hinsicht besteht für Professor*innen in Deutschland die Möglichkeit, ihre Dienstzeit auf Antrag zu verlängern oder auch zu verkürzen. Dabei gelten in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen (vgl. DHV 2012: 73ff.). Daneben existieren mit Gast- oder Seniorprofessuren (Detmer 2017) weitere Optionen der Verlängerung und Weiterbeschäftigung über die gesetzliche Altersgrenze hinaus. Auch in dieser Hinsicht trifft auf Professor*innen im Ruhestand zu, was jüngere Arbeiten zum

Übergang am Ende der Erwerbsphase feststellen: Eine Erweiterung der Möglichkeiten der Ausgestaltung und zeitlichen Ausdehnung des Übergangs (vgl. Schmidt-Hertha/Ress 2019), was letztlich einer Entstandardisierung des Lebenslaufs Vorschub leistet. Schließlich ist bekannt, dass Personen, die einer ihren individuellen Neigungen und Interessen entsprechende Erwerbstätigkeit nachgegangen sind, dieselbe Tätigkeit auch mit größerer Wahrscheinlichkeit nach dem Renteneintritt weiter ausüben (Wöhrmann et al. 2019). Als sehr gut ausgebildete Beschäftigte mit enger Verbindung von Selbst- und Berufsbild ist davon auszugehen, dass ein bedeutender Anteil der Professor*innen den Eintritt in den Ruhestand hinauszögern möchte. Dies ist umso wahrscheinlicher, wenn Selbst- und Fremdeinschätzung gesundheitlicher und fachlicher Eignung zur Deckung kommen.

Diese Befunde und Überlegungen können für die Analyse des professionellen Übergangs in den Ruhestand sensibilisieren, das Spannungsverhältnis von Beruf und Berufung sollte dabei aber nicht aus dem Blick geraten. Zu diesem Zweck möchten wir die Mehrdimensionalität wissenschaftlicher Karrieren mit in Rechnung stellen. In Anlehnung an einen Vorschlag von Gläser und Laudel (2015) lassen sich drei interdependente Karrieren unterscheiden. Erstens, die kognitive Karriere, die sich als eine Sequenz von Forschungsinteressen und -projekten verstehen lässt; zweitens, die Communitykarriere, d.h. der Status innerhalb der jeweiligen wissenschaftlichen Gemeinschaft, sowie drittens die Organisationskarriere, welche sich aus Positionen innerhalb von Organisationen wie Universitäten zusammensetzt. Im Hinblick auf das Spannungsverhältnis von Beruf und Berufung haben diese analytischen Dimensionen den Vorteil, beide Aspekte lokalisierbar zu machen. So erscheint es plausibel, Selbst- und Fremdcharismatisierung – zentrale Momente der Konstruktion von Wissenschaft als Berufung – primär in kognitiver und Communitykarriere zu verorten. Hingegen dürfte die Organisationskarriere primär den Berufsaspekt betonen. Diese Überlegung hat auch forschungsstrategische Implikationen. Eine Fokussierung auf eine oder zwei der angesprochenen Karrieren bringt mit sich, dass damit potentiell auch der Doppelcharakter von Wissenschaft in eine Richtung aufgelöst wird.

Führt man sich die multiplen Karrieren in der Wissenschaft vor Augen, wird deutlich, dass es fast zwangsläufig zu Ungleichzeitigkeiten kommen muss, wenn Professor*innen in den Ruhestand entlassen werden. Denn auch wenn sich der Mitgliedsstatus an der Universität verändert, müssen die beiden anderen Karrieren nicht zeitgleich abbrechen. Viele wissenschaftsspezifische Tätigkeiten benötigen nicht zwangsläufig die volle

Einbindung in eine Universität. So ist zu vermuten, dass das altersbedingte Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis keine eindeutige Markierung des Endes von Wissenschaft darstellt. Vielmehr ist der Übergang in den Ruhestand als zeitlich ausgedehnter Prozess zu denken, der nicht nur die Position innerhalb der Universität betrifft, sondern auch Auswirkungen auf das individuelle Forschungsprogramm als auch die Stellung und die Möglichkeiten innerhalb der jeweiligen scientific community haben kann.

3. Daten und Methoden

Im Rahmen des Projekts „Statuspassage professoraler Ruhestand“ erheben wir Dokumente, Expert*inneninterviews und problemzentrierte Interviews, um sowohl die institutionelle Rahmung und organisationale Verwaltung als auch die subjektiven Erfahrungen und Gestaltungsoptionen dieser Statuspassage aus Sicht einzelner Professor*innen abzubilden. In einem ersten Schritt wurden die Personalabteilungen an 81 deutschen Universitäten kontaktiert, mit der Bitte, Informationsmaterial, Formblätter und andere Dokumente zur Verfügung zu stellen, die mit dem Übergang in den professoralen Ruhestand in Verbindung stehen. 41 der angefragten Universitäten antworteten auf unsere Anfrage, aber lediglich acht verfügten über eigenes Material. Die Mehrheit verwies hingegen auf Formblätter, die seitens der Landesämter für Versorgung und Besoldung herausgegeben werden. Diese Dokumente wie auch die Antworten der Personalabteilungen ermöglichen einen ersten Einblick in die Verwaltungsperspektive auf die untersuchte Statuspassage. Ergänzend zu diesen Dokumenten haben wir begonnen, Expert*innen aus Verwaltungen, Verbänden und Förderorganisationen zu interviewen. Diese Interviews zielen darauf ab, Kontextwissen über Spielräume wie auch typische Konflikte zu erhalten. Bisher wurden hierzu fünf Interviews von uns durchgeführt: eines mit dem Leiter der Personalabteilung für das wissenschaftliche Personal einer großen westdeutschen Universität, eines mit einem ehemaligen Dekan, der in seiner Amtszeit zahlreiche Verabschiedungen begleitet hat, eines mit der Leitung einer Förderorganisation, eines mit einer Vertreterin des DHV, der als Verband regelmäßig Beratungen und Seminarangebote für Professor*innen im Ruhestand anbietet und eines mit freiberuflichen Hochschulberater*innen.

In einem zweiten Schritt haben wir vier Universitätsjournale ausgewählt und eine Vollerhebung ruhestandsbezogener Texte durchgeführt.² In den untersuchten Universitätsjournalen finden sich neben kurzen, von Redakteur*innen verfassten Nachrichten zu ausgeschiedenen Professor*innen auch Porträts sowie Interviews, Nachrufe sowie in seltenen Fällen auch etwas längere Artikel rund um das Thema professoraler Ruhestand. Als Publikum adressieren diese Zeitschriften alle Mitglieder der Universität und des universitären Netzwerkes. Insofern bieten sie als Datenquelle einen Einblick in die offizielle universitäre Darstellung professoralen Ruhestands nach ‚innen‘ wie ‚außen‘.

Zentral für unser Projekt sind problemzentrierte Interviews mit Professor*innen im Ruhestand in ganz Deutschland, um die individuelle Erfahrung und Ausgestaltung der Statuspassage einzufangen. Dabei versuchen wir sowohl mit Blick auf das Fach als auch die Lebensumstände relevante Kontrastdimensionen zu identifizieren. Angezielt sind hierfür insgesamt 25 Interviews, von denen bisher zwölf stattgefunden haben.³ Mit Blick auf die Datenauswertung verfolgen wir einen kodierenden Ansatz, der stark an der Grounded Theory orientiert ist (Strauss 1987; Mey/Berli 2019). Die Kodierung der Daten erfolgt software-gestützt (MaxQDA).

-
- 2 Die Auswahl der Hochschulen orientierte sich daran, dass neben unterschiedlichen Bundesländern auch ‚kleine‘ sowie ‚große‘ Hochschulstandorte (gemessen an der Anzahl der Studierenden), Volluniversitäten sowie technische ebenso wie ‚alte‘ und ‚junge‘ Hochschulen (Gründungsjahr) vertreten sind. Ausgewählt wurden die Goethe Universität Frankfurt, die Westfälische-Wilhelms-Universität Münster, die Universität Trier sowie die Technische Hochschule Clausthal.
 - 3 Hinzu kommen zwölf Interviews, die im Rahmen einer Voruntersuchung mit Professor*innen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften geführt wurden (Reuter/Berli 2018). Gegenwärtig orientieren wir unser Sampling an folgenden Kriterien: (1) das Geschlecht, da es in den in Frage kommenden Jahrgängen deutliche geschlechtsspezifische Karrierechancen gab; (2) die Fachzugehörigkeit, aufgrund der ungleichen materiellen Voraussetzungen für wissenschaftliche Arbeit und (3) die zeitliche Distanz zur Statuspassage. Weitere Kriterien lassen sich gemäß des Prinzips des theoretical sampling im Projektverlauf ergänzen. Gegenwärtig erheben wir Interviews in zwei Fächern – Geschichte und BWL –, mit denen wir aus einem Vorgängerprojekt zu Wissenschaftskarrieren bereits Erfahrungen gemacht haben (vgl. hierzu auch Berli et al. 2019; Reuter et al. 2016).

4. Statuspassage professoraler Ruhestand: Einblicke in die Empirie

Auf Basis der bisher erhobenen Daten lässt sich die Statuspassage professoraler Ruhestand aus der Perspektive unterschiedlicher Akteursgruppen und ihrer Praktiken beschreiben. Wir möchten uns hier auf die Aspekte konzentrieren, welche die ungleichzeitigen Entwicklungen in den einzelnen Karrieredimensionen und damit das spannungsreiche Verhältnis von Beruf und Berufung plastisch aufzeigen.

4.1 *Die Statuspassage verwalten*

Universitäten und ihre Verwaltungen sowie die Landesämter für Besoldung bearbeiten professoralen Ruhestand vornehmlich in der Dimension der organisationalen Mitgliedschaft. Da es sich bei Professor*innen in der Regel um Beamte, zum kleineren Teil um Angestellte im öffentlichen Dienst handelt, ist nicht nur die Einstellung, sondern auch das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ein umfangreicher Vorgang.⁴ In der Regel wird einige Monate vor dem errechneten Zeitpunkt des Ausscheidens der Versorgungsträger informiert, der sodann mit Hilfe der Informationen der Personalabteilungen zum Gehalt die zukünftigen Versorgungsbezüge für die anrechnungsfähige Dienstzeit berechnet. Neben den ersten Schreiben zur allgemeinen Information über den Ablauf der Dienstzeit und allgemeine Hinweise auf potenzielle Ansprechpartner*innen in Verwaltung und Landesamt für Besoldung gibt es Formulare, die es rechtzeitig auszufüllen gilt, bis hin zu schriftlichen Informationen über mögliche Optionen der Verlängerung oder Programme für pensionierte Hochschullehrer*innen. Auch wenn die Personalabteilungen an den Hochschulen bei unserer Anfrage nach der Zuständigkeit und Informationslage zum professoralen Ruhestand in der Mehrheit darauf verweisen, dass sie nach Aufforderung jeden Fall individuell beraten, hinterließen die fehlende Benennung von Ruhestand als Sachgebiet auf den Webseiten und die nur selten vorhandenen hochschuleigenen Dokumente oder Handreichungen den Eindruck, dass Ruhestand nicht systematisch themati-

4 Je nach Bundesland, Ernennungszeitpunkt, Professur, Dienstzeit, gesundheitlicher Verfassung, Auslandstätigkeiten usw. unterscheidet sich der Verwaltungsakt, da sich mit ihm auch die status-, versorgungs-, steuer- wie hochschulrechtliche Bewertung ändert.

siert und reflektiert wird.⁵ Außer einigen Handreichungen und Formularen von Landesbesoldungsämtern bleibt Ruhestand als soziales Ereignis seitens der Verwaltung eine relative „Leerstelle“. Ruhestand wird hier vor allem technisch, in Hinblick auf die Terminierung des Ausscheidens oder die Berechnung des Versorgungsumfangs betrachtet oder aber als logistisches Problem, denn die Personalakten der Ausgeschiedenen müssen solange archiviert werden, bis alle berechtigten Versorgungsempfänger*innen verstorben sind. Die anstehende Änderung des Mitgliedsstatus wird nicht zuletzt durch Erinnerungsschreiben bezüglich der Rückgabe von bestimmten Dingen begleitet, die Zugehörigkeit anzeigen und möglich machen. Dazu gehören Transponder, Diensthandy, technische Geräte, Parkkarte und anderes mehr. Lediglich bei Übermittlung der Entlassungsurkunde scheinen symbolische Adressierungen auf, zumindest dann, wenn neben dem recht anonymen postalischen Versand der Urkunde eine feierliche Verabschiedung und Übergabe im Rektorat in Aussicht gestellt wird. Zu diesem Zeitpunkt sind manche der Ausscheidenden aber bereits grundlegend verstimmt, ob der „unwürdigen“ Behandlung durch die Institution, für die sie zum Teil seit Jahrzehnten gearbeitet haben. Mag die Wissenschaft durch ihre Freiheitsgrade und Autonomie für viele Professor*innen kein Beruf wie jeder andere gewesen sein, lenkt die Verwaltung des Ruhestands unweigerlich den Blick auf die formal-juristische Seite des Berufs und damit auf die Rechte und Pflichten statt (verwaltungsmäßige) Unabhängigkeit. Die Abwicklung von Kostenstellen und Drittmittelkonten stellen die Schlusspunkte dieses Prozesses dar. Was aus Perspektive der Personalverwaltung und anderer universitärer Abteilungen primär als eine Veränderung des Mitgliedschaftsstatus angesehen wird, die rechtlich definiert ist, wirkt sich zeitlich versetzt auf die anderen Karrieredimensionen aus.

5 Hinzu kommt die an Hochschulen übliche arbeitsteilige Zuständigkeit, welche in ihrer dezentralen Organisation wenig Möglichkeiten lässt, die Thematik in einem umfassenden Sinne und gebündelt zu bearbeiten. Personalabteilungen sehen ihre Hauptaufgabe vor allem in der Organisation des auslaufenden Arbeitsvertrags, der mit dem Zeitpunkt des Renteneintritts terminiert ist; es sei denn, eine Arbeitszeitverlängerung wurde genehmigt oder es wird eine Vereinbarung zum vorzeitigen Ruhestand geschlossen. Für andere Fragen spielen z.T. Drittmittelabteilungen, das Berufungsmanagement, Dekanat oder die eigene Fachgruppe eine Rolle.

4.2 *Die Statuspassage darstellen*

Lenkt man den Blick auf die Repräsentation von professoralem Ruhestand seitens der Hochschule, stößt man – neben einzelnen Programmen und Einrichtungen von und für emeritierte und pensionierte Professor*innen⁶ – auf Homepages von Instituten und Departments, die ihre pensionierten und emeritierten Mitglieder namentlich auflisten oder auf Homepages von professoralen Ruheständler*innen weiterleiten. Man könnte dies als Teil der (in)offiziellen Erinnerungskultur von Instituten und Departments deuten, denn mit der Auflistung der ehemaligen Kolleg*innen wird auch zugleich eine Art Chronik und Würdigung von Forschungsgebieten und -themen möglich.⁷ Vereinzelt finden sich hier auch Dokumente wie Nachrichten über den Eintritt in den Ruhestand, öffentliche Abschiedsbriefe oder Manuskripte zu Abschiedsvorlesungen. Deutlicher als in den Verwaltungsdokumenten kommt hier die Mehrdimensionalität wissenschaftlicher Karrieren und die damit einhergehende Spannung zwischen Beruf und Berufung zum Vorschein. Dies gilt ebenfalls für die Beiträge in universitätseigenen Zeitschriften. Zunächst gilt festzuhalten, dass sich hier neben kurz verfassten Nachrichten zu ausgeschiedenen Professor*innen auch Porträts sowie Interviews mit Pensionär*innen und Emeritierten, Nachrufe zu Verstorbenen, in seltenen Fällen auch etwas längere Artikel rund um das Thema professoraler Ruhestand (vgl. UZH 2007) finden lassen. Die Texte adressieren alle Mitglieder der Universität und des universitären Netzwerkes, sie dienen zum einen der Information und sind zum anderen auf die Würdigung der akademischen Lebensleistungen ausgerichtet (vgl. Hamann 2016). Grundsätzlich fällt auf, dass es sich vorwiegend um sehr knappe und in gewisser Weise standardisierte Porträts handelt, die unter der Rubrik „Personalia“ entweder von Porträtfotos der Ruheständler*innen oder Bildern von Abschiedsfeiern bzw. Festakten gerahmt werden, also Rituale der Verabschiedung und Dankesbezeugungen bezeugen. Letztere präsentieren Ruhestand als „Makroritual“ (Brettschneider/Pasternack 1999: 24), die zum Teil als

6 Etwa die TU München und ihr Programm „Emeriti of Excellence“:
<https://www.emeriti-of-excellence.tum.de/>

7 Und in unserem Fall auch eine Möglichkeit des Feldeinstiegs, denn die Hochschulhomepages haben wir für unsere Suche und Kontaktaufnahme mit Professor*innen im Ruhestand ebenfalls genutzt. Interessant wäre dann zu fragen, wer überhaupt als emeritierte*r oder pensionierte*r Professor*in auf der Homepage weiterhin geführt wird und wer die Pflege der Inhalte verantwortet.

eine öffentliche Zeremonie zelebriert und dokumentiert wird.⁸ In den veröffentlichten Texten folgt die Darstellung der wissenschaftlichen Laufbahn dem Narrativ einer wissenschaftlichen Laufbahn als Abfolge von akademischen Statuspassagen: Studienabschluss, Promotion, Habilitation, Berufung, Leitungspositionen, Emeritierung/Pensionierung. Andere Übergänge finden in der Regel keine Erwähnung. Gleichzeitig ist es gerade die eingangs erwähnte Textgattung, die vor allem auf die Erfolge der Ruheständler*innen blicken lässt und womöglich selbst eine Positivselektion von Ruheständler*innen für die Porträts vornimmt. Denn in der überwiegenden Zahl der Fälle werden Ruheständler*innen porträtiert, die sich – so erwähnen viele Artikel kurz – der Hochschule weiterhin verbunden fühlen und ihrer Verbundenheit und Loyalität zur Universität in unterschiedlicher Weise Ausdruck verleihen. Diese kann in Absichtserklärungen zu fortdauernder Lehr- und Forschungsaktivität, im Kontext von Alumnivereinen und Emerititreffen sowie in Spenden und Hinterlassenschaften Form annehmen. Hier wird deutlich, dass mit dem Ende der Organisationskarriere nicht zwangsläufig das Ende der kognitiven Karriere oder in der Scientific Community eingeläutet wird, was insbesondere in den ausführlichen Porträts ausgewählter Einzelfälle deutlich wird. So berichten etwa acht ehemalige Professor*innen der Universität Zürich in einem ausführlichen Porträt zum Thema „Akademischer (Un)Ruhestand“ aus ihrem weiterhin bewegten Forscher*innenleben im Ruhestand, das sich von intensivem Mentoring über Gutachter*innentätigkeiten für Fachgesellschaften und Zeitschriften bis hin neuen eigenen inhaltlichen Schwerpunkten und Publikationsprojekten reicht. Gleichzeitig klingt bei allen in den Magazinen interviewten Ruheständler*innen unterschiedlicher Fachdisziplinen an, dass ihnen der Abschied von der Universität, der meistens auch ein Abschied von bestimmten Funktionen, Tätigkeiten und Kolleg*innen ist, schwer fiel: Von der „Mühe, sich selbst zu organisieren“ über die „Angst sich zu verlieren“ bis hin zum Gefühl, „aus der Zirkuskuppel zu stürzen“ ist die Rede (UZH 2007). Auch wenn durchaus auf die positiven Aspekte der Pensionierung eingegangen wird – bspw. freie Zeiteinteilung und wegfallende Verwaltungstätigkeiten –, zeigen die gewählten Vergleiche, dass einerseits die Pensionierung nicht das Ende der wissenschaftlichen Karriere bedeutet und andererseits eine durch-

8 Angesichts der Tatsache, dass die Zahl der berufenen Professorinnen erst in den letzten Jahren auf über 20 % gestiegen ist, verwundert es nicht, dass unter den von uns ausgewählten Journalen nur 12 der insgesamt 90 erwähnten Ruheständler*innen Frauen sind, die meisten Erziehungswissenschaftlerinnen.

aus „riskante“ Statuspassage darstellt, eben weil hier die Spannung von Wissenschaft als Beruf und Berufung virulent wird.

Aufschlussreich sind auch die thematischen Leerstellen der Universitätsjournale: Negative Effekte und Begleiterscheinungen der Statuspassage, wie Streitigkeiten um einbehaltene Mittel, zusammengelegte Emeritizimmer, Professor*innen, die nie wieder einen Fuß über die Schwelle ihrer ehemaligen Universität setzen möchten, die nicht einmal mehr darüber sprechen wollen, finden sich in diesen Hochglanzmagazinen nicht. Dass es all dies gibt, zeigt sich in unseren Interviews und auch bereits in den Reaktionen auf Interviewanfragen.

4.3 *Die Statuspassage durchlaufen*

Hier zeigt sich der Wert unserer problemzentrierten Interviews mit Professor*innen im Ruhestand. In ihnen werden viele Bedingungen für die Weiterführung von Projekten, Publikationen und ähnlichem angeführt und reflektiert. Professor*innen im Ruhestand müssen nicht nur ihrem eigenen Ermessen nach fähig sein („solange es die Gesundheit zulässt“) weiterzuarbeiten, sondern sie sind maßgeblich auf die Einschätzung anderer angewiesen. Diese sind zunächst die (ehemaligen) Kolleg*innen, die direkt von der Statuspassage betroffen sind, weil sie den Workload kompensieren oder (mit)entscheiden müssen, ob sie ehemalige Kolleg*innen weiterhin für Gutachten, Tagungen, Forschungsarbeiten einplanen oder sogar für Gast- oder Seniorprofessuren einstellen möchten. In unserer Vorstudie wie auch in dem aktuellen Projekt fokussieren wir uns primär auf die Geistes- und Sozialwissenschaften. Gleichwohl wird auch hier deutlich, dass die relative Abhängigkeit von Infrastruktur wie auch die Verfügbarkeit von unterstützendem Personal hoch relevant für die unterschiedliche Einbindung in Forschung sind. Der Wegfall von Büro, Sekretariat, Mitarbeiter*innen und Hilfskräften bedeutet nicht selten einen spürbaren Einschnitt. Zugespitzt ließe sich die These aufstellen, dass die Erodierung der beruflichen Aspekte von Wissenschaft – wie sie im Zuge des Übergangs in den Ruhestand zu beobachten ist – Wissenschaft als lebenslange Berufung deutlich in Frage stellt. Dies gilt nicht nur für Wissenschaftler*innen, die für ihre Erkenntnisproduktion auf eine apparateintensive Empirie und einen kollaborativen Arbeitsalltag angewiesen sind. Auch für Geistes- und Sozialwissenschaftler*innen, die immer schon viele ihrer Tätigkeiten von zu Hause erledigen konnten und weiterhin können, ist das Ende der Mitgliedschaft zur Universität als Organisation durchaus präsent: Sie müssen nun den Kontakt halten,

um Unterstützung bitten oder selbst die Aufgaben übernehmen, die zuvor noch andere für sie übernommen haben, wie bspw. aufwendige(re) Literatur- und Archivrecherchen, statistische Berechnungen usw. Auch dies mag ein Grund sein, warum sie zum Teil an ältere Ideen anknüpfen oder Wege suchen, ihre Forschungsthemen und -inhalte den neuen Arbeitsbedingungen anzupassen. So berichtet beispielsweise eine Professorin, dass sie bewusst ein Buchprojekt entworfen hat, für das alle Quellen digital vorliegen. Eine andere Strategie kann sein, stärker die Geschichte der eigenen Teildisziplin zum Gegenstand zu machen. Diese und verwandte Strategien erlauben auch unter den veränderten Produktionsbedingungen, weiterhin der eigenen Berufung zu folgen. Zum Teil berichten uns Ruheständler*innen von „Liebhaber“-Projekten, für die nun endlich Zeit, der nötige Abstand und möglicherweise auch der nötige Mut vorhanden sei, weil es sich um weniger prestigeträchtige Projekte, wie das lang geplante Lehrbuch, oder äußerst kritische Projekte, wie eine Streitschrift gegen das eigene Fach, handele.

Neben diesen möglichen – größtenteils selbstgewählten – Veränderungen in der kognitiven Karriere führen die Ruheständler*innen aber auch weniger beeinflussbare Statusänderungen in der organisatorischen Karriere an, an denen ihnen deutlich wird, dass nun eine andere Phase der wissenschaftlichen Karriere begonnen hat. In den Interviews kam immer wieder die Sprache auf sogenannte Emeritizimmer, also Büroräume, die an einigen Universitätsstandorten als Arbeitsräume für weiterhin aktive Ehemalige eingerichtet wurden. Häufig sind es die Lage, Bezeichnung und Zusammensetzung der Raumbegleichung, welche diese Räume unattraktiv machen und den Statusverlust materialisieren (vgl. Reuter 2020). Man könnte es auch so formulieren: Es sind Räume, die zwar nicht unbedingt das Ende von der Wissenschaft als Berufung, aber als „Emeritizimmer“ das Ende der Organisationskarriere und damit auch des Berufs Wissenschaft markieren. Der Ruhestand als Statusveränderung stellt all die selbstverständlichen Elemente der minimalen Arbeitsinfrastruktur nachhaltig in Frage. Solche Dinge mögen auf den ersten Blick wenig bedeutend erscheinen, gleichwohl erweisen sie sich auf den zweiten Blick als Elemente von über viele Jahre gewachsenen Routinen der Arbeit. Um die Effekte des Übergangs in den Ruhestand zu verzögern, benötigen die Professor*innen die Unterstützung ihrer Universität, die ihnen Zugang zur Infrastruktur gewährt, wie einen Arbeitsplatz, eine offizielle Mailadresse oder eine Kostenstelle zur Abwicklung von geförderter Forschung. Hinzu kommt die Unterstützung der offiziellen Nachfolger*in, die gerade im deutschen System von Bedeutung ist. Aber auch

Personen, mit dem die Ruheständler*innen bis zu ihrem Ausscheiden regelmäßig in Kontakt standen, spielen für das Ruhestandserleben insofern eine Rolle, als der Kontaktabbruch stellenweise sogar als „Amputation“ empfunden wird und damit auch als unwiderrufliches Ende der wissenschaftlichen Karriere.

Deutlicher als vor dem Übergang in den Ruhestand sind die Wissenschaftler*innen von dem Entgegenkommen und den Ressourcen anderer abhängig. Dies reicht bis in die Arrangements der häuslichen Arbeitsteilung hinein. Die Fortführung wissenschaftlicher Interessen und Tätigkeiten bindet Zeit, die schließlich auch anderweitig verwendet werden könnte. Aber auch an der Universität tritt die Abhängigkeit zu Tage. Sehr deutlich kommt das in dem Titel gebenden Interview zum Ausdruck: „Sind nett zu mir (.) bin nett zu ihnen“ formuliert unser Gegenüber und verschleiert damit in gewisser Weise die realen Machtverhältnisse. Denn abhängig von dem guten Willen der Anderen ist in erster Linie er.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Mit Blick auf den Doppelcharakter von Wissenschaft als Beruf und Berufung erscheint es uns sinnvoll, den soziologischen Blick auf das Ende von Wissenschaftskarrieren zu lenken. Forschungsstrategisch ergibt sich daraus ein doppelter Gewinn. Erstens wollen wir davon ausgehen, dass der Doppelcharakter von Wissenschaft am Ende des Erwerbslebens besonders deutlich hervortritt. Zweitens lenken wir damit den Blick auf eine Karrierephase, die von der soziologischen Hochschul- und Wissenschaftsforschung zumeist ignoriert wird. In konzeptioneller Perspektive greifen wir auf zwei Bausteine zurück. Zum einen lassen sich Anleihen beim Konzept der Statuspassage (Glaser/Strauss 1971) machen, mit dem Karrieren als Sequenzen von Statuswechseln analysiert werden können, die zudem durch bestimmte Trennungs- und Übergangsriten begleitet werden (vgl. van Gennep 1909). Zum anderen teilen wir die Annahme, dass Wissenschaftskarrieren aus mehreren interdependenten Teilkarrieren bestehen (vgl. Gläser/Laudel 2015). Zusammengenommen sensibilisieren diese Konzepte für die vielfältigen Statuswechsel am Ende wissenschaftlicher Karrieren und deren Wechselwirkungen.

Die voranstehenden Streifzüge durch unsere empirischen Materialien lassen drei Thesen zu, die es weiter zu explorieren und vertiefen gilt. Erstens stellt der professorale Ruhestand eine Statuspassage dar, die primär auf Ebene der Organisationskarriere initiiert wird. So stellen ausscheidende

Professor*innen für die universitären Personalabteilungen in erster Linie Organisationsmitglieder dar, deren Status sich in absehbarer Zeit ändert. Mit dieser anstehenden Änderung wird den davon betroffenen Akteuren die Berufsförmigkeit ihrer Berufung angezeigt und sie werden zum Handeln aufgefordert. Es folgen kleinteilige Arbeiten am Mitgliedstatus, an deren Ende die sprichwörtliche „Schlüsselübergabe“ steht. Sie symbolisiert das Ende der Zugehörigkeit und den irreversiblen Abschied aus der Universität. Ähnliche Bedeutungszuschreibungen, so zeigen unsere Daten, können Parkplätzen, E-Mailadressen, Postfächern oder Bibliotheksausweisen anheften, die wie „Totems“ den Mitgliedschaftsstatus anzeigen.

Zweitens dokumentieren sich an anderen Stellen deutlich die Mehrdimensionalität von Wissenschaftskarrieren sowie die Temporalität der Passage. So legen beispielsweise Universitätsmagazine andere Schwerpunkte in der Konstruktion ihrer Portraits der Scheidenden. Sie stellen – in komprimierter und standardisierter Form – Individuen dar, die in der Forschung ihre Berufung gefunden haben, Teil einer Scientific Community sind und komplexe kognitive Karrieren hinter sich haben und gleichzeitig ihrer Universität verbunden bleiben – bspw. in Form fortdauernder Lehr- und Forschungsaktivität. Negativbeispiele, die einen Bruch öffentlich machen, sucht man hier vergebens. Gleichwohl gibt es sie natürlich. Drittens ist Wissenschaft als Berufung auf die beruflichen Aspekte angewiesen. Somit erodiert mit dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben die Grundlage für die Berufung zur Wissenschaft. Der oben erläuterten Perspektive zufolge, bringen Veränderungen in der Organisationskarriere, zeitlich verzögert, auch in den anderen Teilkarrieren Veränderungen hervor. Dabei ist es in jeden Fall so, dass die Ausgestaltung der Statuspassage immer innerhalb des Möglichkeitsraums geschieht, den Universitäten, Kolleg*innen, die Scientific Community – und nicht zu vergessen die Familie – den Betroffenen eröffnen.

Welche Möglichkeiten ergeben sich aus diesen Überlegungen für zukünftige Forschung? Zum einen würde sich anbieten, anhand von Ruheständler*innen, die ihren Ruhestand jenseits von Hochschule und Scientific Community verbringen, die unterschiedlichen Variationen von Wissenschaft als Beruf und Berufung und damit auch die Bedingungen der Konstruktion von ‚wissenschaftlichen Persönlichkeiten‘ herausarbeiten. Auch eine stärkere Miteinbeziehung von neu geschaffenen ‚Bleibe-Optionen‘ für Ruheständler*innen, wie etwa Gast- oder Seniorprofessuren, könnte den Blick schärfen. Zum anderen ließen sich – ritualanalytisch inspiriert – Fallstudien durchführen, die sich mit der Frage von Materialität und Praxis der Mitgliedschaft in Universität und Scientific Community beschäftigen. Diese

könnten u.a. das ‚magische Potenzial‘ von Artefakten und Ritualen für die Bewältigung von Übergängen herausarbeiten. Kurzum: Die komplexen Beziehungen der dicht verwobenen Karrieren am Übergang in den Ruhestand und deren Ausgestaltung bieten reichlich Anregungspotenzial, bekannte Problemstellungen zu erweitern und altbekannte Fragestellungen zu transzendieren.

Literatur

- Beaufäys, Sandra (2003): *Wie werden Wissenschaftler gemacht? Beobachtungen zur wechselseitigen Konstitution von Geschlecht und Wissenschaft*. Bielefeld: transcript.
- Berli, Oliver/Reuter, Julia/Hamann, Bernd (2019): *Wissenschaftskarriere als Glücksspiel? Zur Karriererelevanz von Glück aus professoraler Sicht*. *Beiträge zur Hochschulforschung* 4/2019: 114-135.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Homo Academicus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brettschneider, Falk/Pasternack, Peer (1999): *Rituale der Akademiker*. In: *hochschule ost* 3-4/99: 9-46.
- BuWin (2017): *Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchswachstum 2017. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*. Berlin: WBV.
- Detmer, Hubert (2017): *Die Seniorprofessur. Tendenzen und aktueller Stand*. *Forschung & Lehre* 6: 516-517.
- DHV (2012): *Handbuch Emeritierung und Pensionierung*. 3. Aufl. Bonn: Deutscher Hochschulverband.
- Engler, Steffanie (2001): *„In Einsamkeit und Freiheit?“ Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur*. Konstanz: UVK.
- Gärtner, Karla (2010): *Zusammenhänge zwischen subjektiver Gesundheit und der Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung*. *Bevölkerungsforschung aktuell* 31(3): 7-10.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (1971): *Status Passage*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Gläser, Jochen/Grit Laudel (2015): *The Three Careers of an Academic*. Discussion Paper 35/2015. Berlin: TU Berlin, Center for Technology and Society. Abrufbar unter: https://www.tu-berlin.de/fileadmin/f27/PDFs/Discussion_Papers_neu/discussion_paper_Nr__35.pdf [07.07.2020]
- Hamann, Julian (2016): *“Let us salute one of our kind.” How academic obituaries consecrate research biographies*. *Poetics* 56: 1-14.
- Hermanowicz, Joseph C. (2010): *Lives in science: How institutions affect academic careers*. Chicago: University of Chicago Press.
- Hübner, Inga-Marie (2016): *Subjektive Gesundheit und Wohlbefinden beim Übergang in den Ruhestand*. Wiesbaden: Springer VS.
- Knorr Cetina, Karin (1991): *Die Fabrikation von Erkenntnis: Zur Anthropologie der Naturwissenschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Kohli, Martin (2000): Altersgrenzen als gesellschaftliches Regulativ individueller Lebenslaufgestaltung. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 33(Supplement 1): 1-23.
- Kreckel, Reinhard/Zimmermann, Karin (2014): *Hasard oder Laufbahn. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich*. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Kühnemund, Harald (2000): „Produktive“ Tätigkeiten, S. 277-317 in: Kohli, Martin/Kühnemund, Harald (Hg.): *Die zweite Lebenshälfte*. Opladen: Leske + Budrich.
- Matthews, Anne/Brown, Kathleen (1987): Retirement as a critical life event. The differential experiences of women and men. *Research on Ageing* 9(4): 548-571.
- Mey, Günter/Berli, Oliver (2019): Grounded Theory in der Kulturosoziologie, S. 243-259 in: Stephan Moebius/Frithjof Nungesser/ Katharina Scherke (Hg.): *Handbuch Kulturosoziologie. Band 2: Theorien – Methoden – Felder*. Wiesbaden: Springer VS.
- Reuter, Julia (2020): Entlassungsurkunden, Festschriften, Emeritizimmer – Ein Streifzug durch die Welt der professoralen Ruheständler*innen, S. 151-172 in: Hannappel, Marc/Fries, Fabian (Hg.): *Die Freunde der italienischen Oper. Eine kleine Soziologie der Festschrift*. Wiesbaden: Springer VS.
- Reuter, Julia/Berli, Oliver (2018): Wissenschaft im (Un)Ruhestand. Wie ProfessorInnen das altersbedingte Ausscheiden aus der Universität meistern. *Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung* 27(1-2): 101-111.
- Reuter, Julia/Berli, Oliver/Tischler, Manuela (Hg.) (2016): *Wissenschaftliche Karriere als Hasard. Eine Sondierung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schmidt-Hertha, Bernhard/Rees, Sai-Lila (2019): Neue Übergänge am Ende der Erwerbsphase, S. 170-175 in: Grotlüschen, Anke/Schmidt-Lauff, Sabine/Schreiber-Barsch, Silke/Christine Zeuner (Hg.): *Das Politische in der Erwachsenenbildung*. Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.
- Schulz-Nieswandt, Frank (2000): Personale Lebenslagen in der Statuspassage, S. 15-28 in: Zeman, Peter (Hg.): *Selbsthilfe und Engagement im nachberuflichen Leben. Weichenstellungen, Strukturen und Bildungskonzepte*. Regensburg: Transfer Verlag.
- Strauss, Anselm (1987): *Qualitative analysis for social scientists*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- UZH (2007): *Passionierte Pensionierte*. Online: <https://www.journal.uzh.ch/dam/jcr:00000000-086d-f41b-ffff-ffffa073ce76/unijournal-2007-4.pdf>
- Van Gennep, Arnold (1986 [1909]): *Übergangsriten*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Viebrock, Tanja (2002): *Verbeamtung & Ruhestand: Diese Altersgrenzen gelten für Beamte*. Online: <https://www.academics.de/ratgeber/altersgrenze-beamte>
- Weber, Max (1988 [1919]), *Wissenschaft als Beruf*, S. 582-613 in: Ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr.
- Wöhrmann, Anne Marit/Pundt, Leena/Deller, Jürgen (2019): *Silver Careers: Laufbahngestaltung im Ruhestand*, S. 913-934 in: Kauffeld, Simone/Spurk, Daniel (Hg.): *Handbuch Karriere und Laufbahnmanagement*. Berlin, Heidelberg: Springer.

2. MAX WEBERS "WISSENSCHAFT ALS BERUF"

HEINZ BUDE

100 Jahre jung: Max Webers »Wissenschaft als Beruf«¹

Abstract

Am 7. November 2017 hielt Max Weber seine legendäre Rede über „Wissenschaft als Beruf“ auf Einladung des „Freistudentischen Bundes“ vor Studierenden in München. Max Weber offeriert Antworten auf die Fragen, was es bedeutet, sein Leben der Wissenschaft zu weihen, was für eine Verantwortung man als akademischer Lehrer trägt oder welches Ziel eigentlich die tertiäre Sozialisation an einer Universität haben sollte. Der Beitrag erhellt den Kontext von Webers Vortrag und reflektiert Webers Idee der Sozialisation durch Wissenschaft.

Prof. Dr. Heinz Bude
Lehrstuhl für Makrosoziologie, Universität Kassel
E-Mail: bude@uni-kassel.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Haben Sie vielen Dank für diese schöne Einladung, am 7. November 2017 genau an dem Tag zu Ihnen sprechen zu dürfen, an dem Max Weber vor 100 Jahre seine legendäre Rede über „Wissenschaft als Beruf“ auf Einladung des „Freistudentischen Bundes“ vor Studierenden in München gehalten hat. In meiner Ausgabe ist noch 1918/19 als Datum angegeben und es ist Wolfgang Schluchter zu danken, dass wir den richtigen Tag erwischen konnten.

– Mitten im Krieg –

Es gibt viele Interpretationen von Webers Ansprache, die davon ausgehen, dass dort die Nachkriegssituation reflektiert wurde, aber das ist, wie wir jetzt wissen, nicht der Fall. Weber sprach mitten im Krieg über die Rolle der Wissenschaft und der Wissenschaftlerin. Herausgekommen ist eine der ganz großen Idealisierungen für unsereins. Max Weber offeriert uns nämlich Antworten auf die Fragen, was es bedeutet, sein Leben der Wissenschaft zu weihen, was für eine Verantwortung man als akademischer Lehrer trägt oder welches Ziel eigentlich die tertiäre Sozialisation an einer Universität haben sollte. Also Fragen, die uns heute noch oder sogar angesichts der wachsenden Heterogenität der Ausgangsbedingungen unserer Studierenden ganz neu wieder bewegen.

– Eine jugendliche Rede –

Es ist eine ziemlich hochgestochene Rede, die in erzieherischer Absicht an die akademische Jugend gerichtet ist. Das Thema Jugend oder das Wort Jugend taucht immer wieder in der Rede auf, so dass man nicht falsch liegt, wenn sie als eine Rede an die Jugend bezeichnet. Wobei für Weber die Jugend das prädestinierte Publikum für eine Rede über die kulturelle Bedeutung der Wissenschaft darstellt, deren Merkmal die Jugendlichkeit des Wissenwollens und des Mehr- und Weiterwissenwollens ist. In gewisser Weise ist die Rede selbst jugendlich in der Art und Weise der Ansprache, sie ist nämlich außerordentlich widersprüchlich, sie ist völlig überzogen, sie ist teilweise irreführend, aber in dem Duktus der Steigerung, der Unbedingtheit und der Unentrinnbarkeit so, dass man sich dem Gesagten kaum entziehen kann. Weber ist ein Theoretiker der Steigerung, der steigert immer alles,

1 Überarbeitetes Manuskript für einen Vortrag am 7. November 2017 am International Centre for Higher Education Research (INCHER), Kassel.

manchmal bis zur Verstiegenheit und dann bricht der Gedankengang urplötzlich ab. Webers Werk ist voll von systematischen Bruchstücken. Sie alle kennen die „Soziologischen Grundbegriffe“ mit dem Ende der Differenzierung zwischen Kirche und Sekte und der letzten Bemerkung in Klammern „Das Nähere gehört in die Religionssoziologie“. Stilistisch gesehen ist Weber ein rhapsodischer Systematiker.

– Die Generation der Wilhelminer –

Der Redner war auch seinen Zeitgenossen ein merkwürdiger Typ. Karl Löwith, der bei Webers Vortrag in der Schwabinger Kunstsaal Steinicke im Publikum dabei war, hat über den Auftritt des Vortragenden gesagt, dass sein von struppigem Bart umwachsenes Gesicht an die düstere Glut der Bamberger Prophetengestalten erinnern würde. Diese vom damals zwanzigjährigen Löwith empfundene Düsternis muss man vor dem Hintergrund eines bestimmten Generationszusammenhangs verstehen. Max Weber teilt die Gefühls- und Auffassungswelt der Wilhelminer. Die Wilhelminer bildeten diejenige Generation, die einerseits in gesellschaftlichen Führungspositionen des Kaiserreichs unter den Bedingungen der ersten modernen Globalisierung zwischen 1880 und 1914 ein „Modell Deutschland“ begründet hatte, deren Repräsentanten andererseits aber vom Gefühl ihrer Epigonalität geschlagen waren. Als sie antraten, schien das Wichtigste schon vollbracht zu sein: Der Sieg über Frankreich war errungen, die Nation in der Mitte des Kontinents konstituiert und die Behauptung der Größe Deutschlands ausgesprochen. Für die zwischen 1855 und 1865 Geborenen blieb dann nur noch, in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung nachzuholen, was zuvor politisch und militärisch ins Werk gesetzt worden war. Man sah sich auf den Schultern von Riesen stehen. Als Max Weber als Mitfünfziger in den „Letzten Tagen der Menschheit“ (Karl Kraus) seinen Vortrag hielt, war klar, dass seine Generation versagt hatte: Sie hatten das Erbe der Väter verspielt und die Jugend im Stellungskrieg geopfert.

Noch fehlt eine Konstellationsanalyse dieser Generation, die Weber in den Kreis von Erich Ludendorff, von Carl Duisberg, von Stefan George, von Walther Rathenau, die alle um die gleiche Zeit geboren sind, stellt. Ludendorff war ein absolut moderner Militär. Carl Duisberg ist der unternehmerische Architekt der I.G. Farben. Stefan George hat sich als Meister des geheimen Deutschlands inszeniert. Und Walther Rathenau hat sich als „Mann vieler Eigenschaften“ in die Rolle des „Systembildners“ gebracht.

Im Übrigen war die Universität als Thema für diese Wilhelminer sehr wichtig, weil sie eins der sechs wesentlichen Elemente des wilhelminischen Entwurfs eines deutschen Wegs in die Moderne war. Das sind die forschende Universität im Sinne Humboldts mit dem Ideal der Sozialisation durch Wissenschaft, der integrierte Konzern im Sinne Duisbergs mit Wertschöpfungstiefe und Skalierungsvorteil, die dynamischen Verwaltung mit Ressortkompetenz und Selbstverwaltungslizenz, eine agile Armee mit relativ autonomen Einheiten und differenzierter Befehlsgewalt, ein selbstorganisatorisches Vereinswesen mit eigenem Kulturauftrag sowie eine unierte Arbeiterbewegung mit den drei Säulen von Partei, Gewerkschaften und Selbsthilfvereinen. Das sind die Elemente des wilhelminischen Deutschlands, in dem die Universität eine ganz spezifische Rolle spielt, und das kommt alles zusammen in der Fabrikstadt Berlin mit der lichten AEG-Turbinenhalle von Peter Behrens (1908/1909) in Moabit und dem fetten Berliner Dom im Stile von Neorenaissance und Neobarock, der von Julius Raschdorff von 1894 bis 1905 am Rand des Lustgartens errichtet worden ist.

– Ein merkwürdiger Mandarin –

Weber, der für Fritz K. Ringer als Prototyp der modernisierten deutschen Mandarine gilt, war kein richtiger deutscher Professor. Der war ganz kurzzeitig Professor, hat eine Antrittsrede gehalten, 1895 als Nationalökonom mit vielen Kraftgesten und gleichzeitig mit so einer merkwürdigen Degenerationsangst darunter und ist drei Jahre später schon mit seinem Dienst am Ende. 1898 ist er dienstunfähig und er wird sein Leben lang nicht mehr richtig dienstfähig. Er betreibt zusammen mit seiner Frau Marianne nach 1910 in Heidelberg einen „Sonntagskreis“, wo sich Ernst Troelsch, Georg Jellinek, Friedrich Naumann, Karl Jaspers, Friedrich Gundolf, Gustav Radbruch, Ernst Bloch oder Georg Lukacs nebst Gertrud Jaspers, Gertrud Simmel oder Camilla Jellinek einfinden. Er reist viel in der Welt umher, stürzt sich unterwegs in Untersuchungen und ist ständig von Depressionen geplagt, steht unter Medikamenten, leidet an Schlafstörungen, nimmt Opiate, um sich zu beruhigen, und wird von bizarren erotischen Phantasien heimgesucht. Die Studentin Else Jaffé ist die Geliebte seines Bruders Alfred, genannt „Mini-Max“, und er überlegt unentwegt, ob man nicht irgendwie zu dritt was hinkriegen könnte.

Marianne und Max Weber führen eine Gefährtenehe. Tilman Allert bezweifelt, ob es jemals zum Äußersten gekommen sei zwischen den beiden. Marianne selbst ist eine bedeutende Rechtshistorikerin und bekannte

Frauenrechtlerin ihrer Zeit, stabilisiert und stützt ihren Mann, der als hin und her gerissene Gestalt durch sein Leben geht, durch und durch neurotisch, hochfahrend und niedergeschlagen, jedenfalls alles andere als ein seignorialer Herrscher über seinen Stoff.

Diese Rede wird einem Zeitpunkt gehalten, nachdem Weber nach 20 Jahren der Zurückgezogenheit überhaupt erst im Jahr 1917 wieder an die Öffentlichkeit tritt. Es gelingt eine furiose Rückkehr mit Zeitungsartikeln, mit Interventionen, mit Reden und er kommt, bevor er diese Rede hält, gerade von der Burg Lauenburg, wo er auch schon vorgetragen hatte vor so einem jugendbewegten Kreis: Eigentlich sollte seine Frau dort eine Rede halten, die viel bekannter und gefragter als ihr für zehn Jahre abgetauchter Mann war, aber sie hat ihm dann den Vortritt gelassen. Schon auf der Lauenburg hatte Weber die anwesende akademische Jugend in seinen Bann gezogen und das Wort vom „Warenhaus der Weltanschauung“ geprägt. Der Fünfzigjährige ist mit einem Mal auf dem Höhepunkt seiner Schaffens- und Ausdruckskraft. Der bebt geradezu vor Botschaftsbereitschaft - das muss man bei dieser Rede wissen.

– Prophet der Sachlichkeit –

Die ist von Anfang an durch eine geradezu polemische Nüchternheit und eine kompromisslose Eindringlichkeit gekennzeichnet. Also derjenige, der gegen jedes Prophetentum zu Felde zieht, tritt selber als ein ungeheurer Prophet auf in dieser Rede. Nur als ein Prophet der Sachlichkeit. Er redet über äußere Bedingungen und über innere Berufung und schildert den Weg in die Wissenschaft als eine doppelt irrationale Angelegenheit: nämlich was die Unplanbarkeit der Laufbahn und die Kontingenz der Leistung betrifft.

Den Hazard, überhaupt sich zu habilitieren und dann auf einen Ruf zu warten, kann sich nur leisten, wer über ein genügendes Vermögen verfügt. Weber selbst hatte das Polster eines Erbes, aber das reichte bei den vielen Reisen nicht für ein unbeschwertes Leben. Der Privatdozent ist für Weber eine Figur der Prekarität. Es seien nur ganz wenige, die keinen inneren Schaden von dem ewigen Warten genommen haben. Man erlebt zumindest in Deutschland, nicht so in den USA wegen der ganz anders organisierten akademischen Nachwuchsförderung notwendigerweise eine Deformation, wenn man sich auf eine akademische Karriere einlässt. Und das zweite, was er sagt, ist, ob dabei etwas rauskommt, wenn man schließlich eine Professorenamt ergattert hat, ist ebenfalls unsicher. Der Ruf garantiert keinen Ruhm.

Wieso lässt man sich darauf eigentlich ein? Unklare Aussichten, was die berufliche Laufbahn betrifft, und Unsicherheiten, was die wissenschaftliche Leistung betrifft. Man endet trotz beträchtlicher Anstrengung in Forschung und Lehre ohne Werk und Wirkung. Das ist doch Wahnsinn.

Die Antwort, die Weber auf diese bohrenden Fragen gibt, ist das Bekenntnis zu strengster Spezialisierung. Als Wissenschaftler soll man das Publikum nicht mit großen Reden ergötzen, sondern im Archiv, am Rechner, im Labor oder im Feld strenge Wissenschaft betreiben. Daran gemessen ist Webers Rede ein performativer Selbstwiderspruch. Er selbst ist das absolute Gegenbeispiel zu dem, was er vorschlägt. Ich zitiere, was Weber unter dem Joch der Spezialisierung versteht: „Jeder Soziologe z. B. darf sich nun einmal nicht zu schade dafür sein, auch noch auf seine alten Tage vielleicht monatelang viele zehntausende ganz trivialer Rechenexempel im Kopf zu machen. Man versucht nicht ungestraft, das auf mechanische Hilfskräfte ganz und gar abzuwälzen, wenn man etwas herausbekommen will, - und was schließlich herauskommt, ist oft blutwenig. Aber, wenn ihm nicht doch etwas Bestimmtes über die Richtung seines Rechnens und, während des Rechnens, über die Tragweite der entstehenden Einzelresultate ‚einfällt‘, dann kommt selbst dieses Blutwenige nicht heraus.“

Das ist eine dieser Stellen, die eine Idee feiern, aber keine Wirklichkeit erfassen. Es gibt so etwas in der Soziologie nicht. Ich kenne keinen solchen Aufsatz in der gesamten soziologischen Literatur, der auf so einer Basis irgendetwas Wichtiges in die Welt gesetzt hätte. Wenn Sie die wichtigen Bücher der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Soziologie nennen sollten, dann kommen Sie auf Bücher wie „The Presentation of Self in Everyday Life“, „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ oder „The Lonely Crowd“, „Die feinen Unterschiede“. Bei Talcott Parsons wird man schon unsicher: „The Structure of Social Action“ - sicher eines der wichtigsten Bücher überhaupt in der Soziologie, das geschrieben worden ist, weil es immer nachgeschrieben worden ist, zuletzt von Jürgen Habermas in seiner „Theorie des Kommunikativen Handelns“ -, solche Bücher sind von Bestand. Oder schauen Sie sich die Aufsätze an in Deutschland. Es gibt Kolleg:innen, die wichtige Aufsätze geschrieben, aber keine Bücher hinterlassen haben. Martin Kohli „Der Lebenslauf als Institution“ etwa - das ist ein völlig konzeptioneller Aufsatz, der fußt nicht auf eigenen Untersuchungen, sondern definiert ein Forschungsfeld. Oder denken Sie an die vielen Aufsätze, die von Vertretern der Rational-Choice-Theorie geschrieben worden sind, die sind alle mehr oder minder methodologischer Natur, die haben überhaupt nichts über die Wirklichkeit zu sagen, die versuchen nur ihr

Modell zu verteidigen, anstatt sachhaltige Aussagen zu machen. James Coleman, der wohl wichtigste Soziologe aus der Rational-Choice-Richtung, hat die Soziologie mit hellsichtigen Beiträgen bereichert, aber nicht durch irgendwelche Aufsätze, die einzelne Fragen durch hohen methodischen Aufwand klären, sondern durch eine konzeptionelle Monographie wie „The Asymmetrical Society“ oder durch theoretische Aufsätze wie „Systems of Social Exchange“ (1972), „Social Capital in the Creation of Human Capital“ (1988) oder auch „Rational Organization“ (1990). Also seien Sie vorsichtig mit dem, was Weber behauptet. Das stimmt nicht. So wird man in der Wissenschaft nichts. Es ist nicht strengste Spezialisierung, die die Soziologie als Wissenschaft voranbringt, sondern konzeptionelle Horizonteröffnung.

– Asketischer Rigorismus –

Weber braucht die heroische Behauptung der strengsten Spezialisierung, um die Entscheidung zu dramatisieren, in die Wissenschaft zu gehen. Er will damit sagen, wer sich für die Wissenschaft entscheidet, muss bereit sein, „sich Scheuklappen anzulegen“. Das ist seine Formulierung. Bestimmte Dinge dürfen einen nicht interessieren. Er plädiert für ein absolut asketisches Programm. Mit Scheuklappen macht man sich die irrsinnige Vorstellung zu eigen, dass am kleinen Komma das Ganze hängt: an einer übersehenen Quelle, an einer unwahrscheinlichen Korrelation, an einem unscheinbaren Seufzer. Er muss das sagen, weil er die Wissenschaft als eine menschenbildnerische Kraft begreifen will. Es geht ihm nicht allein um die Erzeugung von Wissen, sondern es geht ihm um die Durchdringung der Person durch Wissenschaft. Wissenschaft ist eine Praktik der Selbstsozialisation durch Askese.

Von Ludwig Binswanger gibt es ein schönes kleines Büchlein „Formen missglückten Daseins“, darin beschreibt er drei Formen missglückten Daseins: „Verstiegenheit“, „Verschrobenheit“ und „Manieriertheit“. Und das, was Weber der Wissenschaftlerin in ihrem irrationalen Trachten empfiehlt, ist im Grunde das Bekenntnis zu einem missglückten Dasein. Wissenschaft ist Verstiegenheit. Und wer nicht bereit ist für diese Verstiegenheit, dem bleibt die Wissenschaft als Wissenschaft verschlossen. „Nur auf dem Boden ganz harter Arbeit“ - sei etwas in der Wissenschaft zu erreichen. „Rein der Sache verpflichtet“, müsse man sich den kleinsten Differenzen hingeben.

Dabei drohen zwei Götzen, vor denen man sich in Acht nehmen muss. Der Götze der „Persönlichkeit“ und der Götze des „Erlebens“. Wem

das Persönliche wichtig ist, dürfe nicht in die Wissenschaft gehen. Wer was erleben will, im Sinne einer inneren Erweiterung seines Lebens: nicht in die Wissenschaft. Wissenschaft ist sachlich gezielte und methodisch angeleitete Reduzierung. Eine Erziehung also zu strenger Sachlichkeit aus der Abkehr vor einer unfruchtbaren Subjektivität. Unfruchtbare Subjektivität endet in egozentrischer Selbstbekümmern, der die Pflege der eigenen Empfindsamkeit wichtiger ist als die Erregung durch illusionslose Welterkenntnis.

Einen solchen Duktus finden Sie ganz ähnlich bei jemandem, den Weber völlig abgelehnt hat, nämlich bei Stefan George. Dessen Programm heißt unbedingtes Künstlertum im kleinen Kreis der Ergriffenen. Man darf nicht gefallen wollen, nicht auf Auflagen schießen und auf keinen Fall ein Publikum adressieren, man muss sich völlig der Sache widmen und wehe man verlässt den Kreis und schießt auf Auflagen. Dann droht die Exklusion. Diese eigentümliche Lebensfeindlichkeit findet man bei vielen Wilhelmern.

Wozu das alles? Wozu diese asketische Hochgestochenheit? Wozu dieses Programm strenger Sachlichkeit? Für den Fortschritt. Für den Fortschritt der Wissenschaft. Und der Fortschritt der Wissenschaft ist für Weber - auch wieder ziemlich verstiegen - ein Prozess endloser Intellektualisierung. Es geht gar nicht um Welterkenntnis, es geht gar nicht darum, über die Wirklichkeit etwas herauszufinden. Sondern Wissenschaft ist ein in sich wertvoller Intellektualisierungsprozess. Warum? Weil die Wissenschaft die Entzauberung der Welt weitertreibt. Und zwar durch Berechnung - und damit einhergehend durch die Auflösung jeden Geheimnisses. Das Geheimnis hütet einen magischen Rest. Im „Geheimen“ sich heim fühlen, der geheimen Winkel, in denen man sich zurückzieht. Nein, das darf nicht sein. Nichts darf in Geheimnissen bleiben, nichts darf einen beruhigen. Kein „Geheimnis des Glaubens“.

Deshalb soll ich Wissenschaft betreiben? Weil ich alles berechnen kann und nichts im Geheimen lassen will? Was bedeutet das für mich? Das Sinnproblem der Wissenschaft wird dadurch gelöst, dass Erfüllung bedeutet, dass man sich selber überbietet, indem man mit dem, was man macht, Fragen aufwirft, die man selber nicht mehr beantworten kann. Das ist der Intellektualisierungsprozess. Aber geschieht das, wenn man bis zum Komma die Dinge berechnet? Hier stoßen wir auf einen der Widersprüche in dieser Rede. Es geht Weber offenbar um ganz etwas anderes. Es geht ihm darum, dass Wissenschaft sich selber überbieten muss. Und zwar weil Wissenschaft konstitutive Jugendlichkeit ist. Die schöne und starke Formulierung lautet: „Wissenschaft muss bereit sein zu veralten“. Das heißt immer

wieder der Jugend Platz zu machen. Auch die Wissenschaft lebt vom Generationenwechsel. Die Forschung kommt an einen Punkt, wo man alles anders sehen muss. Mit junger Kraft und frischem Geist bieten sich die Dinge plötzlich ganz anders dar. Das hängt allerdings nicht mit der Lebenszeit der Wissenschaftler:innen zusammen, sondern mit der Jugendlichkeit der Wissenschaft selbst. Die Personen haben sich diesem Ideal zu unterstellen, sie sollen es nicht selbst zum Ausdruck bringen. Also nicht mehr nur Kumulativität als Prinzip der Wissensgenerierung, sondern zugleich Disruptivität. Man muss einerseits Anschlüsse herstellen und andererseits auf Wenden gefasst sein.

– Die gottfremde Macht –

Rätsel ja, Geheimnisse nein. Man soll sich offenbar in der Wissenschaft nicht wohlfühlen. Denn wer sich wohlfühlt in der Wissenschaft, neigt zur Erschlaffung, zur Unsachlichkeit und beginnt, an Götter zu glauben. Hier ist Nietzsche Webers Stichwortgeber. „Wissenschaft als die gottfremde Macht“, die unserer Existenz alle Illusionen nimmt. Dieser existenzialistische Rigorismus ermöglicht die Leistung der Wissenschaft. Als Wissenschaftlerin habe ich die Nichtigkeit meines eigenen Tuns zu akzeptieren. Ich tue etwas, damit es von anderen überboten wird. Die Geltung unterliegt der Genese. Das heißt, wer die Wissenschaft betreibt, setzt sich dem Nichts aus. Sie müssen bereit sein, Ihre eigene Nichtigkeit zu akzeptieren, sonst sollten Sie lieber kein Wissenschaftler oder keine Wissenschaftlerin werden. Und wie schafft man es, dieses Spiel hinzunehmen, das man nicht gewinnen kann? Jetzt kommt Webers Dreh: Das ist die Aufgabe eines echten akademischen Lehrers. Die Sozialisationsaufgabe der Wissenschaft besteht darin, die Leute in die Lage zu versetzen, dass sie ihre Nichtigkeit anerkennen. Das ist die Aufgabe des akademischen Lehrers. Des echten akademischen Lehrers. Der nicht Prophet sein will, nicht das Katheder für andere Dinge benutzt, nicht Demagoge sein will, sondern echter akademischer Lehrer. Der nichts anderes kennt als die Pflicht zur Wahrheit. Nichts sonst. Pflicht zur Wahrheit bedeutet erstens, immer unbequeme Tatsachen heranzuschaffen. Es ist die Aufgabe einer akademischen Lehrerin, bis zur Selbstverleugnung die Schüler mit unbequemen Tatsachen zu konfrontieren, gewissermaßen die Ruhelosigkeit in Person zu sein. Und zweitens unentwegt die Methodizität der Forschung einzuklagen. Und drittens - und das ist das Entscheidende -, die Klarheit der eigenen Aufgabe zu erkennen. Klar zu sehen. Unmissverständlich zu formulieren. Ohne Schmuck zu dozieren.

Klarheit schafft eine akademische Lehrerin, indem sie angesichts des Polytheismus der Werte die Notwendigkeit der Wahl demonstriert. Der Fortschritt der Wissenschaft als Intellektualisierungsprozess besteht in der Darlegung der Tatsache, dass man in Fragen der Lebensführung und der Orientierung auf letzte Fragen immer eine Wahl treffen muss. Und für die Richtigkeit, Angemessenheit und Notwendigkeit dieser Wahl keine Art von Garantie in Anspruch nehmen kann. Diese Wahl wirft einen auf sich selber zurück als ein wählendes Wesen. Wilhelms Hennis hat eindringlich herausgestellt, dass das die Idee des Menschen von Weber ist, die Wissenschaft dient einer bestimmten Auffassung des Menschen. Unter die Vielfalt der Lebensführungsangebote eine Wahl treffen zu müssen und nicht zu glauben, man könnte sich mit einer Art von Kombination oder Synthese da herauswinden. Nein, man muss eine Wahl treffen oder - wie es dann in seiner berühmten Definition des Handelns heißt - einen stellungnehmenden Akt zur Welt vornehmen.

Der stellungnehmende Akt zur Welt macht uns überhaupt erst zu einer Person. Deshalb ist die echte Wissenschaftlerin eine wahre Person. Es genügt aber nicht in Entschiedenheit eine Wahl zu treffen, man muss auch in die Lage sein, Rechenschaft über das eigene Tun abzugeben. Und zwar Rechenschaft über das eigene Tun - da taucht ein Begriff auf, der später bei Derrida auch wieder eine Rolle spielt, in Treue zu selbst ablegen. Es ist einem auferlegt, die eigenen Stellungnahmen zur Welt so zu ordnen, dass man in den Akten der Stellungnahme zur Welt eine Treue zu sich selber zur Kenntnis bringt. Das soll Wissenschaft zum Ausdruck bringen. Treue zu sich selbst in stellungnehmenden Akten zur Welt zu ermöglichen, das ist der Kern tertiärer Sozialisation.

Also wenn Sie akademische Lehrerin werden wollen, müssen sie den Studierenden - nach Weber - die Treue zu sich selber beibringen. Werde treu zu dir selbst! Das ist das Allerwichtigste. Das ist der Kern der deutschen Universität: Sozialisation durch Wissenschaft. Den Mut zur Treue zu sich selbst in gottfremder, prophetenloser Zeit zu bewahrheiten

– Jugendbewegung, Katholizismus und Messianismus –

Wer zwingt einen zur Treue? Da wird es plötzlich ganz verrückt in der Rede. Der Teufel taucht auf. Der Teufel versucht einen von der Treue zu sich selbst abzubringen. Man könnte die Rede demnach auch als einen Aufruf zur Teufelsaustreibung verstehen. Der Teufel steckt im Detail. Weber kommt am Schluss seiner Rede an die akademische Jugend auf den

Dämonen zu sprechen, der die einzelne Wissenschaftlerin umgarnet: „Ach, nimm es doch nicht so genau“, „Heute so, morgen so“. Das ist die Versuchung des Teufels. Ethisch von der Hand in den Mund zu leben, nicht treu zu sich sein. Davon kann einen nur die asketische Disziplin der Wissenschaft abhalten.

Allerdings wird sich Max Weber ganz am Schluss auch ein bisschen unsicher über seinen eigenen Heroismus. Wahrscheinlich denkt er da an die Else. Denkt: „Naja, nur Treue zu sich selber, harte Arbeit?“. Er sieht natürlich, dass das alles doch arg protestantisch ist. Und er sagt sich: „Naja, es gäbe schon eine interessante Lösung dieses Problems.“. Nämlich das Opfer des Intellekts zugunsten einer religiösen Hingabe zu bringen. Dazu bereit zu sein.

Ich zitiere die berühmte Passage: „Wer dies Schicksal der Zeit nicht männlich ertragen kann, dem muss ich sagen: Er kehre lieber, schweigend, ohne die übliche öffentliche Renegatenreklame, sondern schlicht und einfach, in die weit und erbarmend geöffneten Arme der alten Kirche zurück. Sie machen es ihm ja nicht schwer. Irgendwie hat er dabei – das ist unvermeidlich – das ‚Opfer des Intellekts‘ zu bringen, so oder so. Wir werden ihn darum nicht schelten, wenn er es wirklich vermag. Denn ein solches Opfer des Intellekts zu Gunsten einer bedingungslosen religiösen Hingabe ist sittlich immerhin doch etwas anderes als jene Umgehung der schlichten intellektuellen Rechtschaffenheitspflicht, die eintritt, wenn man sich selbst nicht klar zu werden den Mut hat über die eigene letzte Stellungnahme, sondern die Pflicht durch schwächliche Relativierung sich erleichtert.“

Das ist eine Möglichkeit, die er offeriert. Die andere Variante ist die echte Brüderlichkeit, die er aus der Jugendbewegung kennt. Das hatte er gerade auf der Burg Lauenburg erlebt. Die „Brüderlichkeit unmittelbarer Beziehungen der Einzelnen zueinander“. Das ist die Möglichkeit einer entlastenden Intimität im kleinen Gemeinschaftskreise, die zumindest nicht auf die jämmerliche Monumentalität einer Denkmalkunst von kollektiven Identitäten hereinfällt.

Zuallerletzt wird der Messianismus angesprochen. Die erstaunliche Tugend des „Sehnens und Harrens“, die ein ganz anderes Gelehrtentum hervorgebracht hat, das sich in Schriften versenkt, die ein Morgen verheißen, obwohl es noch Nacht ist. Man muss wach bleiben, der Messias kann nämlich jeden Moment um die Ecke kommen.

Das also sind die alternativen Lösungswege für das Lebensproblem der Wissenschaft: Das Katholische, die Jugendbewegung und der Messianismus. Wer aber unbedingt wissen will, wann der Morgen mit seiner Röte

kommt, sagt der Wächter aus der Zeit des Exils, muss ein ander Mal wiederkommen.

– Der eigene Dämon –

Weber selbst kann sich mit diesem Bescheid nicht abfinden. Er rät jenen, die in die Wissenschaft streben, an ihre Arbeit zu gehen und den „Forderungen des Tages“, wie er sich ausdrückt, gerecht zu werden. „Menschlich sowohl wie beruflich“.

Was soll das heißen? Für den Politiker liegen die „Forderungen des Tages“ auf dem Tisch. Für die Wissenschaftlerin ergeben sie sich aus den letzten inneren Konsequenzen, die ihr klar werden, wenn sie sich selbst treu bleiben will. Denn die Treue zu sich selber führt am Ende zur Entdeckung des eigenen Dämons. Dann bekommt man ein Gefühl dafür, was einen leitet, wovor man zurückschreckt und was einen anzieht, und gewinnt so einen Begriff seiner eigenen Möglichkeiten. Das soll Wissenschaft erreichen. Sie merken, ein Programm, das angefangen hat mit den Mühen des Privatdozenten, endet mit einem existenzialistischen Pathos über die Sozialisationsleistung der Wissenschaft. Seinen Dämon zu finden, heißt, die Unbegründbarkeit seiner selbst zu akzeptieren. Nicht nur die Unbegründbarkeit seiner selbst als Wissenschaftler, der die Nichtigkeit seines wissenschaftlichen Bemühens annimmt, sondern die Unbegründbarkeit seiner eigenen Existenz, in der eine dunkle Macht steckt, derer man nie habhaft werden kann.

„Wissenschaft als Beruf“ ist das absolute Gegenprogramm zu Arnold Gehlen. Wissenschaft ist die konsequente Entlastungsverweigerung. Wer sich entlasten will, solle kein Wissenschaftler werden. Wissenschaftlerin solle nur diejenige werden, die sich belasten will. Wissenschaft ist Last, nicht Lust. Wissenschaft ist Anstrengung, nicht Vergnügen. Wissenschaft ist Reduktion und nicht Weiterung. Wissenschaft bringt nicht helle Klarheit, sondern dunkle Verborgenheit. Der wahre Wissenschaftler ist in Kontakt mit seinem Dämon und sie zeigt als echte akademische Lehrerin, dass man nur im Bewusstsein der eigenen Gefährdetheit der Wirklichkeit ein wissenschaftliches Wissen abzuringen vermag.

– Pathos ohne Ende –

Passt so ein Pathos für unsere Universität noch? Wenn ich das richtig sehe, wird tertiäre Sozialisation heutzutage eher US-amerikanisch als deutsch

gedacht. Das College mit seinem subkulturellen Leben wird nicht nur im Kino und in Netflixserien, sondern auch in Debatten über gute akademische Bildung insofern als das international gültige Modell gehandelt, weil es in seinem ganzen Arrangement mit Kleingruppenunterricht, Sportbegeisterung und Cliquenbildung in der Campus-Universität kognitiven Kompetenzerwerb und persönliche Entwicklung als zwei Seiten einer Medaille versteht. Hat damit das Humboldt-Modell der Sozialisation durch Wissenschaft ausgedient?

Ich frage mich, ob nicht gerade das Humboldt-Modell angesichts der wachsenden Heterogenität des Ausgangsvoraussetzungen bei den Studierenden neue Attraktivität gewinnen kann. Eben weil man nicht mehr selbstverständlich von einer generellen Habitusadäquanz bei den Studierenden ausgehen kann. Bei zehn Prozent eines Jahrgangs, die studieren, konnte man zumindest noch die Vorstellung haben, dass die Mehrheitlich danach streben, die universitäre Sozialisation als wesentlichen Teil ihrer individuellen Bildungsgeschichte zu begreifen, aber bei 50 Prozent eines Jahrgangs mit Hochschulreife kann man nicht mehr so ohne Weiteres davon ausgehen. Die heutige deutsche Universität glaubt, sie kann das Problem so lösen, dass sie den ganzen Weber vergisst und sich vornehmlich sich als Forschungsorganisation und Wissensvermittlungsagentur begreift. Man kann Wahlen treffen, so wie man das will, und die Ausrichtung an Fragen letzter Bedeutung ist schließlich Privatsache und bedarf keiner Anleitung aus hegemonialem Geist.

Ich glaube aber, dass die Sozialisationsaufgabe der Universität gerade wegen der Heterogenität der Eingangsvoraussetzungen bei den Studierenden nachgefragt wird. So sicher sind sich die Studierenden im Übergang von der Schule zur Hochschule ihrer Sache gar nicht. Deshalb hat Georg Krücken absolut recht gehabt, dass man diese Rede an diesem Tag zum Thema machen muss. Mit der Lektüre von Weber kann sich die akademische Lehrperson nach wie vor eine gewisse Klarheit darüber verschaffen, was sie eigentlich will an einer Universität, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Menschen bildet.

IAN HUNTER

Wissenschaft als Beruf, Philosophie als Religion¹

Abstract

Als Max Weber 1917 seinen Vortrag "Wissenschaft als Beruf" hielt, richtete er sich an ein Publikum von Studenten, die mit Krieg und politischen Konflikten konfrontiert waren und geprägt von der Zugehörigkeit zu aktivistischen Jugendgruppen, deren Ideologien vom Links-Hegelianismus beeinflusst wurden. Weber widerstand dem Ruf nach einer politischen Botschaft, die den Weg in eine fortschrittliche Zukunft weisen könnte, und legte den Studenten dar, dass eine solche philosophische Prophezeiung ein Verrat am Amt des Gelehrten wäre. Dieses Amt bestehe in der Vermittlung der "wertfreien" Methoden, die die empirischen Fächer kennzeichneten, und der ethischen Disziplinen, die die Studenten durchlaufen müssten, um diese Methoden zu beherrschen. Mein Beitrag argumentiert, dass die Frankfurter Schule, als sie Webers Ansatz ablehnte, dies auf der Grundlage einer Kritik tat, die einem ideologischen Angriff gleichkam, der auf dem von ihm abgelehnten Links-Hegelianismus beruhte.

Prof.em. Ian Hunter
Institute for Advanced Studies in the Humanities, University of Queensland
E-Mail: i.hunter@uq.edu.au

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

1. Einleitung

1964, am Beginn einer transnationalen linken Studentenbewegung, traf sich eine Gruppe deutscher Soziologen in Heidelberg, um das hundertjährige Jubiläum von Max Webers Geburtstag zu feiern, wobei einige von ihnen seine Konzeption der wertfreien Wissenschaft ablehnten (Stammer, 1965; 1971). Jürgen Habermas fasste die diesbezüglichen Auffassungen der Frankfurter Schule zusammen und erklärte, dass Webers Konzeptionen von Wertfreiheit und Objektivität aus seinem Versäumnis resultierten, normative Theorie und Gesellschaftsbeschreibung zu verbinden. In einer Diagnose, die durch erbarmungslose Wiederholung nicht getrübt werden sollte, argumentierte Habermas, dass dieses Versagen wiederum durch Webers Akzeptanz einer neokantischen Konzeption von Werten als Objekten reiner Wahl und einer technischen Konzeption von Rationalität bedingt war, verstanden als die instrumentellen Verfahren, die erforderlich sind, um ein vorbestimmtes Ziel oder einen vorbestimmten Zweck zu erreichen (Habermas, 1965). Weber hatte argumentiert, dass es für die Soziologie möglich sei, eine wertfreie Beschreibung eines sozioökonomischen Phänomens wie des Kapitalismus zu liefern, einschließlich einer Darstellung der Rolle bestimmter Werte in seiner Genese, wie in seiner diesbezüglichen Darstellung der Rolle des "asketischen Protestantismus". Er betonte jedoch nachdrücklich, dass es intellektuell nicht redlich sei, aus einer solchen Darstellung Werturteile über den Kapitalismus zu ziehen oder anzunehmen, dass die Gesellschaft selbst solche Urteile durch eine Art reflexiver Selbsttheorie erzeugt (Weber, 1917; 1949). Hätte Weber damit Recht gehabt, dann wäre die gesamte linkshegelianische Bewegung, die sich in der Frankfurter Schule niedergelassen hatte, bedroht gewesen, denn diese Bewegung war der Idee verpflichtet, dass die Gesellschaft tatsächlich die Formen ihrer eigenen Theoriebildung und Bewertung schuf. Für Habermas geschah dies über das, was er "Lern-

-
- 1 Dieser Beitrag ist eine autorisierte Übersetzung des Artikels von Hunter (2018b). Die Übersetzung erfolgte mittels DeepL, einem automatisierten Übersetzungssystem (www.deepl.com). Nach dem ersten Erstaunen, dass die Übersetzung funktionierte, haben Ian Hunter und Harald A. Mieg gemeinsam die Übersetzung der Begriffe geprüft und entsprechende Korrekturen vorgenommen. Dabei ließ sich einiges über die unterschiedlichen Erkenntnislogiken lernen, die von den Sprachen transportiert werden. Der Text müsste nun eigentlich neu lektoriert werden; gegenwärtig wirkt er holprig, der Duktus folgt dem Englischen, die Sprache ist Deutsch. Es wäre eine reizvolle Aufgabe für eine studentische Qualifikationsarbeit, den Text in ein korrektes Deutsch zu bringen und die Textdifferenzen zu reflektieren.

prozesse" nannte. Es handelte sich dabei um Formen der "kommunikativen Vernunft" oder der öffentlichen Debatte, durch die demokratische Bürgerschaften nach und nach zu jener Art intersubjektiver Verständigung über soziale und politische Normen gelangten, die Kant ursprünglich im transzendentalen Konsens der "rationalen Wesen" verortet hatte (Habermas, 1981a, S. 8-42).

Im Folgenden wird gezeigt, dass die Kritik der Frankfurter Schule an Webers Konzeption der wissenschaftlichen Wertfreiheit nicht auf einer wissenschaftlichen Untersuchung von Webers Quellen und Methoden beruhte, sondern vielmehr auf der kruden Unterstellung einer grundverschiedenen intellektuellen Gesinnung, die in einer sektiererischen politischen Kultur begründet war. Die dieser Kritik zugrunde liegende These - die Vorstellung, dass Webers Konzeption der Wertfreiheit symptomatisch für sein Scheitern bei der dialektischen Vermittlung der "positivistischen" Sozialwissenschaft und des "entscheidungsorientierten" ethischen Voluntarismus sei - war keine nachprüfbar wissenschaftliche Darstellung von Webers Ansatz. Es war vielmehr eine linkshegelianische argumentative Waffe, mit der sie beseitigt werden sollte. Um zu verstehen, wie Weber die Wertfreiheit tatsächlich konzipierte und wie diese Konzeption von Sozialtheoretikern, die mit den Werkzeugen der deutschen dialektischen Philosophie arbeiteten, so heftig angegriffen wurde, ist es notwendig, die Umstände des akademischen Kampfes zu diskutieren, in denen er sie formulierte und verteidigte, und auch die breiteren intellektuellen, kulturellen und politischen Querströmungen, die in diesen Kontext einfließen. Zu diesem Zweck wird mein Aufsatz mit einer Darstellung der Umstände beginnen, unter denen Weber 1917 seine berühmte Vorlesung "Wissenschaft als Beruf" vor Münchner Universitätsstudenten hielt. Anschließend wird der intellektuelle Kulturkampf erörtert, in dem die Frankfurter Schule Weber angreift.

2. "Teen Spirit"

Wie Keith Tribe (2018) erläutert, wurde Webers Einladung, in München vor Studenten zu sprechen, von der bayerischen Zweigstelle des *Freistudentischen Bundes* (FSB) ausgesprochen. Die Schlüsselfiguren dabei waren Immanuel Birnbaum und Alexander Schwab, die selbst einer radikalen bildungsreformerischen Fraktion des FSB angehörten, zu der auch Walter Benjamin gehörte. Webers *Wissenschaft als Beruf* von 1917 scheint eine von nur zwei Vorlesungen gewesen zu sein, die tatsächlich gehalten wurden. Die zweite war seine 1919 in München gehaltene Vorlesung *Politik als Beruf*, als Weber

einen Lehrstuhl an der Universität angetreten hatte (Mommsen & Schluchter, 1992).

Der FSB stand in Opposition zum ultranationalistischen *Deutsch-Völkischen Studentenverband* und war Teil des liberalen Flügels einer breiteren deutschen Jugendbewegung, die in den 1890er Jahren begonnen hatte und bis zu den Kriegsjahren stetig wuchs (Dudek, 2002, S. 7-39). Wie die Studentenbewegung der 1960er Jahre bestand auch die deutsche *Freideutsch-* oder *Freistudentenbewegung des Fin de siècle* aus einer losen Koalition unterschiedlicher Gruppen. In Deutschland verband diese Gruppen vor allem die Tatsache, dass ihre Mitglieder eine von den offiziellen *Burschenschaften* unabhängige Vereinigung suchten, deren soziale Exklusivität, antisemitische Haltung und ultranationalistisches Ethos sie unter den Bedingungen intensiver rechts-links politischer Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Studentenschaft zu bekämpfen versuchten (Jarusch, 2014, S. 333-392). Die liberalen studentischen Vereinigungen waren also "frei" im Sinne von nicht inkorporiert und für alle offen und boten jüdischen, sozialistischen und demokratischen Studenten eine akademische Heimat (Birnbaum, 1918).

Das Spektrum der Gruppen, die sich an der *Freistudenten-* oder *Freideutschen* Bewegung beteiligen, lässt sich aus der Vielfalt der Vereine ablesen, die am Wochenende vom 11. bis 12. Oktober 1913 zu einem "Jugendfest" auf den *Hoher Meißner* in Hessen einluden. Die Einladung erschien in der Septemberausgabe einer führenden Zeitschrift der Jugendbewegung - *Der Anfang: Zeitschrift der Jugend* - und erklärte, dass die junge Generation in ihrem Streben nach einer neuen *Lebensform* und *Lebensführung* an einem Wendepunkt angelangt sei. Dies würde die Kultur der älteren Generation ablösen und den verjüngten Strömungen des geistigen Lebens, die durch die Adern der jungen Deutschen strömen, Ausdruck verleihen und sie inspirieren, sich den höchsten Herausforderungen der Menschheit zu stellen. Zu den Gastgebergruppen, die am Ende der Einladung genannt wurden, gehörten die *Deutsche Akademische Freischar* (die sich der Reform des studentischen Lebens widmete), der *Deutsche Bund abstinenter Studenten*, der (lebensreformerische und pazifistische) *Deutsche Vortruppbund*, verschiedene Zweige der Wandervogel-Bewegung (freie Geister, die Naturverbundenheit und Wandern mit moralischem Idealismus verbinden) und die *Freie Schulgemeinde* (FSG) (Deutsche-Akademische-Freischar, 1913, S. 129- 131). Angeführt von dem charismatischen Gustav Wyneken, der sowohl Schwab als auch Benjamin als Mentor begleitet hatte, war die FSG eine Bildungs- und Lebensreformbewegung. Es war der Idee gewidmet, dass die junge Generation ihr geistiges

Potenzial am besten in isolierten ländlichen Internaten, frei vom korrumpierenden Einfluss der Eltern und der älteren Generation, entfalten konnte.

Soweit diese lose Verbindung von Bildungs- und Lebensreformen überhaupt irgendeine Art von intellektuellem oder ideologischem Zusammenhalt besaß, war sie durch die Art und Weise gegeben, in der ihre intellektuelle Führung versuchte, der geistigen Entwicklung der jungen Generation durch die deutsche idealistische Philosophie Gestalt zu geben. Dadurch entstand eine breit geteilte innere Kultur und geistige Anschauung, die sich mit den "liberalen" oder philosophischen Varianten des Protestantismus und des Judentums überschneidet. Unter dem Pseudonym "Ardor" veröffentlichte der 19-jährige Walter Benjamin daher eine Verteidigung der FSG, in der er argumentierte, dass Wynekens Bildungsreformen nicht von einer bestimmten Politik oder einem bestimmten Programm getrieben waren, sondern von der Mission, die "Metaphysik" in den Mittelpunkt der Schulbildung zu stellen. Benjamin verstand Metaphysik im Sinne des Vorhandenseins eines *objektiven Geistes*, dessen Träger die Menschheit sei und dem die Schüler ihre individuelle Subjektivität im Streben nach spiritueller Erkenntnis und Gemeinschaft unterordnen müssten. Mit der Erklärung, "alle idealen Güter, Sprache und Wissenschaft, Recht und Moral, Kunst und Religion, sind Äußerungen dieses objektiven Geistes", argumentierte Benjamin, dass Sozialismus, Evolutionslehre und Technologie die Welt bereits in ein Objekt des menschlichen Geistes verwandelt hätten, und erinnerte seine Leser daran: Der "philosophische Vertreter dieser Anschauung ist bekanntlich vor allem Hegel" (Benjamin [Ardor], 1911, S. 80).

Zwei Jahre später würde Benjamin in einer Diskussion über "Ungericht und Wertung" diese Argumentationslinie fortsetzen und erklären, dass die deutschen Schulen es versäumten zu zeigen, wie die Kulturgeschichte Werturteile aus einer Darstellung der Entwicklung von Recht, Erziehung, Kunst und Ethik als Ausdruck des objektiven Geistes ziehen könne. Dies liege daran, dass Kulturgeschichte in den Schulen nicht gelehrt werde, während die politische Geschichte auf Werturteile verzichte und der Geschichtsunterricht im Allgemeinen unverbundene Fakten und Daten vermittele, aus denen keine Entwicklungstendenzen und Wertungen gezogen werden könnten (Benjamin [Ardor], 1913a, S. 8-10). Die junge Generation sollte daher eher nach "*Erfahrung*" als nach bloßem Faktenwissen suchen. Ihre wäre jedoch nicht die geistlose alltägliche Erfahrung der älteren Generation, sondern eine Erfahrung, die jenseits der Erfahrung läge, in einer Zukunft, die von der brutalen Faktizität der Gegenwart unberührt bliebe und die der Student nur in seinem eigenen *Geist* finden würde, wo er in

Gemeinschaft mit den anderen jungen Geistern eintreten würde (Benjamin [Ardor], 1913b, S. 169-171).

In dem Aufsatz "*Beruf und Jugend*", den er 1917 in einer radikalen Literaturzeitschrift veröffentlichte - und der Teil des unmittelbaren Kontextes war, auf den Webers Vortrag antwortete - folgte Alexander Schwab dem gleichen intellektuellen Weg wie Benjamin und nutzte die dialektische Methode eines vollständig verinnerlichten Hegelianismus (Schwab, 1917). Er benutzte diese Methode, um eine prophetische Persona zu formen, durch die er den geistigen Zustand des Zeitalters und die zukünftige Form der Menschheit erkennen konnte. So erklärte Schwab, dass die Menschheit von zwei gegensätzlichen Kräften angetrieben werde, "Leben" und "Idee" (bzw. Leben und Geist). Aus ersterer gingen alle Kräfte von Leben und Tod, Fortpflanzung und Leidenschaft hervor, aus letzterer die ethischen Ideale und das Wissen des Menschen, seine Fähigkeit zur Schaffung von Schönheit und Gemeinschaft. Das Problem der heutigen Zeit bestand darin, dass die "westeuropäisch-amerikanische bürgerliche Welt" die Fähigkeit verloren hatte, diese beiden Pole, die von den Griechen so schön harmonisiert worden waren, miteinander zu versöhnen.

Ausgehend von denselben linkshegelianischen Denkfiguren, die bis zu Habermas reichen würden, nahm Schwab dessen Diagnose einer von technischer Rationalität regierten und von den Werten der Lebenswelt abgeschnittenen Gesellschaft in erstaunlicher Weise vorweg. Einerseits argumentierte Schwab, dass, unterstützt durch Kants rationalistische Zerstörung der substanziellen Metaphysik, eine abstrahierte "Ratio" über die geschwächten Lebenskräfte herrsche und sie einer rein technischen Rationalität unterwerfe, die mit Kommerz, Politik und *Brotstudium* verbunden sei, da sie den Kontakt zu den letztendlichen, in der Lebenswelt verankerten Werten verloren habe. Auf der anderen Seite war das Leben, losgelöst von der formenden Kraft veredelnder Ideale, zum sinnlosen Streben nach Reichtum und Sicherheit und zur größten aller Leidenschaften und Empfindungen degradiert worden (*ebd.*, S. 100-102). Schwab nennt dann *den Beruf* sowohl als Symbol als auch als Tatsache des Versagens der modernen Gesellschaft, "Leben" und "Idee" zu integrieren, und als zentrales Hindernis für das Streben der jungen Generation nach Verwirklichung des objektiven Geistes: "Der Beruf ist der Kern unserer geistig gesellschaftlichen Situation. (Der Krieg ist heute das dominierende Ereignis, aber der Beruf ist der Kern). Der Beruf ist Wirkung und wiederum Ursache der Entfremdung vom Geiste, er ist Symbol und Tatsache zugleich [...] in Wirklichkeit das untrügliche Kenn-

zeichen gerade nur dieser westeuropäisch-amerikanischen bürgerlichen Welt" (*ebd.*, S. 103-04).

Schwabs dialektische Figuration von Leben und Idee zog so eine benjaminsche Bewertung der Kultur aus einer "wissenschaftlichen" Darstellung ihrer Struktur und Entwicklung und lieferte gleichzeitig eine prophetische Einsicht in ihre Zukunft: die letztendliche Versöhnung der gegensätzlichen Kräfte von Leben und Geist. Dies werde nicht durch eine Bildungsreform, eine soziale Revolution oder die Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeigeführt, prophezeite Schwab, sondern nur durch ein "klare Erkenntnis und lebendiges Gefühl von dem Verhältnis der einfachsten Grundkräften unseres Daseins: Leben und Geist". Nur so könne das Leben die gestaltende und veredelnde Kraft des Verstandes erhalten, ohne instrumentalisiert zu werden, und der Verstand mit dem "Blut und der Kraft und der sinnlichen Schönheit" des Lebens erfüllt werden, ohne von ihm verklavt zu werden: "Das Eine als Eines und Ganzes zu fassen ist nur einer inneren Anschauung gegönnt, es auszusprechen nur dem Propheten, es darzustellen nur dem Künstler verliehen" (*ebd.*, S. 106).

3. Webers Vortrag

Dass Weber die Disposition seines Münchner Publikums als weitgehend von der Kultur und Politik der Jugendbewegung bestimmt betrachtete, wird in "Wissenschaft als Beruf" durchgehend deutlich, besonders aber in einigen Bemerkungen gegen Ende. Nachdem Weber die Akademiker dafür gegeißelt hatte, dass sie sich ihrer verhängnisvollen historischen Situation - in der die wissenschaftlichen Disziplinen alle transzendenten Werte und Bedeutungen zerstört haben - nicht gestellt hatten und sich dieser Situation durch den Anspruch auf prophetische Einsicht und Führung zu entziehen suchten, wandte sich Weber der "religiösen" Interpretation zu, die die Jugendbewegung ihrer Gemeinschaft auferlegt hatte. Zwar vermeide man den "Schwindel oder Selbstbetrug" der Professorenpropheten, aber in der Tat etwas "sehr Ernstes und Wahrhaftes", jedoch "sich selbst in seinem Sinn Missdeutendes ist es dagegen, wenn manche jener Jugendgemeinschaften, die in der Stille in den letzten Jahren gewachsen sind, ihrer eigenen menschlichen Gemeinschaftsbeziehung die Deutung einer religiösen, kosmischen oder mystischen Beziehung geben." (Weber, 1992, S. 109) Weber fügt hinzu: "zweifelhaft scheint mir, ob die Würde rein menschlicher Gemeinschaftsbeziehungen durch jene religiösen Deutungen gesteigert wird" (*ebd.*).

Dieser sanften Warnung an die Studenten, ihre Formen jugendlicher Kameradschaft in so übertriebenen Begriffen wie *objektiver Geist* zu interpretieren, ging Webers entschiedene Ablehnung der Forderungen der Jugendbewegung voraus, dass der wissenschaftliche Beruf in dem Maße gewürdigt werden sollte, wie er die Kultivierung einer authentischen "Persönlichkeit" ermöglichte oder einer erhöhten "Erfahrung" von Leben und Geist Ausdruck verlieh, statt der Beherrschung wissenschaftlicher Methoden und Fachkenntnisse (*ebd.*, S. 84-85). Indem sie unter dem Druck von Krieg und politischen Turbulenzen solche Anforderungen an das akademische Lernen stellten, verlangten die freien Studentengruppen von ihren Lehrern eine ultimative moralische Rechtfertigung für den wissenschaftlichen Beruf, wie sie einst von Religion und Metaphysik geboten wurde. Die *Freistudenten* hatten sich also auf die Suche nach Kulturpropheten und politischen Führern im Hörsaal gemacht, wo sie allzu viele Akademiker vorfanden, die bereit waren, ihre Ämter als Lehrer und Forscher aufzugeben, um in diese hochtrabenden Rollen zu schlüpfen (*ebd.*, S. 101-102).

Obwohl er ein gewisses Maß an Sympathie für die Studentengruppen zeigte, die diese Forderungen stellten - keineswegs für die "betrügerischen" Akademiker, die versuchten, sie zu erfüllen -, war Webers Reaktion auf sein Publikum kompromisslos. Nach dem Eingeständnis, dass man die Pflicht eines akademischen Lehrers nicht "wissenschaftlich vordemonstrieren" kann, fuhr Weber fort:

Verlangen kann man von ihm [dem Lehrer] nur die intellektuelle Rechtfchaffenheit: einzusehen, dass Tatsachenfeststellung, Feststellung mathematischer oder logischer Sachverhalte oder der inneren Struktur von Kulturgütern einerseits, und andererseits der Beantwortung der Frage nach dem *Wert* der Kultur und ihrer einzelnen Inhalte und danach: wie man innerhalb der Kulturgemeinschaft und der politischen Verbände *handeln* sollte - dass dies beides ganz und gar *heterogene* Probleme sind. Fragt er [der Lehrer] dann weiter, warum er nicht beide im Hörsaal behandeln sollte, so ist darauf zu antworten: weil der Prophet und der Demagoge nicht auf den Katheder eines Hörsaals gehören. (*ebd.*, S. 96-98)

Trotz des stählernen Charakters dieser Antwort ist es wichtig zu beobachten, dass Weber die Heterogenität des wissenschaftlichen Wissens und der Werturteile nicht als eine universelle Wahrheit betrachtete - die z.B. in einer Art Kant'scher Unterscheidung zwischen den theoretischen und praktischen Dispositionen des Intellekts begründet ist -, sondern als ein Merkmal der "historischen Situation", in der sich die Akademiker befanden,

also als ein Produkt der historischen Entwicklungen, die zu dieser Situation geführt hatten.

Um seine Zuhörer von der Wahrheit der Situation zu überzeugen, mit der er sie konfrontierte, abstrahierte Weber von seinen detaillierten Studien in der historischen Religions-, Rechts- und Wirtschaftssoziologie, um zwei breite Entwicklungen zu identifizieren, deren Transformation der westlichen Kultur, so argumentierte er, die Kluft zwischen der Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse und dem Eingehen kultureller und politischer Wertverpflichtungen geöffnet habe. Erstens, angefangen bei den Griechen, ermöglichten bestimmte Praktiken der Konzeptualisierung und Berechnung, sich der Natur als einer Domäne berechenbarer Einheiten zu nähern. In Verbindung mit disziplinierten Formen der Beobachtung und des Experimentierens, die während der Renaissance entwickelt wurden, erlaubte diese "Rationalisierung" oder Disziplinierung des intellektuellen Verhaltens, die Welt als offen für technisches Wissen und Transformation zu betrachten, also als "entzaubert" in dem Sinne, dass sie nicht mehr von göttlichen oder transzendenten Kräften regiert wird, die für magisches Wissen und magische Kontrolle offen sind. Infolgedessen war das wissenschaftliche Wissen von internen methodologischen Voraussetzungen bestimmter Disziplinen beherrscht worden, was bedeutete, dass es unmöglich wurde, Wissenschaft als den Weg zu wahrer Erkenntnis des Seins oder Gottes zu betrachten und damit eine übergreifende Wertbegründung für den wissenschaftlichen Beruf zu liefern, deren Rechtfertigungen für die Akzeptanz bestimmter methodisierter Disziplinen intern wurden (*ebd.*, S. 88-93).

Zweitens war es zum Teil wegen der verschiedenen Arten und Richtungen, in denen intellektuelles Verhalten historisch diszipliniert oder rationalisiert worden war, und zum Teil wegen neuerer religiöser und politischer Spaltungen unmöglich geworden, sich auf irgendeine letzte Wertesphäre zu berufen, die transzendental gerechtfertigt oder aus einer wissenschaftlichen Darstellung von Kultur oder Gesellschaft abgeleitet werden könnte. In einer markanten Formulierung, die viele führende Intellektuelle erschütterte, erklärte Weber daher, das "wissenschaftliche" Eintreten für ethische, praktische Standpunkte ist "prinzipiell deshalb sinnlos, weil die verschiedenen Wertordnungen der Welt in unlöslichem Kampf untereinander stehen" (*ebd.*, S. 99). Weber wies Kants Anspruch, durch philosophische Reflexion ein universelles Moralgesetz zu bestimmen, und Hegels Anspruch, dass sich dieses aus der gesellschaftlichen Evolution von Normen ergebe, rundweg zurück. Weber sagte seinen Zuhörern, dass nach dem Zerfall des christlich-philosophischen Universalismus die verschiedenen mit Wissenschaft, Reli-

gion, Politik und Kultur verbundenen Ethiken die Form eines "Kampfes der Götter" angenommen hätten. Die Ergebnisse dieser Wertekonflikte wurden vom Schicksal und nicht von der Wissenschaft bestimmt, was bedeutete, dass die Schüler ihre eigenen Entscheidungen treffen müssten (*ibd.*, S. 100-101).

Auf der einen Seite hatten unterschiedliche disziplinäre Rationalisierungen des intellektuellen Verhaltens Wissenschaften hervorgebracht, die fähig waren, die Welt auf der Grundlage ihrer methodologischen Objektivierungen empirisch zu erfassen, frei von allen Werturteilen, aber daher unfähig zur letztendlichen moralischen Rechtfertigung. Andererseits bedeutete die "Entzauberung" der Formen transzendenten Seins, die es dem Christentum und seiner Metaphysik einst erlaubt hatte, ultimative Wertehierarchien zu etablieren, dass alle Wertesphären - Kultur, Religion, Politik, Ästhetik - durch den Kampf der ethischen Götter gekennzeichnet waren, der durch Kampf, nicht durch Wissenschaft, ausgetragen werden sollte. Dies war der schicksalhafte Zustand der Geschichte, den Weber seinem Publikum ins Gesicht verlangte. So forderte er die Studenten auf, ihre wissenschaftliche Berufung und Persönlichkeit zu finden, indem sie die Methoden einer der Fachdisziplinen beherrschten; auf das Streben nach integrierter Persönlichkeit und spiritueller Erfahrung im wissenschaftlichen Bereich zu verzichten; und darauf zu verzichten, im Hörsaal kulturelle und politische Werte zu predigen. Sollten sie sich dafür entscheiden, ihre politischen Ziele zu verfolgen, so könnte dies in dem gesonderten Bereich des erbarmungslosen politischen Kampfes geschehen, wie Weber es bei der Bewerbung um eine Kandidatur in der liberalen Deutschen Demokratischen Partei und in seinen Schriften über Kriegsführung und Friedensverhandlungen getan hatte.

Es wäre jedoch ein erhebliches Missverständnis, wenn man Weber unterstellt, er habe argumentiert, dass die Wissenschaften, weil sie in der Lage sind, wertfreies Wissen zu produzieren, selbst wertlos sind oder keine kulturelle Bedeutung haben. Gerade weil die empirischen Wissenschaften nicht auf objektivem oder wahren Seinswissen basieren, sondern auf einem disziplinierten Verhalten des Intellekts, das es ihm erlaubt, ein bestimmtes Wissensfeld durch die Beherrschung bestimmter Formen der Konzeptualisierung, Berechnung und Beweisführung zu "objektivieren", kann Weber wissenschaftliches Wissen so behandeln, als sei es die Weitergabe eines bestimmten Ethos oder einer bestimmten *Lebensführung*. Die Vermeidung normativer Urteile in wissenschaftlichen Erkenntnissen erfordert daher die Vermittlung asketischer Normen, die die Herausbildung eines methodisch

geordneten und empirisch fundierten Verhaltens des Intellekts ermöglichen. In seinem Aufsatz "Der Sinn der 'Wertfreiheit' der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften" von 1917 fasste Weber diese Normen wie folgt zusammen: eine bestimmte disziplinäre Aufgabe engagiert zu erfüllen; Tatsachen, insbesondere solche, die für die eigene Position unbequem sind, zu erkennen und von Werturteilen zu unterscheiden; sich der wissenschaftlichen Aufgabe unterzuordnen und davon abzusehen, die eigenen Werte, Geschmäcker und Empfindungen durchzusetzen (Weber, 1922, S. 455-456). In seinem Vortrag über Wissenschaft als Beruf charakterisierte Weber daher etwas zögerlich die Kultivierung dieser wissenschaftlichen Selbstbeschränkung als eine "sittliche Leistung" (Weber, 1992, S. 99). Zweitens kann ein Akademiker die Bedeutung der wissenschaftlichen Lehre im Hinblick auf das Wissen, das sie über die Regeln einer Fachwissenschaft, die immanenten Voraussetzungen der Wissenschaft und die Abhängigkeit der Regeln von den Voraussetzungen vermittelt, "klären" (*ebd.*, S. 103-104). Schließlich können die Geschichts- und Sozialwissenschaften durch die wissenschaftliche Behandlung religiöser und moralischer Werte - d.h. durch die Untersuchung dieser Werte als besondere historisch bedingte Formen der Verhaltensgestaltung und Weltsicht - eine Annäherung an diese Werte unabhängig von ihrer Wahrheit oder Falschheit ermöglichen, d.h. wertneutral und damit in einem Erkenntnisraum, der von denjenigen geteilt werden kann, die grundverschiedene religiöse und moralische Ansichten vertreten, wie z.B. ein Katholik und ein Freimaurer (*ebd.*, S. 98).

4. Kampf der Götter

Der linkshegelianische Angriff auf Webers Konzeption einer wertfreien Soziologie war nur ein Teil der vielfältigen und alarmierten Kritik, die sein Vortrag in den 1920er und 1930er Jahren auslöste (Lichtblau, 1996, S. 392-540). Dazu gehörten Erich von Kahlers prophetische Forderung, dass Webers Trennung von Wissenschaft und Werten durch die Entwicklung eines neuen menschlichen Geistes und Körpers überwunden werden müsse; Max Schelers Beharren darauf, dass die erforderliche Synthese durch die Philosophie erreicht würde; und Heinrich Rickerts wohlwollendes neokantianisches Korrektiv, dass die Philosophie tatsächlich noch Zugang zu einer transzendentalen Wahrheit bieten könne, die jenseits der Fachwissenschaften liege (siehe Auszüge in Lassman und Velody, 1989). Bis in die 1960er Jahre, die sich im Werk der Frankfurter Schule verfestigten, hatte sich jedoch die linkshegelianische Kritik durchgesetzt.

Nicht zuletzt die Teilnahme Max Horkheimers an der Weber-Jubiläumstagung des Deutschen Soziologenkongresses 1964 zeigte die bemerkenswerte Kontinuität des gesellschaftlichen und politischen Kulturkampfes in Deutschland; denn Horkheimer gehörte zu den Münchner Studenten, die 1919, im Jahr vor seinem Tod, Webers Vortrag zum Thema Sowjetregierung hörten. Zweifellos seine Erinnerungen auf die Umstände der 1960er Jahre zuschneidend, erinnerte Horkheimer daran, dass er und seine Kommilitonen große Hoffnungen hatten, dass Weber einen Bericht über den sowjetischen Versuch, eine "bessere Gesellschaft" zu schmieden, vorlegen würde. Anstatt "theoretischer Reflexion und Analyse, die [...] in jedem einzelnen Schritt von Gedanken an eine vernünftige Gestaltung der Zukunft geleitet gewesen wäre," hörten sie "drei Stunden fein abgewogene Definitionen". Horkheimer: "So präzise war alles, so wissenschaftlich strenge, so wertfrei, dass wir ganz traurig nach Hause gingen." Dennoch ging nicht alles verloren, denn Webers Konzeption der wertfreien Soziologie - die Horkheimer als Beschränkung der Untersuchung auf die instrumentellen Mittel zur Erreichung vorausgesetzter Ziele verstand - wurde durch die Tatsache von Webers Konflikt mit den konservativen Studentenkorporationen untergraben. Dies zeigte zu Horkheimers Zufriedenheit, dass Webers Soziologie nicht wirklich wertfrei war und dass "Soziologie so ganz von philosophischer Verpflichtung nicht zu trennen sei" (Horkheimer, 1965, S. 67).

Horkheimers Anekdoten brachten die politischen Verpflichtungen und die Metaphysik der Schwab- und Benjamin-Generation zum Ausdruck, und zwar unter Berufung auf die Rolle der Soziologie bei einer "rationalen Gestaltung der Zukunft", gegen die Weber 1917 in seiner Vorlesung über Wissenschaft als Beruf gewettert hatte. Zugleich spiegelten seine Ausführungen aber auch den gewachsenen akademischen Einfluss wider, den diese Art der "Sozialmetaphysik" in der Zwischenkriegszeit und dann wieder nach der Kriegspause gewonnen hatte. Dieser Einfluss war nicht zuletzt auf die Ausstattung einer Institution für den spezifischen Zweck der Lehre marxistischer und linkshegelianischer Doktrin zurückzuführen, dem Institut für Sozialforschung oder "Frankfurter Schule", das Horkheimer Anfang der 1930er Jahre leitete und in das er nach seiner Neugründung 1950 aus dem amerikanischen Exil zurückkehrte. Es war dem führenden Vertreter der zweiten Generation der Frankfurter Schule - Horkheimers ehemaligem Schüler Jürgen Habermas - überlassen, den linkshegelianischen Gegenangriff auf Webers Konzeption einer wertfreien Sozialwissenschaft zu formu-

lieren und damit eine Vorlage für die anti-webersche akademische Politik der 1960er Jahre zu liefern, die bis heute in vollem Gange ist.

Habermas' zentrale Strategie war es, Webers historische und soziologische Studien als eine allgemeine Gesellschaftstheorie zu behandeln - zweifellos unterstützt durch die amerikanische Nachkriegsrezeption Webers (Tribe, 1988) - und damit als einer Geschichtsphilosophie verpflichtet, ähnlich wie sie für Hegelianismus und Marxismus zu finden ist. Seit dem Aufkommen des Hegelianismus in den 1830er Jahren hatte diese Art von Geschichtsphilosophie ihren Anhängern erlaubt, die Gesellschaft als ein dialektisches Ganzes zu begreifen, das sich durch die Art und Weise entwickelt, in der die Formen der Rationalität (Ideen), zu denen es führt, die Möglichkeit haben, ihre eigene soziale Bestimmung zu begreifen und damit die Gesellschaft unter die Herrschaft rational begründeter Normen zu bringen (Simon, 1928, S. 156-184). Habermas zufolge waren Webers rechts-, bürokratie-, religions- und wirtschaftssoziologische Studien alle in einer Geschichtsphilosophie der fortschreitenden "Rationalisierung" aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens begründet, wobei diese Konzeption die uneingestandene normative Grundlage der Weber'schen Soziologie und den Schlüssel zu ihrer hermeneutischen Operation lieferte (Habermas, 1965, S. 77; 1981a, S. 143-185).

Habermas ignorierte Webers wiederholte Warnungen, dass sich Rationalisierung nicht auf einen allgemeinen Prozess beziehe und dass verschiedene Lebensbereiche in ganz unterschiedlichen Richtungen, mit unterschiedlichen Mitteln und für unterschiedliche Zwecke rationalisiert würden, und setzte Weber mit einer einzigen allgemeinen philosophisch-historischen Konzeption der Rationalisierung gleich: nämlich dem Einsatz instrumentell rationaler Mittel (*Zweckerationalität*) zur Verwirklichung von Zwecken, die für rein technische Zwecke vorausgesetzt wurden. Dies erlaubte Habermas zu argumentieren, dass Webers Sozialtheorie zwischen einer objektiven Darstellung sozialer Beziehungen, die von technischer Rationalität regiert werden, und einer subjektivistischen Konzeption normativer Ziele, für die keine soziale Grundlage oder Rechtfertigung geliefert werden kann, gestrandet ist und ihn einem politisch gefährlichen Entscheidungsfindungsprozess ausliefert. Habermas' Weber fehlte eine dialektische Konzeption des Verhältnisses zwischen sozialen Beziehungen und Rationalität, nach der sich sozial determinierte Vernunft ihrer eigenen Bestimmung (als der entfremdeten Form sozialer Beziehungen) bewusst wird und somit eine moralische Steuerung der Gesellschaft möglich wird. Im Ergebnis hatte sich dieser Weber einer instrumentellen Rationalitätskonzeption verschrieben,

die die Soziologie auf die Produktion "technisch verwertbaren Wissens" reduzierte und soziale und politische Normen im Bereich von Willkür und charismatischer Zumutung belässt (Habermas, 1971, S. 63-65).

In diesen fremden intellektuellen Kontext gestellt, verlor Webers Darstellung der Entstehung der empirischen Wissenschaften aus der konzeptuellen und experimentellen Disziplinierung des intellektuellen Verhaltens ihren historischen Charakter. Indem Habermas sie mit einer allgemeinen Theorie der sozialen Rationalisierung verband, der es jedoch an einer angemessen dialektischen Darstellung des Verhältnisses zwischen idealen Normen und sozialer Realität fehlte, konnte er Webers historische Soziologie der wertfreien Wissenschaften als einen verschleierte Ausdruck ihrer eigenen Wertverpflichtung auf technische Vernunft und subjektivierte Moral behandeln:

In diesem Rahmen hat nun auch die wissenschaftspolitische Forderung der Wertfreiheit ihren Stellenwert. Die Erfahrungswissenschaften sind auf zweideutige Weise Teil des allgemeinen Rationalisierungsprozesses. Sie haben die Welt entzaubert, haben den handlungsorientierten Werten und Normen ihren Anspruch auf objektive Geltung genommen. Insofern schaffen sie überhaupt erst Platz für eine individuelle Entscheidung zwischen subjektivierte Glaubensmächten. Andererseits folgen aber auch sie, wie die Bürokratie, der Tendenz, den Spielraum der Deziision, der sie erst einräumen, selbst noch zu usurpieren. Auch sie müssen deshalb auf technische Hilfsfunktionen eingeschränkt werden. (Habermas, 1965, S. 79).

Mit anderen Worten, für Habermas war der Unterschied, mit dem Weber seine Schüler konfrontieren wollte - der Unterschied zwischen der Analyse eines historischen Phänomens auf der Grundlage einer empirischen Wissenschaft und seiner Bewertung auf der Grundlage kultureller, politischer oder religiöser Normen - kein notwendiges Merkmal der "historischen Situation", sondern in Wirklichkeit ein Produkt von Webers eigenem Versagen, sich auf eine dialektische Gesellschaftstheorie festzulegen. Wie in Habermas' außerordentlich anspruchsvollem magnum opus skizziert, war dies eine Theorie, in der die sozialen Beziehungen eine Form intersubjektiver oder "kommunikativer" Rationalität hervorbrachten, die in der Lage war, die gesellschaftliche Übereinstimmung über die ultimativen Normen für Politik und Gesellschaft zu bestimmen. Ein Soziologieprofessor konnte diese Normen dann den Studenten verkünden, indem er als Stimme der sozialen Vernunft sprach (Habermas, 1981a, S. 8-42 & 273-338).

Zur Beurteilung dieser Kritik muss man zunächst feststellen, dass Habermas keinen Versuch unternimmt, die empirische Ungenauigkeit irgend-

einer von Webers besonderen Studien - der Bürokratie, des Rechts, des asketischen Protestantismus, der Wirtschaftsethik, der Weltreligionen - aufzuzeigen, weil sein Ziel darin besteht, die empirische historische Soziologie Webers als solche abzulehnen. Habermas' Kritik an Webers *protestantischer Ethik* stellt daher nicht die Richtigkeit von Webers Darstellung der Rolle des asketischen Protestantismus bei der Herstellung einer "irrationalen" Methodisierung des Lebens auf der Suche nach Zeichen der Gnade in Frage. Vielmehr wird Weber dafür zur Verantwortung gezogen, dass er die Rolle dieses Protestantismus in der großen Dialektik zwischen "Sozialstruktur" und "Sozialbewusstsein" nicht begriffen habe. Tatsächlich hat Habermas den Protestantismus selbst verurteilt, weil dieser die Dialektik nicht vermittelt habe; der Protestantismus habe es versäumt, die normativen und rationalen Horizonte zu erkennen, die durch die Zerstörung des traditionellen "mythischen" Kosmos eröffnet worden waren. Stattdessen habe er diese Horizonte innerhalb eines irrationalen asketischen Lebensstils geschlossen, den Weber lediglich beschrieben habe, und damit die tiefere philosophisch-historische Bedeutung des asketischen Protestantismus nicht begriffen (Habermas, 1981a, S. 220-228).

Indem Habermas sich also weigerte, Webers Darlegungen vor einem gemeinsamen intellektuellen Hintergrund darzustellen, der durch übliche Normen empirischer Gültigkeit gebildet wird - und stattdessen Weber selbst als Symptom für das vermeintliche Versagen des Protestantismus diagnostizierte, soziale Struktur und soziales Bewusstsein in einem kommunikativen Gesellschaftsverständnis zu vermitteln -, behandelte Habermas Weber nicht als einen Dialogpartner, der sich in einem gemeinsamen Prozess der Verständigung und Normbildung engagiert. Vielmehr interpretierte er Webers wertfreie empirische Darstellung des asketischen Protestantismus dahingehend, dass er dessen Autor Weber von dem großen dialektischen Gespräch ausschloss, mit dem die Gesellschaft ihre eigenen normativen Grundlagen geklärt hatte. Dies bedeutete, dass Webers empirischer Ansatz aufgegeben werden musste, *bevor* Weber in den "dialogischen" Raum der Frankfurter Schule zugelassen werden konnte, in dem die endgültigen Werte aus einer besonderen Art von Gesellschaftstheorie abgeleitet werden sollten.

Anstatt zu versuchen, sich mit Webers Konzept der Wertfreiheit auf der Grundlage gemeinsamer Wissensnormen auseinanderzusetzen, war Habermas' Darstellung also eher darauf angelegt, diese aus der Diskussion zu eliminieren und durch eine parteiische Sozialmetaphysik zu ersetzen. Diese Metaphysik entstand zunächst als intellektuelles Programm in Form

der Hegelschen Geschichtsphilosophie der 1830er Jahre (Simon, 1928, S. 156-184). Sie spielte sodann eine wichtige Rolle bei der Bildung rechts- und linkshegelianischer politischer Sekten rund um die Revolution von 1848 (Stedman Jones, 2011), bevor sie in die von Weber in seiner Vorlesung über Wissenschaft als Beruf von 1917 angesprochene Studentenbewegung einfluss und dann in der Frankfurter Schule eine institutionelle Verankerung fand, die 1924 von Gesinnungsgenossen großzügig finanziell unterstützt worden war (Wiggershaus, 1995, S. 9-40). Für eine genauere Beurteilung ist es zunächst notwendig, Webers Konzeption des wertfreien empirischen Wissens aus der dialektischen Darstellung zu entfernen, in die die Frankfurter Schule es einzubinden suchte. Das bedeutet in der Tat, dass man zeigen muss, dass Webers Vorstellung von Wertfreiheit ganz anders ist als die Darstellung, die Habermas davon liefert, aber der letztendliche Zweck dieser Beurteilung wird nicht darin bestehen, Habermas' Darstellung zu widerlegen. Vielmehr soll gezeigt werden, dass Habermas' Darstellung nicht eine (falsifizierbare) Beschreibung von Webers Analyse ist, sondern eine intellektuelle Waffe war, die dazu gedacht war, Webers Analyse zugunsten einer feindlichen Weltanschauung zu verdrängen.

Die erste Feststellung in diesem Zusammenhang ist, dass Webers Rationalisierungskonzept nicht Gegenstand einer allgemeinen Theorie war, die auf einer mit dem Hegelianismus oder Marxismus vergleichbaren Geschichtsphilosophie beruhte und die die einzige allgemeine Form einer instrumentalisierten technischen Rationalität annahm. Wie insbesondere Wilhelm Hennis gezeigt hat, verteilte Weber das Thema der Rationalisierung auf eine Reihe von Einzelstudien und behandelte sie nicht als eine allgemeine Idee oder Form der Vernunft, sondern als ein vielfältiges Spektrum intellektueller Praktiken zur Ordnung und Disziplinierung - also "Rationalisierung" - innerer und äußerer Verhaltensformen (Hennis, 1988, S. 23-24 & 38-46). Im Zusammenhang mit seiner Auseinandersetzung mit der protestantischen Ethik hat Weber dies also berühmterweise geschrieben:

Man kann eben - dieser einfache Satz, der oft vergessen wird, sollte an der Spitze jeder Studie stehen, die sich mit "Rationalismus" befasst - das Leben unter höchst verschiedenen letzten Gesichtspunkten und nach sehr verchiedenen Richtungen hin "rationalisieren". Der "Rationalismus" ist ein historischer Begriff, der eine Welt von Gegensätzen in sich schließt [...] *Uns* interessiert hier gerade die Herkunft jenes *irrationalen* Elements, welches in diesem wie in jedem "Berufs"-Begriff liegt. (Weber, 1920, S. 62)

Der Missgriff, Weber mit einer Geschichtsphilosophie der Verbreitung eines instrumentalisierten technischen Rationalismus in Verbindung zu bringen, wird besonders deutlich aus seiner Darstellung der Rationalisierung des Lebens unter dem Regime des "asketischen Protestantismus". Weit davon entfernt, sie im Hinblick auf die instrumentelle Verwirklichung vorausgesetzter technischer Ziele zu betrachten, behandelt Weber hier die Rationalisierung als ein Lebensregime, in dessen Mittelpunkt die "irrationale" calvinistische Prädestinationslehre steht. Er argumentiert, dass den calvinistischen Gläubigen im Umgang mit der durch diese Doktrin hervorgegerufenen Heilangst geraten wurde, sich als zu den Auserwählten gehörend zu betrachten und von dort aus die Zeichen ihrer Erwählung nicht in den Sakramenten einer Kirche, sondern in ihrem alltäglichen Verhalten zu suchen (Weber, 2011, S. 115-137). Infolgedessen wurde das tägliche Leben der Calvinisten zum Gegenstand einer intensiven asketischen Prüfung und Disziplinierung, was zu einer charakteristischen Rationalisierung des inneren und äußeren Verhaltens führte. Diese Rationalisierung oder Disziplinierung war nicht das instrumentelle Mittel, um ein technisches Ziel zu erreichen, sondern eine spirituelle Übung, die darauf abzielte, das Selbst zu transformieren, um einen "irrationalen" spirituellen Zustand zu erreichen.

Daraus können wir eine zweite Feststellung ableiten. Es ist ein zentrales Merkmal von Webers Konzeption des wertfreien empirischen Wissens, dass Argumentationsformen und ethische Normen nicht als Ideen betrachtet werden, die wahr oder falsch sein könnten, oder als "soziales Bewusstsein", das dialektisch einen separaten Bereich "materieller" sozialer Beziehungen widerspiegeln könnte. Tatsächlich ist es ein maximaler Unterschied zwischen Weber und der Frankfurter Schule, dass er Formen des Denkens und der Ethik nicht in Übereinstimmung mit deren dialektischer - ideell-materieller - Ontologie behandelt hat, sondern in einer ganz anderen Weise: nämlich als intellektuelle Handlungen oder Modi der Führung des Intellekts im Laufe der Führung einer bestimmten Art von Leben, oder, wie Weber es nannte, Lebensführung. So näherte sich Weber der calvinistischen Prädestinationslehre weder als eine wahre oder falsche theologische Idee noch als eine verzerrte ideelle Reflexion der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse. Vielmehr beschrieb er sie als ein Mittel zur Selbstproblematisierung, das ein neues Verhältnis zum Selbst - im Sinne einer radikalen inneren Unsicherheit über den Stand der Gnade - herstellt und eine hoch disziplinierte Selbstführung einleitet, um die Zeichen der Gnade im täglichen Leben zu sichern. In dieser Hinsicht ist Webers empirische Behandlung von Ethik und Rationalität als Modi des Selbstverhaltens auffallend ähnlich wie Michel

Foucaults späte Annäherung an die Ethik durch eine Geschichte von "Praktiken des Selbst" - Künste der ethischen Problematisierung und Selbsttransformation, die als "Arbeit des Selbst am Selbst" vollzogen werden -, wie jüngste Studien beleuchtet haben (Gordon, 2014).

In dem Aufsatz über "Der Sinn der 'Wertfreiheit' der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften", den er im selben Jahr wie die Vorlesung "Wissenschaft als Beruf" veröffentlichte, formulierte Weber diesen Ansatz in einem methodischen Kernprotokoll. Hier stellte er fest, dass die empirischen Wissenschaften normativ gültige Wahrheiten (in Ethik, Philosophie, Theologie, Mathematik) in beschreibbare soziale Phänomene transformierten, indem sie diese nicht als Manifestationen transzendentaler Ideen oder Normen, sondern als Verhaltenstypen behandelten. Wenn also "das normativ Gültige Objekt empirischer Untersuchung wird, so verliert es, als Objekt, den Norm-Charakter: es wird als 'seiend', und nicht als 'gültig' behandelt" (Weber, 1922, S. 493). Daraus folgt: "Jede Wissenschaft von geistigen oder gesellschaftlichen Zusammenhängen ist eine Wissenschaft vom menschlichen Sichverhalten (wobei in diesem Fall jeder geistige Denkart und jeder psychische Habitus mit unter diesen Begriff fällt)." (Weber, 1922, S. 494) Mit anderen Worten, ethische, intellektuelle und soziale Phänomene könnten unabhängig von ihrer normativen Gültigkeit - d.h. wertneutral - angegangen werden, indem sie in Formen menschlichen Verhaltens oder Verhaltens umgewandelt werden, die für historische und soziologische Untersuchungen und Beschreibungen offen sind.

Drittens wird damit deutlich, dass Webers Konzeption der wertfreien Geschichts- und Sozialwissenschaften nicht aus der Tatsache resultierte, dass auch er von der Ausbreitung instrumenteller technischer Rationalität eingeholt wurde - und damit dem moralischen Subjektivismus und Dezisionismus ausgeliefert war -, sondern aus ganz anderen historischen Quellen: nämlich aus den höchst unterschiedlichen Methoden der Konzeptualisierung, Berechnung, Interpretation, Beobachtung und des Experiments, durch die bestimmte Phänomene in verschiedenen Bereichen zu Objekten der empirischen Beschreibung und Interpretation wurden, wie die historische Transformation von Ethik und Religion in beschreibbare Formen menschlichen Verhaltens beispielhaft zeigt. Weber betrachtete diese Methoden weder als kantische transzendente Bedingungen möglicher Erfahrung, noch als hegelianisierte Versionen davon, wie sie in Habermas' Konzeption des idealisierten gesellschaftlichen Dialogs als Quelle universell (intersubjektiv) gültiger Normen sozialen Wissens und Handelns dargelegt wurden. Vielmehr betrachtete er auch die wissenschaftliche Rationalität als

eine Form des intellektuellen Verhaltens und behandelte ihre Methoden als Praktiken des Selbst, deren kombinierte ethische und technische Disziplinierung der intellektuellen Aktivitäten - mathematische Berechnung, experimentelle Beobachtung, philologische Interpretation, historische Kontextualisierung usw. - die Objektivierung bestimmter Felder von Phänomenen erlaubte.

Es wurde bereits dargelegt, dass Weber die Annahme einer wertfreien empirischen Haltung als abhängig von der historischen und pädagogischen Vermittlung bestimmter ethischer Disziplinen und Fähigkeiten ansah: beharrlich wissenschaftliche Aufgaben und Methoden zu beherrschen, sich selbst zu disziplinieren, um Tatsachen, insbesondere "unbequeme Tatsachen", zu erkennen, und darauf zu verzichten, die eigenen Wertverpflichtungen in empirische Untersuchungsfelder zu projizieren (Weber, 1922, S. 455). Angesichts von Forderungen wie Benjamins Forderung nach einer überdisziplinären spirituellen "Erfahrung" und Schwabs Forderung, den Beruf zugunsten der Integration von "Idee" und "Leben" in eine authentische "Persönlichkeit" abzulehnen, bestand Weber darauf, dass Beruf und Persönlichkeit des Wissenschaftlers in der selbstbeherrschenden Beherrschung eines bestimmten Satzes ethischer und technischer Fähigkeiten bestünden. Diese gehörten nicht zu einem objektiven, in der Menschheit verkörperten Geist, sondern zu der historisch spezifischen Persönlichkeit des professionellen Wissenschaftlers: "Und es heißt, den »Beruf« seines einzigen heute wirklich noch bedeutsam gebliebenen Sinnes entkleiden, wenn man diejenige spezifische Art von Selbstbegrenzung, die er verlangt, nicht vollzieht." (Weber, 1922, S. 456).

5. Religionssoziologie und philosophischer Glaube

Anstatt von einer allgemeinen technischen Rationalität ohne normative Grundlage auszugehen, entstanden Webers wertfreie Untersuchungen aus Methoden zur Historisierung ethischer Phänomene, die historisch spezifisch und von der ethischen und technischen Disziplinierung des intellektuellen Verhaltens des Untersuchers abhängig waren. Beschränkt man die Aufmerksamkeit auf die intellektuellen Mittel, mit denen Weber Religionen wertfrei erforschte - also auf die Mittel, die es ermöglichten, Religionen im Hinblick auf die historische "Existenz" asketischer Disziplinen und Selbstführungsweisen zu betrachten und dabei ihre "normative Gültigkeit" außer Acht zu lassen -, so ist zu festzustellen, dass er diese aus den Disziplinen der Kirchengeschichte und der Theologiegeschichte ableitete. In der kom-

mentierten bibliographischen Fußnote 10 zu seiner Erörterung des asketischen Calvinismus in der *protestantischen Ethik* führte Weber eine große Zahl seiner Quellen aus diesen Disziplinen auf - darunter Fachwerke von Kampshulte, Fruin, Nuyens und Köhler sowie berühmtere Studien von Ranke, Troeltsch, Carlyle, Macaulay und Masson -, die er sowohl als Autoritäten als auch als Mittel zur Überprüfung seiner Darstellung zitierte (Weber, 2011, S. 321- 322).

Von besonderer Bedeutung für unsere gegenwärtigen Anliegen ist ein Werk, das Weber als eine seiner wichtigsten Quellen zitiert: Matthias Schneckenburgers Vorträge zum Vergleich calvinistischer und lutherischer theologischer Lehren. Denn Schneckenburger hatte diese Vorträge in den 1840er Jahren gehalten, als der Versuch der preußischen Regierung, die beiden protestantischen Konfessionen zu vereinigen, eine heftige religiöse Debatte über das Wesen des wahren Protestantismus ausgelöst hatte (Clark, 1996; 2000). In dem Bemühen, sich von dieser Debatte zu distanzieren und einen "unparteiischen" Standpunkt einzunehmen, erklärte Schneckenburger, dass er theologische Lehren - einschließlich der calvinistischen Prädestinationslehre - unabhängig von ihrer Wahrheit oder Falschheit beschreiben würde. Er würde dies tun, indem er sie im Hinblick auf ihre psychologischen Auswirkungen auf das Verhalten ihrer Anhänger beschrieb (Schneckenburger, 1855, S. 34-37).

Indem Schneckenburger damit vorschlug, sich aus unlösbaren Konflikten um religiöse Wahrheit zurückzuziehen und sich Religionen als Pluralität historischer Formen psychologischer oder spiritueller Disziplin wertneutral zu nähern, kanalisierte er in seiner Darstellung die empirischen Methoden der "gelehrten" Kirchen- und Theologiegeschichte. Diese Methoden, die transzendente Bedeutung und Wahrheit religiöser Texte und Lehren außer Kraft zu setzen und sie als Aufzeichnungen rein menschlicher historischer Aktivitäten zu behandeln, waren zunächst für die Zwecke der Bibelkritik und Kirchengeschichte des 16. und 17. Jahrhunderts entwickelt worden. Dabei wurde ihre Fähigkeit, religiöse Bedeutung und Wahrheit außer Kraft zu setzen und Religionen als historische Phänomene zu behandeln, in vielfältiger Weise genutzt - um apostolische Abstammung zu beanspruchen, die metaphysische Theologie anzugreifen, Religionen zum Zwecke der juristischen Befriedung zu relativieren und zu pluralisieren -, ohne jedoch ihre Macht zu verlieren, Religion als Gegenstand transkonfessioneller wissenschaftlicher Forschung zu konstituieren (Backus, 2003; Lehmann-Brauns, 2004; Levitin, 2012). Mit dem Hinweis auf Schneckenburger als zentrale Quelle signalisierte Weber damit, dass seine wertfreie Religionsso-

ziologie als Anleihe an den Methoden der empirischen Historisierung und Distanzierung verstanden werden könne, die es frühneuzeitlichen kirchlichen und theologischen Geschichtsschreibungen unter Bedingungen radikaler religiöser Auseinandersetzungen erlaubt hätten, sich Religionen unter den Bedingungen radikaler religiöser Konflikte nicht ihrer Wahrheit, sondern ihrer Existenz nach zu nähern.

Die Tatsache, dass sie in spezialisierte (und ständig umstrittene) historisierende und neutralisierende Disziplinen eingebettet waren, bedeutete jedoch, dass die wissenschaftlichen und ethischen Normen, die der wertfreien Religionssoziologie zugrunde lagen, selbst nicht "wissenschaftlich" gerechtfertigt oder befürwortet werden konnten. Durch die Bereitstellung der ethischen und wissenschaftlichen Techniken, die es erlaubten, heilige Texte als Aufzeichnungen gänzlich menschlicher Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kultivierung religiöser Lebensstile zu interpretieren, hatten die Bibelkritik und die Kirchengeschichte die Religionen in der Tat für empirische Untersuchungsmethoden geöffnet. Allein durch die Disziplinierung und Spezialisierung des intellektuellen Verhaltens und Verhaltens des Religionswissenschaftlers konnte jedoch die mit solchen empirischen Disziplinen verbundene normative Sichtweise nicht im Sinne einer universellen oder transzendentalen Rationalität und Normativität gerechtfertigt werden. Anstatt Teil einer epochalen Rationalisierung oder Säkularisierung von Kultur und Gesellschaft zu sein, war dies die Sichtweise nur derer, deren spezialisierte intellektuelle und ethische Disziplinierung es ihnen erlaubte, Religionen unabhängig von ihrer Wahrheit oder Falschheit als historische Phänomene zu betrachten. Um diesen Standpunkt einzunehmen, war es daher nicht notwendig, dass die spirituellen Überzeugungen aller Religionsanhänger eine Art epochale rationale Transformation durchlaufen, wie es der Fall war, wenn man ihre intersubjektive Übereinstimmung als Quelle universeller Normen der kommunikativen Vernunft betrachtet. Vielmehr war es nur erforderlich, dass die religiösen Überzeugungen und Verpflichtungen derer, die wissenschaftliche Arbeit leisten, für die Zwecke und die Dauer der historischen Untersuchung und Beschreibung ausgesetzt werden sollten.

Obwohl Weber damit leugnete, dass die "empirisch-psychologische und historische Analyse" der Religionsethik eine universelle Bewertung derselben liefern könne, argumentierte er dennoch, dass eine solche *verstehende Erklärung* mit einer nicht-transzendentalen Rechtfertigung versehen werden könne. Dies lag nicht zuletzt daran, dass dieser Ansatz, indem er die Religionen als historisch-ethische Verhaltensweisen betrachtet, die Kom-

munikation zwischen Gelehrten ermöglichte, die ansonsten radikal gegensätzliche religiöse oder ethische Überzeugungen vertraten (Weber, 1922, S. 465-466; 1992, S. 98). Gleichzeitig konnte die Annahme dieser distanzierten Sichtweise nicht durch rational verbindliche soziale Normen erzwungen werden - wie sie nach Habermas' Behauptung aus einem idealisierten sozialen Dialog hervorgehen -, da diese Sichtweise den ethischen und intellektuellen Techniken der wissenschaftlichen Lebensführung innewohnt. Das bedeutet, dass, wenn religiöse Gläubige, deren Lebenswandel von einer ganz anderen Art spiritueller Disziplin geprägt ist, sich weigern sollten, die empirischen Methoden zu übernehmen, die ihre Überzeugungen in historische Phänomene verwandeln würden, dann kann der wissenschaftliche Ansatz keine Normen hervorbringen, die ihre Haltung entkräften könnten.

An diesem Punkt sollte ein Hochschullehrer nicht versuchen, aus einer geschichtsphilosophischen oder gesellschaftstheoretischen Darstellung des religiösen Verhaltens eine Bewertung dieses Verhaltens zu ziehen, denn die Annahme, dass die wissenschaftliche Sichtweise selbst wissenschaftlich gerechtfertigt sein könnte, hieße, die Grenze zu Prophetie und Demagogie zu überschreiten. Die Wahl, die unter solchen Umständen zu treffen ist, kann weder wissenschaftlich noch rational bestimmt werden, da "die letztlich möglichen Einstellungen zum Leben unversöhnlich und ihre Kämpfe unlösbar sind", und das wissenschaftliche Verhalten oder der wissenschaftliche Beruf selbst eine davon ist. An diesem Punkt kann ein Hochschullehrer seine Studenten nur dazu *ermahnen*, die "Integrität" zu besitzen, den Unterschied zwischen der Beschreibung ethischer und religiöser Verhaltensweisen als historische Phänomene und deren Bewertung hinsichtlich ihrer normativen Gültigkeit zu erkennen - der zentrale Zweck von Webers Vortrag "Wissenschaft als Beruf" - und sie ihre eigenen religiösen und ethischen Bewertungen auf der Grundlage "persönlicher" Verpflichtungen vornehmen zu lassen, unabhängig von ihrer wissenschaftlichen Ausbildung und Berufung (Weber, 1992, S. 104-105).

Die Ansichten, die Schwab, Benjamin und Horkheimer 1917-1920 vertraten, zeugen davon, dass viele der Ohren, auf die Webers Ermahnung traf, für sie ziemlich taub waren, ebenso wie die Ansichten, die Horkheimer und Habermas in den 1960er Jahren vertraten. Da sie auf die Stimme des *objektiven Geistes* hörten, waren die intellektuellen Sinne dieser Denker nicht mit den Methoden der empirischen Kirchengeschichte auf die Präsenz der Religion als historisches Phänomen eingestimmt. Vielmehr wurde ihre Aufmerksamkeit durch eine ganz andere Art von intellektueller Methode gelenkt. Diese lieferten die metaphysischen Philosophien und die Ge-

schichtsphilosophie Kants und Hegels, die seit den 1830er Jahren gezeigt hatten, wie Religionen auf eine ganz andere, geschichtsphilosophische Weise behandelt werden konnten: nämlich als Teilmanifestationen transzendental-rationaler Normen, nach denen sie auch bewertet werden konnten.

Der empirischen Kirchengeschichtsschreibung den Rücken kehrend, hatten Kant und Hegel die rivalisierenden konfessionellen Religionen - was Kant den "empirischen" oder "historischen" Glauben und Hegel die "bestimmte" oder "positive" Religion nannte - als historische Manifestationen einer zugrunde liegenden transzendentalen Vernunft oder eines transzendentalen Geistes dargestellt (Hegel, 1988, S. 391-413; Kant, 2009, S. 113-120). Während sie gebraucht worden waren, um die Menschheit während ihrer rationalen Unreife zu leiten, lehrten Kant und Hegel, dass die historischen und positiven Bekenntnisreligionen dazu bestimmt seien, in Formen rational-moralischer Selbstverwaltung oder eines reinen spirituellen Selbstbewusstseins umgewandelt zu werden. Dies würde durch eine dialektische Geschichtsphilosophie geschehen, die die lediglich gesetzlich vorgeschriebene, einschärfende und historische Form der Religion - im Wesentlichen die Geschichte von Christi Menschwerdung, Tod und Auferstehung zur Buße menschlicher Sünde - schrittweise reinigen (untergraben) würde, während gleichzeitig die universellen Normen der Religion in das Register der transzendentalen Moralphilosophie, der "reinen Vernunftreligion" oder eines "gemeinschaftlichen spirituellen Bewusstseins" übertragen würden, das die Religion als höchste Stufe der menschlichen Moral ablösen würde (Hegel, 1988, S. 470-489; Kant, 2009, S. 120-137). Aus dieser Perspektive waren es nicht die empirischen Fachdisziplinen der Kirchen- und Theologiegeschichte, die die konfessionelle Religion als Objekt "rationalen" Wissens für wissenschaftliche Zwecke konstituierten und sie ansonsten für die Gläubigen intakt ließen. Vielmehr war es die menschliche Vernunft selbst, wie sie in der Kantisch-Hegelianischen Philosophie und Geschichtsphilosophie zum Ausdruck kommt. Indem dieser Philosophiestil die historischen Religionen als die entfremdeten Formen behandelte, in denen sich die transzendente Vernunft oder der Weltgeist in der Zeit manifestiert hatte, prophezeite er gleichzeitig die vollständige Verdrängung oder *Aufhebung* dieser Religionen. Dies würde die Übertragung ihrer normativen Inhalte auf die Philosophie selbst und die Verwandlung der religiösen Gläubigen in "rationale Wesen" und demokratische Bürger bedeuten - eine Eschatologie, deren Erfüllung noch aussteht.

Der Preis, der für diese mächtige Rationalisierung der Religion zu zahlen war, bestand jedoch darin, dass die kantische und hegelsche Religions-

geschichtsphilosophie selbst positiv und negativ als heterodoxe (pantheistische, rationalistische) Religionsformen (Scheidler, 1846; Hundeshagen, 1850) oder als philosophische Bekenntnisse in Konkurrenz zu den verfassungsrechtlich anerkannten öffentlichen Religionen Deutschlands (Hunter, 2005) rezipiert wurde. Dies lag zum Teil daran, dass die den kantischen und hegelianischen Philosophien zugrunde liegende Anthropologie und Kosmologie - das Bild vom Menschen als einem doppelseitig rationalen und sinnlichen Wesen, dessen dialektische Reinigung zu einer intersubjektiven moralischen Gemeinschaft führen würde - aus der christlichen Metaphysik und Eschatologie entlehnt waren. Dies machte es vielen schwer, diese Philosophien als grundlegend anders zu betrachten als die konfessionellen Religionen, die sie angeblich verdrängten (Hunter, 2001, S. 279-315; 2002; 2018a). Und es lag zum Teil daran, dass sie als philosophische Religion oder "vierte Konfession" vermittelt wurden, in Konkurrenz sowohl zu den drei Verfassungsreligionen als auch zu den empirischen Geschichtsschreibungen und Soziologien, die Religion auf nicht-philosophische Weise historisierten (Weir, 2014).

Wie die ihr zugrundeliegenden kantischen und hegelianischen Philosophien ist auch Habermas' Soziologie (oder Sozialmetaphysik) religiöser und ethischer Kulturen durch den Verzicht auf empirische Kirchen- und Theologiegeschichte und durch die direkte Übertragung kantischer, hegelianischer und marxistischer Auffassungen - von Religionen als Manifestationen einer zugrundeliegenden "ethischen Totalität" - in das Register der Theorie der kommunikativen Vernunft gekennzeichnet. Habermas hat diese Transposition praktischerweise so zusammengefasst:

Bei Hegel und Marx wäre es darum gegangen, die Intuition der sittlichen Totalität nicht wieder in den Horizont der Selbstbeziehung erkennender und handelnder Subjekte einzuholen, sondern nach dem Modell der ungezwungenen Willensbildung in einer unter Kooperationszwängen stehenden Kommunikationsgemeinschaft zu explizieren. (Habermas, 1985, S. 345)

Was den rationalen Zugang zu den Religionen erlaubt, ist für Habermas nicht die Verwendung empirischer Methoden, um sie als historische *Lebensführungen* und *Lebensordnungen* zu konstituieren, sondern die Verwendung eines philosophischen Bildes von ihnen als die teilweise entfremdeten historischen Manifestationen einer transzendentalen Welt von Normen und Bedeutungen, die er als "*Lebenswelt*" bezeichnet (Habermas, 2001, S. 36-41). Als bescheiden gekleidete Darstellung von Hegels *objektivem Geist* erlaubt Habermas' Lebensweltbegriff ihm, sich Religionen nicht wertneutral, als

autonome historische "Praktiken des Selbst", sondern wertprophetisch zu nähern, als entfremdete Ausdrucksformen einer "ethischen Totalität", die sich durch sie gemäß einer geschichtsphilosophischen Dialektik verwirklichen wird.

In dieser Sichtweise werden die konfessionellen Religionen einerseits als rein empirisch-historische Phänomene als Glaubenssysteme charakterisiert, deren konfliktuelle Autonomie sich daraus ergibt, dass es ihnen nicht gelingt, ihre transzendental-rationalen Grundlagen reflexiv zurückzugewinnen; aber andererseits haben die Religionen als entfremdete Ausdrucksformen der gemeinsamen transzendentalen Vernunft- und Moralnormen der Lebenswelt das Potenzial, sich selbst zu rationalisieren (unterzuordnen) und sich in der intersubjektiven Wiedergewinnung einer einst und zukünftig gemeinsamen moralischen Welt zu vereinen (Habermas, 2006, S. 9–16). Am Beispiel Kants hat Habermas erklärt, dass diese Transformation von einer "aufklärerischen" Dialektik angetrieben wird, in der parteiische Religionsanhänger ihre partikularistischen Bekenntnisse modifizieren, um in einen Raum des rationalen Dialogs mit ihren Gegnern einzutreten. Gleichzeitig wird eine ansonsten technische Rationalität moralisch transformiert, indem die universellen Normen der intersubjektiven moralischen Gemeinschaft absorbiert werden, die zuvor den religiösen Bekenntnissen vorbehalten waren (Habermas, 2003, S. 101-115). Habermas sieht also in der dialektischen Rationalisierung der religiösen Moral und der Moralisierung der technischen Vernunft die Überwindung der religiösen Spaltung durch die Herbeiführung einer neuen Ebene des moralischen Bewusstseins (Habermas, 2001, S. 30-45). Es sei daran erinnert, dass dies dieselbe dialektische Geschichtsphilosophie ist, die die Frankfurter Schule routinemäßig betrieben hat, um Weber in die Falle zu locken und seinen Ansatz zu zerlegen. Es wirkt also nie abgedroschen, wenn Kritiker monieren, dass Webers wertfreie historische Soziologie auf der einen Seite ein Sklave der technischen Rationalität ist, während sein ethischer Pluralismus auf der anderen Seite ein Symptom seines Versagens ist, sich auf den dialogischen Prozess einzulassen, durch den die Gesellschaft selbst das moralische Bewusstsein produziert, durch das sie verstanden und bewertet werden kann (Benhabib, 1981; Eich & Tooze, 2017).

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Webers wertfreier Umgang mit den Religionen und sein Wertepluralismus ganz anders sind als Habermas' Darstellung der Religionen. Webers wertfreie Religionssoziologie entstand nicht aus der technischen Vernunft, sondern aus der Aneignung der Methoden der empirischen Kirchen- und Theologiegeschichte. Und Webers

Werteppluralismus entstand nicht aus einem vermeintlichen Scheitern der transzendentalen moralischen Reflexivität, sondern aus seinem Nietzsche-Argument, dass die verschiedenen (und oft widersprüchlichen) Rationalisierungen verschiedener Lebensbereiche die Welt "entzaubert" hätten, und zwar in dem Sinne, dass sie die Art transzendentaler normativer Grundlagen untergruben, die einst vom Christentum und postchristlichen metaphysischen Philosophien wie dem Kantianismus und Hegelianismus geliefert worden waren. Es bleibt nun zu zeigen, dass Habermas' Kritik keine widerlegbare Darstellung von Webers historischer Soziologie liefert, weil die Theorie der kommunikativen Vernunft, von der sie ausgeht, eigentlich eine transponierte Form der kantisch-hegelschen "philosophischen Religion" ist, die als eine Art akademisches Bekenntnis funktionieren soll.

Habermas ist sich der Gefahr bewusst, dass seine eigene Position als "philosophischer Glaube" angesehen werden könnte, und er versucht, dem vorzubeugen, indem er erklärt, dass seine Doktrin der kommunikativen Vernunft in Wirklichkeit eine "formale Theorie" ist, d.h. eine Theorie, die auf der reflexiven Wiedergewinnung der universellen Form moralischen Denkens beruht - der dialogischen Bestimmung von Normen in einer idealen Sprechsituation - und nicht auf dem Eintreten für eine bestimmte materielle Moral oder Kulturpolitik (Habermas, 2001, S. 39-41). Betrachtet man Habermas' Ethik der kommunikativen Vernunft jedoch als eine besondere historische Form der *Lebensführung*, dann gibt es einige beachtliche Hindernisse, die es unmöglich machen, sie in diesem Sinne als formale Theorie zu verstehen. Erstens scheint es, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist, klar zu sein, dass Habermas' Darstellung der dialogischen ethischen Vernunft auf einer positiven oder "umfassenden" metaphysischen Kosmologie und Anthropologie beruht, die, wie bereits angedeutet, tatsächlich aus der kantischen und hegelschen Metaphysik übertragen wurde. Habermas' Bild einer kosmischen Lebenswelt, die als die einzige vereinheitlichende Quelle aller transzendentalen Konzepte und Normen verstanden wird und damit erklärtermaßen jenseits aller empirischen Validierung liegt, kann seine Autorität nur aus der bloßen Einschärfung der Kantschen Anthropologie der rationalen Menschheit und der hegelianisch-marxistischen Kosmologie des sich selbst entwickelnden Weltgeistes beziehen, indem er sie zu Webers unveröhnlichen "letztmöglichen Lebenseinstellungen" zählt.

Zweitens ist zu beobachten, dass die Rolle dieser metaphysischen Anthropologie und Kosmologie darin besteht, eine bestimmte Art der Beziehung und des Verhaltens zu einem Selbst einzuleiten. So wie die calvinistische Prädestination eine spezifische innere Angst vor der Wahl auslöst, die

durch eine "innerweltliche Askese" überwunden wird, so ist auch Habermas' Dialektik von Lebenswelt und technischer Rationalität ein Mittel, eine besondere Art intellektueller Angst auszulösen: nämlich eine innere Angst, ob die empirische Autonomie der Wissenschaften die transzendente normative Einheit von menschlicher Vernunft und intersubjektiver Gemeinschaft zerstört, für die sich der Sozialtheoretiker also persönlich verantwortlich fühlt:

Aufgabe der Kritik ist es, bis ins Denken selbst hinein Herrschaft als unversöhnte Natur zu erkennen. Aber selbst wenn das Denken der Idee der Versöhnung mächtig wäre, diese sich nicht von außen geben lassen müßte, wie sollte es diskursiv, in seinem eigenen Element und nicht bloß intuitiv, in stummem »Eingedenken«, die mimetischen Impulse in Einsichten verwandeln, wenn doch Denken stets identifizierendes Denken ist, an Operationen gebunden, die außerhalb der Grenzen instrumenteller Vernunft keinen angebbaren Sinn haben, zumal heute, wo mit dem Siegeszug der instrumentellen Vernunft die Verdinglichung des Bewußtseins universal geworden zu sein scheint? (Habermas, 1981b, S. 514)

Die von der Frankfurter Schule postulierte festgefahrene Vermittlung zwischen einer technischen Rationalität und einer irrationalen Entscheidungsmoral kann somit als eine besondere Praxis der ethischen Selbstproblematik verstanden werden - eine spezifische Art und Weise, sich auf das Selbst als einer ethischen Aufmerksamkeit und Arbeit bedürftig zu beziehen. So gesehen kann die historische Dialektik - wie sie z.B. in der Übung der Rückgewinnung des imaginalen transzendental-rationalen Kerns der Religionen bei gleichzeitiger Durchdringung der technischen Rationalität mit den inzwischen rationalisierten religiösen Normen der moralischen Gemeinschaft vollzogen wird - als eine Art intellektuelle Askese oder ethische "Arbeit des Selbst am Selbst" verstanden werden, die bestimmte akademische Intellektuelle an sich selbst zu leisten haben. Diese Arbeit wird geleistet, um ein bestimmtes "ethisches Telos" oder eine höhere Form des moralischen Bewusstseins oder Selbst zu verwirklichen: eine, die zu prophetischer Einsicht in die zukünftige Rückkehr einer metaphysisch vereinheitlichten Lebenswelt nach der Periode der technischen Fragmentierung und des "Systems" fähig ist.

Der dritte und letzte Indikator für den "konfessionellen" Charakter der Habermas'schen Theorie der kommunikativen Vernunft ist der polemische und sektiererische parteiische Charakter der intellektuellen Politik, welcher sie Auftrieb gibt. Es wurde bereits gezeigt, dass Habermas' Kritik an Webers wertfreier historischer Soziologie nicht in der Lage ist, sie in

einen "entkonnfessionalisierten" Raum des empirischen Verstehens einzubinden. Das liegt daran, dass Habermas' Darstellung von Webers Soziologie als auf einer instrumentalisierten technischen Rationalität beruhend völlig innerhalb der philosophischen Dialektik als der geistigen Übung einer bestimmten akademischen Partei liegt. Hier ist Webers "Einseitigkeit" eine Ikone für ein moralisches Versagen, das die Wiederherstellung der transzendentalen moralischen Einheit und damit das persönliche ethische Gleichgewicht des Habermasianers bedroht. Aus diesem Grund "muss" Webers wertfreie Soziologie die Bedrohung der technischen Rationalität symbolisieren, ebenso "muss" sein Wertpluralismus mit einer dezisionistischen Zersplitterung der moralischen Gemeinschaft drohen; denn dies sind Bedrohungen, die der habermasianische Theoretiker in sich selbst beschwört, als Teil der inneren Übung zur Kultivierung des einheitlichen ethischen Verhaltens, das das ethische Telos für eine partikularistische Kulturpolitik und akademische Lebensweise darstellt.

5. Schlussfolgerung

Das Verhältnis zwischen Webers wertfreier Soziologie und der Kritik der Frankfurter Schule an ihr selbst sollte als ein markantes Beispiel für Webers Darstellung der Unvereinbarkeit der "letztlich möglichen Lebenseinstellungen" angesehen werden. Indem Habermas sie als zwischen einer technischen Rationalität und einer entscheidungsorientierten Ethik gestrandet behandelt, kann Habermas' Darstellung von Webers Soziologie weder bestätigt noch widerlegt werden, denn diese Darstellung ist dem Funktionieren des Linkshegelianismus als einer Art akademischer Selbstkultivierung eigen. Hier besteht ihre Rolle darin, im Theoretiker eine spezialisierte intellektuelle Angst zu erzeugen und von dort aus die Dialektik als eine spirituelle Übung zu initiieren, die darauf abzielt, imaginäre letzte soziale Normen aus der dialogischen Selbstreflexion wiederzugewinnen.

Indem dieser Aufsatz eine "wissenschaftliche" historische Beschreibung der Sozialphilosophie der Frankfurter Schule als eine besondere asketische Disziplin für die Beziehung zu einem ethischen Selbst und dessen Ausübung liefert, geht er nicht davon aus, dass eine solche Beschreibung aus den oben dargelegten Gründen selbst wissenschaftlich oder normativ gerechtfertigt werden kann. Wie Weber in der zentralen Botschaft von "Wissenschaft als Beruf" argumentierte, ist das Beste, was ein Gelehrter in dieser Hinsicht tun kann, ein akademisches Publikum zu ermahnen, die intellektuelle Integrität zu besitzen, um zu erkennen, dass die Beschreibung

eines ethischen Regimes als eine Art von Verhalten einerseits und seine Bewertung als höchste Form des moralischen Bewusstseins andererseits unterschiedliche Formen des intellektuellen Verhaltens sind und dass nur Ersteres in den Hörsaal gehört. Dass eine solche Mahnung in vielen Fällen auf taube Ohren stößt, ist selbst ein zentrales Merkmal der historischen Situation, in der sich Akademiker nach wie vor befinden.

- Backus, I. (2003). *Historical Method and Confessional Identity in the Era of the Reformation (1378–1615)*. Leiden & Boston: Brill.
- Benhabib, S. (1981). Rationality and Social Action: Critical Reflections on Max Weber's Methodological Writings. *The Philosophical Forum*, 12(4), 356–375.
- Benjamin, W. [Ardor] (1911). Die freie Schulgemeinde. *Der Anfang. Zeitschrift der Jugend*, 4, 79–83.
- Benjamin, W. [Ardor] (1913a). Unterricht und Wertung (Teil 1). *Der Anfang. Zeitschrift der Jugend*, 1, 6–10.
- Benjamin, W. [Ardor] (1913b). Erfahrung. *Der Anfang. Zeitschrift der Jugend*, 6, 169–171.
- Birnbaum, I. (1918). Idee und Form der Freien Studentenschaft. *Die Hochschule. Blätter für akademisches Leben und studentische Arbeit*, 8, 321–325.
- Clark, C. (1996). Confessional Policy and the Limits of State Action: Frederick William III and the Prussian Union 1817–40. *The Historical Journal*, 39(4), 985–1004.
- Clark, C. (2000). The Napoleonic Moment in Prussian Church Policy. In L. Riall, & D. Laven (Eds.), *Napoleon's Legacy: Problems of Government in Restoration Europe* (pp. 217–236). Oxford: Berg.
- Deutsche-Akademische-Freischar (1913). Einladung zum Freideutschen Jugendtag. *Der Anfang. Zeitschrift der Jugend*, 5, 129–131.
- Dudek, P. (2002). *Fetisch Jugend. Walter Benjamin und Siegfried Bernfeld—Jugendprotest am Vorabend des Ersten Weltkrieges*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Eich, S., & Tooze, A. (2017). The Allure of Dark Times: Max Weber, Politics, and the Crisis of Historicism. *History and Theory*, 56(2), 197–215.
- Gordon, C. (2014). Plato in Weimar. Weber Revisited via Foucault: Two Lectures on Legitimation and Vocation. *Economy and Society*, 43(3), 494–522.
- Habermas, J. (1965). Diskussion über "Wertfreiheit und Objektivität". In O. Stammer (Hrsg.), *Max Weber und die Soziologie heute: Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages in Heidelberg 1964* (S. 74–81). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Habermas, J. (1981a). *The Theory of Communicative Action Volume 1: Reason and the Rationalization of Society*. Boston: Beacon Press.
- Habermas, J. (1981b) *Theorie des kommunikativen Handelns, Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1985). *Der philosophische Diskurs der Moderne: Zwölf Vorlesungen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Habermas, J. (2001). *The Liberating Power of Symbols: Philosophical Essays*. Cambridge: Polity.
- Habermas, J. (2003). *The Future of Human Nature*. Cambridge: Polity.
- Habermas, J. (2006). Religion in the Public Sphere. *European Journal of Philosophy*, 14(1), 1–25.

- Hegel, G.W.F. (1988). *Lectures on the Philosophy of Religion: One-Volume Edition, the Lectures of 1827*. Los Angeles: University of California Press.
- Hennis, W. (1988). *Max Weber: Essays in Reconstruction*. London: Allen & Unwin.
- Horkheimer, M. (1965). Diskussion über "Wertfreiheit und Objektivität". In O. Stammer (Hrsg.), *Max Weber und die Soziologie heute: Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages in Heidelberg 1964* (S. 65-70). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hundeshagen, K.B. (1850). *Der deutsche Protestantismus, seine Vergangenheit und seine heutigen Lebensfragen*. Frankfurt aM: Brönnner.
- Hunter, I. (2001). *Rival Enlightenments: Civil and Metaphysical Philosophy in Early Modern Germany*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hunter, I. (2002). The Morals of Metaphysics: Kant's *Groundwork* as Intellectual *Paideia*. *Critical Inquiry*, 28, 908–929.
- Hunter, I. (2005). Kant's *Religion* and Prussian Religious Policy. *Modern Intellectual History*, 2, 1–27.
- Hunter, I. (2018a). Public Law and the Limits of Philosophy: German Idealism and the Religious Constitution. *Critical Inquiry*, 44(Spring), 1–26.
- Hunter, I. (2018b). Science as a Vocation, Philosophy as a Religion. *Sociologica*, 12(1), 137–153.
- Jarusch, K.H. (2014). *Students, Society and Politics in Imperial Germany: The Rise of Academic Illiberalism*. Princeton NJ: Princeton University Press.
- Kant, I. (2009). *Religion within the Bounds of Bare Reason*. Indianapolis IN: Hackett.
- Lassman, P., & Velody, I. (Eds.). (1989). *Max Weber's "Science as a Vocation"*. London: Unwin Hyman.
- Lehmann-Brauns, S. (2004). *Weisheit in der Weltgeschichte: Philosophiegeschichte zwischen Barock und Aufklärung*. Tübingen: Niemeyer.
- Levitin, D. (2012). From Sacred History to the History of Religion: Paganism, Judaism, and Christianity in European Historiography from Reformation to "Enlightenment". *The Historical Journal*, 55(4): 1117–1160.
- Lichtblau, K. (1996). *Kulturkrise und Soziologie um die Jahrhundertwende. Zur Genealogie der Kultursociologie in Deutschland*. Berlin: Suhrkamp.
- Mommsen, W.J., & Schluchter, W. (1992). Wissenschaft als Beruf: Editorischer Bericht. In W.J. Mommsen, & W. Schluchter (Eds.), *Max Weber. Wissenschaft als Beruf 1917/1919, Politik als Beruf 1919* (pp. 49–69). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Scheidler, K.H. (1846). Hegel'sche Philosophie und Schule. In C.v. Rotteck, & C.T. Welcker, (Eds.), *Das Staats-Lexicon, vol. 6* (pp. 606–664). Altona: Hammerich.
- Schneckenburger, M. (1855). *Vergleichende Darstellung des lutherischen und reformirten Lehrbegriffs. Erster Theil*. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Schwab, A. (1917). Beruf und Jugend. *Die weißen Blätter*, 4(5): 97–113.
- Simon, E. (1928). *Ranke und Hegel*. München: Oldenbourg.
- Stammer, O. (Hrsg.). (1965). *Max Weber und die Soziologie heute: Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages in Heidelberg 1964*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Stammer, O. (Ed.). (1971). *Max Weber and Sociology Today*. Oxford: Blackwell.
- Stedman Jones, G. (2011). The Young Hegelians, Marx and Engels. In G. Stedman Jones, & G. Claeys (Eds.), *The Cambridge History of Nineteenth-Century Political Thought* (pp. 556–600). Cambridge: Cambridge University Press.

- Tribe, K. (1988). Translator's Introduction to W. Hennis (Ed.), *Max Weber: Essays in Reconstruction* (pp. 1–17). London: Allen & Unwin.
- Tribe, K. (2018). Max Weber's "Science as a Vocation": Context, Genesis, Structure. *Sociologica*, 12(1), <https://doi.org/10.6092/issn.1971-8853/8432>
- Weber, M. (1917). Der Sinn der "Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften. *Logos: Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur*, 7, 40–88.
- Weber, M. (1920). *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, M. (1949). The Meaning of "Ethical Neutrality" in Sociology and Economics. In E. A. Shils, & H. A. Finch (Eds.), *Max Weber on The Methodology of the Social Sciences* (pp. 1–49). Glencoe Ill.: The Free Press.
- Weber, M. (1922). Der Sinn der "Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften (pp. 451-502). In ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, M. (1992). *Max Weber. Wissenschaft als Beruf 1917/1919, Politik als Beruf 1919*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, M. (2011). *The Protestant Ethic and the Spirit of Capitalism*. New York: Oxford University Press.
- Weir, T.H. (2014). *Secularism and Religion in Nineteenth-Century Germany: The Rise of the Fourth Confession*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wiggershaus, R. (1995). *The Frankfurt School: Its History, Theories, and Political Significance*. Cambridge Mass.: MIT Press.

HARALD A. MIEG

Die Schließung des Feldes wissenschaftlicher Tätigkeit: Wissenschaft als Profession

Abstract

Mein Beitrag setzt bei Webers Vorträgen zu Wissenschaft als Beruf (1917) und Politik als Beruf (1919) an. Die These ist: Wissenschaft ist mit Ende des 20sten Jahrhunderts eine eigene Profession geworden. Über die ungeheure Ausweitung des Hochschulwesens hat auch Wissenschaft einen Professionalisierungsschub erhalten. Wissenschaft hat das Stadium der Geistesaristokratie und des elitären Expertentums hinter sich gelassen und ist ein akademischer Ausbildungsberuf geworden. Politik hingegen ist Beruf, aber keine Profession. Den Unterschied machen Schließungsprozesse aus: In modernen, demokratischen Gesellschaften muss Politik als Beruf wesentlich allen voraussetzungslos zugänglich sein. Anders als Wissenschaft ist Politik kein Ausbildungsberuf; die Ausübung von Politik knüpft sich nicht an den Nachweis von formalen Qualifikationen. Der Eingang in die Wissenschaften, und damit der Zutritt zu den Stätten der Spitzenforschung in Industrie und Staat, erfolgt heute über ein Hochschulstudium. Mein Beitrag belegt einen Schließungsprozess der Wissenschaft als Profession anhand von Daten zu beruflichen Umwelttätigkeiten und der Umweltwissenschaft in der Schweiz.

Prof. Dr. Harald A. Mieg
Humboldt-Universität zu Berlin
E-Mail: harald.mieg@hu-berlin.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

1. Einleitung: Wissenschaft und Architektur als Berufe

Wissenschaft gibt es bereits solange, wie es menschliche Zivilisation gibt. In Babylon und Ägypten vor über dreitausend Jahren wurden Astronomie und Mathematik betrieben. Insofern könnte man Wissenschaft als alten Beruf bezeichnen, ähnlich wie Architektur als Beruf. Der Vergleich von Wissenschaft und Architektur als Berufen birgt aufschlussreiche Parallelen. Architektur, also die Planung von Bauten und gebauter Umwelt, war in städtischen Zivilisationen schon immer eine naheliegende und manchmal dringende Aufgabe. Häuser, Straßen, Paläste, Wehranlagen müssen geplant und deren Bau angeleitet werden. Die Frage ist, wer diese Aufgabe, gegebenenfalls in Nebenleistung, erledigt und welche Voraussetzungen erforderlich sind. Von hohen Beamten unter den ägyptischen Königen wissen wir, dass sie als Architekten für die Grabanlagen tätig waren. Schon damals stellte Architektur eine komplexe Tätigkeit dar, nicht anders als Wissenschaft. Viele Gelehrte und Mächtige haben sich seither sowohl mit Architektur wie auch mit Wissenschaft befasst. Wobei beide Tätigkeiten eine durchaus praktische Seite aufweisen. Wir wissen von Handwerkern des Mittelalters, die zu Baumeistern und Architekten wurden, oder von Apothekern und Ärzten, die nebenher Wissenschaft betrieben.

Der Soziologe Ben-David (1972) kennzeichnete Wissenschaft als Profession, d.h. als einen der herausgehobenen Berufe, deren heutige Wurzeln im Spätmittelalter zu suchen sind. Er beschrieb die Akademien als professionelle Institutionen der Wissenschaft und legte dar, wie die Hochschulen - mit dem Vorbild der deutschen Universitäten des 19ten Jahrhunderts - die Qualifizierung von Wissenschaft als Beruf übernahmen. Nach Ben-David erstreckt sich die Regulationsmacht von Wissenschaft auf die Grundlagenforschung, nicht jedoch auf angewandte Wissenschaft. Angewandte Wissenschaft folgt anderen Randbedingungen, etwa einem Verwertungsinteresse in der Industrie. Wenn die Einschätzung von Ben-David korrekt ist, sollte jedoch Grundlagenforschung ein Tätigkeitsfeld darstellen, für das allein die Wissenschaft zuständig ist und hier die relevanten Standards setzt.

Nach anglo-amerikanischem Verständnis ist Regulationsmacht ein wesentliches Kennzeichen von Professionen. In Deutschland und Frankreich entsprechen den Professionen in etwa die freien Berufe. Als paradigmatische Professionen gelten Medizin und Jura. Das soziologische Referenzwerk hierzu ist das Buch *Professionalism: The Third Logic* von Eliot Freidson (2001). Nach Freidson übernehmen Professionen die eigenständige Verwaltung eines Wissensbereiches mit Relevanz für die Lösung praktischer Prob-

leme. Demnach folgt Professionalität einer "dritten Logik". Diese dritte Logik besteht darin, dass Expertenwissen zum Einsatz gelangt, dessen Qualitätsbeurteilung in die Hände der Profession übertragen wird. Was eine gute Blinddarmoperation ist, wird nicht nach Preis oder gesetzlichen Regelungen bestimmt, sondern durch medizinische Standards, die von der ärztlichen Profession festgelegt werden. Damit unterscheidet - so Freidson - die professionelle Logik sich von den beiden anderen Regulationslogiken, einerseits der Regulation durch Märkte und Preise und andererseits der Logik von Planung und Management.

In diesem Bild von Profession spielen Wissenschaft und Universitäten eine zentrale Rolle. Verstehen wir Professionen als besondere Berufe mit akademisierter, wissenschaftsnaher Ausbildung und einem hohen Grad an Autonomie, sowohl in der individuellen Berufsausübung als auch mit Blick auf die Definitionsmacht der Berufsorganisation für das Berufsfeld; dann stellt sich die Frage: Wie unterscheidet sich Wissenschaft als Profession von anderen Professionen, die ja per Definition auch wissenschaftsnah sind? Antworten auf diese Frage finden wir zum Beispiel bei Rudolf Stichweh und Andrew Abbott, die das Verhältnis von Universität und Profession analysierten. Nach Stichweh (1994) bilden die wissenschaftlichen Disziplinen das universitäre Gegenstück zu den Professionen. So gibt es zum einen die Medizin als Disziplin, die als wissenschaftlich-akademische Abteilung an Universitäten vertreten ist, und zum anderen die Ärzteschaft als Profession, welche die Praxisseite vertritt. Bei Abbott (2005) agieren die Universitäten als Kooperationspartner der Professionen. Mit Abbott ließe sich - in seinen Worten - schlussfolgern: Die Wissenschaftler sind die "Avatare" oder auch Stellvertreter der Professionen an den Universitäten.

Meine Vermutung geht dahin, dass Wissenschaft mit Ende 20sten Jahrhunderts eine eigene Profession geworden ist. Über die ungeheure Ausweitung des Hochschulwesens hat auch Wissenschaft einen Professionalisierungsschub erhalten. Wissenschaft hat das Stadium der Geistesaristokratie und des elitären Expertentums hinter sich gelassen und ist ein akademischer Ausbildungsberuf geworden. Wie die Architektur ist Wissenschaft eine Profession, ein besonderer Beruf, dem eine gewisse Autonomie zugestanden wird. Die Autonomie bestimmt sich - wie von Freidson dargestellt - als Definitionsmacht und intellektuelle Zuständigkeit für einen spezifischen Tätigkeitsbereich. Was eine wissenschaftliche Leistung ist, das definiert die Wissenschaft selbst. Wichtiger als das ist heute: Jeder und jede kann sich für Wissenschaft durch ein Studium qualifizieren. Die Berufs-

chancen in der Wissenschaft sind ähnlich gut oder schlecht wie in der Architektur.

Wir können auch auf anderen Wegen zu dem Schluss gelangen, Wissenschaft als eigene Profession aufzufassen. Für Ulrich Oevermann (1996, 2005) ist das Kennzeichen von Professionen die stellvertretende Krisenbewältigung, etwa die Bearbeitung von Krankheit als Krise durch einen Arzt oder eine Ärztin. In diesem Sinne leistet Wissenschaft stellvertretende Bewältigung von Wissens- und Sinnkrisen, und zwar durch die Überprüfung von Geltungsansprüchen von Behauptungen oder ganzen Theorien. Aus meiner Sicht ist Oevermanns Ansatz zu voraussetzungsreich. Für jede Profession benötigen wir demnach eine eigene, existenzielle Krise. Im Folgenden werde ich stattdessen darstellen, wie wir die Zunahme an professioneller Regulationsmacht *empirisch* erfassen können, nämlich über die soziale Schließung eines Tätigkeitsfeldes. Wir messen ein Definitionsmonopol. Dies möchte ich am Beispiel der Umwelttätigkeiten darlegen. Vorweg möchte ich auf Webers Vortrag über Wissenschaft als Beruf zu sprechen kommen, schon weil er als Bezugspunkt für dieses Buch dient.

2. Weber: Wissenschaft als Beruf, Politik als Beruf

Max Weber hielt gegen Ende des ersten Weltkrieges in München zwei Vorträge für den "freistudentischen Bund", den einen über Wissenschaft als Beruf, den anderen über Politik als Beruf. Beide Vorträge erfolgten in einer Reihe zu *Geistige Arbeit als Beruf*, in welcher auch Kunst und Erziehung als Berufe dargestellt werden sollten. Für unseren Zusammenhang ist der Vergleich von Wissenschaft und Politik als Berufen von Bedeutung.

Max Weber spricht in seinem Vortrag über Wissenschaft als einen inneren Beruf, eben als Teil einer Geistesaristokratie. Wissenschaft hat bei Weber viel von Berufung, Berufesein, und ähnelt darin der Politik als Beruf. Für die Politik als Beruf konzipiert Weber eine Verantwortungsethik, wonach immer auch die Folgen von Entscheidungen - neudeutsch Politiken - einbezogen werden sollen. Dies im Kontrast zu einer ideologisch orientierten Gesinnungsethik. Der Duktus in beiden Vorträgen ist der unruhigen Zeit zu Ende des ersten Weltkrieges geschuldet. Es scheint sich jedoch ein Unterschied aufzutun: Während Webers Ausführungen zu Politik als Beruf auch heute aktuell wirken, insbesondere die Unterscheidung von Verantwortungs- vs. Gesinnungsethik, wirkt der Text zu Wissenschaft als Beruf angestaubt.

Der antiquierte Eindruck rührt auf den ersten Blick von Webers fortwährendem Anreden gegen die Anwesenheit von Demagogen und Propheten an den Universitäten sowie den Abgrenzungsversuchen von Wissenschaft und Theologie. Die Demagogen mag es auch heute noch geben, ein Problem stellen sie aktuell nicht dar. Die Rezeption von Webers Vortrag, damals wie heute, ist vom Wertfreiheitsstreit geprägt. Weber hatte hierzu publiziert und vertrat ganz offen die Position, dass die Wissenschaft eben dies sein sollte: wertfrei. Damit trat er in Opposition sowohl gegen die von staatlicher Seite gepflegte Vorstellung, die Universitäten - als Horte der Wissenschaft - seien Ausbildungsstätten von höherem Staatsbeamtenum mit christlicher Gesinnung; wie auch gegen mythische oder gar völkische Strömungen unter den Studenten. Entsprechend zwiespältig war die Reaktion in dem meist studentischen Publikum.

Bei genauerem Blick auf sein Vortragsthema, die Wissenschaft als Beruf, fällt auf, was Weber in seinem Vortrag alles *nicht* erwähnt: den andauernden Methodenstreit in der Wissenschaft; den Streit zwischen den Disziplinen darüber, wer wirklich Wissenschaft verkörpert und wer bei welchen Themen das Sagen hat; die Fragen der Interdisziplinarität und des Anwendungsbezugs von Wissenschaft; und vor allem: die Diskussion um Betrug in der Wissenschaft.¹ Da stellen wir fest: Anders als zu Webers Zeiten, ist die Wissenschaft heute tatsächlich ein Beruf geworden. Mehr noch: Wissenschaft ist ein privilegierter Beruf im Sinne einer *Profession*, ausgestattet mit dem Privileg, die Kriterien für die wissenschaftliche Produktion selbst definieren zu dürfen. Ein wesentliches Instrument hierbei ist das Peer Review, das Verfahren kollegialer Begutachtung, das zu Webers Zeit schon fest etabliert war, aber von Weber nicht thematisiert wurde.

Wissenschaft als Beruf ist längst herausgetreten aus dem Status einer verbeamteten Geisteselite. Wissenschaft ist - trotz aller Prekarität - zu einem planbaren Beruf geworden. Dass hier der Zufall noch in der Karriere ein gewichtiges Wort mitzureden hat - bei Weber: der Hazard - verweist eher darauf, dass im Wissenschaftssystem nicht so viel Geld steckt, wie in anderen Bereichen. Ähnlich ergeht es den Architekten: Viele, die Architektur studiert haben, werden diesen Beruf nie ausüben können. Gleichwohl handelt es sich bei Architektur um eine Profession. Ein wesentliches Krite-

1 Noch für Merton (1942/1973) schien Betrug in der Wissenschaft irrelevant. Er definierte Prinzipien des wissenschaftlichen Ethos, darunter das "Desinteresse", d.h. ein fehlendes Verwertungsinteresse. Mit der Verberuflichung von Wissenschaft ist aber auch der innerwissenschaftliche Verwertungs- und Anerkennungsdruck gestiegen (vgl. Mieg, 2020). Manche wissen sich nur mit Betrug zu helfen.

rium ist die Zugänglichkeit: Jeder mit gewissem Talent kann Architektur studieren. So wie sich jeder oder jede nach Absolvierung eines Universitätsstudiums in der Wissenschaft versuchen kann. Wie bereits erwähnt hat der Hochschulbereich in den letzten hundert Jahren eine ungeheure Ausweitung erfahren, mit etwas Geschick und Ausdauer findet man dort eine Stelle.

Wissenschaft ist gegen Ende des 20sten Jahrhunderts eine eigene Profession geworden. Politik ist weiterhin ein Beruf, ist ebenso wichtig, aber eben keine Profession. Den Unterschied machen Schließungsprozesse aus: In modernen, demokratischen Gesellschaften muss Politik als Beruf wesentlich allen *voransetzungslos* zugänglich sein. Politik ist kein Ausbildungsberuf, die Ausübung von Politik knüpft sich nicht an den Nachweis von formalen Qualifikationen (Mieg, 2018a). Ein Hochschulstudium in Politikwissenschaften ist keine Bedingung und vermutlich auch nicht förderlich, um in die Politik einzutreten. Anders liegt der Fall in der Wissenschaft. Wissenschaftskarrieren beginnen heute in Universitäten und nicht in Apothekerlaboren oder Industriewerkstätten. Der Eingang in die Wissenschaften, und damit der Zutritt zu den Stätten der Spitzenforschung in Industrie und Staat, erfolgt heute über ein entsprechendes Studium. So konnte sich das Tätigkeitsfeld schließen und zugleich global bleiben. Wissenschaft ging hier einen ähnlichen Weg wie die Architektur, der jedoch von dem der Politik völlig abzweigte.

3. Soziale Schließung mittels abstrakten Wissens?

In der Professionssoziologie hält sich ein sogenannter "neo-Weberian" Ansatz (z.B. Saks, 2010). Seine Grundannahme besteht in der Monopolisierung eines Tätigkeitsfeldes durch eine Berufsgruppe. Die Berufsgruppe würde in diesem Fall - in Webers Worten - als "wirtschaftsregulierender Verband" agieren. Weber selber bezeichnet die "freien Berufe" als "positiv legitimierte Erwerbsklasse" (1980, S. 178). Webers generelle Berufsdefinition aus *Wirtschaft und Gesellschaft* lautete:

"Beruf soll jene Spezifizierung, Spezialisierung und Kombination von Leistungen einer Person heißen, welche für sie Grundlage einer kontinuierlichen Versorgungs- oder Erwerbchance ist." (S. 80)

Es stellt sich die Frage: Was ist besonders an den Leistungen einer Profession, dass es ihr gelingt, Wirtschaft zu regulieren? Ist es Lobbyismus durch Berufsverbände? Im Fall der Medizin sehen wir eine aktive Professi-

onspolitik durch die Ärzte-Verbände im Spiel. Doch kann dies für alle Professionen deren besondere Stellung erklären? Warum gestehen unsere Gesellschaften manchen Berufsgruppen Autonomie und Urteilsfreiheit zu? Welche Art von Leistung unterscheidet Professionelle von gut bezahlten Experten?

Das Werk *The System of Professions* von Andrew Abbott bietet eine Antwort. Nach Abbott wird der Wettbewerb unter Professionen mittels abstrakten Wissens ausgetragen: "abstraction is the quality that sets interprofessional competition apart from competition in general" (1988, S. 8-9). Abbott unterscheidet zwei Formen von Abstraktion, nämlich Reduktion und Formalisierung. *Reduktion* bedeutet die Vereinfachung und Rückführung auf einen übergeordneten Begriff. Zum Beispiel lässt sich ein Alkoholproblem als medizinische Frage von physiologischer Abhängigkeit und Weisen des Entzugs verstehen - womit es ein medizinisches Problem wäre. Man kann ein Alkoholproblem aber auch als Frage von schwieriger Biographie, gepaart mit Frustration und eingeschränkter Handlungskompetenz verstehen - dann wäre es ein psychologisches Problem. Die Abstraktionsform der Reduktion hat im Wettbewerb, wer für welche Probleme zuständig ist, eine *offensive* Funktion. Reduzierte Problemdefinitionen sind inhaltlich wenig festgelegt, es können damit sehr umfassende Ansprüche erhoben werden. Die Wirtschaftswissenschaften sind darin sehr erfolgreich, zum Beispiel wenn gesellschaftliche Verwaltungsprobleme als "Managementaufgaben" definiert und rein ökonomisch verstanden werden.

Die zweite Form von Abstraktion ist *Formalisierung* und bezieht sich auf den Einsatz von formalem Wissen, z.B. technischen und rechtlichen Normierungen, Computersimulation, aber auch wissenschaftlichen Theorien. So wie sie früher überschätzt wurde, wird heute die Macht des formalen Wissens für Professionen unterschätzt (Mieg, 2018b). Profession, Professionalisierung und Professionalität sind ohne Bezug auf formal verstandenes Wissen heute kaum denkbar. Gemeint ist, dass es Methoden, Verfahren, Erkenntnisse, Forschung, Systematik, Formeln etc. gibt, mit denen die professionelle Praxis begründet werden kann, und dass ein Professioneller diese Begründung nötigenfalls liefern kann. Auch fragwürdige professionelle Leistungen, etwa der Astrologie, leben davon, dass sie auf eine formale Systematik verweisen können. Formalisierung ist zwar keine hinreichende, aber notwendige Bedingung von Profession wie Professionalität. Formalisierung hat eine *defensive* Funktion. Abbott erläutert Formalisierung am Beispiel der modernen Teilchenphysik: Niemand würde es wagen, Fragen der Teilchenphysik anzugehen, der nicht den mathematischen Formalismus

dieser wissenschaftlichen Disziplin beherrscht. Denn damit dieser Mechanismus greifen kann, muss das Verfahren, wie eine bestimmte Berufsgruppe Probleme löst, bereits akzeptiert sein. Das heisst ihre Zuständigkeit ist geklärt.

Wie können wir feststellen, ob soziale Schließung in einem Tätigkeitsfeld stattgefunden hat? Ein Ansatz wäre, zu überprüfen, ob in diesem Tätigkeitsfeld zwischenberuflicher Wettbewerb ausgeschaltet und durch innerprofessionellen Wettbewerb ersetzt wurde (Freidson, 2001, S. 143). Die Medizin hatte im Laufe ihrer Geschichte den Wettbewerb auf einer Reihe von gesundheitsrelevanten Tätigkeitsfeldern ganz an sich gezogen, etwa die Zahnbehandlung, die früher auch von Barbieren mit angeboten wurde, oder die Psychiatrie, die früher auch einfach den Betreibern von Irrenhäusern, etwa ehemaligen Gastwirten, überlassen blieb. Ich habe in den 1990er Jahren solche Prozesse im Bereich der neu aufkommenden professionellen Umwelttätigkeiten untersucht. Fragen waren: Entsteht eine Umweltprofession? Werden die umweltnahen Leistungen von neuen Umweltfachleuten monopolisiert, oder werden Umweltaufgaben von etablierten Berufsgruppen mitbedient, etwa den Umweltingenieuren oder durch Umweltmanagement? Die Ergebnisse sind aufschlussreich mit Blick auf die Rolle der Wissenschaft:

4. Umweltprofession? Wissenschaft!

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurden Fragen von Umweltschutz und Klimaschutz zu einem Anliegen, das in seiner Komplexität professionell bearbeitet werden musste. Unklar war, ob das bisherige Vorgehen über die Kombination von Spezialdisziplinen - Ingenieurwesen, Geologie, Biologie, Raumplanung etc. - angemessen war oder ob es eine neue Art von Fachleuten für Umweltfragen braucht. An den Universitäten bildeten sich spezielle Studiengänge, einer darunter waren die Umweltnaturwissenschaften an der ETH Zürich (Mieg & Frischknecht, 2014). Die Neueinrichtung von akademischen Ausbildungsgängen wirft die Frage auf, ob die so Qualifizierten überhaupt Anstellung und Verdienstmöglichkeiten finden werden. Aus professionssoziologischer Sicht war die interessante Frage: Entsteht hier eine neue Profession?

In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verein der Umweltfachleute (SVU) führten wir 2001 eine nationale Erhebung durch (Mieg & Sombre, 2003, 2004). Schätzungen gingen von ca. 8000 Berufstätigen in diesem Bereich aus. Die Erhebung lief über die relevanten Verbände und

Ausbildungsstätten und erfolgte auf Deutsch und Französisch. Rund 10000 Fragebögen wurden versandt. Die Auswertung erfasste 3361 Befragte, 7588 einzelne Tätigkeiten wurden dargestellt. Wie Tabelle 1 verdeutlicht, stammte die Mehrzahl der tätigen Umweltfachleute aus den Agrar- und Forstwissenschaften und der Biologie, die ETH-Umweltnaturwissenschaften waren im Berufsfeld bereits sichtbar. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeitsfelder, vornean standen Tätigkeiten in Aus- und Weiterbildung.

Tabelle 1: Qualifikation der Umweltfachleute (3361 Befragte, Schweiz 2001)

Qualifikation (Studienfach)	Nennungen	Altersdurchschnitt	Anteil Frauen
Agrar- und Forstwissenschaften	25,5%	43,7	15,1%
Biologie	13,7%	42,2	36,4%
Umweltnaturwissenschaften	12,9%	35,2	34,7%
andere Ingenieurwissenschaften	11,2%	42,6	9,1%
Umweltingenieurwissenschaften	9,6%	38,9	12,7%
Geologie	8,8%	43,9	13,0%

Tabelle 2: Tätigkeitsfelder der Umweltfachleute

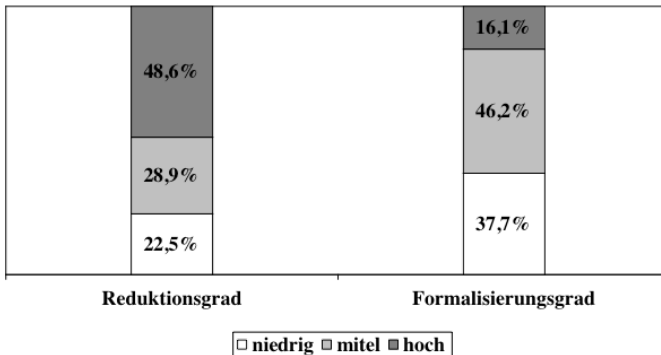
Tätigkeitsfeld	% Nennungen
Aus- und Weiterbildung	5,8
Bauen	4,4
Beratung & Expertise	4,4
Landwirtschaft	4,1
Abfallentsorgung	3,7
Umweltverträglichkeitsprüfung	3,5
Management	3,0
Wissenschaft & Forschung	2,6
Altlastensanierung	2,5
Wasserreinigung	2,5

3361 Befragte, 7588 genannte Tätigkeiten, max. 3 je Person

Unser Ziel war es, den Einfluss von Abstraktion auf die Entwicklung des Umweltdienstleistungsmarktes zu erfassen. Wie erwartet zeigte sich: Die Abstraktionsform der Reduktion spielte als offensiver Mechanismus zur Etablierung von Zuständigkeiten für Tätigkeiten eine wichtigere Rolle als die defensive Abstraktionsform der Formalisierung (Abbildung 1). Denn der Schweizer Umweltdienstleistungsmarkt war erst am Entstehen, bestehende Berufsgruppen wollten lukrative Umwelttätigkeiten als ihre Aufgaben definieren. Um die Zuständigkeit für Naturschutzfragen konkurrierten u.a.

Biologen, Geographie, Raumplanung und Landschaftsarchitekten. Um diese Dynamik zu erfassen, mussten wir Grad an Abstraktion und Formalisierung der verschiedenen Tätigkeiten bestimmen. Definitionen von Tätigkeiten als Management oder Aus- und Weiterbildung weisen - mit Sicht auf Umweltprobleme - einen hohen Reduktionsgrad auf. Denn Management ist nicht umweltspezifisch und kann auch auf Unternehmen oder Verbände angewandt werden. Abfallentsorgung und Wasserreinigung haben dementsprechend einen geringen Reduktionsgrad. Der Grad an Formalisierung wurde dadurch bestimmt, wieviel wissenschaftliche Reflexion für die Tätigkeit nötig ist: gering bei "Bauen", mittel bei "Beratung & Expertise", hoch bei "Wissenschaft & Forschung" (Details in Mieg & de Sombre, 2003).

Abbildung 1: Reduktions- und Formalisierungsgrade bei der Tätigkeitsdefinition durch Schweizer Umweltfachleute (vgl. Tabelle 2).



Die große Bedeutung der inhaltlichen Abstraktion (Reduktion) zeigt sich am hohen Anteil hoch reduzierter, d.h. sehr abstrakter Tätigkeitsdefinitionen (48,6%), z.B. "Management". Umgekehrt zeigt der vergleichsweise niedrige Anteil hoch formalisierter Tätigkeitsdefinitionen (16,1%), z.B. "Wissenschaft & Forschung", die geringe Bedeutung von Formalisierung in dem noch wenig professionalisierten Feld der Umweltdienstleistungen.

Wir befragten die Umweltfachleute direkt nach der Konkurrenz auf den von ihnen definierten Tätigkeitsfeldern. Es zeigte sich, dass auf den Kernfeldern des Schweizer Umweltdienstleistungsmarktes, d.h. bei Leistungen, die direkt mit Schutz und Umgang mit Wasser, Boden, Luft zu tun haben (und somit einen geringen Reduktionsgrad aufweisen), die Konkurrenz zwischen den Berufsgruppen *am größten* war. Eine Schließung oder Monopolisierung hatte nicht stattgefunden. Verstehen wir also Professionalisierung eben als soziale Schließung eines Feldes, wobei eine Berufsgruppe

mehr oder weniger exklusiven Zugriff erhält, und messen Professionalisierung als das Ersetzen von interprofessionellem Wettbewerb durch innerprofessionellen Wettbewerb, dann konnten wir feststellen: Das Tätigkeitsfeld der Umweltdienstleistungen war nicht professionalisiert. Tabelle 3 zeigt, welche Berufsgruppen auf dem Schweizer Umweltdienstleistungsmarkt als Konkurrenz wahrgenommen wurden.

Tabelle 3: Wichtigste wahrgenommene Konkurrenz im Schweizer Umweltdienstleistungsmarkt 2001 (Mehrfachnennungen möglich)

Berufsgruppe	% Nennungen
Umweltnaturwissenschaftler	34,6%
Umweltingenieure	29,8%
Agrar- und Forstwissenschaftler	27,5%
Biologen	26,8%
andere Ingenieure	23,3%
Raumplaner	20,9%
Geographen	20,0%

Tabelle 4. Schließung des wissenschaftlichen Tätigkeitsfeldes (hoch formalisierter Bereich): wird inter- durch innerprofessionelle Konkurrenz ersetzt?

Konkurrenz	Formalisierung			
	gering	mittel	hoch	gesamt
interprofessionell ¹	2,57	2,55	2,36	2,53
innerprofessionell ²	60	63	72	63
n	1.836	2.423	872	5.131

Die Tabelle zeigt das Ausmaß inter- und innerprofessioneller Konkurrenz.

1: Werte von 0 bis theoretisch maximal 20 Konkurrenten

2: Wahrscheinlichkeit für Konkurrenz aus dem eigenen Fach (Werte von 0 bis 100%)

Statt einer Umweltprofession hat sich hingegen eine starke, eigene Umweltwissenschaft entwickelt (Mieg & Frischknecht, 2014). Die zunehmende Formalisierung bei den Umwelttätigkeiten etwa durch Ökobilanzierung oder Erfassung von Ökosystemleistungen (vgl. Mieg & Haefeli, 2020) erforderte den Rückgriff auf Wissenschaft. Die Formalisierung floss auch in die gesellschaftliche Kommunikation ein, so etwa die Konzepte des ökologischen Fußabdrucks oder der Kreislaufwirtschaft. Die Daten zur Umweltfachleutbefragung 2001 in Tabelle 4 belegen für den Wissenschaftsbereich (= hoch formalisierter Tätigkeitsbereich): Während die interprofessionelle Konkurrenz sank (von etwa 2,57 auf 2,39 durchschnittlich wahrgenommene Konkurrenten), stieg die innerprofessionelle Konkurrenz (von etwa 60% auf 72% Wahrscheinlichkeit für Konkurrenz aus dem eigenen Fach). In einer Studie

zehn Jahre später, mit leicht anderem Fokus und anderen Methoden, bestätigte sich dieser Befund (Mieg et al., 2012, 2013): Wir sehen eine neu entstandene globalisierte Umweltsystemwissenschaft, die sich etabliert und ihr Tätigkeitsfeld abgesteckt hat.

4. Schluss

Der Vergleich von Wissenschaft mit Architektur, Politik und Umweltfachleuten erhellt die zahlreichen Varianten von Beruf, inklusive ihr Verhältnis zu den Universitäten. Architektur ist eine alte *Profession*, deren Ausbildung seit dem 19ten Jahrhundert akademisiert wurde. In der Koppelung an Universitäten hat sie ihr Ausbildungsproblem ausgelagert und an Status gewonnen. Politik ist ein *Beruf*, darf aber keine Profession sein, zumindest nicht, wenn Profession Expertentum bedeutet und akademischer Qualifikation bedarf. Denn Politik muss allen zugänglich bleiben. Umweltfachleute bilden einen *akademisierten* Beruf, ähnlich der Physik, Altphilologie oder Soziologie. Diesen Berufen mangelt es jedoch an Marktmacht für Dienstleistungen außerhalb der Universitäten. Ihr Status gründet vor allem darin, dass Wissenschaft inzwischen eine eigene Profession im veritablen Sinne geworden ist.

Warum so spät? Die Professionalisierung der Wissenschaft war an den Erfolg und die Expansion der *Universitäten* gebunden. Die mittelalterlichen Universitäten waren reine Lehrstätten. Wissenschaft musste man sich leisten können; sie benötigte Förderung, etwa an den Fürsten- und Königshöfen in Europa. Seit dem 19ten Jahrhundert bewährt sich das Prinzip der Bildung durch Wissenschaft. An den Universitäten werden seither nicht nur Professionen und Beamte, sondern auch zukünftige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ausgebildet. Aktive Wissenschaft mag einen Platz in Industrie und staatlichen Forschungseinrichtungen haben, aber erst die Verschwisterung mit den Universitäten hat der Wissenschaft den Raum für Autonomie als Profession geschaffen, während Industrie und Staat ihren eigenen, starken Verwertungsinteressen folgen. Auch Weber hat in seinem Vortrag über Wissenschaft als Beruf gar keinen anderen Arbeitsort als die Universität erwähnt und erweckt den Eindruck, als sei Wissenschaft mit Professorenschaft identisch. Dem ist nicht so. Die Universitätsentwicklung an der Schwelle zum 21sten Jahrhundert, von vielen als "Verschulung" bedauert, hat vor allem eines zu Wege gebracht: nämlich die Professionalisierung der Wissenschaft. Master- und Promotionsstudium wurden auf die Ausbildung in Wissenschaft hin ausgerichtet. Erst die Massenuniversität

oder: der Zugang für (fast) alle zu akademischer Ausbildung hat auch der Wissenschaft die Basis und "Marktmacht" für eigene Professionalisierung geschaffen.

Wissenschaft vermittelt und entwickelt Formalisierungen für die Professionen und viele andere Berufe. Auch wenn wir in der Umweltfachleutbefragung den Formalisierungsgrad über den Charakter der Wissenschaftlichkeit gemessen haben, hat Wissenschaft dennoch kein Monopol auf Formalisierung. So ist zum Beispiel das System des Rechts hoch formalisiert und doch unabhängig von Wissenschaft. Auch die formalen Werkzeuge in der Wirtschaft, z.B. die Buchhaltung oder Finanzierungsrechnung, entwickeln sich unabhängig von Wissenschaft. Wie ich dargelegt habe, können wir dann von Professionen sprechen, wenn relevante Berufsgruppen ein Monopol auf die *Definition* der formalen Kriterien ihrer Leistungserbringung erlangt haben (Mieg, 2018b). Für Wissenschaft ist das klar gegeben: Was gute, korrekte Wissenschaft bedeutet, wird von der Wissenschaft selbst bestimmt.² Hierzu dient das Peer Review. Und dass Weber das Peer Review nicht erwähnte, belegt auch, dass Wissenschaft zu seiner Zeit eben noch nicht im engeren Sinne professionalisiert war.

Ist die Professionalisierung von Wissenschaft - wenn sie soziale Schließung bedeutet - überhaupt wünschenswert? Ist Wissenschaft nicht eine zu wichtige gesellschaftliche Aufgabe und sollte so wie Politik von allen betrieben werden können? Wie bei vielem hängt es auch hier am Geld: In der Wissenschaft sind gewaltige gesellschaftliche Mittel gebunden. Zu Großforschungsanlagen sollten nur Leute Zugang haben, die damit umgehen können, also qualifiziert sind. Jedoch, gerade weil Wissenschaft sich professionalisiert hat und, anders als die Medizin oder Juristerei, nicht von spezifischen Klientinnen oder Patienten leben kann, muss sie heute immer wieder neu ihren gesellschaftlichen Nutzen belegen. Wie profitiert Gesellschaft von Wissenschaft und Grundlagenforschung? Wissenschaft ist eben kein elitäres Hobby mehr, das von Beamten, Adligen oder anderen ohnehin

2 Der Blick auf Wissenschaft als Profession wird von ihrer Multidisziplinarität verstellt. Disziplinen gehören zu den Betriebsbedingungen von Wissenschaft (Mieg & Frischknecht 2014; Mieg & Evetts, 2018). Das Prinzip des Peer Review gilt überall in der Wissenschaft. In diesem Zusammenhang ist der grundlegende Befund von Heinrich Parthey zu sehen (in diesem Band / 2007): Interdisziplinäre Ko-Autorenschaft hängt von der Nutzung gemeinsamer Methoden ab, und nicht nur von einem gemeinsam bearbeiteten Problem. Hier zeigt sich der Einfluss von Formalisierung. Wirklich beurteilbar ist nur der Methodeneinsatz, nicht aber das Ergebnis von Forschung als solches.

versorgten und begabten Personen nebenher betrieben wird. Wissenschaft ist ein Beruf geworden, für den sich im Prinzip jeder qualifizieren und davon leben können muss. Vorwürfe vom "Akademisierungswahn" wirken wie das Nachwehen einer Geistesaristokratie, deren Händen die Macht über die Universitäten entwunden wurde.

- Abbott, A. (1988). *The system of professions*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Abbott, A. (2005). Linked ecologies: States and universities as environments for professions. In: *Sociological Theory*, 23(3), 245-274.
- Ben-David, J. (1972). The profession of science and its powers. *Minerva*, 10(3), 362-383.
- Freidson, E. (2001). *Professionalism: The third logic*. London: Polity.
- Merton, R. K. (1973). The normative structure of science. In N. W. Storer (Ed.), *The sociology of science* (pp. 267-278). Chicago: University of Chicago Press. (Original work appeared in 1942)
- Mieg, H. A. (2018a). Person & Funktion: Politiker vs. Experten. In *Professionalisierung* (S. 229-239). Potsdam: Verlag der FHP (open access).
- Mieg, H. A. (2018b). Professionalisierung - eine konzeptionelle Wiederbelebung. In *Professionalisierung* (S. 11-36). Potsdam: Verlag der FHP (open access).
- Mieg, H. A. (2020). Die Frage der Wissenschaftsverantwortung hat sich mit der Professionalisierung von Wissenschaft gewandelt. In H. A. Mieg, L. Lenk & H. Parthey (Hrsg.), *Wissenschaftsverantwortung: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2019* (S. 11-44). Berlin: wvb Wissenschaftlicher Verlag Berlin.
- Mieg, H. A., & de Sombre, S. (2003). *The knowledge base of professional Work: A project in the frame of the Swiss National Research Programme 43 „Education and Occupation“: Report on its objectives, proceeding and results*. ETH Zürich. (verfügbar via www.academia.edu)
- Mieg, H. A., & de Sombre, S. (2004). *Wem vertrauen wir Umweltprobleme an? Gefragt sind Generalisten mit akademisch-abstraktem Wissen* (NFP43, Synthesis 17). Bern: Schweizerischer Nationalfonds. (verfügbar via www.academia.edu)
- Mieg, H. A., & Evetts, J. (2018). Professionalism, science, and expert roles: A social perspective. In K. A. Ericsson, R. R. Hoffman, A. Kozbelt & A. M. Williams (Eds.), *The Cambridge handbook of expertise and expert performance* (2nd ed., pp. 127-148). Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Mieg, H. A., & Frischknecht, P. M. (2014). Multidisziplinär, antidisziplinär, disziplinär? Die Geschichte der Umweltnaturwissenschaften an der ETH Zürich. In B. Engler (Hrsg.), *Disziplin / Discipline* (S. 135-169). Fribourg, CH: Fribourg Academic Press.
- Mieg, H. A., & Haefeli, U. (Hrsg.). (2020). *Umweltpolitik in der Schweiz: Von der Forstpolizei zur Ökobilanzierung*. Zürich: NZZ Libro.

- Mieg, H. A., de Sombre, S., & Naef, M. A. (2013). How formality works: The case of environmental professionals. *Professions & Professionalism*, 3(1). Online-Publication: <http://dx.doi.org/10.7577/pp.564>.
- Mieg, H. A., Hansmann, R., & Frischknecht, P. M. (2012). National sustainability outreach assessment based on human and social capital: The case of Environmental Sciences in Switzerland. *Sustainability*, 4(1), 17-41. DOI:10.3390/su4010017
- Oevermann, U. (1996). Theoretische Skizze einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns. In A. Combe & W. Helsper, W. (Hrsg.), *Pädagogische Professionalität: Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns* (70-182). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Oevermann, U. (2005). Wissenschaft als Beruf: Die Professionalisierung wissenschaftlichen Handelns und die gegenwärtige Universitätsentwicklung. *die hochschule*, 14(1), 15-51.
- Parthey, H. (in diesem Band / 2007). Forschungssituation und Forschungsinstitut: Analyse ihrer Formen und Beziehungen. In H. Parthey & G. Spur (Hrsg.), *Wissenschaft und Technik in theoretischer Reflexion: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2006*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Saks, M. (2010). Analyzing the professions: The Case for the neo-Weberian approach. *Comparative Sociology*, 9, 887-915.
- Stichweh, R. (1994). *Wissenschaft, Universität, Professionen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Weber, M. (1994). *Wissenschaft als Beruf 1917/1919 - Politik als Beruf*. Tübingen: Mohr.
- Weber, M. (1980). *Wirtschaft und Gesellschaft* (5. rev. Auflage). Tübingen: Mohr.

GEORG KRÜCKEN

Wissenschaftsfreiheit als Institution – Überlegungen zum Wandel ihrer Rahmenbedin- gungen und Herausforderungen in Deutschland¹

Abstract

In dem Beitrag wird das Thema Wissenschaftsfreiheit aus einer soziologisch-institutionentheoretischen Perspektive behandelt. Dabei werden drei aktuelle Wandlungstendenzen, die die Rahmenbedingungen der Wissenschaft an deutschen Universitäten betreffen, im Hinblick auf die Folgen für die Wissenschaftsfreiheit thematisiert: die zunehmende gesellschaftliche Einbettung von Universitäten, die Veränderungen der staatlichen Hochschul-Governance sowie die Transformation der Universität in einen organisationalen Akteur. Die Verknüpfung dieser Veränderungen zeigt, dass von einer Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit im traditionellen Sinne keineswegs die Rede sein kann. Jedoch erwachsen neue Herausforderungen für die akademische Profession und ihre Mitglieder, die vor allem darin bestehen, ein hohes Maß an individueller Verantwortung mit Bezug auf die skizzierten Veränderungen zu zeigen. Dies bedeutet sowohl einen verantwortlichen Umgang mit der knappsten Ressource in der Wissenschaft, nämlich Zeit, als auch die permanente Aktualisierung wesentlicher Grundprinzipien der Wissenschaft wie die Orientierung an Theorien und Methoden sowie die Berücksichtigung der Ergebnisoffenheit, Unsicherheit und Begrenztheit wissenschaftlicher Forschung.

Prof. Dr. Georg Krücken

International Centre for Higher Education Research an der Universität Kassel

E-Mail: kruecken@incher.uni-kassel.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

„Das Daß des Vorgegebenseins – sei es als Wirklichkeit der Welt oder als Unberechenbarkeit des Mitmenschen oder als die Tatsache, daß ich mich nicht selbst geschaffen habe – wird zur Kulisse, von der sich die Freiheit des Menschen abhebt, wird gleichsam zu dem Stoff, an dem sie sich entzündet. Daß ich Wirkliches nicht in Denkbare auflösen kann, wird zum Triumph möglicher Freiheit. Paradox ausgedrückt: nur weil ich mich nicht selbst gemacht habe, bin ich frei.“ (Hannah Arendt, Was ist Existenzphilosophie?; zit. nach Arendt 2019, S. 60.)

1. Einleitung

Die Ausübung von Wissenschaft als Beruf basiert nicht nur auf einer inneren Haltung, wie sie Max Weber (1919) bereits vor über hundert Jahren beschrieben hat, sondern auch auf äußeren Rahmenbedingungen. Dabei kommt der Ermöglichung und Absicherung der Wissenschaftsfreiheit eine zentrale Rolle zu. Sie ist weltweit gefährdet, auch in Ländern, in denen man dies bis vor wenigen Jahren nicht erwarten konnte, wie kürzlich eine groß angelegte, international-vergleichende Untersuchung zeigte (Kinzelbach et al. 2020; Spannagel et al. 2020). Hierzulande ist die Situation anders. Eine Besonderheit, um die uns Kolleg*innen auch aus anderen demokratischen Staaten vielfach beneiden, ist die verfassungsrechtliche Verankerung der Wissenschaftsfreiheit. Die Verfassungsrichterin Susanne Baer eröffnete einen Beitrag zum Thema mit den Worten: „Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. So schlicht – und hoffentlich auch noch für Profis so ergreifend! – lautet Art. 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes“ (Baer 2015: 3). Die Erfahrungen des Nationalsozialismus waren auch im Hinblick auf die Wissenschaft so prägend, dass Wissenschaftsfreiheit als Teil der ersten zwanzig Verfassungsartikel mit einer so genannten Ewigkeitsklausel versehen wurde. Sie darf als Grundrecht auch bei einer Verfassungsänderung nicht angetastet werden. Zudem zeigen die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes aus den letzten Jahrzehnten, dass es sich bei Artikel 5, Absatz 3 keineswegs um einen ‚Papiertiger‘ handelt, sondern dass dieses Recht regelmäßig verteidigt wurde und angestrebte hochschulpolitische Reformen – von der Gruppenuniversität bis zur Auswahl der Dekane durch die Hochschulleitungen – vielfältigen Revisionen unterworfen waren. Aus gutem Grund feierten 2019 alle wichtigen Wissenschaftsorganisationen in

1 Erste Überlegungen zu diesem Beitrag konnte ich zur Vorbereitung eines Vortrags aus Anlass des 70. Gründungsjubiläums der FU Berlin im Mai 2018 entwickeln. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gilt mein herzlicher Dank. Die in Teil 2 benannten empirischen Befunde werden in ausführlicher Form in zwei Monographien (Hüther & Krücken 2016, 2018) dargelegt.

Deutschland „70 Jahre Grundgesetz – 70 Jahre Wissenschaftsfreiheit“, mit zahlreichen Veranstaltungen in verschiedenen Städten, einer zentralen Abschlussveranstaltung mit dem Bundespräsidenten und einem Memorandum, bestehend aus 10 Thesen zur Wissenschaftsfreiheit (vgl. <https://wissenschaftsfreiheit.de>).

Die oben beschriebene Situation bedeutet, dass man die Wissenschaftsfreiheit wie die Grundrechte insgesamt juristisch und sozialwissenschaftlich als Institution verstehen kann. Der studierte Jurist Niklas Luhmann bringt dies 1965 – also in einer Phase, in der er sich verstärkt der Soziologie zuwendet – in seiner kleinen Monographie „Grundrechte als Institution“ (Luhmann 1965) auf den Punkt. Wenige Jahre später schreibt er in einem Aufsatz, dass Institutionen im Wesentlichen nicht bewusst vollzogen und reflexiv überprüft werden. Sie stellen vielmehr einen unterstellten Erwartungskonsens dar, der hinreichend unbestimmt und diffus bleiben muss, um als solcher Geltung zu erlangen: „Eine formulierte *idée directrice* – das ist schon der Anfang vom Ende einer Institution“ (Luhmann 1970: 32). Damit vertritt er bereits früh einen Institutionenbegriff, der auch dem aus der amerikanischen (Organisations-)Soziologie stammenden Neo-Institutionalismus entspricht, für den Institutionen übergreifende und allgemein anerkannte gesellschaftliche Vorgaben sind, die als ‚taken for granted‘ gelten (Hasse & Krücken 2005).

Eignet sich die Institution der Wissenschaftsfreiheit damit überhaupt für die reflexive Überprüfung in einem Kontext, in dem sie – anders als in anderen Teilen der Welt und anders als in verschiedenen Phasen der deutschen Geschichte – gerade nicht permanent bedroht ist? Eignet sich diese Institution damit nicht vielmehr für historisch fundierte oder an das Gemeinschaftsgefühl der akademischen Profession appellierende Festreden? Bildet Wissenschaftsfreiheit nur den allseits anerkannten, institutionalisierten und deshalb nicht weiter reflektierten Hintergrund, der gegen die aktuellen Veränderungen und Reformen im deutschen Hochschulsystem immun ist? Die diesem Aufsatz zugrundeliegende Vermutung ist, dass das nicht der Fall ist. Die umfassenden Veränderungen und Reformen im deutschen Hochschulsystem der letzten ca. 20-30 Jahre lassen auch unser Verständnis von Wissenschaftsfreiheit nicht unverändert. Man kann also durchaus Wissenschaftsfreiheit als Institution verstehen, ohne auf die reflexive Überprüfung ihrer Grundannahmen und Rahmenbedingungen zu verzichten. Theoretisch wird dies durch neuere Entwicklungen im Neo-Institutionalismus vorbereitet, die insbesondere unter dem Stichwort ‚Mikrofundierung‘ die reflexive und in die alltägliche Praxis eingebettete Überprüfung von Institu-

tionen thematisiert; diese vollzieht sich insbesondere durch individuelle Handlungsträger, deren ‚agency‘ hiermit auch einen höheren Stellenwert im Neo-Institutionalismus erhält als in frühen Konzeptualisierungen (vgl. Powell & Rerup 2017; Cardinale 2018).

Empirisch sind im Hinblick auf die veränderten Rahmenbedingungen der Wissenschaftsfreiheit drei Ebenen zu unterscheiden: die gesellschaftliche Einbettung von Universitäten, die staatliche Hochschul-Governance und die Universität als Organisation. Die auf diesen drei Ebenen stattfindenden Wandlungsprozesse bedeuten, dass Wissenschaftsfreiheit nur durch das Zusammenspiel unterschiedlicher individueller und kollektiver Akteure insbesondere aus Politik, Recht und Wissenschaft abzusichern ist. Jedoch soll in diesem Aufsatz eine Perspektive eingenommen werden, die bei denen ansetzt, die Wissenschaft als Beruf ausüben: „Aber im Zentrum steht die wissenschaftliche Arbeit, stehen die Forscherinnen und Forscher selbst“ (Baer 2015: 5).

Es soll also die Frage adressiert werden, was die auf den drei Ebenen – gesellschaftliche Einbettung, staatliche Governance, Organisation – im Folgenden skizzierten Wandlungsprozesse für die Ausübung von Wissenschaft als Beruf bedeuten. Wissenschaftsfreiheit ist letztlich immer an Individuen und ihre ‚agency‘ gebunden. Sowohl die sich wandelnden Rahmenbedingungen als auch die daraus für das wissenschaftlich tätige Individuum entstehenden Herausforderungen werden dabei ausschließlich mit Bezug auf Universitäten erörtert. Für die öffentliche und insbesondere die private außeruniversitäre Forschung gelten Rahmenbedingungen und Herausforderungen, die eingehender zu untersuchen wären.

2. Wandel der Rahmenbedingungen

Die gesellschaftliche Einbettung von Universitäten hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen, und es ist zu erwarten, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Aktuell stehen Globalisierungsprozesse im Vordergrund (vgl. Krücken 2016). Auch wenn bereits die mittelalterliche Universität in vielerlei Hinsicht eine weit über territoriale Grenzen hinausreichende Institution war – man denke an Latein als *lingua franca*, die große Mobilität von Dozenten und Studenten und den Universalitätsanspruch des Wissens –, so ist sie doch sehr eng mit Prozessen der Nationalstaatsbildung verwoben. Dieser Zusammenhang gilt bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Insbesondere durch weltweite Rankings, wie insbesondere das Shanghai-Ranking, ist jedoch ein weltweiter Beobachtungs- und Vergleichshorizont entstanden, der

das Insistieren auf nationale Traditionen schwächt und die Einbettung in die globale Gesellschaft forciert. Analog zu weltweit standardisierten Schulleistungsuntersuchungen wie den PISA-Studien, deren Ergebnisse den Verweis auf das ‚glorreiche deutsche Gymnasium‘ geschwächt haben, haben diese Rankings den Mythos der deutschen Universität entzaubert und diese in einen auf Kennzahlen basierenden globalen Statuswettbewerb befördert. Die zahlreichen Initiativen von staatlicher und Universitätsseite, die globale Sichtbarkeit und damit einhergehende Rankingpositionen deutscher Universitäten zu verbessern, wie insbesondere die Exzellenz-Initiative des Bundes und der Länder, stellen eine nicht unerhebliche Veränderung der Rahmenbedingungen auch für die Wissenschaftsfreiheit dar, denn ohne diese in Frage zu stellen, werden größere, vernetzte Forschungsprojekte gegenüber kleinteiliger Individualforschung ‚in Einsamkeit und Freiheit‘ prämiert.

Ohnehin hat die gesellschaftliche Einbettung im Hinblick auf die Forschungsfunktion der Universitäten zugenommen. Über ihre Forschungskapazitäten sind sie auf vielfältige Art und Weise mit ihrer gesellschaftlichen Umwelt, insbesondere dem Wirtschaftssystem, verbunden. Festreden zur Autonomie der Universität, die die Distanz der Universität zur Wirtschaft, sei es kritisch, sei es zustimmend, hervorheben, verkennen gleichermaßen, wie eng zumindest weite Teile der Ingenieur- und Naturwissenschaften an Universitäten mit der Wirtschaft verflochten sind. Die gerade für Deutschland charakteristischen Verflechtungen gehen historisch bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zurück und waren maßgeblich für das Entstehen wissensbasierter Industrien in der Chemie-, Pharma- und Elektroindustrie verantwortlich. Diese historisch gewachsenen Beziehungen zwischen universitären Forscher*innen und Unternehmen zeigen sich in bestimmten Fächern wie der Chemie oder der Elektrotechnik, in denen ein großer Teil der Promotionsprojekte an Universitäten im Rahmen industrieller Drittmittelprojekte angefertigt werden. Darüber hinaus werden Universitäten insgesamt spätestens seit den 1980er Jahren als Teil des nationalen und zunehmend auch europäischen Innovationssystems verstanden. Zahlreiche politische Programme forcieren diese Entwicklung. So werden Industriepartnerschaften im Rahmen der EU-Forschungsförderung ausdrücklich begrüßt und gefördert. Auch der Ab- bzw. Umbau von Kapazitäten in der industriellen Grundlagenforschung der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass ein großer Teil dieser Kapazitäten durch Kooperationen mit Universitäten kompensiert wird. Es ist zu erwarten, dass die hier stichwortartig benannten Entwicklungen sich weiter verstärken werden. Hieraus entstehen ernsthafte Herausforderungen für die Wissenschaftsfreiheit, etwa

hinsichtlich des Verhältnisses zwischen offener wissenschaftlicher Kommunikation über Publikationen und wirtschaftlichen Verwertungsinteressen über Patente und andere Schutzrechte auf das an Universitäten durch industrielle Forschungsförderung erzeugte Wissen.

Noch dramatischer ist in den letzten Jahrzehnten die gesellschaftliche Einbettung über die Lehrfunktion der Universitäten gestiegen, und auch dies hat Auswirkungen auf unser Verständnis von Wissenschaftsfreiheit. Wir befinden uns inmitten einer enormen und weiterhin ungebrochenen Expansion des Hochschulsystems, die sich an Anzahl und Anteil der Studierenden, also denjenigen, auf die die Lehrfunktion bezogen ist, ablesen lässt. Die Anzahl der an deutschen Hochschulen immatrikulierten Studierenden hat sich im Zeitraum zwischen dem Wintersemester 1992/1993 bis 2019/2020 von 1,7 Millionen auf 2,9 Millionen erhöht. Die allgemeine Studienanfängerquote (Anteil an der Gesamtbevölkerung pro Geburtsjahr) stieg zwischen 2002 und 2019 von ca. 37 auf 56 Prozent.

Das Studium stellt heutzutage also den Normalfall dar, und ca. zwei Drittel der Studierenden studieren an einer Universität, deutlich weniger an einer Fachhochschule. Wenn man bedenkt, dass die Organisationsform „Universität“ in Deutschland seit dem frühen 14. Jahrhundert besteht und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, je nach Quellenlage, nur ca. 1-2 % der Gesamtbevölkerung studierten, hat sich hier ein umfassender sozialer Wandel vollzogen, dessen Konsequenzen für Universität und Gesellschaft kaum hoch genug einzuschätzen sind. Hochschulen sind zu einer zentralen Sozialisationsinstanz der Gesellschaft geworden. Hier werden der Umgang mit Freiheit und die damit verbundene Eigenverantwortlichkeit von den Studierenden, die nun eine Mehrheit ihrer Altersgruppe darstellen, eingeübt.

Für die Universitäten sind die mit der Expansion verbundenen Veränderungen ebenfalls erheblich, denn hiermit verändern sich auch die gesellschaftlichen Ansprüche, die an sie gestellt werden. So wird die Arbeitsmarktrelevanz des Studiums von außen, von Seiten des Staates, der Wirtschaft und Teilen der Öffentlichkeit vehementer eingefordert. Neue, an Unternehmen ausgerichtete Lehrangebote, wie zum Beispiel die boomenden ‚dualen Studiengänge‘ oder passgenaue Weiterbildungsstudiengänge, sind nur das sichtbarste Zeichen dieser Entwicklung, die sich aber auch im Kriterium der Arbeitsmarktrelevanz bei der (Re-)Akkreditierung von Studiengängen widerspiegelt. Ebenso führt die zunehmende Heterogenität der Studierenden zu Diskussionen, die nicht nur die fachlichen Voraussetzungen betreffen, sondern auch die Frage adäquater Lehr-/Lernformen und die Inhalte der Curricula, deren modulare Struktur und die damit verbundene

Zentralisierung der Verantwortlichkeiten eine weitere wichtige Veränderung der universitären Lehre ist. Auch hier entstehen also Herausforderungen, die unser Verständnis von Wissenschaftsfreiheit betreffen.

In den beiden zuvor benannten Kernfunktionen der Universität, der Forschung und der Lehre, sind die Verbindungen zwischen der Universität und ihren gesellschaftlichen Umwelten häufig indirekt und durch hohe Unsicherheiten geprägt: Weder führt die akademische Grundlagenforschung zu direkt verwertbarem Wissen, noch wissen wir im Prozess der akademischen Lehre, ob die vermittelten Inhalte und Kompetenzen nach Abschluss des Studiums tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden.

Folglich gibt es seit ca. zwei bis drei Jahrzehnten eine breite akademische und auch politische Diskussion darüber, ob Universitäten eine so genannte dritte Mission übernehmen sollten, um ihre gesellschaftliche Einbettung zu verstärken. Diese Mission besteht, anders als bei Forschung und Lehre, darin, auf der Grundlage des in Universitäten vorhandenen Wissens einen direkten Nutzen für die gesellschaftliche Umwelt zu erzeugen. Im Vordergrund stand zunächst vor allem die wirtschaftliche Entwicklung. Sichtbares Zeichen der ‚dritten Mission‘ sind die Gründung von universitären Technologietransferstellen und Patentverwertungsagenturen, Wissenschaftsparks und Inkubatoren sowie eine Vielzahl hierauf bezogener politischer Programme. Das Leitbild der unternehmerischen Universität prägt diese Entwicklung. In den letzten Jahren wurde die Vorstellung der direkten Nutzbarmachung des universitären Wissens breiter verstanden. Nun geht es nicht mehr nur um den direkten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch um den direkten Beitrag zur Lösung so genannter ‚grand challenges‘, man denke an den Komplex ‚Umwelt, Klima, Nachhaltigkeit‘, aber auch an Themen wie globale Gesundheit, digitaler Wandel, Demografie und Migration. Das Stichwort lautet hier ‚gesellschaftlich relevante‘ oder ‚transformative‘ Wissenschaft. Ebenso wie die ursprünglich wirtschaftlich orientierte ‚dritte Mission‘ implizieren auch diese Konzepte eine Neujustierung des Verhältnisses von universitärer Wissenschaft und Gesellschaft. Auch hierin liegen erhebliche Herausforderungen für unser Verständnis von Wissenschaftsfreiheit, denn die Erwartung eines direkten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzens des universitären Wissens lässt die Freiheit der Wissenschaft nicht unberührt.

Eine zweite Ebene, auf der deutliche Veränderungsprozesse zu beobachten sind, betrifft die staatliche Governance der Universitäten in Deutschland. Um einen langen und vielschichtigen Prozess auf wenige

Stichworte zu reduzieren, lässt sich festhalten, dass der Staat vermehrt auf eine indikatorengestützte Input-Output-Steuerung setzt, während die Detailsteuerung zurückgefahren wurde. Parallel dazu sind neue Akteure der Hochschul-Governance entstanden, wie zum Beispiel Hochschulräte, Evaluations- und Akkreditierungseinrichtungen. Diese neuen Akteure schieben sich sozusagen zwischen Staat und – der als Verkörperung der akademischen Gemeinschaft verstandenen – Universität als den traditionellen Instanzen der Hochschul-Governance und übernehmen viele vormals staatliche Aufgaben. Darüber hinaus wird von staatlicher Seite verstärkt auf den Wettbewerb – was nicht zwangsläufig Markt bedeutet, denn dieser impliziert eine klare Anbieter-/Nachfrage-Struktur und die Koordination über Preise – als Governancemodus gesetzt. Während die klassische Hochschul-Governance auf hierarchischer Regulierung und bilateraler Aushandlung zwischen Staat und Universität basiert, werden mehr und mehr Mittel wettbewerbsfähig vergeben, etwa im Rahmen der Exzellenz-Initiative, des Qualitätspakts Lehre oder des Tenure-Track-Programms.

Die hier beschriebenen Veränderungen sind keineswegs spezifisch für das deutsche Hochschulsystem. Sie stellen vielmehr einen in ganz unterschiedlichen nationalen Systemen seit mittlerweile einigen Jahrzehnten beobachtbaren Entwicklungsprozess dar, in dem das deutsche System eher als ‚latecomer‘ gilt. Trotz einer dann zügig eingeschlagenen nachholenden Entwicklung sind Besonderheiten zu beachten, die auch die Ausgestaltung der Wissenschaftsfreiheit betreffen: die einleitend dargestellte Bedeutung des Bundesverfassungsgerichtes, die im Vergleich zu anderen Ländern geringe Bedeutung des Marktes als Governance-Modus sowie die föderale Struktur im Bereich der Hochschulgesetzgebung, die einer gesamtstaatlichen Umsetzung von Governance-Reformen entgegenwirkt.

Die dritte Ebene, auf der sich wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen der Wissenschaftsfreiheit vollziehen, ist die der Universität als Organisation. Diese Ebene tritt doppelt in Erscheinung. Einerseits müssen Universitäten als Organisationen mit den zuvor beschriebenen Veränderungen hinsichtlich gesellschaftlicher Einbettung und staatlicher Governance umgehen. Sollen, und falls ja, wie weit, externe Partner aus der Wirtschaft in die Gestaltung von Forschungsprojekten und Curricula einbezogen werden? Was bedeutet die empirisch feststellbare Zunahme an Stiftungsprofessuren? Was sind geeignete Modelle, um auch hier die Wissenschaftsfreiheit abzusichern? Ist es Aufgabe der Organisation ‚Universität‘, einer zunehmend heterogenen Studierendenschaft das zu gewähren, was mit Bezug auf neuere Entwicklungen in den USA als ‚safe space‘ bezeichnet

wird, also einen sicheren Raum, der vor jedweder Form von Diskriminierung schützen soll? Welche Zielkonflikte ergeben sich daraus, etwa zur Wissenschaftsfreiheit in der Lehre? Soll die Organisation „Universität“ im Sinne der dritten akademischen Mission die unternehmerische Universität und/oder die transformative Wissenschaft forcieren oder gerade nicht? Führen Zielvereinbarungen mit staatlichen Einrichtungen zu einer Erweiterung oder Verengung der Hochschulautonomie? Wie sind Hochschulräte faktisch, nicht nur rechtlich, in universitäre Entscheidungsprozesse einzu-beziehen? Welche Rolle sollen staatlich initiierte Wettbewerbe in der Entwicklung jeder einzelnen Universität spielen? Diese Fragen sind im Hinblick auf die Universität als Akteur im Prozess der institutionellen Absicherung von Wissenschaftsfreiheit von sehr hoher Relevanz und wurden in den letzten Jahren vielfach untersucht. Die Ergebnisse sind vielschichtig und zeigen, dass es hier kaum auf alle Universitäten übertragbare ‚best practices‘ gibt.

Andererseits müssen Universitäten nicht nur Antworten auf die zunehmende gesellschaftliche Einbettung und den Wandel der staatlichen Governance finden, sondern sie selbst befinden sich in einem Prozess der umfassenden Transformation ihrer organisationalen Verfasstheit. Die Reichweite dieses Transformationsprozesses wird vor dem Hintergrund der klassischen organisationssoziologischen Beschreibung der Universität deutlich. Im Vergleich zu anderen Organisationstypen gelten Universitäten als ‚spezifische Organisationen‘ (Musselin 2007). Klassiker der Organisationsforschung sprechen auch von ‚lose gekoppelten Systemen‘, ‚organisierten Anarchien‘ oder ‚professionsgesteuerten Expertenorganisationen‘. Damit ist gemeint, dass die Organisationsebene der Universität – im Gegensatz etwa zu den Organisationstypen des Unternehmens oder der staatlichen Verwaltung – traditionell keine eigenständige Steuerungsinstanz darstellt; sie verschwindet hinter der Dualität von Staat und akademischer Gemeinschaft. Wir haben es mit einer Organisationsform zu tun, die sich durch ein außergewöhnlich hohes Maß an dezentralen und universitätsintern allenfalls lose gekoppelten Entscheidungsebenen (Lehrstühle, Institute, Fakultäten) und durch das Grundprinzip der professionsbasierten Selbststeuerung (Akademische Senate, Fakultätsräte) auszeichnet. Damit korrespondiert eine im Vergleich zu anderen Organisationstypen hohe Außenorientierung ihrer wissenschaftlichen Mitglieder. Deren Primärorientierung ist die wissenschaftliche Fachgemeinschaft, nicht die Universitätsorganisation, und nur hier kann wissenschaftliche Reputation erworben werden.

Auch hinsichtlich der Rahmenbedingungen, die sich durch die Universität als Organisation ergeben, haben sich erhebliche Veränderungen vollzogen. Nur um einige für das Thema ‚Wissenschaftsfreiheit‘ relevante Aspekte zu erwähnen: Universitäten versuchen zunehmend, sich als ‚Marke‘, als Gesamtorganisation mit klarer Strategie und Profilbildung, zu profilieren. Von den meisten Universitätsleitungen wird, gerade im Zusammenhang mit staatlich initiierten Wettbewerben, die fakultätsübergreifende Vernetzung in Forschung und Lehre forciert. Instanzen der akademischen Selbststeuerung verlieren gegenüber den Präsidien und Dekanaten und deren mit längeren Laufzeiten ausgestatteten Entscheidungsträgern an Entscheidungsbefugnissen. Zudem sehen wir einen erheblichen Ausbau der zentralen Hochschulverwaltung, der sich für alle Bereiche von Qualitätsmanagement und Controlling über den Wissens- und Technologietransfer und die Internationalisierung bis zur Öffentlichkeitsarbeit nachweisen lässt. All diese Entwicklungen tragen dazu bei, dass sich Universitäten nur noch partiell als ‚spezifische Organisationen‘ (Musselin 2007) charakterisieren lassen. Sie transformieren sich zunehmend in ‚organisationale Akteure‘ (Krücken & Meier 2006) mit deutlich höheren Handlungs- und Entscheidungskompetenzen sowie einem deutlich höheren Integrations- und Zentralisierungsgrad als in der Vergangenheit. Es verwundert deshalb nicht, dass im Zuge dieser Entwicklungen diskutiert wird, ob man die traditionell individuell definierte Autonomie der Wissenschaft, also die der Wissenschaftler*innen, verstärkt institutionell, also über die Autonomie der Universitäten, definieren sollte (Netzwerk Wissenschaftsmanagement e.V. 2017). Über diese Diskussion hinaus ist zu erwarten, dass sich mit den Veränderungen der Universität auch die Rahmenbedingungen der Wissenschaftsfreiheit ändern und Spannungen zwischen Organisation und Individuum zunehmend virulent werden.

3. Herausforderungen der Wissenschaftsfreiheit

Die in Teil 2 skizzierten veränderten Rahmenbedingungen hinsichtlich gesellschaftlicher Einbettung, staatlicher Hochschul-Governance und der Universität als Organisation implizieren nicht unerhebliche Herausforderungen für die mit unserem Verständnis von ‚Wissenschaft als Beruf‘ verbundene Wissenschaftsfreiheit. Es gibt nur wenig Anhaltspunkte dafür, den direkten Oktroi aus Gesellschaft, politischer Governance und Organisation für das Entscheidende zu halten. Dennoch gibt es durchaus Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der externen institutionellen Absicherung.

Neben allen einleitend betonten Vorteilen werden für das deutsche Hochschulsystem insbesondere zwei Herausforderungen hervorgehoben. Erstens zeigen alle verfügbaren Daten, dass die Schere zwischen unbefristeten und verbeamteten Professor*innen und zeitlich befristet beschäftigten Wissenschaftler*innen immer weiter auseinanderklafft. Das ist für die Wissenschaftsfreiheit sicherlich nicht unproblematisch. So wird in internationalen Vergleichsstudien zum Thema die sehr hohe Zahl an befristeten Stellen an Hochschulen und die damit verbundene geringe ‚job security‘ in Deutschland als Einschränkung angesehen (Karran et al. 2017: 229). Der Hochschulforscher Philip Altbach (2009) sieht schon seit einiger Zeit ähnlich problematische Tendenzen in den USA und anderen Ländern, denn auch dort gibt es im Vergleich zu Professuren mit ‚tenure‘ immer mehr ‚part time teachers‘, die nicht demselben Schutz unterliegen. Zweitens werden knappe materielle Ressourcen für die Forschung immer wieder als Problem benannt, auch im Hinblick auf die Wissenschaftsfreiheit. So sehen Gläser & Schimank (2014) zwar wenig Möglichkeiten der direkten Steuerung der Wissenschaft an deutschen Universitäten, jedoch eine zunehmende Kontextsteuerung über knappe materielle Ressourcen. Dies kann Forschungsziele und -modalitäten beeinflussen und somit die Wissenschaftsfreiheit einschränken.

Komplementär hierzu möchte ich einen Aspekt in die Diskussion einbringen, der sich aus den veränderten Rahmenbedingungen ergibt und der sich gerade nicht als materielle Ressourcenknappheit charakterisieren lässt. Es stehen, zugespitzt formuliert, gleichzeitig materielle Ressourcenüberschüsse im deutschen System zur Verfügung – und gerade hier setzt die individuelle Wissenschaftsfreiheit an. Aus der Verknüpfung der drei zuvor diskutierten Ebenen ergeben sich zahlreiche neue Ressourcen, die der Wissenschaft und ihren individuellen Träger*innen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Dies gilt zum Beispiel für milliardenschwere Wettbewerbe wie die Exzellenz-Initiative und den Qualitätspakt Lehre, die auf einen wahrgenommenen gesellschaftlichen Problemdruck – schwache globale Rankingpositionen deutscher Universitäten; Expansion des Systems und Studienqualität – reagieren und zu politischen Programmen führen, um deren Mittel Universitäten konkurrieren. Eine ähnliche Struktur hat man hinsichtlich eines breit gefassten Verständnisses von ‚dritter Mission‘, also direkt auf gesellschaftlichen Nutzen zielenden Aktivitäten – von der unternehmerischen Universität bis zur Adressierung von ‚grand challenges‘.

Aus Sicht der Universität als einem organisationalen Akteur stellen derartige Wettbewerbe und Ausschreibungen vor allem Gelegenheitsstruk-

turen dar, auf die mit Strategie, professionellen Verwaltungsstäben und Vernetzung reagiert wird. Im Sinne von Bromley und Meyer (2015) ist die moderne Universität eine hyperaktive Organisation, die sich über sichtbare Projekte („Leuchttürme“) definiert und permanent ein entsprechend hohes Aktivitätsniveau generiert. Derartige Projekte werden im Gegensatz zum traditionellen Universitätsverständnis nicht von der akademischen Profession angestoßen, sondern von der Hochschulleitung und -verwaltung. Die Durchführung kann jedoch nur in den seltensten Fällen ohne die aktive Beteiligung von Wissenschaftler*innen gelingen, die, da direkte Zwangsmittel nicht zur Verfügung stehen, positiv angesprochen und umgarnt werden. In diesem Spannungsverhältnis von Organisation und Individuum finden interessante Auseinandersetzungen um Wissenschaftsfreiheit statt, denn die jeweiligen Autonomieansprüche sind nicht immer deckungsgleich – dies entgeht häufig international-vergleichenden Studien, die in einer hohen institutionellen Autonomie lediglich einen unproblematischen Garanten der Wissenschaftsfreiheit sehen. Die durch zahlreiche Initiativen und daraus resultierenden Projekte gestiegene individuelle Verfügbarkeit über materielle Ressourcen kann im Hinblick auf die Wissenschaftsfreiheit der einzelnen Wissenschaftler*innen also durchaus problematisch sein, denn diese Mittel sind an externe Zwecke und dazu passende Strategie- und Vernetzungsformate gebunden. Zudem verknappen sie die Verfügbarkeit über die unter Wissenschaftler*innen knappste Ressource für Kreativität und Innovation: Zeit.

Was bedeutet dies für die individuelle Verantwortung der Wissenschaftler*innen für die Wissenschaftsfreiheit? Ganz im Sinne des diesem Beitrag vorangestellten Zitats von Hannah Arendt ist die Faktizität der Rahmenbedingungen als unhintergehbare Tatsache zu akzeptieren. Sie bietet zugleich jedoch die Möglichkeit zur Freiheit, die vermutlich dann besonders erfahrbar wird, wenn Erwartungen durchbrochen und Abweichungen praktiziert werden. Der soziologische Fokus auf den Rahmenbedingungen des Handelns stellt gerade keinen Determinismus dar, auch wenn Teile der soziologischen Ungleichheitsforschung sich leider so lesen. Statistische Wahrscheinlichkeiten, Verhaltenserwartungen und das durch Rahmenbedingungen vorgegebene lassen keine Aussage über den jeweiligen Einzelfall zu – und genau hier liegt die Möglichkeit zur Freiheit. In diesem Sinne liegen die vom Individuum zu bewältigenden Herausforderungen der Wissenschaftsfreiheit darin, sie nicht als unhinterfragte Institution anzunehmen, sondern einer reflexiven Überprüfung zugänglich zu machen. Wissenschaft als Beruf und die damit einhergehende Notwendigkeit der Wissenschafts-

freiheit bedeuten, die kleinen, unscheinbaren Akte des bereitwilligen, freiwilligen Mitspielens in organisationalen und gesellschaftlichen Spielen, die weder dem Einzelnen noch dem System insgesamt zuträglich sind, in Frage zu stellen. Diese Einschätzung stellt eine notwendige und zeitgemäße Erweiterung des klassischen Verständnisses von Wissenschaftsfreiheit dar. Sie ist bewusst auf die aktuelle Situation an deutschen Universitäten bezogen; aus der Perspektive anderer Länder mit ihren dort anzutreffenden Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit kann sie völlig zurecht als ‚Luxusproblem‘ erscheinen.

Vor dem Hintergrund der in diesem Beitrag auf drei Ebenen behandelten veränderten Rahmenbedingungen bedeutet diese Einschätzung die Notwendigkeit, die Grundprinzipien der Wissenschaft in jeder erforderlichen Situation zu aktualisieren und sich entsprechend zu verhalten; das schließt den bewussten Umgang mit der knappsten Ressource in der Wissenschaft – Zeit – mit ein.

Unter Grundprinzipien der Wissenschaft sind vor allem Theorien, Methoden und die intersubjektive Überprüfbarkeit der Aussagen sowie die Ergebnisoffenheit, Unsicherheit und Interpretationsabhängigkeit der Forschung zu verstehen. Diese Prinzipien der Wissenschaft stellen eine Distanz zum Alltag sowie zu anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit her und sind gerade bei vielfach kaum mehr wahrnehmbaren Herausforderungen der wissenschaftlichen Existenzweise zu aktualisieren: Man denke etwa an naheliegende, individuell und kollektiv wünschenswerte Ziele – von der Verbesserung im Kleinen bis zur übergreifenden gesellschaftlichen Transformation. Ebenso führen das problematische Reden über ‚alternative Fakten‘ und die Kritik ganzer Forschungszweige auf Seiten der Wissenschaftler*innen häufig dazu, nun erst recht die Härte der wissenschaftlichen Erkenntnis ins Feld zu führen. Wissenschaftsfreiheit bedeutet aber auch, immer die Unsicherheit und Interpretationsoffenheit der Erkenntnis zu betonen; ebenso ist die Ergebnisoffenheit der Forschung konstitutiv. Und schließlich gibt es einen großen, wachsenden Markt für kurzfristige, vom Auftraggeber auch inhaltlich definierte Beratungen und Evaluationen im Namen der Wissenschaft, die mit den Grundprinzipien der Wissenschaft schwerlich in Einklang zu bringen sind. Damit soll keineswegs gesagt werden, dass man sich im Namen der Wissenschaftsfreiheit von gesellschaftlichen Außenbeziehungen und damit einhergehenden Erwartungen fernhalten sollte, im Gegenteil: Hieraus resultieren spannende Forschungsfragen und Anwendungsfelder. Das für diese Außenbeziehungen erforderliche gesellschaftliche Vertrauen in die Wissenschaft wird, so

die abschließende Vermutung, jedoch nicht durch das unkritische Mitspielen, sondern durch das Einbringen einer spezifischen Sichtweise hergestellt, die quer zu politischen Legitimationserfordernissen, wirtschaftlichen Verwertungsbedingungen, massenmedialer Aufmerksamkeitsökonomie und den durchaus wünschenswerten Zielen des auf gesellschaftliche Transformation zielenden Aktivismus steht.

Literatur

- Altbach, Philip G. (2009). Academic Freedom: A Realistic Appraisal. In: *International Higher Education* 57, 2-3.
- Arendt, Hannah (2019). Was ist Existenzphilosophie? In: *Sechs Essays. Die verborgene Tradition. Kritische Gesamtausgabe. Complete Works. Critical Edition. Band 3.* Göttingen: Wallstein, 41-63.
- Baer, Susanne (2015). Verantwortung für die Wissenschaft. In: *Wissenschaftsrecht* 1, 3-13.
- Bromley, Patricia und Meyer, John W. (2015). *Hyper-Organization. Global Organizational Expansion.* Oxford: Oxford University Press.
- Cardinale, Ivano (2018). Beyond Constraining and Enabling. Toward New Micro-foundations for Institutional Theory. In: *Academy of Management Review* 43(1), 132-155.
- Kinzelbach, Katrin, Saliba, Ilyas, Spannagel, Janika und Quinn, Robert (2020). *Free Universities. Putting the Academic Freedom Index into Action.* Berlin: Global Public Policy Institute (GPPi).
- Gläser, Jochen und Schimank, Uwe (2014). Autonomie als Resistenz gegen Beeinflussung. Forschungshandeln im organisatorischen und politischen Kontext. In: Martina Franzen, Arlena Jung, David Kaldewey und Jasper Korte (Hrsg.), *Autonomie revisited. Beiträge zu einem umstrittenen Grundbegriff in Wissenschaft, Kunst und Politik.* Zeitschrift für theoretische Soziologie, Sonderband 2, 41-61.
- Hasse, Raimund und Krücken, Georg (2005). *Neo-Institutionalismus.* Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. Bielefeld: transcript-Verlag.
- Hüther, Otto und Krücken, Georg (2016). *Hochschulen – Fragestellungen, Ergebnisse und Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Hüther, Otto und Krücken, Georg (2018). Higher Education in Germany—Recent Developments in an International Perspective. *Higher Education Dynamics*, 49. Cham: Springer International Publishing AG.
- Karran, Terence, Beiter, Klaus und Appiagyei-Atua, Kwadwo (2017). Measuring Academic Freedom in Europe: A Criterion Referenced Approach. In: *Policy Reviews in Higher Education*, 1(2), 209-239.
- Krücken, Georg (2016). Globalisierung der Wissenschaft. In: Nina Baur, Cristina Besio, Maria Norkus und Grit Petschick (Hrsg.), *Wissen – Organisation –*

- Forschungspraxis. Der Makro-Meso-Mikro-Link in der Wissenschaft (Edition Soziologie). Weinheim: Beltz Juventa, 155-169.
- Krücken, Georg und Meier, Frank (2006). Turning the University into an Organizational Actor. In: Gili Drori, John Meyer und Hokyung Hwang (Hrsg.), *Globalization and Organization*. Oxford: Oxford University Press, 241-257.
- Luhmann, Niklas (1965). Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie. Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, Niklas (1970). Institutionalisierung – Funktion und Mechanismus im sozialen System der Gesellschaft. In: Helmut Schelsky (Hrsg.), *Zur Theorie der Institution*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag, 27-41.
- Musselin, Christine (2007). Are Universities Specific Organisations? In: Georg Krücken, Anna Kosmützky und Mark Torke (Hrsg.), *Towards a Multiversity? Universities between Global Trends and National Traditions*. Bielefeld: transcript-Verlag, 63-84.
- Netzwerk Wissenschaftsmanagement! e.V. (2017). *Wissenschaftsfreiheit neu gestalten*. Positionspapier des Netzwerks Wissenschaftsmanagement! e.V. Berlin.
- Powell, Walter W. und Rerup, Claus (2017). Opening the Black Box: The Micro-foundations of Institutions. In: Royston Greenwood, Christine Oliver, Thomas B. Lawrence und Renate E. Meyer (Hrsg.), *The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism*. 2nd ed. London: Sage Publications, 311-337.
- Spannagel, Janika; Kinzelbach, Katrin und Saliba, Ilyas (2020). *The Academic Freedom Index and Other New Indicators Relating to Academic Space: An Introduction*. Users Working Paper, Series 2020:26. The Varieties of Democracy Institute. Gothenburg: University of Gothenburg.
- Weber, Max (1919): *Wissenschaft als Beruf*. In: Max Weber, *Geistige Arbeit als Beruf*. Vier Vorträge vor dem Freistudentischen Bund. Erster Vortrag. München und Leipzig: Duncker & Humblot.

3. STRUKTURBEDINGUNGEN

PHILIPP POHLENZ

Gesellschaftliche Transformationsdynamiken und die Entwicklung des Wissenschaftssystems. Konflikte und Bewältigungsstrategien

Abstract

Die Wissenschaft in Deutschland erlebt einen enormen Reformdruck. Seitens der die Wissenschaft finanzierenden Öffentlichkeit werden Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten gefordert. Daraus ergeben sich neue Anforderungen und Erwartungen, die auch Einfluss auf die alltägliche Aufgabenerfüllung nehmen. Der Beitrag entwickelt ein Modell, mit dem Reaktionsformen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Veränderungen des Berufsbildes systematisiert werden können.

Prof. Dr. Philipp Pohlenz

Humanwissenschaftliche Fakultät, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

E-Mail: philipp.pohlenz@ovgu.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

1. Einleitung

Die Wissenschaft ist in Deutschland seit nahezu drei Jahrzehnten einem enormen Reformdruck und einem hohen Reformtempo ausgesetzt. Die Bemühungen der Wissenschaftspolitik um die Erneuerung der Hochschulen¹ betrafen alle Leistungsbereiche in Forschung, Lehre, Transfer und Selbstverwaltung. In ihrer Wirkung bezogen die verschiedenen Reformen nicht nur die organisatorische Ebene ein, etwa bei der Neustrukturierung von Studiengängen oder der Einführung neuer Steuerungsmodelle, sondern nahmen auch Einfluss auf das Arbeitsumfeld der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bzw. deren alltägliche Aufgabenerfüllung, womit der Bezug des Beitrags zum vorliegenden Band begründet ist. Weiterhin kennzeichnend für die Reformen der jüngsten Vergangenheit ist, dass sich deren Ziele sowie die Prozesse zu ihrer Erreichung überlagern und verschränken. So ist beispielsweise mit der Einführung neuer Steuerungsmodelle das politische Ziel formuliert worden, wettbewerbliche Elemente in die Hochschulsteuerung einzuziehen und Prozesse der Leistungserbringung stärker vor dem Kriterium ihrer Effizienz zu beurteilen (z.B. Lange 2008; Bogumil u. Heinze 2009), womit sie auf der Linie der Zielstellungen des Bologna-Prozesses (zumindest in seiner deutschen Umsetzungsvariante) liegen.

Ursprünglich war dabei unter Effizienz hauptsächlich Ressourceneffizienz zu verstehen, also die Frage, inwieweit die eingesetzten Mittel einen unmittelbar zurechenbaren Zweck erfüllen, wie etwa die Sicherstellung einer möglichst niedrigen Studienabbrecherquote und einer zugleich möglichst hohen Zahl von Absolventinnen und Absolventen. Mittlerweile sind weitere wissenschaftspolitische Themen als Kriterien der Leistungsbeurteilung von Wissenschaft und Hochschule in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt, wie etwa der ‚Impact‘ von Wissenschaft auf die Problemlösungskapazität moderner Gesellschaften angesichts komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen, wie dem Klimawandel. In diesem Zusammenhang werden beispielsweise der TransfERNutzen von wissenschaftlichem Wissen sowie Beteiligungsmöglichkeiten außerwissenschaftlicher Stakeholder (mittels Wissenschaftskommunikation) in den Fokus gestellt.

1 Zwar hat das Wissenschaftssystem insgesamt eine umfangreiche Reformagenda umsetzen müssen, also auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, für den vorliegenden Beitrag wird aber hauptsächlich auf die entsprechenden Entwicklungen an den Hochschulen eingegangen.

Gemein ist den verschiedenen Reformzielen, dass sie Wissenschaft in Forschung und Lehre stärker auf das Erreichen außerwissenschaftlicher, aber gesellschaftlich relevanter Entwicklungsziele verpflichten. Dies ist für sich genommen, in modernen Gesellschaften, in denen ausdifferenzierte gesellschaftliche Subsysteme durch ihre Aktivitäten zum Funktionieren der gesellschaftlichen Reproduktion insgesamt beitragen, vermutlich weitgehend unstrittig: Die Wissenschaft stellt - kurz gesagt - als eines von mehreren gesellschaftlichen Funktionssystemen geprüft und als gültig akzeptiertes Wissen für Innovationen zur Verfügung, die Politik schafft nötige Rechtsrahmen für gesellschaftliche Reproduktionsprozesse, das Rechtssystem verhilft Normen und Vorschriften zur Geltung, die Wirtschaft produziert Überschüsse, aus denen Steuermittel zur Gegenfinanzierung der vorgenannten Subsysteme realisiert werden, etc. (Schimank 2015a).

Gleichwohl steht ein solches Konzept der gegenseitigen Abhängigkeit und Durchdringung von gesellschaftlichen Subsystemen - und der mit ihr einhergehenden Notwendigkeit, sich auf die Eigenlogik der jeweils anderen Systeme einzulassen und sie zu internalisieren - zumindest potenziell im Widerspruch zum traditionellen Selbstverständnis der Wissenschaft. In diesem geschieht die Produktion wissenschaftlichen Wissens weitgehend um ihrer selbst willen, also frei von Zweckbestimmungen, Effizienzkriterien und Nützlichkeits- und Transfererwägungen.

In den Reformen der letzten Jahrzehnte kommt ungeachtet der innerwissenschaftlichen Bedeutung dieses Selbstverständnisses zum Ausdruck, dass die Gesellschaft als Financier der Wissenschaft es nicht mehr umstandslos und unhinterfragt akzeptiert (Delanty 2001). Vielmehr verlangt sie Einblick in die ‚Black Box‘ Wissenschaft und fordert, stärker in Steuerungsentscheidungen sowie in die Produktion, Interpretation und Nutzung wissenschaftlichen Wissens einbezogen zu werden. Insgesamt sei die wissenschaftliche Wissensproduktion in stärkerem Maße einer Politisierung, Ökonomisierung und Medialisierung unterworfen (Weingart 2003).

Die Darstellung ‚der Wissenschaft‘ als durchgängig an traditionellen, auf Zweckfreiheit ausgerichteten Werten orientiert ist dabei zugegebenermaßen sehr pauschal und in dieser Reinform wohl kaum aufrecht zu erhalten. Verkürzungen dieser Art sind aber hier aus vorliegender Sicht akzeptabel: Zum einen, weil das Format eines kurzen Sammelbandbeitrages eine allzu weit verzweigte Differenzierung nicht erlaubt, und zum anderen, weil vermutlich auch bei aller (fachkulturellen) Diversität in der Wissenschaft und unterschiedlichen Offenheit für Anwendungsnutzen und Transferfunktionen wissenschaftlichen Wissens doch ein grundlegender Konsens hin-

sichtlich der Eigenlogik des gesellschaftlichen Subsystems Wissenschaft und der sich daraus speisenden Legitimität spezifischer Autonomieansprüche unterstellt werden kann.

Der vorliegende Beitrag widmet sich den mit diesen Dynamiken in der Wissenschaftssystementwicklung einhergehenden Konflikten und Konfliktbewältigungsstrategien in der konkreten Arbeit in der Wissenschaft. Die zur Diskussion gestellten Überlegungen basieren dabei nicht auf empirischen Forschungsergebnissen, sie sind vielmehr konzeptionell zu verstehen bzw. als Rahmen für eine zukünftige Agenda zur vertieften Analyse der Veränderungen der (Berufs-)Rollen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Die Argumentation wird folgendermaßen entfaltet: Zunächst werden die wichtigsten Aspekte der Reformen der letzten zwei bis drei Jahrzehnte im Wissenschaftsbereich zusammenfassend rekapituliert. Sodann wird ein analytisches Modell für die empirische Untersuchung von möglichen Reaktionen individueller Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf die Reformen und die Reformziele entwickelt und dieses abschließend diskutiert.

2. Wissenschaft in Bewegung: Die Reformen der letzten Jahrzehnte im Überblick

2.1 Neue Paradigmen für die Hochschulsteuerung: New Public Management (NPM)

Viel wurde in den vergangenen Jahren über die Umstellung der Hochschulgovernance auf neue Steuerungsmodelle nach den Prinzipien des New Public Management geschrieben. Umso erstaunlicher ist, dass es an einer präzisen Definition dessen, was NPM im engeren Sinne ist, zu mangeln scheint (z.B. Pausits et al. 2014). Vielmehr wird NPM u.a. als „disperse set of ideas on how to modernize the public sector, increase its efficiency and in general improve its performance“ (Hood, 1991) beschrieben. Im Kern der Einführung neuer Steuerungsmodelle stand das Ziel, zu einer effizienteren Mittelverwendung zu kommen sowie zu einer durch Wettbewerbssituationen zwischen Leistungserbringern angezeigten Profilierung und Qualitätssteigerung. Einfach ausgedrückt ging es darum, Managementmethoden aus der Privatwirtschaft auf öffentliche Dienstleistungen anzuwenden, um durch eine höhere Marktorientierung ein höheres Maß an Effizienz zu erzielen (Reichard u. Röber 2001). Für den Wissenschaftsbereich beschreiben Maasen und Weingart (2006) die steigende Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Mittelverwendung, Profilierung, die Formulierung und Vereinbarung von Entwicklungszielen sowie den Ausbau formaler Strukturen (zum Auf-

bau professionell agierender Managements) als wesentliche Merkmale einer nach New Public Management gesteuerten Wissenschaft (vgl. auch Whitley 2010; Hanft 2004; Hölscher 2015).

Etwas abstrakter lässt sich die Grundidee des NPM damit beschreiben, dass den Leistungserbringern Autonomie für die Art der Leistungserbringung übertragen wird, sie zugleich aber unter Rechtfertigungsdruck hinsichtlich der Ergebnisse dieser Leistungserbringung sowie hinsichtlich einer möglichst großen Effizienz beim Mitteleinsatz gesetzt werden. Währenddessen zieht sich der Staat aus der Detailsteuerung zurück, stattdessen wird auf seine „Gewährleistungsfunktion“ (Reichard u. Röber 2001) fokussiert.

Zur Umsetzung eines an der Privatwirtschaft orientierten Managements im Hochschulbereich wurde zudem die Stärkung der hochschulinternen Leitungsebenen angestrebt, weitgehend zu Lasten eines von akademischer Selbststeuerung geprägten, traditionellen akademischen Selbstverständnisses (vgl. z.B. Abraham 2017). Präsidien oder Rektorate wurden mit neuen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet, und neue Entscheidungsgremien – neben der akademischen Selbstverwaltungsstruktur – wie etwa Hochschulräte wurden eingeführt (Gerber et al. 2009).

Die Rechenschaftspflicht der einzelnen Akteure und Institutionen forcierte einen Anstieg der Begutachtungs- und Bewertungsdichte. Powers (1997) sah darin gar kritisch das Heraufziehen einer „Audit Society“. Etwas weniger dystopisch beschäftigen sich auch heute viele Studien mit der Frage nach den intendierten und nicht-intendierten Wirkungen einer indikatoren-basierten Steuerung öffentlicher Leistungen (Van Thiel u. Leeuw 2002). So werden beispielsweise in einer neo-institutionalistischen Lesart opportunistische Anpassungseffekte an die Belohnungslogik der Indikatoren bzw. die isomorphistische Nachahmung von erfolgsversprechenden Strategien anderer, vergleichbarer Organisationen erwartet (z.B. Seyfried, Ansmann u. Pohlenz 2019).

Die Belohnungslogik ist dabei quantitativ ausgerichtet. So wird ein „Mehr“ an Publikationen, Absolventinnen und Absolventen, eingeworbenen Drittmitteln etc. belohnt und u.a. in Form von Rankings öffentlich gemacht, während niedrigere Quantitäten im Sinne der gängigen Vorstellungen von Effizienz als Minderleistung angesehen werden. Insbesondere dieser Aspekt ist Gegenstand der Kritik (Stock 2004): Die mit der Belohnungslogik des NPM verbundene Annahme eines nahezu linearen Verhältnisses zwischen Input und Output sei als der Komplexität des Prozesses der Leistungserbringung völlig unangemessen zu bezeichnen. Die Vorstellung

lückenlos kontrollierbarer und planbarer Prozesse der Leistungserbringung sei vielmehr naiv und würde der Unvorhersehbarkeit und den Ambiguitäten sowie individuellen intrinsischen Motivationen, die für professionelle Arbeitskontexte kennzeichnend seien und jenseits von planbaren Prozesslogiken auf die Leistungserbringung und deren Qualität einwirkten, nicht gerecht (Stock 2004; Lange 2008; Wilkesmann 2011).

Kennzeichnend für NPM ist darüber hinaus auch, dass in seine Begriffswelt normative Elemente eingebaut werden. So setzt NPM Wertvorstellungen, denen nicht widersprochen werden kann: Niemand würde sich *gegen* eine effiziente Verwaltung oder *gegen* Haushaltsdisziplin aussprechen. Genau dies – also Effizienz und Ressourcenschonung sowie Leistungstransparenz und (gesunder) Wettbewerb – sind aber die proklamierten Ziele von NPM. Damit ist im Umkehrschluss impliziert, dass andere, also insbesondere die durch NPM abgelösten traditionellen Steuerungsleitbilder wie auf Selbststeuerung und Kollegialität ausgerichtetes Hochschulmanagement ineffizient, intransparent, ressourcenverschwenderisch, haushaltsmäßig undiszipliniert etc. sind. Zustandsbeschreibungen über die Zeit „vor NPM“ bzw. aus der Zeit seiner Einführung zeichnen ein Bild von organisiertem Versagen, in dem traditionelles Management als „arrogant bureaucracy, poor performance and lack of accountability in public organizations, [and] wide spread corruption“ (Minogue et al 1998) beschrieben wird.

Relativierend muss mit Blick auf die hier dargestellten Entwicklungslinien des New Public Management in der Steuerungsrealität (insbesondere) der Wissenschaft erwähnt werden, dass seiner Umsetzung in Reinform gewisse Grenzen gesetzt waren. So ist die Umstellung bspw. auf eine leistungsbezogene Mittelvergabe – jeweils in Abhängigkeit von landesgesetzlichen Vorgaben – in engen Grenzen geblieben und es wurden nur Anteile der Hochschulbudgets auf eine leistungsbezogene Mittelvergabe umgestellt, um wettbewerblich ausgerichtete Elemente als ein Teilinstrument in die Hochschulsteuerung einzuziehen. Das ist nicht zuletzt auf unterschiedliche Wettbewerbsvorstellungen und Divergenzen in deren Umsetzung zurückzuführen (z.B. Leszczensky u. Orr 2004; Krücken 2008).

Nichtsdestoweniger wurden und werden die Reformen im Bereich der Hochschulgovernance von vielen Lehrenden als ein Angriff auf Merkmale des traditionellen Selbstverständnisses sowie als Ökonomisierung der Wissenschaft, als Trivialisierung der akademischen Bildung und als De-Professionalisierung in der wissenschaftlichen Arbeit aufgefasst und gebrandmarkt (Kühl 2012, 2016; Münch 2011).

2.2 Der Bologna-Prozess

Wenn NPM sinnbildlich für eine neoliberale Reformagenda steht, dann wird dieses Umbauziel für die akademische Lehre im Bologna-Prozess gesehen, auch wenn dessen erklärtes Ziel zunächst lediglich in der Schaffung eines europäischen Hochschulraums bestand. Eine prägnante Zusammenfassung des Bologna-Prozesses und seiner Ziele liefern z.B. Schomburg, Flöther u. Wolf (2012). Demnach sollte der europäische Hochschulraum die internationale Anerkennung und Vergleichbarkeit von Hochschulabschlüssen ermöglichen und die Intensivierung der internationalen Mobilität, aber auch die Anhebung der internationalen Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Hochschulen fördern. Zudem wird die arbeitsmarktrelevante Qualifikation der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen als Ziel definiert.

In den Bologna-Folgekonferenzen der europäischen Bildungsminister wurden weitere Ziele auf die Reformagenda gesetzt, wie etwa Fragen der Qualitätssicherung zum Zweck der verbesserten gegenseitigen Vergleichbarkeit von Studienprogrammen, aber auch bildungspolitische Aspekte wie das Konzept des lebenslangen Lernens, Internationalisierungsstrategien und die soziale Frage bzw. die Öffnung der Hochschulen für nicht-traditionelle Studierende (zusammenfassend vgl. European Commission 2015).

Kennzeichnend für den deutschen Umsetzungsweg des Bologna-Prozesses ist, dass hochschulpolitische Reformziele erreicht werden sollten, die nicht notwendigerweise im Zielkatalog des Bologna-Prozesses standen. Bei diesen handelte es sich um „die Verkürzung der Studienzeiten (sie lagen damals an Universitäten bei fast sieben Jahren bis zum ersten Abschluss), die Senkung der Abbrecherquoten, die Erhöhung der Interdisziplinarität und eine stärkere Ausrichtung der Studieninhalte an den Interessen der Studierenden“ (Witte 2006, 22). Letzteres sollte durch eine stärkere Orientierung der Lehre an Lernzielen erreicht werden (a.a.O., S. 26).

Spätestens mit der Einführung des Qualifizierungsziels der ‚Employability‘ wurde die Bologna-Reform von vielen Seiten als das bevorstehende Ende der akademischen Bildung und die Abwendung von traditionellen universitären Idealen des akademischen Lehrens und Lernens interpretiert (Schimank 2010), auch wenn die Idee einer (auch) beruflich und für außerwissenschaftliche Arbeitsmärkte qualifizierenden Hochschulbildung nicht erst unter diesem Label Eingang in die Hochschulen gefunden hat (Teichler 2016). Andere kritische Argumente gegen die Ziele der Studienreform be-

ziehen sich auf die Kompetenzorientierung als wichtiges Leitbild zur Gestaltung der Bologna-konformen Studiengänge, die zu einer Verschulung (Lenzen 2014) und Trivialisierung des Lernens führen, indem komplexe Lernprozesse in standardisierte Teilhandlungen zerlegt werden (s.o.: Kühl 2012; 2016).

3. „Wissenschaft als Beruf“ und der Umgang mit der Reformagenda

Aus der obigen Darstellung der Reformen werden die Konflikte, die sie von Anbeginn begleitet haben, nachvollziehbar: Die Umstellung der Praxis in Forschung und Lehre auf eine effizienzorientierte Bewertungslogik steht im Widerspruch zu einem professionstheoretisch begründeten akademischen Selbstverständnis, in dem sich Professionalität aus einem Forschungsethos, also der Hingabe an eine Sache (im Sinne des Weber'schen Verständnisses von ‚Wissenschaft als Beruf‘; Oevermann 2005) ableitet. Auf diesen bereitet das Studium in seiner Funktion als Habitusformation vor (a.a.O.), es dient aber nicht der berufsfeldbezogenen Ausbildung, die Rolle des Hochschullehrenden ist mithin weniger pädagogisch als nachwuchsbildend zu verstehen. Die Reformagenda der letzten Jahre wird vielfach als Generalangriff auf dieses akademische Selbstverständnis interpretiert, mit der Folge einer De-Professionalisierung wissenschaftlicher Arbeit. Diese De-Professionalisierung besteht darin, sich nicht mehr mit der Sache um ihrer selbst willen zu beschäftigen, sondern motiviert von erwarteten Belohnungen und Sanktionen sowie in (marktwettbewerblichen) Konkurrenzbeziehungen um wissenschaftsexterne Belohnungen. Kennzeichnend für professionelles Handeln ist nach Luhmann (2002) u.a. aber gerade die prinzipiell riskante und potenziell stets vom Scheitern bedrohte Anwendung von Wissen, aber auch die interne kollegiale Unterstützung. Entsprechend nähme die Professionalität in der Wissenschaft Schaden, wenn zum Zwecke der Vermeidung von Misserfolgssanktionen riskante Forschung gemieden oder man sich auf „Mainstreamforschung“ konzentrieren würde sowie mit der Profilierung im Wettbewerb kollegiale Kooperationsformen an Bedeutung verlören.

Hinsichtlich dieser Konflikte zur Wissenschaftssystementwicklung stellt sich nun die Frage, wie die einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ihnen umgehen und wie ihre wissenschaftliche Praxis und damit der Vollzug ihrer beruflichen Tätigkeit beeinflusst wird. Der biographische Umgang mit Entwicklungen des eigenen beruflichen Umfeldes ist natürlich ebenso divers, wie es die Wissenschaft an sich ist. Gleichwohl

lassen sich möglicherweise verschiedene Formen der Reaktion auf Entwicklungen im Wissenschaftssystem theoretisieren. Eine entsprechende Systematisierung von Verhaltensweisen kann als mögliche Herangehensweise für eine empirische Untersuchung der Positionen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu den Reformen der vergangenen Jahre genutzt werden.

Insofern es um die individuellen Reaktionen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf Veränderungen des institutionellen Arrangements in ihrem (beruflichen) Umfeld geht, sind akteur- sowie institutionenzentrierte Ansätze einschlägig. Im Interesse akteurtheoretischer Ansätze stehen die Interessen, Strategien, Kompetenzen etc. der einzelnen Personen und die Art, wie diese Ressourcen eingesetzt werden, um bestimmte Ziele zu erreichen, seien diese offen kommuniziert oder verborgen (vgl. z.B. Seyfried, Ansmann u. Pohlenz 2019). Institutionentheoretisch ließe sich argumentieren, dass organisationaler Wandel – also Veränderungen im Wissenschaftssystem, die die organisationale, aber vermittelt darüber letztlich auch die individuelle Praxis betreffen – durch die Notwendigkeit der Anpassung an veränderliche externe Erwartungen stimuliert wird (a.a.O.). Organisationen greifen dabei ihrerseits auf ein Repertoire an verschiedenen Reaktionen auf externe Anpassungsdrücke zurück, rangierend von rein verlaubarer, lediglich formaler bis zu strategischer Anpassung, letztere mit dem Zweck der Organisationsentwicklung. Als Bindeglied zwischen diesen beiden Perspektiven könnte die Annahme dienen, dass auch das individuelle Handeln der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von der Notwendigkeit beeinflusst wird, sich an veränderliche externe Erwartungen, die an ‚die Wissenschaft‘ gerichtet werden, anzupassen bzw. auf irgendeine Art mit ihnen umzugehen. Auch auf der Ebene individuellen Handelns lässt sich vermuten, dass die Anpassung an neue Erwartungen der Öffentlichkeit, die Effizienz von Wissenschaft und Wissensproduktion betreffend, in vielen Fällen eher nur auf der Verlaubarungsebene stattfindet und dass opportunistische Anpassungseffekte wirksam werden. Im Bereich der Lehre wäre dies beispielsweise in einer nachsichtigeren Benotungspraxis zum Zweck der – als Leistungsindikator bekannten – Steigerung von Absolvenzahlen zu finden. In der Forschung könnte es interdisziplinäre Kooperationen betreffen, die im Wesentlichen auf der Ebene der Außendarstellung interdisziplinäre Arbeitsweisen signalisieren, aber schon dadurch die von außen formulierte Erwartung befriedigen (Fuest 2014).

Zwei mögliche Kontinuen, entlang derer Reaktionsmuster von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beobachtet werden könnten, lassen sich auf der Basis dieser Ausführungen also identifizieren:

Zum einen kann ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit bzw. Bereitschaft, sich strategisch an veränderte Bedingungen anzupassen und neue Aufgaben zu internalisieren (wie eben bspw. im Bereich der Wissenschaftskommunikation, der stärkeren Berücksichtigung gesellschaftlich relevanten Anwendungsnutzens von Forschung etc.), von einer rein formalen Anpassung im Sinne der oben beschriebenen opportunistischen Anpassungseffekte unterschieden werden. Diese Unterscheidung schließt an eine neo-institutionalistische Sichtweise an, in der Legitimation für das eigene Handeln durch eine (mehr oder weniger formale) Anpassung an externen Erwartungsdruck eine wichtige Triebfeder für diese Handlungen darstellt (für den Wissenschaftsbereich vgl. z.B. Hüther u. Krücken 2016, S. 165 ff.). Opportunistische Anpassungseffekte wie die oben beschriebenen können in dieser Sichtweise mit Brunsson (1989) als Diskrepanz zwischen ‚talk, decision and action‘ interpretiert werden.

Zum anderen ließe sich das Engagement für die Abwehr von den als wissenschaftsfremd eingestuften Reformzielen als Kontinuum beschreiben (von ‚öffentlich vorgetragene Entrüstung‘ bis ‚im Verborgenen Prozesse sublimierend‘ und/oder von ‚stark ausgeprägt‘ bis ‚schwach ausgeprägt‘). Eine passende (akteur-)theoretische Figur hat Schimank (2015b) mit dem Identitätsbehaupter, der auf Identitätsbedrohungen des traditionellen akademischen Selbstbildes und der wissenschaftlichen Wertsphäre im Allgemeinen reagiert, bereits treffend beschrieben. Die Identitätsbedrohung hat ihren Ursprung insbesondere in einer gestiegenen Aufgabenrestriktivität (a.a.O., S. 283) im Sinne einer stärkeren Außensteuerung der vormals stärker autonomen und selbstgesteuerten wissenschaftlichen Tätigkeit. So ist beispielsweise die Lehre mittlerweile stärker durch (kodifizierte) Anforderungen an Kompetenzorientierung, Lernzielorientierung sowie mehr oder weniger präzise formulierte Qualitätserwartungen etc. gekennzeichnet. An die Förderung von Forschungsvorhaben werden mittlerweile stärker wissenschaftsexterne Bedingungen geknüpft, wie etwa Diversitätssensibilität und Engagement für die Wissenschaftskommunikation mit Laienpubliken.

Insofern Entscheidungsautonomie eine wesentliche Quelle für das professionelle Selbstverständnis ist, scheint gerade dieser Eingriff besonders geeignet zu sein, Strategien der Identitätsbehauptung zu provozieren. Universitäten können, wiederum organisationstheoretisch gesprochen, als lose gekoppelte Expertenorganisationen (z.B. Kehm 2012; Kloke u. Krücken

2012; Weick 1976) interpretiert werden, in denen Handlungsautonomie ein wichtiges Merkmal der Professionalität darstellt. Für die Erbringung der ihre Existenz legitimierenden Leistungen ist innerhalb der Hochschulen nur ein geringes Maß an Koordination nötig. Vielmehr orientiert sich das Handeln der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerade weniger an den Organisationszielen ihres konkreten Hochschulstandortes (im Sinne eines die Hochschule profilierenden Leitbildes für Forschung und Lehre) als an den Zielen der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft, der sie sich zugehörig fühlen und über die sie wissenschaftliche Reputation - als entscheidendes Kriterium für Prestige - zugewiesen bekommen. Entsprechend gering sind traditionell die Steuerungsmöglichkeiten der zentralen Hochschulleitung gewesen. Im Sinne einer Entfaltung wissenschaftlicher Kreativität war die Universität im Gegenteil als Expertenorganisation auf die Professorinnen und Professoren ausgerichtet und zeichnete sich durch deren Autonomie und geringe Machtunterworfenheit aus (Schimank 2015b, S. 278). Mit dem Versuch, neue Steuerungsleitbilder in die Hochschulsteuerung einzuziehen, wurden auch der Autonomieanspruch der Professorinnen und Professoren angetastet und dadurch Reaktionen provoziert, die sich als Strategien und Praktiken der Identitätsbehauptung interpretieren lassen (a.a.O., S. 285 ff.). Diese rangieren zwischen offenem Widerstand (bspw. in Form öffentlicher Brandreden gegen die Reformziele), Rollendistanz (Rückzug und innere Emigration) und subtilen Formen des Umgangs mit den ungeliebten Reformen (etwa Verweigerung, Verschleppung von Entscheidungen etc.).

Kombiniert man diese beiden Kontinuen miteinander, ergeben sich die in der Tabelle 1 dargestellten Typen von Arten des Umgangs mit den Reformzielen. Zweck dieser Typologisierung ist die Entwicklung eines heuristischen empirischen Modells, mittels dessen die Vielgestaltigkeit der Reaktionsformen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf Veränderungen im Berufsfeld Wissenschaft systematisiert werden können. Es wird hier als Vorschlag entwickelt, so dass die folgenden Interpretationen der einzelnen Typen im – wie gesagt: heuristischen Sinne als Grundlage für die Entwicklung von Hypothesen verstanden werden können.

Fundamentaloppositionelle wären – im Falle einer empirischen Bewährung des Schemas - dadurch charakterisiert, dass sie sich öffentlich gegen Reformziele und Reformpraxis entrüsten und deren Validität grundsätzlich in Zweifel ziehen. Eine Anpassung der eigenen Handlungsrouninen an neue bzw. veränderliche Organisationsziele findet bestenfalls auf der formalen Ebene und eher zu dem Zweck, eine Bühne für den Protest zu finden, statt.

Sinnbildlich könnte dafür die Teilnahme an hochschuldidaktischen Weiterbildungsveranstaltungen stehen, die dafür genutzt wird, im Kreise der Teilnehmenden die Sinnhaftigkeit der Weiterbildungsveranstaltung an sich in Zweifel zu ziehen, ebenso wie die Legitimität und Expertise der diese Veranstaltung Anbietenden und ihre Motive für das Angebot.

Tabelle 1: *Typologie des Umgangs mit Reformen im Wissenschaftssystem*

		Anpassung	
		Formal	Strategisch
Identitäts- behauptung	Offen/ Stark ausgeprägt	Fundamental- oppositionelle	Konstruktive Kritiker
	Verdeckt/ Schwach ausgeprägt	Innere Emigration	Reformaktivisten

Für *Konstruktive Kritikerinnen und Kritiker* ließe sich erwarten, dass sie zwar ebenso offensiv die Wertsphäre des Wissenschaftssystems verteidigen, dabei zugleich aber um Anschlussfähigkeit an veränderliche gesellschaftliche Erwartungen an die Wissenschaft bemüht und entsprechende Veränderungen zu internalisieren bereit sind. Dies drückt sich darin aus, dass bestimmte Aspekte der Reformagenda (bspw. Wissenschaftskommunikation zu betreiben) nicht auf grundsätzliche Ablehnung stoßen. Ihre Anpassungsbereitschaft ist mithin konditioniert und stellt nicht in Zweifel, dass Veränderungen wissenschaftsadäquat umgesetzt werden müssen.

Diejenigen, die den Weg in die *innere Emigration* angetreten haben, zeigen verdeckte oder sublimierende Praktiken der Identitätsbehauptung, wie etwa „Dienst nach Vorschrift“ oder die Vermeidung der Beteiligung an Selbstverwaltungsaktivitäten (vgl. Schimank 2015b). Dies kann letztlich auch als eine Form des Widerstands gegen die Reformziele und -praktiken interpretiert werden, allerdings stellt sich die Motivation, offen in den Widerstand einzusteigen, als schwächer ausgeprägt dar. Im Gegenteil ist erwartbar, dass die Ziele der Reformen auf der Verlautbarungsebene mitgetragen werden, aber, bspw. mit Verweis auf das nahende eigene Ausscheiden aus dem Dienst, nicht in der eigenen Umsetzungsverantwortung gesehen werden.

Die *Reformaktivisten* schließlich tragen die Ziele der Reformen inhaltlich mit, sehen keine Widersprüche zwischen akademischer Lehre und Berufsqualifizierung und akzeptieren die Notwendigkeit von Profilierung und wettbewerblicher Steuerung als legitim im Sinne des Leistungsprinzips. Für das eigene Fortkommen auf dem Karrierepfad, der in der Wissenschaft

vorgezeichnet ist, passen sie ihre Handlungsroutinen strategisch an, etwa durch den Erwerb hochschuldidaktischer Weiterbildungszertifikate oder das Eingehen von Forschungs Kooperationen. Positiv kann man ihnen dies als pragmatischen Umgang mit „den Zeichen der Zeit“ auslegen. Kritisch bzw. lässt sich darin eine gewisse Form des Karrierismus sowie die Preisgabe wichtiger Positionen des Wissenschaftsbetriebs in der Auseinandersetzung um die Bedeutung und gesellschaftliche Rolle von Wissenschaft erkennen.

4. Diskussion

Die oben entwickelte Typologie ist wie gesagt ein Vorschlag für eine systematisierende Interpretation von Reaktionsweisen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf Veränderungen des Berufsbildes, welche durch die Reformen des Wissenschaftssystems in den vergangenen Jahren angestoßen wurden. Eine wesentliche Limitation solcher Typologisierungen im Allgemeinen und entsprechend auch der hier vorgestellten ist es, dass die einzelnen Kategorien dazu neigen, nicht hinreichend trennscharf zu sein, so dass in der Empirie Mischtypen zu erwarten sind. Diese bedürfen ihrerseits der Interpretation und Systematisierung, zugleich schränken sie die Aussagekraft der Typologie an sich ein. Nichtsdestotrotz lassen solche Schemata aufschlussreiche Ergebnisse sowie im heuristischen Sinne Impulse für eine weitere Schärfung der analytischen Konzepte erwarten. Aus den Typen des Schemas lassen sich zumindest Hypothesen ableiten, die eine empirische Untersuchung orientieren könnte. So lässt sich bspw. vermuten, dass die Zuordnung zu den Typen durch bestimmte sozialstrukturelle Parameter, wie das Alter, strukturiert wird. Ebenso ist erwartbar, dass die Wissenschaftsdisziplinen unterschiedlich mit den Reformen umgehen, beispielsweise in Abhängigkeit davon, wie sehr eine quantifizierende Leistungsbeurteilung ohnehin zum common sense gehört. Zugleich würden derlei Zusammenhänge, in denen sich letztlich die Einflussstärke überindividueller Kontextfaktoren widerspiegelt, ihrerseits die Notwendigkeit nach sich ziehen, das Modell und seine theoretischen Vermutungen zu überprüfen und zu elaborieren.

Abschließend steht die Frage nach der Nützlichkeit von Erkenntnissen über Konfliktbewältigungsstrategien von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Umgang mit der Arbeitsumwelt Wissenschaft im Raum (auch wenn dadurch die Debatte um Nähe und Distanz von Wissenschaft zu Anwendungsnutzen perpetuiert wird). Anwendungsnützlich könnten Ergebnisse, die auf dem diskutierten Modell entstehen, für die Entwicklung

kontextsensiblerer Steuerungsentscheidungen werden sowie für ein tieferes Verständnis des Wissenschaftsmanagements und der Wissenschaftspolitik für Argumentationen gegen neue (zuweilen als additiv empfundene) Aufgaben und Anforderungen.

Literatur

- Bogumil, Jörg/Heinze, Rolf G. (2009). *Neue Steuerung von Hochschulen. Eine Zwischenbilanz*, Berlin: Edition Sigma.
- Brunsson, N. (1989). *The Organization of Hypocrisy. Talk, Decisions and Actions in Organizations*. Chichester, New York: John Wiley.
- Delanty, G. (2001). *Challenging Knowledge: The University in the Knowledge Society*. London: Open University Press.
- Fuest, V. (2014). "Alle reden von Interdisziplinarität aber keiner tut es" - Anspruch und Wirklichkeit interdisziplinären Arbeitens in Umweltforschungsprojekten. URL: www.heidelberger-lese-zeiten-verlag.de/archiv/online-archiv/fuestneu.pdf (zuletzt 29.12.2020).
- Hood, C. (1991). A Public Management for All Seasons. *Public Administration*, 6(3), 3-19. doi:ISSN 0033-3298.
- Hüther, O. u. Krücken, G. (2016). *Hochschulen. Fragestellungen, Ergebnisse und Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kehm, B. (2012). Hochschulen als besondere und unvollständige Organisationen? - Neue Theorien zur ‚Organisation Hochschule‘. In: U. Wilkesmann u. J. Schmid (Hrsg.), *Hochschulen als Organisation*, S.17-26. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kloke, K. u. Krücken, G. (2012). „Der Ball muss dezentral gefangen werden.“ - Organisationssoziologische Überlegungen zu den Möglichkeiten und Grenzen hochschulinterner Steuerungsprozesse am Beispiel der Qualitätssicherung in der Lehre. In: U. Wilkesmann u. J. Schmid (Hrsg.), *Hochschulen als Organisation*, S. 311-324. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lange, S. (2008). New Public Management und die Governance von Universitäten. In: *dms Der moderne Staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*. 1/2008, 235-248.
- Luhmann, N. (2002). *Das Erziehungssystem der Gesellschaft*. Herausgegeben von Dieter Lenzen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Oevermann, U. (2005). Wissenschaft als Beruf. Die Professionalisierung wissenschaftlichen Handelns und die gegenwärtige Universitätsentwicklung. *Die Hochschule*, 1/2005, S. 15-51.
- Pausits, A., Zeng, G. & Abebe, R.T. (2014). *New Public Management in Higher Education – International Overview and Analysis*. Krems, Österreich. URL: http://donau.booktype.pro/new-public-management-in-higher-education-international-overview-and-analysis/_info/ (abgerufen am 12.12.2020).

- Schimank, U. (2010). Humboldt in Bologna. Falscher Mann am falschen Ort? Eröffnungs-vortrag zur Fachtagung „Studienqualität“ der HIS GmbH, Hannover. URL: https://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/soziologie/sozii/humboldt_in_bologna_-_falscher_mann_am_falschen_ort.pdf (zuletzt 28.12.2020).
- Schimank, U. (2015a). Welche Gesellschaftstheorie braucht die Hochschulforschung? Beiträge zur Hochschulforschung, 37(4), S. 80-99. München.
- Schimank, U. (2015b). Identitätsbedrohungen und Identitätsbehauptung. Professoren an reformbewegten Universitäten. In: V. von Groddeck u. S.M. Wilz (Hrsg.), Formalität und Informalität in Organisationen (S. 277–296). Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schomburg, H. u. Flöther, C. u. Wolf, V. (2012). Wandel von Lehre und Studium an Hochschulen – Erfahrungen und Sichtweisen der Lehrenden, Projektbericht. Kassel. Internationales Zentrum für Hochschulforschung (INCHER), Universität Kassel. URL: https://www.hrk-nexus.de/uploads/media/HRK_nexus_LESSI.pdf (zuletzt 28.12.2020).
- Seyfried, M., Ansmann, M. u. Pohlenz, P. (2019). Institutional isomorphism, entrepreneurship and effectiveness: the adoption and implementation of quality management in teaching and learning in Germany. *Tertiary Education and Management*, 25, 115-129, <https://doi.org/10.1007/s11233-019-09022-3>
- Teichler, U. (2016). „Employability“ und der Bologna-Prozess. In: Müller, W. (Hrsg.): Ist der Bologna-Prozess gescheitert? S. 63-78. Bielefeld: Universitätsverlag Webler.
- Weick, K. (1976). Educational Systems as loosely coupled systems. In: *Administrative Science Quarterly*, 21, 1-19.
- Weingart, P. (2003). *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld: transcript.

PEER PASTERNAK

Auch noch Wissenschaftskommunikation als Beruf?

Abstract

Wieviel Wissenschaftskommunikation ist nötig, und ist das Ansinnen, jede und jeder Wissenschaftler.in müsse auch Wissenschaftskommunikation betreiben, legitim? Zur Beantwortung wird erstens Wissenschaftskommunikation als jegliche direkte oder durch Kommunikationsprofessionelle vermittelte Kontaktaufnahme und -pflege der Wissenschaft mit ihrer Umwelt gefasst. Zweitens werden zwei Hauptfunktionen von Wissenschaftskommunikation benannt. Diese begründen, drittens, drei Formengruppen der Wissenschaftskommunikation, welche wiederum acht Grundformen gliedern. So ergibt sich eine unverkürzte Sicht nicht nur auf die mögliche, sondern auch die bereits stattfindende Wissenschaftskommunikation. Deutlich wird, dass zahlreiche ihrer Varianten heute gar nicht als Wissenschaftskommunikation erkannt werden. Eine Erörterung von aktuell beobachtbaren Infragestellungen herkömmlicher Art, Wissenschaft zu treiben, vor allem zurückgehender gesellschaftlicher Komplexitätstoleranz, führt zu den Fallen der Wissenschaftskommunikation. Daran anschließend wird für eine pragmatische Sicht auf Wissenschaftskommunikation als Teil der Berufsrolle plädiert und werden entsprechende Umgangsweisen mit diesbezüglichen Anforderungen benannt.

Prof. Dr. Peer Pasternack
Institut für Hochschulforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
E-Mail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

1. Das Problem

Der Wissenschaftlerberuf ist durch anspruchsvollste Rollenkomplexität bestimmt, insofern Wissenschaftler:innen vieles zugleich sein sollen: gut in der Forschung wie in der Lehre, kognitive Innovateure, begeistert in der Selbstverwaltung, erfolgreich im Netzwerkmanagement und bei der Drittmittelinwerbung, hinreichend fintenreich gegenüber der Hochschulverwaltung, gelassen und kompetent in der Mitarbeiterführung – und nun auch noch: souveräne Instrumentalisten auf allen alten und neuen Medien wie auch unablässige Erzeuger öffentlicher Resonanz und nimmermüde Übersetzer wissenschaftlicher Fragestellungen auf gesellschaftliche Relevanzbedürfnisse hin. Denn seit einiger Zeit wird versucht, die wissenschaftliche Berufsrolle um eine zusätzliche Facette zu erweitern, die der Wissenschaftskommunikation.

Diese Bestrebungen werden vor allem von außen an die Wissenschaft herangetragen. Doch Kommunikationstalente wie Hans-Joachim Schellnhuber, Franz Walter, Hans-Werner Sinn oder Heinz Bude zeigten auch in der Vergangenheit bereits, wie es gelingen kann, wissenschaftliche Ergebnisse in öffentlichkeitsfähige Botschaften zu transformieren. Seit März 2020 führen es einige Virologen sehr prägnant vor. Indes ist Wissenschaftskommunikation mehr als nur die Kommunikation von Einzelpersonen. Im Kontext sog. transdisziplinärer Forschung, transformativer Wissenschaft, der Third Mission der Hochschulen, nötiger wissenschaftlicher Beiträge zu Sozialer Innovation usw. steht sie auch als Anforderung an das Wissenschaftssystem insgesamt schon länger auf der Tagesordnung, und zwar streitig.

Innerhalb der Wissenschaft wird die Forderung nach (mehr) Wissenschaftskommunikation häufig nicht als Teil von Wissenschaft als Beruf, sondern als abweisungsbedürftige Zumutung behandelt. Es gibt auch eine Geringschätzung von Wissenschaftskommunikation, die sich in Berufungsverfahren nachteilig auswirken kann – „Der war schon mal im Fernsehen“ – oder als süffisante Gesprächseröffnung dient: „Herr Kollege, wie ich sah, schreiben Sie jetzt für den Bahnhofsbuchhandel.“

Das BMBF hat 2019 mit einem Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation der Sache eine drängende Akzentuierung gegeben: „Es ist ... notwendig, dass sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den öffentlichen Diskurs einbringen, über ihre Forschungsarbeit allgemeinverständlich kommunizieren und in Zusammenhänge einordnen.“ Dies müsse „ein selbstverständlicher Teil wissenschaftlichen Arbeitens“ werden. Das

BMBF werde daher, so die Ankündigung, die Wissenschaftskommunikation als integralen Bestandteil der BMBF-Förderung ausbauen. (BMBF 2019: 2-4) Die Bundesforschungsministerin spitzte es in einem Interview nochmals zu: „Jeder und jede in der Wissenschaft ist gefordert, in den Dialog mit der Gesellschaft zu treten“ (Karliczek 2019). Damit sind aus Sicht des BMBF vor allem Wissenschaftler:innen die primären Akteure der Wissenschaftskommunikation.

Die Frage ist, wieweit Wissenschaftskommunikation Teil der Rollendefinition von Wissenschaftler:innen sein sollte und sein kann.

2. Was ist Wissenschaftskommunikation?

In gewisser Weise hat Max Weber in „Wissenschaft als Beruf“ auch etwas zur Wissenschaftskommunikation gesagt, und zwar, indem er Tolstoi zitierte. Dieser habe bekundet, dass die Wissenschaft sinnlos sei, weil sie auf die allein für uns wichtige Frage: „Was sollen wir tun? Wie sollen wir leben?“ keine Antwort gebe. Die Frage sei nur, so nun wieder Weber, „in welchem Sinne sie ‚keine‘ Antwort gibt, und ob sie statt dessen nicht doch vielleicht dem, der die Frage richtig stellt, etwas leisten könnte“ (Weber 1919: 21).

In welcher Rolle sich dieses Leisten-Können vollziehen müsse, war für Weber aber auch klar: Die Qualitäten, die jemanden zu einem ausgezeichneten Gelehrten und akademischen Lehrer machen, machten ihn weder zum Führer auf dem Gebiet der praktischen Lebensorientierung noch dem der Politik (ebd.: 29f.). Also: Aus der Wissenschaftlerrolle ergebe sich keine Wegweisungsrolle.

Das nun ist heute ein weitgehender Konsens, innerhalb wie außerhalb der Wissenschaft. Die Forderungen nach mehr Wissenschaftskommunikation zielen der Sache nach auf etwas anderes: Es geht um die Überbrückung einer Grenze, die zugleich die Grenze erhält, zwischen wissenschaftlichen Wissensformen einerseits und praktischen Wissensformen sowie Handlungsprogrammen andererseits. Würde diese Grenze aufgehoben, wären entweder die Wissenschaft oder die Praxis oder beide toxisch kontaminiert – die eine von den Interessen und Idiosynkrasien der Praxis, die andere von den Idiosynkrasien und den für die Praxis nicht relevanten Aspekten der Forschung.

Nun ist Kommunikation ein zentraler Operationsmodus der Wissenschaft: Wissenschaft realisiert sich zentral in kommunikativen Prozessen. Grundsätzlich sind dabei aber zwei Kommunikationen voneinander zu unterscheiden: die wissenschaftliche, d.h. wissenschaftsinterne Kommuni-

kation oder *scholarly communication*, und die Wissenschaftskommunikation, d.h. wissenschaftsexterne Kommunikation oder *science communication*. Zwar wird diese Unterscheidung in der einschlägigen Literatur nicht durchgehend vorgenommen. Es findet sich in der Wissenschaftskommunikationsforschung auch die Tendenz, eine Art kommunikativer Allzuständigkeit zu beanspruchen: „Wir verstehen Wissenschaftskommunikation als alle Formen von auf wissenschaftliches Wissen oder wissenschaftliche Artikel fokussierter Kommunikation, sowohl innerhalb als auch außerhalb der institutionalisierten Wissenschaft, inklusive ihrer Produktion, Inhalte, Nutzung und Wirkung“, heißt es in einer einschlägigen Tagungsdokumentation (Schäfer/Kristiansen/Bonfadelli 2015: 13).

Hier wird also Wissenschaftskommunikation nicht nur im engen Sinne auf wissenschaftliche Außenkommunikation beschränkt, sondern steht als Sammelbegriff für „intra-, inter- und extrawissenschaftliche Kommunikation“ (Bauernschmidt 2018: 22, unter Bezugnahme auf Daum 1998: 27). Dieses Deutungsangebot erscheint allerdings dermaßen inklusiv, dass sich die Frage erhebt, was eigentlich *nicht* Teil solch einer Wissenschaftskommunikation wäre. Wissenschaftliche und Wissenschaftskommunikation nicht zu differenzieren, gleiche dem Versuch, die Kommunikation von Fußballern auf dem Platz und die Fußballberichterstattung in den Medien unter der Überschrift „Fußballkommunikation“ zu integrieren.

Im folgenden soll Wissenschaftskommunikation stattdessen so verstanden werden: Sie ist die direkte oder durch Kommunikationsprofessionelle vermittelte Kontaktaufnahme und -pflege der Wissenschaft mit der Nichtwissenschaft, also mit der Umwelt der Wissenschaft. Sie macht wissenschaftliche Themen, Zugänge und Ergebnisse nach außen so sichtbar, dass externe Adressaten diese in irgendeiner Weise als für sich relevant wahrnehmen können. Im Idealfall entwickelt sie sich zu einer wechselseitigen, d.h. dialogischen Kommunikation, womit eine regulative Idee formuliert ist: immer anzustreben, nie vollständig zu erreichen, aber nicht aufgebbar.

3. Formengruppen und Grundformen der Wissenschaftskommunikation

Muss nun jede und jeder Wissenschaftskommunikation treiben? Die Antwort auf diese Frage lässt sich zunächst pragmatisch angehen, indem man sich die Frage vorlegt, was in dieser Hinsicht denn eigentlich schon stattfindet. Das Ergebnis vorweggenommen: Es gibt mehr Wissenschaftskommunikation als man denkt.

nikation, als man gemeinhin denkt, und es gibt darunter zahlreiche Varianten, die gar nicht als Wissenschaftskommunikation erkannt werden. Das heißt unter anderem: Sehr viele Wissenschaftler:innen betreiben heute bereits aktiv Wissenschaftskommunikation, ohne dass ihnen dies zwingend bewusst ist.

Gehen wir von der oben formulierten Bestimmung aus – Wissenschaftskommunikation ist Kontaktaufnahme und -pflege der Wissenschaft mit der Nichtwissenschaft –, so erscheint es nötig, einem nach wie vor verbreiteten Verständnis entgegenzuarbeiten: Demnach handle es sich bei Wissenschaftskommunikation vor allem um organisationale Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaftsmarketing. Diese Fehleinschätzung mag dem Umstand geschuldet sein, dass Wissenschaft seit dem 19. Jahrhundert primär organisationsgestützt stattfindet und somit unter Prämissen der Organisationsgesellschaft bearbeitet wird.

Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaftsmarketing sind durchaus Teile von Wissenschaftskommunikation, werden aber nahezu ausschließlich von Kommunikationsprofessionellen betrieben. Sie berühren die Frage, ob und wie Wissenschaftskommunikation durch Wissenschaftler:innen stattfindet, kaum. Das ändert sich, wenn man sich vergegenwärtigt, in welchen sonstigen Weisen die Wissenschaft Kontakte mit der Nichtwissenschaft aufnimmt und pflegt. Es lassen sich dann, in Abhängigkeit von ihren Zielen, drei Formengruppen identifizieren.

Die Ziele wissenschaftskommunikativer Bemühungen können Beiträge zu außerwissenschaftlichen Problemlösungen und Information der Öffentlichkeit sein. Die Formengruppen, in denen Wissenschaftskommunikation entfaltet wird, sind demgemäß: primär problemlösungsorientiert, primär öffentlichkeitsorientiert und gleichermaßen problemlösungs- wie öffentlichkeitsorientiert. Diese drei Gruppen wiederum gliedern acht verschiedene Grundformen der Wissenschaftskommunikation:

- Die *primär problemlösungsorientierte Wissenschaftskommunikation* wird realisiert als (1) Wissenstransfer (in Wirtschaft und Gesellschaft) sowie (2) wissenschaftliche Beratung (Politikberatung und Organisationsberatung).
- Die *primär öffentlichkeitsorientierte Wissenschaftskommunikation* umfasst (3) die Wissenschaft in der Medienöffentlichkeit (Öffentlichkeitsarbeit, krisenkommunikative Verarbeitung von wissenschaftsbezogenen Skandalisierungen, Wissenschaftsjournalismus) sowie (4) Wissenschaftspopularisierung und Scitainment (wissenschaftsgebundene Bildung durch Unterhaltung).

Nr.	Funktionsgruppe	Grundform	Kommunikationsform	Funktionen & Ziele	Beispiele
1	I. Primär problem-lösungs-orientiert	WISSENS-TRANSFER	Wissenstransfer in Wirtschaftskooperationen	Produkt- oder/und Verfahrensinnovationen	FuE-Projekt, Wissenschafts-Wirtschafts-Netzwerk
			Wissenstransfer in nicht-kommerziellen Kooperationen	Wissensausstattung der Zivilgesellschaft und soziale Innovationen	Community Engagement, Wissenschafts-Region-Netzwerk, Beteiligung an Ausstellungsverbereitung, Service Learning
2		WISSENSCHAFTLICHE BERATUNG	Politikberatung	Überbrückung von Erklärung und Entscheidung	Mitgliedschaft in Beratungsgremium, gutachtliche Tätigkeit
			Organisationsberatung	Überbrückung von Erklärung und Optimierung	wissenschaftliche Begleitung von Organisationsentwicklungsprojekt, Evaluation von OE-Prozess
3	II. Primär öffentlichkeits-orientiert	WISSENSCHAFT IN DER MEDIEN-ÖFFENTLICHKEIT	Öffentlichkeitsarbeit	Information, organisationale Interessensicherung und Imagebildung	Pressemitteilung, Wissenschaftlerinterview, Markenbildung
			Krisenkommunikation: wissenschaftsbezogene Skandalisierungen	Skandalbewältigung ohne Imageschäden	Öffentlichkeitsarbeit, Untersuchungskommission
			Wissenschaftsjournalismus	übersetzende und einordnende Information	Forschungs- und Hochschulberichterstattung, Wissenschaftspolitikberichterstattung
4		WISSENSCHAFTS-POPULARISIERUNG & SCITAINMENT	Traditionelle Wissenschaftspopularisierung	unterhaltende Bildung	Kinderuni, Seniorenuni, Sachbuch, Wissenschaftsmuseum
			Eventisierung und Festivalisierung	unterhaltende Bildung unter Berücksichtigung veränderter Rezeptionsgewohnheiten	Lange Nacht der Wissenschaften, Science Slam, FameLab, TEDx, Pecha Kucha-Nacht

Nr.	Funktionsgruppe	Grundform	Kommunikationsform	Funktionen & Ziele	Beispiele
5	III. Problemlösungs- und öffentlichkeitsorientiert	ÖFFENTLICHE WISSENSCHAFT	Öffentlich engagierte Wissenschaft	Teilhabe an wissenschaftlichem Wissen zur Gesellschaftsgestaltung	Public History, Öffentliche Soziologie, Service Learning
			Citizen Science	Laien-Partizipation an Forschung	phänologische oder astronomische Beobachtung, Datensammlung zu Artenvorkommen, lokalgeschichtliche Forschung
6		WISSENSKOMMUNIKATION FÜR LOKAL- UND REGIONAL-ENTWICKLUNGEN	Wissenstransfer + Politikberatung + Öffentlichkeitsarbeit + Wissenschaftspopularisierung + Öffentlich engagierte Wissenschaft	Anschlüsse an überregionale Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -dissemination	Community Engagement, Wissenschafts-Region-Netzwerk, Mitwirkung an Stadtentwicklungskonzept, Erarbeitung eines Tourismus-Konzepts
7		KRISENHILFEKOMMUNIKATION	Wissenstransfer + Politikberatung + Öffentlichkeitsarbeit	Wissenschaft als Akuthelferin in gesellschaftlichen Erschütterungen	Klimaforschungskommunikation, Corona-Krisenbewältigung
8		WISSENSCHAFTSPOLITISCHE KOMMUNIKATION DER WISSENSCHAFT	Public Affairs und Lobbyismus	konsensuale Sicherung von Eigeninteressen	intermediäre Organisation (z.B. Landestorenkonferenz), Pressure Group (z.B. German U15, TU9)
			protestgebundene Kommunikation	konfliktive Sicherung von Eigeninteressen	öffentlich ausgetragener Haushaltskonflikt, Studentenprotest

Abbildung 1: *Systematisierung der Wissenschaftskommunikation* (© Peer Pasternack)

Abbildung 1 aus: Pasternack, Peer (2021): Auch noch Wissenschaftskommunikation als Beruf?, in: Harald A. Mieg/Christiane Schnell/Rainer E. Zimmermann (Hg.), *Wissenschaft als Beruf: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*, Wissenschaftlicher Verlag Berlin, S. 218-219.

- Die *problemlösungs- wie öffentlichkeitsorientierte Wissenschaftskommunikation* integriert (5) Praktiken Öffentlicher Wissenschaft (z.B. Citizen Science oder Public Sociology), (6) Wissenskommunikation für Lokal- und Regionalentwicklungen (Herstellung von Anschlüssen an überregionale Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -dissemination), (7) Krisenhilfe-Kommunikation im öffentlichen Interesse (Wissenschaft als Akuthelferin in gesellschaftlichen Erschütterungen) sowie (8) die wissenschaftspolitische Kommunikation der Wissenschaft (auf die Verbesserung der eigenen Handlungsbedingungen zielend).

In all diesen acht Grundformen wird die Grenze zwischen Wissenschaft und Nichtwissenschaft kommunikativ überbrückt. Fallweise gibt es dabei Überschneidungen. Insbesondere in der integrativen Formengruppe 3 werden Kommunikationsformen der Gruppen 1 und 2 zusammengeführt. Doch keine der Grundformen geht vollständig in einer der anderen auf. Das lässt sich anhand ihrer primären Ziele und Funktionen plausibilisieren. Zugleich kann durch die Nennung von konkreten Beispielen verdeutlicht werden, wie breit die Wissenschaftskommunikation heute bereits aufgestellt ist (Abbildung 1). Im Anschluss daran kann sich jede Leserin, jeder Leser aus den je eigenen Alltagserfahrungen die Frage beantworten, wieviele Wissenschaftler.innen es eigentlich gibt, die *keine einzige* dieser Formen der Wissenschaftskommunikation betreiben.

Vergegenwärtigt man sich diese Vielfalt an real existierender kommunikativer Kontaktpflege der Wissenschaft mit der Nichtwissenschaft, dann stellt sich die Frage, wie die drängenden Forderungen begründet sind, Wissenschaftskommunikation müsse „ein selbstverständlicher Teil wissenschaftlichen Arbeitens“ werden (BMBF 2019: 2). Ist sie es nicht längst? Es gibt eine offenkundige Diskrepanz zwischen wissenschaftskommunikativen Aktivitäten einerseits und der öffentlichen Wahrnehmung, dass die Kommunikationsfreude der Wissenschaft unterausgeprägt sei, andererseits. Hier scheint sich die Wissenschaft auch selbst ein wenig im Wege zu stehen. Gemäß ihrer traditionellen Selbstbeschreibung könne sie ihre gesellschaftliche Funktion optimal allein in Distanz zur Gesellschaft erfüllen. Für diese Selbstbeschreibung aber gelingt es nur noch bedingt, Legitimität zu organisieren.

4. Drei Infragestellungen der Wissenschaft

An die Stelle der traditionellen Selbstbeschreibung sind mittlerweile Modelle einer Wissensproduktion getreten, die vielfach mit der Gesellschaft verwoben ist. Nachdem sich das herkömmliche lineare Innovationsmodell (vgl. Bush 1945) mit seiner idealisierenden Forschungskette (zweckfreie Grundlagenforschung → anwendungsorientierte Forschung → Entwicklung und Beratung) empirisch erledigt hatte, war es durch ein interaktives Innovationsmodell ersetzt worden (vgl. Abernathy/Utterback 1978). Dieses inspirierte das Modell der „Triple Helix“, wonach die drei Sphären Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Überlappungsbereiche aufwiesen, in denen gemeinsame Netzwerke und hybride Organisationen angesiedelt sind (Leydesdorff/Etzkowitz 1996, Etzkowitz/Leydesdorff 1997). Es folgten der Clusteransatz (vgl. Meyer-Stamer 2000), der politische Ansatz der Regionalen Innovationssysteme (RIS) (EU-Kommission 2006) und daran anschließend das RIS-University-Model (Regional University System, vgl. Autio 1998; Asheim/Gertler 2005).

Parallel wurden die ökonomistische Schlagseite dieser Konzepte kritisiert und die „Wissensgesellschaft“ konzeptualisiert (vgl. Böhme/Stehr 1986), gesteigert dann zur „Wissenschaftsgesellschaft“ oder zur „verwissenschaftlichten Gesellschaft“ (Weingart 2003: 8f.). Der „mode 2“ der Wissensproduktion (Gibbons et al. 1994; Nowotny/Scott/Gibbons 2001), das Konzept einer transformativen Wissenschaft (Schneidewind/Singer-Brodowski 2014), der Third-Mission-Ansatz (z.B. Laredo 2007; Henke/Pasternack/Schmid 2017) oder das Konzept der Sozialen Innovation (vgl. Howaldt/Jacobsen 2010) bemühten sich, die Kritik produktiv zu machen.

Diese postmodernen Konzepte der Wissenproduktion ebneten tendenziell die vertraute Unterscheidung zwischen wissenschaftlichem Wissen und anderen Wissensformen ein – mit ambivalenten Folgen für die Wahrnehmung der Wissenschaft: Während sie mit der Beförderung von Wissen zum dominanten Produktionsfaktor eine erhebliche Aufwertung erfährt, wird ihr zugleich die Monopolstellung in der Wissensproduktion und -distribution entzogen. Dies impliziert – spannungsreich – zweierlei: die Steigerung sowohl der gesellschaftlichen Bedeutung der Wissenschaft für ihre Umwelt als auch ihrer Abhängigkeit von dieser Umwelt. Das bewegt sich aber noch im herkömmlichen Horizont eines aufgeklärten Wissenschaftsverständnisses.

Inzwischen jedoch tritt eine Entwicklung hinzu, welche die Fragilität auch dieses Horizonts deutlich werden lässt. Die Entwicklung kann als

zurückgehende gesellschaftliche Komplexitätstoleranz markiert werden. Auf eine solche Toleranz aber ist Wissenschaft angewiesen, da sich ihre komplexen Untersuchungsgegenstände nicht nichtkomplex bearbeiten lassen. Indem jedoch in öffentlichen Debatten Komplexität zunehmend abgewiesen wird, ist die außerwissenschaftliche Akzeptanz und Reputation wissenschaftlichen Wissens nicht mehr selbstverständlich.

Verstärkt sind Interventionen zu beobachten, denen grundsätzliche epistemologische Infragestellungen zugrundeliegen. Sie beziehen sich entweder auf wissenschaftliche Ergebnisse oder die Modalitäten ihres Zustandekommens oder die Selbststeuerungspotenziale der Wissenschaft. Dabei sind sie höchst unterschiedlicher Art, Herkunft und Motivation, stellen aber jeweils die Legitimität der bisherigen Weise, Wissenschaft zu treiben, infrage:

- Erwartet wird von der Wissenschaft erstens – nicht zuletzt durch politische Akteure – eine verstärkte außerwissenschaftliche *Relevanzorientierung*. Dabei geht es z.B. um innovationspolitische Inanspruchnahmen der Wissenschaft oder um Mitwirkungen an der Bearbeitung globaler Herausforderungen, den sog. Grand Challenges. Im Zusammenhang der Letzteren geht es um die Mobilisierung der Wissenschaft für eine Große Transformation, um letztlich das Überleben der Menschheit zu sichern. Dies erfordere den Übergang zum Konzept einer „transformativen Wissenschaft“ (Schneidewind/Singer-Brodowski 2014). Sei die deutsche Wissenschaftspolitik in den 1950er und 60er Jahren vor allem staatsgetrieben gewesen, danach bis in die Gegenwart industriegetrieben, so stehe jetzt die Etablierung einer gesellschaftsgetriebenen Wissenschaft an (BUND 2012: 21). Von der „Wissenschaft über“ müsse man zur „Wissenschaft für“ gelangen (ebd.: 6).
- Zweitens: Die ethische und politische Reflexion wissenschaftlicher Forschung gehört durchaus zum tradierten Bestand des wissenschaftlichen Diskurses, doch tritt dem punktuell ein *moralischer Rigorismus* zur Seite. Dieser strebt – etwa als Ausdruck politischer Korrektheit oder von Identitätspolitik – weniger die Kritik, vielmehr die Exklusion wissenschaftlicher Positionen, Personen oder Organisationen aus dem wissenschaftlichen Feld an, so sie mit bestimmten politisch-normativen Inhalten in Verbindung gebracht werden. Eine solche Präformierung wissenschaftlicher Sagbarkeitsregeln limitiert, unabhängig von der Berechtigung der vorgetragenen Ansprüche, die Debatte konkurrierender wissenschaftlicher Ansätze und kann so die Legitimität der Wissenschaft insgesamt untergraben.

- Drittens zielen *populistische Diskurse* auf eine Relativierung bzw. Delegitimierung der Autorität wissenschaftlichen Wissens allgemein, indem dessen bisheriger Status als Wissen mit den höchsten Gewissheitsgraden infrage gestellt wird. Am intensivsten zeigt sich dies derzeit in den Auseinandersetzungen um die Ergebnisse der Klimaforschung. Ein exemplarisches Zitat aus dem Programm der Partei Alternative für Deutschland:

„Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen basierend auf computergestützten Simulationen des IPCC (Weltklimarat). Kohlendioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens. | Der IPCC versucht nachzuweisen, dass die von Menschen verursachten CO₂-Emissionen zu einer globalen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen. Hierzu beruft man sich auf Computermodelle, deren Aussagen durch Messungen oder Beobachtungen nicht bestätigt werden. Seit die Erde eine Atmosphäre hat, gibt es Kalt- und Warmzeiten. Wir leben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der mittelalterlichen und der römischen Warmzeit. Die IPCC-Modelle können diese Klimaänderungen nicht erklären. [...] IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO₂ auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.“ (AfD 2016: 156)

Obgleich diese drei Interventionen sehr unterschiedlicher Herkunft und Berechtigung sind, transportieren sie doch auf formaler Ebene alle – jeweils verschiedene – gesellschaftliche Kontroversen, mit denen sich die Wissenschaft um ihrer fortdauernden Legitimität willen auseinandersetzen muss. Auf einer gleichsam ‚technischen‘ Ebene treffen sie sich ebenfalls: Der Wissenschaft werden völlig neue Intensitäten und Qualitäten der Kontaktaufnahme und -pflege mit der Nichtwissenschaft wahlweise angesonnen oder aufgenötigt. Eine Tiefenanalyse dieser Problemkonstellationen muss über das bloße Konstatieren funktionaler Differenzierung als primärer Struktur der Gegenwartsgesellschaft hinausgehen – und damit über die bisher häufige Antwort der Wissenschaft auf Forderungen nach Öffnung und gesellschaftlicher Relevanzorientierung.

Wissenschaft kann jedenfalls nicht mehr auf unhinterfragte Akzeptanz rechnen. Ebenso die Definition von Forschungsfragen, wie der wissenschaftliche Bearbeitungsprozess, wie die Nutzung der Ergebnisse, aber auch die Gestaltung von Studiengangcurricula und Lehrprozessen unterliegen potenziell wissenschaftsexternen Anfragen. Diese folgen aus dem Charakter

einer sowohl offenen als auch verwissenschaftlichten Gesellschaft. Dort zählt es mittlerweile zum allgemeinen Kenntnisstand, dass Wissenschaft die Zahl der Gewissheiten um den Preis steigert, zugleich die Zahl der Ungewissheiten zu vervielfältigen. Die Corona-Krisenkommunikation der Wissenschaft entwickelte, indem sie auch eine Art Schnellkurs in „Wissenschaftstheorie für alle“ war, die forschungsbezogenen Einsichten des Publikums zusätzlich: Schreibt Wissenschaft dem eigenen Wissen den höchsten Grad an Erkenntniskraft zu, so ist dieses aber genau deshalb, weil sie sich an den Fronten des Wissens bewegt, auch mit der höchsten Wahrscheinlichkeit an Korrekturbedürftigkeit verbunden. Dieser Umstand wiederum dämpft die Neigung des Publikums, sich kommunizierend einzuschalten, weniger, als es sie befeuert.

Die gelingende externe Kontaktpflege der Wissenschaft wird damit auch zu einem Qualitätsmerkmal für wissenschaftliche Prozesse. Dieses Qualitätsmerkmal vermag im Erfolgsfall sicherzustellen, dass die Wissenschaft ihre Legitimität im Sinne sozialer Akzeptanz fortwährend zu erneuern in der Lage ist. Sie erscheint gut beraten, an der Herstellung dieser Akzeptanz aktiv mitzuwirken, und transakademische Kontakte jeglicher Art bedürfen der aktiven Gestaltung. Dabei aber sind auch reichlich Kommunikationsfallen aufgestellt.

5. Kommunikationsfallen

Eine durchaus eigene Ironie hat es, dass die Wissenschaft unter einem begrifflichen Label Kontakt zu ihrer Umwelt aufzunehmen versucht, das noch nicht einmal in den eigenen Reihen zweifelsfrei verstanden wird, geschweige denn bei den Adressaten: „Transdisziplinarität“. Wissenschaftskommunikativ ist der Begriff eine Merkwürdigkeit. Diese enthält auch Auskünfte darüber, wie es um die sphärenübergreifenden kommunikativen Kompetenzen in der Wissenschaft steht: Gemeint ist mit Transdisziplinarität, dass die Grenzen der Wissenschaft überschritten werden, indem wissenschaftliches und praktisches Wissen zusammengeführt werden. Nun ist aber weder das wissenschaftliche Wissen eine Disziplin noch das praktische Wissen eine andere, die dann transitorisch zu verbinden wären. Hingegen ist die Wissenschaft in Disziplinen gegliedert. Daher ist das Begriffsverständnis nicht intuitiv. Es wird folglich fortlaufend missverstanden, nicht zuletzt in der Wissenschaft selbst, nämlich als Sonderform der Inter- oder Multidisziplinarität.

Soll das, was gemeint ist, korrekt bezeichnet werden, dann muss von *transakademischer* Forschung gesprochen werden: Die Grenzen der Wissenschaft sollen – unter Nutzung der Möglichkeiten der Wissenschaft – überschritten werden. Man könnte hier spekulieren: Wieviele Adressaten mag die Wissenschaft nur deshalb als mögliche Partner nicht gewonnen haben, weil diese ausgestiegen sind, als sie merkten, dass bereits der ‚Markenname‘ erklärungsbedürftig ist, und sie daraus Schlüsse auf die vermutliche weitere Kommunikation zogen?

Es gibt aber auch eine Reihe herkömmlicher Kommunikationsprobleme innerhalb der Wissenschaft. Besondere Herausforderungen in der Wissenschaftskommunikation stellen z.B. Bewertungen und Empfehlungen dar. Sie werden von außen häufig erwartet und von Wissenschaftler:innen meist ungern abgegeben. Die Gründe für letzteres sind vor allem drei: Bewertungen und Empfehlungen können konfliktbehaftet sein. Ihre Formulierung zwingt zu einer Eindeutigkeit, welche die Informationsbasis überstrapazieren kann. Sie können die Grenze zwischen Analyse und Entscheidung – und damit die Grenze zwischen den Rollen von Wissenschaftlern und Wissenanwendern – aufweichen.

Wissenschaftliches Wissen kann keine ‚absolute‘ Gewissheit beanspruchen. Daher können Wissenschaftler zwar keine Wahrheiten formulieren, allerdings wahrheitsfähige Aussagen und Wahrscheinlichkeiten. Wird Forscher:innen aber auf dieser Basis Handlungswissen abverlangt, so befürchten sie häufig zweierlei: entweder eine unzuträgliche Verstrickung der Wissenschaft in forschungsfremde Verzweckung oder aber weitgehende Einflusslosigkeit bei Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Standards. Hier steht dann latent die Frage im Raum, ob tatsächlich praktischer Einfluss nur um den Preis der opportunistischen Verstrickung zu haben ist bzw. wissenschaftliche Seriosität allein unter Inkaufnahme der Einflusslosigkeit.

Wissenschaft ist auf Differenzierung, Horizontüberschreitung, multikausale Erklärungen, die Einbeziehung von Paradoxien, Dilemmata, Zielkonflikten, Alternativen sowie Optionalitäten und damit auf Nachhaltigkeit aus. Derart aber stößt sie auch an Grenzen der schnellen Konsumierbarkeit. Forschungsergebnisse sind häufig nicht umstandslos ‚lesbar‘. Sie sind daher durch Praktiker in ihrer Relevanz nur schwer einzuschätzen. Deshalb bedarf es hier Übersetzungsleistungen. Einerseits müssen die Ergebnisse hinsichtlich ihrer Handlungsrelevanz aufbereitet werden. Andererseits bedeutet Wissenstransfer in Anwendungskontexte, die Komplexität der Darstellungsformen zu reduzieren. Es bedarf adressatengerechter Übersetzungen, die sich auf zweierlei beziehen: die Anpassung der Komplexitätsniveaus an die

gegebenen Resonanzfähigkeiten der Nichtwissenschaftler:innen und Übersetzungen der wissenschaftlichen in alltagsnahe Sprache. Hier gibt es regelmäßig Widerstände seitens der Forschenden: Sie möchten ihre Ergebnisse nicht ‚simplifiziert‘ dargestellt sehen.

Lässt sich Wissenschaft auf Anwendungskontexte ein, dann zielt sie darauf, die Problemhorizonte der Praxisakteure zu erweitern bzw. zu überschreiten. Daher muss sie gegenüber den aktuellen und situationsgebundenen Problemwahrnehmungen der Adressaten qua Ausdifferenzierung weitere Dimensionen des je konkreten Problems sichtbar machen. Dagegen erwarten die Adressaten häufig

- weniger Forschung, sondern unmittelbare umsetzbare Beratung,
- weniger Irritation als Bestätigung,
- weniger die Auflösung von Gewissheiten, vielmehr deren argumentative Bekräftigung,
- weniger grundsätzliches Rasonieren, sondern Handlungswissen, und dieses möglichst in Form von abarbeitbaren Checklisten.

Eine stärker sich selbst reflektierende Praxis erwartet zumindest zweierlei: Ihre aktuellen und situationsgebundenen Problemwahrnehmungen mögen seitens der Wissenschaft kompetent eingeordnet werden. Und die Forschung soll Problemlösungswege vor dem Hintergrund der Kenntnis langfristiger Trends, vergleichbarer Fälle, relevanter Kontexte, prognostischer Wahrscheinlichkeiten, typischer Fehler, nichtintendierter Handlungsfolgen und alternativer Optionen entwerfen.

Praxisakteure und Öffentlichkeit benötigen auch jeweils unterschiedliche Wissensarten: Beschreibungswissen (was passiert?), Erklärungs- und Deutungswissen (warum passiert es?), Handlungswissen (was kann getan werden?) und Beratungswissen (wie kann es getan werden?). Die Kommunikationsformen müssen gleichfalls die verschiedenen Adressaten in Rechnung stellen. Während sich wissenschaftliche Kolleg:innen über wahrheitsfähige Aussagen interessieren lassen, erwarten Praxisakteure anwendungsrelevante Informationen und transferfähige Konzepte, und die allgemeine Öffentlichkeit muss mit einem Wissen angesprochen werden, das zu Botschaften verdichtet und zugespitzt ist.

Dabei sind manche Grenzen durchaus unüberschreitbar: Wissenschaft wird Externen niemals *vollständig* transparent machen können, was sie tut. Das ist ähnlich wie bei Winzern, die Führungen für Laien durch ihre Weinberge anbieten: Wer Wein anbaut, vermag es zwar zumeist, die Zusammenhänge von Boden, Rebsorte, Klima, Wetter, Pflanzenpflege und Gaumensensorik in erklärende Worte zu fassen. Doch gelingt es kaum, wirklich

nachvollziehbar die intuitiven Anteile der Faktorengewichtung zu vermitteln. Winzerinnen und Forscher können die Grenzen ihrer Kommunikationsbemühungen immer dann erkennen, wenn Laien eine adressatengerecht offerierte Argumentation weder kognitiv noch sprachlich zu reproduzieren vermögen.

Der Grund: Übersetzungen jeglicher Art sind nie verlustfrei zu haben. Allerdings liegt die alternative Option zum Wissenstransfer der Forschung mit Übersetzungsverlusten nicht im Transfer ohne Übersetzungsverluste – sondern wäre der Nichttransfer des Forschungswissens, das zwar so vor der Verschmutzung durch Praxiserfordernisse gerettet wurde, aber damit dann auch nichts zur Entwicklung der nichtwissenschaftlichen Praxis beitragen kann.

All das wird durch die Online-Medien mit zusätzlichen Anforderungen beladen. Dort sind die Resonanzbedingungen stark verändert. Insbesondere steht die Funktionsweise der digitalen Medienöffentlichkeit in Spannung zur Langsamkeit bisheriger Wissenschaftskommunikation. Die Rezeptionsgeschwindigkeiten sind beschleunigt, die Aufmerksamkeitsspannen verringert, die Ambiguitätstoleranz ist unterausgeprägt. Bei der Nutzung responsiver Medien begeben sich wissenschaftliche Akteure in eine unvertraute Aufmerksamkeitsökonomie. Diese ist durch journalistische Zeithorizonte, Fragestellungen und Narrative sowie durch die Sprunghaftigkeit der Jedermann-Online-Kommunikation geprägt.

Ein Element der neuen Entwicklungen ist, dass nun auch Laien – häufig in ihrer Eigenschaft als Experten ihrer Lebenssituation – wissenschaftliche Ergebnisse bewerten und sie dabei eine hohe Resonanz erzielen können. Die digital ermöglichte Reichweite und Verstärkereffekte kritischer Bewertungen wissenschaftlicher Ergebnisse können Reaktionen des Wissenschaftssystems erzwingen. Dabei besteht ein Problem darin, dass nicht jede externe Kommentierung den Regeln der Sachlichkeit, Widerspruchsfreiheit und Akzeptanz konkurrierender Ansichten folgt.

Schließlich gibt es – analog und digital – eine ganze Reihe typischer Trivialfehler, die bei der Übertragung wissenschaftlicher Publikationsroutinen in öffentlichkeits- und praxisorientierte Kommunikation entstehen. Das sind insbesondere: wenig prägnante und aussagekräftige Titel – hier gibt es eine gewisse Scheu, jenseits akademischer Üblichkeiten zu formulieren; die Neigung zur Ausführlichkeit bei methodischen Darstellungen, die aber außerwissenschaftlich nur begrenzt zu fesseln vermögen, da dort vor allem Ergebnisse interessieren; die Nichtersetzung von Fachbegriffen, obgleich alltagssprachliche Synonyme zur Verfügung stehen; die Nutzung von

leicht zu ersetzenden Plastikworten wie „Diskurs“, „Synergie“ oder „hinterfragen“, wo lediglich Debatte, Zusammenwirken und Wechselwirkung oder fragen gemeint sind: sie können leicht kulturelle Distanz oder Infektion mit Reformsprech signalisieren; das Implizithalten von Argumentationsschritten, weil diese sich im fachlichen Kontext von selbst verstehen (nicht aber im außerwissenschaftlichen), statt sie zu explizieren; die Neigung zu komplexen Schachtelsätzen.

6. Diskussion

Herkömmlich war Wissenschaftskommunikation ein Vorgang, in dem die Wissenschaft ein Laienpublikum an einer Wissensart der höchsten Gewissheitsgrade teilhaben ließ. Zwei sich gegenseitig verstärkende Umstände lassen die Wirksamkeit dessen erodieren: Zum einen wird die Gewissheit des wissenschaftlichen Wissens fragwürdig gestellt. Daraus ergibt sich eine erhöhte Begründungslast in einem Kommunikationsmodus der Vereinfachung, der aber gleichzeitig eine Komplexitätssteigerung integrieren muss: Alle wissenschaftlichen Relevanzen bleiben gültig, werden nun aber ergänzt um die Relevanzen der Transferkontexte. Zum anderen sind digitalisierungsbedingt die technischen Schranken für Informiertheit und Sich-äußern-Können deutlich abgesenkt.

Grundsätzlich gilt dabei: Welche Expertise zu welchem Zweck genutzt wird, bestimmen in jedem Falle die Nachfrager und Adressaten, nicht die Anbieter der Expertise. Wissenschaftskommunikation muss also, wenn sie erfolgreich sein soll, vom Adressaten her gedacht werden. Das ist nicht exklusiv für Wissenschaftskommunikation, sondern gilt für jede Kommunikation. Stets ist es die Empfängerseite, die über den Anschluss an Kommunikationsangebote sowie die dafür mobilisierten Strategien und Motive disponiert. (Vgl. Ronge 1996: 137f.)

Um die Chance auf Expertise-Nutzung zu wahren, muss die Wissenschaft also solche Kommunikationsangebote unterbreiten, an die eine Praxis – die Gesellschaft insgesamt oder segmentierte Praxisfelder – anschließen kann. Dazu sind Übersetzungsleistungen nötig, denn die Praxis kommuniziert nicht wissenschaftlich, sondern praktisch. Übersetzungen jeglicher Art wiederum sind nie völlig verlustfrei zu haben.

Was heißt das nun für Wissenschaftskommunikation als Teil des Wissenschaftlerberufs?

Die Rollenkomplexität des Wissenschaftlerberufs schließt es grundsätzlich aus, dass sich alle Rollenanforderungen gleichermaßen bedienen

lassen: Forschung, Lehre, Administration, Drittmittelwerbung, Personalführung, Selbstverwaltung, Wissenschaftskommunikation u.a. Der Ausweg ist, minimale Fertigkeiten in allen Bereichen auszuprägen und sich individuell auf einige besonders zu konzentrieren. Auch wer für die Kommunikation seiner Forschung nicht sonderlich talentiert ist, kann am elementaren Abbau von unnötigen Kommunikationshemmnissen arbeiten – so wie man das in anderen Lebensbereichen, etwa der Familie, ebenfalls tut.

Zudem kann Wissenschaftskommunikation viel von ihrem Schrecken verlieren, wenn man sich zweierlei vergegenwärtigt: Zum einen findet – hält man sich die Vielfalt der Formen dieser Kommunikation vor Augen – sehr viel mehr Wissenschaftskommunikation statt, als es den Hochschulen, Forschungsinstituten und dem wissenschaftlichen Personal selbst bewusst ist. Die Wissenschaft sollte sich systematische Klarheit darüber verschaffen, was sie hier schon tut, derart dazu umfassend auskunftsfähig sein und dann in dieser Hinsicht selbstbewusster auftreten. Durch die Organisationen lassen sich qua systematisierter Selbstkenntnis auch Schwachstellen und Lücken identifizieren, die dann organisational bearbeitet werden können.

Zum anderen muss nicht jede und jeder Wissenschaftskommunikation betreiben. In den Fächern gibt es unterschiedliche Affinitäten zur Wissenschaftskommunikation, nicht zuletzt abhängig von den jeweiligen Gegenständen. Die individuellen Gestimmtheiten und Talente sind differenziert. Vieles kann hier durch assistierende Kommunikationsprofessionelle erledigt werden, die den Wissenschaftler:innen entsprechende niedrigschwellige Angebote unterbreiten sollten. Anderes sollte angegangen werden, um mittel- und langfristige Entwicklungen zu bewirken. Das betrifft vor allem den Umstand, dass die Aneignung von Wissen und die Ausbildung von Fertigkeiten zur transakademischen Kommunikation in den Curricula der Studiengänge und der Doktorandenausbildung bislang kaum vorkommen. Expert:innen für Kommunikationsprozesse gibt es an den meisten Hochschulen auch schon: die Hochschuldidaktik. Indem diese sich zusätzlich das Feld der Wissenschaftskommunikation erschlosse, könnte sie einen bedeutenden Schritt hin zu ihrer Unabkömlichkeit tun.

Schließlich können diejenigen, die wissenschaftskommunikative Neigungen und Talente besitzen, in ihren entsprechenden Aktivitäten ausdrücklich bestärkt und nicht durch kulturell verankerte Vorbehalte subkutan disqualifiziert werden. Immerhin leisten sie etwas für die Wissenschaft, das anderen in dieser Hinsicht Entlastung verschafft.

Literatur

- Abernathy, William J./James M. Utterback (1978): Patterns of Industrial Innovation, in: *Technology Review* 7/1978, S. 40–47.
- AfD, Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin; URL https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf (12.7.2019).
- Asheim, Björn/Meric S. Gertler (2005): The Geography of Innovation. Regional Innovation Systems, in: Jan Fagerberg/David C. Mowery (Hg.), *The Oxford Handbook of Innovation*, Oxford University Press, Oxford, S. 291–317.
- Autio, Erikko (1998): Evaluation of RTD in Regional Systems of Innovation, in: *European Planning Studies* 2/1998, S. 131–140.
- Bauernschmidt, Stefan (2018): Öffentliche Wissenschaft, Wissenschaftskommunikation & Co. Zur Kartierung zentraler Begriffe in der Wissenschaftskommunikationswissenschaft, in: Stefan Selke/Annette Treibel (Hg.), *Öffentliche Gesellschaftswissenschaften. Grundlagen, Anwendungsfelder und neue Perspektiven*, Springer VS, Wiesbaden, S. 21–42.
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019): Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation, Berlin; URL https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Grundsatzpapier_zur__Wissenschaftskommunikation.pdf (12.11.2019).
- Böhme, Gernot/Nico Stehr (1986): *Knowledge Society. The Growing Impact of Scientific Knowledge on Social Relations*, D. Reidel Publishing, Boston/Dordrecht.
- BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (2012): *Nachhaltige Wissenschaft. Plädoyer für eine Wissenschaft für und mit der Gesellschaft*, Berlin; auch unter http://www.bund.net/pdf/nachhaltige_wissenschaft (29.3.2016).
- Bush, Vannevar (1945): *Science the Endless Frontier*, Washington; online unter <https://www.nsf.gov/od/lpa/nsf50/vbush1945.htm> (12.8.2019).
- Daum, Andreas (1998): *Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert. Bürgerliche Kultur, naturwissenschaftliche Bildung und die deutsche Öffentlichkeit, 1848–1914*, Oldenbourg, München.
- Etzkowitz, Henry/Loet Leydesdorff (1997): Introduction to special issue on science policy dimensions of the Triple Helix of university-industry-government relations, in: *Science & Public Policy* 1/1997, S. 2–5.
- EU-Kommission (2006): *Regionale Innovative Strategien und Maßnahmen. Ergebnisse von fünfzehn Jahren Experimentieren*, o.O. [Brüssel], http://ec.europa.eu/regional_policy/innovation/2007/guide_innovation_de.pdf (18.9.2007).

- Gibbons, Michael/Camille Limoges/Helga Nowotny/Simon Schwartzman/Peter Scott/Martin Trow (1994): *The new production of knowledge. The dynamics of science and research in contemporary societies*, SAGE Publications, London, Thousand Oaks, Calif.
- Henke, Justus/Peer Pasternack/Sarah Schmid (2017): *Mission, die dritte. Die Vielfalt jenseits hochschulischer Forschung und Lehre: Konzept und Kommunikation der Third Mission*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin.
- Howaldt, Jürgen/Heike Jacobsen (Hg.) (2010): *Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma*, Springer VS, Wiesbaden.
- Karliczek, Anja (Interview) (2019): „Es ist wirklich Zeit für diesen Kulturwandel“, in: *Wiarda-Blog*, 14.11.2019; URL <https://www.jmwiarda.de/2019/11/14/es-ist-wirklich-zeit-f%C3%BCr-diesen-kulturwandel/> (2.12.2019).
- Laredo, Philippe (2007): *Toward a third mission for Universities*, UNESCO, Paris; URL <https://silo.tips/download/philippe-laredo-universite-de-paris-est-enpc-and-university-of-manchester-mbs> (4.10.2020).
- Leydesdorff, Loet/Henry Etzkowitz (1996): *Emergence of a Triple Helix of University-Industry-Government Relations*, in: *Science & Public Policy* 5/1996, S. 279–286.
- Meyer-Stamer, Jörg (2000): *Michael E. Porter (*1947). Das Cluster-Konzept. Wettbewerbsvorteile muss man sich schaffen*, in: *E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit* 2/2000, S. 40–43.
- Nowotny, Helga/Peter Scott/Michael Gibbons (2001): *Re-Thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*, *Wiley & Sons*, Cambridge.
- Ronge, Volker (1996): *Politikberatung im Licht der Erkenntnisse soziologischer Verwendungsforschung*, in: Heine von Alemann/Annette Vogel (Hg.), *Soziologische Beratung. Praxisfelder und Perspektiven. 9. Tagung für angewandte Soziologie*, Leske + Budrich, Opladen, S. 135–144.
- Schäfer, Mike S./Silje Kristiansen/Heinz Bonfadelli (2015): *Wissenschaftskommunikation im Wandel. Relevanz, Entwicklung und Herausforderungen des Forschungsfeldes*, in: dies. (Hg.), *Wissenschaftskommunikation im Wandel*, Halem Verlag, Köln, S. 10-42.
- Schneidewind, Uwe/Mandy Singer-Brodowski (2014): *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*, 2. verb. u. aktual. Aufl., Metropolis-Verlag, Marburg.
- Weber, Max (1919): *Wissenschaft als Beruf*, in: *Geistige Arbeit als Beruf. Vier Vorträge vor dem Freistudentischen Bund. Erster Vortrag*, Duncker & Humblot, München/Leipzig; online unter http://www.deutschestextarchiv.de/book/show/weber_wissenschaft_1919 (25.4.2018).

PETER MÜNTE

Professionalisierung in der verwalteten Universität? Theoretische und empirische Aspekte der Analyse akademischer Lehre

Abstract

Im Beitrag wird der Frage nachgegangen, ob die Universität in ihrer gegenwärtigen Gestalt als gesellschaftlicher Ort von Professionalisierung begriffen werden kann. Professionalisierung wird dabei als ein Prozeß der Ausbildung eines professionalisierten Habitus verstanden, den eine stabile Orientierung an einem mit anderen geteilten Ethos und an der Kritik der Kollegen kennzeichnet, während Kritik von außen als unangemessen zurückgewiesen wird. Aufgrund des traditionell in der Professionssoziologie unterstellten Zusammenhangs zwischen der Institution der Universität und der Ausbildung der Professionen liegt die Vermutung nahe, daß die fraglichen Habitusbildungsprozesse nicht zuletzt im Kontext akademischer Sozialisation erfolgen. Wissenschaft ist dabei nicht als eine Profession unter anderen zu betrachten, sondern als eine gemeinschaftsstiftende diskursive Mutterstruktur von Professionalisierungsprozessen. So betrachtet stellt die akademische Lehre einen herausragenden, aber vernachlässigten Forschungsgegenstand der Professionalisierungstheorie dar. Vor diesem Hintergrund wird eine exemplarische Segmentanalyse einer akademischen Lehrveranstaltung durchgeführt, in der gezeigt wird, wie die Orientierung an der Organisation eine auf Professionalisierung angelegte Lehre unterbindet. Die Bedeutung dieses Befundes für eine professionalisierungstheoretische Erforschung akademischer Lehre wird abschließend diskutiert.

Dr. Peter Münte
Universität Innsbruck
E-Mail: peter.muente@uibk.ac.at

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Die Professionssoziologie behandelt in bestimmter Hinsicht ausgezeichnete Berufe. Eine akademische Ausbildung spielt dabei eine wichtige Rolle. Schon in der Bildung des Begriffs der Profession deutet sich ein enger Zusammenhang zwischen Wissenschaft, Universität und Profession an: Recht und Medizin gelten als die klassischen Professionen, und dies schließt an einen älteren Sprachgebrauch an, in dem Theologie, Recht und Medizin als die drei auf akademischer Bildung beruhenden Professionen ausgewiesen sind.¹ Theologie, Recht und Medizin können von jeher an der Universität studiert und dort als Wissenschaft betrieben werden. Zugleich bahnt ihr Studium den Weg zur Ausübung eines Berufs außerhalb der Wissenschaft: als Priester, Jurist und Arzt.

Die Professionen gelten in der Professionssoziologie aber auch als Berufe, die nicht durch Markt oder Administration kontrolliert werden, sondern einer besonderen Form der Selbstkontrolle unterliegen.² Das Handeln von Professionellen unterliegt dem Ideal nach nicht der Konkurrenz um die Gunst eines zahlenden Dritten oder der Aufsicht durch eine übergeordnete Instanz, die über die Einhaltung formaler Vorgaben wacht. Die Qualität professioneller Leistung bemißt sich vielmehr an der Beurteilung durch die fachlich ausgewiesenen Kollegen. Die Ausbildung einer solchen sozusagen in Fleisch und Blut übergegangenen Orientierung an der Binnenkontrolle innerhalb einer professionellen Gemeinschaft und der in diesem Rahmen geübten kollegialen Kritik kann als ein wesentlicher Aspekt der individuellen Aneignung eines professionalisierten Habitus verstanden werden.

Es stellt sich die Frage, inwiefern zwischen diesen unterschiedlich ansetzenden Bestimmungen eine innere Verbindung angenommen werden kann: Ist der von jeher unterstellte institutionelle Zusammenhang von Wissenschaft, Universität und Profession also ein Ausdruck davon, daß ein

1 Im Klassiker der Professionssoziologie Alexander M. Carr-Saunders, Paul A. Wilson, P. A. ([1933]1964): *The Professions*, Oxford: Cass, S. 3, heißt es: „There are certain vocations of ancient lineage which by common content are called professions, law and medicine among the foremost; they are the typical professions, and we must begin with them.“ Und der aktuelle Eintrag unter „Learned profession“ im Merriam-Webster.com Dictionary lautet: „one of the three professions, theology, law, and medicine, traditionally associated with extensive learning or erudition“ und „broadly: any profession in the preparation for or practice of which academic learning is held to play an important part“ (Merriam-Webster, <https://www.merriam-webster.com/dictionary/learned%20profession>. Accessed 30 Jun. 2020).

2 Freidson spricht in diesem Zusammenhang bekanntlich von einer „third logic“. S. Eliot Freidson (2001): *Professionalism: the Third Logic*, Cambridge: Polity.

Studium an einer Universität der Ausbildung eines professionalisierten Habitus dient?

Eine entsprechende Vermutung erlaubt eine konzeptionelle Klärung des Verhältnisses von Wissenschaftssoziologie, Professionssoziologie und Professionalisierungstheorie: Wissenschaft läßt sich zwar nicht als eine Profession unter anderen bestimmen; sie kann aber als eine Mutterstruktur von Professionalisierungsprozessen verstanden werden, dann nämlich, wenn im Studium in einen auf kollegialer Kritik beruhenden Diskurs eingeführt wird, der für die Beurteilung einer innerhalb oder außerhalb der Wissenschaft erbrachten beruflichen Leistung maßgeblich ist (Abschnitt 1). Zugleich wird deutlich, warum der vermutete innere Zusammenhang von akademischer Ausbildung und Professionalisierung prekär ist. Er hängt davon ab, daß an der Universität eine bestimmte Art von Studium angeboten wird: eines, das in einen kollegialen Diskurs einführt und in dem eine stabile Bindung an eine Gemeinschaft etabliert wird, auf deren Binnenkontrolle es ankommt. Angesichts des Wandels der Universität in den zurückliegenden Dekaden und den verschiedenen seit der Bildungsexpansion erfolgten Reformen stellt sich die Frage, inwiefern dies als (noch) gegeben betrachtet werden kann (wenn es denn jemals umstandslos konnte) (Abschnitt 2). Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, sich, was selten genug geschieht, mit der Struktur akademischer Lehre zu befassen. Dies geschieht hier bezogen auf den Kontext der Gegenwartsuniversität, an der sich entsprechende Daten leicht erheben lassen. Was geschieht also dort, wo der skizzierten Modellbildung entsprechend Professionalisierungsprozesse erfolgen könnten, tatsächlich und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Professionssoziologie (Abschnitt 3)?

1. Wissenschaft als Mutterstruktur von Professionalisierung

Die Frage, ob sich die Wissenschaft als ein Gegenstand der Professionssoziologie auffassen läßt, ist bekanntlich umstritten.³ Gegen eine Bestimmung

3 Zum Verständnis der Wissenschaft als Profession in der älteren Soziologie siehe Talcott Parsons und Gerald M. Platt (1973): *The American University*, Cambridge: Harvard University Press; Joseph Ben-David (1991): *Scientific Growth. Essays on the Social Organisation and Ethos of Science*, Berkeley: Univ. of California Press. In der neueren Soziologie ist ein professionalisierungstheoretisches Verständnis von Wissenschaft vor allem von Oevermann weiterentwickelt worden. S. Ulrich Oevermann (1996): *Theoretische Skizze einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns*, in: Arno Combe und Werner Helsper (Hg.), *Pädagogische Pro-*

als Profession spricht schon der etablierte Sprachgebrauch: Geht man davon aus, daß Recht und Medizin klare Fälle von Professionen sind, läßt sich kaum sagen, daß auch die Wissenschaft eine Profession sei; denn auch Recht und Medizin selbst sind Wissenschaften. Folglich kann man an einer Universität zwar Recht und Medizin, nicht aber Wissenschaft studieren. Und während die klassischen Professionen Recht und Medizin als die Leitberufe sich im Übergang zur modernen Gesellschaft ausdifferenzierender gesellschaftlicher Funktionssysteme begriffen werden können, unterliegt die Wissenschaft als ein Funktionssystem der modernen Gesellschaft zunehmender disziplinärer Differenzierung. Die Wissenschaft scheint also, in einer gesellschaftstheoretischen Perspektive betrachtet, einem gänzlich anderen Entwicklungsmuster als die klassischen Professionen zu unterliegen.⁴

Dennoch besteht ein enger Zusammenhang zwischen wissenschaftssoziologischen und professionssoziologischen Fragestellungen. Er ergibt sich vor dem Hintergrund der klassischen Definition der Professionen als Berufe, deren Leistungen hinsichtlich ihrer Qualität nicht durch Markt oder Administration kontrolliert werden, sondern einer spezifischen Form der Selbstkontrolle innerhalb der Gemeinschaft der Professionellen unterliegen.⁵ Eben dies läßt sich auch und gerade für die Wissenschaft behaupten. Und gerade hier kommt die Differenzierung der Wissenschaft in Disziplinen zum Tragen: Bei der in Frage stehenden Binnenkontrolle steht der einzelne Wissenschaftler nicht unmittelbar in Beziehung zur Gemeinschaft der Wissenschaftler, sondern zu einer disziplinär und subdisziplinär defi-

fessionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 70-182; ders. (2005): Wissenschaft als Beruf. Die Professionalisierung wissenschaftlichen Handelns und die gegenwärtige Universitätsentwicklung, in: *Die Hochschule*, 1, 15-51. Die Gegenposition wird vor allem von Stichweh bezogen, der zwischen Professionen und Disziplinen unterscheidet: S. Rudolf Stichweh (1994): *Professionen und Disziplinen. Formen der Differenzierung zweier Systeme beruflichen Handelns in modernen Gesellschaften*, in: ders.: *Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 278-336.

- 4 S. hierzu: Rudolf Stichweh (1996): *Professionen in einer funktional differenzierten Gesellschaft*, in: Arno Combe und Werner Helsper (Hg.), *Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 49-69.
- 5 Zu dieser klassischen Denkfigur einer Binnenkontrolle innerhalb der Gemeinschaft der Professionellen: William J. Goode (1972): *Professionen und die Gesellschaft. Die Struktur ihrer Beziehung*, in: Thomas Luckmann und Walter M. Sprandel (Hg.): *Berufssoziologie*, Köln: Kiepenheuer und Witsch, 157-167.

nierten epistemischen Gemeinschaft. Am Selbstverständnis dieser vergleichsweise überschaubaren Gemeinschaft orientiert sich der je einzelne Wissenschaftler in seinem Handeln, was eine Orientierung am fachlichen Urteil der Angehörigen dieser Gemeinschaft umfaßt.

Hierfür läßt sich ein einfacher Grund benennen: Soll die Kontrolle der Qualität wissenschaftlicher Leistung in einem Diskurs unter Kollegen erfolgen, der auf eingehender Sachkenntnis und entsprechend motivierter Kritik beruht, so sind die Kreise, in denen die gefragte Bewertung erfolgen kann, entsprechend eng zu ziehen. Professionelle Selbstkontrolle meint also mehr, als die in diesem Zusammenhang oft angeführte Unterscheidung von Selbst- und Fremdkontrolle anzeigt. Vielmehr wird mit der Herausbildung eines solchen Diskurses der mit Argumenten ausgetragene Streit, in dem jede Partei ihre Sichtweise zu stützen und die der Gegenseite zu schwächen sucht, in eine Kritik überführt, die der Sache, um die es allen Beteiligten gleichermaßen zu tun ist, dient. Eine Implikation ist, daß der Streit in eine auf Dauer gestellte Ausarbeitung von Argumenten überführt wird, aus der sich die jeweils geltenden Maßstäbe der Qualität der Beiträge zum Fachdiskurs ergeben. Eine solche Transformation eines Streits um Positionen in sachliche Kritik setzt die stabile Bindung an eine Disziplin und die Bildung einer entsprechenden Gemeinschaft voraus, deren Angehörige gleichgerichtete Ziele verfolgen.⁶

Folgt man diesem Argument, so erweist sich die Frage, ob Wissenschaft eine Profession ist, als gegenstandslos. Entscheidend ist, daß die in sich differenzierte Wissenschaft eine Grundlage von Professionalisierungsprozessen bilden kann. Dies ist insofern der Fall, als ein wissenschaftliches Studium grundsätzlich in einen Diskurs einzuführen vermag, der als solcher das Fundament einer auf sachlicher Kritik beruhenden kollegialen Binnenkontrolle und damit all jener Berufe ist, die gemeinhin als Professionen bezeichnet und in der Professionssoziologie behandelt werden. Für Berufe, in denen es die Probleme von Klienten, die Rat und Hilfe suchen, zu bearbeiten gilt, bedeutet das, daß die Bearbeitung dieser Probleme in Rückbindung an einen solchen Diskurs geschehen und die Beurteilung der Qualität der beruflichen Leistung vorrangig auf dieser Grundlage erfolgen muß – und nicht mit Blick auf Kundenzufriedenheit oder organisatorische Vorgaben.

6 Vgl. Peter Münte (2015): The Symbolic Formation of Science in its Historic Situation. Rudolf Virchow on Science and the Nation, in: Axel Jansen, Andreas Franzmann und Peter Münte (Hg.): Legitimizing Science. National and Global Public (1800-2010), Frankfurt am Main und New York: Campus, 2015, 81-114.

2. Die Kontrolle wissenschaftlicher und akademischer Leistung

Gegen den skizzierten Ansatz läßt sich ein folgendes Argument vorbringen: Er identifiziert Wissenschaft mit einem auf Sachbindung und Kollegialität beruhenden Diskurs. Zwingend erscheint das, in einer wissenschafts- und universitätshistorischen Perspektive betrachtet, nicht. Bei der Beurteilung der Qualität der Arbeit von Wissenschaftlern können, wie das beim wissenschaftlichen Handeln im Kontext von Patronage vermutet worden ist, die Erwartungen eines Beifall spendenden Publikums zum Tragen kommen, an die sich dann auch Gestalt und Inhalt wissenschaftlicher Werke anlehnen.⁷ Die Professionalisierung von Wissenschaft erfolgt in diesem Kontext dadurch, daß sich der Diskurs der Gemeinschaft der Wissenschaftler aus höfischen Bezügen herauslöst.⁸ In der Gegenwart stellt sich die Lage der Wissenschaft angesichts der weitreichenden Veränderungen ihrer Organisationsformen (insbesondere an den Universitäten) wiederum anders dar: Auch die Wissenschaft ist heute durch massive Dokumentationspflichten und Qualitätssicherungsverfahren geprägt, die auf eine betriebsinterne Rechenschaftslegung ausgerichtet sind. Dies geschieht nicht zuletzt deswegen, weil die Organisationen, in denen Wissenschaftler arbeiten, auf eine Konkurrenz um knappe Mittel ausgerichtet werden sollen. Zu untersuchen wäre also, ob nunmehr auch im wissenschaftlichen Handeln die Erwartungen einer an betriebswirtschaftlicher Rationalität und Wettbewerb orientierten Organisation zum Tragen kommen und ob dies über kurz oder lang das Selbstverständnis der „akademischen Profession“ und deren Vorstellungen von Autonomie berührt.⁹

Vor diesem Hintergrund ließe sich also fragen, ob die Professionalisierung *der* Wissenschaft und *durch* Wissenschaft nicht auf eine historische Phase beschränkt gewesen ist, in der es möglich war, die Qualitätsmaßstäbe

7 Zu Wissenschaft im Kontext von Patronage: Mario Biagioli (1993): *Galileo, Courtier: The Practice of Science in the Culture of Absolutism*, Chicago und London: University of Chicago Press.

8 Hierzu am Beispiel der Royal Society: Peter Münte (2004), *Die Autonomisierung der Erfahrungswissenschaften im Kontext frühneuzeitlicher Herrschaft: Fallrekonstruktive Analysen zur Gründung der Royal Society – Bd. 1: Theoretische Einbettung und modellbildende Analysen, Bd. 2: Weiterführende Analysen und Kritik der historischen Forschung*, Frankfurt am Main: Humanities Online.

9 Vgl. Uwe Schimank (2005): „New Public Management“ and the Academic Profession. Reflections on the German Situation, in: *Minerva*, 43, 361–376.

wissenschaftlicher Arbeit in der Binnendynamik des Diskurses sich ausdifferenzierender Fachgemeinschaften immer weiter zu elaborieren, während äußere Zwänge weitgehend ausgeschaltet wurden, beispielsweise die Konkurrenz um die Aufmerksamkeit eines auch in finanzieller Hinsicht potenten Publikums oder die effiziente Verwendung von Mitteln bei der Produktion betriebswirtschaftlich zu Buche schlagender Arbeitsergebnisse.

Darüber hinaus wäre in diesem Zusammenhang aber auch zu fragen, welche Erwartungen an die Qualität der im Studium verlangten Leistungen zur Geltung gebracht werden. Selbst unter der Prämisse, daß angenommen werden kann, daß zumindest einige Disziplinen weiterhin stabil im Modus professioneller Selbstkontrolle operieren, so wäre unabhängig davon zu untersuchen, ob dies auch eine Grundlage für die an der Universität erfolgende Lehre böte. Die Universität ist ja nicht einfach ein Arbeitsort, an dem die dort tätigen Wissenschaftler unter den heute gegebenen Bedingungen in ihrer Forschung und Lehre in verschiedenen Erwartungshorizonten agieren: dem ihrer jeweiligen Disziplin und dem einer unter Management- und Wettbewerbsgesichtspunkten umgestalteten Organisation. Betrachtet man die Lehre der Universität als eine sozialisatorische Praxis, so stellt sich im hier behandelten Zusammenhang vor allem die Frage, welche Erwartungen im Rahmen der bestehenden Studienstrukturen verbindlich kommuniziert und in sozialisatorischer Hinsicht wirksam werden können. Wird dort tatsächlich erwartet, sich den Ethos einer bestimmten Disziplin zu eigen zu machen und sich in einen Diskurs einzufädeln, in dem man sich am Urteil der Fachkollegen und ihrer sachlich begründeten Kritik orientiert? Oder liegt es nicht nahe zu vermuten, daß gerade die Lehre den Imperativen der Organisation gehorcht: der Vermittlung des im Curriculum festgelegten Fachwissens oder dem Erwerb der in entsprechenden Modulen definierten Kompetenzen, und dies in einem auf der Grundlage von Leistungspunkten kalkulierten Zeitrahmen, was mit dem Zwang einhergeht, sich auf das jeweils Prüfungsrelevante zu konzentrieren?

Der wissenschafts- und universitätsgeschichtlichen Literatur können vor diesem Hintergrund vor allem Aussagen über den Wandel der äußeren Formen der Wissenschaft und der Universität entnommen werden. Will man hingegen der Frage nachgehen, inwiefern Wissenschaft im Studium an der Universität die Grundlage von Professionalisierungsprozessen darstellt, muß untersucht werden, was in der akademischen Lehre wirklich ge-

schieht.¹⁰ Zu klären wären dabei im Grunde genommen einfache Fragen zur Struktur der Interaktion dieser Lehre: Inwiefern führen sich diejenigen, die an der Universität Lehre anbieten, dort als Repräsentant einer autonomen disziplinär definierten Praxis ein, die den Rahmen dieser Lehre bilden soll? Inwiefern führen sie also in ihrer Lehre einen auf Kollegialität beruhenden Diskurs vor? Und inwiefern verbinden sie damit das Angebot an ihr Publikum, über das Studium und dessen erfolgreiches Absolvieren hinaus gleichberechtigt am Diskurs dieser Disziplin teilzuhaben zu können? Oder finden sich auf all dies keine Hinweise in der Interaktion? Dann stellt sich die Frage, als was und wie sich die entsprechenden Dozenten dann in ihrer Lehre positionieren und welche Perspektive sie ihrem Publikum statt dessen

- 10 Was eher selten geschieht: Ältere an Interaktionsaufzeichnungen ansetzende Untersuchungen zur Interaktion der akademischen Lehre sind: Günter Burkart (1982): Strukturtheoretische Vorüberlegungen zur Analyse universitärer Sozialisationsprozesse, in: *KZfSS*, 34, 444–468; ders. (1983): Zur Mikroanalyse universitärer Sozialisation im Medizinstudium. Eine Anwendung der Methode objektiv-hermeneutischer Textinterpretation, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 1, 1983, S. 24–48; Armin Koerfer und Jürgen Zeck (1983): Themen- und personenorientierte Interaktion in der Hochschule, in: Konrad Ehlich und Jochen Rehbein (Hg.): *Kommunikation in Schule und Hochschule*, Tübingen: Narr, 441–471. Die beiden zuerst genannten Untersuchungen wenden das Verfahren der Objektiven Hermeneutik an, letztere ist in der Gesprächsforschung angesiedelt. In neuerer Zeit finden sich Analysen zur Interaktion der Hochschullehre bei: Heiko Hausendorf (2012): Der Hörsaal als Interaktionsraum. Ein exemplarischer Beitrag zur Archäologie der Vorlesung, in: *Bulletin suisse de linguistique appliquée* 96, 43–68; Cordula Schwarze (2017): Gemeinsam im Seminar. Die körperlich-räumliche Herstellung eines Interaktionsereignisses in der Universität, in: Ulrich Leitner (Hg.): *Corpus Intra Muros. Eine Kulturgeschichte räumlich gebildeter Körper*, Bielefeld: Transcript, 347–376. Diese Arbeiten befassen sich allerdings mit dem recht speziellen Problem der Interaktion im Raum. Weitere Arbeiten sind: Katharina Kunze und Andreas Wernet (2014): Diskurs als soziale Praxis. Über pragmatische Zumutungen erkenntnisorientierter Kommunikation, in: *Sozialer Sinn*, 15, 2, 161–180; Thomas Wenzl (2018): Bildungsanspruch und Interaktionswirksamkeit. Eine vergleichende Analyse der Interaktionsordnungen des klassenöffentlichen Unterrichts und des universitären Seminars, in: Andrea Kleeberg-Niepage und Sandra Rademacher (Hg.): *Kindheits- und Jugendforschung in der Kritik. (Inter-)Disziplinäre Perspektiven auf zentrale Begriffe und Konzepte*, Wiesbaden: Springer, 171–193. Die erstgenannte Arbeit setzt sich mit den sozialen Zumutungen erkenntnisorientierter diskursiver Praxis auseinander, die zweite mit der Rederechtsverteilung im Seminar und dem damit verbundenen Bildungsanspruch. Stärker an der hier behandelten Problematik orientiert sind Peter Münte und Claudia Scheid (2020): Ordnungen universitärer Lehre. Eine vergleichende Analyse der Positionierung von Hochschullehrern in ihrer Lehre, in: *Sozialer Sinn*, 21, 1, 55–85.

eröffnen? Kann die Lehre der Universität also die Form eines reinen Fachstudiums annehmen? Kann sie in einen Modus organisierten Lernens überführt werden, in der definierte Kompetenzen vermittelt und geprüft werden? Erst eine solche in die Breite gehende Untersuchung verspricht, den Zusammenhang von Wissenschaft, Universität und Profession in der skizzierten professionalisierungstheoretischen Perspektive auf die Gegenwart bezogen aufzuklären.

3. Analyse des Anfangs einer Vorlesung im ersten Semester Soziologie

3.1 *Fallauswahl und methodisches Vorgehen*

Die skizzierte Fragestellung legt bei der Fallauswahl zwei komplementäre Suchstrategien nahe: Man kann nach Fällen suchen, die dem behaupteten Zusammenhang von Wissenschaft und Professionalisierung entsprechen. Dies wären zugleich solche, die in einem Gegensatz zum äußeren Wandel der Organisationsformen der Wissenschaft und der Universität stünden. Umgekehrt läßt sich nach solchen Fällen fahnden, die diesem Modell *nicht* entsprechen, sich dafür aber möglicherweise in die heute gegebenen äußeren organisatorischen Formen einfügen. Doch kann eine an der Interaktion akademischer Lehre ansetzende Rekonstruktion grundsätzlich mehr leisten als die Identifikation typologisch relevanter Fälle: Es kann beispielsweise nach den Dynamiken und den verpaßten Chancen solcher Interaktionen gefragt werden. Was geschieht etwa in einer Interaktion, in der in den Diskurs einer Disziplin eingeführt werden soll, die Studenten ihr Studium jedoch den formalen Vorgaben entsprechend abarbeiten? Und inwiefern bleibt eine Lehrveranstaltung, die sich auf solche Vorgaben einläßt, hinter den Möglichkeiten zurück, die sich aus dem intellektuellen Reichtum des Diskurses der Disziplin selbst ergeben? Im folgenden wird ein Ausschnitt aus einer Vorlesung betrachtet, dessen Analyse zu dem Ergebnis führt, daß sich der fragliche Zusammenhang von Wissenschaft und Professionalisierung *nicht* findet, die Veranstaltung aber gerade deshalb hinter ihren Möglichkeiten zurückzubleiben scheint.

Das Ziel der Analyse ist es, am vorliegenden Material ein Ablaufmuster zu rekonstruieren und auf eine vorgängige Problemlage zu beziehen, für die dieses Muster als Lösung angesehen werden kann. Dieses Verfahren

ließe sich als fallrekonstruktiv-funktionale Segmentanalyse bezeichnen.¹¹ Im ersten Schritt erfolgt eine Segmentierung der ausgewählten längeren Transkriptpassage. Diese Segmentierung orientiert sich daran, daß Abschnitte der Passage über das lesend erworbene Textverständnis funktional charakterisiert und voneinander unterschieden werden können. Die entsprechenden Segmente sollen innerhalb des Ablaufs der Interaktion eine erkennbare interaktionsstrukturelle Funktionalität aufweisen. In einem zweiten Schritt werden die identifizierten Segmente eingehender auf eine der Gesamtsequenz vorgängige Problemlage hin untersucht, von der angenommen werden kann, daß sie in der betrachteten Sequenz schrittweise bearbeitet wird. Schließlich wird in einem dritten Schritt dem Verfahren der Fallrekonstruktion entsprechend gefragt, inwiefern es Alternativen zu dieser Sequenz gegeben hätte. Dabei werden wiederum zwei Möglichkeiten unterschieden: Bezogen auf das in der Gesamtsequenz bearbeitete Ausgangsproblem kann gefragt werden, wie dieses Problem anders hätte gelöst werden können. Es kann aber auch gefragt werden, ob in dieser Sequenz, die an einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten organisatorischen Kontext erfolgt, nicht auch eine andere Problemlage als für diese Interaktion relevant hätte etabliert werden können, der Veranstaltung also nicht auch ein anderer Sinn hätte gegeben werden können.

11 Diesem Vorgehen liegt ein in verschiedenen Richtungen der rekonstruktiven Sozialforschung zugrundeliegendes Analyseschema zugrunde, demzufolge die jeweils dokumentierte Praxis des Handlungsvollzugs auf ein zugrundeliegendes Handlungsproblem zu beziehen ist. In der Konversationsanalyse sind das die im Gespräch sich an der jeweiligen Sequenzstelle ergebenden Probleme, die gelöst werden müssen, damit es weitergehen kann. Die Funktionale Pragmatik hingegen widmet sich den Tiefenstrukturen von Gesprächen unter funktionalen Gesichtspunkten: den Mustern, die dem Gesprächsverlauf zugrunde liegen und auf ein gesellschaftliches Bezugsproblem bezogen werden. Auch in der Objektiven Hermeneutik spielt dieses Analyseschema eine Rolle. Hier allerdings geht es darum zu zeigen, wie ein zugrundeliegendes Handlungsproblem, das so, aber auch anders bewältigt werden kann, auf eine für den jeweiligen Fall spezifische Weise bewältigt wird. Dabei geht es allerdings weniger um den sich in der Wahl der zur Verfügung stehenden Praktiken jeweils dokumentierenden Bewältigungsstil als um die Rekonstruktion bildungsgeschichtlich begründeter Grundorientierungen. Die Bestimmung des jeweiligen Handlungsproblems wird dabei in der Regel in der Fallbestimmung vorausgesetzt. Das hier gewählte Vorgehen kombiniert Elemente der genannten Verfahren. Entscheidend ist, daß die Funktion, die dem gemusterten Gesamtverlauf zugrunde liegt, über die Bildung einer in der Auseinandersetzung mit dem Material begründeten Hypothese erschlossen werden soll.

3.2 *Analyse*

Im ersten Schritt der Analyse wurde der im Anhang wiedergegebene Transkriptausschnitt den dort zu findenden waagerechten Tabellenzellen entsprechend segmentiert: Das erste Segment ist eine knappe Begrüßung, und zwar „zur Vorlesung Einführung in die Soziologie“ (Z. 1-2). Die Begrüßung dient der Eröffnung der eigentlichen Vorlesungskommunikation: Jemand redet vor Publikum. Beim zweiten Segment handelt es sich um eine kurze Metacharakterisierung der Veranstaltung, in der diese als eine im ersten Semester ausgewiesen wird. Die Funktion dieses Segments besteht darin, das, was hier und jetzt passiert, auf den übergeordneten Ablauf eines reglementierten Studiums zu beziehen (Z. 2-4). Das dritte unterschiedene Segment ist ein längerer Einschub, in dem der Professor das Problem bearbeitet, daß offenbar mehr Leute anwesend sind, als über das elektronisch betriebene Anmeldeportal angemeldet sind (Z. 4-16). Das in diesem Einschub behandelte Problem wird im vierten Segment zurückgestellt, und zwar zugunsten einer Behandlung der Inhalte, die so von der ebenfalls erforderlichen Behandlung des Formalen abgegrenzt wird (Z. 16-18). Im fünften und letzten der hier betrachteten Segmente erfolgt nochmals eine Metacharakterisierung der Veranstaltung. Es wird erläutert, was die angekündigte Einführung in die Soziologie leisten soll und was sie umfaßt (Z. 18-105). Dieses vergleichsweise lange Segment läßt sich in Untersegmente unterteilen: In Z. 18-23 geht es um die möglichen Erwartungen der Teilnehmer, in Z. 23-57 um die Einbettung der Vorlesung in die Studienstruktur, in Z. 57-62 um den Adressatenkreis der Vorlesung bezogen auf verschiedene Studiengänge und in Z. 62-105 um den Anspruch der Vorlesung, was nämlich in der Vorlesung geklärt und den Zuhörern vermittelt werden soll.

Diese nur knapp skizzierte Segmentierung ließe sich ausführlicher behandeln: Daß die Sequenz mit einer Begrüßung beginnt, ist nicht weiter bemerkenswert. Auffällig sind die ausführlichen Metacharakterisierungen. Sie verweisen darauf, daß die Sequenz selbst und ihre Einbettung eine erhebliche Eigenkomplexität besitzen, woraus sich Bearbeitungsbedarf ergibt: Dem eigentlichen Kern der Veranstaltung, in dem das geschieht, was eigentlich geschehen soll, muß man sich über vielfältige vorbereitende und orientierende Aktivitäten annähern.

Inwiefern bieten diese Segmente nun Aufschluß darüber, welche vorgängige Problemlage in dieser Sequenz bearbeitet wird? Dies zu bestimmen scheint nicht schwer, scheint es doch gleich zu Beginn gesagt zu werden.

Der Professor sagt nämlich:

Also (.) ich .h darf sie herzlich begrüßen zur (.)
vorlesung einföhrung in die soziologie,

Man ist an dieser Stelle mit einem für ein rekonstruktives Vorgehen charakteristischen Sachverhalt konfrontiert: daß die rekonstruierende Analyse jeder noch so unscheinbaren Äußerung des alltäglichen Lebens zwingt, die Komplexität ihrer Voraussetzungen zumindest in Umrissen kenntlich zu machen. Unterstellt ist hier zunächst einmal eine soziale Wirklichkeit, in der sich wissenschaftliche Disziplinen von einander unterscheiden lassen. Offenbar beherrschen manche diese Disziplinen, andere hingegen nicht. Vor diesem Hintergrund gibt es einen Interaktionstyp, die Vorlesung, in der sich der Übergang von jemandem, der außerhalb dieser Disziplin steht, zu jemandem vollzieht, der in ihr eine Position einnimmt. „Einföhrung“ verweist hier also auf eine soziale Passage, die, wenn man sie genommen hat, sozusagen in der Soziologie angekommen ist, so, wie man auch auf einem Ball in die Gesellschaft eingeföhrt werden kann. Welche Position man nach der Einföhrung dort, wo man eingeföhrt worden ist, einnimmt, ist offen: Im Falle der Soziologie kann man stiller Beobachter dessen sein, was in der Soziologie alles passiert, oder sich den Status eines durch eigene Beiträge anerkannten Soziologen erarbeiten, also gültiges Mitglied der entsprechenden *scientific community* werden. All dies ließe sich weit ausführlicher behandeln. Festgehalten werden kann an dieser Stelle, daß mit der Wendung „Einföhrung in die Soziologie“ formelhaft eine den Anwesenden grundsätzlich bekannte abstrakte Problemlage sozialer Wirklichkeit aufgerufen ist, in der ein spezifischer Sozialisationsbedarf besteht.

Mit dem zweiten Segment

das ist (.) ihre (.) lauter? (.) erste ist ihr in
der regel erstes semester

erfolgt eine Einordnung der Veranstaltung in den Studienverlauf. Damit wird der Fokus darauf gelegt, daß die Vorlesung einen besonderen Stellenwert besitzt. Als erste beziehungsweise im ersten Semester angesiedelte Veranstaltung besitzt sie einen initiierenden Charakter. Zugleich kommt mit dem Verweis auf das erste Semester etwas Neues ins Spiel. Das sich hier artikulierende Wissen darum, daß die Veranstaltung für die Zuhörer in der Regel eine im ersten Semester ist, setzt eine geregelte Studienstruktur voraus. Die ohnehin komplexe Voraussetzungsstruktur der Rede beginnt sich weiter anzureichern. Zunächst war nur ein allgemeiner Sozialisationsbedarf

bezogen auf die Disziplin der Soziologie unterstellt, dem innerhalb des Interaktionstyps „Vorlesung“ genüge getan werden soll. Nun kommt eine Ablaufstruktur ins Spiel, die mit der Universität als einer Organisation zu tun hat. Dabei werden die Semester nicht nur gezählt, sondern auch Studieninhalten zugeordnet.

An dieser Stelle deutet sich ein Problem der sich dokumentierenden Voraussetzungsstruktur an: Es ist ja nicht auszuschließen, daß man beispielsweise erst im 5. Semester anfängt, sich für Soziologie zu interessieren und eine entsprechende Vorlesung besucht. Für die Frage, ob man sich in die Soziologie einführen lassen möchte, ist die, in welchem Semester man ist, letztlich irrelevant. Die primäre Problemlage, die sich aus dem allgemein zu unterstellenden Sozialisationsbedarf ergibt, steht in einer Spannung zu der hier gleichermaßen unterstellten organisatorischen Verknüpfung gezählter Semester mit spezifischen Studieninhalten.

Das dritte und etwas längere Segment soll angesichts des zur Verfügung stehenden Raums nur punktuell betrachtet werden. Das schadet insofern nicht, als sich das, worauf es ankommt, schon an den beiden ersten Sätzen festmachen läßt:

und jetzt hab ich=äh eine irritation angemeldet
sind hundert=dreiundneunzich (--) dies hier sind
mehr also äh es is kein problem wir haben keiner-
lei zulassungsbeschränkung in der vorlesung=ich
hab hier schon mit dreihundert=mit glaub ich vier-
hundert gesessen das war aber sehr viel ungemütli-
cher .hh äh also es gehen hier durchaus also=nur
wenn sie hier=n LEistungsnachweis machen wollen
dann müssen sie übers campus system angemeldet
sein (.) das is wirklich wichtich also würd ich
sie bItten (.) sich über das campus system für die
vorlesung anzumelden weil sonst sozusagen die
klausuranmeldung (.) nicht gilt für die klausur
müssen sie sich extra anmelden das sach ich später
(-)

Das Segment ist sichtlich in das eigentlich anvisierte Muster eingeschoben, da eine Irritation nicht in einem feststehenden Ablauf eingeplant sein kann. Mit diesem Fortgang reichert sich die rekonstruierte Voraussetzungsstruktur nochmals an, nämlich um die an dieser Stelle unterstellte Studiendokumentationsinfrastruktur. Der Zugang zur Vorlesung ist offenbar über eine solche Infrastruktur geregelt, wo sie, wie dem Rest der

Passage zu entnehmen ist, überdies als prüfungsrelevante Veranstaltung ausgewiesen ist.

An dieser Stelle wird unvermittelt klar, daß die Interaktion als eine eines Redners mit seinem Publikum nicht autonom ist. Der Redner spricht nicht einfach als Vertreter seines Faches vor seinem Publikum, um seine Zuhörer für die Soziologie als ein interessantes Fach zu gewinnen. Er tritt vielmehr als Agent einer digitalen Verwaltungsinfrastruktur in Erscheinung. Denn um irritiert zu sein, muß er sein Publikum durch die Brille dieser Infrastruktur betrachten und die Anwesenden unter den in diesem Zusammenhang relevanten Gesichtspunkten mustern.

Damit kommt gleich zu Beginn der Veranstaltung das Thema „Leistungsnachweis“ ins Spiel. Dies wirft die grundlegende Frage auf, in welcher inneren Einstellung die Zuhörer anwesend sind: Ist man anwesend, um für sich zu prüfen, ob man sich auf das Angebot, in die Soziologie eingeführt zu werden, einlassen will, oder als jemand, für den schon, bevor er das erste Wort dieser Vorlesung vernommen hat, mit einem „Klick“ auf der entsprechenden Plattform die Entscheidung gefallen ist, daß er sich in Soziologie prüfen lassen wird. Daß der Professor, wie er sagt, in dieser offenbar regelmäßig angebotenen Einführungsveranstaltung schon mit 300 oder 400 Teilnehmern „gesessen“ hat und dies „sehr sehr viel ungemütlicher“ gewesen ist, bringt letztlich deutlich zum Ausdruck, daß die Situation in der Perspektive des Redners durch Motive gestiftet ist, die dem eigentlichen Interesse an der Sache äußerlich sind.

Mit dem vierten Segment:

gut zunächst mal fang ich (-) jetzt mal inhaltlich
an (.) mit dem formAlen äh werden wir uns dann zum
schluss der vorlesung beschäftigen

wird der vorangegangene irritationsbearbeitende Exkurs beendet und der Hauptfaden wieder aufgegriffen. Dabei wird eine Unterscheidung etabliert, mit der die in der Vorlesung zu bearbeitenden Problemlagen entlang der Trennung von Inhalt und Form differenziert werden. Auffällig ist, daß beides gleichgeordnet wird: Man kann, so wäre die Äußerung wörtlich zu interpretieren, mit dem Inhaltlichen oder mit dem Formalen beginnen. Hat man also erst einmal mit dem Inhaltlichen begonnen, muß später noch einmal mit dem Formalen begonnen werden. Das heißt aber, daß beides keine Einheit bildet. Die Formalitäten werden auch nicht als etwas Leidiges, „das eben sein muß“, abgetan. Schließlich wirft die Trennung von Inhaltlichem und Formalem die Frage auf, was dieser Inhalt unter der nunmehr

etablierten Prämisse noch sein kann: Kann das nun noch mehr sein als die Aussagen, die in der Soziologie formuliert werden, um die soziale Wirklichkeit zu erklären? Kann es nach dieser Trennung von Form und Inhalt noch um eine Einführung in die Soziologie als eine soziale Praxis gehen, in der diese Aussagen hervorgebracht werden? Denn das wäre ja schon mehr als ein Inhalt, nämlich eine generative Struktur, in der diese Inhalte erzeugt werden.

Das fünfte Segment ist zu komplex, um es an dieser Stelle im Detail zu behandeln. Die folgenden Erörterungen beschränken sich auf punktuelle Beobachtungen. Dabei soll dennoch ein durchgängiger Zug kenntlich gemacht werden, daß nämlich die Erwartungen an die Vorlesung herabgestuft werden: Zum einen wird die Erwartung zurückgewiesen, daß man nach der Vorlesung wissen würde, was Soziologie ist; zum anderen wird die Vorlesung in ihrer Funktionalität für das Gesamtstudium erläutert, also als etwas vorgestellt, das etwas anderes vorbereitet.

Das Muster der Herabstufung läßt sich gleich zu Beginn herausarbeiten, ist allerdings nicht leicht zu fassen: Das fünfte Segment beginnt wie folgt:

es geht um die einföhrung in die soziologie (.)
und wenn man in so eine vorlesung kommt dann er-
wartet (.) man vermutlich dass einem jetzt kurz
und bündig erklärt wird was soziologie Ist .hh und
sie werden aber im verlauf der vorlesung merken
dass es kaum eine schwierigere frage gibt

Vordergründig sieht diese Passage wie eine *Heraufstufung* aus; denn sie endet damit, daß über die zuvor etablierte Frage, „Was ist Soziologie?“ gesagt wird, es gäbe kaum eine schwierigere. Wie aber kommt der Redner zu diesem Urteil? Dadurch, daß er zunächst einmal eine sachlich unangemessene Erwartungshaltung an eine Vorlesung ins Spiel bringt, nämlich die eines Lexikonbenutzers, der zur Klärung der Frage, was Soziologie ist, nach einer Definition sucht. Das kann aber kaum die Haltung von jemandem sein, der ein Soziologiestudium anstrebt. Der Lexikonbenutzer ist in der schwierigen und jedermann bekannten Lage, daß er etwas wissen möchte, das man im Grunde genommen nur wissen kann, würde man nicht im Lexikon nachschlagen müssen, sondern die dort definierte Sache eingehend zu studieren in der Lage sein. Der Student befindet sich demgegenüber in der privilegierten Position, genau dies tun zu können. Er kann eine beträchtliche Spanne seines Lebens dem Studium der Soziologie widmen. Ein sol-

ches Studium wiederum beruht auf der Voraussetzung, daß es da etwas gibt, das man nur verstehen kann, wenn man erhebliche Zeit und Mühen investiert, um sich in die Soziologie einführen zu lassen. Ein solches Studium ist auf mehrere Jahre angelegt und wird von Leuten angeboten, die selbst eine ausgesprochen aufwendige Qualifikationsstrecke in eben diesem Fach zurückgelegt haben.

Das bedeutet für diejenigen, die in einem solchen Studium Lehre anbieten, daß sie ihren Studenten auf der Grundlage ihres auf einem langen Bildungsweg erworbenen Verständnisses von Soziologie eine Idee davon vermitteln müssen, was Soziologie ist beziehungsweise sein könnte. Dies gilt gerade am Anfang des Studiums. Genau das scheint der Dozent zu umgehen, indem er als Ziel der Vorlesung die letztlich naive Vorstellung ausweist, daß man kurz und bündig sagen können müsse, was Soziologie ist. Denn dieses Ziel wird bei näherer Betrachtung gar nicht verworfen, sondern als eine der schwierigsten Fragen überhaupt ausgewiesen, also zum Anlaß einer Selbsttheroisierung genommen. Es kommt hinzu, daß das, was hier gesagt wird, letztlich auf einer Metaebene verbleibt. Es werden Aussagen über die Soziologie getroffen, nämlich über die Schwierigkeit, sie zu definieren, worauf jemand, der Soziologie betreibt, nicht angewiesen sein dürfte. Hierfür bräuchte es keine solche Definition, und das Geschäft der Soziologie zielt letztlich auch nicht auf eine solche Definition ab, sondern auf das theoretisch und empirisch fundierte Verständnis sozialer Wirklichkeit. Dieser Grundtendenz entspricht, daß in dem folgenden hier nicht mehr im Detail behandelten Abschnitt die Funktion der Vorlesung damit bestimmt wird, auf weitere in der Studienordnung vorgesehene Veranstaltungen vorzubereiten. Es geht in dieser Veranstaltung letztlich weniger um eine Einführung in die Soziologie, sondern um eine Einführung in das Studium der Soziologie, so wie es an der Universität vorgesehen ist, an der diese Veranstaltung statt findet.

3.3 Würdigung des Befundes

Bezieht man diese knappe Analyse auf die eingangs skizzierte Professionalisierungstheoretische Modellbildung, so erhält man ein negatives Ergebnis: Diejenigen Strukturmerkmale einer auf Professionalisierung angelegten sozialisatorischen Interaktion, die aus den einleitend dargestellten konzeptionellen Überlegungen abgeleitet werden konnten, finden sich hier nicht. Welcher Erkenntniswert kann diesem Befund beigemessen werden?

Abgesehen davon, daß der behandelte Ausschnitt einen bloß punktuellen Einblick in die Wirklichkeit akademischer Lehre an der Universität der Gegenwart bietet, erscheint ein solch negativer Befund nur in dem Maße interessant, in dem die Erwartung, das in der Modellbildung Angezeigte zu finden, Plausibilität beanspruchen kann. Daß diese Erwartung so unplausibel nicht zu sein scheint, zeigt die Debatte, die in der Hochschulforschung über den Wandel der sogenannten akademischen Profession geführt wird. Dort findet sich regelmäßig die Annahme, daß Hochschullehrer trotz des zu beobachtenden Wandels der äußeren Organisationsformen sich in ihrer Forschung und ihrer Lehre weiterhin an den Imperativen ihrer jeweiligen Disziplin orientieren. Vor diesem Hintergrund ist es aufschlußreich zu sehen, was es auf der Ebene der Interaktionsstruktur genau bedeutet, wenn die Vertreter einer Disziplin diese in der Lehre vertreten: Natürlich kann der Professor, der die betrachtete Vorlesung hält, mit Recht der Auffassung sein, seine Studenten, wie es der Titel der Vorlesung sagt, in die Soziologie einzuführen. Tatsächlich ergibt sich, wie die Analyse zeigen sollte, die Struktur der Interaktion jedoch aus der Orientierung an der formalen Organisation des Studiums, nicht aus der inneren Bindung an die eigene Disziplin. Selbst wenn eine solche Bildung aufgrund des langen Bildungsweges, der entsprechend substantielle Beiträge zum eigenen Fach erfordert, unterstellt werden kann: Strukturbildend ist die hier die Organisation.

Die Analyse zeigt aber noch etwas anders: daß die Orientierung an den Strukturen eines verwalteten Studiums auch im vorliegenden Fall nicht als das eigentlich Fundierende angenommen werden kann. Vielmehr hat die Analyse eine Aufschichtung aufeinander aufbauender Voraussetzungsstrukturen zu Tage befördert. Grundlegend bleibt auch im vorliegenden Fall, daß in eine Disziplin eingeführt werden soll. Und dies könnte auch hier problemlos in eine Praxis akademischer Lehre münden, in der man von jemandem, der im Diskurs seiner Disziplin ausgewiesen ist, auf eine möglichst lebendige und gewinnende Weise in diesen Diskurs eingeführt wird. Das akademische Personal mag heute über die Forschungsleistungsdokumentation dem Zwang unterliegen, auf Tagungen Präsenz zu zeigen und regelmäßig zu publizieren, was auf Kosten der Substanz der Beiträge gehen kann. Das studentische Publikum unterliegt fraglos dem Zwang, effizient und am Prüfungsbetrieb orientiert zu studieren, was auf Kosten der Suche nach einem Bildungserlebnis gehen mag. Doch das Interaktionsformat „Vorlesung“ geht zunächst einmal nur mit einem Zwang einher: Nämlich seine Arbeitskraft darauf verwenden zu müssen, einen großzügig bemessenen Zeitrahmen von ca. 15 mal anderthalb Stunden mit einem in freier Rede

entfalteten Gedankengang zu füllen, an dem sich das studentische Publikum zu bilden vermag. Wie auch immer die Vorlesung gerahmt ist: Nichts hindert daran, in den Diskurs der Soziologie einzuführen, nichts zwingt dazu, die angekündigte Einführung in die Soziologie als eine Einleitung in das Studium zu deuten.

Vor allem ist kaum erkennbar, was dadurch gewonnen sein könnte, außer daß der Veranstaltung erheblich an Reiz genommen wird. Fragt man nämlich nach der dieser Sequenz vorgängigen und in ihr bearbeiteten Problemlage, so stößt man letztlich auf etwas, das dem Studium einer Disziplin äußerlich ist: daß dieses Studium organisiert ist. Das eingangs skizzierte Modell eines auf Professionalisierung angelegten Studiums würde sich hingegen aus der Struktur der Universität selbst ergeben – wenn denn unter einer Universität eine Organisation verstanden wird, an der die im Diskurs ihrer Disziplin ausgewiesenen Forscher diese Disziplin in Forschung und Lehre vertreten.

Segmentiertes Transkript

Transkriptionsregeln	
=	unmittelbarer Anschluss
und=äh	Verschleifen von Einheiten
(.)	Mikropause
(-), (--), (---)	Pause von ca. 0.25 - 0.75 Sekunden
(2.0)	Pause der angegebenen Dauer
;;, :::	Dehnung, je nach Dauer
akZENT	Betonung
,	steigende Intonation
-	Tonhöhe gleichbleibend
;	fallende Intonation
.h .hh .hhh	Einatmen, je nach Dauer
h hh hhh	Ausatmen, je nach Dauer
()	unverständliche Passage
(solche)	unsichere Transkription, vermuteter Wortlaut
(solche/welche)	unsichere Transkription, mögliche Alternativen
<<p> >	piano
<<flüsternd> >	Veränderung der Artikulationsweise

1	Also (.) ich .h darf sie herzlich begrüßen zur (.) vorlesung
2	einführung in die soziologie, (.)
3	das ist (.) ihre (.) lauter? (.) erste ist ihr in der regel
4	erstes semester
5	und jetzt hab ich=äh eine irritation angemeldet sind
6	hundert=dreiundneunzich (--) dies hier sind mehr
7	also äh es is kein problem wir haben keinerlei
8	zulassungsbeschränkung in der vorlesung=ich hab hier schon
9	mit dreihundert=mit glaub ich vierhundert gesessen
10	das war aber sehr viel ungemütlicher .hh äh also es gehen hier
11	durchaus also=nur wenn sie hier=n leistungsnachweis
12	machen wollen dann müssen sie übers campus system angemeldet
13	sein (.) das is wirklich wichtich also würd ich sie bitten (.)
14	sich über das campus system für die vorlesung anzumelden
15	weil sonst sozusagen die klausuranmeldung (.) nicht gilt
16	für die klausur müssen sie sich extra anmelden das sach ich
17	später (-)
18	gut zunächst mal fang ich (-) jetzt mal inhaltlich an (.) mit
19	dem formAlen äh werden wir uns dann zum schluss der vorlesung
20	beschäftigen
21	es geht um die einführung in die soziologie (.) und wenn man in
22	so eine vorlesung kommt dann erwartet (.) man vermutlich dass
23	einem jetzt kurz und bündig erklärt wird was soziologie ist .hh
24	und sie werden aber im verlauf der vorlesung merken dass es
25	kaum eine schwierigere frage gibt (--)

26	in der einföhrung in die soziologie geht es selbstverständlich
27	immer auch um die grundlagen dieser disziplin also womit
28	befasst sie sich was ist ihr gEgenstandereich was sind ihre
29	methOden was die methodologien wie kommt sie überhaupt zu (.)
30	aussagen (---) eine solche vorlesung zur einföhrung unter den
31	grundbegriffen beinhaltet notwendig und unvermeidlich vorgriffe
32	auf etwas was im studium EIgentlich erst später kommt die
33	einföhrung in die soziologie und daran denk=bitte ich immer zu
34	denken ist ein erster schritt in einer ganzen reihe von
35	veranstaltungen und hier werden mehr oder weniger Alle themen
36	angesprochen die dann in den anderen veranstaltungen vertiefter
37	und intensiver (.) behandelt werden; .hh wir ham ja jetzt das
38	erste semEster (.) so=auch für Uns das erste semester im
39	bachelor studiengang und der enthält neben der einföhrung in
40	die soziologie in den ersten drEI semestern die vorlesung zur
41	soziologischen theorie im nächsten semester die vorlesung zur
42	sozialstruktur im sommersemester dann folgt ein seminar zur
43	mikrosoziologie und begleitet wird das alles durch
44	veranstaltungen und das is=die sind sehr wichtich zur
45	einföhrung in die methoden der empirischen soziAlforschung; (--
46) äh wobei statistik da ein tEil ist; und in dieser einföhrung
47	in die soziologIe in dieser ersten veranstaltung kommen sie im
48	grunde mit Allen diesen themen in einen ersten kontakt (.) und
49	das geht natürlich no=notwendigerweise noch nicht so sehr in
50	die tiefe sondern (.) es hat einglich mehr die aufgabe dass sie
51	danach eine vorstellung davon haben (.) was in einer
52	veranstaltung soziologische theorie: oder in einer
53	veranstaltung sozialstrukturanalyse wohl (.) auf sie zukommen
54	wird und was sie zu erwarten haben und auch sozusagen dass sie
55	abchecken können=wollen sie das eigentlich studiern, das ist
56	auch wichtich;
57	.hhh d=die vorlesung richtet sich auch nicht nur an
58	bachelor=studierende sondern auch (.) an viele studierende im
59	bEifach und im wAhlpflichtfach und auch hier geht es darum (.)
60	im wesentlichen darum grundlagen und vor allem auch (.)
61	grundfrAgen zu vermitteln (---)
62	und das alles (.) wird interessanderweise überhaupt nicht die
63	frage beantworten (-) was ist soziologie? .hhh wenn sie in die
64	lexika gucken dann finden sie dort schöne definitionen; .h zum
65	beispiel wissenschaft die sich mit dem Ursprung der entwicklung
66	und der struktur der menschlichen gesellschaft befasst (-- das
67	ausm DÜden lassen ses sich so richtig (.) nommal (.) auf der
68	zunge zergehen (.) mit dem Ursprung der entwicklung und der
69	struktur der menschlichen gesellschaft (-- ich schätze dass
70	sie danach nicht viel schlauer sind=ich wars zumindest nicht.
71	zumal nämlich völllich Unklar ist was denn eigentlich die
72	menschliche gesellschaft (.) ist sind wir das hier oder ist das
73	die (.) weltgesellschaft; (.) faktisch ist die soziologie eine
74	weitgehend unbekannte wissenschaft und ich kann mir ehrlich
75	gesacht kaum vorstellen, welche vorstellungen von soziologie
76	daz=dazu geführt haben dass sie das als haupt oder als
77	nebenfach im bachelor studium (.) gewählt haben. denn unter nem
78	physiker nem mediziner nem psychologen da kann man sich

79 | irgendwas vorstellen (-) selbst dann wenn man von der späteren
80 | berufspraxis auch nur vage vorstellungen hat (--) aber man
81 | glaubt viel mehr zu wissen womit diese wissenschaften es zu tun
82 | haben weil man ihren arbeiten unweigerlich im alltäglichen
83 | leben begegnet; .h ohne physik keine raumfahrt ohne medizin
84 | keine operationen und ohne psychologen keine einstellungstests;
85 | .hhh aber (-) welche erfahrungen in unserem alltäglichen leben
86 | verbitten sich eigentlich mit (.) soziologie .hh und in der
87 | regel sacht man dann jaja das ist die wissenschaft von der
88 | gesellschaft (--) und dann stellt sich die frage (.) was ist
89 | gesellschaft? (-) und befassen sich wirtschaftswissenschaftler
90 | politikwissenschaftler historiker kulturwissenschaftler .hhh ähm
91 | ethnologen also volkskundler und so weiter etwa nicht mit
92 | gesellschaft, (---) es scheint also so dass dieser begriff
93 | gesellschaft allEIne den speziellen gegenstand einer
94 | wissenschaft soziologie nicht (.) definieren kann; (--) und sie
95 | werden sehen dass dieser begriff in der tat so schwierig is
96 | dass ich ihn auf die aller=aller=allerletzte sitzung .hh dieser
97 | vorlesung vertAgt habe (--) .hh eine etwas der böseren etwas
98 | böser definition der soziologie ist dass man sacht (-)
99 | soziologie sei eine wissenschaft die dAs was jeder sowieso
100 | schon weiß, so formuliert, dass niemand es mehr versteht;

PETER ULLRICH

Organisierung und Mobilisierung im akademischen Kapitalismus: Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit prekär-mobiler Wissensarbeiter*innen

Abstract

Die Beschäftigungsbedingungen von Wissenschaftler*innen im akademischen Mittelbau sind geprägt durch eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: durch einen extremen, politisch inszenierten Wettbewerb um Stellen auf Quasi-Märkten einerseits (‚akademischer Kapitalismus‘) bei gleichzeitigem Weiterbestehen ‚feudaler‘, also stark personaler Abhängigkeiten von Professor*innen im Lehrstuhlssystem andererseits. Während über die Problemexistenz immer mehr Einigkeit besteht, bilden sich Ansätze kollektiver Interessenartikulation des Mittelbaus nur langsam und mit Mobilisierungsschwierigkeiten. Der Aufsatz analysiert die Handlungsbedingungen, nicht zuletzt die Handlungsrestriktionen, mithin die strukturellen Voraussetzungen von Protestmobilisierung der akademischen Wissensarbeiter*innen aus Sicht der Protestforschung.

Protestförderlich scheinen im universitären Feld strukturelle Spannungen (Konflikte um die Wissensgesellschaft), subjektives Leiden und anschlussfähiges Framing (Ungerechtigkeit, Ausbeutung) mit hoher medialer Resonanz. Eine immense Bedeutung haben hinderliche Handlungsstrukturen wie das Fehlen von Ressourcen, politischen Gelegenheitsstrukturen und kollektiver Identität, die in ihren Ausprägungen in Form von 11 Thesen ausdifferenziert und erläutert werden: die Gewöhnung an niedrige Beschäftigungsstandards, der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad, das Fehlen alternativer Interessenvertretungen/Konfliktstrukturen, die Engagementfeindlichkeit der Beschäftigungsverhältnisse selbst, personale Mehrfachabhängigkeiten, der falsche Glaube an den meritokratischen Charakter der Wissenschaft, die selbstunternehmerischen Subjektivitäten, die hochgradige Binnendifferenzierung, die Statusdisparitäten und ihre feldinterne Legitimierung, die Flüchtigkeit der Arenen des Konfliktaustrags, die universitätsinterne Verantwortungsdiffusion.

Dr. Dr. Peter Ullrich

Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin

E-Mail: ullrich@ztg.tu-berlin.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

1. Die Noch-Nicht-Klasse¹

Das „neue akademische Prekariat“ (Ohm 2016) ist dabei, vorsichtig so etwas wie ein Klassenbewusstsein zu entwickeln. An immer mehr Stellen artikuliert sich immer deutlicher hörbar Unmut über Jobunsicherheit, Befristungen, starr-hierarchische Abhängigkeitsstrukturen, kurz: ausbeuterische Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse und eine Prekarisierung der Lebenssituation Betroffener (Dörre und Rackwitz 2018). Dies äußert sich in Deutschland nicht zuletzt in einer Vielzahl von Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Publikationen und insbesondere neuen kämpferischen Kampagnen sowie der Gründung verschiedenster lokaler, regionaler, bundesweiter oder in Fachgesellschaften verorteter Initiativen (Ullrich 2016; Gallas 2018b, 98 f.). Die neuen Ansätze von „Politiken des Mittelbaus“ (Bünger, Jergus, und Schenk 2017) verstehen sich, wie das Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss), teilweise als ‚komplementäre‘ Ergänzung (Ullrich und Reitz 2018; Ullrich 2021) und in anderen Fällen auch als Alternative² zu den länger bestehenden gewerkschaftlichen Ansätzen, für die hierzulande besonders die GEW-Kampagne um das Templiner Manifest steht (Gallas 2018b, 95–98; u.a. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 2010). Vergleichbare Entwicklungen in der Artikulation von Unmut gibt es auch in vielen anderen Ländern mit allerdings teilweise sehr unterschiedlichen Hochschulsystemen und entsprechend divergenten Problemlagen sowie in internationalen disziplinären Zusammenhängen – geeint im Kampf gegen immer mehr als solche erfahrene prekäre Mobilität.

-
- 1 Der Aufsatz ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines Beitrags zum Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2018 (Ullrich 2019b). Eine englische Übersetzung von diesem ist im Transform-Jahrbuch erschienen (Ullrich 2019a). Für Anregungen und kritische Kommentare danke ich Britta Ohm, Axel Rüdiger, Ulrike Stamm, Daniela Heitzmann, Florian Kappeler und Ruben Schenzle.
 - 2 Als Alternative zu den bestehenden Gewerkschaften hat im Hochschulsektor neben einzelnen Aktivitäten der anarchistischen Freiwilligen Arbeiter*innen Assoziation (FAU) v.a. die radikale und basisdemokratische Frankfurter Hochschulgewerkschaft unter_bau auf sich aufmerksam gemacht (<https://unterbau.org/positionen/konzept/>). Unter_bau nutzt den Sonderfall der Tariffähigkeit der Frankfurter Stiftungsuniversität dafür als lokale Gewerkschaft agieren zu können, während die meisten Hochschulen als Landeseinrichtungen auch mindestens landes- oder gar bundesweite Auseinandersetzungen verlangen und daher entsprechende großflächige gewerkschaftliche Strukturen voraussetzen (s.u., S. 263).

Dass „der Widerstand an deutschen Hochschulen wächst“³ ist vor dem Hintergrund des immensen Problemdrucks nicht überraschend und wurde in den vergangenen Jahren in journalistischen Beiträgen immer wieder mit oft individualisierenden Leidensgeschichten eindrücklich bebildert, in denen beispielsweise habilitierte Universitätsdozent*innen zur Arbeit an der Kaffeehaustheke „verdonnert“ sind.⁴ Doch die sichtbaren Organisationsansätze im akademischen Prekariat bleiben vergleichsweise schwach; insbesondere gelingt es ihnen bisher kaum, größere Menschenmengen zum Protest oder gar Streik zu mobilisieren. Dies verdeutlicht nicht zuletzt die von den entscheidenden kritischen Akteuren im Feld gemeinsam getragene Entfristungskampagne „Frist-ist-Frust“ (2019-20 im Rahmen der Verhandlungen zum „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“), sicherlich der wahrnehmbarste Kristallisationspunkt von Kritik an der Prekarisierung seit dem Templiner Manifest von 2011. Trotz breiter Unterstützung, großer medialer Resonanz und symbolischer Anerkennung der Forderungen bis in konservative bildungspolitische Kreise (Ullrich und Neis 2019, Fußnote 7.) blieben die Zahlen der außerhalb der sozialen Medien zu konkreten Kundgebungen Mobilisierten im zwei-, bestenfalls niedrigsten dreistelligen Bereich. Hier zeigt sich wieder einmal der Tiefsinn eines Axioms der ‚rationalistischen‘ Ansätze in der Protest- und Bewegungsforschung, das Japp (1984, 316) einst so zusammenfasste: „Grievances are everywhere, movements are not“.⁵ Anders als die am ökonomistischen Rational-Choice-Paradigma orientierten Forscher*innen vermuten würden, liegt der Schlüssel zum Verständnis der Mobilisierungshindernisse jedoch nicht nur im Fehlen von Ressourcen für effektive Kampagnenarbeit (wobei diese Diagnose durchaus auch zutrifft), sondern in der Verknüpfung von objektiven Strukturen des wissenschaftlichen Feldes mit ideologisch verklärenden Selbstbeschreibungen der Wissenschaft und daraus resultierenden organisie-

3 https://www.deutschlandfunk.de/akademisches-prekariat-widerstand-an-deutschen-hochschulen.680.de.html?dram:article_id=386078 [2018-09-05].

4 <https://www.mittelbayerische.de/bayern/oberpfalz-nachrichten/vollzeit-philosoph-teilzeit-kellner-21684-art1358080.html> [2018-09-05].

5 Japp schrieb dies keineswegs zustimmend, sondern in einer kritischen Auseinandersetzung mit den Ressourcenmobilisierungsansätzen. Während die Kritik an deren intentionalistischen und die Handlungsfreiheit von Akteuren extrem überbetonenden Verkürzungen (Baumgarten und Ullrich 2016) durchaus berechtigt ist, ist das im Diktum aufgeworfene Problem jedoch fraglos ein ernstzunehmendes. Es weist auf die Brüchigkeit der Verbindungslinie zwischen objektiver Lage, subjektivem Leid und geäußelter oder gar mobilisierter Kritik, die an anderen Stellen diskutiert wurde, bspw. im Problem von Klasse an sich und für sich.

rungshinderlichen Subjektivitäten – mithin also Strukturen, die, um Hirschmans (1970) berühmte Trias zu zitieren, häufig Exit erzwingen, Loyalität fördern und Voice (die Artikulation von Kritik und Widerspruch) bremsen (Graf, Keil, und Ullrich 2020).

Im Folgenden werde ich kurz die maßgeblichen Strukturen und Entwicklungstendenzen des Hochschul- und Forschungssektors als Feld von Lohnarbeit und akademischer Qualifikation umreißen, um im zweiten Schritt zu fragen, wie sich diese auf die kollektive Handlungsfähigkeit auswirken, und dazu elf Thesen zu Elementen dieser Konstellation formulieren.

2. Aspekte der Struktur des Wissenschaftlichen Feldes

Drei Strukturbedingungen scheinen besonders prägend für das akademische Feld in Bezug auf Lohnarbeit und Arbeitskämpfe zu sein: (a) der akademische Kapitalismus, (b) fortbestehende quasi-feudale Strukturen und (c) die *illusio* des Feldes, die ihren Niederschlag in individualistischen, selbstunternehmerischen Subjektivitäten findet.

Unter dem Schlagwort *akademischer Kapitalismus* (Slaughter und Rhoades 2009; Münch 2011) werden Tendenzen der Ökonomisierung im Hochschulbereich begriffen, insbesondere der Einzug von New-Public-Management-Techniken als Steuerungsprinzipien, die langfristig für die Ersetzung der *Kritik* durch die *Konkurrenz* als Modus wissenschaftlichen Wettstreits sorgt (Reitz 2016). Auf der Ebene der Institution äußert sich dies in Form der „Audit-Universität“ (Münch 2011, 94 ff.), die im Wettbewerb der Standorte um Ranking-Plätze versucht, Kennziffern zu optimieren: mehr Studierende, mehr Drittmittel, mehr Publikationen, mehr Anträge, mehr Projekte. So eingefahrene Symbolgewinne zählen – nicht zuletzt für Mittelzuweisungen im Rahmen der Leistungsorientierten Mittelvergabe – mehr als wissenschaftliche Erkenntnis (Münch 2016). Die politischen Rahmenbedingungen dafür legte die Hochschulpolitik der letzten Bundesregierungen, die trotz kontinuierlicher Bildungsexpansion, also stetig steigendem Studierendenanteil pro Kohorte, und entsprechend steigendem Grundmittelbedarf, immer größere Teile der verfügbaren Mittel kompetitiv verteilt. Dafür stehen die Verteilungswettbewerbe zwischen den Hochschulen, insbesondere in der Exzellenzinitiative/-strategie (Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative 2016) und die Mittelaufwüchse in der Drittmittelforschung, insbesondere bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sowie den elitären außeruniversitären For-

schungseinrichtungen, während die verfügbaren Grundmittel der Bildungsinstitution Universität pro Studierendem*r sinken (Baumgarth, Henke, und Pasternack 2016, 44; Dörre und Rackwitz 2018, 196).

Ähnliche Mechanismen wirken auf Ebene der Beschäftigten, der universitären Bildungsarbeiter*innen. Verschiedene Maßnahmen, v.a. eine Expansion der Graduierten- und Postgraduiertenförderung sowie der krasse Bedeutungsgewinn der Drittmittelforschung (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2018, 7, 34) haben das Feld für neue Bildungsarbeiter*innen im „Mittelbau“ i.w.S. stark geöffnet, ohne annähernd adäquate langfristige Verbleibsperspektiven zu eröffnen (Flaschenhalsproblematik). Durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das auch nach seinem letzten Reförmchen reguläre Tätigkeit in Forschung und Lehre auf sechs Jahre nach dem Studium und sechs Jahre nach der Promotion beschränkt, und fehlende alternative Karrierepfade bleibt die Professur weiterhin das einzige relevante Berufsziel, das eine unbefristete Anstellung ermöglicht. Im Vergleich zum immensen Zuwachs bei den Stellen für wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiter*innen ist der leichte Anstieg bei den Professuren eher als Stagnation zu bezeichnen (Rogge 2015b, 693). 93% der langfristig zum wissenschaftlichen „Nachwuchs“ Infantilisierten sind befristet beschäftigt; darunter etwa die Hälfte mit Vertragslaufzeiten von bis zu einem Jahr, oft in erzwungener Teilzeit und häufig mit dauerhafter, unfreiwilliger Kinderlosigkeit (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017). Dies ist die Situation, die immer mehr als Skandal empfunden wird: ein extremer Wettbewerb mit den Folgen Stress, Angst, Unplanbarkeit von Lebenswegen, extremem Anpassungsdruck, was die Existenzweise des akademischen Prekariats als *prekäre Mobilität* begründet,

„die durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse erzwungene bzw. geforderte fast grenzenlose zeitliche und räumliche Verfügbarkeit der akademischen Wissensarbeiter*innen, die sie nomadisch zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen hin- und herspringen lässt, immer bereit, jede Möglichkeit zu ergreifen, ohne Rücksicht auf Bindungen jedweder Art.“ (Ullrich und Reitz 2018).

Diese Existenzweise ist zugleich erfolgsförderlich für den Output der deutschen Wissenschaft. Deren Erfolg basiert auch auf der durch die Extremkonkurrenz um Stellen hergestellten Bereitschaft zu immensen unbezahlten Arbeitsleistungen und anderweitig unsichtbar gemachter Arbeit, die teilweise durch irreguläre Querfinanzierung durch die Arbeitsagentur, private Netzwerke, Drittmittel u.a. aufrechterhalten wird – in einem System „das stärker denn je auf einer Ausbeutung unbezahlter Mehrarbeit beruht“

(Dörre und Rackwitz 2018, 203). In diesem Wettbewerb durchzuhalten, setzt u.a. enormes ökonomisches Kapital oder dessen längerfristige Substitution durch soziales Kapital voraus und verstärkt entsprechende soziale Ungleichheit (Rogge 2015a; Möller 2018; Keil 2019). Und er benachteiligt Frauen (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017; Statistisches Bundesamt (Destatis) 2018, 33) sowie diejenigen, die mehrheitlich den weniger gratifizierten weiblich codierten (Sorge-)Tätigkeiten in Lehre, Betreuung und Beratung nachgehen, besonders stark, da neben Netzwerken und damit einhergehender informeller Förderung insbesondere Publikationsoutput berufungsförderlich ist (Schmid und Ullrich 2018; Plümper und Schimmelfenning 2007; Jungbauer-Gans und Gross 2013; Lutter und Schröder 2014). Weitere Diskriminierungs- und Exklusionsmerkmale, etwa mit Bezug auf Herkunft und Aufenthaltsstatus, können hier kumulieren (Jovanovic 2018; Touhouliotis 2018)

Durch bewusste politische Steuerung wird in einem wissenschaftlichen Quasi-Arbeitsmarkt (Münch 2011, 17; Rogge 2015b) zwar die Illusion einer wettbewerbsorientierten Mittelverteilung erzeugt, de facto aber die Institutionalisierung der Prekarität vollzogen.⁶ Diese Auswüchse des akademischen Kapitalismus werden in ihren Wirkungen eher noch verstärkt durch weiter bestehende *feudale Strukturen* (Bérubé und Ruth 2015, 116; Münch, Beyer, und Massih-Tehrani 2016). Damit sind Strukturen gemeint, die trotz aller Überformung durch die ‚sachlichen‘ Konkurrenzmechanismen des akademischen Kapitalismus v.a. auf personalen Abhängigkeiten des deutsche Patronage-Modells (Münch, Beyer, und Massih-Tehrani 2016) beruhen. Die Feudalherren (und seltener -herrinnen) von heute sind in ihrer Hochadelsvariante insbesondere auf Leitungspositionen der außeruniversitären Forschung und als Kleinfürsten als Inhaberinnen universitärer Lehrstühle zu finden. Das Lehrstuhlssystem baut auf der Bindung von Grundmitteln und daraus finanzierten Mitarbeiter*innenstellen („Pfründe“) an einzelne Personen – die in ihrem kleinen Fürstentum allmächtigen Professor*innen. Sie sind (unabhängig von dem wiederum auch für sie steigenden Anforderungsdruck, vgl. Dörre und Rackwitz 2018, 198–200) ihren Mitarbeiter*innen gegenüber häufig in einer dreifachen Machtposition, nämlich als Dienstvorgesetzte in Quasi-Arbeitgeberfunktion sowie zugleich als Betreuer*innen *und* Gutachter*innen der Qualifikationsarbeiten. Die Werde-

6 Dass der vorgeblich meritokratische Charakter dieses Selektionssystems angesichts seiner extrem hohen Ausschlussquoten und ungleichheitsverstärkenden Mechanismen eine Fiktion darstellt, ist verschiedentlich gezeigt worden (Rogge 2015b; Keil 2019; Möller 2018; vgl. a. Dörre und Rackwitz 2018).

gänge der Beschäftigten sind damit extrem abhängig vom Gutdünken einzelner – ein Einfallstor auch für extremere Formen des Machtmissbrauchs, die in jüngster Zeit anhand einzelner öffentlich gewordener Vorfälle kritisiert werden, wie Mobbing oder sexualisierte Gewalt.

Um Organisierungspotenziale und -hemmnisse der akademische Bildungsarbeiter*innen zu verstehen, also nicht zuletzt Prozesse der (Nicht-)Entwicklung eines Selbstverständnisses als kollektiv prekarisierte Lohnabhängige, ist jedoch die Kenntnis der objektiven Machtstrukturen nicht hinreichend. Diese sind weitgehend bekannt, wenngleich auch nicht gleich bewertet, sind aber trotz der aufkommenden dissidenten Politiken des Mittelbaus in der wissenschaftlichen Alltagskommunikation (Lehre, Tagungen, Publikation usw.) noch weitgehend abwesend. Dies liegt am dominanten Modus der Statuszuweisung im wissenschaftlichen Feld über Reputationskriterien, die neben inhaltlichen Aspekten (insbesondere durch Prägung eines Konzepts oder Etablierung einer anerkannten Theorie) mehr und mehr in quantifizierbaren Einheiten objektiviert werden: in der Anzahl und dem Impact-Faktor von Publikationen, Zitationshäufigkeiten, eingeworbenen Mitteln u.a. Die Reflexion eigener Prekarität hingegen ist weder reputationsförderlich, noch verschafft sie Nachteilsausgleiche im Wettbewerb. Stattdessen führte sie wohl eher zu Scham angesichts des gefühlten eigenen Versagens (gemessen am stets sichtbaren Erfolg manch anderer).

Dies erlaubt die kollektive Aufrechterhaltung der *illusio* (Bourdieu 1998) des Feldes: Wissenschaftler*innen kommunizieren und verhalten sich auf der Vorderbühne so, als würden Inhalte zählen, Wissen, Kritik, intrinsisch motivierte Suche nach Wahrheit und das seltsam „interesselose Interesse“ (ebd. 27) an Erkenntnis, während die andere Seite (man könnte sie als hochschulpolitische, administrative, markt- und machtbezogene bezeichnen) im kommunikativen Dunkeln verbleibt. Dazu tragen, so Graf et al. (2020), insbesondere verschiedene Ausprägungen von Loyalitätsbeziehung zur Wissenschaft als Feld bei. Zum auf die Hinterbühne Verbannten gehört insbesondere der Lohnarbeitscharakter wissenschaftlicher Tätigkeit, manchmal sogar ihre für Reputationsallokation relativ unerheblichen, eher handwerklichen Qualitäten (die wie viele Tätigkeiten von Lehre, Verwaltung, Prüfungen u.ä. wenig mit dem genialischen Nimbus der einsamen Wahrheitssuche zu tun haben) und v.a. die beschriebene Situation der Kämpfe um Ressourcen. Die Hinnahme und aktive Reproduktion dieser Feldregel, die zwei Realitätsdimensionen voneinander absplattet, ist die kognitive Voraussetzung dafür, trotz massiver Tendenzen von Ausbeutung, Entfremdung, Fremdbestimmung und Prekarisierung die eigene Tätigkeit

weiterhin als Privileg und inhaltliche Erfüllung zu begreifen und damit den Hazard der akademischen Laufbahn als mehr oder weniger notwendiges Übel hinzunehmen (vgl. Grünh u. a. 2009).

3. Die Akteure der Politiken des Mittelbaus im Überblick⁷

Mit der fortschreitenden Verschlechterung der Berufsperspektiven in der Wissenschaft und der Festschreibung dieses Trends durch die Regelungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (trotz ursprünglich gegenteiliger damit verbundener Hoffnungen) begann sich, abseits individuellen Klagen, auch mehr oder weniger organisierter, kollektiver Widerspruch zu artikulieren, der zudem auf die zunehmende statistische Abbildbarkeit der Situation zurückgreifen kann (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013; 2017). Dieser Widerspruch geht vor allem von Gewerkschaften und Mittelbauinitiativen aus.

Eine kontinuierliche öffentlichkeitswirksame Problematisierung ist insbesondere mit der Kampagne um das “Templiner Manifest” der größten deutschen Bildungsgewerkschaft GEW verbunden (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 2010). Mit der Kernforderung nach besseren Karrierewegen für den Mittelbau und Dauerstellen für Daueraufgaben zielte die GEW besonders auf Schaffung eines Problembewusstseins in der Öffentlichkeit durch symbolische Interventionen und Lobbying, um politische Entscheidungsträger*innen zu Änderungen am Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu bewegen sowie auch einzelne Einrichtungen zur Hebung der Beschäftigungsstandards durch Selbstverpflichtungen zu drängen (Gallas 2018b, 96 ff.). Die Aktivitäten sind kampagnenförmig und diskursorientiert.

Im Gegensatz dazu eher basisorientierter agierte die ebenso im Bereich der Hochschulbildung und Forschung vertretene und um Mitglieder und Organisationsbereiche konkurrierende Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die in der Wissenschaft vor allem (aber nicht ausschließlich) technisch-administratives Personal vertritt, mit ihrer an den Mittelbau gerichteten Kampagne “Fairspektive” (2010-2014). Diese setzte auf klassisches Organizing (Alinsky 1989) an einigen wenigen ausgewählten Standorten. Doch ihre Aktivitäten wurden nach wenigen Jahren eingestellt, weil es kaum gelang, unter den gegebenen Bedingungen prekärer Mobilität langfris-

7 Vgl. auch andere Überblicksdarstellungen, insbesondere Graf et al. (2020, 301–3), die weitgehend aus gleicher Feder stammt und daher gewisse Überschneidungen aufweist, sowie (Ullrich 2016) und Gallas (2018b). Der Begriff stammt von Bünger et al. (Bünger, Jergus, und Schenk 2017).

tiges Engagement sicherzustellen beziehungsweise erreichte Erfolge noch dem zugrundeliegenden Prozess zuzurechnen. Allerdings wurde mit der Arbeit die Grundlage für längerfristiges Engagement einzelner Beteiligter gelegt, die teilweise an andere Stelle weiter im Themenfeld aktiv sind.⁸

Beide größeren Gewerkschaften haben auch Hochschulgruppen an einzelnen Standorten, ebenso gibt es einzelne DGB-Hochschulgruppen. Daneben existieren kleinere Gewerkschaften. Die anarchistisch-syndikalistische Freie Arbeiterinnen Assoziation, die über eine Bildungssektion verfügt, brachte sich, auch bedingt durch ihre relativ geringe Größe, bisher nur punktuell in hochschulpolitische Arbeitskämpfe ein, u.a. auch in der Organisierung studentischer Beschäftigter, oder beteiligte sich an sektorübergreifenden Initiativen wie dem Berliner "Netzwerk Prekäres Wissen". Die alternative Hochschulgewerkschaft unter_bau an der Universität Frankfurt gründete sich, nicht zuletzt auch aus Unzufriedenheit mit den hierarchischen und korporatistischen Strukturen der DGB-Gewerkschaften, auch aufbauend auf einer lokalen Besonderheit, die nur einen kleineren Teil der deutschen Hochschulen betrifft: die Universität ist eine Stiftung und somit ein tariffähiger Einzelbetrieb. Dies ermöglicht Arbeitskämpfe innerhalb der Einrichtung, während ansonsten meist das gesamte Bundesland bzw. die Tarifgemeinschaft der Länder den Konfliktgegner darstellen und so eine deutlich größere räumliche Ausdehnung der Organisierung voraussetzen.

Die spezifischen Anliegen des akademischen Mittelbaus finden bisher keinen Eingang in die Tarifstrategien und damit die konkreten Arbeitskämpfe der DGB-Gewerkschaften. Dies liegt insbesondere an der Breite der von ihnen als Sammelgewerkschaften vertretenen Beschäftigtengruppen, im Fall der GEW nicht zuletzt an der weitgehenden (personellen und inhaltlichen) Dominanz von Lehrer*innen als größter Binnengruppe (Gallas 2018b, 96) sowie der Tatsache, dass die Regelungen des WissZeitVG überwiegend als nicht tariffähig betrachtet werden.

Die augenfälligsten Entwicklungen der letzten Jahre sind im Bereich der Mittelbauinitiativen zu verzeichnen. Während einige an verschiedenen Hochschulen schon seit Jahrzehnten (mehr oder weniger) aktiv sind, gab es angesichts der sich zuspitzenden und reflexiver werdenden Situation seit etwa 2014 geradezu eine Gründungswelle. Diese Initiativen sind allerdings hochgradig heterogen: sie arbeiten teilweise stark orientiert an und in den Organen der akademischen Selbstverwaltung der Gruppenuniversität, teilweise freier mit einer Diskurs- und Kampagnenorientierung. Sie arbeiten

8 Quelle: Interview mit dem Projektverantwortlichen.

mal mehr, mal weniger eng mit Gewerkschaften oder Betriebs- und Personalräten zusammen. Mehrere der Neugründungen entstanden im Kontext von Fachgesellschaften. Dies wurde als Ausdruck eines im gewissen Sinne fast hilflosen Suchens nach Einflussmöglichkeiten auf die Strukturen angesichts schwer auszumachender Machthebel und flüchtiger Arenen für diesen (potenziellen) Arbeitskonflikt interpretiert (Ullrich 2016) und muss zugleich als Ausdruck der für Deutschland typischen „rigide[n] Trennung zwischen organisationaler und institutionell-epistemischer Struktur“ (Graf, Keil, und Ullrich 2020, 297) gedeutet werden, in der Loyalitätsbeziehungen der Prekär-Mobilen vorrangig zur Wissenschaftscommunity (und nicht zur beschäftigenden Hochschule) bestehen. Im Januar 2017 wurde dann mit dem Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (Gallas 2018b; Ullrich und Reitz 2018; Ullrich 2021) ein Kollektivakteur aus der Taufe gehoben, der angetreten ist, die vereinzelt und in ihrer Struktur wiederum selbst meist prekären Initiativen zu vereinen, dem Mittelbau damit eine Stimme zu geben und dabei den Rahmen der lange etwas auf Reform des WissZeitVG hin erstarrten Diskussion zu transzendieren (Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft 2017). Die inhaltlichen Kernforderungen von NGAWiss zielen auf radikale Demokratisierung (Abschaffung des Lehrstuhlsystems zugunsten demokratischer Departmentstrukturen) und Entfristung (Ende des Sonderbefristungsrechts in der Wissenschaft, unbefristete Stellen als Regelfall ab Promotion). Insbesondere in den großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen organisierten sich zudem verstärkt Doktorand*innennetzwerke wie das “Max Planck PhD.net” und “N² - Network of Networks”.⁹

All diese Aktivitäten haben dazu beigetragen, dass mittlerweile eine Situationsdeutung *als Problem* etabliert werden konnte. Dieses manifestiert sich zum einen im dauerpräsenten, aber weitgehend individualisierten Lamento der unzufriedenen Betroffenen, das Gespräche unter Kolleg*innen prägt und immer mehr Aufmerksamkeit in den Sozialen wie auch klassischen Medien erfährt. Dadurch findet das Thema langsam auch mehr Eingang in genuin wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Foren. Dafür steht in

9 Zumindest Erwähnung finden müssen noch die Betriebs- und Personalräte, die allerdings - im Rahmen des hochgradigen Reguliertheit des Betriebsverfassungsgesetzes und der Personalvertretungsgesetze - vor allem einrichtungsbezogen und mit Zuständigkeit für verschiedene Statusgruppen arbeiten, um dort prozedurale Standards zu überwachen, Mitbestimmung wahrzunehmen, in Konflikten Arbeitnehmerinteressen zu stützen usw. Ihre Arbeit ist damit in der Regel, aber nicht per se, weniger politisch, sondern mehr umsetzungsorientiert.

den vergangenen Jahren eine Anzahl von Kongressen, Workshops und Publikationen zu Mittelbauthemen. Dazu gehören auch diese Forderungen teilweise aufgreifende politische Positionspapiere verschiedener Fachgesellschaften (DVPW, DGS, GfM, VdH u.a.).

4. Organisierungshindernisse

Die Fähigkeit zur Wahrnehmung, Artikulation und Veränderung der Zustände durch die genannten Akteure lässt sich aus den eingangs beschriebenen Bedingungen heraus analysieren. Aus dem Zusammenspiel der objektiven Strukturen mit den ideologischen Verklärungen resultiert das zentrale Mobilisierungsproblem der akademischen Prekarier*innen in Deutschland – ihre *strukturell geringe Konfliktfähigkeit*. Diese ist zu konstatieren, obwohl bestimmte mobilisierungsförderliche Bedingungen gegeben sind, unter anderem eine Verknüpfung mit gesellschaftlichen Konfliktlinien in der Etablierung der Wissensgesellschaft, objektive Existenz und subjektives Bewusstsein über das Leiden an diesen Zuständen sowie die Etablierung eines mobilisierbaren und medial resonanten Ungerechtigkeitsframings. Die trotz allem offenbar wirkmächtigen Mobilisierungshindernisse lassen sich in verschiedene Elemente aufschlüsseln. Auch innerhalb dieser lassen sich objektive und subjektive Faktoren unterscheiden, die sich jedoch gegenseitig bedingen und verstärken. Im Folgenden sollen in elf Thesen die Elemente dieses Handlungsproblems verdeutlicht werden, deren Zustandekommen und Zusammenwirken jedoch weiterer systematischer empirischer Untersuchungsbedürfen.

These 1: Die Gewöhnung an niedrige Standards lässt die Situation normal erscheinen. Die erlebte Konkurrenz und das Fehlen naheliegender Niveauvergleiche im akademischen Kapitalismus hat zur Etablierung geringer Anspruchsniveaus geführt, also zur Bereitschaft, sich mit Befristung, Teilzeit, unbezahlter Mehrarbeit usw. abzufinden. Dass in manchen zumindest für Geistes-, Sozial und Kulturwissenschaften benachbarten Berufsfeldern (Journalismus, politische Bildung, Museen und Gedenkstätten) prekäre Beschäftigung ebenso verbreitet ist, trägt sicherlich zu dieser Gewöhnung bei.

These 2: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist gering. Genaue Zahlen liegen nicht vor, doch die Erfahrungen der beiden größten im Feld aktiven DGB-Gewerkschaften sind diesbezüglich identisch. Der Organisationsgrad auf insgesamt unter 10% geschätzt (Gallas 2018b, 96 und mündliche Auskünfte von GEW- und ver.di-Funktionsträger*innen). Die Haltung zu den Ge-

werkschaften in einer vorliegenden Befragung war mehrheitlich distanziert: grundsätzliche Zustimmung zu gewerkschaftlicher Tätigkeit, aber ansonsten Unzufriedenheit, Unwissen und praktisch konkrete Distanz (Gröhn u. a. 2009) Dass es mit gewisser Regelmäßigkeit zu Lohnanpassungen kommt, verdanken die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter*innen im Wesentlichen streikfreudigeren Berufsgruppen bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, v.a. den Lehrer*innen. Ihre relative Marginalität innerhalb der Gewerkschaften führt auch dazu, dass die spezifischen Anliegen dieser Gruppe in den Tarifstrategien keine Rolle spielen. Auf Lohnerhöhungen würden viele Wissenschaftler*innen womöglich sogar verzichten, wenn in puncto Beschäftigungssicherheit Fortschritte erzielt würden. Das WissZeitVG ist nach verbreiteter Einschätzung nicht tariffähig. Das Tariffähigmachen der Hauptanliegen durch Entwicklung innovativer Tarifkonzepte ist bei den derzeitigen innergewerkschaftlichen Kräfteverhältnissen noch ein Fernziel. Streikfähigkeit im wissenschaftlichen Feld für die eigenen Anliegen ist kaum gegeben.

These 3: Alternative Konfliktstrukturen sind noch schwach. Andere Organisationsstrukturen als die Gewerkschaften als Basis einer Gegenmacht der Beschäftigten befinden sich erst im Aufbau, sind nur in einzelnen Regionen vorhanden (bspw. Mittelbauvernetzungen auf Länderebene wie in Hessen, Sachsen oder ansatzweise in Berlin) oder sind sehr disparate Reaktionen auf lokale Sonderbedingungen. Das gilt für die Basisgewerkschaft unter_bau in Frankfurt oder die Berliner Kampagne TVStud für einen Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten. Letzterer gelang insbesondere die Kooperation zwischen den beiden konkurrierenden Gewerkschaften GEW und ver.di – was keine Selbstverständlichkeit ist, da zwischen beiden neben häufiger Kooperation teils frostige Stimmung herrscht, was dazu führt, dass konkurrierende Organisationsinteressen inhaltlich-thematische Konvergenzen unterminieren. Eine übergreifende Vernetzung all dieser Akteure wird nicht zuletzt durch das Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGA-Wiss) angestrebt, wobei auch diesem gegenüber aus Organisationsegoismen resultierende Widerstände in den Gewerkschaften auftreten und das vor allem selbst von einer dreifachen Prekarität ist: „prekäre Wissenschaftler*innen engagieren sich in prekären Initiativen, die eine prekäre Vernetzungsstruktur aufrecht erhalten“ (Ullrich 2021).

These 4: Die Beschäftigungsverhältnisse selbst sind engagementfeindlich und verhindern so eine aktive Interessenvertretung. Das gilt im Grunde für die Wissenschaft im Allgemeinen: die hochgradige Ausdifferenzierung des Wissens und die

generalisierte Konkurrenz konstituieren den Widerspruch zwischen erfolgreicher Wissenschaftskarriere und umfänglicherem sozialen und politischen Engagement (von Care-Beziehungen ganz zu schweigen). Die prekäre Mobilität wirkt als Verstärker, denn sie verhindert örtliche Kontinuität und ganz konkret das Einbringen in Selbstverwaltungsstrukturen durch passive Wahlteilnahme. Die Wahlzyklen und Amtsperioden sind mit den geschil- derten Vertragslaufzeiten inkompatibel. Manche Mittelbauinitiativen kön- nen nur dank der wenigen Dauerstelleninhaber*innen bestehen und wichti- ges innerinstitutionelles Wissen nicht nur entwickeln, sondern auch bewah- ren. Dies prägt aber wiederum eine Tendenz zu mangelnder Sensibilität dieser Gruppe für die Probleme der Prekären. Auch das aktive Wahlrecht bei Gremienwahlen ist ein Problemfeld. Die Teilnahmeneigung ist generell gering und viele besonders prekäre Gruppen wie Lehrbeauftragte oder Privatdozent*innen sind rechtlich oder faktisch (bswp. weil keine Kommuni- kationsstrukturen oder Namenslisten bestehen) von der Teilnahme an den Wahlen, aber ganz besonders auch von informellen Entscheidungs- strukturen ausgeschlossen (da sie meist nicht über universitäre Arbeitsplätze verfügen, nicht bei informellen Treffen wie Institutsfesten anwesend sind usw.).

These 5: Die personalen Mehrfachabhängigkeiten fördern angepasstes Verhalten und Loyalitätsneigung. Da die eigene Karriere wesentlich von den direkten Vorge- setzten, die zugleich Gutachter*innen sind, abhängt (und nicht wie in vielen anderen Ländern von kollegialen Organen wie Departmenträten oder gar der Wissenschaftscommunity), kann Unangepasstheit und Widerständigkeit bestenfalls für Einzelne als Distinktionsgewinn eingefahren werden. Gene- rell wird Anpassung gefordert und gefördert. Dies steht nicht im Wider- spruch zum oft auch kollegialen, quasi-freundschaftlichen oder paternalisti- schen Umgang miteinander und zur begeisterten Beschäftigung mit der Sache. Entscheidend ist, dass insbesondere Lehrstuhlinhaber*innen mit der Stellenentscheidung über härteste, direkte Sanktionsmacht verfügen. Kon- frontative, womöglich gar gerichtliche Auseinandersetzungen sind unter diesen Umständen so wahrscheinlich wie die mit dem eigenen Vermieter über die Einhaltung der Mietobergrenze. Entsprechend weit verbreitet ist daher Unmündigkeit, Unselbständigkeit (die allerdings auch stark zwischen Fächern variiert) und regelrechte Angst vor der politischen Artikulation von Unbehagen. Allerorten sichtbar ist ein hohes Maß an Folgsamkeit oder Loyalität (Graf, Keil, und Ullrich 2020): Verklärung des Berufs Wissen- schaftler*in zur Berufung und somit die Unterordnung der persönlichen Belange unter das höhere Ziel der Wissenschaft, das angepasste Schweigen

aus Selbstschutz sowie die Hinnahme aufgrund internalisierter Machtstrukturen des Feldes und antizipierter Aufstiegsoptionen.

These 6: Der falsche Glaube an den meritokratischen Charakter der Wissenschaft führt zu Illusionen über die Erreichbarkeit der eigenen Karriereziele. Die Hinnahme der Spielregeln des Feldes und das Erleben der Teilhabe an den Brosamen aus den feudalen Pfründen mitsamt dem vagen Versprechen, selbst in den (professoralen) Adelsstand erhoben werden zu können, ist das Schmiermittel der Illusion der Erreichbarkeit des Karriereziels Professur, auch wenn es statistisch nur für einen kleinen Teil der Aspirant*innen eine Realisierungschance gibt. Eine Vielzahl von Stellen, Preisen, Stipendien und anderen Ausschreibungen von Stiftungen, staatlicher und sonstiger Wissenschaftsförderung mit formalisierten Auswahlverfahren tun ihr Übriges, den Eindruck aufrechtzuerhalten, dass „the university system is meritocratic, which is linked to the practices of evaluating the ‚quality‘ of work“ (Gallas 2018a, 71). Und weiter geht die *rat race*, oder besser donkey race – „immer der Karotte nach“ (Neis 2009).

These 7: Der „homo academicus“ (Peter 2017) ist mit der fortschreitenden Kommodifizierung des Hochschulsektors zunehmend von einer selbstunternehmerischen Subjektivität geprägt. In dem Maße wie Wissenschaft zum „Karrierejob“ (Rogge 2015a) wurde, mussten sich die Aspirant*innen, die im System verbleiben wollen und sich nicht für den Ausstieg entscheiden, die entsprechenden Fähigkeiten aneignen: den Glauben an meritokratische Belohnung und die Fähigkeit zu marktkonformer Selbstoptimierung. Deshalb erscheint es individuell immer rational, lieber in Nacharbeit noch ein Paper zu verfassen als sich außerhalb der reputationsförderlichen Bereiche, nicht zuletzt in der Interessensvertretung, zu engagieren. Dass die wissenschaftlichen Tätigkeiten trotz zunehmender Bullshit-Produktion überwiegend als inhaltlich erfüllend und vergleichsweise wenig oder gar nicht fremdbestimmt wahrgenommen werden, die intrinsische Motivation also sehr hoch ist, verleiht dem sachlichen Kern dieses Verhältnisses eine Oberflächenpolitik, die die Wahrnehmung der objektiven Prekarität verhindert (vgl. a. Grünh u. a. 2009).

These 8: Der Mittelbau ist hochgradig binnendifferenziiert. Die Berufschancen variieren stark nach Fächern. Die objektiven Lagen sind hochgradig different, mit unbezahlten Lehrbeauftragten auf Hartz-IV-Niveau auf der einen und Nachwuchsgruppenleiter*innen oder Juniorprofessor*innen mit E-15 oder W-Besoldung auf der anderen Seite. Die einzelnen können dabei durchaus häufig zwischen unterschiedlich stark (de-)privilegierten Lagen wechseln (Dörre und Rackwitz 2018). Daraus folgt für organisierende Akteure die

Schwierigkeit, trotz disparater Lebenswirklichkeiten einen *gemeinsamen* Interpretations- und (solidarischen) Handlungsrahmen zu konstruieren.

These 9: Die Statusdisparitäten zwischen den Hauptgruppen der Universität und deren feldimmanente Legitimierung behindern Solidarität. Dies gilt, wie beschrieben, innerhalb der Gruppe selbst, aber vielleicht noch mehr in Bezug auf potenzielle Alliierte außerhalb der eigenen Statusgruppe. Kämpfe um gute Arbeit in der Wissenschaft, die über die direkten Interessen der eigenen Statusgruppe hinaus eine universalistische Idee verfolgen (dies gilt beispielsweise für die Gewerkschaften oder NGAWiss), sind auf statusgruppenübergreifende Bündnisse angewiesen. Dies gilt zugleich auch aus strategischer Sicht: Das größte Mobilisierungspotenzial liegt wahrscheinlich weiterhin bei Studierenden; die größte institutionelle Macht liegt bei den Professor*innen; den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad und eine große Unterbrechungsmacht hat das technisch-administrative Personal. Der Mittelbau wird in seiner jetzigen Position ohne zumindest teilweise Unterstützung aus diesen anderen Gruppen nicht sehr viel gegen die überwiegend konservativen Universitätsleitungen bewegen können. Insbesondere aber zum technisch-administrativen Personal besteht häufig eine weitgehende praktische Separierung, vom habituellen Standesdünkel ganz abgesehen.

These 10: Die Arenen des Konfliktaustrags sind flüchtig. Das deutsche System ist durch die Doppelzuständigkeit von Bundes- und Landespolitik (bei dem einen für die Rahmengesetzgebung, bei den anderen durch Grundsatzzuständigkeit) gelähmt. Beide Seiten verweisen gern auf die Zuständigkeit des anderen für die Behebung von Missständen. Verschiedene Ansätze auf niedrigerer Ebene, die über angestrebte, m.o.w. unverbindliche Minimalstandards hinausweisen, scheiterten an der Unvereinbarkeit mit Bundesgesetzgebung oder Verfassungsgerichtssprechung (bspw. an der TU Berlin die Einführung einer Viertelparität). Dass es eine anhaltende öffentliche Debatte über die Unhaltbarkeit der Zustände im Mittelbau gibt, führt an den entscheidenden Stelle im Bundesministerium für Bildung und Forschung oder bei den Rektor*innen (die sich noch jüngst mit dem Ausmaß an Befristung weitgehend zufrieden zeigten¹⁰) sowie den Kanzler*innen (die sogar die Weiterentwicklung der Befristungsinstrumente fordern, Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands 2019) nur zu

10 <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/hochschulen-rektoren-sehen-kaum-handlungsbedarf-bei-befristeten-jobs-a-1144043.html> [2017-04-24].

verhaltener Resonanz. Machthebel, die hier ansetzen und überregionale Standardanhebungen durchsetzen könnten, fehlen derzeit.

These 11: Die Problematik der Verantwortungsdiffusion wiederholt sich auf niedrigeren Ebenen, insbesondere aufgrund unterschiedlicher Betroffenheit. Beispielsweise sind viele Professor*innen durchaus für bessere Beschäftigungsbedingungen aufgeschlossen, weisen aber konkrete eigene Gestaltungsspielräume angesichts der überindividuellen „Sachzwänge“ der Konkurrenz – individuell rational – trotzdem von sich.¹¹ Hier zeigt sich auch der Zusammenhang von Prekarität und Privileg (Gallas 2018b, 95) – obwohl auch Professor*innen immer größerem Leistungsdruck unterliegen und auch in diesem Segment Prekarisierungstendenzen bemerkbar werden, also auch Professuren zunehmend befristet und als Teilzeitstellen ausgeschrieben werden. Van Dyk und Reitz (2017) vermuten, dass die nonchalante Weitergabe des Drucks nach unten durch die etablierten Professor*innen von diesen nicht zuletzt als Kompensation für den eigenen langen und harten Weg nach oben verstanden wird, und, so möchte man ergänzen, die Tatsache des eigenen schlussendlichen Erfolgs zugleich als anekdotische Evidenz für die grundsätzliche Gangbarkeit dieses Wegs (die professorale *illusio*). Das erschwert allerdings belastbare statusgruppenübergreifende Koalitionen.

5. Ausblick

In verschiedenen Foren sind die relevanten kritischen Akteure in jüngerer Zeit zusammengelassen, um die strategischen Konsequenzen der für schlagkräftige Mobilisierung als schwierig empfundenen Situation zu beraten. Die jahrelange Öffentlichkeitsarbeit und das Lobbying der GEW im Rahmen der Kampagne für den „Traumjob Wissenschaft“ sind fraglos eine wichtige diskursive Voraussetzung für alle anderen Handlungsansätze. Doch wie der Druck konkreter werden und in tatsächlichen Erfolgen resultieren kann, ist umstritten. Organizingansätze von ver.di wurden, wie berichtet, aufgrund der schweren Organisierbarkeit der Gruppe eingestellt. Andere, wie die äußerst aktive Initiative Uni Kassel Unbefristet, haben

11 Der Autor war vor einigen Jahren an der organisierten Kritik der Exzellenzinitiative aus der Wissenschaftscommunity beteiligt (<https://exzellenzkritik.wordpress.com/>), die ein ähnliches Phänomen verdeutlichte. Eine häufige Antwort von Professor*innen auf die Bitte, den Aufruf mit zu unterzeichnen war: ich unterstütze das Anliegen, kann mich aber nicht derart öffentlich positionieren, weil ich selbst an Anträgen beteiligt bin.

diesen Handlungsstrang (mit gewerkschaftlicher Unterstützung) jedoch wieder aufgegriffen, mit zumindest einem Erfolg in puncto Mobilisierung und Sichtbarkeit. Manche Organisationsansätze mobilisierten ihr eher unpolitisches Klientel eher über die Berufsehre (so die einige Zeit für Aufsehen sorgende Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten). Mit der Gründung von NGAWiss steht auch die Vision eines Bildungstreiks (nicht nur für den Mittelbau) wieder im Raum – bisher allerdings weitgehend als langfristige Zukunftsperspektive, da die notwendigen Strukturen erst aufgebaut werden müssen. Deswegen (oder: solange) setzen die meisten Initiativen auf die Mobilisierung entlang lokaler, mit gegebenen Kräften und in unterschiedlichen Koalitionen auch handhabbarer, Konfliktlinien und zielen beispielsweise auf die Einführung von bestimmten Standards in ihrer jeweiligen Einrichtung. Häufig dominieren dabei geistes- und Sozialwissenschaftler*innen. Anders ist dies schon in der fortschreitenden Organisierung der Doktorand*innen in den drei außeruniversitären Forschungsverbänden und ihrem Dachverband „N² - Network of Networks“. Manche Initiativen setzen noch mehr im Vorfeld an und führen aktivierende Befragungen und daran geknüpfte Öffentlichkeitsarbeit durch, so die Mittelbauinitiativen in Dresden und Heidelberg und in großem Maßstab das Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft, das Ende 2020 mit einer groß angelegten „Gegenevaluation“ des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes begonnen hat. Die Frage der Beschäftigungsbedingungen steht meist im Zentrum, wird aber häufig auch mit Demokratisierungsanliegen verknüpft, so im Einsatz für demokratische Departmentstrukturen durch die Junge Akademie (Specht u. a. 2017) bzw. konkrete lokale Umsetzungsversuche auf Institutsebene und – radikalisiert – von NGAWiss (2017). Eine Auseinandersetzung mit Mobbing und Machtmissbrauch verfolgt systematisch bisher nur das Max-Planck-PhDnet (2018).

Alle Akteure ringen dabei um die Schaffung von Problembewusstsein und Konfliktbereitschaft und finden dazu sehr unterschiedliche Antworten, die der Disparität der Zielgruppe und ihrer institutionellen Umwelten entsprechen. Man kann zumindest die neueren, kämpferischen Ansätze und das sichtbare Anwachsen des artikulierten Unmuts durchaus als gewisse (Mobilisierungs-)Erfolge auf dem Weg der ‚Klasse an sich‘ zur ‚Klasse für sich‘ verstehen. Deren erfolgreichste Materialisierung stellte sicherlich die Kampagne „Frist ist Frust“ in den Jahren 2019/2020 dar. Sie forderte im Rahmen der Neuverhandlung des Hochschulpakts (jetzt: Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken), dass alle aus den Bundesmitteln für die Länder zu schaffenden Stellen als Dauerstellen eingerichtet werden und zwar ohne

Hochschuldeputatsstellen. Initiiert von NGAWiss, GEW und ver.di fand die Kampagne eine breite Unterstützung. Vom DGB, über den freien Zusammenschluss der studierendenschaften (fzs e.V.) und große Personalräte bis hin zu Fachgesellschaften (darunter der große Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands) wurde das Anliegen unterzeichnet – ganz zu schweigen von den 17.000 Unterschriften unter der begleitenden Petition. Die öffentliche Resonanz in den sozialen Medien und vor allem in der Berichterstattung zu den Vertragsverhandlungen war beeindruckend. Die Forderung nach einer Trendwende im Befristungswesen wurde genuiner Bestandteil der Diskussion und fand sich am Ende sogar in den Vertragszielen wieder. Dies kann jedoch nur sehr vorsichtig als Zeichen neuer Stärke verstanden werden. Entscheidender ist vielleicht, dass der Protestdruck nicht ausgereicht hat, das Entfristungsziel auch zum verbindlichen Vergabekriterium der Paktmittel zu machen. Der aus den Ländern geäußerte Unwille lässt daher kaum substanzielle Verbesserungen erwarten. Der Weg hin zu besserer Beschäftigung für den Mittelbau erscheint also doch noch lang. Aber ein wachsender Teil der Betroffenen hat sich auf den, wenn auch beschwerlichen, Weg begeben!

Literatur

- Alinsky, Saul David. 1989. *Rules for Radicals. A Practical Primer for Realistic Radicals*. New York: Vintage Books Edition.
- Baumgarten, Britta, und Peter Ullrich. 2016. „Discourse, Power, and Governmentality. Social Movement Research with and beyond Foucault“. In *Social Theory and Social Movements: Mutual Inspirations*, herausgegeben von Jochen Roose und Hella Dietz, 13–38. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-13381-8_2.
- Baumgarth, Benjamin, Justus Henke und Peer Pasternack. 2016. „Inventur der Finanzierung des Hochschulsystems. Mittelflüsse, Kontroversen und Entwicklungen im letzten Jahrzehnt“. Working Paper Studienförderung. Hans Böckler Stiftung.
https://www.boeckler.de/pdf/p_studfoe_wp_1_2016.pdf.
- Bérubé, Michael, und Jennifer Ruth. 2015. *The Humanities, Higher Education, and Academic Freedom. Three Necessary Arguments*. Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Bourdieu, Pierre. 1998. *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*. Herausgegeben von Stephan Egger. Édition discours 12. Konstanz: UVK, Univ.-Verl.
- Bünger, Carsten, Kerstin Jergus und Sabrina Schenk. 2017. „Politiken des akademischen Mittelbaus. Einsatzpunkte einer Kritik im Medium der Wissenschaft“. *Berliner Debatte Initial* 28 (1): 100–109.
- Dörre, Klaus, und Hans Rackwitz. 2018. „Mit der Geduld am Ende? Die Prekarisierung der academic workforce in der unternehmerischen Universität“. In *Prekäre Gleich-*

- stellung*, 185–209. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11631-6_8.
- Dyk, Silke van, und Tilmann Reitz. 2017. „Projektförmige Polis und akademische Prekarität im universitären Feudalsystem. Zwei Diagnosen und eine Fünf-Jahres-Perspektive“. *Soziologie*, Nr. 1: 62–73.
- Gallas, Alexander. 2018a. „Introduction: The Proliferation of Precarious Labour in Academia“. *Global Labour Journal* 9 (1). <https://mulpress.mcmaster.ca/globallabour/article/view/3428>.
- . 2018b. „Precarious Academic Labour in Germany. Termed Contracts and a New Berufsverbot“. *Global Labour Journal* 9 (1): 92–102.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. 2010. „Templiner Manifest. Traumjob Wissenschaft. Für eine Reform der Personalstruktur und Berufswege in Hochschule und Forschung“. <http://www.gew.de/wissenschaft/templiner-manifest/templiner-manifest-text/>.
- Graf, Angela, Maria Keil und Peter Ullrich. 2020. „Exit, Voice und Loyalty – (Un-)Möglichkeiten kollektiven Widerspruchs im akademischen Mittelbau in Deutschland“. *Leviathan* 48 (2): 293–317.
- Grühn, Dieter, Heidemarie Hecht, Jürgen Rubelt und Boris Schmidt. 2009. „Der wissenschaftliche ‚Mittelbau‘ an deutschen Hochschulen. Zwischen Karriereaussichten und Abbruchtendenzen.“ Berlin: ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft. Computer, AZ. https://www.zewk.tu-berlin.de/fileadmin/f12/Downloads/koop/publikationen/Endbericht_Verdi_Studie_09.pdf.
- Hirschman, Albert O. 1970. *Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*. Harvard University Press.
- Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative. 2016. *Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative. Endbericht*. Berlin: Eigenverlag. <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/Imboden-Bericht-2016.pdf>.
- Japp, Klaus P. 1984. „Selbsterzeugung und Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen“. *Soziale Welt* 35: 313–29.
- Jovanovic, Deana. 2018. „Engaging with Precarity. The Fatiguing Job-Seeking Journey of an Early Career Anthropologist“. *Revista de Dialectología y Tradiciones Populares* LXXIII (1): 33–38. <https://doi.org/10.3989/rtdp.2018.01.001.03>.
- Jungbauer-Gans, Monika, und Christiane Gross. 2013. „Determinants of Success in University Careers. Findings from the German Academic Labor Market“. *Zeitschrift für Soziologie* 42 (1): 74–92.
- Keil, Maria. 2019. „Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit im Feld der Wissenschaft“. *Berliner Journal für Soziologie*, 1–22. <https://doi.org/10.1007/s11609-019-00379-1>.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs, Hrsg. 2013. *Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*. Bielefeld: Bertelsmann. http://www.buwin.de/site/assets/files/1002/6004283_web_verlinkt.pdf.
- , Hrsg. 2017. *Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*. Bielefeld: W. Bertelsmann. https://www.bmbf.de/files/buwin_2017.pdf.

- Lutter, Mark, und Martin Schröder. 2014. *Who Becomes a Tenured Professor, and Why? Panel Data Evidence from German Sociology, 1980-2013*. MPIfG Discussion Paper 14/19. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp14-19.pdf.
- Max Planck PHDnet. 2018. „Positionspapier zu Machtmissbrauch und Konfliktlösung“. <https://www.phdnet.mpg.de/44662/PowerAbuseStatement>.
- Möller, Christina. 2018. „Prekäre Wissenschaftskarrieren und die Illusion der Chancengleichheit“. In *Prekäre Gleichstellung*, herausgegeben von Mike Laufenberg, Martina Erlemann, Maria Norkus und Grit Petschick, 257–78. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11631-6_11.
- Münch, Richard. 2011. *Akademischer Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie der Hochschulreform*. Edition Suhrkamp 2633. Berlin: Suhrkamp.
- . 2016. „Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus“. *Soziologie* 45 (4).
- Münch, Richard, Stephanie Beyer und Nilgun Massih-Tehrani. 2016. „Soziologie als Beruf. Akademische Karrieren zwischen globalem Wettbewerb und nationalen Traditionen“. Gehalten auf der Tagung „Soziologie als Beruf. Wissenschaftliche Praxis in der soziologischen Reflexion“, Berlin, Februar 26.
- Neis, Matthias. 2009. „Immer der Karotte nach. Ist die Wissenschaft eine prekäre Profession?“. *Zeitschrift für Nachwuchswissenschaftler – German Journal for Young Researchers* 1 (1): 84–89.
- Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft. 2017. „Für faire Beschäftigung an deutschen Hochschulen! Forderungen des Netzwerks für Gute Arbeit in der Wissenschaft“. http://mittelbau.net/wp-content/uploads/sites/51/2017/09/Forderungen_NGAWiss._31.8pdf.pdf.
- Ohm, Britta. 2016. „Exzellente Entqualifizierung. Das neue akademische Prekariat“. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 8: 109–20.
- Peter, Tobias. 2017. „Akademische Entrepreneure. Der homo academicus zwischen Passion, Reputation und Projekt“. *Berliner Debatte Initial* 28 (1): 110–21.
- Plümper, Thomas, und Frank Schimmelfenning. 2007. „Wer wird Prof – und wann? Berufungsdeterminanten in der deutschen Politikwissenschaft*“. *Politische Vierteljahresschrift* 48 (1): 97–117.
- Reitz, Tilman. 2016. „Von der Kritik zur Konkurrenz. Die Umstrukturierung wissenschaftlicher Konflikte und ihre Wissenseffekte“. *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4 (2/3): 37–58.
- Rogge, Jan-Christoph. 2015a. „Soziale Bedingungen und Effekte der quantitativen Leistungsmessung“. *Soziale Welt* 66 (2): 205–14. <https://doi.org/10.5771/0038-6073-2015-2-205>.
- . 2015b. „The winner takes it all? Die Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Mittelbaus auf dem akademischen Quasi-Markt“. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67 (4): 685–707. <https://doi.org/10.1007/s11577-015-0341-6>.
- Schmid, Antonia, und Peter Ullrich. 2018. „Publish and Perish. Publikationszwänge, selbstunternehmerische Wissenschaftssubjekte und Geschlecht“. In *Chimära mensura? Die Human-Animal Studies zwischen Schächerbund-Science-Hoax, kritischer Geschichtsvis-*

- senschaft und akademischem Trendsurfing*, herausgegeben von Enrico Heitzer und Sven Schultze, 228–47. Berlin: Vergangenheitsverlag.
- Slaughter, Sheila, und Gary Rhoades. 2009. *Academic Capitalism and the New Economy. Markets, State, and Higher Education*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Specht, Jule, Christian Hof, Julia Tjus, Wolfram Pernice und Ulrike Endesfelder. 2017. „Departments statt Lehrstühle. Moderne Personalstruktur für eine zukunftsfähige Wissenschaft“. Junge Akademie. Regal.
- Statistisches Bundesamt (Destatis). 2018. „Hochschulen auf einen Blick“. Statistisches Bundesamt (Destatis). Computer.
- Touhouliotis, Vasiliki. 2018. „Enforcing Precarity. Bureaucratic Machinations, Complicity and Hierarchies of Academic Lives“. *Revista de Dialectología y Tradiciones Populares* I.XXIII (1): 39–46. <https://doi.org/10.3989/rdtp.2018.01.001.04>.
- Ullrich, Peter. 2016. „Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus. Strukturen, Subjektivitäten und Organisationsansätze in Mittelbau und Fachgesellschaften“. *Soziologie* 45 (4): 388–411.
- . 2019a. „In Itself, But Not Yet For Itself - Organising the New Academic Precariat“. In *The Radical Left in Europe. Rediscovering Hope. Transform! Yearbook 2019*, herausgegeben von Walter Baier, Eric Canepa und Haris Golemis, 155–66. London: Merlin Press. https://depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/9514/3/ullrich_peter_2019.pdf.
- . 2019b. „Organisierung und Mobilisierung im akademischen Kapitalismus. Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit prekär-mobiler Bildungsarbeiter*innen“. In *Komplexe Dynamiken lokaler und globaler Entwicklungen*, herausgegeben von Nicole Burzan. DGS Verhandlungsband. http://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband_2018/article/view/1198/1176.
- . 2021. „Den prekären Mittelbau organisieren. Organisierungskontext, Ansatz und Praxis des Netzwerks für Gute Arbeit in der Wissenschaft“. In *Der wissenschaftliche Mittelbau – Arbeit, Hochschule, Demokratie*, herausgegeben von Per Holderberg und Christian Seipel. Weinheim: Beltz Juventa.
- Ullrich, Peter, und Matthias Neis. 2019. „Die Mühen der Ebene“. *Soziopolis*, 17. Dezember 2019. Computer. <https://soziopolis.de/beobachten/wissenschaft/artikel/die-muehen-der-ebene/>.
- Ullrich, Peter, und Tilman Reitz. 2018. „Raus aus der prekären Mobilität“. *Forum Wissenschaft*, Nr. 2: 23–24. <http://dx.doi.org/10.14279/depositonce-7173>.
- Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands. 2019. „Bayreuther Erklärung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in Universitäten“. Computer. https://www.uni-kanzler.de/fileadmin/user_upload/05_Publikationen/2017_-_2010/20190919_Bayreuther_Erklaerung_der_Universitaetskanzler_final.pdf.

4. DIE HISTORISCH-PHILOSOPHISCHE SICHT

JÜRGEN RENN, GIUSEPPE CASTAGNETTI[†] & SIMONE RIEGER

Adolf von Harnack und Max Planck: zwei Wissenschaftsorganisatoren und die Neuordnung der Wissenschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts¹

Abstract

Der Beitrag vergleicht das Wirken von Adolf von Harnack und Max Planck als Wissenschaftsorganisatoren und Wissenschaftspolitiker. Ihre Fachrichtungen, Theologie und theoretische Physik, sind ebenso verschieden wie die Umstände, unter denen sie zu führenden Persönlichkeiten in der Wissenschaft geworden sind. Ein Vergleich, der sich nicht auf offensichtliche Gemeinsamkeiten stützen kann, verlangt von daher einen strukturellen Gesichtspunkt. Der Beitrag nimmt vergleichbare Herausforderungen in den Blick, denen sich Harnack und Planck als Wissenschaftler gegenüber gestellt sahen, und fragt nach den jeweils verschiedenen intellektuellen Ressourcen, die ihre Reaktionen auf diese Herausforderungen bestimmt haben.

Prof. Dr. Jürgen Renn
Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin
E-Mail: renn@mpiwg-berlin.mpg.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

1. Ein problematischer Vergleich

Wenn die Geschichte der deutschen Forschungsorganisationen nur ein wenig anders verlaufen wäre, als sie tatsächlich verlaufen ist, gäbe es wohl keinen Anlass, ausgerechnet Adolf von Harnack und Max Planck miteinander zu vergleichen. Ihre Fachrichtungen, Theologie und theoretische Physik, sind ebenso verschieden wie die Umstände, unter denen sie zu führenden Persönlichkeiten in der Wissenschaft geworden sind.

Ein Vergleich, der sich nicht auf offensichtliche Gemeinsamkeiten stützen kann, verlangt von vornherein einen eher strukturellen Gesichtspunkt. Der Gesichtspunkt, den wir gewählt haben, nimmt vergleichbare Herausforderungen in den Blick, denen sich Harnack und Planck als Wissenschaftler, als Wissenschaftsorganisatoren und als Wissenschaftspolitiker gegenübergestellt sahen, und fragt nach den jeweils verschiedenen intellektuellen Ressourcen, die ihre Reaktionen auf diese Herausforderungen bestimmt haben.

Bei der Bearbeitung solcher Fragen konnte die persönliche Dimension der Biographien von Harnack und Planck nicht im Vordergrund stehen. Insbesondere die tragische Größe Max Plancks und sein durch den Verlust von vier Kindern unsagbar schweres Schicksal kann hier keinen zentralen Platz einnehmen, auch wenn es schwerfällt, nicht wenigstens vom Widerstandskampf seines Sohns gegen das NS-Regime und von dessen Ermordung durch die Nazis zu berichten. Nur die bewegenden Ausführungen auch zu diesem Punkt in der Darstellung von Fritz Stern machen einen solchen Verzicht überhaupt möglich.²

2. Entscheidungen für die Wissenschaft

Adolf Harnack wurde 1851 als das zweite von fünf Kindern einer Dorpater Professorenfamilie geboren.³ Sein Vater war Professor der Theologie und Universitätsprediger. Harnacks Familienhintergrund hat offenbar schon

1 Dieser Text wurde erstmals veröffentlicht in: Adolf von Harnack: Theologe, Historiker, Wissenschaftspolitiker, hg. v. Kurt Nowak und Gerhard Oexle, 127–155. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2001.

2 Fritz Stern, Max Planck: Größe des Menschen und Gewalt der Geschichte, in: Eugen Hintsches und Dieter Hoffmann, Max Planck: Vorträge und Ausstellungen zum 50. Todestag, Berlin 1997, S. 34–51.

3 Die folgenden biographischen Ausführungen zu Adolf von Harnack beruhen im wesentlichen auf: Agnes von Zahn-Harnack, Adolf von Harnack, Berlin 1951.

früh den Horizont seiner intellektuellen und beruflichen Entwicklung abgesteckt. Schon vor dem Abitur stand für ihn fest, dass er Theologie studieren werde. Seine Perspektive auf dieses Fach war von vornherein durch die Spannung zwischen einer skeptisch-wissenschaftlichen Distanzierung von den tradierten Glaubensinhalten und der Suche nach Antworten auf drängende Lebensfragen in der evangelischen Theologie gekennzeichnet. Auch diese Spannung selbst war Harnack früh bewusst; er suchte sie zu vermitteln, in dem er sich mit den beiden Polen in bewusster Offenheit auseinandersetzte und sie somit zur treibenden Kraft seiner weiteren Entwicklung machte. Diese bemerkenswerte und früh gefundene Konstellation von Glaube, Wissenschaft und Weltgewandtheit ist durch einen Brief dokumentiert, in dem Harnack seine Entscheidung für die Theologie einem Freund aus der Kindheit gegenüber rechtfertigte.⁴

Wie Du wissen wirst, werde ich Theologie studieren. Ich weiß nicht, ob Du auch zu denen gehörst, die auf alles, was Religion und Theologie heißt, mit Verachtung oder doch mit Gleichgültigkeit hinuntersehen. Allein, mag man das Christentum auch ansehen wie man es wolle; ja auch zugegeben, es sei ein Irrtum; ist es da nicht von dem größten Interesse, der Geschichte dieses Irrtums nachzugehen und sich zu überzeugen, welche weltbewegende Ereignisse, Umwälzungen dieser Irrtum hervorgerufen hat, in welche ungewohnte Bahnen er den Geist der Jahrhunderte gelenkt hat, wie er unsere ganze heutige Kultur und Bildung durchzogen hat und untrennbar von ihr ist.

Allein noch weiter. Je länger ich lebe (und wie kurze Zeit haben wir doch erst hinter uns) desto mehr erfahre ich es täglich, wie alle Probleme und Konflikte immer schließlich auf das Gebiet des Religiösen rekurrieren und dort zum Austrag kommen, und wie deshalb ein christlicher Standpunkt niemals überwunden sein kann. Und darum bin ich ein begeisterter Theologe; denn ich hoffe, in dieser Wissenschaft den Weg zur Lösung der Hauptprobleme unseres Lebens zu finden; nicht freilich die ganze Lösung; aber doch wenigstens den rechten Weg; denn ich bin mir wohl bewußt, daß man diesen Weg tagtäglich von Neuem anfangen muß. Nicht eine Fülle fertig gemachter Glaubenssätze begehre ich, sondern jeden einzelnen Satz in dem Gewebe will ich mir selbsttätig produzieren und zu eigen machen.

4 Adolf von Harnack an Wilhelm Stintzing, 1868, zitiert nach: Zahn-Harnack, Harnack (wie Anm. 2), S. 23-24.

Vielleicht liest Du über diese Zeilen schnell hinweg oder wunderst Dich wenigstens über diese seltsame Weise; allein hier unter meinen Schulkameraden bin ich oft gezwungen, Zeugnis abzulegen von meiner Meinung und habe dabei die Erfahrung gemacht, daß ich da überall am besten verstanden bin, wo ich am offensten aussprach, wie mirs ums Herz ist.

1872, nach sieben Semestern Studium, verließ Harnack die Universität Dorpat, um in Leipzig zu promovieren und sich zu habilitieren. Von Leipzig ging es 1879 auf ein Ordinariat in Gießen, später nach Marburg. In dieser Zeit entstanden die Grundlagen für Harnacks dreibändiges Lehrbuch zur Dogmengeschichte, das von vielen geschätzt wurde, ihm aber auch den Vorwurf eintrug, durch seine Quellenkritik den neutestamentlichen Kanon erschüttert zu haben.⁵ Von 1888 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1921 gehörte er schließlich der theologischen Fakultät der Berliner Universität an. Bereits 1890 wurde Harnack ordentliches Mitglied der preußischen Akademie. Seine zweite Lebenshälfte war durch die Übernahme vielfältiger kirchen- und wissenschaftspolitischer Verantwortung gekennzeichnet: als Präsident des Evangelisch-Sozialen Kongresses; als Generaldirektor der Staatsbibliothek; und von 1911 bis an sein Lebensende im Jahre 1930 als erster Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Max Planck war sieben Jahre jünger als Harnack; er wurde 1858 in Kiel geboren – ebenfalls in einer protestantischen Professorenfamilie; seit 1867 wuchs er in München auf.⁶ Wie Planck sich später in einer Antwort auf eine Umfrage erinnerte, kam er zur Physik eher durch zufällige Anstöße, fühlte sich dann aber wegen seines „tiefen Interesse[s] für Fragen der Weltanschauung“ zu ihr hingezogen.⁷ In einer autobiographischen Skizze erläutert Planck, was ihn – aus weltanschaulicher Perspektive – an der Physik fasziniert hat:⁸

-
- 5 Adolf von Harnack, Grundriß der Dogmengeschichte: Die Entstehung des Dogmas und seine Entwicklung im Rahmen der morgenländischen Kirche, Freiburg i. Br. 1889.
 - 6 Zu Plancks Biographie siehe insbesondere John L. Heilbron, Max Planck: Ein Leben für die Wissenschaft 1858–1947, Stuttgart 1988, der auch die folgenden Ausführungen Vieles verdanken. Für die Bibliographie von Max Planck siehe Petra Hauke, Planck-Bibliographie, München 1997; für die unveröffentlichten Quellen siehe Dirk Ullmann, Quelleninventar Max Planck (Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft 8) Berlin 1996.
 - 7 Max Planck, Antwort vom 14. Dezember 1930, in: Physikalische Blätter 25 (1969), S. 558.
 - 8 Max Planck, Wissenschaftliche Selbstbiographie, Leipzig 1970, S. 8.

Was mich zu meiner Wissenschaft führte und von Jugend auf für sie begeisterte, ist die durchaus nicht selbstverständliche Tatsache, daß unsere Denkgesetze übereinstimmen mit den Gesetzmäßigkeiten im Ablauf der Eindrücke, die wir von der Außenwelt empfangen, daß also dem Menschen möglich ist, durch reines Denken Aufschlüsse über jene Gesetzmäßigkeiten zu gewinnen. Dabei ist von wesentlicher Bedeutung, daß die Außenwelt etwas von uns unabhängiges Absolutes darstellt, dem wir gegenüberstehen, und das Suchen nach den Gesetzen, die für dieses Absolute gelten, erschien mir als die schönste wissenschaftliche Lebensaufgabe.

Wo Harnacks wissenschaftliches Interesse sich gerade auf die menschlichen Umgestaltungen des christlichen Grundgedankens richtete, und damit auf die verwickelten historischen Vermittlungsprozesse, die diesen Gedanken lebendig erhalten haben, glaubte Planck in den Gesetzen der Physik seiner Zeit *unmittelbar* eine vom Menschen unabhängige Offenbarung erkennen zu dürfen.

So kam es, daß ich als erstes Gesetz, welches unabhängig vom Menschen eine absolute Geltung besitzt, das Prinzip der Erhaltung der Energie wie eine Heilsbotschaft in mich aufnahm.⁹

Planck schloss sein Physikstudium 1879 mit der Promotion ab. Kurz darauf, im Jahre 1880, folgte die Habilitation, fünf Jahre später die Berufung zum außerordentlichen Professor für mathematische Physik in Kiel. Etwa zur gleichen Zeit wie Harnack, im Jahre 1889, kam Planck als Professor an die Berliner Universität. 1894 wurde er – wie Harnack – Mitglied der Akademie und 1912 Beständiger Sekretar der physikalisch-mathematischen Klasse. 1930 übernahm er als Nachfolger Harnacks das Präsidentenamt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, das er bis 1937 innehatte. Er starb 1947 in Göttingen, dem Ort, an dem die Max-Planck-Gesellschaft gegründet wurde.

3. Herausforderungen durch die Wissenschaft

Wer sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts für die Wissenschaft entschied, stand vor der Alternative zwischen der Einarbeitung in ein hochspezialisiertes Fachgebiet mit gefestigten Grundlagen und dem Einstieg in die Auseinandersetzungen um für die Wissenschaft neu zu gewinnendes Terrain. Zu den Fachgebieten mit gefestigten Grundlagen gehörten in erster Linie die Physik, aber auch Geisteswissenschaften wie die Philologie. Für

9 Planck, Selbstbiographie (wie Anm. 7) S. 8.

die Wissenschaft neues Terrain wurde z.B. von der Immunologie, aber auch von der historischen Theologie in Angriff genommen. In solchen Pionierunternehmungen verband sich häufig empirische oder theoretische Einzelarbeit mit dem Ringen um Grundlagenprobleme, aber auch mit einer Auseinandersetzung um die praktischen Konsequenzen der Verwissenschaftlichung von Wissen. Während also Grundlagen- und Anwendungsfragen in den Pionierunternehmungen von zentraler Bedeutung waren, nahmen im Gegensatz dazu diese Fragen in den gesicherten Territorien der Wissenschaft eine eher marginale Stellung ein. Man konnte sich dort ruhigen Gewissens in seine Spezialprobleme vertiefen und diese Fragen der Sonntagsreflexion oder dem Alltagsverstand überlassen.

Aus der Perspektive eines in seine Spezialprobleme vertieften Wissenschaftlers waren in der Tat die „Erdbeben“, die sich gerade in den scheinbar so gefestigten Territorien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts abzeichneten, nicht unbedingt erkennbar. Nehmen wir das Beispiel der Physik: Gewaltig, aber langsam wie tektonische Platten verschoben sich die Kerngebiete der klassischen Physik, Mechanik, Elektrodynamik und Thermodynamik, in ihrer gegenseitigen Lage. Elektrodynamik und Thermodynamik trennten sich in ihren begrifflichen Grundlagen immer mehr von jenem Urkontinent der Physik, in dessen Herzen die Mechanik lag, rieben sich aber zugleich an seinen Rändern und drohten in der Behandlung bestimmter Grenzprobleme mit der Mechanik, aber auch untereinander erneut zusammenzuprallen. An den Faltungszonen zwischen den begrifflichen Kontinenten der klassischen Physik häuften sich jene Probleme, die aus der Sicht der Bewohner eines einzelnen Kontinents zwar jeweils nur als randständig erschienen, aber aus globaler Perspektive von besonderer Brisanz waren.

Ein solches Grenzproblem war auch die wohl bedeutendste wissenschaftliche Herausforderung, der sich Max Planck im Laufe seiner wissenschaftlichen Karriere stellte. Das Problem der Wärmestrahlung lag an der Grenze zwischen der Strahlungstheorie, die seit Maxwell Teil der Elektrodynamik war, und der Wärmelehre. Es hatte sich gezeigt, dass in einem Hohlraum eingeschlossene Strahlung im Gleichgewichtszustand thermische Eigenschaften besitzt, die von allen spezifischen Umständen wie etwa den Materialeigenschaften des Hohlraums unabhängig sind. Die diese Strahlung charakterisierende universelle Energieverteilung, die durch Präzisionsmessungen experimentell ermittelt werden kann, wird durch die Strahlungsfor-

mel, die Planck im Jahre 1900 aufstellte, exakt beschrieben.¹⁰ Mit der Planck'schen Strahlungsformel war dieses Spezialproblem an der Grenze zwischen Elektrodynamik und Thermodynamik in einer auch noch heute gültigen Weise gelöst.

Hinter diesem Spezialproblem verbarg sich allerdings eine Grundlagenkrise der klassischen Physik. Die der klassischen Strahlungstheorie zugrunde liegende Vorstellung eines Kontinuums von Wellen aller möglichen Energien lässt sich mit Plancks Strahlungsformel nicht vereinbaren. Es stellte sich vielmehr heraus, dass völlig neue, nicht-klassische Begriffe notwendig waren, um die durch diese Formel beschriebene Energieverteilung von Strahlung im thermischen Gleichgewicht zu beschreiben und für das von Planck eingeführte Wirkungsquantum eine physikalische Interpretation zu finden.

Plancks Zeitgenossen wurde bald nach der Veröffentlichung seiner Strahlungsformel klar, dass dessen Formel mit der klassischen Theorie der Strahlung unvereinbar ist. Im Jahre 1905 brachte zuerst Albert Einstein die Quantenstruktur der Strahlung als eine mögliche Erklärung für Plancks Strahlungsgesetz ins Spiel.¹¹ Im Verlaufe der nächsten beiden Jahrzehnte wurde dieses Gesetz zu einem der Kristallisationspunkte der neben der Relativitätstheorie zweiten nicht-klassischen Basistheorie der modernen Physik, der Quantentheorie.

Max Planck hatte an dieser Entwicklung allerdings keinen bedeutenden Anteil mehr. Jahrelang verweigerte er sich sogar der Einsicht, dass sein Strahlungsgesetz nicht mit der klassischen Physik vereinbar sei. Noch 1913 wurde Einsteins Quantenhypothese in dem von Planck mitunterzeichneten Berufungsvorschlag für die Berliner Akademie geradezu als entschuldbarer Fehltritt eines ansonsten herausragenden jungen Forschers behandelt:¹²

Daß er in seinen Spekulationen gelegentlich auch einmal über das Ziel hinausgeschossen haben mag, wie z.B. in seiner Hypothese der Lichtquanten, wird man ihm nicht allzuschwer anrechnen dürfen; denn ohne einmal ein Risiko zu wagen, läßt sich auch in der exakten Naturwissenschaft keine wirkliche Neuerung einführen.

10 Zur Geschichte von Plancks Strahlungsformel siehe Thomas S. Kuhn, *Black-Body Theory and the Quantum Discontinuity 1894–1912*, Chicago 1987.

11 Siehe dazu Jürgen Renn, *Einstein as a Disciple of Galileo: A Comparative Study of Conceptual Development in Physics*, in: *Science in Context* 6 (1993).

12 Zitiert nach: Albert Einstein in Berlin 1913–1933, hg. v. Christa Kirsten und Hans-Jürgen Treder, Berlin 1979, Bd. 1, S. 96.

Im Gegensatz zur Ansicht auch vieler heutiger Physiker rechnete Planck sich selbst – auch im späteren Rückblick – kaum Verdienste bei der eigentlichen Begründung der Quantentheorie zu. Selbst in seinem Nobelpreisvortrag von 1920 wies er in der ihm eigentümlichen Bescheidenheit und Wahrhaftigkeit darauf hin, dass die Entscheidung darüber, ob das von ihm eingeführte Wirkungsquantum nur eine fiktive Größe sei oder ob es in der Physik eine fundamentale Rolle spiele, weitgehend auf die Arbeiten anderer Physiker zurückgeht:¹³

Die Erfahrung hat für die zweite Alternative entschieden. Daß aber die Entscheidung so bald und so zweifellos fallen konnte, das verdankt die Wissenschaft nicht der Prüfung des Energieverteilungsgesetzes der Wärmestrahlung, noch weniger der von mir gegebenen speziellen Ableitung dieses Gesetzes, sondern das verdankt sie den rastlos vorwärtsdrängenden Arbeiten derjenigen Forscher, welche das Wirkungsquantum in den Dienst ihrer Untersuchungen gezogen haben.

Nach dieser, allerdings sehr verkürzten Bestandsaufnahme der zentralen wissenschaftlichen Herausforderung, der sich Planck stellte, kommen wir nun zu den intellektuellen Ressourcen, die seine Reaktion auf diese Herausforderung bestimmten. Weshalb gelang es Plancks zeitgenössischen Kollegen nur in einem mühsamen und langwierigen Prozess, ihn von der Tragweite seiner eigenen Entdeckung zu überzeugen? Welches waren die wissenschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen, die Plancks Perspektive auf das Problem der Wärmestrahlung bestimmten, eine Perspektive, die, wie angedeutet, den Blick auf die umwälzenden Konsequenzen seiner Lösung dieses Problems zunächst nicht einschloss?

Um uns einen Einblick in Plancks intellektuelle Ressourcen zu verschaffen, kehren wir kurz zum Ausgangspunkt seiner wissenschaftlicher Laufbahn zurück. Nach drei Jahren des Studiums der Experimentalphysik und der Mathematik entschloss er sich 1877, die Münchener Universität zu verlassen, um in Berlin theoretische Physik zu studieren. Welche Erwartungen Planck mit diesem Schritt verband, geht aus einem späteren Interview hervor, in dem er sich an ein Gespräch über seinen Entschluss mit dem

13 Max Planck, Die Entstehung und bisherige Entwicklung der Quantentheorie, in: Max Planck, Physikalische Rundblicke, Leipzig 1922, S. 158.

Münchener Physikprofessor Jolly erinnert. Dieser äußerte sich skeptisch, ob der junge Planck in der theoretischen Physik Neues würde leisten können:¹⁴

Theoretische Physik, das ist ja ein ganz schönes Fach, obwohl es gegenwärtig keine Lehrstühle dafür gibt. Aber grundsätzlich Neues werden Sie darin kaum mehr leisten können. Denn mit der Entdeckung des Prinzips der Erhaltung der Energie ist wohl das Gebäude der theoretischen Physik ziemlich vollendet. Man kann wohl hier und da in dem einen oder anderen Winkel ein Stäubchen noch rauskehren, aber was prinzipiell Neues, das werden Sie nicht finden.

Vor dem Hintergrund unserer knappen Skizze der Lage der klassischen Physik gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird Jollys Position verständlich. In seiner Arbeit konzentrierte er sich auf Spezialprobleme innerhalb eines vorgegebenen und scheinbar feststehenden begrifflichen Rahmens.¹⁵ Große theoretische Umwälzungen waren aus einer solchen Perspektive nicht zu erwarten. Die Perspektive des jungen Planck unterschied sich nicht wesentlich von der seines Lehrers, wie an Plancks Reaktion auf Jollys Worte deutlich wird:¹⁶

Wenn mich diese Worte nicht abhalten ließen, den ins Auge gefaßten Weg zu gehen, so war es eigentlich weniger mein Gedanke, daß ich etwas Neues leisten könnte, sondern vielmehr der Wunsch, den Naturgesetzen noch etwas näher nachzuforschen.

Diesem bescheidenen Wunsch blieb Planck in den nächsten Jahren und Jahrzehnten treu. Geleitet von seiner ursprünglichen Faszination durch das Energieprinzip, die er, wie wir gesehen haben, als „Offenbarung“ empfand, wählte er die auf dieses Prinzip gegründete Wärmelehre als den ihm heimischen Kontinent der klassischen Physik. Arnold Sommerfeld formulierte es in einer Rede zu Plancks 60. Geburtstag mit den knappen Worten:¹⁷

-
- 14 Ausschnitt aus dem Film „Geheimrat Max Planck“ (1942), Transkription in: Hintsches und Hoffmann, Planck: Vorträge und Ausstellungen (wie Anm. 1) S. 92.
 - 15 Für eine knappe Skizze des begrifflichen Rahmens der klassischen Physik siehe Christa Jungnickel und Russell MacCormmach, *Intellectual Mastery of Nature: Theoretical Physics from Ohm to Einstein*, Chicago 1986, Bd. 1, S. 282.
 - 16 Zitiert nach Hintsches und Hoffmann, Planck: Vorträge und Ausstellungen (wie Anm. 1) S. 92.
 - 17 Arnold Sommerfeld, Max Planck zum sechzigsten Geburtstag am 23. April 1918, in: Max Planck, *Max Planck in seinen Akademie-Ansprachen*, Berlin 1948, S. 170.

Die wissenschaftliche Persönlichkeit Plancks wurzelt in der Thermodynamik.

In der Thermodynamik suchte und fand Planck die theoretische Grundlage und die Nischen für seine Einzeluntersuchungen – in einem anderen, dramatischeren Bilde würde man von der „Front der Forschung“ sprechen.

Plancks Perspektive auf das Problem der Wärmestrahlung war also die eines Spezialisten, der für die Lösung dieses Problems zwar außerordentlich tiefgehende Kenntnisse nicht nur der Werkzeuge sondern auch der Grundlagen seines Faches mitbrachte, gepaart mit scharfem Verstand und fast unglaublicher Ausdauer. Aber er besaß nicht den Überblick, der ihn die brisante Stellung des Strahlungsproblems als die eines Grenzproblems der klassischen Physik erkennen ließ, das deren Grundfesten erschüttern konnte. Plancks profundes Spezialistentum war zweifellos die Voraussetzung für den wissenschaftlichen Erfolg, den die Auffindung des Strahlungsgesetzes darstellt. So hat es auch Plancks Kollege, Arnold Sommerfeld, in der schon zitierten Ansprache gesehen:¹⁸

Es ist ein schönes Beispiel wissenschaftlicher Konzentration, wie Planck während einer Reihe von Jahren, nicht rechts und links blickend, sein Ziel im Auge behielt.

Aus dieser Perspektive war es aber offenbar schwer, zugleich die Spannungen und Risse im Fundament der klassischen Physik wahrzunehmen und in Erwägung zu ziehen, dass auch die absoluten Sicherheiten, nach denen Planck strebte, von diesen Spannungen und Rissen betroffen sein könnten. Wo jüngere Physiker wie Einstein das Gebäude der klassischen Physik bereits in Trümmern sahen, beobachtete Planck nur einzelne Quader, die ihren Ort gewechselt haben. So beschrieb es Planck selbst 1913 in seiner Antrittsrede als Rektor der Berliner Universität:¹⁹

So mag die gegenwärtige theoretische Physik den Eindruck eines zwar alt ehrwürdigen, aber morsch gewordenen Gebäudes gewähren, an dem ein Bestandteil nach dem andern abzubröckeln beginnt und dessen Grundfesten sogar ins Schwanken zu geraten drohen. Und doch wäre nichts unrichtiger als eine derartige Vorstellung. Gewiß gehen in dem Aufbau der physikalischen Theorien gegenwärtig große tiefgreifende Veränderungen

18 Sommerfeld, Max Planck (wie Anm. 16) S. 173.

19 Max Planck, Neue Bahnen der physikalischen Erkenntnis 1913, in: Max Planck, Wege zur physikalischen Erkenntnis: Reden und Vorträge, Leipzig 1934, S. 35.

vor sich. Aber eine nähere Besichtigung ergibt, daß es sich hier keineswegs um Werke der Zerstörung, sondern vielmehr um Ergänzungs- und Erweiterungsbauten handelt, daß gewisse Quadern des Baues nur deshalb von der Stelle gerückt werden, um an einem anderen Orte zweckmäßigeren und festeren Platz zu finden, und daß die bisherigen eigentlichen Fundamente der Theorie gerade gegenwärtig so fest und so gesichert ruhen wie zu keiner Zeit vorher.

Aus der Sicht eines Spezialisten waren also die tiefgreifenden begrifflichen Umwälzungen, die sich mit dem Übergang von der klassischen zur modernen Physik abzeichneten, selbst 1913 noch nicht erkennbar.

Ohne Zweifel kannte auch die theologische Wissenschaft des späten 19. Jahrhunderts bereits die Probleme und Herausforderungen der Spezialisierung. Ebenso wenig zweifelhaft ist aber, dass eine andere Herausforderung ungleich zentraler für sie war, die des Verhältnisses von Wissenschaft und Offenbarung, von Theologie als Wissenschaft und Theologie als Weltanschauung. Diese Herausforderung war zwar nicht neu, veränderte und verstärkte sich aber durch den raschen Fortschritt der historischen Wissenschaften.

Harnacks Arbeiten zu den Schriften der Kirchenväter und zur Dogmengeschichte stellen Durchbrüche dieser historischen Forschung dar, die auch heute noch Bezugspunkte bilden. Es gelang ihm zum einen, eine breite Textbasis zu schaffen, auf deren Grundlage übergreifende Fragen zur Geschichte des christlichen Dogmas behandelt werden konnten. Es gelang ihm zum anderen zu zeigen, dass die Entstehungsgeschichte des kirchlichen Dogmas erst viel später abgeschlossen war als bis dahin weithin angenommen.²⁰ Diese Beschäftigung mit der Dogmengeschichte machte es ihm möglich, sich gewissermaßen zwar *ex negativo*, aber dafür auf der Grundlage reichen historischen Materials dem Ursprung des Christentums zu nähern, ohne sich auf die spärlichen Informationen über den historischen Christus beschränken zu müssen, auf die die zeitgenössische „Leben Jesu“-Forschung angewiesen war.

Aber vor dem Hintergrund der beschriebenen Konfliktlage der historischen Theologie stellt Harnacks Werk noch in einem anderen Sinne eine herausragende Leistung dar. Harnack reihte nicht nur wissenschaftliche Spezialarbeiten aneinander, sondern er bestand auch vor dem Anspruch, diese Spezialarbeiten für die brennenden theologischen Streitfragen seiner Zeit fruchtbar gemacht zu haben, ohne sie ihnen jedoch zu unterwerfen.

20 Zahn-Harnack, Adolf von Harnack (wie Anm. 2) S. 100.

Insbesondere schuf die historische Kritik überlieferter Dogmen neue Handlungsspielräume für diejenigen, die sich im Sinne eines liberalen Protestantismus den Herausforderungen ihrer Zeit stellen wollten. Im Folgenden wollen wir uns allerdings wiederum auf die Spannungen zwischen spezialisierter Einzelforschung einerseits und theoretischer Integration andererseits konzentrieren, die Harnack selbst als ein zentrales Problem seiner Wissenschaft wahrgenommen hat.

Schon Harnacks Dissertation, die der Quellenkritik der Geschichte des Gnostizismus gewidmet war, stieß auf die Kritik eines seiner Lehrer, weil sie textkritische Detailforschung mit einer allgemeineren und eher theoretischen Betrachtung historischer Entwicklung verband.²¹ In einem Brief seines Lehrers heißt es über diese Betrachtung:²²

Sie paßt nicht recht mit ihrer schwungvollen Sprache und der großartigen Konstruktion geschichtlicher Verhältnisse zu dem trefflichen Unterbau aus sorgfältig behauenen Quadern.

Wie bei Planck stehen die „Quader“ auch hier offenbar für die einzelnen, festen und unverlierbaren Wahrheiten, aus denen sich nach Auffassung der zeitgenössischen Spezialisten erfolgreiche Wissenschaft aufbaut. Harnacks Antwort auf die zitierte Kritik zeigt dem gegenüber, dass ihm diese Auffassung von Wissenschaft Unbehagen bereitete:²³

Weiter Steine behauen ist eine Notwendigkeit, wo Paläste gebaut werden sollen: das ist gewiß richtig; aber zu wissen, daß man nie weiter kommen wird und doch dabei einen wunderschönen Palast in der Vorstellung fortwährend zu sehen freilich hie und da noch nebelhaft verhüllt, aber doch klar genug, um zu erkennen, daß es der rechte ist, und weder Wort noch Feder zu haben, das Bild dauernd zu fixieren und ganz, ganz bestimmt zu wissen, das einem das nie gelingen wird – und dann Lobsprüche hören, weil man ein paar Schnitzel gekräuselt hat und sich aufs Schnitzelkräuseln versteht ...

Trotz des Anspruchs, einen Palast bauen zu wollen, blieb Harnack allerdings, um in diesem Bilde zu bleiben, beim „Steine klopfen“ und litt dabei zugleich weiterhin unter der beschränkten Perspektive, die sich seiner

21 Adolf Harnack, *Zur Quellenkritik der Geschichte des Gnosticismus*, Leipzig 1873.

22 Baron Moritz Engelhardt an Adolf von Harnack, zitiert nach: Zahn-Harnack, Harnack (wie Anm. 2) S. 45.

23 Adolf von Harnack an Baron Moritz Engelhardt, August 1873, zitiert nach: Zahn-Harnack, Harnack (wie Anm. 2) S. 45.

Auffassung nach mit einer nur spezialistischen Forschung verbindet. Seine eigene Habilitation betrachtete er als „die kleinkrämerische Untersuchung eines der minutiösesten und unwichtigsten Probleme aus der Geschichte des Gnostizismus“.²⁴ Als er sich dann aber schließlich seinem großen Thema, der Dogmengeschichte, zuwandte, warf er die Fesseln der Detailforschung keineswegs zugunsten eines großartigen freien Entwurfs ab, sondern blieb dabei, auch hier, wie er schrieb, „sein eigener Kärner sein“ zu wollen.²⁵ Ohne die spannungsreiche Synthese zwischen strukturellen Fragen und Detailforschung wäre der wissenschaftliche Durchbruch, den Harnacks Dogmengeschichte darstellt, wohl undenkbar gewesen.

4. Herausforderungen durch die Wissenschaftsorganisation

Die Expansion und Ausdifferenzierung der Wissenschaften im 19. Jahrhundert stellten nicht nur neue Anforderungen an den Einzelnen, der in ihr Gebiet eintreten und sich dort als Forscher behaupten wollte. Diese Entwicklung bedeutete vor allem auch eine Herausforderung für die überlieferten Formen der Wissenschaftsorganisation. Überlieferte Vorstellungen wie die von der immer wieder beschworenen „Einheit der Wissenschaft“ konnten den komplexer gewordenen Mechanismen der Tradierung und Erzeugung von wissenschaftlichem Wissen kaum mehr gerecht werden. Um so wichtiger waren die konkreten Erfahrungen, die mit verschiedenen Modellen der Forschungsorganisation gewonnen wurden, ebenso wie die sich aus der Reflexion solcher Erfahrungen speisenden Sichtweisen der Einzelnen, die sich um die Jahrhundertwende mit diesen Problemen als Herausforderungen der Praxis zu beschäftigen hatten.

Die verwickelte Gründungsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Harnacks Beteiligung an dieser Gründung sind nicht Gegenstand dieses Beitrags.²⁶ Es sei hier nur daran erinnert, wie wichtig für diese Gründung insbesondere das enge Zusammenwirken von Wissenschaftlern wie Harnack und Wissenschaftspolitikern wie Schmidt-Ott war. Sie hätte

24 Zitiert nach ebd. S. 46.

25 Zitiert nach ebd. S. 100.

26 Für eine ausführliche Darstellung, auf die wir uns im Folgenden beziehen, siehe Bernhard vom Brocke, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich: Vorgesichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, in: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, hg. v. Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke, Stuttgart 1990, S. 17–162.

sich womöglich nicht durchsetzen lassen, wenn nicht ein Gelehrter vom Range Harnacks sich mit Wort und Tat für diese neue Organisationsform von Wissenschaft in Deutschland eingesetzt hätte. Dass Harnacks Engagement durchaus riskant war, zeigt sich z.B. an den Konsequenzen, die seine prominente Beteiligung an der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für seine Stellung in der Akademie hatte. Obwohl Harnack durch die Verfassung der Geschichte der Akademie und durch seine Rolle als gefeierter Festredner bei ihrem 200. Jubiläum geradezu prädestiniert war, das Amt eines ihrer Beständigen Sekretäre zu übernehmen, umging die Akademie ihn bei der Neuwahl im August 1911 und provozierte damit einen Eklat.²⁷

Eine genauere Analyse von Harnacks Beitrag zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft kann hier nicht gegeben werden; im Vordergrund unseres Interesses steht die erstaunliche und jedenfalls unbestrittene Tatsache, dass ein Theologe zu so verwandten Einsichten in die neuen Herausforderungen an die Wissenschaftsorganisation gerade auch der Naturwissenschaften kommen konnte wie erfahrene Wissenschaftspolitiker aus dem Umkreis des großen Friedrich Althoff. Wenden wir uns daher unserer Frage nach den Ressourcen zu, die Harnack für seine folgenreiche Reaktion auf die Herausforderungen durch Probleme der Wissenschaftsorganisation zur Verfügung standen.

Harnacks eigene Lebenserfahrungen als Forscher und Wissenschaftsorganisator haben ihn in der Tat für die Mitwirkung an dieser Konzeption vorbereitet. Wichtig erscheint uns insbesondere, was Harnack für Fragen der Wissenschaftsorganisation aus seiner eigenen Forschungstätigkeit lernen konnte. Ein Beispiel muss hier genügen: Die Verfassung der Geschichte der preußischen Akademie, die er im Jahre 1900 abschloss, regte ihn dazu an, Einsichten aus dem Bereich der Kirchengeschichte in den Bereich der Wissenschaftsgeschichte zu übertragen.²⁸ Dazu gehört nicht nur die Verbindung von historischer Detailforschung mit allgemeinen strukturellen Fragestellungen, sondern – für unseren Zusammenhang wichtiger – der Versuch, die Dynamik der Wissenschaftsgeschichte aus den Spannungen zwischen Institutionalisierung, Einzelpersönlichkeiten, und Ideenentwicklung heraus zu verstehen. So formulierte er auch das programmatische Ziel seiner Arbeit:²⁹

27 Siehe vom Brocke, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* (wie Anm. 25) S. 66 f.

28 Adolf Harnack, *Geschichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, Berlin 1900.

29 Zitiert nach: Zahn-Harnack, *Harnack* (wie Anm. 2), S. 203.

Die Geschichte der Akademie muß eine Verbindung von Verfassungs-, Wissenschafts- und Gelehrten-geschichte darstellen.

Harnacks erfolgreiches Wirken als Wissenschaftsorganisator und -politiker, gerade auch bei der Begründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, legen von der praktischen Wirksamkeit solcher historischen Einsichten in den organischen Zusammenhang zwischen den verschiedenartigen Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit ein beredtes Zeugnis ab. Er selbst hat seine darauf beruhenden Anschauungen im Jahr seines Todes in einer Art wissenschaftspolitischen Credo niedergelegt, von dem mancher Satz ein „Harnack-Prinzip“ genannt zu werden verdiente, wie zum Beispiel der folgende:³⁰

Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft (Kulturwissenschaft) sollen zusammenarbeiten; keine darf auf Kosten der anderen gepflegt werden, denn die Erkenntnis des Universums bedarf beider in gleicher Weise.

Eine genauere Analyse des Zusammenhangs von Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis scheint uns nicht nur im Falle Harnacks ein Desiderat der Forschung zu sein. Im Falle Plancks ist selbst die Chronik seiner zahlreichen Aktivitäten als Wissenschaftsorganisator und -politiker noch nicht geschrieben. Diese umfassen seine Tätigkeiten in den Führungsgremien der Akademie der Wissenschaften, der Berliner Universität, der Physikalischen Gesellschaft, der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, des Deutschen Museums und nicht zuletzt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Behauptungen über Plancks Wirksamkeit in diesen Bereichen haben deshalb einen vorläufigen Charakter.

Zu Plancks ersten wissenschaftsorganisatorischen Leistungen als Sekretar der Akademie gehörte 1913 seine Beteiligung an der Berufung Einsteins nach Berlin und an der geplanten Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik, an dem unter anderem auch Planck selbst als Direktionsmitglied mitwirken wollte.³¹ Die ursprüngliche Konzeption des Instituts war eng an die preußische Akademie der Wissenschaften und ihr Mo-

30 Zitiert nach: Dietrich Gerhard, Adolf v. Harnacks letzte Monate als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1970), S. 142.

31 Die folgende Darstellung beruht auf Jürgen Renn u.a., Albert Einstein: alte und neue Kontexte in Berlin, in: Kocka, Jürgen (Hg.) Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich, Berlin: Akademie Verlag 1999, S. 333–354.

dell der Forschungsförderung angelehnt. Es war zunächst ein Institut ohne Gebäude, eine Art Briefkastenfirma unter Einsteins Privatadresse. In der Praxis des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik bedeutete dies, dass bei der Geldvergabe die individuelle Wertschätzung der eingereichten Anträge und oft auch der Antragsteller durch die Mitglieder des Direktoriums eine weit-aus wichtigere Rolle spielte als ein Forschungskonzept.³²

Als Mitglied des Fachausschusses Physik der Notgemeinschaft folgte Planck in den zwanziger Jahren offenbar einer ähnlichen Vergabepolitik, wie sie am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik *usus* war. So antwortete er 1923 auf einen Antrag Sommerfelds auf Unterstützung theoretischer Forschungen:³³

Zwar sind die Mittel ‘vorzugsweise für experimentelle Forschungen’ bestimmt, aber man wird die Sache so darstellen können, daß es sich hier um die Ausarbeitung von experimentellen Forschungen handelt. Die Hauptsache tut natürlich Ihr Name.

Über den Einsatz für sein eigenes Fachgebiet hinaus hat Planck als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – soweit uns bekannt ist – keine eigenen Initiativen zur Bearbeitung bestimmter Forschungsgebiete oder zur Gründung neuer Institute unternommen, jedenfalls wenn man von einer einzigen, allerdings kuriosen Ausnahme absieht. Gefragt nach seinen besonderen Anliegen und nach den vordringlichen Aufgaben, die er als Präsident der Gesellschaft sehe, antwortete Planck in einem Interview aus dem Jahre 1932:³⁴

Da will ich Ihnen ein Beispiel sagen. Sie wissen, daß gewisse Fragen, wie die der Erdstrahlen und der Wüschelrute, die Gemüter recht erregen. Leider schleicht sich in die öffentliche Behandlung dieser Fragen oft ein übles Geschäftsinteresse ein. Man sollte also in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein Forschungsinstitut dafür errichten, so das öffentliche Leben reinigen – es hat es wahrlich nötig genug! – und Fragen klären, die eben nur mit den Mitteln der reinen Wissenschaft geklärt werden können. Scharlatanerie haben wir gerade genug.

32 Zu Plancks Verständnis von Forschungsförderung siehe z.B. Max Planck, Das Wesen des Lichts, in: Die Naturwissenschaften 7 (1919), S. 909.

33 Max Planck an Arnold Sommerfeld, 8. Juli 1923, zitiert nach: Heilbron, Max Planck: Leben für die Wissenschaft (wie Anm. 5), S. 100.

34 Max Planck und Hans Hartmann, Ein Rundfunkgespräch mit Max Planck gehalten im „Gelehrtenfunk“ in Berlin (Ende 1932), in: Hans Hartmann, Max Planck als Mensch und Denker, Berlin 1938, S. 68.

Auch im Falle Plancks stellt sich die Frage nach den intellektuellen Ressourcen für seine Reaktion auf die Herausforderung durch Probleme der Wissenschaftsorganisation. In welchem Verhältnis stand insbesondere sein Engagement in der Wissenschaftsorganisation zu seinem Verständnis von Wissenschaft, wie er es in zahllosen Vorträgen und allgemeinverständlichen Schriften dokumentiert hat? Im Gegensatz zu Harnack gab es für Planck offenbar keinen Grund, an den überkommenen Organisationsformen der Wissenschaft zu zweifeln. Er wandte sich 1915 sogar ausdrücklich gegen Harnacks Begriff vom „Großbetrieb der Wissenschaft“, den er als eine „nicht ganz unbedenklicher Analogie“ bezeichnete, und stellte ihm entgegen, was er für das Wesentliche der Tradition der Akademie hielt, den Geist der auf empirischer Grundlage betriebenen Einzelforschung.³⁵

Ähnlich wie Harnack erkannte auch Planck die Herausforderung, die Ergebnisse der sich verzweigenden Einzelforschung zu übergreifenden Einsichten zu integrieren. Er hat sich ihr insbesondere bei Gelegenheit von Vorträgen gestellt, in denen er – wie so viele seiner Zeitgenossen – das Ideal der Einheit der Wissenschaften hochhielt.³⁶ Im Gegensatz zu Harnack sah Planck allerdings nicht die wissenschaftsorganisatorische Dimension dieses Einheitsideals. Trotz der Vielzahl verantwortlicher Funktionen, die Planck im Wissenschaftsbetrieb der Kaiserzeit, der Weimarer Republik und der NS-Zeit ausgeübt hat, nehmen Reflexionen zu wissenschaftsorganisatorischen und wissenschaftspolitischen Fragen in seinen Schriften nur einen sehr kleinen Raum ein. Seine zahlreichen, nicht fachbezogenen Vorträge und Veröffentlichungen sind fast ausschließlich wenigen, für ihn zentralen Fragen weltanschaulichen Charakters gewidmet. Blättert man durch diese Schriften, hat man den Eindruck, dass hier nicht die wissenschaftliche Realität der äußeren Welt verhandelt wird, sondern Probleme der Wissenschaft in Plancks innerer Welt, wie zum Beispiel das Verhältnis von Kausalgesetz und Willensfreiheit.³⁷ Es kann also vor dem Hintergrund von Plancks Verständnis von Wissenschaft, mit Blick insbesondere auf den Charakter und die Schwerpunkte seines Nachdenkens über sie, kaum überraschen, dass er – mit einer noch zu besprechenden Ausnahme – nicht wie Harnack auch als Gestalter der wissenschaftlichen Institutionen hervorgetreten ist, in denen er führende Verantwortung getragen hat.

35 Siehe Max Plancks Ansprache vom 1. Juli 1915, in: Planck, Akademie-Ansprachen (wie Anm. 16) S. 27–28.

36 Siehe z.B. Max Plancks Ansprache vom 29. Juni 1922, in: Planck, Akademie-Ansprachen (wie Anm. 16) S. 41–48.

37 Max Planck, Kausalgesetz und Willensfreiheit, Berlin 1923.

5. Herausforderungen durch die Politik

Harnack und Planck standen als Funktionsträger wissenschaftlicher Institutionen nicht nur vor den Herausforderungen einer sich rasch wandelnden Wissenschaftslandschaft, sie waren auch in dieser Verantwortlichkeit direkt mit den großen politischen Umbrüchen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts konfrontiert. In ihrem menschlichen, wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Handeln verkörperten Harnack und Planck jeweils ein Stück Kontinuität über die großen Umbrüche hinweg. Es soll nun erneut versucht werden, das Handeln von Harnack und Planck angesichts der politischen Herausforderungen, vor denen sie standen, vor dem Hintergrund ihrer intellektuellen Ressourcen, in diesem Falle ihres jeweiligen politischen Denkens, ebenso wie der Lebenserfahrungen, die sie vor diesen Umbrüchen gesammelt haben, zu interpretieren.

Max Planck war gleich zu Beginn der NS Herrschaft, im März 1933, als Sekretar der Akademie mit einer politischen Herausforderung konfrontiert, dem Protest Albert Einsteins gegen die Verbrechen des neuen Regimes, dem Einstein bald seine Austrittserklärung aus der Akademie folgen ließ.³⁸ Einsteins Protest, der zunächst in ausländischen Zeitungen veröffentlicht wurde, hatte die Form einer Unterstützungserklärung für die Liga gegen den Antisemitismus. Auf die Vorfälle in Deutschland geht die Erklärung nur mit einem einzigen Satz ein:³⁹

Die Akte brutaler Gewalt und Bedrückung, die gerichtet sind gegen alle Leute freien Geistes und gegen die Juden, diese Akte, die in Deutschland stattgefunden haben und noch stattfinden, haben glücklicherweise das Gewissen aller Länder aufgerüttelt, die dem Humanitätsgedanken und den politischen Freiheiten treu bleiben.

Trotz dieser im Grunde moderat formulierten Erklärung war Einstein für die Führung und die Mehrheit der Akademie untragbar geworden. Er kam mit seinem Austritt aus der Akademie nur knapp einem formellen

38 Albert Einstein an die Preußische Akademie der Wissenschaften, 28. März 1933, in: Kirsten und Treder, Einstein in Berlin (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 246.

39 Zitiert nach: Siegfried Grundmann, Einsteins Akte: Einsteins Jahre in Deutschland aus der Sicht der deutschen Politik, Berlin 1998, S. 368.

Ausschluss zuvor. Dennoch veröffentlichte die Akademie noch nachträglich eine Erklärung zu seinem Ausscheiden, in der es unter anderem heißt:⁴⁰

Die Preußische Akademie der Wissenschaften hat mit Entrüstung von den Zeitungsnachrichten über die Beteiligung Albert Einsteins an der Greuelhetze in Amerika und Frankreich Kenntnis erhalten. Sie hat sofort Rechenschaft von ihm gefordert. Inzwischen hat Einstein seinen Austritt aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften erklärt mit der Begründung, daß er dem Preußischen Staate unter der jetzigen Regierung nicht mehr dienen könne. Da er Schweizer Bürger ist, scheint er auch zu beabsichtigen, die preußische Staatsangehörigkeit aufzugeben, die er 1913 lediglich durch die Aufnahme in die Akademie als ordentliches hauptamtliches Mitglied erlangt hat.

Die Preußische Akademie der Wissenschaften empfindet das agitatorische Auftreten Einsteins im Auslande um so schwerer, als sie und ihre Mitglieder seit alten Zeiten sich aufs engste mit dem Preußischen Staate verbunden fühlt und bei aller gebotenen strengen Zurückhaltung in politischen Fragen den nationalen Gedanken stets betont und bewahrt hat. Sie hat aus diesem Grunde keinen Anlaß den Austritt Einsteins zu bedauern.

Um die Zeit, als diese Erklärung verfasst wurde, befand Planck sich im Urlaub auf Sizilien, wurde aber aus Deutschland ständig auf dem Laufenden gehalten, auch darüber, dass hier inzwischen selbst Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von SA und SS überfallen wurden. Obwohl er von Wissenschaftlern wie Max von Laue bedrängt wurde, sobald wie möglich nach Deutschland zurückzukehren, um dort seine Verantwortung als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und als Sekretar der Akademie auszufüllen, entschied Planck sich dennoch, in Italien ruhig abzuwarten, bis sich die Wogen geglättet haben. Laues Drängen beurteilte er als „aufgereggt“ und „urteilslos“.⁴¹ Planck sah diese Zeit als eine Übergangsperiode an und wurde in dieser Haltung von den führenden Vertretern der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bestärkt, die ihm auch dazu rieten, erst einmal in Italien zu bleiben.⁴²

40 Presseerklärung der Akademie der Wissenschaften zum Austritt Albert Einsteins aus der Akademie, 1. April 1933, in: Kirsten und Treder, *Einstein in Berlin* (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 248.

41 Max Planck an Friedrich Glum, 18. April 1933, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, V. Abt. a, Rep. 11 Planck, Nr. 1065.

42 Von Cranach schreibt dazu an Planck: „Ich habe soeben mit Excellenz Schmidt-Ott gesprochen und konnte nur feststellen, daß Seine Excellenz mit mir durchaus dahin übereinstimmt, daß Ihnen, sehr verehrter Herr Geheimrat, abzuraten ist, Ih-

In der Einstein-Angelegenheit war Planck in ständigem Kontakt mit dem Vorsitzenden Sekretar der Akademie, von Ficker. Er war sich mit diesem einig in der Überzeugung, dass es Einsteins Pflicht gewesen wäre, *für* statt *gegen* die neue deutsche Regierung Stellung zu beziehen.⁴³ Das hätte sich dann offenbar vertragen mit der „strengen Zurückhaltung in politischen Fragen“, von der in der Akademieerklärung die Rede ist. Die zitierte Stellungnahme Einsteins muss im Gegensatz dazu für Planck eine so unerhörte *politische* Meinungsäußerung dargestellt haben, dass er es – wohl nicht zuletzt aufgrund der Wertschätzung, die er für Einstein empfand – sogar für möglich hielt, dass alles auf einem Irrtum beruhte und Einstein in Wirklichkeit gewillt war, die neue deutsche Regierung gegen eine derartige Kritik zu verteidigen.⁴⁴

Planck beschränkte sich allerdings nicht auf Reaktionen auf derartige Herausforderungen, sondern wirkte in der Folgezeit aktiv an der Gestaltung des neuen Verhältnisses zwischen Staat und Wissenschaft mit. In seiner anfänglichen Haltung gegenüber dem neuen Staat, auf deren Betrachtung wir uns hier beschränken, unterschied Planck offenbar zwischen den von ihm abgelehnten Extremen, die er dem Charakter einer Übergangsperiode zuschrieb,⁴⁵ und dem grundsätzlich Positiven, das er in dem „langersehnte[n] großartige[n] nationale[n] Umschwung“ sah.⁴⁶ Angesichts sowohl der Probleme der Übergangszeit als auch der positiveren Erwartungen, die er für die Zukunft hegte, fand Planck, gemeinsam mit anderen führenden Vertretern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wie Friedrich Glum, schon bald zu einer charakteristischen und aktiven Politik, die die Gesellschaft gegenüber dem neuen Regime dann konsequent verfolgte. Diese Politik hatte zum einen das Ziel, die Autonomie der Gesellschaft so weit wie möglich zu

ren Urlaub abzukürzen. Wenn ein Teil unserer Professoren stark beunruhigt ist, so ist das wohl zu verstehen, aber eine Beruhigung oder Änderung der Sachlage könnte auch nicht eintreten, wenn Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, ihren Urlaub abbrechen würden.“ (Max Lukas von Cranach an Max Planck, 10. April 1933, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 53 1/1, Bl. 4–5).

43 Siehe den Briefwechsel zwischen Heinrich von Ficker, Albert Einstein und Max Planck: Heinrich von Ficker an Albert Einstein, 7. April 1933; Heinrich von Ficker an Max Planck, 8. April 1933; Max Planck an Heinrich von Ficker, 13. April 1933; in: Kirsten und Treder, *Einstein in Berlin* (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 252–254.

44 Planck an von Ficker, 13. April 1933 (wie Anm. 42).

45 Siehe z.B. Planck an Glum, 18. April 1933 (wie Anm. 40).

46 Max Planck, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, in: *Der Kaiser: Wie er war – wie er ist*, hg. v. Friedrich Everling und Adolf Günther, Berlin 1934, S. 172.

bewahren, zum zweiten das Ziel, die Verluste der politischen Umstrukturierung für die deutsche Wissenschaft möglichst gering zu halten, und zum dritten das Ziel, die Gesellschaft möglichst reibungslos in den Dienst des neuen Staates zu stellen.

Der Besuch bei Hitler, der im Mai 1933 auf Plancks Initiative hin zustande kam, stand wahrscheinlich bereits unter dem Zeichen dieser Politik.⁴⁷ Planck wies Hitler auf die problematische Lage der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und damit der deutschen Wissenschaft angesichts der NS-Entlassungspolitik hin, versuchte durch die Unterscheidung zwischen den für die Wissenschaft „wertvollen“ und den „wertlosen“ Juden – eine Begrifflichkeit, an der Planck noch nach dem Kriege festhielt – den Preis, den die Wissenschaft für den „nationalen Umschwung“ zu zahlen hatte, zu minimieren, und versprach offenbar, wie er sich in einem eine Woche später an Hitler gerichteten Grußtelegramm ausdrückte:⁴⁸

dass auch die deutsche Wissenschaft bereit ist, an dem Wiederaufbau des neuen nationalen Staates, der ihr Schutz und Schirmherr zu sein gewillt ist, nach besten Kräften mitzuarbeiten.

Planck erreichte von Hitler die Zusage, dass – wie Heisenberg es kurz nach dem Treffen formulierte:⁴⁹

über das neue Beamtengesetz hinausgehend nichts von der Regierung unternommen werde, das unsere Wissenschaft erschweren könnte.

Dieses NS-Beamtengesetz wurde innerhalb der Gesellschaft zügig und rückhaltlos umgesetzt. Planck „freute sich“, wie er an Laue 1937 schrieb, wenn das „Ausscheiden der Nichtarier“ dabei wenigstens ohne Skandal abging.⁵⁰ Nur in einigen prominenten Ausnahmefällen hat er sich persönlich und mit Nachdruck für Mitarbeiter, die von diesem Gesetz betroffen

47 Die hier gegebene Interpretation beruht auf Helmuth Albrecht, Max Planck: „Mein Besuch bei Adolf Hitler“ - Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle, in: *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte*, Helmuth Albrecht, Stuttgart 1993, S. 41–63.

48 Max Planck an Adolf Hitler, 23. Mai 1933, zitiert nach: Albrecht, *Besuch bei Hitler* (wie Anm. 46), S. 49.

49 Werner Heisenberg an Max Born, 2. Juni 1933, zitiert nach: Albrecht, *Besuch bei Hitler* (wie Anm. 46), S. 46.

50 Max Planck an Max von Laue, 17. November 1937, *Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft*, V. Abt. a, Rep. 11 Planck, Nr. 1121.

waren, eingesetzt.⁵¹ Nicht nur seine entsprechenden Eingaben an das Ministerium, sondern auch Anspielungen in Vorträgen, die er während der NS-Zeit hielt, zeigen, dass sich Planck auch der Verluste für die deutsche Wissenschaft bewusst war, zu der die NS-Vertreibungspolitik führte.⁵²

Dennoch, auch angesichts der erheblichen Schwierigkeiten, die diese Politik für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verursachte, bemühte sich ihre Führung, mit dem Regime zu kooperieren. Im April 1933 schrieb Planck an Glum:⁵³

Ich hoffe sehr, dass die bevorstehende Jahresversammlung der K[aiser]-W[ilhelm]-G[esellschaft] Veranlassung geben wird, die persönlichen Beziehungen zu den Ministern des Reiches und der Länder womöglich noch enger zu gestalten als sie es bei den früheren Regierungen waren. Hier ist es gut, dass Mussolinis Vorbild nutzen kann, der gern sein Interesse für die Wissenschaft nach aussen zur Schau trägt.

Die Kooperation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit dem Regime bestand unter anderem darin, dass auf die Affinität einzelner Institute zur NS-Politik hingewiesen wurde, so zum Beispiel in dem bereits im Mai 1933 veröffentlichten und von Planck mitunterzeichneten Jahresbericht mit Bezug auf das Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik.⁵⁴ Als im Juli dieses Jahres August Wilhelm Prinz von Preußen als Vorsitzender des Kuratoriums dieses Instituts gewonnen werden sollte, nahm Planck in seinem Brief an den Prinzen ebenfalls Bezug auf die Affinität der Forschungen des Instituts mit der rassistischen Politik des neuen Regimes:⁵⁵

Ich hoffe, dass Euere Königliche Hoheit sich dazu entschliessen werden, die Wahl zum Vorsitzenden des Kuratoriums des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik anzu-

51 Siehe z. B. Max Planck an Fritz Haber, 27. Juni 1933, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 54 1/3, Bl. 30; Max Planck an Max Hartmann, 27. Juni 1933, ebd., I. Abt., Rep. 1A Planck, Nr. 534/4, Bl.4; Max Planck an Walther Horn, 27. Juni 1933, ebd., I. Abt., Rep. 1A, Nr. 535/2, Bl. 2.

52 Siehe z.B. Max Planck, Schlußwort, in: Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften (1937), S. LIII.

53 Planck an Glum, 18. April 1933 (wie Anm. 40).

54 Max Planck und Max Lukas von Cranach, Tätigkeitsbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (April 1932 bis Ende März 1933), in: Die Naturwissenschaften 21 (1933), S. 424.

55 Max Planck an August Wilhelm Prinz von Preußen, 20. Juli 1933, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 92, Bl. 52.

nehmen, zumal da dieses Institut in den Dienst der grossen rassenhygienischen Aufgaben der Regierung sich gestellt hat.

Auch in öffentlichen Stellungnahmen hat Planck mehrfach auf die Bedeutung der Arbeit von Kaiser-Wilhelm-Instituten für eine auch „rassenhygienisch“ verstandene „Volksgeundheit“ hingewiesen.⁵⁶

Es erübrigt sich hier, weitere Beispiele für die „Selbstgleichschaltung“ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zum Zwecke der Anpassung an das NS-System zu geben, die von Planck mitgetragen wurde. Sie erreichte weitgehend ihr Ziel, die Gesellschaft vor der Übernahme fanatischer NS-Wissenschaftler vom Schlage eines Lenard oder Stark zu bewahren und den Wissenschaftsbetrieb der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – trotz der Vertreibungen – funktionsfähiger zu erhalten, als es unter den Bedingungen einer Gleichschaltung von außen möglich gewesen wäre.

Die Tragik dieser Politik lag allerdings darin, dass diese Funktionsfähigkeit letztlich vor allem dem NS-Regime und seinen verbrecherischen Zielen zugutekam. Das gilt selbst in gewissem Sinne für Plancks unablässiges Wirken während der NS-Zeit als Vertreter seiner Wissenschaft in Vorträgen und populären Schriften, trotz mancher darin enthaltenen kritischen Bemerkung und trotz seines unbeirrbaren Festhaltens an guter Wissenschaft. Denn die Bedeutung seiner Worte – wie die seiner Taten – ergab sich nicht nur aus ihrem inneren Wert für die Wissenschaft, sondern auch aus dem äußeren Kontext, in dem sie standen. Das wird besonders deutlich an einem Text, den Planck 1943 in der *Deutschen Luftwacht* veröffentlichte (siehe Abbildung). Den Text seines Beitrags über exakte Wissenschaft hätte Planck, ohne ein einziges Wort zurücknehmen zu müssen, nach dem Kriege wieder abdrucken können. Erst durch die von der Redaktion hinzugefügten Abbildungen erhält der Text und insbesondere sein Schlusssatz den spezifischen Sinn, den die Herausgeber ohne Zweifel mit ihm verbinden wollten. Plancks Schlusssatz aus dieser Schrift lautet:⁵⁷

In jedem Falle bleibt dem einzelnen nichts übrig, als in seinem Lebenskampfe geduldig und tapfer auszuharren und dem Willen der höheren Macht, die über ihm waltet, sich zu beugen.

56 Siehe z.B. Max Planck und Hans Hartmann, *Wissenschaft und Leben: Ein Zwiegespräch gehalten im Deutschlandsender im Frühjahr 1935*, in: Hartmann, Planck als Mensch und Denker (wie Anm. 33), S. 76.

57 Max Planck, *Die Frage an die exakte Wissenschaft*, in: *Deutsche Luftwacht/ Ausg. Luftwelt* 10 (1943), S. 363.

Die Frage an die exakte Wissenschaft

von Geheimrat Prof. Dr. Max Planck

Um die Frage nach der Bedeutung der exakten Wissenschaft in positiverm Sinn beantworten zu können, müssen wir vor allem nach einem Ausgangspunkt suchen, an dessen Festigkeit sich keinerlei Skepsis bewegen kann. Das Allerschwerste nun, was wir wissen, ist zweifellos das, was wir selber an unserem eigenen Leibe erfahren. Es sind die Eindrücke, die wir im Leben unmittelbar durch unsere Sinnesorgane: Auge, Ohr usw., von der Außenwelt empfangen. Wenn wir etwas sehen, hören, fühlen, so ist das einfach eine gegebene Tatsache, an der kein Skeptiker rütteln kann. Daher bildet die richtige Sinneswelt die einzige unangreifbare Grundlage für die Arbeit der exakten Wissenschaft.

Wir werden daher für die Resultate, welche die Wissenschaft bei ihrer Arbeit erzielt hat, ein anschauliches Verständnis dadurch gewinnen, daß wir an die Erfahrungen anknüpfen, welche uns aus dem Verlauf des täglichen Lebens bekannt und vertraut sind. Diese Erfahrungen haben uns dahin geführt, daß wir uns von der umgebenden Welt eine einheitliche Vorstellung, ein zusammenfassendes praktisch brauchbares Bild machen, daß wir uns die Umwelt denken als erfüllt von Gegenständen, die auf unsere verschiedenen Sinnesorgane einwirken und dadurch die verschiedenartigen Sinneseindrücke erzeugen. Dieses praktische Weltbild, das jeder von uns in sich trägt, besitzt aber, da es nicht unmittelbar gegeben, sondern auf Grund unserer Erlebnisse erst allmählich erarbeitet ist, keinen endgültigen Charakter, sondern es wandelt und korrigiert sich mit jeder

neuen Erfahrung, die wir machen, von der Kindheit bis zum Erwachsenenalter. Ganz das nämliche läßt sich behaupten von dem wissenschaftlichen Weltbild. Auch das wissenschaftliche Weltbild ist nichts Endgültiges, sondern ist in steter Wandlung und Verbesserung begriffen. Um zu einem richtigen Verständnis des wissenschaftlichen Weltbildes zu gelangen, werden wir daher am besten verfahren, wenn wir uns zuerst einmal mit dem primitivsten, dem kindlich naiven Weltbild beschäftigen.

Sobald das Kind zu denken anfängt, geht es an die Formung seines Weltbildes. Zu diesem Zweck richtet es seine Aufmerksamkeit auf die Eindrücke, die es durch seine Sinnesorgane empfängt, es sucht sie zu ordnen und macht dabei allerlei Entdeckungen, so z. B. die, daß die so verschiedenartigen Eindrücke des Sehens, Tastens, Hörens doch in gewisser regelmäßiger Weise zusammenhängen. Was denkt nun das Kind bei diesen Entdeckungen? Zunächst wundert es sich. Dieses Gefühl des Sich-Wanderns ist der Ursprung und die nie versiegende Quelle seines Erkenntnisstriebs. Es drängt das Kind unweiderstehlich dazu, das Geheimnis zu lüften, und wenn es dabei auf irgend-einen ursächlichen Zusammenhang stößt, so wird es nicht müde, das nämliche Experiment erzhmal, hundertmal an wiederholen, um immer wieder von neuem den Reiz der Entdeckung auszukosten. Auf diese Weise gelangt das Kind in unablässiger täglicher Arbeit allmählich zur Ausgestaltung seines Weltbildes bis zu dem Grade, wie es dessen für das praktische Leben bedarf. Je reifer das Kind wird, je vollkommener sein Bild wird, um



Der Reichsmarschall mit besonders ausgezeichneten Nachtjägern. Von links nach rechts: Hauptmann zur Lippe-Wellessfeld, Major Lenz, Major Herrmann, Hauptmann Mauer, die kürzlich vom Führer mit den Schwertern bzw. mit dem Eichenlaub zum Ritter Kreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurden

Kommen wir wiederum zurück auf die Frage nach den intellektuellen Ressourcen, die Planck für die Bewältigung der gewaltigen politischen Herausforderungen, mit denen er konfrontiert war, zur Verfügung standen. Mit welchen Ansichten, Erfahrungen und Einsichten stellte er sich noch im Alter von weit über 70 Jahren diesen Herausforderungen?

Planck hatte sich bereits in jüngeren Jahren mehrmals mit vergleichbaren, wenn auch zum Teil weniger tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen auseinanderzusetzen, insbesondere beim Ausbruch des ersten Weltkriegs, während der Revolution am Ende des Kriegs, und angesichts der Erosion der Weimarer Republik. Betrachten wir kurz, welche Erfahrungen er hier gewonnen hat und welche Konsequenzen er aus diesen Erfahrungen gezogen hat.

Die Ansprachen, die Planck als Rektor der Berliner Universität kurz nach dem Ausbruch des Krieges 1914 hielt, unterscheiden sich nicht von den patriotischen Tiraden anderer Gelehrter dieser Zeit.⁵⁸ Folgenreicher war, dass er sich für die Unterschrift unter den unseligen „Aufruf an die Kulturwelt“ gewinnen ließ, ohne ihn auch nur gelesen zu haben.⁵⁹ Es stellte sich bald heraus, dass dieser Aufruf katastrophale Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen der deutschen Wissenschaft hatte, weit über deren Trübung durch den Krieg hinaus.⁶⁰ Einige Wissenschaftler im In- und Ausland, wie Albert Einstein und der niederländischen Physiker Hendrik Antoon Lorentz, versuchten deshalb, die Unterzeichner zu einem Rückzug ihrer Unterschriften zu bewegen.⁶¹ Sie erreichten immerhin, dass Planck Anfang 1916 an Lorentz einen offenen Brief schrieb, zu dem übrigens auch Harnack seine ausdrückliche Zustimmung gab. In dem Brief bekräftigte Planck zwar die Unzertrennlichkeit von deutschem Heer und

58 Siehe z.B. Max Planck, *Dynamische und statistische Gesetzmäßigkeit*, in: Ders., *Physikalische Abhandlungen und Vorträge*, Braunschweig 1958, Bd. 3, S. 77.

59 Albert Einstein an Hendrik A. Lorentz, 2. August 1915, in: Albert Einstein, *The Collected Papers* 8, hg. v. Robert Schulmann u.a., Princeton 1998, S. 155.

60 Siehe dazu Bernhard vom Brocke, *Wissenschaft und Militarismus. Der Aufruf der 93 „An die Kulturwelt!“ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg*, in: Wilamowitz nach 50 Jahren, hg. v. William M. Calder u.a., Darmstadt 1985, S. 649–719.

61 Siehe z. B.: Albert Einstein an Hendrik Antoon Lorentz, 2. August 1915 (wie Anm. 58); Hendrik Antoon Lorentz an Wilhelm Wien, 3. Mai 1915, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, V. Abt. a, Rep. 11 Planck, Nr. 701; Max Planck an Hendrik Antoon Lorentz, 27. Februar 1916 (privater Brief), ebd., Nr. 717.

deutschen Gelehrten, zu der sich der Aufruf bekannt hatte, gab aber auch der Überzeugung Ausdruck,⁶²

daß es Gebiete der geistigen und sittlichen Welt gibt, welche jenseits der Völkerkämpfe liegen, und daß ehrliche Mitwirkung bei der Pflege dieser internationalen Kulturgüter, wie auch nicht minder persönliche Achtung vor Angehörigen eines feindlichen Staates, wohl vereinbar ist mit glühender Liebe und tatkräftiger Arbeit für das eigene Vaterland.

Für Planck war diese Erklärung „eine Art Widerruf“, wie er an Lorentz schrieb, „allerdings nur bezüglich der Fassung, nicht bezüglich des Sinnes.“⁶³ Zu weitergehenden Schritten, zu denen Einstein und Lorentz drängten, konnte sich Planck nicht durchringen, schon weil sie für ihn eine politische Handlung dargestellt hätten, vor der er eine Art Scheu empfand, wie Einstein es beschrieb.⁶⁴ Auch der Brief an Lorentz war für Planck kein politischer Akt, sondern offenbar der Versuch, den Patriotismus der Wissenschaftler mit dem internationalen Charakter der Wissenschaft dadurch zu versöhnen, dass die Wissenschaft in die ätherischen Gefilde jenseits der Tageskämpfe verwiesen wird.

Durch den Zusammenbruch und die Revolution von 1918 wurde die Wissenschaft für Planck vollends zur Fluchtburg vor den Wechselfällen der Politik.⁶⁵ In der Weimarer Republik bezog er, trotz seiner zahlreichen Funktionen als Wissenschaftsorganisator, eine Position, die zunächst als unpolitisch erscheinen mag. Der latent politische Charakter dieser Position offenbarte sich nur dann, wenn sie herausgefordert wurde, zum Beispiel durch die politischen Debatten um Einsteins Relativitätstheorie. Die Theorie wurde in öffentlichen Versammlungen angegriffen und Einstein zunehmend auch persönlich bedroht.⁶⁶ Im September 1920 legte daher das Preußische

62 Max Planck an Hendrik Antoon Lorentz, 27. Februar 1916 (offener Brief), Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, V. Abt. a, Rep. 11 Planck, Nr. 718, zitiert nach Hans Wehberg, *Wider den Aufruf der 93!*, Berlin 1920, S. 19.

63 Max Planck an Hendrik Antoon Lorentz, 28. März 1916, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, V. Abt. a, Rep. 11 Planck, Nr. 722.

64 Albert Einstein an Hendrik Antoon Lorentz, 13. November 1916, in: Einstein, *Collected Papers* 8, (wie Anm. 58), S. 363.

65 Siehe z.B. Max Plancks Ansprache vom 3. Juli 1919, in: Planck, *Akademie-Ansprachen* (wie Anm. 15), S. 29–31.

66 Siehe dazu Hubert Goenner, *The Reaction to Relativity Theory I: The Anti-Einstein Campaign in Germany in 1920*, in: *Science in Context* 6 (1991), S. 107–133; Milena Wazeck, *Einsteins Gegner: die öffentliche Kontroverse um die Relativitätstheorie in den 1920er Jahren*. Frankfurt/Main: Campus Verlag, 2009.

Kultusministerium der Akademie nahe, sich schützend vor ihr Mitglied Einstein zu stellen.⁶⁷ Diese Erwartung traf jedoch auf wenig Gegenliebe bei den Entscheidungsträgern der Akademie, auch bei Max Planck, der eine Stellungnahme zu Einsteins Gunsten ablehnte.⁶⁸ Für Planck war die Distanz der Akademie zur Politik offenbar wichtiger als eine offizielle Verteidigung Einsteins seitens der Akademie. Seine persönliche Distanz zur Weimarer Republik tat darüberhinaus ein Übriges, ihn zur Zurückhaltung in solchen politischen Konflikten zu bewegen und denen, die sich an ihnen beteiligten, mit Mißtrauen zu begegnen. So überprüfte Planck 1925 mit Argwohn, ob die Berufung Hans Reichenbachs nach Berlin angesichts seines politischen Engagements für pazifistische Positionen nach dem Kriege überhaupt wünschenswert sei.⁶⁹

Was allerdings für Planck „politisch“ und was „unpolitisch“ war, orientierte sich an einem seit der Kaiserzeit nur wenig veränderten Koordinatensystem. So wandte er sich 1931 gegen einen Verzicht auf den Namen „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ zugunsten eines politisch neutraleren Namens mit dem Argument, dass dadurch „ein Element der Beunruhigung durch eine politische Frage“ in die Gesellschaft käme.⁷⁰ Plancks Politikverständnis wird auch aus seiner Bereitschaft deutlich, 1932 – also bereits als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – einer nationalsozialistisch orientierten Zeitschrift, der *Ernte*, für ein Interview über wissenschaftliche Fragen zur Verfügung zu stehen⁷¹ und 1935 einen Beitrag für einen den deutschen Kaiser glorifizierenden Sammelband zu liefern und ihn mit einer Hommage an den „nationalen Umschwung“ abzuschließen.⁷² Es ist anzunehmen, dass Planck selbst diese Publikationen nicht als Ausdruck unangemessener Nähe der Wissenschaft zur Politik empfand, sondern als Beiträge zu einem engen Verhältnis zwischen der Wissenschaft und einer nationalen Ordnung, wie er sie sich vorstellte. Nur so ist zu erklären, dass er die in

67 Gustav Roethe an Max Planck, 10. September 1920, in: Kirsten und Treder, Einstein in Berlin (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 205.

68 Max Planck an Gustav Roethe, 14. September 1920, in: Kirsten und Treder (Hg.), Einstein in Berlin (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 206.

69 Hartmut Hecht und Dieter Hoffmann, Die Berufung Hans Reichenbachs an die Berliner Universität, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 30 (1982) S. 654.

70 Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften vom 10. Februar 1931, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, I. Abt. 1A, Nr. 91, Bl. 333.

71 Max Planck, Ein Blick auf das Universum, in: Ernte 13 (1932) Nr. 7, S. 31–33.

72 Planck, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (wie Anm. 44), S. 172.

der Weimarer Zeit geübte politische Zurückhaltung in der beginnenden NS-Zeit aufgab.⁷³

Adolf von Harnack sind die Herausforderungen der NS-Zeit erspart geblieben. Aber er hat, im Gegensatz zu Planck, die heraufziehende Gefahr frühzeitig erkannt. 1922 wandte er sich in einer Ansprache direkt an die akademische Jugend mit der Warnung:⁷⁴

Eins aber ist gewiß – wer sich [dieser Bewegung] ganz hingibt in der Meinung, die überlieferte Wissenschaft und die überlieferten Lebensideale und -kräfte seien abgetan und dem Untergang verfallen, der ist verblendet, und auf die Verblendung folgt die Zerrüttung – nicht die Zerrüttung der Wissenschaft, sie geht ihren ehernen Gang, man kann ihn stören, aber nicht aufhalten – wohl aber die Zerrüttung der Verblendeten. Halten Sie daher die Wissenschaft hoch und in Ehren.

Wie im Falle Plancks gab es auch zwischen Harnack und führenden Wissenschaftspolitikern der Weimarer Republik Meinungsverschiedenheiten und, kurz vor Harnacks Tod, sogar eine heftige Auseinandersetzung um die Finanzierung und auch den Status der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Rahmen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Harnacks Widerpart in diesem Konflikt war der Preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker.⁷⁵ Über solche Meinungsverschiedenheiten hinweg verband aber Harnack mit Becker das Bemühen, für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft den angemessenen Platz im Wissenschaftssystem eines demokratischen Staates zu finden. In einem Brief an Becker betonte Harnack, dass die Gesellschaft verfassungsmäßig „den Staat in ihrer Mitte hat“, und bat ihn daher,⁷⁶

„die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht als fremde zu betrachten ...“

Trotz seiner engen Verbundenheit mit dem Kaiserreich hatte sich Harnack schon früh zur Republik bekannt. Bereits 1919 formulierte er

73 Siehe auch Max Planck an Eduard Spranger, 15. Januar 1946, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, V. Abt. a, Rep. 11 Planck, Nr. 1847.

74 Adolf Harnack, Albrecht Ritschl, in: Adolf von Harnack, Adolf von Harnack als Zeitgenosse: Reden und Schriften aus den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, hg. v. Kurt Nowak, Berlin 1996, Bd. 2, S. 1570 f.

75 Gerhard, Harnacks letzte Monate (wie Anm. 29), S. 124 f.

76 Adolf von Harnack an Carl H. Becker, 20. März 1929, zitiert nach: Gerhard, Harnacks letzte Monate (wie Anm. 29), S. 130.

„Politische Maximen für das neue Deutschland.“ Sie beginnen mit den Worten:⁷⁷

Wir sind in ein neues Zeitalter seit dem Weltkriege und der Revolution eingetreten, oder die Geschichte hat überhaupt keinen Sinn. Denjenigen, die die Parole ausgeben, wir Deutschen dürften und könnten nichts anderes tun, als uns auf *das Zeitalter Bismarcks* besinnen und es zurückführen, sage ich: *Diese Parole ist falsch*. Dieses Zeitalter ist unwiederbringlich dahin; der Zeiger der Zeit steht nicht mehr hier und kehrt niemals wieder dorthin zurück. Vor uns liegt, das ist unzweifelhaft, ob es gleich in mancher Hinsicht nicht so scheint, das Zeitalter der Demokratie und des Sozialismus, wobei Sozialismus nicht mit Sozialdemokratie zu verwechseln ist.

Was waren Harnacks Ressourcen in seiner eigenen Lebenserfahrung für diese Konfrontation mit dem Zusammenbruch eines Systems, dessen Teil er war? Wie kam der im Vertrauen des Kaisers stehende und durch ihn mit Orden und Adelstitel ausgezeichnete Wissenschaftspolitiker dazu, so rasch eine entschiedene und in die Zukunft blickende Antwort auf die historische Herausforderung des Umbruchs von 1918/19 zu finden? Harnacks Entscheidung wird verständlicher, wenn man sich vor Augen führt, wie reich seine Biographie bereits vor diesem Wendepunkt an Erfahrungen mit politischen Konfliktsituationen war. Schon seine Berufung im Jahre 1888 kam nur gegen den Widerspruch des evangelischen Oberkirchenrates und gegen die Agitation der kirchlich und politisch konservativen Zeitungen zustande.⁷⁸ Es war dies nur der erste „Fall Harnack“ in einer Reihe von Auseinandersetzungen mit kirchlichen Autoritäten. Später hat Harnack zwar ebenso wie Planck die erste Kriegsbegeisterung geteilt, verschloss sich aber nicht gegenüber der Wahrnehmung politischer Probleme wie der Frage des unbegrenzten Einsatzes aller Machtmittel im Kriege, der zukünftigen Gestaltung des Friedens, und der Kriegsgewinne.⁷⁹ Insbesondere hat er die durch den Krieg entfachte historische Dynamik in Richtung einer stärkeren Beteiligung des Volkes an politischen Entscheidungen deutlich gese-

77 Adolf Harnack, Politische Maximen für das neue Deutschland, in: Harnack, Reden und Schriften (wie Anm. 73), Bd. 2, S. 1518.

78 Zahn-Harnack, Harnack (wie Anm. 2), S. 116 f.

79 Adolf Harnack, „Der Abschied von der weißen Weste“, in: Harnack, Reden und Schriften (wie Anm. 73), Bd. 2, S. 1465–1472. Hartmut Lehmann hat allerdings zurecht auf die offene Frage hingewiesen, wie sich Harnack als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu der in Fritz Habers Kaiser-Wilhelm-Institut betriebenen Giftgasforschung für militärische Zwecke gestellt hat.

hen.⁸⁰ Lange vor dem Weltkrieg sammelte Harnack als Student in Leipzig erste Erfahrungen mit den sozialen Problemen und Auseinandersetzungen seiner Zeit. Er bezog diese Erfahrungen auch in seine wissenschaftliche Arbeit ein und schrieb einen Vortrag über die „Beurteilung der Armut im Mittelalter“, in dem er zu dem Schluss kam, dass der mittelalterlichen Kirche eine Art von sozialistischem Ideal vorgeschwebt habe.⁸¹

Wissenschaft war für Harnack zentral, aber dennoch kein Selbstzweck. Sie war vor allem für ihn nicht durch bloß abstrakte ethische Werte, sondern durch den lebendigen Bezug auf seine vielfältigen Erfahrungen eingebunden in ein Verständnis der eigenen historischen Situation. Nicht eine vorgefertigte Philosophie oder Theologie, sondern Harnacks unablässiges Bemühen, zwischen verschiedenen Erfahrungsbereichen zu vermitteln, war die Grundlage seiner Reflexionen über Wissenschaft sowohl als über Politik.

6. Bleibende Herausforderung

Wir haben Harnack und Plancks Herausforderungen in den drei Dimensionen verfolgt, in denen sie für uns zu Figuren von historischer Bedeutung geworden sind, als Wissenschaftler, als Wissenschaftsorganisatoren und als Wissenschaftspolitiker. Wie eingangs bemerkt, ist ein solcher Vergleich schwierig, insbesondere angesichts der verschiedenen zeithistorischen Kontexte, in denen Harnack und Planck als Wissenschaftspolitiker agieren mussten, das Kaiserreich und die Weimarer Republik einerseits, die Weimarer Republik und das NS-Regime andererseits. Es ist deutlich geworden, dass in der Art und Weise, die vorhandenen Freiräume des Handelns zu nutzen, der Vergleich zwischen Harnack und Planck zwei kaum miteinander zu vereinbarende Pole der Prinzipien des Handelns in Forschung und Forschungspolitik gezeigt hat, die Orientierung an überhistorischen Leitlinien und das Einlassen auf eine historische Dialektik, die absolute Antworten nicht zulässt. Es dürfte auch klargeworden sein, dass keiner der beiden Pole auf Kosten des anderen zur Norm erhoben werden kann, zumal die Ambivalenz von grandiosen wie auch schrecklichen Konsequenzen eines von der jeweiligen Norm bestimmten Handelns damit nicht beseitigt würde.

80 Adolf Harnack, An der Schwelle des dritten Kriegsjahres. Rede am 1. August 1916 in Berlin gehalten, in: Harnack, Reden und Schriften (wie Anm. 72), Bd. 2, S. 1473–1490.

81 Zahn-Harnack, Harnack (wie Anm. 2), S. 162.

Ohne Frage steht heute – nicht nur in der Max-Planck-Gesellschaft, sondern auch im öffentlichen Bewusstsein – Max Planck in allen diesen Bereichen in weitaus höherer Anerkennung als Adolf von Harnack. Das liegt zum einen an der epochemachenden wissenschaftlichen Leistung, die mit Plancks Namen verbunden ist, und natürlich auch an der unübersehbaren Auszeichnung dieser Leistung durch den Nobelpreis, für den es im Bereich der Geisteswissenschaften kein ähnlich eindeutiges Äquivalent gibt und wohl auch nicht geben kann. Das liegt zum anderen an der größeren Eindeutigkeit, mit der uns Planck auch als moralische Figur entgegentritt, die ihr Handeln auf unerschütterliche Überzeugungen gegründet hat. So hat Planck sich auch selbst gesehen. In einer Akademie-Ansprache aus dem Jahre 1922 warf er die Frage auf, ob angesichts des „Elends der gegenwärtigen Zeit“ Leibniz immer noch an dem Satz festhalten würde, dass unsere Welt unter allen möglichen die beste sei. Er gab darauf die folgende aufschlussreiche Antwort:⁸²

Wir dürften auch dann nicht an der Bejahung dieser Frage zweifeln, wenn wir nicht genau wüßten, daß Leibniz sich bis in seine letzten, durch widrige Schicksale und Enttäuschungen aller Art getrübbten Lebensjahre immer wieder eifrig mit seiner Theodizee beschäftigt hat, und wir werden kaum fehlgehen in der Annahme, daß er gerade in den traurigsten Lagen seines Lebens an ihr Halt und Trost fand – wieder ein eindringliches Beispiel für die alte Wahrheit, daß unsere tiefsten und heiligsten Überzeugungen letzten Grundes unabhängig von äußeren Erfahrungen im eigenen Innern wurzeln.

Die für Harnack charakteristische beständige Vermittlung zwischen Erfahrungen und Überzeugungen, die sich in diesem Prozess auch verändern können, findet dagegen nicht so leicht Anerkennung wie Plancks Beständigkeit – nicht einmal bei dem Betroffenen selbst. Als Harnack sich im Jahre 1919 vor die Herausforderungen der politischen Parteinahme gestellt sah, schrieb er in einem privaten Brief:⁸³

Je weniger es meiner Natur entspricht, mich auf eine extreme Richtung einzulassen, da ich immer das Für und Wider sehe, um so mehr habe ich Anerkennung, hin und her sogar Neid, gegenüber denen, die, alles eindeutig sehend und beurteilend, stets wissen, wohin sie gehören, sei es ganz Links oder ganz Rechts. Ich möchte einmal eine 'Psychologie der Mittleren'

82 Planck, Ansprache vom 29. Juni 1922, in: Planck, Akademie-Ansprachen (wie Anm. 16), S. 42 f.

83 Adolf von Harnack an Berta Thiersch, 6. Juli 1919, zitiert nach: Zahn-Harnack, Harnack (wie Anm. 2), S. 379.

schreiben, um diese Spezies zu Ehren zu bringen, in der sich freilich neben den Besten auch die Lumpigsten befinden. Die wertvollen 'Mittleren' sehen nichts punktuell, sondern fassen alle äußeren und inneren Vorgänge als Punkte auf einer Linie auf; darum haben sie eigentlich auch keinen Standort, sondern nur eine Richtung; dieser Richtung sind sie so treu wie die Extremen ihrem Punkte, werden aber von ihnen nie verstanden.

Die Herausforderungen, die an Forschungsinstitutionen unserer Zeit gestellt sind, unterscheiden sich – glücklicherweise – in vielem von denen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Harnacks und Plancks. Dennoch repräsentieren beide, nicht nur Max Planck sondern auch Adolf von Harnack, intellektuelle und menschliche Potentiale, die auch angesichts der Herausforderungen der modernen Wissenschaft lebendig und unverzichtbar sind. Man kann sogar behaupten, dass auch heutige Wissenschaftler, wenn sie an ihr eigenes Verhalten diesen Herausforderungen gegenüber denken, sich in gewissem Grade sowohl in Planck als auch in Harnack wiedererkennen können.

Wenn man hochspezialisierte Forschung betreibt, kann man nicht von vornherein wissen, ob sie zu einem wissenschaftlichen Durchbruch führen wird oder womöglich nur zur Ausgestaltung einer letztlich belanglosen Nische dient. Dennoch ist sie notwendig und kann ohne die Beharrlichkeit, die Konzentration und die fachliche Brillanz, die für Max Planck charakteristisch waren, nicht zum Erfolg geführt werden. Andererseits stellt uns der anhaltende Fortschritt der Spezialisierung vor neue Herausforderungen der Integration von Wissen über Disziplinen hinweg, eine Integration, die ethische und Anwendungsfragen ebenso betrifft wie Grundlagenfragen. Diesen Herausforderungen gegenüber werden wir nicht gewappnet sein ohne eine Reflexion, der es gelingt, die Spannung zwischen Einzelforschungen und übergreifenden Interessen miteinander vermitteln, eine Reflexion, die für Adolf von Harnack charakteristisch war.

Auch die heutigen Aufgaben der Wissenschaftsorganisation erfordern von uns einzelnen Wissenschaftlern sowohl die Bereitschaft und Ausdauer eines Planck, unsere Arbeits- und Gestaltungskraft in den Dienst von Institutionen zu stellen, die wir wohl doch am Ende nicht verändern können, als auch den Blick eines Harnack für den *Kairos*, in dem eine solche Veränderung möglich wird und sinnvoll ist.

Die seit den Zeiten Harnacks und Plancks gestiegene Verflechtung der Wissenschaft mit anderen Bereichen der Gesellschaft wie Wirtschaft und Staat zwingt uns schließlich dazu, ähnlich wie Planck die immer nur begrenzten Möglichkeiten freier Wissenschaft realistisch einzuschätzen und

danach zu handeln. Diese Verflechtung zwingt uns aber auch dazu, im Sinne Harnacks die Wissenschaft in ihrem Kontext zu reflektieren und die politische Verantwortung nicht zu scheuen, die sich aus solcher Reflexion ergibt.

Literatur

- Albrecht, Helmuth, „Max Planck: Mein Besuch bei Adolf Hitler“ - Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle, in: Helmuth Albrecht (Hg.), *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte: 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart*, Stuttgart: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 1993, S. 41-63.
- Brocke, Bernhard vom, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich: Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, in: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, Stuttgart: Deutsche Verlags Gesellschaft 1990, S. 17-162.
- Brocke, Bernhard vom, „Wissenschaft und Militarismus“. Der Aufruf der 93 „An die Kulturwelt!“ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg, in: William M. Calder et al. (Hg.), *Wilamowitz nach 50 Jahren*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1985, S. 649-719.
- Einstein, Albert, *The Collected Papers*, Bd. 6: *The Berlin Years. Writings, 1914-1917*, A. J. Kox et al. (Hg.), Princeton: Princeton University Press 1998.
- Einstein, Albert, *The Collected Papers*, Bd. 8: *The Berlin Years. Correspondence, 1914-1918*, Robert Schulmann et al. (Hg.), Princeton: Princeton University Press 1998.
- Gerhard, Dietrich, *Adolf v. Harnacks letzte Monate als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, in: *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1970)*, Göttingen/München: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., S. 118-144.
- Goenner, Hubert, *The Reaction to Relativity Theory I: The Anti-Einstein Campaign in Germany in 1920*, in: *Science in Context* 6 (1991), S. 107-133.
- Grundmann, Siegfried, *Einsteins Akte: Einsteins Jahre in Deutschland aus der Sicht der deutschen Politik*, Berlin: Springer 1998.
- Harnack, Adolf von, "Der Abschied von der weißen Weste", in: *Adolf von Harnack, Adolf von Harnack als Zeitgenosse: Reden und Schriften aus den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*, Kurt Nowak (Hg.), Berlin: de Gruyter 1996, Bd. 2, S. 1465-1472.
- Harnack, Adolf von, *Adolf von Harnack als Zeitgenosse: Reden und Schriften aus den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*, Kurt Nowak (Hg.), 2 Bände, Berlin: de Gruyter 1996.
- Harnack, Adolf von, *Albrecht Ritschl*, in: *Adolf von Harnack, Adolf von Harnack als Zeitgenosse: Reden und Schriften aus den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*, Kurt Nowak (Hg.), Berlin: de Gruyter 1996, Bd. 2, S. 1553-1571.
- Harnack, Adolf von, *An der Schwelle des dritten Kriegsjahres. Rede am 1. August 1916 in Berlin gehalten*, in: *Adolf von Harnack, Adolf von Harnack als Zeitgenosse: Reden und Schriften aus den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*, Kurt Nowak (Hg.), Berlin: de Gruyter 1996, Bd. 2, S. 1473-1490.
- Harnack, Adolf von, *Geschichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, 3 Bände, Berlin: Reichsdruckerei 1900.

- Harnack, Adolf von, Grundriß der Dogmengeschichte: Die Entstehung des Dogmas und seine Entwicklung im Rahmen der morgenländischen Kirche, Freiburg i.B.: Akademie Verlag-Buchhandlung Mohr 1889.
- Harnack, Adolf von, Politische Maximen für das neue Deutschland, in: Adolf von Harnack, Adolf von Harnack als Zeitgenosse: Reden und Schriften aus den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, Kurt Nowak (Hg.), Berlin: de Gruyter 1996, Bd. 2, S. 1518-1521.
- Harnack, Adolf von, Zur Quellenkritik der Geschichte des Gnosticismus, Zeitschrift für historische Theologie 44 (1873), S. 143–226.
- Hartmann, Hans, Max Planck als Mensch und Denker, Berlin: Karl Siegismund 1938.
- Hauke, Petra, Planck-Bibliographie: zum Gedenken an seinen 50. Todestag am 4. Oktober 1997, München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1997.
- Hecht, Hartmut und Dieter Hoffmann, Die Berufung Hans Reichenbachs an die Berliner Universität, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 30 (1982) Nr. 5, S. 651-662.
- Heilbron, John L. Max Planck: Ein Leben für die Wissenschaft 1858–1947. 2. ed., Stuttgart: S Hirzel Verlag 2006.
- Hintsches, Eugen und Dieter Hoffmann, Max Planck: Vorträge und Ausstellungen zum 50. Todestag, Berlin: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1997.
- Jungnickel, Christa und Russell MacCormmach, Intellectual Mastery of Nature: Theoretical Physics from Ohm to Einstein, 2 Bände, Chicago: University of Chicago Press 1986.
- Kirsten, Christa und Hans-Jürgen Treder (Hg.), Albert Einstein in Berlin 1913-1933, Berlin: Akademie-Verlag 1979.
- Kuhn, Thomas S., Black-Body Theory and the Quantum Discontinuity 1894-1912, Chicago: University of Chicago Press 1987.
- Planck, Max, Antwort vom 14. Dezember 1930, in: Physikalische Blätter 25 (1969), S. 558.
- Planck, Max, Ein Blick auf das Universum, in: Ernte 13 (1932) Nr. 7, S. 31-33.
- Planck, Max, Dynamische und statistische Gesetzmäßigkeit, in: Max Planck, Physikalische Abhandlungen und Vorträge, Braunschweig: Vieweg 1958, Bd. 3, S. 77-90.
- Planck, Max, Die Entstehung und bisherige Entwicklung der Quantentheorie, in: Max Planck, Physikalische Rundblicke, Leipzig 1922, S. 148-168.
- Planck, Max, Die Frage an die exakte Wissenschaft, in: Deutsche Luftwacht / Ausg. Luftwelt 10 (1943), S. 362-363.
- Planck, Max, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: Friedrich Everling und Adolf Günther (Hg.), Der Kaiser: Wie er war – wie er ist, Berlin: Traditionsverlag Kolk 1934, S. 169-172.
- Planck, Max, Kausalgesetz und Willensfreiheit: Öffentlicher Vortrag gehalten in der Preussischen Akademie der Wissenschaften am 17. Februar 1923, Berlin: Springer-Verlag 1923.
- Planck, Max, Max Planck in seinen Akademie-Ansprachen. Erinnerungsschrift der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin: Akademie-Verlag 1948.

- Planck, Max, *Physikalische Abhandlungen und Vorträge*, 3 Bände, Braunschweig: Verlag Friedrich Vieweg & Sohn 1958.
- Planck, Max, *Schlußwort*, in: *Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften* (1937), S. LIII.
- Planck, Max, *Wege zur physikalischen Erkenntnis: Reden und Vorträge*, Leipzig: Hirzel 1934.
- Planck, Max, *Das Wesen des Lichts*, in: *Die Naturwissenschaften* 7 (1919), S. 903-909.
- Planck, Max, *Wissenschaftliche Selbstbiographie*, Leipzig: Johann Ambrosius Barth Verlag 1970.
- Planck, Max und Max Lukas von Cranach, *Tätigkeitsbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* (April 1932 bis Ende März 1933), in: *Die Naturwissenschaften* 21 (1933), S. 417-428.
- Planck, Max und Hans Hartmann, *Ein Rundfunkgespräch mit Max Planck gehalten im "Gelehrtenfunk" in Berlin* (Ende 1932), in: Hartmann, Hans, *Max Planck als Mensch und Denker*, Berlin: Karl Siegismund 1938, S. 64-69.
- Planck, Max und Hans Hartmann, *Wissenschaft und Leben: Ein Zwiegespräch gehalten im Deutschlandsender im Frühjahr 1935*, in: Hartmann, Hans, *Max Planck als Mensch und Denker*, Berlin: Karl Siegismund 1938, S. 69-77.
- Renn, Jürgen, *Einstein as a Disciple of Galileo: A Comparative Study of Conceptual Development in Physics*, in: *Science in Context* 6 (1993), S. 311-341.
- Renn, Jürgen, Giuseppe Castagnetti und Peter Damerow, *Albert Einstein: alte und neue Kontexte in Berlin*, in: Kocka, Jürgen (Hg.) *Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich*, Berlin: Akademie Verlag 1999, S. 333-354.
- Renn, Jürgen, Giuseppe Castagnetti, and Simone Rieger, *Adolf von Harnack und Max Planck*, in: Nowak, Kurt und Gerhard Oexle (Hg.) *Adolf von Harnack: Theologe, Historiker, Wissenschaftspolitiker*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2001, S. 127-155.
- Sommerfeld, Arnold, *Max Planck zum sechzigsten Geburtstag am 23. April 1918*, in: *Max Planck, Max Planck in seinen Akademie-Ansprachen*, Berlin: Akademie Verlag 1948, S. 167-181.
- Stern, Fritz und Max Planck, *Größe des Menschen und Gewalt der Geschichte*, in: Eugen Hinsches und Dieter Hoffmann, *Max Planck: Vorträge und Ausstellungen zum 50. Todestag*, Berlin 1997, S. 34-51.
- Ullmann, Dirk, *Quelleninventar Max Planck* (Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 8) Berlin 1996.
- Wazeck, Milena, *Einsteins Gegner: die öffentliche Kontroverse um die Relativitätstheorie in den 1920er Jahren*. Frankfurt/Main: Campus Verlag, 2009.
- Wehberg, Hans, *Wider den Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld*, Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte mbH 1920.
- Zahn-Harnack, Agnes von, *Adolf von Harnack*, Berlin: de Gruyter 1951.

HEINRICH PARTHEY[†]

Forschungssituation und Forschungsinstitut: Analyse ihrer Formen und Beziehungen¹

Abstract

Der Beitrag hebt die besondere Bedeutung der Institutionalisierung von Wissenschaft hervor. Akademien, Universitäten, aber auch nationale Forschungseinrichtungen sind historische Beispiele für Institutionalisierung von Wissenschaft. Institutionalisierung verschafft der Wissenschaft den nötigen Freiraum. Nicht zuletzt dient der Freiraum dazu, interdisziplinäre Forschungssituationen zu unterstützen, bei denen eine Neukombination von bearbeiteten Problemen, Theorieansätzen und gewählten Methoden erfolgen kann. Der Beitrag erörtert historische Beispiele der Institutionalisierung der Wissenschaft von der Antike bis zur heutigen Zeit.

PD Dr. Heinrich Parthey[†]
Gesellschaft für Wissenschaftsforschung
E-Mail: vorstand@wissenschaftsforschung.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Wissenschaft entwickelt sich sowohl in Formen des theoretischen Denkens zum weiteren Erkenntnisfortschritt als auch in Formen von Tätigkeiten zur Gewinnung, Vermittlung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und in Formen ihrer sozialen Institutionalisierung. Danach kann die Frage nach der Entwicklungsform der Wissenschaft auf zwei Ebenen gestellt werden: erstens, Wissenschaft als kognitives System unter dem Produktaspekt; zweitens, Wissenschaft als System spezifischer gesellschaftlicher Tätigkeiten, in denen Denken nur ein Teilbestand derselben ist, und deren Institutionalisierung.

Auf der erstgenannten Ebene entwickelt sich Wissenschaft in Form von Hypothesen. Auf der zweitgenannten Ebene lassen sich Forschungssituationen als Zusammenhänge zwischen Problem und Methode belegen,² von denen stets mehr denkbar sind als mittels verfügbarer Forschungstechnik tatsächlich bearbeitet werden können. In der Forschung tätige Wissenschaftler versuchen stets neue Zusammenhänge zwischen Problem, Methode und Forschungstechnik in Form von Forschungssituationen herbeizuführen, die weitere Erkenntnisse ermöglichen, als es frühere Forschungssituationen gestatteten, in denen die neuen Probleme zwar aufgetreten, aber nicht bearbeitbar waren.³ Unter diesem Gesichtspunkt wird im Folgenden der Frage nachgegangen, inwieweit unterschiedliche Formen von Forschungssituationen auch unterschiedliche Formen ihrer Institutionalisierung in der Entwicklung der Wissenschaft bedingen.⁴

-
- 1 Dieser Beitrag erschien bereits in: *Wissenschaft und Technik in theoretischer Reflexion: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2006*, hrsg. v. Heinrich Parthey u. Günter Spur. Frankfurt am Main: Peter Lang, 2007. Die Abbildungen und Tabellen wurden i.d.R. unverändert übernommen. Offensichtliche Fehler wurden korrigiert.
 - 2 Parthey, H., Das Problem und Merkmale seiner Formulierung in der Forschung. – In: *Problem und Methode in der Forschung*. Hrsg. v. Heinrich Parthey. Berlin: Akademie-Verlag 1978. S. 11 – 36; Ludwig, G., Die Grundstrukturen einer physikalischen Theorie. Berlin – Heidelberg – New York 1978; Moulines, C. U., *Theory-Nets and the Evolution of Theories: The Example of Newtonian Mechanics*. – In: *Synthese* (Dordrecht – Boston). 41(1979), S. 417 – 439; Moser, F., *Forschen wir richtig?* Gedanken zur Forschungssituation, Methodologie und Effizienz. – In: *Chimia* (Basel). 36(1982)10, S. 387 – 396.
 - 3 Parthey, H., Problemsituation und Forschungssituation in der Entwicklung der Wissenschaft. – In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* (Berlin). 29(1981)2, S. 172 – 182; Parthey, H., Interdisziplinäre Forschungssituation als Entwicklungsform der Wissenschaft. – In: *Wissenschaft – Das Problem ihrer Entwicklung*. Band 2. Hrsg. v. Günter Kröber. Berlin: Akademie-Verlag 1988. S. 224 – 244.
 - 4 Parthey, H., Institutionalisierung von Forschungssituationen in der Entwicklung der Wissenschaft. – In: *Über Wissenschaftsentwicklung. Ideen – Fakten – Kon-*

Theoretische Überlegungen dieser Art hinterfragen aber auch bestimmte Meinungen darüber, dass zum Beispiel deutsche Universitäten und Forschungsinstitute zwar im Vergleich mit einigen amerikanischen und englischen Spitzeninstitutionen nicht mithalten, „insgesamt aber im internationalen Vergleich gut abschneiden, wie es sich im Wettbewerb um Forschungsmittel der Europäischen Union ebenso zeigt wie in der starken internationalen Nachfrage nach deutschen Nachwuchswissenschaftlern.“⁴⁵ Unserer Auffassung nach sollte davon ausgegangen werden, dass wissenschaftlich Interessierte immer in die Regionen der Welt gegangen sind, gehen und gehen werden, in denen sie die zum Bearbeiten ihrer Erkenntnisprobleme am besten geeigneten Forschungssituationen vorfinden und mitgestalten können. Im Anschluss an eine vor zehn Jahren von Michael Storper vorgelegte Studie⁶ geht auch heute Nico Stehr⁷ davon aus, dass obwohl multinationale Konzerne fast überall präsent sind, „haben diese Veränderungen nicht zu einer Angleichung wirtschaftlicher Bedingungen oder einer Gleichverteilung in der Produktion von wissensintensiven Gütern und Dienstleistungen geführt. Hochtechnische und wissenschaftlich-basierte Produktionsstätten sind weiter in Regionen und Ländern konzentriert, die eine herausragende Infrastruktur des Wissens und der Technik besitzen.“⁴⁸ Die Gestaltung von Forschungssituationen hat in den letzten Jahrzehnten zu Anforderungen an die Finanzierbarkeit der Wissenschaft geführt, die es nahe legen, „in bezug auf die Verfügbarkeit von Ressourcen für die wissenschaftliche Arbeit eine Situation vorauszusehen, in der sich nichts mehr bewegt.“⁴⁹ Eine Chance, die dem entgegenwirken könnte, wäre eine Refinanzierung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in einer Region durch Innovationen, wenn unter Innovation nur die neue Technik verstanden wird, die – am Weltmarkt erstmalig eingeführt – einen

zeptionen. Halle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1987 (Arbeitsblätter zur Wissenschaftsgeschichte, Heft 18). S. 27 – 41.

- 5 Kocka, J., Eingebildete Kranke. – In: Der Tagesspiegel (Berlin) vom 9. Dezember 2005, Nr. 19040, S. 36.
- 6 Storper, M., Institutions of the knowledge-based economy. – In: Organisation for Economic Co-operation and Development, Employment and Growth in the Knowledge – Based Economy. Paris: OECD 1996. S. 255 – 283.
- 7 Stehr, N., Grenzenlose Wissenswelten? – In: Internationalisierung von Wissen. Multidisziplinäre Beiträge zu neuen Praxen des Wissenstransfers. Hrsg. v. Getraud Koch. ST. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag 2006. S. 27 – 58.
- 8 Ebenda, S. 45.
- 9 Rescher, N., Wissenschaftlicher Fortschritt. Eine Studie über die Ökonomie der Forschung. Berlin-New York: de Gruyter 1982. S. 76.

über die Fertigungsaufwendungen hinausgehenden Extragewinn mindestens in einer solchen Höhe realisieren lässt, dass alle vor der Fertigung liegenden Aufwendungen für das Zustandekommen der neuen Technik der Region zurückerstattet werden, in der die Aufwendungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung erfolgten.¹⁰ Bekanntlich entstehen mehr Chancen für neue Arbeitsplätze und mehr Beschäftigung bei der Produktion von Spitzentechnik als bei der von höherwertiger Technik.¹¹ Auch entstehen neue Arbeitsplätze mit Hochlohn fast ausschließlich in wissenschaftsbasierter Produktion von Spitzentechnik. Hierin liegt auch die Chance, dass Deutschland das bleibt, was es seit Entstehung wissenschaftsbasierter Industrien war, ein Hochlohnland. Theoretische Reflexionen über die Wissenschaft sollten deshalb vor allem die Beziehungen zwischen Forschungssituation und institutionelle Anreizsituation analysieren (vgl. Abbildung 1), aus denen regional bedingt hohe Forschungsleistungen hervorgehen. So gesehen stellten Forscher aus Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Drittel aller wissenschaftlichen Nobelpreisträger. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhielten Forscher aus den Vereinigten Staaten von Amerika zwei Drittel der wissenschaftlichen Nobelpreise.

Abbildung 1: Forschungssituation, Institution und Forschungsleistung.



10 Siehe: Parthey, H., Formen von Institutionen der Wissenschaft und ihre Finanzierbarkeit durch Innovationen. – In: Wissenschaft und Innovation: Jahrbuch Wissenschaftsforschung 2001. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Günter Spur. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2002. S. 9 – 39.

11 Ebenda, S. 37.

1. Methodologische Struktur der Forschungssituation

Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts unternahm Wolfgang Stegmüller den Versuch, in Auseinandersetzung mit Thomas Kuhn¹² den Begriff der normalen Wissenschaft mit Hilfe des Begriffs des Verfügens über eine Theorie zu präzisieren.¹³ Der von uns verwendete Begriff der Verfügbarkeit an wissens- und gerätetmäßigen Voraussetzungen zur Problembearbeitung (einschließlich der Software als vergegenständlichte Methodologie) ist wesentlich umfassender als der des Verfügens über Theorie, schließt er doch auch die praktische Machbarkeit in der Forschung ein.¹⁴

Zwei Jahrzehnte später liegt für Jürgen Mittelstraß die Zukunft der Wissenschaft weniger in dem, „was sie in Theorie- und Methodenform weiß, sondern darin, was sie in konkreten Forschungssituationen, befasst mit ‚erfundnen‘ oder sich aufdrängenden Problemen, die mehr und mehr einen disziplinären Zuschnitt verlieren.“¹⁵ „Unsere Vorstellung von Wissenschaft greift also“ für Jürgen Mittelstraß in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts „zu kurz, wenn sie nur deren theoretischen, ‚propositionale‘ Seite erfaßt. Forschungsgegenstände, Methoden, Theorien und Forschungszwecke, die zur historischen und wissenschaftssystematischen Identität von Disziplinen gehören, verbinden sich im Medium konkreter Handlungszusammenhänge, eben dem, was Forschung in erster Linie ist.“¹⁶

Unter einer Forschungssituation verstehen wir solche Zusammenhänge zwischen Problemfeldern und Methodengefüge, die es dem Wissenschaftler gestatten, die Problemfelder mittels tatsächlicher Verfügbarkeit an Wissen und Forschungstechnik methodisch zu bearbeiten. Diesem Verständnis der methodologischen Struktur von Forschungssituationen fol-

12 Kuhn, Th., Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1976.

13 Stegmüller, W., Rationale Rekonstruktion von Wissenschaft und ihrem Wandel. Stuttgart 1979.

14 Parthey, H., Problemsituation und Forschungssituation in der Entwicklung der Wissenschaft, a. a. O.

15 Mittelstraß, J., Natur und Geist. Von dualistischen, kulturellen und transdisziplinären Formen der Wissenschaft. – In: Wissenschaftsmilieus. Wissenschaftskontroversen und soziokulturelle Konflikte. Hrsg. v. Joseph Huber u. G. Thurn. Berlin: Edition Sigma 1993. S. 69 – 84.

16 Mittelstraß, J., Interdisziplinarität oder Transdisziplinarität? – In: Utopie Wissenschaft. Ein Symposium an der Universität Hannover über die Chancen des Wissenschaftsbetriebs der Zukunft (21./22. November 1991). Hrsg. v. Lutz Hieber. München /Wien: Profil Verlag 1993. S. 17 – 31.

gend, sind neben den zwei Gebilden Problemfeld und Methodengefüge und den Relationen zwischen ihnen außerdem zwei weitere Elemente zu beachten: zum einen die tatsächliche Verfügbarkeit ideeller und materieller Mittel zur Problembearbeitung und zum anderen die Bedeutsamkeit von Forschungsproblemen nach dem Beitrag ihrer möglichen Lösung sowohl für den Erkenntnisfortschritt als auch für die Lösung von gesellschaftlichen Praxisproblemen (vgl. Abbildung 2). Denn sollen Forschungssituationen mit einem neuartigen Zusammenhang zwischen Problem und Methode sowie Gerät (Soft- und Hardware) herbeigeführt werden, dann können sich von den denkbaren Forschungsmöglichkeiten auch nur die realisieren, für die von der Gesellschaft die entsprechenden Mittel und Kräfte bereitgestellt werden. Entscheidungen darüber sind jedoch von der aufgezeigten Problemrelevanz abhängig.

Die Bedeutsamkeit, d. h. die Bewertung der Probleme nach dem Beitrag ihrer möglichen Lösung sowohl für den Erkenntnisfortschritt als auch für die Lösung von gesellschaftlichen Praxisproblemen, reguliert letztlich die tatsächliche Verfügbarkeit an wissens- und gerätemäßigen Voraussetzungen zur Problembearbeitung.

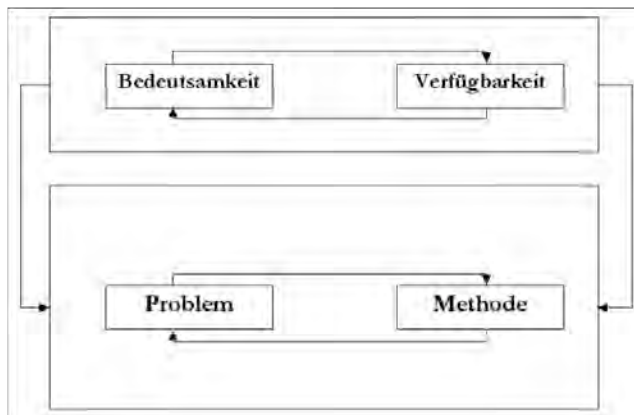
2. Formen von Forschungssituationen

Wird zur Charakterisierung von Forschungssituationen die Beziehung zwischen einem Problemfeld und einer Gesamtheit von Voraussetzungen zur Problembearbeitung herangezogen, dann können verschiedene Forschungssituationen mindestens nach den Grad der Erkenntnis- und Gesellschaftsrelevanz der jeweiligen Problemstellung sowie nach dem Grad der tatsächlichen Verfügbarkeit von Voraussetzungen zur Bearbeitung des jeweiligen Problems, aber vor allem auch nach ihrer wissenschaftlichen als auch nach ihrer gesellschaftlichen Integrität unterschieden werden.¹⁷ Im Verständnis moderner Wissenschaft ist zu beachten, dass die Studierenden in Universitäten und Hochschulen in einer Einheit von disziplinärer Lehr- und disziplinärer Forschungssituation ausgebildet werden und entsprechende Abschlüsse erwerben, wohingegen die Problementwicklung der Gesellschaft jedoch in keiner Weise den Problemen und Methoden der historisch bedingten Fachdisziplinen der Wissenschaft folgt, sondern vor allem in

17 Parthey, H., Struktur wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Integrität von Forschungssituationen. – In: Gesellschaftliche Integrität der Forschung: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2005. Hrsg. v. Klaus Fischer u. Heinrich Parthey. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2006. S. 71 – 94.

disziplinübergreifenden Problemfeldern erfolgt. In diesem Sinne gilt die von Max Planck bereits in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts geäußerte Auffassung über die Wissenschaft: „Ihre Trennung nach verschiedenen Fächern ist ja nicht in der Natur der Sache begründet, sondern entspringt nur der Begrenztheit des menschlichen Fassungsvermögens, welches zwangsläufig zu einer Arbeitsteilung führt.“¹⁸ So wurde vor allem mit dem Aufkommen wissenschaftsbasierter Industriezweige verstärkt Interdisziplinarität der Forschung praktiziert und auch zunehmend theoretisch reflektiert.¹⁹

Abbildung 2: Methodologische Struktur der Forschungssituation.



2.1. Disziplinäre Forschungssituationen

Wissenschaftsdisziplinen unterscheiden sich durch ihre Art und Weise, nach weiteren Erkenntnissen zu fragen, Probleme zu stellen und Methoden zu ihrer Bearbeitung zu bevorzugen, die auf Grund disziplinärer Forschungssituationen als bewährt angesehen werden. .

-
- 18 Planck, M., Ursprung und Auswirkung wissenschaftlicher Ideen (Vortrag gehalten am 17. Februar 1933 im Verein Deutscher Ingenieure, Berlin). – In: Planck, M., Wege zur physikalischen Erkenntnis. Reden und Aufsätze. Leipzig: S. Hirzel 1944. S. 243.
- 19 Vgl. u. a. Interdisziplinarität in der Forschung. Analysen und Fallstudien. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Klaus Schreiber. Berlin: Akademie-Verlag 1983; Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie. Hrsg. v. Jürgen Kocka. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987.

In diesem Sinne ist eine Forschungssituation disziplinär, wenn sowohl Problem als auch Methode in Bezug auf dieselbe Theorie formuliert bzw. begründet werden können. In allen anderen Fällen liegen disziplinübergreifende – in Kurzform als interdisziplinär bezeichnete – Forschungssituationen vor, die insgesamt wissenschaftlich schwerlich beherrschbar sind, letztlich erst wieder dann, wenn Problem und Methode durch Bezug auf erweiterte bzw. neu aufgestellte Theorien in genannter disziplinärer Forschungssituation formuliert und begründet werden können. Dies möchten wir als Disziplinierung der Interdisziplinarität bzw. disziplinierte Theoriebezogenheit bezeichnen – auch einem Merkmal der wissenschaftlichen Integrität von Forschungssituationen.²⁰

2.2. *Interdisziplinäre Forschungssituationen*

Unsere Auffassung von Interdisziplinarität – auf die sich auch Berichte²¹ über neuerliche Workshops zum Thema Interdisziplinarität beziehen²² – orientiert sich an neuartigen Verbindungen von Problem und Methode in der Forschung. Eigene empirische Untersuchungen der Interdisziplinarität²³ weisen – in ähnlicher Weise wie Jürgen Mittelstraß betont²⁴ – darauf hin, dass Interdisziplinarität im Kopf von Wissenschaftlerpersönlichkeiten mit Fragen, Problemen und Methoden, die niemand zuvor als Problem gestellt oder auch als Zusammenhang von Problem und Methode in der Forschung bearbeitet hat, dann beginnt, wenn Neues zu erfahren mit dem Risiko verbunden ist, die im oben genannten Sinne disziplinäre Forschungssituation zu verlassen.

20 Parthey, H., Kriterien und Indikatoren interdisziplinären Arbeitens. – In: Ökologie und Interdisziplinarität – eine Beziehung mit Zukunft? Wissenschaftsforschung zur Verbesserung der fachübergreifenden Zusammenarbeit. Hrsg. v. Ph. W. Balsinger, R. Defila u. A. Di Giulio. Basel-Boston-Berlin: Birkhäuser 1996. S. 99 – 112.

21 Daschkeit, A., Workshop: Interdisziplinäre Wissenssynthesen – Konzepte, Modellbildung, Handlungspraxis. – In: Technologiefolgenabschätzung – Theorie und Praxis. 14(2005)3, S. 140 – 145.

22 Ebenda, S. 143.

23 Parthey, H., Forschungssituation interdisziplinärer Arbeit in Forschergruppen. – In: Interdisziplinarität in der Forschung. Analysen und Fallstudien. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Klaus Schreiber. Berlin: Akademie-Verlag 1983. S. 13 – 46.

24 Mittelstraß, J., Die Stunde der Interdisziplinarität. – In: Interdisziplinarität: Praxis – Herausforderung – Ideologie. Hrsg. v. Jürgen Kocka. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987. S. 157.

Bereits vor drei Jahrzehnten wurde in einer umfangreichen empirischen Untersuchung der UNESCO über die Effektivität von Forschungsgruppen unter anderem gefragt: „In carrying out your research projects, do you borrow some methods, theories or other specific elements developed in other fields, not normally used in your research?“²⁵ Die ersten Interpretationen versuchten die Vergleichbarkeit der 1.200 untersuchten Gruppen über die Klassifikation nach Disziplinen und interdisziplinärer Orientierung in der Forschung herzustellen. Zur gleichen Zeit wurde angenommen, dass der spezifische Umfang der Kooperationsbeziehungen und damit der Koautorschaft als Surrogatmaß für die Produktivität interdisziplinär arbeitender Forschungsgruppen verstanden werden kann²⁶, was auch Untersuchungen über Schweizer Universitäten²⁷ und über den Zusammenhang von Koautorschaft mit Anwendungsorientierung, Interdisziplinarität und Konzentration in wissenschaftlichen Institutionen in England nach 1981 zeigen.²⁸

Die von uns in den Untersuchungen von 56 Forschergruppen der Biowissenschaft in den Jahren 1979 - 1981 benutzten Indikatoren für Interdisziplinarität gehen davon aus, dass letztlich für die Interdisziplinarität in Forschergruppen entscheidend ist, ob mindestens ein Gruppenmitglied interdisziplinär arbeitet, und zwar unabhängig davon, ob die Gruppenmitglieder nur einer oder mehreren Disziplinen zugeordnet sind.²⁹ Unser empirischer Befund besagt, dass nicht die Zusammensetzung einer Gruppe aus Vertretern verschiedener Wissenschaftsdisziplinen, sondern nur der Gruppenanteil von Wissenschaftlern, die Interdisziplinarität von Problem und Methode praktizieren, mit Koautorschaft signifikant korreliert, und zwar

-
- 25 Andrews, F. M. (Ed.), *Scientific Productivity. The Effectiveness of Research Groups in Six Countries*, Cambridge Mass.: Cambridge University Press, London-New York-Melbourne-Paris: UNESCO 1979. S. 445.
 - 26 Steck, R., *Organisationsformen und Kooperationsverhalten interdisziplinärer Forschungsgruppen im internationalen Vergleich*. – In: *Internationale Dimensionen in der Wissenschaft*. Hrsg. v. F. R. Pfetsch. Erlangen: Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg 1979. S. 95.
 - 27 Mudroch, V., 1992, *The Future of Interdisciplinarity: the case of Swiss universities*. – In: *Studies in Higher Education* (London). 17(1992)2, S. 43 – 54.
 - 28 Hicks, D. M. / Katz, J. S., 1996, *Where is science going? – In: Science, Technology and Human Values* (London). 21(1996) 4, S. 379 – 406.
 - 29 Parthey, H., *Forschungssituation interdisziplinärer Arbeit in Forschungsgruppen.*, a. a. O.

gleichläufig.³⁰ Demnach löst sich in der „Big Science“ „der scheinbare Widerspruch von wachsender Interdisziplinarität und Spezialisierung durch die zunehmende Kooperation der Wissenschaftler.“³¹ Und dies kommt auch in ihrer Publikationstätigkeit zum Ausdruck. Wir vermuten im höher werdenden Anteil der Koautorschaft und im entsprechend geringer werdenden Anteil der Einzelautorschaft an den jährlichen Publikationsraten der Wissenschaftler im Laufe des 20. Jahrhunderts einen Indikator für das Aufkommen und Sichdurchsetzen von „Big Science“. Hoch im Kurs steht deshalb auch heute ein fächerübergreifendes Wissen: So gibt es zur Zeit über dreißig verschiedene ingenieurwissenschaftliche Teildisziplinen – von der Architektur über Elektrotechnik und Maschinenbau bis hin zu Vermessungswesen und Werkstofftechnik –, aber immer mehr Produkte funktionieren nur dank ausgefeilter Elektronik. Daraus ergeben sich auch neue Anforderungen an die an der Entwicklung und Herstellung Beteiligten: Interdisziplinäres Wissen und Können in Mechanik, Elektronik und Informations- und Kommunikationstechnik werden immer wichtiger. Dem trägt der in Deutschland noch recht junge Studiengang Mechatronik Rechnung, der neben den klassischen Ingenieurdisziplinen vor allem moderne Informationstechnologien in den Vordergrund rückt.

3. Institutionalisation von Forschungssituationen

Beschreibung und Erklärung wissenschaftlicher Institutionen kann sich daran orientieren, dass es grundsätzlich einen Bedarf an einem sozialen Freiraum für die Schaffung und Entfaltung von Forschungssituationen gibt, ohne den Wissenschaft nicht existieren kann, wie es ihre Geschichte zeigt.

Was den Beginn der Wissenschaft betrifft, so finden sich in den Verteidigungsreden des Sokrates, die sein Schüler Platon im Jahre 399 v. u. Z. niederschrieb, Angaben darüber, dass ihm Jugendliche folgten, „freiwillig, und freuen sich zu hören, wie die Menschen untersucht werden; oft auch

-
- 30 Parthey, H., Relationship of Interdisciplinarity to Cooperative Behavior. – In: International Research Management. Ed. by P. H. Birnbaum-More et al. New York-Oxford: Oxford University Press 1990. S. 141 – 145; Parthey, H., Kriterien und Indikatoren interdisziplinären Arbeitens, a. a. O.
- 31 Umstätter, W., Bibliothekswissenschaft als Teil der Wissenschaftswissenschaft – unter dem Aspekt der Interdisziplinarität. – In: Interdisziplinarität – Herausforderung an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Festschrift zum 60. Geburtstag von Heinrich Parthey. Hrsg. v. Walther Umstätter u. Karl-Friedrich Wessel. Bielefeld: Kleine Verlag 1999. S. 149.

tun sie mir nach und versuchen selbst Andere zu untersuchen, und finden dann, glaube ich, eine große Menge solcher Menschen, welche zwar glauben etwas zu wissen, wissen aber wenig oder nichts. Deshalb zürnen die von ihnen Untersuchten mir und sagen, Sokrates ist doch ein ganz ruchloser Mensch und verderbt die Jünglinge.“³² Damals war Sokrates angeklagt worden, die demokratische Ordnung durch Verbreitung jugendverführender Lehren zu stören. Er war in den Fragen von Recht, Macht und Wahrheit in Konflikt mit dem Maß der herrschenden Gesellschaft gekommen – und musste diesen Konflikt mit dem Todesurteil und dem Schierlingsbecher büßen. Der Prozess gegen Sokrates war eine Verfolgung von Problematisieren, von Rede- und Gedankenfreiheit. Sokrates war ein Aufklärer und sein Gegenstand der Mensch, den er mit Disputierkunst zur Selbstbesinnung führen wollte. Das Wissen über das Nichtwissen gehört zu dem von ihm geübten methodischen Prinzip seiner „geistigen Hebammendienste“ (Mäeutik), die er seine Gesprächspartner bei der Wahrheitsfindung leisten wollte. Und wie Sokrates damit den einzelnen irritierte, wenn er die tatsächliche Unwissenheit hinter dem eingebildeten Wissen bloßlegte, so verärgerte er Hüter von Gesetz und Ordnung, wenn er, ohne Gegner von Demokratie zu sein, doch dauernd die Kluft zwischen idealem Anspruch und tatsächlicher Leistung transparent machte. So schien er das verkörperte schlechte Gewissen der Athener. Nun aber ist Problematisieren bei den antiken Philosophen wie Platon³³ und Aristoteles³⁴ ein wichtiger Begriff der Wissenschaft, wo er ein Wissen über ein Nichtwissen bezeichnet und der ideelle Ausgangspunkt der Gewinnung von weiterem Wissen ist. Platon war beim Prozess gegen Sokrates anwesend, aber er scheint Athen noch vor der Hinrichtung fluchtartig verlassen zu haben. Vielleicht befürchtete er, daß man auch gegen ihn etwas unternehmen würde. Seine Biographie im Oxford Classical Dictionary berichtet, er habe „mit anderen Sokratikern“ zunächst Zuflucht im nahen Megara gefunden. Er blieb zwölf Jahre außer Landes und reiste bis nach Ägypten.³⁵ In solch überraschender Art und Weise eines tiefgehenden Konflikts zwischen Gesellschaft und der entstehenden Wissenschaft stellt sich nicht nur für Platon die Frage nach einem Freiraum für

32 Platon, Des Sokrates Verteidigung. – In: Platons Werke (von F. Schleiermacher). Band I.2. Berlin: Akademie-Verlag 1985. S. 137.

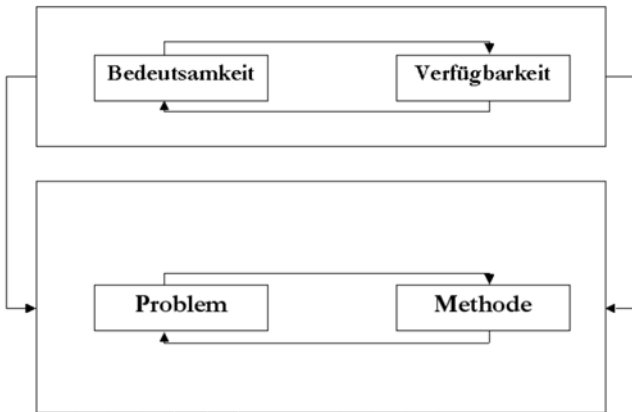
33 Platon, Dialog Politikos, 291 St. Leipzig 1914. S. 81.

34 Aristoteles, Metaphysik. 982 b 17; 995 a 24-995b4. Berlin: Akademie-Verlag 1960. S. 21, 54.

35 Stone, I. F., Der Prozess gegen Sokrates. Wien: Paul Zsolnay Verlag 1990. S. 188 – 189.

wissenschaftliche Tätigkeit: das von Sokrates benutzte öffentliche Forum konnte es nach dem Prozess gegen ihn und seiner Hinrichtung nicht sein. So begann für Wissenschaftler eine je nach Gesellschaftsentwicklung geforderte Suche nach einem Freiraum für ihre wissenschaftliche Tätigkeit, den sie in Form eigener Institutionen vorzustellen, zu verhandeln und zu schaffen hatten, was bis heute auf steigendem Niveau der methodischen Wissensproduktion geblieben ist und weiterhin auch bleiben wird. Der wissenschaftlich Tätige bedarf der Institution, weil nur dadurch der notwendige Freiraum für die Forschung abgesichert werden kann. Dieser Freiraum wird durch entsprechende Fonds, wie Personaletat und Sachmitteletat, und mit einem institutseigenen System von Information, Kommunikation und Bibliothek geschaffen. Um attraktiv zu sein, muss die wissenschaftliche Institution dem Forscher einen entsprechenden Status in der Gesellschaft sichern und selbst so flexibel sein, dass sie der Dynamik des modernen Wissenschaftsbetriebes gewachsen ist (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Funktionale Elemente wissenschaftlicher Institutionen..



Obwohl die Entstehung von Institutionen allgemein aus der Nachfrage der Menschen nach individueller Orientierung und sozialer Ordnung erklärt wird, verweisen institutionentheoretische Überlegungen aber auch darauf, dass Institutionen in der Nachfrage der Menschen nach individueller Orientierung und sozialer Ordnung nur in dem Maße akzeptiert und unter-

stützt werden, als sie auch deren Interessen nicht entgegenstehen.³⁶ In diesem Sinn interessieren vor allem Auswirkungen der Wissenschaftsdynamik auf die Situation akademischer Berufe und dabei insbesondere das Verhältnis zwischen der disziplinären Universitätsausbildung und der Gesellschaftsrelevanz disziplinübergreifender Problemfelder.

Mit Beginn der Großforschung zur Mitte des 20. Jahrhunderts finden sich zeitgemäße Überlegungen zur Institutionalisierung von Forschungssituationen vor allem bei Talcott Parsons, der in seiner Untersuchung über die akademischen Berufe und die Sozialstruktur³⁷ darauf hinwies, dass wenn man die wissenschaftliche Forschung vom Bezugsrahmen des Handelns her betrachtet, so ist sie – wie alles menschliche Handeln – an bestimmte normativen Maßstäben orientiert. Einer der obersten Maßstäbe für die Wissenschaft ist die „objektive Wahrheit“. Was auch immer zu diesem methodologisch schwierigen Begriff gesagt werden kann.³⁸ Schließlich fasst Talcott Parsons die Bedeutung der akademischen Berufe für die Sozialstruktur folgendermaßen zusammen: „Der institutionelle Rahmen, in dem viele der wichtigsten sozialen Funktionen ausgeübt werden, – zu nennen sind hier vor allem die Entwicklung der Natur- und Geisteswissenschaften und deren praktische Anwendung in Medizin, Technik, Jurisprudenz und in den Lehrberufen – ist vom Typus der akademischen Berufe. Er beruht auf einer institutionellen Struktur, deren Erhaltung nicht automatisch durch den Glauben an die Bedeutung dieser Funktionen gewährleistet wird, sondern ein komplexes Gleichgewicht verschiedener sozialer Kräfte zur Voraussetzung hat.“³⁹ In der Mitte des 20. Jahrhunderts untersuchte Talcott Parsons einige Ursachen der Aggressivität in der Sozialstruktur westlicher Industriegesellschaften⁴⁰, unter anderen „den wichtigsten institutionellen „Niedererschlag“ eines dynamischen Grundprozesses, den Max Weber als „Rationali-

36 Esser, H., Soziologie. Spezielle Grundlagen, Band 5: Institutionen. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2000. S. 42.

37 Parsons, T., The Professions and Social Structure. – In: Social Forces. 17(1939), S. 457 – 467. Dtsch: Die akademischen Berufe und die Sozialstruktur. – In: Parsons, T., Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied am Rhein – Berlin: Luchterhand Verlag 1964. S. 160 – 179.

38 Ebenda, S.163 – 164.

39 Ebenda, S. 179.

40 Parsons, T., Certain Primary Sources and Patterns of Aggression in the Social Structure of the Western World. – In: Psychiatry. 10(1947), S. 167 – 181. Dtsch: Über wesentliche Ursachen und Formen der Aggressivität in der Sozialstruktur westlicher Industriegesellschaften. – In: Parsons, T., Beiträge zur soziologischen Theorie. A. a. O. S. 223 – 255.

sierungsprozeß“ bezeichnet hat. „Kern und grundsätzlicher Prototyp des Rationalisierungsprozesses ist der Fortschritt der Wissenschaft und der ihr verwandten Elemente des rationalen Denkens. Die Wissenschaft ist ihrem Wesen nach dynamisch: wird sie nicht durch äußere Einflüsse gehindert, so wird sie sich ständig weiterentwickeln. ... So wird durch diesen dynamischen Faktor ein fortgesetzter Prozeß des Wandels eingeleitet, der sowohl die primären, das Leben einer Gesellschaft integrierenden Symbolsysteme, als auch die Struktur der Situationen betrifft, in denen ein großer Teil der Bevölkerung seine Tätigkeiten ausüben muß.“⁴¹ Ein sinnfälliger Ausdruck dafür findet sich unter anderen in der rasanten Zunahme der Bildungsabschlüsse im letzten Jahrzehnt (vgl. Tabelle 1). In diesem Trend (betonte Max Einhüpl als Vorsitzender des Wissenschaftsrates) hat sich seit 1975 „die Zahl der Ungelernten und Angelernten halbiert, der Akademikeranteil an den Erwerbstätigen aber verdreifacht“ und es gibt „niemanden, der eine Trendwende behaupten würde. Was wir jetzt bei der Erstausbildung der jungen Generation verpassen, werden wir durch Nachqualifikation nicht wieder gutmachen können. Daher muß der Anteil der Studienanfänger nicht nur konstant gehalten, sondern noch erhöht werden.“⁴² Wie Tabelle 1 zeigt, ist der prozentuale Anteil von Abiturienten in den jeweiligen Altersgruppen von etwa sechs Prozent in den 50er Jahren auf etwa fünfunddreißig Prozent in unserer Zeit gestiegen. Eine entsprechende Steigerung in den Hochschulabschlüssen lässt in Deutschland noch auf sich warten, obwohl sie in anderen europäischen Ländern bereits eingetreten ist.⁴³ In seinem auf der Jahrestagung 2005 der Gesellschaft für Wissenschaftsforschung vorgelegten Forschungsansatz über die technische Vernunft⁴⁴ fordert Günter Spur: „Die hochinnovative Produktionstechnik der Zukunft stellt uns vor eine neue Dimension von Verantwortung. Sie erfordert die Kompetenz einer technischen Vernunft als Regulativ des industriellen Fortschritts unter Einschluss arbeitstechnischer Kriterien: Schafft Arbeit für die Menschen. Wir schauen auf die politisch Verantwortlichen und können sie nur bedau-

41 Ebenda, S. 245 – 246.

42 Einhüpl, K. M., Wie viele Studenten wir brauchen. – In: Der Tagesspiegel (Berlin) vom 23. November 2005, Nr. 19025, S. 27.

43 Schleicher, A., Leiter der Abteilung „Indikatoren und Analysen“ der OECD-Direktion Bildung: Bildung auf einen Blick. 12. September 2006.

44 Spur, G., Über die technische Vernunft – ein Forschungsansatz. – In: Gesellschaftliche Integrität der Forschung: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2005. Hrsg. v. Klaus Fischer u. Heinrich Parthey. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2006. S. 49 – 59.

Tabelle 1: *Bevölkerung in Deutschland nach Altersgruppen und Bildungsabschlüssen*

Alter	Bevölkerung 1991	Hochschul reife(%)	Hochschul abschluss(%)	Bevölkerung 2004	Hochschul reife(%)	Hochschul abschluss(%)
20-25	5965 Ts	23,3	1,3	4715 Ts	34,8	1,7
25-30	6660 Ts	22,6	8,1	4448 Ts	36,7	11,4
30-35	6099 Ts	20,5	12,6	5226 Ts	31,7	15,6
35-40	5594 Ts	18,8	13,9	6697 Ts	28,3	14,6
40-45	5277 Ts	15,6	12,4	6852Ts	25,7	13,7
45-50	5067 Ts	13,7	11,3	6025 Ts	23,6	14,1
50-55	6313 Ts	10,5	7,2	5671 Ts	20,6	13,6
55-60	4911 Ts	8,4	7,3	4680 Ts	17,4	11,8
60-65	4546 Ts	8,4	6,5	5762 Ts	14,2	9,6
<65	12 Mil.	6,0	3,9	16 Mil.	9,3	5,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1993 der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 1993, S. 415 u. Statistisches Jahrbuch 2005 der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2005, S. 128 – 129.

ern, wenn auf sie der Blick von solchen Bevölkerungsgruppen gerichtet ist, deren Missgeschick sie deshalb zur Dauerarbeitslosigkeit verurteilt hat, weil sie nicht die geeignete Berufsausbildung erfahren konnten. Neben einer Verstärkung der Finanzmittel für Wissenschaft und Forschung besteht ein dringender Nachholbedarf bei der Anpassung unseres Bildungssystems an die Wettbewerbssituation des Weltmarkts. Im wahrsten Sinne des Wortes: Technische Bildung tut Not!⁴⁵ Untersuchungen von Manfred Wölfling⁴⁶ haben diesbezüglich ergeben (auf der Jahrestagung 1999 der Gesellschaft für Wissenschaftsforschung vorgetragen), „dass Arbeitskräfte nur dann eine Chance auf gute Jobs und Bezahlung haben werden, wenn sie in modernen Branchen (Information und Kommunikation, Gentechnik, Biotechnologie, Medizintechnik, Dienstleistungen u. a.) einsetzbar sind. Das ist aber nur dann möglich, wenn sie hochqualifiziert und zugleich flexibel sind. Hierzu ist eine Bildung erforderlich, die die zukünftigen Erfordernisse in der Wirtschaft um Jahre im Voraus erkennen muss. Offen bleibt die Frage, was mit den Arbeitnehmern geschieht, die diese hochgesteckten Anforderungen

45 Ebenda, S. 155.

46 Wölfling, M., Innovationen und Vollbeschäftigung: – In: Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 1999. Hrsg. v. Siegfried Greif u. Manfred Wölfling. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2003. S. 141 – 148.

nicht erfüllen können.“⁴⁷ Jede Prognose von Studentenzahlen orientiert sich vor allem an den Studienanfängerzahlen, die sich aus den Schulabsolventenzahlen und zum anderen aus der so genannten Übergangsquote ergeben. Die Prognose der Schulabsolventen ist eindeutig und zuverlässig. Die Übergangsquote – zur Zeit 75 Prozent – unterliegt verschiedenen Einflüssen. Natürlich kann die Quote sinken, beispielsweise durch fehlende Studienplätze. 1998 lag die Zahl der Studienanfänger bei 270.000, 2004 bei 360.000. Die Kultusministerkonferenz prognostiziert maximal 437.000 Studienanfänger im Jahr 2011.

4. Formen wissenschaftlicher Institutionen

4.1. Platons Akademie bei Athen, Aristoteles' Gymnasium in Athen und staatliches Forschungszentrum in Alexandria

Offensichtlich beginnt die Geschichte wissenschaftlicher Institutionen damit, dass Platon seine Schüler seit etwa 388 v. u. Z. in einem Hain des Akademos bei Athen um sich sammelte. Damit war die Platonsche Akademie auch die erste wissenschaftliche Institution. Mit 18 Jahren trat Aristoteles in diese Akademie ein, wo er neunzehn Jahre lang, bis zu Platons Tod tätig war. Danach wurde er vom makedonischen König Philipp II. als Hauslehrer für seinen Sohn Alexander berufen.

Alexander war zu dieser Zeit 13 Jahre alt, bald nach Philipps Tod kehrt Aristoteles nach Athen zurück und gründet dort eine eigene Schule Lykeion für den Unterricht von Jugendlichen als zweite wissenschaftliche Institution.

Als dritte wissenschaftliche Institution entstand im 3. Jahrhundert v. u. Z. ein staatliches Studienzentrum der gesamten hellenistischen Welt in Alexandria, das aus der Forschungsstätte des Museion⁴⁸ sowie der größten Bibliothek der Antike bestand. Hier wirkten unter anderem Euklid zwischen 320 und 260 v. u. Z. und Ptolemaios von 127 bis 141 u. Z., der im Observatorium die in seinem Werk „Almagest“ verwendeten Beobachtungen durchführte. Alexandria war ein Mittelpunkt wissenschaftlichen Lebens für eine über 700jährige Geschichte bis etwa zu Beginn des 5. Jahrhundert u. Z. In den folgenden Jahrhunderten ohne nennenswerte wissenschaftliche

47 Ebenda, S. 148.

48 Parthey, G., Das Alexandrinische Museum. Berlin: Nicolaische Buchhandlung 1838.

Institutionen wurde kaum, zeitweise gar nicht wissenschaftlich publiziert, d. h. es lassen sich für mehrere Jahrhunderte fast keine Wissenschaftler nachweisen.

4.2. *Universitäre Ausbildung wissenschaftsbasierter Berufe seit dem Mittelalter*

Wenn auch die in der Antike zur Sicherung des Problematisierens und methodischen Problemlösens entstandenen Institutionen – wie die Platonische Akademie, das Aristotelische Lykeion als städtisches Gymnasium und das alexandrinische Museion als staatliche Forschungsstätte – trotz ihrer Forschungsleistungen die Jahrhunderte nicht überdauert haben, so entstand seit dem 12. Jahrhundert mit der Universität eine neue tragfähige wissenschaftliche Institution durch das zunehmende Interesse an der Ausbildung wissenschaftsbasierter Berufe (anfangs vor allem für Ärzte und Juristen).⁴⁹ Die Universität hat sich fortan mit der Ausbildung auch weiterer neu entstehender wissenschaftsbasierter Berufe beschäftigt und ist damit zu einer grundlegenden Institution der Wissenschaft in aller Welt geworden.⁵⁰ In Ergänzung dazu entstanden ebenfalls mit weltweiten Erfolg seit dem 15. Jahrhundert (in Anlehnung an die Platonische Akademie) moderne Akademien als Forschungseinrichtungen ohne universitäre Lehrverpflichtung.⁵¹

4.3. *Außeruniversitäre Forschungsinstitute seit dem Aufkommen wissenschaftsbasierter Wirtschaft*

Im 19. Jahrhundert war die institutionelle Form der Wissenschaft noch weitgehend die der Akademie und die der Universität in der von Wilhelm von Humboldt angestrebten Einheit von Lehre und Forschung, wobei sein großer Wissenschaftsplan neben der Akademie der Wissenschaften und der Universität selbständige Forschungsinstitute als integrierende Teile des wissenschaftlichen Gesamtorganismus verlangte.⁵² Mit dem Entstehen wis-

49 Geschichte der Universität in Europa. Band I: Mittelalter. Hrsg. v. Walter Rüegg. München: Verlag C. H. Beck 1993.

50 Geschichte der Universität in Europa. Band II: Von der Reformation bis zur Französischen Revolution (1500–1800). Hrsg. v. Walter Rüegg. München: Verlag C. H. Beck 1996, Band III: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800–1945). Hrsg. v. Walter Rüegg. München: Verlag C. H. Beck 2004; Parsons, T. / Platt, G. M., Die amerikanische Universität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1990.

51 Grau, C., Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg. Frankfurt am Main: Verlag Harry Deutsch 1988.

52 Humboldt, W. von, Über die innere und äußere Organisation der höheren wissen-

senschaftsbasierter Industrien wie der Elektroindustrie, die es ohne die wissenschaftlichen Theorien über die strömende Elektrizität und den Elektromagnetismus sowie die Entdeckung des dynamoelektrischen Prinzips (1866 durch Werner von Siemens) vorher nicht – auch nicht als Gewerbe – hätte geben können,⁵³ und der Umwandlung traditioneller Gewerbe in wissenschaftsbasierte Industriezweige wie die chemische Industrie⁵⁴ im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mehrten sich Gründungen wissenschaftlicher Einrichtungen außerhalb von Universitäten, großer chemischer Forschungslaboratorien, die von der chemischen Industrie eingerichtet wurden, und staatlicher Laboratorien für die physikalische Grundlagenforschung, die zur Verbesserung der wissenschaftlichen Grundlagen der Präzisionsmessung und Materialprüfung beitragen sollten. Ein Beispiel für letzteres ist die 1887 in Berlin-Charlottenburg gegründete Physikalisch-Technische Reichsanstalt,⁵⁵ die Wilhelm Ostwald noch zwei Jahrzehnte später als einen „ganz neuen Typus wissenschaftlicher Einrichtungen“ bezeichnete.⁵⁶ Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt bestand aus zwei Abteilungen, der wissenschaftlichen und der technischen. Erstere versucht zur Zeit noch schwebende, der Lösung aber dringend bedürftige Probleme der physikalischen Präzisionsmessung zu bearbeiten, und zwar besonders solche, zu deren Lösung an Universitäten erforderliche Räumlichkeiten und Geräte fehlen oder die eine längere, ganze und lehrfreie Hingabe eines Wissenschaftlers an die Forschung erfordern. Die zweite Abteilung ist zur direkten Unterstützung des Präzisionsgewerbes bestimmt, indem sie alle durch Mechaniker in kleinen und mittleren Unternehmen nicht ausführbaren technischen Leistungen übernimmt, aber auch als amtliches Prüfungsinstitut für mechanische und technische Instrumente dient. Der Präsident der Anstalt ist zu-

schaftlichen Anstalten in Berlin. – In: Humboldt, W. von, Werke in fünf Bänden. Band IV, Schriften zur Politik und zum Bildungswesen. Berlin: Akademie-Verlag 1964. S. 255 – 266.

- 53 König, W., Technikwissenschaften. Die Entstehung der Elektrotechnik aus Industrie und Wissenschaft zwischen 1880 und 1914. Berlin 1995.
- 54 Zott, R., Die Umwandlung traditioneller Gewerbe in wissenschaftsbasierte Industriezweige: das Beispiel chemische Industrie – das Beispiel Schering. – In: Wissenschaftsforschung: Jahrbuch 1996/97. Hrsg. v. Siegfried Greif, Hubert Laitko u. Heinrich Parthey. Marburg: BdWi-Verlag 1998. S. 77 – 95.
- 55 Förster, W., Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt. Berlin 1887; Cahan, D., An Institute for an Empire. The Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1871–1918. Cambridge 1989.
- 56 Ostwald, W., Große Männer. Leipzig 1909. S. 294.

gleich der Direktor der wissenschaftlichen Abteilung.⁵⁷ Der Erfolg der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt löste Bestrebungen zur Gründung einer analogen Chemisch-Technischen Reichsanstalt aus. Getragen von den Entwicklungsbedürfnissen der Wissenschaft selbst als auch des Staates und der Wirtschaft, was auch in Untersuchungen der Wissenschaftspolitik in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert deutlich wird,⁵⁸ erfolgten in Berlin die Gründungen mehrerer lehrunabhängiger Forschungsinstitute im Rahmen der über drei Jahrzehnte (1911–1945) existierenden Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, die sowohl vom Staat als auch von der Wirtschaft finanziert wurden.⁵⁹ So wies Emil Fischer im Oktober 1912 bei der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie sowie des von der Koppel-Stiftung ins Leben gerufene Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie auf die jahrelangen vergeblichen Bemühungen hin, „ein Institut zu gründen, das ähnlich der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt der wissenschaftlichen und technischen Chemie dienen sollte.“⁶⁰ Damit verfügt Deutschland über eine exzellente (heute staatlich finanzierte) außeruniversitäre Forschungsstätte (in einer Dimension und Qualität wie kein anderes Land, wovon die große Anzahl von Nobelpreisträgern im 20. Jahrhundert zeugt (siehe Tabelle 2))⁶¹, deren Wissenschaftler auch als Hochschullehrer zur Einheit von Lehre und Forschung an den Universitäten beitragen.

-
- 57 Der erste Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt war Herrmann Helmholtz. Zu den Anfängen der Wissenschaftsförderung durch wissenschaftsbasierte Wirtschaft vgl. Kant, H., Aus den Anfängen der Wissenschaftsförderung durch wissenschaftsbasierte Wirtschaft: Herrmann Helmholtz, Werner Siemens und andere. – In: Wissenschaft und Innovation: Jahrbuch Wissenschaftsforschung 2001. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Günter Spur. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2002. S. 129 – 142.
- 58 Vgl. McClelland, Ch. E., State, Society and University in Germany 1700-1914. Cambridge 1980.
- 59 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–1961. Beiträge und Dokumente. Hrsg. v. d. Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Göttingen: Hubert & Co. 1961.
- 60 Ebenda, S. 150.
- 61 Parthey, H., Quantitative Methoden bei der historischen Analyse von Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Instituten. – In: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip. Hrsg. v. Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin: de Gruyter 1996. S. 507-520, hier:

Tabelle 2: Nobelpreisträger aus Instituten der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft (vgl. Parthey, 2006)

Name (Lebensdaten)	Kaiser-Wilhelm- / Max-Planck-Institut	Jahr Gebiet
Walther Bothe (1891-1957)	KWI/MPI medizinische Forschung 1934-57	1954 Physik
Adolf Butenandt (1903-1995)	KWI/MPI Biochemie 1936-95	1939 Chemie
Paul Crutzen (*1933)	MPI Chemie seit 1980	1995 Chemie
Peter Debye (1884-1966)	KWI Physik 1935-39	1936 Chemie
Johann Deisenhofer (*1943)	MPI Biochemie 1971-88	1988 Chemie
Manfred Eigen (*1927)	MPI physikalische Chemie seit 1962	1967 Chemie
Albert Einstein (1879-1955)	KWI Physik 1914-33	1921 Physik
Fritz Haber (1868-1934)	KWI physikalische Chemie 1911-33	1918 Chemie
Otto Hahn (1879-1968)	KWI/MPI Chemie 1912-68	1944 Chemie
Robert Huber (*1937)	MPI Biochemie seit 1968	1988 Chemie
Klaus Klitzing (*1943)	MPI Festkörper Physik seit 1985	1985 Physik
Georges Köhler (1946-1995)	MPI Immunbiologie 1984-95	1984 Medizin
Richard Kuhn (1900-1967)	KWI/MPI medizinische Forschung 1929-67	1938 Chemie
Max Laue (1879-1960)	KWI Physik 1923-45, MPI physikalische Chemie 1951-60	1914 Physik
Konrad Lorenz (1903-1989)	MPI Verhaltensphysiologie 1961-89	1973 Medizin
Feodor Lynen (1911-1979)	MPI Zellchemie 1954-72, MPI Biochemie 1972-79	1964 Medizin
Otto Meyerhof (1884-1953)	KWI Biologie 1924-28, KWI medizinische Forschung 1929-38	1922 Medizin
Hartmut Michel (*1948)	MPI Biophysik seit 1987	1988 Chemie
Erwin Neher (*1944)	MPI biophysikalische Chemie 1972-93, MPI Membranbiologie seit 1993	1991 Medizin
Christiane Nüsslein-Vollhard (*1942)	MPI Virusforschung 1973-78, MPI Entwicklungsbiologie seit 1985	1995 Medizin
Ernst Ruska (1906-1988)	Fritz-Haber-Inst. d. MPG 1959-74	1986 Physik
Bert Sackmann (*1942)	MPI biophysikalische Forschung 1974-89, MPI medizinische Forschung seit 1989	1991 Medizin
Otto Warburg (1883-1970)	KWI Biologie 1918-31, KWI Zellphysiologie 1931-70	1931 Medizin
Karl Ziegler (1898-1973)	KWI/MPI Kohlenforschung 1943-73	1963 Chemie

5. Universitäre Studiensituation und disziplinäre Forschungssituation

Zur Ausübung einer wissenschaftlichen Tätigkeit kann Universitätsausbildung dann befähigen, wenn sie neben der Vermittlung eines ständig zu erneuernden disziplinären Wissensbereichs vor allem auf die Fähigkeit zielt, weiterführende Fragen selbständig zu stellen, diese mit dem verfügbaren Wissensniveau zu Erkenntnisproblemen zu entwickeln und problemlösende Erkenntnisse methodisch zu gewinnen. Dies kann nur eine Lehre leisten, die den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess modellhaft vorführt und thematisiert und die Studierenden in diesen Prozess auch aktiv einbindet. Zu jedem wissenschaftlichen Studium gehört somit ein forschendes Lernen. Dabei geht es darum, den Erkenntnisprozess in Kernbereichen der Disziplin nachzuvollziehen und die Lernsituation als Forschungssituation herzustellen, welche die Studierenden also selbst Fragestellungen und methodisches Problemlösen entwickeln lässt. „Weil die Erwartungen an die Leistungen der Universitäten vielfältig sind und das Universitätssystem sich entsprechend differenzieren muss, kann“ – für den deutschen Wissenschaftsrat – „universitäre Lehre nicht an allen Standorten, auf allen Stufen und in allen Bereichen der Ausbildung in gleicher Weise in Zusammenhang mit Forschung stehen.“⁶² So geht es in einem Bachelorstudium vornehmlich darum, „disziplinäres Grundwissen zu erwerben, die einschlägigen Methoden des Faches zu erlernen, aktuelle Forschungsergebnisse zu rezipieren und den Erkenntnisprozess in Kernbereichen nachzuvollziehen. ... Ein forschungsintensives Masterstudium dagegen muss durch eine Lehre, die primär von erfahrenen Wissenschaftlern geleistet wird, und eine intensive Beteiligung der Studierenden an Forschung gekennzeichnet sein.“⁶³ Offensichtlich wird ein großer Teil der Studierenden die Hochschulen nach dem Bachelor zunächst verlassen, aber nach einigen Jahren auf Grund des rapiden Wandels der Arbeitswelt an die Universitäten zurückkehren, um sich weiter zu qualifizieren. Wie viele Bachelorabsolventen unmittelbar im Anschluss ein Masterstudium aufnehmen und wie viele danach eine Promotion anstreben werden, wird bestimmen, in welchem Maße die universitäre Lernsituation als Forschungssituation herzustellen ist.

62 Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur zukünftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem. Berlin: Wissenschaftsrat 2006. S. 64.

63 Ebenda. S. 64 – 65.

6. Interdisziplinäre Forschungssituation in außeruniversitären Forschungsinstituten

Bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelten sich Forschungsrichtungen, „die in den Rahmen der Hochschule überhaupt nicht mehr hineinpassen, teils weil sie so große maschinelle und instrumentelle Einrichtungen verlangen, dass kein Universitätsinstitut sie sich leisten kann, teils weil sie sich mit Problemen beschäftigen, die für die Studierenden viel zu hoch sind und nur von jungen Gelehrten vorgetragen werden können.“⁶⁴ Ferner werden neuartige Beziehungen zwischen der Forschung in staatlichen Instituten und in der Wirtschaft angesprochen. So wurde damals von Adolf von Harnack in seiner Denkschrift im November 1909 exemplarisch aus der Situation in der organischen Chemie, „deren Führung noch bis vor nicht langer Zeit unbestritten in den chemischen Laboratorien der deutschen Hochschulen lag“, die „heute von da fast völlig in die großen Laboratorien der Fabriken abgewandert“ ist, gefolgert, dass „dieses ganze Forschungsrichtung für die reine Wissenschaft zu einem großen Teil verloren“ ist, „denn die Fabriken setzen die Forschungen stets nur soweit fort, als sie praktische Resultate versprechen und sie behalten diese Resultate als Geheimnisse oder legen sie unter Patent. Daher ist nur selten eine Förderung der Wissenschaft von Seiten der mit noch so großen Mitteln arbeitenden Laboratorien der einzelnen Fabriken zu erwarten. Wohl hat sich stets das Umgekehrte gezeigt: die reine Wissenschaft hat der Industrie die größten Förderungen durch die Erschließung wirklich neuer Gebiete gebracht.“⁶⁵ Aus einer späteren Sicht von Adolf Butenandt erfolgte die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Jahre 1911, „um eine Lücke im deutschen Wissenschaftsgefüge zu schließen. Man spürte, dass Arbeitsweisen erforderlich wurden, die in den herkömmlichen Formen nur schwer zu bewältigen waren: Es schien dringend erforderlich, Gelehrten, die sich vor allem reiner Forschung widmen wollten, in völliger Freiheit ihre Arbeit zu ermöglichen, sie weitgehend abzuschirmen von all den Dingen, die letztlich ihre Leistungsfähigkeit im Dienste des menschlichen Fortschritts beeinträchtigen könnten. Es galt zweitens, den in neu sich entwickelnden Grenzgebieten tätigen Gelehrten ihr ganz spezielles, auf sie zugeschnittenes Arbeitsinstrument zu geben, um auf diese Weise Fachrichtungen zu stärken und wachsen

64 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911-1961. Beiträge und Dokumente, a. a. O., S. 82.

65 Ebenda, S. 82 – 83.

zu lassen, die in der Struktur der Universitäten und Technischen Hochschulen noch gar keinen oder keinen ausreichenden Raum hatten. Ich nenne aus der ersten Zeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beispielhaft die physikalische Chemie eines Haber, die Radiochemie eines Hahn, die theoretische Physik eines Einstein, die Biochemie eines Warburg. Zum dritten bestand seit Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Aufgabe, neue Institutstypen zu entwickeln und zu betreuen. Zur Lösung mancher Probleme müssen sehr umfangreiche personelle und sachliche Mittel zu einem Gebilde zusammengefügt werden, das schon wegen seines Umfangs, seines technischen Aufwandes jedes Hochschulgefüge sprengen müsste. Die Institute für Eisenforschung, Kohlenforschung und Arbeitsphysiologie seien als Beispiele genannt.⁶⁶ Wir möchten diese drei Gründe, die zur Einrichtung sowohl vom Staat als auch von der Wirtschaft finanzierter und lehrunabhängiger Forschungsinstitute angegeben werden, wie folgt formulieren: erstens die steigenden Kosten der Forschungstechnik;⁶⁷ zweitens die wachsenden Lehrverpflichtungen für Hochschullehrer, die ein Arbeiten eingedenk der Mahnung von Wilhelm von Humboldt „immer im Forschen bleiben“ erschweren; drittens die Möglichkeit, weit mehr interdisziplinäre Forschungssituationen zu schaffen und zu bearbeiten, und zwar ungehindert durch zwangsläufig disziplinäre Lehrprofile. In diesem Sinne wurde von August von Wassermann bei Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie (des nachmaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie) im Oktober 1913 gefordert: „Neue Wege der Heilung und alles dessen, was mit ihr zusammen hängt, besonders die Krankheitserkenntnis, sollen hier in diesem Hause nicht mehr wie in früheren Zeiten den mehr oder weniger subjektiven Erfahrungen des einzelnen Beobachters an Krankenbett überlassen bleiben, sondern auf Grund zielbewusster Forschertätigkeit unter Zuhilfenahme von exakten naturwissenschaftlichen Hilfsdisziplinen ergründet werden.“⁶⁸ So wurde in der Gründungsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf die Fruchtbarkeit eines Verkehrs von Forschern verschiedener Richtungen hingewiesen. Insbesondere in den Begründungen

66 Ebenda, S. 7 – 8.

67 Vgl. Biedermann, W., Zur Finanzierung der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Mitte der 20er bis Mitte der 40er Jahre des 20. Jahrhundert. – In: Wissenschaft und Innovation: Jahrbuch Wissenschaftsforschung 2001. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Günter Spur. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2002. S. 143 – 172.

68 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911-1961. Beiträge und Dokumente, a. a. O. S. 158.

für biowissenschaftliche Forschungen wurde von Otto Jaekel die Vorstellung entwickelt, dass sie außeruniversitär in erhöhtem Maße interdisziplinär arbeiten sollten,⁶⁹ was auch wissenschaftlich ertragreich eingetreten ist, wie Tabelle 2 zeigt.

7. Strukturwandel von Situationen und Institutionen der Forschung

Die Gestaltung von Forschungssituationen hat in den letzten Jahrzehnten zu Überlegungen geführt, die es nahe legen, in Bezug auf ihre Institutionalisierung zu überlegen, Großforschung in Form von Dachverbänden und sogenannten virtuellen Forschungsinstituten zu gründen. So wird es in Deutschland ab 2007 in einer neu einzurichtenden „Wissenschaftskonferenz“ um die Finanzierung der großen Forschungsorganisationen wie Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Leibniz-Gemeinschaft gehen, um die Akademie der Naturforscher Leopoldina und das Wissenschaftskolleg in Berlin sowie die Langzeitvorhaben der deutschen Akademien der Wissenschaften. Diese bundesdeutsche Wissenschaftskonferenz wird auch Forschungsvorhaben und Forschungsbauten an den Hochschulen fördern, die Kosten von fünf Millionen Euro überschreiten und außerdem von überregionaler Bedeutung sind. Dazu gehören Großgeräte der Forschung.

Damit Innovationen in dem von uns genannten Sinn⁷⁰ zustande kommen (d. h. die am Weltmarkt erstmalig eingeführte neue Technik realisiert einen über die Fertigungsaufwendungen hinausgehenden Extragewinn mindestens in einer solchen Höhe, das alle vor der Fertigung liegenden Aufwendungen für das Zustandekommen der neuen Technik der Region zurückerstattet werden, in der die Aufwendungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung erfolgten⁷¹), gewinnen weltweit Wissen-

69 Vgl.: Jaekel, O., Über die Pflege der Wissenschaft im Reich. – In: Der Morgen. 20(1907), S. 617 – 621.

70 Mitunter wird unter Innovation bereits nur der Fakt einer Ersteinführung auf dem Markt auch ohne Zurückerstattung von Kosten von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung für das neue Produkt in der jeweiligen Region verstanden, vgl. Greif, S., Erfindungen im Spektrum wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen und Entwicklungen – theoretische Grundlagen und empirische Befunde. – In: *Wissenschaft und Technik in theoretischer Reflexion: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2006*, hrsg. v. Heinrich Parthey u. Günter Spur. Frankfurt am Main: Peter Lang, 2007.

71 Siehe: Parthey, H., Formen von Institutionen der Wissenschaft und ihre Finan-

schaftsparks zur Förderung des Technologietransfers zwischen der Forschungseinrichtung – meist eine Universität – und der Wirtschaft an Bedeutung. In den achtziger Jahren wurden die erstens technologischen Gründerzentren in Deutschland geschaffen – bis heute ist ihre Zahl auf fast 400 angestiegen. Dazu gehören beispielsweise der Technologiepark Münster, der Wissenschafts- und Technologiepark Berlin-Adlershof, das Wissenschaftszentrum Kiel sowie weitere Wissenschaftsparks in Gelsenkirchen, Leipzig und Trier. Die Strukturen und Größen von Wissenschaftsparks sind sehr heterogen. Nach einer Analyse der „International Association of Science Parks“ variieren die Größen solcher Parks sehr. Durch die Schaffung von gemeinsamen Informationsstrukturen werden die jeweils vorhandenen Forschungsressourcen besser in der Produktentwicklung aufeinander abgestimmt, dabei ist die Lage nahe einer Universität von besonderer Bedeutung. In diesem Sinn will auch die Helmholtz-Gemeinschaft als größte deutsche außeruniversitäre Wissenschaftsorganisation künftig die gesamte Wirkungskette von der Grundlagen- über die angewandte Forschung bis zur Produktreife in Gang setzen. Dabei setzt auch sie auf eine strategische Partnerschaft mit den Universitäten. Die fünfzehn Helmholtz-Zentren sind an Universitäts-Sonderforschungsbereichen und an Schwerpunktprogrammen beteiligt, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert werden. Neuartig für die Gestaltung dieser Forschungssituation und ihrer Institutionalisierung ist dabei die Gründung von virtuellen Instituten. Damit ist zum Beispiel gemeint, dass die Kölner Universität in Kooperation mit dem Forschungszentrum Jülich die Räume zur Verfügung stellt und die Helmholtz-Gesellschaft die teuren Geräte für neue Verfahren zur Hirnstimulierung in der Parkinson-Forschung. In solche virtuellen Institute investiert die Helmholtz-Gemeinschaft zurzeit 45 Millionen Euro, mit denen fünfundsechzig virtuelle Institute finanziert werden sollen.

Wenn sich, wie die Diskussion zur Wissenschafts- und Finanzpolitik in Deutschland seit Beginn des 20. Jahrhunderts zeigt, mit sich ermöglichender Finanzierbarkeit von Wissenschaft durch die Innovationskraft der Wirtschaft auch ein Wandel der Forschung in einer wissenschaftsintegrierten Wirtschaft andeutet⁷², die unter Umständen nicht jeden neuen Wissensbereich zur lehrbaren Disziplin verfestigt, dann möchten wir auf die me-

zierbarkeit durch Innovationen, a. a. O.

72 Spur, G., Wandel der Forschung in einer wissenschaftsintegrierten Wirtschaft. – In: Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2001. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Günter Spur. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2002. S. 41 – 57.

thodologische Struktur von Forschungssituation verweisen, und zwar als Invariante der Wissensproduktion auch im 21. Jahrhundert, aber nun mit einer stärkeren Ausprägung von interdisziplinären Forschungssituationen und deren Institutionalisierung als in den Jahrhunderten früher. Der Strukturwandel wissenschaftlicher Institutionen tritt vor allem regional auf, so zum Beispiel in der Zusammenlegung aller Berliner medizinischen Fakultäten unter dem Dach der „Charité-Universitätsmedizin Berlin“. Die Lehre bleibt die Achillesferse der großen forschungsstarken Universitäten. Mit dem Sommersemester 2007 soll an der Charité die „Berlin School of Public Health“ ihre Arbeit aufnehmen. Den Weiterbildungs-Studiengang, in dem neben sozialwissenschaftlichen und medizinischen Grundlagen auch Biostatistik, Epidemiologie, Ökonomie und Gesundheitspolitik gelehrt wird, bot seit 1996 die Technische Universität Berlin an. Doch die Technische Universität Berlin trennt sich von Studiengängen, die nicht in das Profil der Ingenieurwissenschaften passen. Methoden und Erkenntnisse, die in Public Health seit Jahren international entwickelt und gewonnen werden, liefern weder Medizin noch Sozialwissenschaften allein. In Deutschland gibt es heute an sieben Universitäten Public-Health-Studiengänge. Mit dem Abschluss haben Absolventen eine Zusatzqualifikation für Aufgaben in Bereichen, die eine bedeutende Rolle spielen: Die Themen gehen von Prävention, Gesundheit von Kindern und alten Menschen, Männern und Frauen, Migranten und Alleingesessenen bis hin zu der Frage, wie man eine hohe Qualität der gesundheitlichen Versorgung sichern, Patienten und Versicherte besser über ihre Behandlungsmöglichkeiten informieren und effizienter mit den Ressourcen im Gesundheitswesen in einer älter werdenden Gesellschaft umgehen soll. Public Health passt in die „Charité-Universitätsmedizin Berlin“, denn an der Charité existiert bereits der kleine Weiterbildungs-Studiengang „Health and Society: International Gender Studies Berlin“, der auf Geschlechterforschung ausgerichtet ist, und ein zweiter Studiengang „International Health“, in dem internationale Gesundheitsprobleme wie HIV oder Tuberkulose im Mittelpunkt stehen. Dazu kommt an der Freien Universität Berlin ein Ergänzungsstudienfach „Psychosoziale Prävention und Gesundheitsförderung“. Die „Berlin School of Public Health“ wird allen ein gemeinsames Dach bieten – und strebt auch eine Kooperation mit der Gesundheitsforschung der Johns-Hopkins-University an. Ziel dieser Zusammenlegung ist es, zu einer leistungsfähigen Medizin zu kommen und Doppelstrukturen einzusparen. Ein gutes organisatorisches Vorbild wäre das System der University of California: eine Dachorganisation über zehn verschiedene Campus, zu denen so bekannte,

weitgehend unabhängige Universitäten gehören wie Berkeley, Los Angeles, San Francisco, Davis, Irvine, San Diego. Zusätzlich gehören zu diesem Dachverband ganz anders finanzierte Institutionen wie das Lawrence Berkeley National Laboratory, Lawrence Livermore National Laboratory und Los Alamos National Laboratory. Die University of California wird geleitet von einem Präsidenten mit ausreichenden exekutiven Vollmachten. Das oberste Gremium der University of California ist das „Board of Regents“, das aus sechsundzwanzig Mitgliedern besteht und weitgehende Vollmachten bezüglich der Universität hat. Das Board of Regents, in dem Wissenschaft, Wirtschaft und Politik vertreten sind, bestimmt die strategischen Linien der Universität und überträgt Vollmachten auch der Exekutive auf den Präsidenten. Board of Regents und Präsident geben den verschiedenen Campus der University of California weitgehende Freiräume, die es ihnen gestatten, ihre eigenen wissenschaftlichen Absichten im Rahmen der strategischen Vorgaben zu entwickeln.

Die Entwicklung der Wissenschaft verläuft seit Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmend als Großforschung in Form von Dachverbänden und sogenannten virtuellen Instituten. Damit werden weiterführende Fragen zum Verhältnis von Wissenschaftsdynamik und Selbstorganisation der Forschung aufgeworfen.

HUBERT LAITKO

Heinrich Partheys Weg zur Wissenschaftsforschung. Die formativen Jahre

Abstract

Die *Wissenschaftsforschung* (*science research*) differenzierte sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg – zunächst vorwiegend unter anderen Bezeichnungen wie *Wissenschaft von der Wissenschaft* (*science of science*) – aus der Mannigfaltigkeit der für die Wissenschaft während ihrer gesamten Geschichte charakteristischen Formen begleitender Selbstreflexion sukzessiv zu einer eigenständigen Forschungsrichtung mit protodisziplinären Konturen aus. Die kritische Phase dieses Ausdifferenzierungsprozesses erstreckte sich von den späten 1950er bis zu den frühen 1970er Jahren und mündete in eine länderübergreifende Institutionalisierungswelle, die für die weitere Entwicklung ein gewisses Maß an Kontinuität und Stabilität ermöglichte. Ein wesentlicher Treiber dieses Prozesses, der seine Intensität und Dynamik in hohem Grade bestimmte, war die tendenziell zunehmende Relevanz der Wissenschaft für die Systemauseinandersetzung innerhalb der damals bipolar geteilten Weltgesellschaft. Damit war die Wissenschaftsforschung in ihren regionalen und lokalen Ausprägungen weitaus stärker standort- und kontextgeprägt, als es bei den Natur- und Technikwissenschaften der Fall ist, während sie zugleich disziplinen-, länder- und lägerübergreifende Modi des wissenschaftlichen Austausches bereitstellte.

Dieses Wechselspiel von Kontextualität und Universalität äußerte sich auf je spezifische Weise in den Laufbahnen von Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaftsforschung. Das wird in diesem Aufsatz anhand der wissenschaftlichen Biographie von Heinrich Parthey (1936 – 2020) erörtert. Partheys formative Phase – vom Eintritt in die Wissenschaft bis zur reifen Ausprägung eines eigenständigen Profils als Wissenschaftsforscher – fiel zeitlich mit der genannten kritischen Periode in der Herausbildung des Gebietes zusammen. Zwei-Kontexte vor allem bestimmten in ihrer Verflechtung seine Laufbahn: der intellektuelle (disziplinäre) Kontext der Philosophie, über deren Studium er zur

Prof. Dr. em. Hubert Laitko
Gesellschaft für Wissenschaftsforschung
E-Mail: laitko@hotmail.com

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Wissenschaftsforschung gelangte, und der politische, ideologische und soziale Kontext der DDR, in dem er seine wissenschaftliche Karriere begann und bis zum Ende des ostdeutschen Staates fortsetzte. Dabei gestaltete er seinen Weg aktiv durch die Rezeption dieser Rahmenbedingungen und deren Verarbeitung zu einem unverwechselbar individuellen Profil.

Drei Abschnitte, die jeweils spezifische Stadien in der Genese dieses Profils darstellten, lassen sich dabei unterscheiden: *erstens* sein Philosophiestudium in Leipzig (1954 – 1959), das ihn in Richtung auf methodologiebetontes und naturwissenschaftsbezogenes Denken lenkte; *zweitens* seine Doktorandenzeit am Lehrstuhl für philosophische Fragen der Naturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin (1959 – 1962), dessen multidisziplinäres Milieu ihm das Hineinwachsen in disziplinenübergreifende Denk- und Verhaltensweisen erleichterte und in dem sich mit der Arbeit an seiner Dissertation über das Experiment in der Physik und der beginnenden Differenzierung der Begriffe „Experiment“ und „experimentelle Methode“ eine Verschiebung seiner Interessen vom strukturellen zum operationalen, tätigkeitsbezogenen Aspekt der Methodologie anbahnte; *drittens* seine Arbeit in der Hochschullehre innerhalb des Fachbereichs Philosophie des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Universität Rostock (1963 – 1969), in deren Verlauf sich sein eigenes, für das Themenfeld der Wissenschaftsforschung anschlussfähiges Forschungsprogramm ausprägte, das von der Konzeptualisierung der Forschung als methodisches Problemlösen ausging. Die Ausformung dieses Programms erfolgte im Austausch mit Naturwissenschaftlern der Rostocker Universität und wurde organisatorisch über eine dichte Folge von Tagungen realisiert, deren überregionale Ausstrahlung durch eine eigene Schriftenreihe unterstützt wurde.

Partheys formative Phase endete 1969/70 mit seinem Übergang in die professionelle Wissenschaftsforschung. Während des hier betrachteten Zeitraums war seine Entwicklung gekennzeichnet durch ein hohes Gewicht persönlicher Beziehungen und interpersoneller Konstellationen, institutioneller Nischenbildungen und Zufallsfaktoren unterschiedlicher Art. Der Aufsatz versteht sich als ein exemplarisches Plädoyer für eine stark differenzierende und kontextualisierende Sicht auf die Frühgeschichte der Wissenschaftsforschung und zugleich als ein Beitrag zum Gedenken an den verdienstvollen Initiator, Gründer und langjährigen Vorsitzenden der Gesellschaft für Wissenschaftsforschung e.V. Berlin.

Selten geschieht es, dass die Geschicke einer wissenschaftlichen Vereinigung über einen langen Zeitraum hinweg – mehr als ein Vierteljahrhundert – so dominant an das Wirken einer einzelnen Persönlichkeit gebunden sind, wie es für die Gesellschaft für Wissenschaftsforschung e. V. (GeWiF) der Fall war. Heinrich Parthey (1936 – 2020) war der Initiator ihrer Anfang 1991 erfolgten Gründung, und er war seit Anbeginn ihr über diverse Wahlperioden hinweg stets mit hoher Zustimmung wiedergewählter Vorsitzender. Im Gründungsjahr feierte er seinen 55. Geburtstag und war längst ein gestandener und weithin anerkannter Vertreter der Wissenschaftsforschung. Das Gedenken an ihn ist Anlass, hier seine formativen Jahre zu rekapitulieren, während deren er seinen Weg in dieses innovative Gebiet fand – ein Gebiet, das in diesen Jahren selbst erst im Werden war. Die Verflechtung dieser beiden Genesen in- und miteinander verleiht dem Rückblick ein über die Person hinausgehendes Interesse¹.

1. Sächsische Anfänge. Kindheit, Schule, Studium

Heinrich Eberhard Parthey, geboren am 13. August 1936 in Bukarest, gehörte einer Generation an, in deren Lebensspanne sich aus verstreuten, heterogenen Ansätzen allmählich jenes Gebiet herausbildete, das heute mit dem Terminus „Wissenschaftsforschung“ bezeichnet wird, und zählte zu den Pionieren der Etablierung dieses Gebietes in der DDR. Als er in die Wissenschaft eintrat, gab es nirgendwo einen Studiengang, der unter dieser Bezeichnung angeboten worden wäre, und auch keinen, der, wenngleich unter einem anderen Titel, einem solchen inhaltlich nahekam. Auch anderweitig war kein normierter Weg in die Wissenschaftsforschung verfügbar, und wer in diese Richtung strebte, musste ihn sich selbst bahnen. Das taten diejenigen, die sich zu dieser Problematik hingezogen fühlten, auf je eigene, individuelle Weise, und man darf ohne größere Übertreibung sagen, dass die Anzahl der individualbiographisch deutlich unterscheidbaren Wege dorthin ungefähr der Anzahl der Personen entsprochen haben dürfte, die die Kohorte der Pioniere bildeten.

1 Einige im folgenden Text verwendete Wertungen übernehme ich aus meiner Laudatio zu Heinrich Partheys sechzigstem Geburtstag. – Hubert Laitko: Laudatio zum 60. Geburtstag von Heinrich Parthey. – In: Walther Umstätter & Karl-Friedrich Wessel (Hrsg.): Interdisziplinarität – Herausforderung an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Festschrift zum 60. Geburtstag von Heinrich Parthey (Berliner Studien zur Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenetik Bd. 15). Bielefeld: Kleine Verlag 1999, S. 10-18.

Partheys persönlicher Weg verlief über die Philosophie, doch die Art und Weise, wie er diese auffasste, trug den Stempel des soziokulturellen Milieus, in dem er aufwuchs. Nach den Wirren von Krieg und Flucht nahmen seine Eltern ihren Wohnsitz in der kleinen sächsischen Industriestadt Limbach-Oberfrohna² in der Nähe von Chemnitz am Rande des Erzgebirges, in einer alten Bergbau- und Gewerberegion, die zu den am frühesten industrialisierten Territorien in Deutschland gehörte. Hier besuchte er die allgemeinbildende Schule und schloss sie 1954 mit dem Abitur ab. In Limbach-Oberfrohna und Umgebung gab es sowohl Textilindustrie als auch Textilmaschinenbau, und beide hatten sich in Beziehung aufeinander entwickelt. Die Industrialisierung dieser Region im 19. Jh. war nicht dadurch erfolgt, dass sich Großbetriebe auf der „grünen Wiese“ angesiedelt hätten; vielmehr wuchs sie organisch aus einer kleinteilig gegliederten, durch Handwerk und häusliche Manufaktur geprägten Gewerbelandschaft heraus und hielt sich in überschaubaren Größenordnungen. Johann Esche (1682 – 1752), der erste nachweislich in Limbach ansässige Strumpfwirker, gilt als Pionier der sächsischen Wirkerei. Seine Nachfahren Moritz Samuel und Reinhold Esche gründeten 1853 die ersten Fabriken, und auch ein Brückenschlag zur Wissenschaft deutete sich schon früh an, als 1896 Gustav Willkomm (1839 – 1910), Autor mehrerer Lehrbücher, in Limbach die erste Wirkereifachschule der Welt errichtete.

Heinrich Partheys Schulzeit war von einem lokalen geistigen Klima gekennzeichnet, in dem Kreativität kein Alleinstellungsmerkmal weniger Experten war – das Tüfteln, Verbessern, Erfinden gehörte zum Alltag. Während seiner ersten sächsischen Schuljahre zwischen 1946 und 1949 entwickelte in Limbach-Oberfrohna der Textilingenieur Heinrich Mauersberger (1909 – 1982) in seiner Garage (!) gemeinsam mit Fachleuten für Textilmaschinenbau, ausgehend von der örtlichen Wirkereitradition, mit einfachsten Mitteln eine der bedeutendsten textiltechnologischen Neuerungen des 20. Jhs.: ein modifiziertes Kettenwirkverfahren (Nähwirktechnologie), das unter dem Markennamen Malimo (**Ma** – Mauersberger; **lim** – Limbach; **o** – Oberfrohna) bekannt wurde³. 1957 wurde in Karl-Marx-Stadt⁴ die Serienproduktion von Malimo-Maschinen aufgenommen, die sich schnell zu einem Exportschlager der DDR entwickelten, und 1963 erhielt der Erfinder die Ehrenbürgerwürde seiner Heimatstadt.

2 Die formelle Vereinigung der Städte Limbach und Oberfrohna erfolgte 1950.

3 Jörg Roesler: Mauersbergers Malimo – Legenden und Tatsachen: eine originäre DDR-Innovation. – hefte zur ddr-geschichte 48. Berlin 1997.

4 Diesen Namen trug Chemnitz von 1953 bis 1990.

In einem Milieu, in dem eine so selbstverständliche und alltägliche Wertschätzung von Neuerungen herrscht, dürfte das erwachende theoretische Interesse junger Menschen mit einer gewissen Priorität eher auf Fragen als auf Antworten, eher auf den Wandel als auf das Beharren, eher auf das Hervorbringen als auf das Produkt gelenkt werden. Es sind zwar keine Zeugnisse darüber bekannt, wie genau Heinrich Partheys Studienwahl motiviert war, aber es ist sicher und wurde von ihm selbst in Gesprächen gern bestätigt, dass er in seinen letzten Schuljahren ein lebhaftes Interesse für die antike Philosophie mit ihren kühnen, himmelstürmenden Abstraktionen und Konstruktionen entwickelte. Mehr als die berühmten Systembildner faszinierte ihn dabei die Gestalt des Sokrates, des großen Fragenden. Bis in seine letzten Lebensjahre blitzte die Bezugnahme auf Sokrates in seinen Texten immer wieder auf. Dabei war Parthey nicht nur von der kognitiven Seite der sokratischen Attitüde – dem Gestus des Erschütterns vorgefasster Meinungen durch Fragen und Hinterfragen – beeindruckt, sondern nicht weniger auch von ihrem moralischen Aspekt – der potentiellen Kollision unerschrockenen Fragens mit gesellschaftlichen Tabus und ihren Folgen. Später bezeichnete er es als einen entscheidenden Grund für die Entstehung und Existenz wissenschaftlicher Institutionen, dass der für das Forschen unerlässliche Freiraum nicht anders als institutionell gesichert werden könne⁵.

Im Herbst 1954 trat er am Philosophischen Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig⁶ das Studium der Philosophie an. Leipzig war neben Jena und Berlin eine der drei Universitäten in der DDR, an denen man damals Philosophie studieren konnte. Vielleicht entschied er sich für Leipzig aus inhaltlichen Gründen, vielleicht auch nur deshalb, weil diese Universität seiner Heimatstadt am nächsten gelegen war – jedenfalls war diese Stadt unter den drei genannten Möglichkeiten eines Philosophiestudiums die mit Abstand interessanteste, vor allem, weil dort der legendäre Ernst Bloch (1885 – 1977) lehrte. Bloch hatte nach seiner Rückkehr aus der Emigration 1949 in Leipzig die erste Professur seines Lebens erhalten, war zunächst in der DDR zu hohen Ehren gelangt, war aber mit seiner unkonventionellen Marx-Interpretation zunehmend Angriffen marxistisch-lenin-

5 Heinrich Parthey: Formen von Institutionen der Wissenschaft und ihre Finanzierbarkeit durch Innovation. – In: Heinrich Parthey & Günter Spur (Hrsg.): Wissenschaft und Innovation. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2001. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2002, S. 9-39, hier S. 16.

6 Ein Jahr vorher war die Leipziger Universität nach Karl Marx benannt worden; so hieß sie bis 1991.

tischer Dogmatiker ausgesetzt, die sich unter den Bedingungen fortschreitender ideologischer Verhärtung in der ersten Hochphase des Kalten Krieges schließlich durchsetzten und 1957 seine Emeritierung erzwangen; diese Maßnahme konnte mit seinem Alter von damals 72 Jahren bemäntelt werden, war aber eindeutig politisch motiviert und erfolgte gegen seinen Willen⁷. Eigentlich waren Blochs Vorlesungen im Curriculum erst für höhere Semester nach einer längeren propädeutischen Phase vorgesehen, aber Parthey setzte sich über diesen Brauch hinweg und besuchte diese Lehrveranstaltungen bereits in der Anfangsphase seines Studiums. Dabei bewies er – wie nicht selten in seiner späteren Laufbahn – einen untrüglichen Instinkt für Situationen und Gelegenheiten; 1957 hätte er diese Vorlesungen schon nicht mehr hören können. In seiner Studienzeit erlebte er den ganzen Prozess der Auseinandersetzung und dogmatischen Abrechnung mit Bloch, der das Leben am Institut tiefgreifend erschütterte und zeitweise gar keinen normalen Studienbetrieb mehr zuließ, aus der Nähe mit. So erfuhr er schon in jungen Jahren die Abgründe, die sich zwischen Wissenschaft und Politik auf tun können, wenn die erstere unter Zwänge politischer Instrumentalisierung gerät. Die Herausforderung, sich unter konfliktbeladenen und manchmal kaum durchschaubaren Verhältnissen orientieren und durchsetzen zu müssen, war für Parthey eine Schule des Charakters und der Willensstärke.

Auf eigentlich philosophischem Gebiet wurde er allerdings kein Anhänger Blochs. Sein eigenes philosophisches Denken bewegte sich in einer anderen, stark von den Naturwissenschaften und hier wiederum besonders von der Physik her bestimmten Richtung. Die wichtigsten Anregungen dazu erfuhr er während seiner Leipziger Studienzeit von zwei Physikern, die nicht zum Lehrkörper des Philosophischen Instituts gehörten: Gerhard Harig (1902 – 1966) und Asari [in unterschiedlichen Transkriptionen auch: Azarja oder Azarya] Polikarov (1921 – 2000). Ersterer machte ihn mit der zentralen Stellung des Experiments und der – wesentlich auf Galileo Galilei zurückgehenden – experimentellen Methode in der Genese der neuzeitlichen Naturwissenschaft vertraut, letzterer lenkte seine Aufmerksamkeit auf die erkenntnistheoretische Problematik der modernen Physik und deren grundlegende Bedeutung für zeitgemäßes Philosophieren. Besser als in Leipzig hätte man sich zu jener Zeit als angehender Philosoph an keiner anderen Universität der DDR in diese Problematik einarbeiten können.

7 Volker Caysa, Petra Caysa, Klaus-Dieter Eichler & Elke Uhl: „Hoffnung kann enttäuscht werden“. Ernst Bloch in Leipzig. Frankfurt a. M.: Anton Hain Verlag 1992.

Der ehemalige Buchenwald-Häftling Harig war nach seiner Berliner Tätigkeit als Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen in der Regierung der DDR 1957 nach Leipzig zurückgekehrt⁸, hatte dort eine Professur für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik übernommen und war kurz darauf zum Direktor des angesehenen Karl-Sudhoff-Instituts für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften⁹ ernannt worden. Zeitweilig las er auch für die Studierenden am Institut für Philosophie Geschichte der Naturwissenschaften, wobei er – nach meinen eigenen Erinnerungen als Hörer dieser Vorlesung – besonders ausführlich einerseits auf die antike Naturphilosophie und Naturforschung und andererseits auf die Herausbildung der klassischen Physik in der frühen Neuzeit und deren wissenschafts- und weltgeschichtliche Bedeutung einging. Der erstgenannte Themenkomplex traf auf ein frühes Interesse Partheys; der letztere beschäftigte Harig gerade in jenen Jahren intensiv¹⁰. In späteren Jahrzehnten hat Parthey in zahlreichen Gesprächen immer wieder Harig erwähnt und sich mit großer Hochachtung über ihn geäußert. Harig hatte in seinen Vorlesungen und Schriften nicht nur die wissenschaftshistorische Bedeutung des Übergangs der Physik von einer beobachtend-deskriptiven zu einer experimentellen Wissenschaft betont, sondern auch sorgfältig den bedingenden philosophie- und gesellschaftshistorischen Kontext dieses Übergangs herausgearbeitet, der erst möglich wurde, als das noch in der europäischen Scholastik dominierende aristotelische Paradigma, das eine experimentelle Intervention in die zu erkennende Wirklichkeit verbot, erschüttert und überwunden worden war.

Während Harig die mit der Entstehung der klassischen Physik verbundene philosophische Problematik vor den Leipziger Studenten ausbreitete, analysierte Polikarov – Gastprofessor aus Sofia und Vertreter einer jüngeren Generation von Physiker-Philosophen¹¹ – die in den Nachkriegsjahren hochaktuellen Kontroversen um die Interpretation der Basistheorien der nichtklassischen Physik einschließlich der in diesem Rahmen entwickel-

8 Hannelore Bernhardt: Zur Biographie, zu Leben und Wirken von Gerhard Harig (1902 – 1966). – In: Leibniz online 2 / 2006, 23 S.

9 Achim Thom & Ortrun Riha (Hrsg.): 90 Jahre Karl-Sudhoff-Institut an der Universität Leipzig. Leipzig: Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften 1996.

10 Gerhard Harig: Über die Entstehung der klassischen Naturwissenschaften in Europa. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 6 (1958), S. 419-450.

11 Dimitri Ginev & Robert S. Cohen (Hrsg.): Issues and Images on the Philosophy of Science: Scientific and Philosophical Essays in Honour for Azarya Polikarov. Dordrecht u. a.: Kluwer Academic 1997.

ten neuesten elementartheoretischen und kosmologischen Hypothesen¹². Diese Thematik wurde in den 1950er Jahren sowohl unter theoretischen Physikern als auch zwischen Physikern und Philosophen lebhaft diskutiert, aber Polikarov hatte eine ganz spezielle, ungewöhnliche Art, damit umzugehen. Statt sich, wie es meist der Fall war, einer dieser Interpretationen unvermittelt anzuschließen, ging er zu der gesamten Diskussionsszene auf eine methodisch durchdachte Distanz. Er sammelte und ordnete die zu einer bestimmten Basistheorie – etwa der allgemeinen Relativitätstheorie oder der nichtlinearen Quantenmechanik – in der internationalen Literatur vertretenen Interpretationen; dann identifizierte er die innerhalb einer so hergestellten Ordnung eventuell auftretenden Leerstellen – also Interpretationen, die denkmöglich waren, aber von keinem Autor faktisch vertreten wurden; schließlich konstruierte er aus den vorliegenden und den zusätzlich denkmöglichen Interpretationen zu einer gegebenen Theorie oder Hypothese das Feld möglicher Deutungen (divergente Phase). Danach versuchte er, durch inhaltliche Diskussion der verschiedenen Varianten mit plausiblen Argumenten möglichst viele von ihnen auszuschließen und so das Feld sukzessiv zu reduzieren, im Idealfall auf eine einzige überzeugende Lösung (konvergente Phase). Diese Methodik des divergent-konvergenten Vorgehens wandte Polikarov auf diverse Exempel an, hauptsächlich aus der zeitgenössischen Physik¹³. Sie wurde von anderen Autoren aufgegriffen und weiter elaboriert¹⁴.

-
- 12 Offiziell las Polikarov ab September 1956 als Gastprofessor Dialektischen Materialismus und Erkenntnistheorie für Studierende der Philosophie, des Franz-Mehring-Instituts (einer Einrichtung der Universität zur Ausbildung von Diplomlehrern für Marxismus-Leninismus) und der Fakultät für Journalistik, de facto aber breitete er unter diesem Etikett in seinen faszinierenden Vorlesungen die hier genannte Problematik aus. – Hubert Laitko: *Denk- und Lebenswege: von Leipzig über Dresden nach Berlin*. – In: Karl-Friedrich Wessel, Hubert Laitko & Thomas Diesner (Hrsg.): *Hermann Ley. Denker einer offenen Welt*. Grünwald: Kleine Verlag 2012, S. 41-108, hier S. 94-95.
- 13 Azarja P. Polikarov: *Physical Conceptions at a Crossroads*. – In: *Proc. of the XVth World Congress of Philosophy Vol. 2*. 1973, S. 353-355; Azarja A. Polikarov: *Orientirane v metodologijata na naukata: divergentno-konvergentnijat podchod*. Sofija: Nauka i Izkustvo 1987; Azarja Polikarov: *A Draft for Unifying Controversies in Philosophy of Science*. – In: *Journal of General Philosophy of Science (Dordrecht)* 29 (1998) 2, S. 225-244.
- 14 Dimiter Ginev: *The „Science – Methodology“ Iterative Cycle: An Analysis of A. Polikarov’s Methodological Views*. – In: *Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie / Journal of General Philosophy of Science* 17 (1986) 1, S. 143-153.

In den späten 1950er Jahren boten Polikarovs Vorlesungen für die Leipziger Philosophiestudenten eine herausragende – vielleicht sogar die einzige – Gelegenheit, ein explizit in Schrittfolgen zerlegtes, methodisch streng geregeltes Vorgehen bei der Exposition und Bearbeitung von Problemen kennenzulernen. Eben dieser Stil – an einem anderen Gegenstand durchgeführt – bestimmte die später in Partheys eigenem Forschungsansatz präferierte Modellierung des Forschungshandelns als methodisches Problemlösen. Einige Jahre danach, während einer weiteren Gastprofessur in Berlin, war Polikarov einer der Betreuer und Gutachter von Heinrich Partheys Dissertation¹⁵.

Die eine Seite der Mitgift, die Heinrich Parthey aus Leipzig auf seinen weiteren Lebensweg mitnahm, waren die hier exemplarisch erörterten intellektuellen Anregungen – die andere, nicht zu unterschätzende Seite waren die menschlichen Ressourcen, die sich ihm dort erschlossen. Mit seinen Leipziger Kommilitonen Klaus Fuchs-Kittowski (*1934), Lothar Kreiser (*1934), Hubert Laitko (*1935) und Reinhard Mocek (*1936) blieb er lebenslang freundschaftlich verbunden und arbeitete mit ihnen – situativ oder kontinuierlich – auf mannigfache Weise zusammen. Kreiser, der in Leipzig zu einem der führenden Logiker Deutschlands wurde und sich neben seinen logisch-systematischen Arbeiten der Geschichte der Logik und dabei auch der wesentlich von ihm selbst mitgestalteten Entwicklung des Faches in der DDR¹⁶ widmete, verkörperte für Parthey ein Muster strenger Denkdisziplin, an dem er sich in seinen methodologischen Untersuchungen orientierte. Die drei anderen Genannten führte ihr Weg – mit je unterschiedlichen Perspektiven – ebenso wie Parthey selbst in die Wissenschaftsforschung. Die von Mocek bevorzugte Perspektive war eine philosophisch-wissenschaftshistorische¹⁷; die von ihm zwischen 1977 und 1989 an der Martin-Luther-Universität als Manuskriptdruckreihe herausgegebenen *Arbeitsblätter für Wissenschaftsgeschichte* erfüllten partiell Funktionen einer (in der

-
- 15 Parthey schrieb damals gemeinsam mit seinem Mitdoktoranden Lothar Kreiser eine Rezension zu einer von Polikarov 1963 in Sofia veröffentlichten monographischen Gesamtdarstellung der philosophischen Probleme der modernen Physik, die 1966 auch in einer russischen Übersetzung erschien. – Lothar Kreiser & Heinrich Parthey: Rezension zu: Asari Polikarov: Otnositelnost i kvanti. Sofia: Akademia 1963. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 12 (1964) 12, S. 1525-1529.
 - 16 Lothar Kreiser: Logik und Logiker in der DDR. Eine Wissenschaft im Aufbruch. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2009.
 - 17 Wolfgang Krohn, Uta Eichler & Ruth Peuckert (Hrsg.): formendes LEBEN – FORMEN des Lebens. Festschrift für Reinhard Mocek zum 80. Geburtstag. Halle: Hallescher Verlag 2016.

DDR fehlenden) Zeitschrift für Wissenschaftsforschung, und zugleich widmete er sich eingehend biologiehistorischen Forschungen, deren eindrucksvolle Reihe erst unlängst mit einer bedeutenden Edition gekrönt wurde¹⁸. Fuchs-Kittowski¹⁹, dessen Forschungen sich zwischen Philosophie, Methodologie, Kybernetik und Informatik bewegten, der auch umfangreiche Beiträge zur Wissenschaftsforschung leistete und der immer mit einer überragenden Publikationsaktivität imponierte, war (und ist) die lebendige Illustration der vom Parthey gern vertretenen These, dass sich Interdisziplinarität zuerst und wesentlich im Kopf des einzelnen Wissenschaftlers ereignet, ehe sie als formendes Prinzip interpersoneller Kooperationen wirksam werden kann. Ich selbst hatte die Freude, mit Parthey zwanzig Jahre am selben Institut zu arbeiten, und sowohl Fuchs-Kittowski als auch ich waren in der GeWiF von Anfang an dabei. Insbesondere zwischen den Arbeitsgebieten von Fuchs-Kittowski und von Parthey ergaben sich direkte Schnittstellen; daraus erwuchs eine längerfristige Zusammenarbeit, die sich auch in den Jahrbüchern der Gesellschaft nachverfolgen lässt.

2. Doktorandenjahre in Berlin. Das Ley-Haus

Im Frühsommer 1959 beendete Heinrich Parthey sein Leipziger Philosophiestudium mit dem Diplom. Er hatte dort, wie dargelegt, gewisse intellektuelle Dispositionen erworben, die in Richtung Wissenschaftsforschung wiesen – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Was aus diesen Dispositionen werden könnte, war keineswegs zwingend vorherbestimmt. Für einen Philosophieabsolventen in der DDR war der Normalfall damals die Sisyphoskarriere eines Seminarassistenten an einem Institut für Marxismus-Leninismus, wie es sie an allen Universitäten und Hochschulen gab, um das für Studierende aller Fachrichtungen obligatorische gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium zu gewährleisten; ein solcher Assistent hatte die Pflicht, zahlreiche elementare Seminare über dialektischen und historischen Materialismus zu halten. Wer einmal in diesem – meist forschungsfernen –

18 Reinhard Mocek (Hrsg.): Alfred Kühn (1885 bis 1968) – Lebensbilder in Briefen. Rangsdorf: Basiliken-Press 2020.

19 Christiane Floyd, Christian Fuchs & Wolfgang Hofkirchner (Hrsg.): Stufen zur Informationsgesellschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Klaus Fuchs-Kittowski. Frankfurt a. M. u. a.: Peter Lang Verlag 2002; Frank Fuchs-Kittowski & Werner Kriesel (Hrsg.): Informatik und Gesellschaft. Festschrift zum 80. Geburtstag von Klaus Fuchs-Kittowski. Frankfurt a. M. u. a.: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften 2016.

System gelandet war, kam nur sehr schwierig und mit viel Glück wieder heraus. Dass Parthey einen anderen als den üblichen Weg beschreiten konnte, ist ein eindrucksvoller Beleg für die mitunter entscheidende Rolle des Zufalls für biographische Weichenstellungen in der Wissenschaft.

Etwa um die gleiche Zeit, als Parthey in Leipzig in seinen Diplomprüfungen steckte, verfügte das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR kurzfristig die Errichtung eines Lehrstuhls für philosophische Probleme der (modernen) Naturwissenschaft am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin; ein nennenswerter Vorlauf für diese Entscheidung konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Bemerkenswert an dieser Anweisung war weniger der Zuschnitt des Lehrstuhls selbst als vielmehr die Festlegung, dass mit ihm eine planmäßige Sonderaspirantur²⁰ verbunden war, die es jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglichte, drei Jahre lang ohne die mit einer Assistentenstelle üblicherweise verbundenen Verpflichtungen ausschließlich an ihren Dissertationen arbeiten zu können. Die Themen der Dissertationen konnten frei gewählt werden, sofern sie sich irgendwie in den mit „philosophische Probleme der Natur- (und Technik)wissenschaften“ locker skizzierten Rahmen einfügten. Der mit dieser Aspirantur eröffnete Karriereweg war neuartig und ungewohnt. Für die erste Aspirantenkohorte, die im Frühherbst 1959 beginnen sollte, wurden angesichts der späten Entscheidung kurzfristig Interessenten gesucht. Parthey griff entschlossen zu, und so wurde für ihn die Bedeutung des Experiments in der physikalischen Erkenntnis aus einem Gegenstand intellektuellen Interesses zu einem Dissertationsthema. Hätte er schon 1958 diplomiert gehabt, so hätte diese Möglichkeit noch gar nicht bestanden; hätte er sein Philosophiestudium später beendet, dann hätte er sich in einer Schar von Bewerbern um die verfügbaren Aspirantenstellen (in der Größenordnung von 10 pro Jahr) durchsetzen müssen. Für einen Aufbruch zu neuen Horizonten war das Jahr 1959 ideal – es war, mit Stefan Zweig gesprochen, seine Sternstunde.

Die dort gebotene Möglichkeit, wissenschaftlich selbstbestimmt zu arbeiten, war für ihn von größtem Wert, aber nicht weniger wichtig waren die

20 Unter einer Aspirantur wurde eine an ein Institut oder einen Lehrstuhl gebundene Einrichtung verstanden, die die wissenschaftliche Betreuung von Doktorandinnen und Doktoranden bis zu ihrer Promotion gewährleistete. Von einer planmäßigen Aspirantur (in der Regel auf drei Jahre begrenzt) sprach man, wenn dafür ein Stipendium (plus Büchergeld) gewährt wurde, das ungefähr der Höhe eines Assistentengehalts entsprach. Im vorliegenden Fall war von einer Sonderaspirantur die Rede, weil das Stipendium deutlich über der für Aspiranturen üblichen Norm lag.

Konditionen der Gruppe, in die Parthey nun eintrat. Nach den Vorgaben, die der Einrichtung der Sonderaspirantur zugrunde lagen, sollten die alljährlich neu hinzukommenden Kohorten nach ihren fachlichen Voraussetzungen ausgewogen proportioniert sein. In der Praxis bewährte sich ein Verhältnis von etwa einem Drittel Philosophen und zwei Dritteln Natur- und Technikwissenschaftlern aus möglichst vielen unterschiedlichen Fachgebieten. Zieht man zudem in Betracht, dass die Angehörigen dieser Gruppe jung, ehrgeizig und von fast allen Pflichten außerhalb der eigenen Forschung entlastet waren, die Kommunikationsschwellen niedrig lagen, die Dauer der Gespräche untereinander keinen äußeren Beschränkungen unterworfen und die Bereitschaft hoch war, anderen Gruppenmitgliedern die eigenen fachlichen Positionen geduldig zu erläutern, dann darf man wohl sagen: Eine bessere Gelegenheit, sich in Interdisziplinarität zwanglos einzüben und einzuleben, war nicht vorstellbar. Etwas Vergleichbares gab es zu jener Zeit nirgendwo sonst in Deutschland. Wenn Interdisziplinarität für Parthey zu einem Lebensthema wurde, so lagen hier die Wurzeln.

Seine Vollendung erreichte dieser produktive institutionelle Ansatz dadurch, dass der fortdauernde disziplinenübergreifende Diskurs von einer faszinierenden Persönlichkeit moderiert wurde: dem Philosophen Hermann Ley (1911 – 1990), einem Meister des assoziativen Denkens, der mit einem erstaunlichen Instinkt für wirklich Bedeutsames zahlreiche Diskurse in der wissenschaftlichen Welt simultan verfolgte und miteinander verknüpfte. Systematik konnte man von ihm nur begrenzt erwarten, dafür waren seine auf den allwöchentlichen Aspirantenkolloquien gehaltenen extemporierten Vorträge ein Springquell anregender Ideen – viele von ihnen in dem Augenblick geboren, in dem sie ausgesprochen wurden –, aus dem sich alle frei bedienen konnten²¹. Ihm waren der neue Lehrstuhl und dann auch die Leitung der um diesen gruppierten gleichnamigen Institutsabteilung anvertraut²². Für das systematische Gegengewicht sorgten weitere, meist jüngere Wissenschaftler wie insbesondere Herbert Hörz (*1933)²³, die dem Lehr-

21 Hubert Laitko: In memoriam Hermann Ley. – In: Hans-Christoph Rauh & Peter Ruben (Hrsg.): Denkversuche. DDR-Philosophen in den 60er Jahren. Berlin: Ch. Links Verlag 2005, S. 367-378.

22 Näheres zur Persönlichkeit Leys und zur Arbeitsweise seines Lehrstuhls in: Wessel, Laitko & Diesner (Hrsg.), Hermann Ley (wie Anm. 12).

23 Hörz hatte in Berlin bereits 1960 mit dem Thema „Die philosophische Bedeutung der Heisenbergschen Unbestimmtheitsrelationen“ promoviert; 1962 verteidigte er seine Dissertation B (Habilitationsschrift) mit dem Thema „Dialektischer Materialismus und Quantentheorie. Ein Beitrag zur Klärung philosophischer Probleme

stuhl zugeordnet waren. Unter ihnen war auch Polikarov, der nach seiner Leipziger Zeit von März 1958 bis Ende 1959 eine Gastprofessur in Berlin wahrnahm, also bereits am Institut war, als der neue Lehrstuhl eingerichtet wurde. Auch mehreren seiner früheren Leipziger Kommilitonen begegnete Parthey unter Leys Doktoranden wieder: Klaus Fuchs-Kittowski, Lothar Kreiser, Rolf Löther (1935 – 2020) und mir. Zugleich gewann er in dieser kreativen Runde neue Partner und Freunde, von denen es manche für das ganze Leben blieben. Von diesen möchte ich hier einen hervorheben: Karl-Friedrich Wessel (*1935), der 1962 schon als Diplomand dem Ley-Lehrstuhl eng verbunden war, 1968 dort promovierte, 1977 Leys Nachfolger wurde und 1996 ein Kolloquium zu Partheys Sechzigstem ausrichtete, aus dem ein von ihm zusammen mit Walther Umstätter herausgegebener Festband hervorging²⁴; zwanzig Jahre später war er Mitgestalter und Mitherausgeber der Festschrift zum Achtzigsten²⁵.

Noch ein weiterer Umstand ist zu bedenken. Parthey kam in Berlin nicht in eine feste Struktur mit eingeschliffenen Routinen, sondern in ein Team in statu nascendi – hier war nur ganz wenig vorab fixiert, der Arbeitsmodus konnte unter Mitwirkung aller Beteiligten flexibel entwickelt, Varianten konnten erprobt und wieder verworfen werden. Die Selbständigkeit der Aspiranten erhöhte sich noch dadurch, dass Ley fast über die gesamte Dauer von Partheys Aspirantur hinweg seine Aufgabe am Lehrstuhl als Gastprofessor im Nebenamt wahrnahm und sich um organisatorische Belange der Abteilung überhaupt nicht kümmern konnte²⁶. Erst im Frühjahr 1962 wurde seine Gastprofessur in eine reguläre Professur mit Lehrstuhl umgewandelt, zugleich übernahm er das Direktorat des Philosophischen Instituts. Partheys ausgesprochenes Talent für das Finden flexibler, einfacher und effektiver Organisationslösungen dürfte durch diese Erfahrung gefördert worden sein, und sie korrespondiert auch mit seiner späterhin deutlichen Neigung, das Konzept der Selbstorganisation auf Arbeits-

der modernen Physik“. Seine Gutachter waren in beiden Fällen Polikarov und der Physiker-Philosoph Klaus Zweiling, im zweiten zusätzlich auch noch Ley.

24 Umstätter & Wessel (Hrsg.), Interdisziplinarität (wie Anm. 1).

25 Vivien Petras, Walther Umstätter & Karl-Friedrich Wessel (Hrsg.): Theorien und Konzepte des wissenschaftlichen Erkennens. Festschrift zum 80. Geburtstag von Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2017.

26 Ley, der seit dem 1. 1. 1954 einen Lehrstuhl für dialektischen und historischen Materialismus an der TH Dresden innehatte, war im Juli 1956 zum Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR ernannt worden – eine Aufgabe, die auch nach der Einrichtung des wissenschaftsphilosophischen Lehrstuhls an der Humboldt-Universität den größten Teil seiner Arbeitskraft in Anspruch nahm.

weise und Evolution von Forschergruppen und Forschungsinstituten zu beziehen.

Markenzeichen des Lehrstuhls – passend zum jugendlichen Alter der Aspiranten – waren das lebhafte Gefühl, etwas gänzlich Neues zu wagen, und der daraus hervorgehende Enthusiasmus und Pioniergeist. Dieser Pioniergeist war eingebettet in einen allgemeinen, lagerübergreifenden Wissenschaftsoptimismus, der die öffentliche Meinung nicht weniger deutlich prägte als der – ausgerechnet an Partheys 25. Geburtstag begonnene – Mauerbau mit seinen einschneidenden Konsequenzen. Es ist heute kaum mehr möglich, die immense Spannung jener Jahre subjektiv nachzuvollziehen, aber sie beeinflusste das Denken und Empfinden von Wissenschaftlern, die damals jung waren, nicht weniger als das unmittelbare fachliche Mikromilieu, in dem sie arbeiteten. Für sich genommen, war der Verzweigungsschritt des Mauerbaus unstrittig das Signal einer historischen Defensive, in die der Ostblock geraten war – aber gerade erst vier Monate vorher, am 12. April 1961, hatte Jurij A. Gagarin (1934 – 1968) mit dem sowjetischen Raumschiff Wostok 1 als erster Mensch die Erde umrundet und damit die epochale Herausforderung an den Westen, die mit dem „Sputnikschock“²⁷ vier Jahre zuvor jäh deutlich geworden war, noch einmal massiv verstärkt. Signum der Zeit war nicht das Untergangsszenarium einer unaufhaltsam fortschreitenden Defensive, sondern vielmehr eine spannungsgeladene historische Unbestimmtheit, in der mittelfristig noch alles möglich schien, und die Wissenschaft galt als Joker im Kampf der Systeme. Asif A. Siddiqi (*1966), überragender Kenner der Raumfahrtgeschichte und Vertragshistoriker der NASA, hat das in seinem Werk *Challenge to Apollo: The Soviet Union and the Space Race, 1945 – 1974* ausführlich analysiert und eindringlich beschrieben²⁸. Diese Situation legte jungen Wissenschaftlern einen weiten politischen und philosophischen Horizont nahe, in dem sich ihr allgemeines Verständnis von der Wissenschaft, ihrer gesellschaftlichen Rol-

27 Paul Dickson: Sputnik – the Shock of the Century. New York: Walker 2001.

28 Im Vorwort heißt es: „After the launch of Sputnik in October 4, 1957, in the public image, the Soviet Union moved from being a nation of obsolete agricultural machines to a great technological superpower. Gagarin’s flight less than four years later eliminated any remaining doubts about Soviet prowess in space exploration. In both cases, the Americans had legged behind badly. These two pivotal achievements led eventually to the race to the moon – a race of epic proportions that culminated in the Apollo landing in 1969“. – Asif A. Siddiqi: *Challenge to Apollo: The Soviet Union and the Space Race, 1945 – 1974*. Washington, D.C.: NASA History Division 2000, S. XI. – Zit. nach dem im Internet verfügbaren Volltext: <https://history.nasa.gov/SP-4408pt1.pdf> [Zugriff 23. 3. 2021].

le, ihren Möglichkeiten und ihrer Verantwortung bildete, und das Ley-Haus war ein geeigneter Ort, um dafür zu sensibilisieren. Abgeschottetes Nurnspezialistentum war obsolet. Das war der große Rahmen, der auch Partheys Persönlichkeit prägte, und man darf ihn keineswegs ausblenden, wenn man seine Laufbahn verstehen will.

In der Eile, mit der die neue Einrichtung ins Leben gerufen wurde, spielten die universitären Traditionen des Dialogs zwischen Philosophie und Naturwissenschaften, an denen es in Berlin nicht gänzlich fehlte, kaum eine Rolle. Im Gedächtnis der Akteure waren allenfalls noch die diesbezüglichen – und keineswegs erfolglosen – Bemühungen von Georg Klaus (1912 – 1974), der zwischen 1953 und 1958 die Leitung des Philosophischen Instituts innegehabt hatte²⁹, aber schon die fortdauernden Spannungen zwischen Klaus und Ley, die einer gedeihlichen Zusammenarbeit beider im Wege standen, hätten eine direkte Anknüpfung verhindert. Gänzlich in Vergessenheit geraten waren die Vorlesung „Philosophie und Naturwissenschaften“, die der Physiker und Philosoph Klaus Zweiling (1900 – 1968) von 1949 bis 1951 dort gehalten hatte³⁰, und die seinerzeit wegen ihrer frischen, unkonventionellen Gedankenführung als spektakulär empfundene Vorlesung des österreichischen Marxisten und Schlick-Schülers Walter Hollitscher (1911 – 1986) im Studienjahr 1949/50³¹. Während die Vorlesung Hollitschers erst mit ihrer Marburger Publikation 1991³² wieder rezipiert wurde, als es den Berliner Lehrstuhl schon nicht mehr gab, wurde die Gemeinschaft um Ley bereits früh auf die von Hans Reichenbach (1891 – 1953) mit seiner Berliner Schule (auch: Berliner Kreis) der Wissenschaftsphilosophie Mitte der 1920er Jahre begründete Tradition aufmerksam; vermutlich stammte der erste Hinweis von dem Berliner theoretischen Physiker und Wissenschaftsphilosophen Martin Strauss (1907 - 1978), der zum Ley-Lehrstuhl in guten Beziehungen stand³³.

29 Laitko, Denk- und Lebenswege (wie Anm. 12), S. 96-101.

30 Mit einer Schrift zu diesem Thema hatte er sich bereits 1948 in Berlin habilitiert. – Peter Ruben: Klaus Zweiling, der Lehrer. – In: Volker Gerhardt & Hans-Christoph Rauh (Hrsg.): Anfänge der DDR-Philosophie. Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern. Berlin: Ch. Links Verlag 2001, S. 360-387, hier S. 373.

31 Hubert Laitko: Walter Hollitscher und seine Naturdialektik-Vorlesung in Berlin 1949/50. – In: Gerhardt / Rauh (Hrsg.), Anfänge (wie Anm. 30), S. 420-455.

32 Walter Hollitscher: Vorlesungen zur Dialektik der Natur. Erstveröffentlichung der 1949/1950 an der Humboldt-Universität gehaltenen Vorlesungsreihe. Marburg 1991.

33 Martin Strauss: Hans Reichenbach und die Berliner Schule. – In: NTM Beiheft 1 (1963), S. 268-378; Hartmut Hecht & Dieter Hoffmann: Die Berufung Hans Rei-

Es geschieht nicht selten, dass die Protagonisten wissenschaftlicher Entwicklungen die Kontexte, in denen sie agieren, unzureichend wahrnehmen; dennoch fügen sie sich objektiv in diese Kontexte ein und tragen zu ihnen bei. Für den Berliner Lehrstuhl betraf das nicht nur die historischen Traditionen der Wissenschaftsphilosophie am Ort, sondern auch aktuelle Zusammenhänge, die sich bis in internationale Dimensionen erstreckten. Nur drei Tage, nachdem die Errichtung des Berliner Lehrstuhls amtlich verfügt worden war, hielt am 7. Mai 1959 in Cambridge der englische Physiker und Romancier Charles Percy Snow (1905 – 1980) seine berühmt gewordene Rede über die „zwei Kulturen“³⁴. Darin diagnostizierte er während eine sich weltweit vertiefende Kluft zwischen der philosophisch-literarisch-geisteswissenschaftlichen und der naturwissenschaftlich-technischen Kultur und appellierte an die Intellektuellen, diese Kluft von beiden Seiten her aktiv zu schließen, ehe sich ein Abgrund gegenseitiger Sprachlosigkeit auftut³⁵. In der Frühzeit des Ley-Lehrstuhls war Snows *Rede Lecture* dort kein Thema; nichtsdestoweniger traf die Berliner Gründung punktgenau das Anliegen des englischen Intellektuellen³⁶.

Die Gründung des Berliner Lehrstuhls fiel in eine Periode, in der in ganz Deutschland die philosophische Verarbeitung der durch den Übergang von der klassischen zur nichtklassischen Physik im ersten Drittel des 20. Jhs. aufgeworfenen erkenntnistheoretischen Fundamentalfragen, die in den Jahren der Nazidiktatur und des zweiten Weltkriegs weitgehend zum Erliegen gekommen war, noch einmal aufgenommen wurde und ihren relativen Abschluss fand. Deshalb war auch am Ley-Lehrstuhl unter den verschiedenen Fachgebieten, deren philosophisch relevante Erkenntnisprobleme dort bearbeitet wurden, in den ersten Jahren die Physik die dominierende Referenzwissenschaft. Dem entsprachen die Forschungsprofile von Hörz und Polikarov, und hier reihte sich auch Parthey mit seinem Dissertationsthema ein. Besonders wichtig war, dass er für seine philosophisch-methodologische Beschäftigung mit dem physikalischen Experiment das Experimen-

chenbachs an die Berliner Universität. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 30 (1982), S. 651-662.

34 Charles Percy Snow: *The Rede Lecture, 1959: The Two Cultures*. Cambridge University Press 1959.

35 Helmut Kreuzer (Hrsg.): *Die zwei Kulturen. Literarische und naturwissenschaftliche Intelligenz*. C. P. Snows These in der Diskussion. München: dtv 1987.

36 Es war mein verstorbener Freund Martin Guntau (1933 – 2019), wie ich Angehöriger der zweiten Aspirantenkohorte und ein guter Bekannter Parthey's, der mich auf die Koinzidenz dieser beiden Ereignisse hinwies.

tieren nicht nur aus der Literatur zur Kenntnis nahm, sondern an der Humboldt-Universität selbst physikalische Experimentalpraktika absolvierte und Physikvorlesungen hörte. Die Aspirantur war so angelegt, dass die jungen Naturwissenschaftler während der drei Jahre am Philosophischen Institut ein philosophisches Zusatzstudium erhielten, während die Philosophen in derjenigen Fachwissenschaft, deren philosophische Problematik sie in ihren Dissertationen bearbeiten wollten, Lehrveranstaltungen zu besuchen hatten – und zwar nicht in einer für Laien aufbereiteten Soft-Variante, sondern in der für die Studierenden des jeweiligen Faches bestimmten Gestalt und mit diesen gemeinsam (mindestens die großen Einführungsvorlesungen und elementare Praktika). Mit diesem Hintergrund erarbeitete Parthey seine 1963 – kurz nach Abschluss seiner planmäßigen Aspirantur – verteidigte Dissertation *Das Experiment und seine Funktion im Erkenntnisprozeß der Physik*³⁷. Sie wurde nicht im Wortlaut gedruckt, aber er benutzte ihre Ergebnisse in mehreren im Anschluss verfassten Publikationen³⁸.

Vor allem in den ersten Jahren des Ley-Lehrstuhls war eine kompakte polydisziplinäre Präsentation seiner Ergebnisse in Form von Sammelbänden wichtig. Eine der frühesten Präsentationen war der 1964 von Herbert Hörz und Rolf Löther herausgegebene Band *Natur und Erkenntnis. Philosophisch-methodologische Fragen der modernen Naturwissenschaft*. Partheys darin enthaltener Beitrag *Allgemeine Merkmale des Experiments in der Entwicklung der Physik* schöpfte unmittelbar aus seiner Dissertation³⁹. In diesem Text kann man die Herausbildung des Begriffsnetzes, das bei Parthey später eine nahezu axiomatische Festigkeit annahm, gleichsam unter der Lupe verfolgen.

-
- 37 Heinrich Parthey: *Das Experiment und seine Funktion im Erkenntnisprozeß der Physik*. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin. Philosophische Fakultät. Dissertation (A) vom 6. Februar 1963; ders.: *Das Experiment und seine Funktion im Erkenntnisprozeß der Physik*. Autorreferat. – In: *Wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe* 12 (1963) 7/8, S. 990-991.
- 38 Heinrich Parthey: *Zu philosophischen Problemen der modernen Physik – Erkenntnistheorie und Methodentheorie des Experiments in der Physik*. – In: *Wiss. Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Mathematisch-Naturwissenschaftliche Reihe* 13 (1964) 2/3, S. 215-218; ders.: *Experiment und weltanschauliche Bildung im Physikunterricht*. – In: *Physik in der Schule* (Berlin) 2 (1964) 7/8, S. 301-303.
- 39 Heinrich Parthey: *Allgemeine Merkmale des Experiments in der Entwicklung der Physik*. – In: Herbert Hörz & Rolf Löther (Hrsg.): *Natur und Erkenntnis. Philosophisch-methodologische Fragen der modernen Naturwissenschaft*. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1964, S. 37-57.

Ausgangspunkt war die Unterscheidung von (bloßer) Beobachtung und Experiment als einer „Erkenntnismethode, die Naturerscheinungen in ihrer Veränderung und Abhängigkeit von bedingenden Faktoren aufsucht und der Beobachtung zugänglich macht“⁴⁰. Das Experiment ist demnach nicht etwas gänzlich anderes als die Beobachtung, sondern schließt diese als ein unentbehrliches Element in einen komplexeren Handlungszusammenhang ein; die Spezifizierung des Experiments als kognitives Instrumentarium impliziert also die Unterscheidung von nicht- oder präexperimenteller und experimenteller Beobachtung. Entscheidend für die methodologische Charakteristik des Experiments ist aber nicht der Bedingungs-zusammenhang als solcher, sondern die Möglichkeit, diesen Zusammenhang aktiv, operational herzustellen und zu variieren; was hier nicht ganz präzise als „Aufsuchen“ bezeichnet wird, ist strenggenommen ein vom Experimentator bewusst vollzogenes oder veranlassetes Setzen von etwas, das von Natur aus so nicht vorhanden ist. Unterstellt wird ferner ein kausaler Zusammenhang zwischen experimentellem Eingriff und beobachtbarem Effekt, dessen Stabilität auf im Untersuchungsbereich gültigen (Natur)gesetzen beruht. Darin wiederum liegt die Garantie für die Wiederholbarkeit von Experimenten und die Reproduzierbarkeit ihrer Ergebnisse. Parthey sah im Gesetz einen (den?) Weg zum validen Nachweis der Existenz oder Nichtexistenz hypothetisch angenommener Kausalzusammenhänge, während die Beobachtung allein zwar zu deren Vermutung hinleiten, aber deren Nachweis nicht zu leisten vermag. Hier findet man in nuce das philosophische Fundament der von Parthey lebenslang vertretenen und praktizierten Wissenschaftsauffassung. Wissenschaft war für ihn per se Gesetzeserkenntnis; eine Erweiterung des Wissenschaftsbegriffs über die Sphäre der Gesetzeserkenntnis hinaus wäre für ihn schwerlich diskutabel gewesen.

Die epistemologische Funktionsbestimmung des Experiments führte Parthey auf die historische Frage, warum dieses Erkenntnismittel erst so spät Bürgerrecht im wissenschaftlichen Erkennen erhielt. Er hob die überragende Rolle Galileis bei seiner Einführung in die naturwissenschaftliche Praxis und bei der Überwindung des aristotelischen Erbes hervor, das der Anerkennung seiner Legitimität im Wege stand⁴¹. Es liegt nahe, darin eine bleibende Spur des Einflusses zu vermuten, den Harig in Leipzig auf ihn ausgeübt hatte. Parthey war seiner ganzen Denkweise nach ein Systematiker und Strukturalist, kein Historiker; nichtsdestoweniger kam er auf einige

40 Ebd., S. 39.

41 Ebd., S. 40-41.

wissenschaftshistorische Motive immer wieder zurück, und an prominenter Stelle stand dabei die Betonung von Galilei und dessen Gegenüberstellung mit Aristoteles. Bei der historischen Verortung des (physikalischen) Experiments nahm Parthey auch die auf Karl Marx zurückgehende und vor allem über John Desmond Bernal (1901 – 1971) in die neuere Wissenschaftsreflexion transportierte Idee⁴² auf, dass dieser geschichtliche Schritt nicht einfach mit der Ausnahmepersönlichkeit Galileis zu erklären sei (also von einem anderen, ähnlich exzeptionell veranlagten Gelehrten gegebenenfalls auch schon Jahrhunderte früher hätte vollzogen werden können), sondern erst möglich wurde, als die Produktivkraft der Arbeit in den avanciertesten Sphären der gesellschaftlichen Produktion ein bestimmtes, durch die historische Forschung näher zu spezifizierendes Niveau erreicht hatte. Diese Position akzeptierte Parthey als eine Prämisse, aber seine späteren Forschungen bewegten sich nicht in die Richtung ihrer weiteren Ausgestaltung.

Im gleichen Text sind noch weitere Momente der für Parthey charakteristischen Wissenschaftsauffassung im Stadium ihrer Herausbildung zu erkennen. Sehr wichtig ist dabei die – hier noch nicht voll ausdifferenzierte – Unterscheidung von *Experiment* (als einem technikvermittelten Handlungskomplex) und *experimenteller Methode* (als einem System von Regeln und Prinzipien, dem das Entwerfen, Ausführen und Auswerten von Experimenten folgt). Einmal nennt er das Experiment eine „Erkenntnismethode“⁴³, einmal spricht er von Prinzipien der experimentellen Methode, die nicht mit den Merkmalen des Experiments zu verwechseln seien⁴⁴.

In seiner Dissertation analysierte Parthey exemplarisch eine Reihe von berühmten Experimenten aus unterschiedlichen Etappen der Physikgeschichte – von Galileis klassischen Versuchen zum Nachweis des Fallgesetzes über die 1895 durch Lummer und Wien ausgeführten Experimente zur Hohlraumstrahlung, die der Einführung des elementaren Wirkungsquantums durch Planck zugrunde lagen, bis hin zu damals ganz aktuellen Elementarteilchen-Experimenten aus den 1950er Jahren. Diese komparative Perspektive eröffnete ihm die Möglichkeit, auch in der epistemologisch-methodologischen (und nicht nur in der physikalisch-inhaltlichen) Charakteristik von Experimenten mehrere Allgemeinheitsstufen zu unterscheiden.

42 Hubert Laitko: Prolegomena zur heuristischen Begegnung mit Marx. – In: Wolfgang Girmus & Andreas Wessel (Hrsg.): Lebendiges Denken: Marx als Anreger. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag GmbH 2020, S. 11-51, hier S. 26-35.

43 Parthey, Allgemeine (wie Anm. 39), S. 39.

44 Ebd., S. 42-43.

Auf der obersten Stufe – Parthey sprach von allgemeinen Merkmalen⁴⁵ – waren diese Merkmale historisch invariant; er nannte erstens die Herstellung von Bedingungen zur Isolation von Unwesentlichem, zweitens die Auslösung einer bewusst angeordneten Folge von Ereignissen und die Beobachtung ihrer Wirkungen sowie drittens die Kontrollierbarkeit („Wohldefiniertheit“) der experimentell gesetzten Bedingungen, wobei er das erstgenannte Merkmal als das bestimmende ansah⁴⁶. Auf dieser Basis wandte er sich gegen Übertreibungen der qualitativen Neuartigkeit, die der nichtklassischen Physik im Vergleich zur klassischen zugeschrieben wurde. Während das, was Parthey unter der Rubrik „Merkmale“ erörterte, die interne Struktur des Experiments charakterisieren sollte, gaben die „Prinzipien der experimentellen Methode“ dessen Beziehungen zum theoretischen Erkennen an. Dabei nannte er erstens das Prinzip, dass eine aus bereits vorliegenden Erkenntnissen sachlich begründete Hypothese Ausgangspunkt des wissenschaftlichen Experimentierens (zum Unterschied vom theorieleeren Probieren) sein sollte; zweitens das Prinzip, dass von dieser Hypothese ausgehend eine zu ihrer Überprüfung geeignete experimentelle Anordnung von Naturerscheinungen hergestellt werden müsse („Was die Natur dem Beobachter bisher nicht erscheinen ließ, das muß ihr durch Veränderung ihrer Erscheinungsform abgezwungen werden“); und drittens das Prinzip, dass die Experimentalresultate der theoretischen Erfassung und Verarbeitung bedürfen⁴⁷. So weit bewegten sich Partheys Überlegungen im Rahmen der Forschungsrichtung, die „philosophische Probleme der Physik“ genannt wurde, doch zugleich wurden schon Konturen weiterführender Überlegungen sichtbar. Disziplinübergreifende Vergleichsmöglichkeiten ergaben sich daraus, dass etwa gleichzeitig einige weitere Aspiranten Eigenheiten des Experiments in anderen Wissenschaftsdisziplinen bearbeiteten.

In seiner Dissertation verblieb Parthey im Rahmen der Physik als Referenzwissenschaft für seine philosophischen Untersuchungen. Während der ersten zehn bis fünfzehn Nachkriegsjahre dominierten physikbezogene Fragestellungen die wissenschaftsphilosophischen Debatten. Einerseits war der Gedankenaustausch darüber, was die paradigmatischen Umbrüche in der Physik während des ersten Jahrhundertdrittels – die Quantentheorie und die Relativitätstheorie – für unser Wirklichkeits- und Weltverständnis bedeuten, durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen, aber noch nicht bis zu einem relativen Abschluss geführt worden. Andererseits hatten jüngste

45 Ebd., S. 48.

46 Ebd., S. 50-51.

47 Ebd., S. 42-43.

Entwicklungen – die Kernwaffen als neuer Prototyp wissenschaftsbasierter Massenvernichtungsmittel und die mit der Kernenergetik verbundenen immensen Zukunftshoffnungen – der alten Frage nach den gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Entdeckungen und nach der Verantwortung, die die Wissenschaftler dafür übernehmen müssen, höchste Aktualität und Brisanz verliehen. Zugleich aber forderten die Biowissenschaften, die auf breiter Front zu den molekularen Grundlagen der Lebensprozesse vordrangen, zunehmende Beachtung. Mit der Entschlüsselung der molekularen Grundlagen der Vererbung – einem komplexen Geschehen mit zahlreichen Beteiligten, dessen aufsehenerregende Dominante der 1952/53 erfolgte Nachweis der Doppelhelix-Struktur der DNA durch James Watson (*1928) und Francis Crick (1916 – 2004) war – wurde das bis dahin geltende Protein-Paradigma des Lebens durch ein anderes, neues abgelöst. Hans-Jörg Rheinberger (*1946) veranschlagt für die Etablierung des neuen Paradigmas den Zeitraum von 1950 bis 1965⁴⁸. Mitten in diesen Paradigmenwechsel fiel die Gründung des Ley-Lehrstuhls, und die jüngsten Entwicklungen in den Grundlagen der Biowissenschaften fanden dort von Anfang an höchste Aufmerksamkeit. Parthey arbeitete zwar nicht selbst über diese Problematik, doch er lebte längere Zeit in einer Atmosphäre, in der sie lebhaft diskutiert wurde. Dies mag ihm später den Kontakt mit Biowissenschaftlern erleichtert haben, als er in diesem Milieu umfangreiche empirische Untersuchungen über Interdisziplinarität vornahm.

Im Ostblock hatte die Beschäftigung mit Grundfragen der modernen Genetik überdies Konnotationen, die über die bloße Öffnung des Horizonts zu den Biowissenschaften hin weit hinausgingen und für den Umgang von Philosophen und Naturwissenschaftlern miteinander stilbildend waren. Nach dem Tod Josef W. Stalins (1878 – 1953) wurde die Machtposition seines Günstlings Trofim D. Lyssenko (1898 - 1976) – eines parteilosen Züchters und wissenschaftlichen Scharlatans, dessen unheilvolles Wirken die sowjetischen Bio- und Agrarwissenschaften fast zwei Jahrzehnte lang schwer geschädigt und, in abgeschwächter Form, die Wissenschaftsatmosphäre in der DDR beeinträchtigt⁴⁹ hatte – sukzessiv untergraben und

48 Hans-Jörg Rheinberger: Kurze Geschichte der Molekularbiologie. – In: Ilse Jahn (Hrsg.): Geschichte der Biologie. Theorien, Methoden, Institutionen, Kurzbiographien. 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Heidelberg / Berlin: Spektrum Akademischer Verlag 2000. S. 622-663, hier S. 652-660.

49 Ekkehard Höxtermann: „Klassenbiologen“ und „Formalgenetiker“ – Zur Rezeption Lyssenkos unter den Biologen der DDR. – In: Acta Historica Leopoldina (Halle) 36 (2000), S. 273-300.

schließlich beseitigt. Lyssenko hatte, obwohl er selbst nicht im mindesten Philosoph war, für einen bevormundenden, ideologisierenden Stil im Verhalten der marxistischen Philosophen gegenüber den Naturwissenschaftlern gestanden. Der Ley-Lehrstuhl war eine der ersten philosophischen Institutionen im Ostblock, die den Lyssenkoismus entschieden bekämpften, und diese Auseinandersetzung kulminierte in den ersten Jahren, als Parthey dort Doktorand war⁵⁰. Der wohl wichtigste Gewährsmann in dieser Frage war für Ley der von ihm hoch geschätzte und international angesehene Pflanzengenetiker Hans Stubbe (1902 – 1989), Direktor des (1948 an die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) überführten) Instituts für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben⁵¹ und erster Präsident der 1951 gegründeten Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (DAL)⁵². Im Umkreis von Hermann Ley wurde ein respektvolles, dialogisches Wechselverhältnis zwischen Philosophen und Naturwissenschaftlern praktiziert⁵³, sowohl zwischen den Aspiranten unterschiedlicher fachlicher

-
- 50 Rolf Löther: Erinnerungen an meinen wissenschaftlichen Werdegang. – In: Ilse Jahn & Andreas Wessel (Hrsg.): Für eine Philosophie der Biologie – For a Philosophy of Biology. Festschrift to the 75th Birthday of Rolf Löther. München: Kleine Verlag 2010, S. 81-95, hier S. 85-88.
- 51 Hans Stubbe: Geschichte des Instituts für Kulturpflanzenforschung Gatersleben der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1943 – 1968). Berlin: Akademie-Verlag 1982.
- 52 Anfang 1951 hatte Stubbe mit einer Delegation von Agrarwissenschaftlern und -technikern aus der DDR eine Studienreise in die UdSSR unternommen, hatte dort mit Lyssenko gesprochen und hatte seitdem, auch in Publikationen, sachlich und unpolemisch, aber kompromisslos gegen dessen pseudowissenschaftliche Vererbungslehre argumentiert; zudem ließ er in Gatersleben in mehrjährigen Versuchsserien durch seinen Mitstreiter und späteren Nachfolger Helmut Böhme (1929 – 2015) und weitere junge Wissenschaftler Lyssenkos Behauptungen minutiös überprüfen und widerlegen. Mit Stubbe wurde ein erklärter wissenschaftlicher Gegner Lyssenkos Präsident der neuen DDR-Landwirtschaftsakademie – sicher auch ein Zeichen von Rückgrat der damaligen DDR-Führung gegenüber der sowjetischen Vormacht. – Siegfried Kuntsche: Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften als Zweigakademie. – In: Wolfgang Girnus & Klaus Meier (Hrsg.): Forschungsakademien in der DDR – Modelle und Wirklichkeit. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2014, S. 335-379, hier S. 335-344.
- 53 Etwa um die Zeit, als Partheys Aspirantur endete, beschrieb Ley auf einem im September 1962 von der Weltföderation der Wissenschaftler in Moskau veranstalteten Internationalen Symposium über Hochschulbildung die Arbeitsweise seines Lehrstuhls und die Intentionen der damit verbundenen Aspirantur mit folgenden Worten: „Auf den modernsten Gebieten der Naturwissenschaften ergeben sich echte philosophische Probleme, die auf benachbarte und entfernte Gebiete aus-

Provenienz als auch mit den verschiedenen „gestandenen“ Naturwissenschaftlern, die gelegentlich als Gäste zu den Veranstaltungen kamen und das Anliegen des Lehrstuhls als Mitbetreuer und Zweitgutachter der Dissertationen unterstützten⁵⁴. Die Doktoranden lernten diesen Umgang miteinander als Normalität kennen, und sie konnten sich zudem als Angehörige einer Avantgarde fühlen, die eine Atmosphäre bedrückender Enge erfolgreich überwand. Diese Aufbruchstimmung prägte sie für ihr ganzes Leben.

3. Rostock. Ein Forschungsprogramm entsteht

Mit der Berliner Promotion hatte Heinrich Parthey einen Meilenstein in seiner *philosophischen* Laufbahn erreicht, und zugleich hatte er, noch ohne den fachlichen und beruflichen Rahmen der Philosophie zu verlassen, die Weichen in Richtung *Wissenschaftsforschung* – oder, wie man damals noch zu sagen vorzog, in Richtung *Wissenschaftswissenschaft* oder *Wissenschaft von der Wissenschaft* (*science of science*)⁵⁵ – gestellt. Diese Weichenstellung wird deutli-

strahlen. Deshalb sollen sich die Studenten bereits in den höheren Semestern mit diesen Fragen gründlich vertraut machen. Um den verschiedenen Anforderungen der einzelnen Fächer entsprechen zu können, bilden wir gegenwärtig an der Humboldt-Universität Berlin Gruppen junger Naturwissenschaftler und Philosophen aus, die sich wechselseitig dem anderen Fache zuwenden. Philosophen studieren Naturwissenschaften und umgekehrt. Enger persönlicher Kontakt während mehrerer Jahre fördert die Kenntnisnahme anderer wissenschaftlicher Bereiche. Mit Abschluss ihrer Dissertation gehen sie in die akademische Lehrtätigkeit, um entsprechend ihrer Ausbildung mit dem Lehren zugleich ihre Fachausbildung zu erweitern. Während des Zusatzstudiums sind Menschen zusammen, die nach Wahl und Neigung aus den Hauptrichtungen der Naturwissenschaften kommen und die Wechselbeziehungen zwischen diesen im Austausch der Gedanken zu einem lebendigen Wissensbestandteil werden lassen“. – Hermann Ley: Die Rolle der Gesellschaftswissenschaften und der Fremdsprachen bei der Ausbildung von Naturwissenschaftlern und Technikern. Hrsg. vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft. Berlin 1963, S. 207-217, hier S. 214.

- 54 Dem von Hans-Christoph Rauh (*1939) zusammengestellten vollständigen Verzeichnis aller am Lehrstuhl unter Hermann Ley und unter seinem Nachfolger Karl-Friedrich Wessel verteidigten Dissertationen A und B ist zu entnehmen, wie viele angesehene Fachwissenschaftler als Mitbetreuer dieser philosophischen Arbeiten tätig waren. – Gesamtverzeichnis der Absolventen. Dokumentiert von Hans-Christoph Rauh. – In: Wessel, Laitko & Diesner (Hrsg.), Hermann Ley (wie Anm. 12), S. 479-520.
- 55 Ausführlich zur terminologischen Situation in den 1960er Jahren siehe das Vorwort des Herausgebers Günther Lotz in: Gennadi M. Dobrov: *Wissenschaftswissenschaft. Einführung in die Allgemeine Wissenschaftswissenschaft*. Berlin: Aka-

cher, wenn man sein Dissertationsthema mit jener Art von Themen vergleicht, die damals von den Aspiranten am Ley-Lehrstuhl bevorzugt bearbeitet wurden. Da ging es um die Begriffe Gesundheit und Krankheit in der Medizin, die Begriffe Raum und Zeit in der Speziellen Relativitätstheorie, die Begriffe Kausalität und Gesetzmäßigkeit bei der Erklärung der Katalyse, die philosophische Deutung des Zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik und dergleichen mehr. Im Mittelpunkt der Beachtung standen vielfach Begriffe (auch: Begriffspaare und Begriffsnetze) und ihr Wandel im Verhältnis zu Kategorien der philosophischen Weltdeutung, und die Ebene der Begriffe als ideeller Entitäten ließ sich prinzipiell in Abstraktion von den Personen erörtern, die über diese Begriffe verfügten und mit ihnen agierten. Die Beschäftigung mit dem Experiment hingegen führte über die Grenzen dieser Abstraktion hinaus, und das gleich in zweifacher Hinsicht: Zum ersten wurde damit der Fokus von der Untersuchung des *Wissens* auf die Analyse des *Forschens* verlagert, und zum zweiten wurde das Forschen nicht mehr als bloße Denktätigkeit konzeptualisiert, sondern als eine komplexe Aktivität, die die *materielle* Wechselwirkung der Forschenden mit der Experimentalanlage einschließt und damit ihre psychischen *und* physischen, ihre motorischen *und* sensorischen Fähigkeiten in Anspruch nimmt.

Diese Schwerpunktverlagerung war für den Übergang von der philosophischen Wissenschaftsreflexion zur Wissenschaftsforschung charakteristisch. Allerdings ging sie im gegebenen Fall nicht über die methodologische Ebene hinaus: Das Experimentieren wird als eine Sequenz regelgeleiteter Prozeduren abgebildet, die zeitliche Ordnung dieser Prozeduren (vorher – nachher) wird beachtet, aber die Realzeit des Ablaufes spielt keine Rolle. Dem entspricht eine radikale Reduktion der Subjektivität. Wenn Parthey „der Forscher“, „der Experimentator“ oder „der Wissenschaftler“ schreibt, so ist damit ein abstraktes, durch das Verfügen über einen Satz von Kompetenzen und Ressourcen hinreichend charakterisiertes Subjekt gemeint. Ob es sich dabei um ein Individuum oder ein Kollektiv, eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler handelt, spielt keine Rolle; es handelt sich also, wie man heute sagt, um „generische Maskulina“. Das muss beim Um-

demie-Verlag 1969, S. VII-LV, hier S. XV-XXIX. – Der Physiker Lotz war einer der Pioniere der neuen Forschungsrichtung in der DDR und schlug bereits 1968 vor, die Bezeichnung *Wissenschaftsforschung* zu bevorzugen. – Günther Lotz: Wissenschaftsforschung, Wissenschaftsorganisation, Wissenschaftsökonomie und weitere 13 Termini der Wissenschaftswissenschaft und ihrer Grenzgebiete – Definitionen und Erläuterungen. Physikalisch-Technisches Institut der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Preprint PTI 68–6. Berlin 1968.

gang mit der Terminologie beachtet werden, die Parthey immer, auch noch in seinen späten Texten, verwendet hat. Seine Sprache war davon geprägt, dass er sich im Grunde als Methodologe verstand und von dort her späterhin sein Repertoire um bestimmte empirisch-soziologische Praktiken erweiterte.

Nachdem er seine Berliner Dissertation abgeschlossen hatte, stand er gleichsam auf dem Sprungbrett, disponiert für den Weg in die Wissenschaftsforschung. Die 1960er Jahre waren weltweit jene Periode, in der die an vielen Stellen unabhängig voneinander entstandenen und in Richtung Wissenschaftsforschung weisenden Diskurse konvergierten, sich verdichteten und miteinander vernetzten. Seine Promotions- und Postdoc-Jahre fielen in diese diskussionsfreudige, von Aktivität vibrierende Zeit. Während Parthey seine letzten Doktorandenmonate in Berlin verbrachte, publizierte in den USA der Physiker und Physikhistoriker Thomas S. Kuhn (1922 – 1996) sein bahnbrechendes Buch *The Structure of Scientific Revolutions*⁵⁶. Es wurde allgemein als ein Paukenschlag in der – wie Kurt Bayertz (*1948) sie nannte – „antipositivistischen Wende“⁵⁷ empfunden, die die Perspektive der Wissenschaftstheorie von der synchronen Interpretation und Strukturanalyse von Wissensbeständen zur diachronen Betrachtung ihrer Evolution verlagerte. Von dieser Veröffentlichung ging eine weltweite, lagerübergreifende Diskussionswelle aus, die aber erst etwa fünf Jahre nach dem Erscheinen – etwa mit der deutschen Übersetzung (1967) – einsetzte. Einer der ersten deutschen Autoren, die auf Kuhns Theorieangebot reagierten, war übrigens Gerhard Harig kurz vor seinem Tod; Wolfgang Krohn (*1941) nannte Harigs Überlegungen eine „erstaunlich frühe Auseinandersetzung“ mit Kuhn⁵⁸.

Im Fall der Wissenschaftsforschung wiederholte sich, was in der Wissenschaftsgeschichte bei der Herausbildung neuer Gebiete oft zu beobachten ist: Die Entwicklung der Konzeptionen und Begriffe eilt den Möglichkeiten der Institutionalisierung voraus. So gab es um 1962 zwar eine Fülle einschlägiger Konzepte und Debatten, aber weder in der DDR noch an-

56 Thomas S. Kuhn: *The Structure of Scientific Revolutions*. Chicago: Chicago University Press 1962.

57 Kurt Bayertz: *Wissenschaft als historischer Prozeß: Die antipositivistische Wende in der Wissenschaftstheorie*. München: Wilhelm Fink Verlag 1980.

58 Wolfgang Krohn: *Wissenschaftliche Revolution und gesellschaftlicher Wandel. Kommentar zu Gerhard Harig: Die beiden Aspekte der wissenschaftlichen Revolution und die Gegenwart*. – In: *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18 (2010), S. 329-335, hier S. 329.

derswo irgendwelche Institutionen, an denen man sich der Wissenschaftsforschung professionell widmen konnte. Zunächst war für Parthey nach der Promotion nur ein beruflicher Einstieg auf einem der Felder möglich, die zu dem multidisziplinären Pool gehörten, aus dem die Wissenschaftsforschung in diesen Jahren sukzessiv herauswuchs. Bei der Qualifikation, die er bis dahin erworben hatte, war das bevorzugt die Philosophie. Zu jener Zeit existierten in der DDR jedoch nur wenige universitäre Philosophieinstitute, ihr Personalbestand war bescheiden und die Chance, dort eine freie Stelle zu finden, minimal⁵⁹. Es ist nicht bekannt, ob er entsprechende Versuche unternommen hat. Nach Abschluss der Aspirantur (und einem Auslandsstudienaufenthalt in Leningrad) nahm er im zweiten Halbjahr 1962 eine Stelle als Assistent (da die Promotion in Berlin erst im Februar 1963 erfolgte) und später als Oberassistent⁶⁰ am Institut für Marxismus-Leninismus der Universität Rostock an. Diese Stelle war alles andere als eine Verbannung in die Provinz; sie war ein außerordentlicher Glücksfall für ihn, und es war umgekehrt ein Glücksfall für die Rostocker, dass sie ihn an die Ostseeküste bekamen – kurzum: eine Win-Win-Situation für beide Seiten. In seinen Rostocker Jahren machte sich Parthey einen Namen und wurde national und international bekannt. Der vitale Kreis, den er um sich scharte, hätte – wäre er länger in Rostock geblieben – vielleicht zu einer wissenschaftlichen Schule werden können; Ansätze dazu hatte er jedenfalls. Die 1960er Jahre können, solange es noch nicht zu einer stabilen Institutionalisierung kam, mit ihrer hohen Diskussionsaktivität dem historischen Vorfeld der Wissenschaftsforschung zugerechnet werden. Solche Diskurse wurden auch in der DDR ausgiebig geführt⁶¹. Die Rostocker Universität wurde von ihnen nicht nur beeinflusst, sondern nahm an einigen aktiv oder sogar richtunggebend teil. Parthey und sein Kreis spielten dabei eine herausragende Rolle; an anderer Stelle habe ich versucht, diese Rolle im Zusammenhang darzustellen⁶². Die Diskurse innerhalb der DDR wiederum waren in internationale

59 Detailliert zur institutionellen und personellen Situation der Philosophie in der DDR siehe: Hans-Christoph Rauh: Philosophie aus einer abgeschlossenen Welt. Zur Geschichte der DDR-Philosophie und ihrer Institutionen. Berlin: Ch. Links 2017; ders.: Personenverzeichnis zur DDR-Philosophie. Berlin: De Gruyter 2021.

60 Das Jahr seiner Ernennung zum Oberassistenten ist mir nicht bekannt; im Vorlesungsverzeichnis 1965 ist er als ein solcher ausgewiesen.

61 Hubert Laitko: Produktivkraft Wissenschaft, wissenschaftlich-technische Revolution und wissenschaftliches Erkennen. Diskurse im Vorfeld der Wissenschaftswissenschaft. – In: Rauh & Ruben (Hrsg.), Denkversuche (wie Anm. 21), S. 459-540.

62 Ebd., S. 530-533; Hubert Laitko: Der lange Weg zum Kröber-Institut. Eine Zeitreise in zehn Stationen. – In: Wolfgang Girmus & Klaus Meier (Hrsg.): Wissen-

Trends eingebunden und gewannen durch diese Rahmung an Sinn und Gewicht, auch wenn ihren Teilnehmern diese Einbettung nicht immer bewusst war. Es ist ausgeschlossen, an dieser Stelle das ganze Gewebe zu verfolgen, aber gelegentliche Hinweise auf bedeutende simultane Entwicklungen andernorts – wie oben auf die Datierung des Buches von Kuhn – mögen schlaglichtartig verdeutlichen, in welchen Trends sich Partheys Rostocker Unternehmungen bewegten.

Wer an gängige Pauschalurteile gewöhnt ist, mag es abwegig finden, mit Instituten für Marxismus-Leninismus kreative Aufbrüche zu verbinden⁶³. Es ist unbestreitbar, dass diese Institute nicht zu Forschungszwecken geschaffen wurden und dass die mit dem Abhalten zahlreicher und dabei stark normierter Seminare verbundene hohe Lehrbelastung den dort Beschäftigten eigene Forschungsarbeit erschwerte. Dennoch ließen sich ambitionierte Philosophie- oder Ökonomieabsolventen, die an solchen Instituten landeten, nicht den Forschungsehrgeiz austreiben, und es entwickelte sich auch dort mancherorts ein Trend zur Akademisierung, ein *academic drift*. Das war in Rostock in besonderem Maße der Fall. Zudem ist in Betracht zu ziehen, dass von den drei entsprechend der Gliederung des für Studierende aller Fächer obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an solchen Instituten vertretenen Hauptfachrichtungen – Philosophie, Politische Ökonomie und Wissenschaftlicher Sozialismus / Kommunismus (ein Surrogat von Politologie) – die erstere am ehesten Möglichkeiten bot, sich jenseits von tagespolitischem Druck und Ideologieauftrag Forschungsfreiräume zu erschließen. Dabei waren die Einrichtungen des Grundstudiums dual strukturiert – zu der Gliederung nach Fachrichtungen trat die für die alltägliche Arbeit noch wichtigere Gliederung in Fakultätsabteilungen, in denen diejenigen Vertreter aller drei Fachrichtungen vereinigt waren, die an einer bestimmten Fakultät unterrichteten.

Kleinere Universitäten sind mitunter innovativer als die großen Tanker. Sie haben es nötiger und vielleicht auch leichter, wenige, aber gut ausgewählte Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln und zu pflegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkte in den Hochschullandschaften der beiden Staaten

schaftsforschung in Deutschland. Die 1970er und 1980er Jahre. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag GmbH 2018, S. 13-154, hier S. 72-82.

- 63 Nach meiner Kenntnis liegt bisher erst eine Untersuchung über die Geschichte eines Universitätsinstituts für Marxismus-Leninismus in der DDR vor. Sie bietet auch eingehende Information über diesen Institutstyp insgesamt. – Michael Ploenus: „...so wichtig wie das tägliche Brot!“ Das Jenaer Institut für Marxismus-Leninismus 1945 – 1990. Köln: Böhlau 2007.

das alte deutsche Schisma zwischen klassischer Universität und Technischer Hochschule noch weiter. Als erste der klassischen Universitäten in ganz Deutschland gestattete sich Rostock, im Jahre 1951 eine Technische Fakultät für Schiffbau zu gründen⁶⁴. Das Aufblühen dieser Fakultät, deren Institute-, Mitarbeiter- und Studierendenzahl rasch zunahm, war mit einer selbstbewussten Vertretung des eigenen Platzes im Gesamtorganismus der Universität verbunden⁶⁵. Hier zeigte sich deutlich der Mut, etwas Neues zu wagen. Noch wichtiger waren für Parthey die Physiker der Universität. Die Theoretische Physik war hier glänzend vertreten. Der Debye-Schüler Hans Falkenhagen (1895 – 1971), der 1951 das Institut für Theoretische Physik gegründet hatte und über seine Emeritierung hinaus bis 1964 leitete, hatte einen Kreis hochbegabter Nachwuchswissenschaftler herangezogen, von denen einige in Rostock blieben und das Werk ihres Lehrers fortsetzten⁶⁶. Die in die Zukunft gerichteten Aufbrüche gingen einher mit einem zunehmenden Verständnis für die eigenen Traditionen. Im Angesicht des 1969 bevorstehenden 550jährigen Jubiläum der Rostocker Universität wurde den Angehörigen der Alma mater nach und nach bewusst, dass sie an einer der ältesten deutschen Universitäten lebten und arbeiteten. 1961, mit einem achtjährigen Vorlauf, fasste der Senat einen Beschluss zur Jubiläumsvorbereitung, und als Parthey an seiner neuen Arbeitsstelle eintraf, waren die Vorbereitungen schon im Gange. Freilich dürfte er damals noch nicht geahnt haben, dass er das Jubiläumsjahr 1969 mit einer außergewöhnlichen Tagung maßgeblich mitgestalten würde.

Das geistige Milieu der Theoretischen Physik ist traditionell philosophieaffin. Ihre Basistheorien und deren Grundbegriffe reichen so tief in die Fundamente des menschlichen Weltverständnisses, dass sie per se eine philosophische Seite haben. Wandlungen auf dieser Theorieebene können das allgemeine Weltverständnis fächerübergreifend und sogar bis über die Grenzen der Wissenschaft hinaus erschüttern und neu beleben. Immer wieder waren es bedeutende Physiker selbst, die diese philosophische Seite ihres Faches kompetent erschlossen, für Nichtphysiker zugänglich machten

64 1953 in Schiffbautechnische Fakultät umbenannt, 1963 in Technische Fakultät rückbenannt.

65 Technik und Universitas. Kolloquium der Technischen Fakultät am 15. und 16. Juli 1964. Universität Rostock 1964. – Es ist nicht bekannt, ob Parthey an diesem Kolloquium teilgenommen hat.

66 Reinhard Mahnke & Fedor Mitschke: 100 Jahre Physikalisches Institut. 1910 – 2010. Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock H. 20. Universität Rostock 2010.

und sich dafür, von ihren eigenen Fragestellungen geleitet, aktiv die Denkressourcen der Philosophiegeschichte aneigneten. Manchmal – wie etwa bei Carl Friedrich von Weizsäcker (1912 – 2007) – war dieses Engagement so intensiv, dass sie den Schwerpunkt ihrer beruflichen Tätigkeit ganz von der Physik auf die Philosophie verlagerten. In Rostock gelang es den Hochschullehrern der Physik, diesen philosophischen Geist auch bei ihren Studierenden so wirksam zu wecken, dass mehrere von diesen – unter ihnen Werner Ebeling (*1936) – in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre⁶⁷ auf eigene Initiative einen studentischen Arbeitskreis zur Diskussion philosophischer Probleme gründeten. Die Teilnehmer trafen sich in der Regel einmal wöchentlich, diskutierten über Kausalität und Quantenmechanik, Physik und Religion und anderes mehr und verordneten sich selbst ein erhebliches Pensum zusätzlicher Lektüre, neben den philosophischen Schriften großer Physiker wie Max Planck (1858 – 1947) oder Werner Heisenberg (1901 – 1976) auch Texte physiknah arbeitender Philosophen wie Georg Klaus oder Asari Polikarov⁶⁸. Ein gern gesehener und von den Studierenden ausdrücklich eingeladenen Gast war oft Heinrich Vogel (1932 – 1977) vom damaligen Institut für Gesellschaftswissenschaften⁶⁹, der für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät die obligatorische Vorlesung *Dialektischer und Historischer Materialismus* hielt. Beispiele dieser Art sind rar. Mir ist kein zweites bekannt. Umso mehr veranschaulicht das soeben erwähnte einen unikalen Zug, der der Universität damals eigen war.

Vogel war nach seiner Leipziger Studienzeit 1955 nach Rostock gegangen, zunächst als Assistent, ab 1958 als Oberassistent und ein Jahr später als Hochschuldozent im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium. Es brachte keine physikalische Ausbildung mit, doch ihn faszinierte die erkenntnistheoretische Problematik der Physik, und er arbeitete sich in dieses Feld so gut ein, dass er für die Rostocker Physiker zu einem geschätzten Diskussionspartner wurde. 1959 promovierte er an der Universität Greifswald mit dem Thema *Die Kritik Max Plancks an den grundlegenden*

67 Wahrscheinlich 1956 – die Angaben differieren leicht.

68 Bei einem von ihm gemeinsam mit Parthey gestalteten und von Dieter Hoffmann (*1948) vom MPI für Wissenschaftsgeschichte (Berlin) moderierten Kaminabend des Rostocker Zentrums für Logik, Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte (ZLWWG) zum Thema „Die Verbindung von Naturwissenschaft und Philosophie an der Universität Rostock in den 60er Jahren des 20. Jhs.“ im Juni 2008 erinnerte Ebeling daran. – <https://www.zlwwg.uni-rostock.de/veranstaltungen/uebersicht/kaminabende/sommersemester/2008/> [Zugriff 24. 3. 2021]

69 1961 nach einer zentralen Anweisung in Institut für Marxismus-Leninismus umbenannt.

*philosophischen Auffassungen des Positivismus*⁷⁰. Er leitete den Fachbereich Philosophie im Institut für Marxismus-Leninismus – mit seinen verschiedenen Versuchen, jenseits der Bindung an das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium ein selbständiges philosophisches Institut an der Universität zu gründen, konnte er sich nicht durchsetzen –, als Parthey in diesen Bereich eintrat. Damals beschäftigte sich Vogel mit den philosophischen Ansichten Max Borns (1882 – 1970) und habilitierte sich, wiederum in Greifswald, 1966 mit der daraus hervorgegangenen Arbeit *Zum philosophischen Schaffen Max Borns*⁷¹.

Mehrere der jungen Physiker, die den studentischen Arbeitskreis initiiert hatten, blieben nach ihrem Diplom in Rostock und setzten auch als Assistenten den zwanglosen Gedankenaustausch mit Vogel fort – darunter Werner Ebeling, Dietrich Kremp (1937 – 2017), Heinz Ulbricht (*1931) und Wolf-Dietrich Kraeft (*1934). Parthey konnte sich mühelos einklinken, die hier gepflegte Kultur des fächerübergreifenden Umgangs miteinander war dem Stil verwandt, an den er aus dem Kreis um Ley gewöhnt war⁷². 1964 – vielleicht auch schon etwas früher – gab Vogel den wissenschaftsphilosophischen Gesprächsrunden eine formelle Gestalt als Arbeitskreis „Philosophie – Naturwissenschaft“ bei der Fachrichtung Philosophie des Instituts für Marxismus-Leninismus. Das war unumgänglich, um die Ressourcen der Universität für die Organisation größerer Veranstaltungen und die Publikation der Ergebnisse nutzen zu können, tat aber nach dem Zeugnis der damals Mitwirkenden der Freimütigkeit des Austausches keinen Abbruch.

Dem Arbeitskreis fehlte es nicht an originellen Beiträgen. Eine nicht zu unterschätzende Quelle dafür war eine Regelung im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, die geschickt genutzt werden konnte, um Zwang in Freiwilligkeit zu verkehren. Nicht nur für das Diplom, auch für die Promotion (in beliebigen Fächern) war in der DDR ein Kenntnisnachweis in Marxismus-Leninismus erforderlich. Vertreter der damit betrauten Institute wurden in die Prüfungskommissionen einbezogen und stellten im Rigorosum entsprechende Fragen, auf die man sich in spe-

70 Heinrich Vogel: *Zum philosophischen Wirken Max Plancks*. Berlin: Akademie-Verlag 1961.

71 Heinrich Vogel: *Physik und Philosophie bei Max Born*. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1968.

72 Werner Ebeling: *Interdisziplinäre Forschung in den 1960er Jahren an der Universität Rostock*. – In: Petras, Umstätter & Wessel (Hrsg.), *Theorien (wie Anm. 25)*, S. 75-79.

ziellen Doktorandenseminaren vorzubereiten hatte. Es war aber möglich, anstelle eines Routineprogramms selbständig Untersuchungen zu philosophischen Fragestellungen aus Geschichte und Gegenwart des eigenen Faches auszuführen, deren Themen frei gewählt werden konnten und deren Ergebnisse während des Gesprächs im Rigorosum zu verteidigen waren. Die Doktorandenseminare wurden auf dieses Ziel hin ausgerichtet. Parthey wurde vom Dekan der Technischen Fakultät eingeladen, an den dortigen mündlichen Doktorexamina teilzunehmen, und er hielt dazu an dieser Fakultät ein zweijähriges Doktorandenseminar⁷³. Vogel übernahm eine analoge Aufgabe für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät. Die schriftlich vorgelegten Ergebnisse hatten die Qualität kleiner Forschungsarbeiten; nicht wenige der Autorinnen und Autoren verfolgten ihre Themen nach der Promotion weiter und traten mit entsprechenden Vorträgen in den Veranstaltungen des Arbeitskreises oder auch in den vielen sonstigen wissenschaftsphilosophischen Kolloquien und Konferenzen auf, die es damals in der DDR gab; diese erhielten so laufend frischen Wind aus den Fachwissenschaften und blieben davor bewahrt, zu Stätten fachphilosophischer Inzucht zu degenerieren⁷⁴. In dem Maße, wie Absolventen des Berliner Ley-Lehrstuhls an den verschiedenen Universitäten und Hochschulen der DDR ihre Tätigkeit aufnahmen, verbreitete sich diese Arbeitsweise.

Als feste Teilnehmer des Arbeitskreises werden genannt: von den Philosophen Vogel (Leiter), Heitsch, Wahl und Wächter; von den Physikern Ebeling, Ulbricht und Kraeft sowie der Sozialwissenschaftler Kurt Teßmann⁷⁵. Der Philosoph Dietrich Wahl (1929 - 2009), Oberassistent und

73 Heinrich Parthey: Problemtheorie und Methodentheorie in „Rostocker Philosophische Manuskripte“ 1964 – 1990. – In: Petras, Umstätter & Wessel (Hrsg.), *Theorien* (wie Anm. 25), S. 121-140, hier S. 123.

74 Auch ich konnte damals von der kreativen Rostocker Atmosphäre Nutzen ziehen. Der Pharmakologe und Toxikologe Wolf-Dietrich Sprung (Promotion 1964), dessen Interesse an philosophischen Fragestellungen auf dem angegebenen Weg geweckt worden war und der dem Rostocker Arbeitskreis angehörte, gab mir die Gelegenheit, mit ihm zusammen ein kleines populäres Buch zu verfassen. – Hubert Laitko & Wolf-Dietrich Sprung: *Chemie und Weltanschauung. Standpunkte der marxistischen Philosophie zu einigen philosophischen Problemen der modernen Chemie*. Leipzig / Berlin / Jena: Urania 1970, 21973; parallele Ausgabe in der Bundesrepublik: Schwerte/Ruhr: Freistühler 1970. Später erschienen auch eine tschechische und eine ungarische Ausgabe.

75 Klaus Ehlers & Hans-Jürgen Stöhr: *Rostocker Philosophische Manuskripte. Ein Dialog zwischen Philosophie und Einzelwissenschaften*. – In: Hans-Christoph Rauh & Hans-Martin Gerlach: *Ausgänge. Zur DDR-Philosophie in den 70er und 80er Jahren*. Berlin: Ch. Links Verlag 2009, S. 400-423, hier S. 400.

Leiter der für die Philosophische Fakultät zuständigen Abteilung des ML-Instituts, war Parthey schon aus seiner Leipziger Studienzeit bekannt; damals war Wahl Assistent bei Ernst Bloch gewesen. 1964 verließ Wahl die Universität Rostock bereits wieder, um im Leitungsapparat der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) eine wissenschaftsorganisatorische Aufgabe zu übernehmen; die kurze, aber intensive Zusammenarbeit zwischen ihm und Parthey in Rostock führte zu einer gemeinsamen Buchveröffentlichung über die experimentelle Methode⁷⁶. Ebeling rechnet der Tätigkeit des Arbeitskreises „Philosophie - Naturwissenschaft“ eine ganze Reihe von Publikationen zu – von Beiträgen zu allgemeineren philosophischen Diskussionen wie der Verständigung über Gemeinsamkeiten und Differenzen bei der Verwendung des Begriffs „Materie“ in Philosophie und Physik⁷⁷ über einige Arbeiten Partheys zur experimentellen Methode bis hin zu Fragestellungen, die ganz eng mit den am Rostocker Institut für Theoretische Physik verfolgten Forschungen zusammenhängen⁷⁸.

Die letztgenannte Gruppe von Diskursen, die manchmal auch die Gestalt von Aufsätzen mit einem multidisziplinären Autorenkreis annahmen, bedarf einer besonderen Erwähnung. Die Beschäftigung von Naturwissenschaftlern mit philosophischen Themen kann ganz unterschiedliche Ziele verfolgen: Sie kann der Vergewisserung über den Platz des eigenen Faches in der übergreifenden geistigen Kultur dienen, oder sie kann Begriffe bereitstellen, mit denen die Wissenschaftler die mit ihrem Handeln und dessen Ergebnissen verbundenen ethischen Aspekte angemessen zu reflektieren vermögen, wie es in den seit der Entwicklung der Nuklearwaffen immer wieder aufflammenden Verantwortungsdebatten der Fall ist. Ein davon deutlich unterschiedenes, besonders heikles, aber auch besonders produktives Wirkungsfeld der Philosophie ist ihr Einsatz als heuristische Ressource in den kreativen Prozessen der fachwissenschaftlichen Begriffs- und Konzeptionsbildung. Dieser sensible Vorgang kann leicht entgleisen, wenn die philosophische Komponente als dogmatische Norm missverstanden wird

76 Heinrich Parthey & Dietrich Wahl: Die experimentelle Methode in Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1966.

77 Heinrich Vogel: Über die Materie und ihre Eigenschaften. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 8 (1962), S. 144-168.

78 Werner Ebeling, Dieter Kremp, Heinrich Parthey & Heinz Ulbricht: Reversibilität und Irreversibilität als physikalisches Problem in philosophischer Sicht. – In: *Wiss. Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe* 19 (1970) 1, S. 127-138.

oder gar als dogmatische Intervention von außen in Erscheinung tritt. In den 1960er Jahren waren die marxistischen Philosophen nach den Exzessen des Lyssenkoismus da gebrannte Kinder, und die Naturwissenschaftler waren zu Recht misstrauisch. Am Ley-Lehrstuhl hatte sich als Reaktion darauf unwillkürlich eine Art präventiver geistiger Hygiene entwickelt: äußerste Zurückhaltung gegenüber naturwissenschaftlichen Theoriebildungsprozessen, um auch nicht den leisesten Verdacht der Anmaßung einer doktrinen Richterfunktion aufkommen zu lassen, Selbstbeschränkung auf respektvolle Interpretation.

Damit war der Gefahr begegnet, der dialektische Materialismus könnte als Instrument zur ideologischen Gängelung der Naturwissenschaftler aufgefasst werden – aber dafür war die Gefahr umso größer, diese könnten ihn als für ihre eigene Arbeit völlig bedeutungslos ansehen. Angesichts dessen verfochten mehrere mit den Naturwissenschaften verbundene junge Philosophen vehement das heuristische Potential der Philosophie für das naturwissenschaftliche Erkennen. Herbert Hörz in Berlin sprach von „philosophischen Hypothesen“⁷⁹ (einem Vorgehen, das mutatis mutandis auch von Polikarov praktiziert wurde) – der Möglichkeit, auf der Ebene der philosophischen Diskussion von Grundbegriffen der Wirklichkeitserfassung wie Notwendigkeit / Zufall, Kontinuität / Diskontinuität oder eben auch Reversibilität / Irreversibilität kontroverse Fragen naturwissenschaftlicher Basistheorien zu erörtern und mögliche Lösungen hypothetisch anzudeuten; ein solches heuristisches Schema, dem er die Bezeichnung „dialektischer Determinismus“ gab, entwarf er selbst⁸⁰. Mit ähnlicher Zielrichtung forderten Reinhard Mocek und Frank Fiedler (1928 – 2007) in Leipzig dazu auf, die Philosophie zu einer „ars inveniendi“ für die Wissenschaften zu entfalten⁸¹. Solche Vorschläge implizierten auch Konsequenzen für die institutionelle Form ihrer Realisierung: Die heuristischen Ideen sollten nicht von außen durch Philosophen an die Naturwissenschaftler herangetragen, sondern von beiden gemeinsam im Dialog entwickelt, erörtert und geprüft werden.

79 Herbert Hörz: Philosophische Hypothesen und moderne Physik. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 13 (1965) Sonderheft, S. 313-320.

80 Herbert Hörz: Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1962.

81 Frank Fiedler & Reinhard Mocek: Zur marxistischen Philosophie als „ars inveniendi“ im System der Wissenschaften. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 12 (1964) 5, S. 612-625.

An der Rostocker Universität hatte sich, wie erwähnt, eine solche Institutionenstruktur informell herausgebildet. Unter den diversen Themen, die dort zur Sprache kamen, waren die wohl zukunftsträchtigsten jene, die Ebeling und andere Falkenhagen-Schüler bewegten: die Gedankenlinie, die von den Grundlagen der statistischen Physik zur Physik der Selbstorganisation und Evolution führten. Ebeling wurde nicht allein in Deutschland, sondern international zu einem der prominentesten Vertreter dieser zukunftsträchtigen und hochintegrativen Forschungsrichtung⁸². Er hatte 1959 – im gleichen Jahr wie Parthey sein Studium der Philosophie in Leipzig – sein Physikstudium in Rostock abgeschlossen, und er verteidigte 1963 – wiederum im gleichen Jahr wie Parthey die seine in Berlin – seine Dissertation am gleichen Ort; noch heute erinnert er sich gern der angeregten Gespräche mit Parthey und anderen, die an der Wiege dieser innovativen Forschungsrichtung standen. Als Parthey nach seiner Rostocker Periode schon wieder fast ein Jahrzehnt in Berlin war, folgte Ebeling einem Ruf auf den Lehrstuhl für Statistische Physik der Humboldt-Universität, und es ergaben sich neue Gelegenheiten der Zusammenarbeit. In den 1980er Jahren hatte der Begriff der Selbstorganisation die Dimension eines neuartigen, fächerübergreifenden Paradigmas angenommen⁸³, und es kam zu ersten Versuchen, dieses Paradigma auch auf die Erforschung der Wissenschaft anzuwenden⁸⁴. Parthey sah die Perspektiven solcher Versuche optimistisch, ohne sich näher mit dem inzwischen respektablen Literaturmassiv zu diesem Thema auseinanderzusetzen, und organisierte 2008 zusammen mit Ebeling eine Jahrestagung der GeWiF über Selbstorganisation in der Wissenschaft⁸⁵.

Parthey's erstes volles Arbeitsjahr in Rostock, in dem er in Berlin noch seine Dissertation verteidigte, war in der internationalen Arena das Jahr eines weiteren Marksteins auf dem Weg zur Wissenschaftsforschung. Der

82 Werner Ebeling & Rainer Feistel: Physik der Selbstorganisation und Evolution. Berlin: Akademie-Verlag 1982; Rainer Feistel & Werner Ebeling: Evolution of Complex Systems – Self-Organization, Entropy, and Development. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers 1989; Rainer Feistel & Werner Ebeling: Physics of Self-Organization and Evolution. Weinheim: Wiley-VCH-Verlag 2011.

83 Wolfgang Krohn & Günter Küppers (Hrsg.): Selbstorganisation. Aspekte einer wissenschaftlichen Revolution. Braunschweig u. a.: Vieweg 1990.

84 Wolfgang Krohn & Günter Küppers: Die Selbstorganisation der Wissenschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1989.

85 Werner Ebeling & Heinrich Parthey (Hrsg.): Selbstorganisation in Wissenschaft und Technik. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2008. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2009.

amerikanische Wissenschaftshistoriker Derek J. de Solla Price (1922 – 1983) veröffentlichte 1963 sein aus einer Vorlesungsreihe hervorgegangenes spektakuläres kleines Buch *Little Science, Big Science*⁸⁶. Es machte keinen geringeren Effekt als das aus dem Vorjahr stammende Buch seines Landsmanns Thomas S. Kuhn und wurde sogar noch früher als dieses in der Öffentlichkeit als sensationell wahrgenommen. Seine Bedeutung für die werdende Wissenschaftsforschung bestand vor allem darin, dass es den Durchbruch zur Verwendung quantitativer Methoden bei der Erforschung der Wissenschaft (Szientometrie) auf breiter Front markierte⁸⁷. In den vorhergehenden Jahrzehnten hatte es schon einige beachtenswerte Erfolge bei der Entwicklung und Nutzung solcher Methoden gegeben – so das von Alfred J. Lotka (1880 – 1949) im Jahre 1926 aufgestellte „Gesetz der wissenschaftlichen Produktivität“, auf das sich Parthey gern bezog –, doch sie waren isoliert und auf einzelne Anwendungsgebiete beschränkt gewesen; mit Price aber gewann das quantitative Herangehen an die Analyse der Wissenschaft paradigmatischen Rang. Bei den Rostockern indes trat zunächst ein anderer Strang der für die Herausbildung der Wissenschaftsforschung wichtigen Vorfelddiskurse in den Vordergrund der Aufmerksamkeit – jener, der mit den Begriffen „Produktivkraft Wissenschaft“ und „wissenschaftlich-technische Revolution“ verbunden war. Dieser Thematik waren die erste große Tagung des Arbeitskreises und das daraus hervorgehende Buch gewidmet, und Parthey wurde für einige Zeit in ihre Erörterung einbezogen, obwohl sie nicht dem Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Interessen entsprach. Seine Berührung mit ihr war passager. Dennoch hinterließ sie bleibende Spuren, insbesondere in seinem fortdauernden Interesse an der Problematik der wissenschaftsfundierte Innovationen in der Wirtschaft.

Unter den Teilnehmern des Rostocker Arbeitskreises verteidigten 1963 nicht nur Ebeling und Parthey ihre Dissertationen, sondern auch – an der Karl-Marx-Universität Leipzig – Kurt Teßmann die seine mit dem Titel *Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Grenzen zwischen Technischem und Sozialem*. Ein kleines Buch Teßmanns mit einem ähnlichen Titel hatte schon im Vorjahr zumindest unter Gesellschaftswissenschaftlern

86 Derek J. de Solla Price: *Little Science, Big Science*. New York: Columbia University Press 1963.

87 Eri Yagi, Lawrence Badash & Donald de Beaver: Derek J. de Solla Price (1922–83). *Historian of Science and Herald of Scientometrics*. – In: *Interdisciplinary Science Reviews* 21 (1996) 1, S. 64–84.

Aufsehen erregt⁸⁸. Weltweit suchte man damals nach Begriffen und Konzepten, mit denen sich jener wissenschaftsinduzierte fundamentale Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft erfassen ließ, dessen Einsetzen man global für die 1950er Jahre im Anschluss an die unmittelbare Erholungsphase nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs diagnostizierte. Diese Suche ist bis heute nicht zu einem überzeugenden Ende gelangt, auch wenn sie jetzt unter anderen Etiketten – wie etwa „Digitalisierung“ – verläuft als damals.

Die frühesten Konzepte, die der Ostblock dafür anzubieten hatte, wurden unter den Bezeichnungen „Produktivkraft Wissenschaft“ und „wissenschaftlich-technische Revolution (WTR)“ zirkuliert. Beide schlossen an die marxistische Denktradition an, aber nicht so zwingend, dass sie nicht auch im Westen rezipiert und verwendet werden konnten; so lieferten sie auch ein Brückenvokabular für Ost-West-Diskurse. Der Mangel an klassischen Ressourcen – Rohstoffen und Arbeitskräften – hatte in beiden deutschen Staaten schon besonders früh zu einer massiven Aufwertung der Wissenschaftspolitik geführt, der, ebenso wie der Wissenschaft selbst, eine Schlüsselrolle im Wettstreit der Systeme beigemessen wurde. In der wissenschaftspolitischen Argumentation wurden im Osten die Termini „Produktivkraft Wissenschaft“ und WTR exzessiv benutzt⁸⁹. Es wäre indes verfehlt, sie als bloße Propagandaphrasen abzutun. Jenseits ihrer eher diffusen Verwendung im politischen Sprachgebrauch lagen ihnen ernsthafte Erkenntnisbemühungen zugrunde, und sie trugen wesentlich dazu bei, der entstehenden Wissenschaftsforschung eine wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Dimension zu verleihen. Das ist schon von zeitgenössischen Beobachtern aus der Bundesrepublik so gesehen worden, und neuere retrospektive Analysen machen es umfassend deutlich. Die Erlanger Forscher Hans Lades (1908 – 1987) und Clemens Burrichter (1932 – 2012) konstatierten 1970 in der Einleitung zu einem von ihnen herausgegebenen Band mit Studien über die Sozialwissenschaften in der DDR: „Wissenschaftliches Zeitalter“ und ‚wissenschaftlich-technische Revolution‘, ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ und ‚dynamische Industriegesellschaft‘ sind gängige Chiffren für die Signatur unseres Zeitalters geworden. Sie werden benutzt und verstanden, weil sie objektive Trends zu repräsentieren scheinen, die das Individual- wie das

88 Kurt Teßmann: Probleme der technisch-wissenschaftlichen Revolution. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1962.

89 Den Ausgangspunkt dieser terminologischen Konjunktur bildete die Aufnahme des Gedankens von der Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft in das neue Programm der KPdSU, das auf ihrem XXII. Parteitag im Oktober 1961 verabschiedet wurde. Die SED zog auf ihrem VI. Parteitag 1963 nach.

Gemeinleben in allen Industriestaaten berühren und verändern. Aber hinter den Begriffen stecken ebenso umfassende Analysen wie anspruchsvolle Programme und gewagte Prognosen auf künftige Zivilisationszustände. Gebrauch in Ost und West, verbinden sie die großen gesellschaftlichen Systeme und trennen sie zugleich“⁹⁰. Verena Witte misst den beiden Begriffen und den um sie gruppierten Diskursen in einer retrospektiven Analyse zentrale Bedeutung für die Genese der Wissenschaftsforschung in der DDR bei⁹¹.

„Produktivkraft Wissenschaft“ und „wissenschaftlich-technische Revolution“ bildeten in ihrem wissenschaftlichen Gebrauch ein Paar aufeinander bezogener Begriffe, die ein und denselben welthistorischen Prozess – den wissenschaftsinduzierten Wirtschafts- und Gesellschaftswandel – aus komplementären Perspektiven erfassten, letzterer mit dem Blick vom sozioökonomischen Ganzen auf die darin als dynamisches Moment eingeschlossene Wissenschaft, ersterer umgekehrt mit dem Blick von diesem Element auf das von ihm ausgehend dynamisierte Ganze. Diese Komplementarität, in der die Bedeutungsfelder der beiden konträren Begriffe ineinander übergingen, ohne je in eines zu fallen, bildete sich aber erst mit der Zeit aus. Beide hatten historisch und personell unterschiedene Genesen und bewegten sich in einem über etwa ein Jahrzehnt erstreckten Konvergenzprozess aufeinander zu. In den frühen 1960er Jahren war diese Konvergenz erreicht, und dieses Stadium wurde begriffsgeschichtlich ungefähr durch Teßmanns kleines Buch markiert.

Teßmann war hier so etwas wie der glückliche Finder, der im Strom der begrifflichen Evolution beherzt zugegriffen hatte – noch ganz provisorisch, wie sich schon in der Unsicherheit der Terminologie zeigte (die von ihm ursprünglich eingeführte Prägung „technisch-wissenschaftliche Revolution“ wurde nicht aufgenommen, und auch er selbst ging bald zum Terminus „WTR“ über, der sich allgemein durchsetzte), aber im rechten Augenblick. Es war die erste Buchpublikation im Ostblock, die sich dem mit „WTR“ umschriebenen Themenkomplex widmete, und es wurde international beachtet und umgehend ins Russische übertragen⁹². Allerdings wurde Teßmanns Schrift kein „Klassiker“ – sie war ein Übergangsphänomen auf

90 Hans Lades & Clemens Burrichter: Einleitung. – In: Dies. (Hrsg.): Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR. Hamburg: Verlag Drei Mohren 1970, S. IX-XVI, hier S. IX.

91 Verena Witte: Wandel mit System? Eine Denkestilanalyse der Kybernetik in der DDR, ca. 1956 bis 1971. Diss. Universität Bielefeld 2011, S. 59-191.

92 Kurt Tessmann: Problemy naučno-techničeskoj revoljucii. Moskva 1963.

dem Weg zu einer mehr systematischen Beschäftigung mit der WTR-Problematik und ihrer Vernetzung mit weiteren, schon länger eingeführten Begriffen. Für eine kleine Weile war die Hansestadt Rostock ein Brennpunkt der aktuellen WTR-Debatte. Dieser Umstand bot dem Arbeitskreis „Philosophie – Naturwissenschaft“ die günstige Gelegenheit, die Reihe seiner größeren Tagungen mit einer Thematik zu eröffnen, an deren gesellschaftlicher Relevanz und Dringlichkeit kein Zweifel bestand. Für die am 3. und 4. September 1964 in Rostock durchgeführte Tagung *Theoretische Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution* zeichnete neben Teßmann und Vogel auch Parthey verantwortlich. Noch ein weiterer für den Arbeitskreis wesentlicher Schritt war damit verbunden; der Protokollband – Parthey war Mitherausgeber – erschien noch im gleichen Jahr als Heft 1 der damit ins Leben gerufenen *Rostocker Philosophischen Manuskripte*⁹³. Es war, wie Wittich hervorhob, die erste philosophische Manuskriptdruckreihe, die eine Universität in der DDR herausgab⁹⁴. Ende September 1964 nahmen Parthey und Vogel an einer Konferenz mit dem Thema *Die Stellung der Naturwissenschaft in der sozialistischen Gesellschaft* an der Nachbaruniversität Greifswald teil - erstmals offiziell als Vertreter des Rostocker Arbeitskreises⁹⁵.

Was aus der Rostocker Binnenperspektive als eine lokale Konjunktur erscheinen mochte – an der zufällig auch Parthey beteiligt war, obwohl dieser Themenkreis sein Forschungsinteresse nur peripher berührte –, ist, in einem weiteren Horizont betrachtet, in große geistesgeschichtliche Linien einbezogen. Der Begriff WTR schloss die aktuellen Verständigungen über den Platz der Wissenschaft in der modernen Gesellschaft an eine auf John D. Bernal (1901 – 1971) zurückgehende Gedankenlinie an, deren unmittelbare Wirkung durch den Zweiten Weltkrieg blockiert worden war. 1939 hatte der Kristallograph Bernal sein Buch *The Social Function of Science*⁹⁶ vorgelegt. Hier war ein komplexes, durch sein in den Nachkriegsjahren verfass-

93 Heinrich Parthey, Kurt Teßmann & Heinrich Vogel (Hrsg.): *Theoretische Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution*. Universität Rostock 1964.

94 Dieter Wittich: *Reminiszenzen zu den Anfängen der Rostocker Methodologieforschung in den 1960er Jahren*. – In: Umstätter & Wessel (Hrsg.), *Interdisziplinarität* (wie Anm. 1), S. 191-201, hier S. 193.

95 Ehlers & Stöhr, *Rostocker* (wie Anm. 75), S. 402.

96 John D. Bernal: *The Social Function of Science*. London: George Routledge & Sons Ltd. 1939. – Eine deutsche, von Helmut Steiner (1936 – 2009) edierte Ausgabe erschien erst 1986: John Desmond Bernal: *Die soziale Funktion der Wissenschaft*. Berlin: Akademie-Verlag 1986.

tes monumentales Werk *Science in History*⁹⁷ historisch vertieftes Konzept entwickelt, begründet und ansatzweise realisiert worden, das die Entwicklung der Wissenschaft in ihrem sozioökonomischen Kontext und umgekehrt die Weltgeschichte mit Bezug auf die in sie eingeschlossene Wissenschaft zu begreifen und zu erklären versuchte. Das Schlüsselwort ist der im Titel verwendete Terminus „Funktion“. Er bringt Bernals Ansicht auf den Punkt, derzufolge Wissenschaft nicht als ein autonomes Gebilde behandelt werden sollte, sondern als ein Funktionselement im Ganzen der Gesellschaft – kausal in dieses Ganze ein- und final darauf hingebordnet, dies aber nicht in deterministischer Zwangsläufigkeit, sondern durchsetzt von zahlreichen Emergenzen unterschiedlichster Größenordnung, die von der Wissenschaft in ihrer Eigenschaft als Generator von Neuem hervorgebracht werden. Auch der Terminus „scientific-technological revolution“ geht wahrscheinlich auf ihn zurück⁹⁸; jedenfalls ist nicht gezeigt worden, dass er ihn aus irgendeiner anderen Quelle übernommen haben könnte. So zu denken, war freilich keine exklusive Eigenart Bernals, sondern entsprach dem Geist der Zeit, insbesondere im anglo-amerikanischen Kulturraum. Hier sei nur auf die etwa zeitgleich mit Bernals Pionierwerk von Robert K. Merton (1910 – 2003) im Anschluss an die Handlungstheorie seines Lehrers Talcott Parsons (1902 – 1979) initiierte strukturell-funktionale Wissenschaftssoziologie verwiesen, die – auf einem anderen philosophischen (und politischen) Fundament – ebenfalls die strukturelle und funktionale Einbettung der Wissenschaft in das Gesellschaftsganze artikulierte⁹⁹. In den späten 1950er Jahren erinnerte man sich wieder an Bernals Vorkriegsbuch, und 1964 – im Jahr der Rostocker WTR-Tagung – edierten zum 25jährigen Jubiläum seines Erscheinens Maurice Goldsmith (1913 - 1997) und Alan Mackay (*1926) einen hochklassig besetzten Sammelband mit dem bezeichnenden Titel *The Science of Science. Society in the Technological Age*¹⁰⁰, in den USA unter dem Titel

97 John D. Bernal: *Science in History*. London: C. A. Watts and Co. Ltd. 1954. – Eine deutsche Ausgabe erschien 1961 nach dem Text der zweiten Auflage (1957): John D. Bernal; *Die Wissenschaft in der Geschichte*. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1961.

98 Bernal, *Die Wissenschaft in der Geschichte* (wie Anm. 97), S. 903.

99 Renate Breithecker-Amend: *Wissenschaftsentwicklung und Erkenntnisfortschritt: zum Erklärungspotential der Wissenschaftssoziologie von Robert K. Merton, Michael Polanyi und Derek de Solla Price*. Münster: Waxmann 1992; Craig J. Calhoun (Hrsg.): Robert K. Merton: *Sociology of Science and Sociology as Science*. New York: Cambridge University Press 2010.

100 Maurice Goldsmith & Alan Mackay (Hrsg.): *The Science of Science. Society in the Technological Age*. London: Souvenir Press 1964.

*Society and Science*¹⁰¹ Einer der Autoren war Price, der in seinem Beitrag *The Science of Science* bereits die Konturen der Wissenschaftsforschung als eines ganzheitlichen, gegliederten und in sich zusammenhängenden neuen Gebietes skizzierte; er nannte sie „a second-order subject of first-order importance“¹⁰². Bernal selbst gab einen Überblick über die relevanten Entwicklungen des verflossenen Vierteljahrhunderts¹⁰³ und schrieb: „Wir brauchen eine Strategie der Forschung, die auf einer *Wissenschaft von der Wissenschaft* beruhen muß. Diese kann aber nicht formuliert werden, indem man, wie das früher geschah, einfach a priori festlegt, wie die wissenschaftliche Methode auszusehen habe, sondern indem man sie aus dem, was sie leistet, und aus der Art und Weise, wie sie wirkt, herauspräpariert“¹⁰⁴. Sie war nach seiner Überzeugung „der wahrhaft sensationelle Fortschritt der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts“¹⁰⁵.

Um 1964 waren – wie erwähnt – im wissenschaftspolitischen Sprachgebrauch in der DDR wie im gesamten Ostblock die Termini „Produktivkraft Wissenschaft“ und „WTR“ bereits etabliert und aufeinander bezogen. Beide hatten jedoch unterschiedliche begriffsgeschichtliche Genesen. Mit dem erstgenannten erfolgte der Anschluss der aktuellen Wissenschaftsdiskurse an die Politische Ökonomie von Karl Marx (1818 – 1883), zu deren Grundbegriffen das Paar „Produktivkraft“ / „Produktionsverhältnis“ gehört. Nach Marx sind es die polaren Basisbestimmungen, die der menschlichen Arbeit zukommen, wenn diese als Grundlage des gesellschaftlichen Lebens betrachtet wird. Die Leichtigkeit, mit der man in den frühen 1960er Jahren schon von „Produktivkraft Wissenschaft“ sprach, verdeckte jedoch die ungemaine Schwierigkeit, die es bereitet, und auch den Mut, den es erfordert hatte, die Anwendung des Produktivkraftbegriffs auf die Wissenschaft theoretisch (und ideologisch) zu legitimieren. Dieser Durchbruch war weitestgehend die Leistung eines Außenseiters, des Architekten Gerhard

101 Maurice Goldsmith & Alan Mackay (Hrsg.): *Society and Science*. New York: Simon and Schuster 1964.

102 Derek J. de Solla Price: *The Science of Science*. – In: Goldsmith & Mackay (Hrsg.), *Society* (wie Anm. 101), S. 195-208, hier S. 195.

103 John D. Bernal: *After Twenty-five Years*. – In: Goldsmith & Mackay (Hrsg.), *Society* (wie Anm. 101) S. 209-228.

104 Dieser Hinweis Bernals war von forschungsstrategischer Bedeutung: Die Wissenschaft von der Wissenschaft sollte nicht normativ, sondern empirisch verfahren – wie die Naturwissenschaften auch.

105 Zit. nach der deutschen Übersetzung. – John D. Bernal: *Fünfundzwanzig Jahre später* [1964]. In: Bernal, *Die soziale* (wie Anm. 96), S. 1-17, hier S. 8.

Kosel (1909 – 2003), der von 1961 bis 1965 Präsident der Deutschen Bauakademie der DDR war.

Kosel, Schüler von Bruno Taut (1880 – 1938) und Hans Poelzig (1869 – 1936), war 1932 freiwillig in die UdSSR gegangen, um als „Spezialist“ die Entwicklung des dortigen Bauwesens zu unterstützen. Mit der NS-Machtergreifung in Deutschland wurden aus dem beabsichtigten temporären Aufenthalt mehr als zwei Jahrzehnte, ehe er 1954 nach Berlin zurückkehren konnte. In dieser Zeit beschäftigte er sich eingehend mit der Rationalisierung des Bauwesens und entwickelte dafür die Idee eines „Wissensspeichers Bau“ – eines evolutionierenden fachspezifischen Informationssystems, das durch fortlaufende Aufnahme neuer Elemente und ebenso fortlaufendes Ausscheiden von Obsoletem stets auf dem neuesten Stand gehalten werden sollte. Dieses dynamische Prinzip lenkte ihn von der Ordnung und Zirkulation fertigen Wissens zur Wissensneuproduktion und damit zu der Überzeugung, dass Produktion, Zirkulation und Reproduktion von Wissen als ein einheitliches System betrachtet und gestaltet werden sollten. In den Nachkriegsjahren verfolgte er zudem den Gedanken, auch andere Industriezweige mit ähnlichen Informationssystemen auszustatten.

Kosels Überlegungen erreichten damit eine Stufe der Verallgemeinerung, auf der ihm der Übergang von nur praktischen Empfehlungen zu einer theoretischen Grundlegung geboten erschien. Diese Grundlegung suchte er in der Ökonomie, doch er fand, dass die in der damaligen UdSSR gängigen ökonomischen Lehren allein auf die Produktion materieller Güter und Dienstleistungen („materielle Produktion“) ausgerichtet waren und ihre Leitsätze nicht ohne Weiteres auf die Erzeugung geistiger Güter übertragen werden konnten. Auf der Suche nach einem geeigneten theoretischen Ansatz vertiefte er sich in die zu jener Zeit noch kaum ausgewerteten unvollendeten ökonomischen Manuskripte und Notizen von Marx. Dabei dürfte ihm als Baufachmann kaum bewusst gewesen sein, auf was für ein vermintes Gelände er sich mit solchen Studien unter Verhältnissen begab, unter denen die Bearbeitung solcher Themen die Domäne der stalinistisch verformten Gesellschaftswissenschaften war. Bei Marx überzeugte er sich davon, dass dieser zwar nur eine ausgearbeitete Ökonomie der materiellen Produktion hinterlassen, aber eine Ökonomie der geistigen Produktion unter Einschluss der Wechselwirkung beider Produktionsarten durchaus heuristisch angedacht hatte¹⁰⁶. In diesen Kontext passte Marx' Vermutung,

106 Gerhard Kosel: Unternehmen Wissenschaft. Die Wiederentdeckung einer Idee. Erinnerungen. Berlin: Henschelverlag Kunst und Gesellschaft 1989.

dass die Wissenschaft, als Prototyp der geistigen Produktion, auf dem Wege sei, zu einer unmittelbaren Produktivkraft der materiellen Produktion und dabei insbesondere der großen Industrie zu werden.

Dieser Marx-Bezug kollidierte nun mit den in der UdSSR etablierten Dogmen der Philosophie. Während Marx' Denken relational und flexibel war, geriet seine stalinistische Verballhornung dinghaft und starr. Materie war immer und in jeder Beziehung Materie, Bewusstsein immer und in jeder Beziehung Bewusstsein; es war nicht vorstellbar, dass sie ihre Plätze tauschen und ineinander übergangen. Unter den herrschenden politischen Verhältnissen vor dem Tod Stalins war das freilich weit mehr als eine grobschlächtige und belanglose Spekulation mit Abstrakta. Die Basis der Pyramide von Argumenten, die das politische System legitimierten, bildete die These vom Primat der Materie gegenüber dem Bewusstsein, und diese These operierte mit der absoluten Disjunktion der beiden Entitäten. Deshalb konnte jede Relativierung dieses absolut gesetzten Unterschieds als ein subversiver Angriff auf die bestehende politische Ordnung gewertet und entsprechend sanktioniert werden.

Die geschilderte Konstellation war ein ernstes Hindernis auf dem Weg zur Akzeptanz des Gedankens von der Produktivkraft Wissenschaft im sowjetischen Machtbereich. Nach der stalinistischen Schematik war die Wissenschaft eine „Form des gesellschaftlichen Bewusstseins“, gehörte also zum Reich des Ideellen und konnte so zwar *philosophisch* reflektiert werden, fiel aber aus dem Zuständigkeitsbereich der *Ökonomie* heraus. Die Produktion materieller Güter bildete hingegen die materielle bzw. materiell-technische Basis der Gesellschaft und wurde als gesellschaftliches Phänomen von der Ökonomie untersucht. Die Denkfigur von der „Produktivkraft Wissenschaft“ aber impliziert demnach einen Übergang von Ideellem in Materielles (von „Bewusstsein“ in „Materie“) – ein Sakrileg für den orthodoxen Marxismus-Leninismus, ebenso wie die von Kosel daraus gezogene Konsequenz, den Zuständigkeitsbereich der Ökonomie auf die Wissenschaft (die „geistige Produktion“) zu erweitern.

Diese Orthodoxie hatte ein zähes Leben, noch mindestens ein Jahrzehnt über Stalins Tod hinaus, und bereitete den jungen Wissenschaftlern, die im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium Philosophie lehren mussten, große Schwierigkeiten. Das galt, in abgeschwächter Form, auch noch für Partheys Rostocker Jahre. Es sei daran erinnert, dass er dort *nicht* an einem Forschungsinstitut angestellt war. Die ganz gewöhnlichen Lehrveranstaltungen im Grundstudium waren seine Mühen der Ebene, denen er sich in erster Linie unterziehen musste, und seine Forschungsarbeiten, um

die es hier vor allem geht, waren ein Surplus, das er sich leisten konnte, soweit er sein Pflichtpensum absolviert hatte.

Während der letzten Jahre seines Aufenthalts in der UdSSR versuchte Kosel in mehreren Debatten mit einflussreichen sowjetischen Ökonomen, für seinen Ansatz Interesse zu wecken und Unterstützung zu gewinnen, blieb aber erfolglos. Nach seiner Übersiedelung in die DDR arbeitete er seine Überlegungen zu einer ideenreichen Monographie aus. Er konnte dabei auf die Protektion Walter Ulbrichts (1893 – 1973) rechnen, der innerhalb der Führungsspitze der SED am entschiedensten auf eine wissenschaftsbasierte Erneuerung der Volkswirtschaft in der DDR setzte¹⁰⁷, stieß aber weiterhin auf hinhaltende Skepsis unter den Gesellschaftswissenschaftlern der DDR ebenso wie in weiten Teilen des Parteiapparats der SED. Der *Dietz-Verlag*, der Parteiverlag der SED, forderte für eine eventuelle Publikation eine umfassende Überarbeitung des Textes. Daraufhin veröffentlichte er seine Monographie 1957 im Fachverlag *Die Wirtschaft*, meines Wissens als erstes Buch im sowjetischen Machtbereich, das das Konzept der Produktivkraft Wissenschaft dezidiert vertrat¹⁰⁸. Die Aufnahme dieses Buches war sehr verhalten, obwohl Ulbricht seine Lektüre sogar auf einer Plenartagung des ZK der SED empfahl, und als der Ausdruck „Produktivkraft Wissenschaft“ ab 1961 jenseits seiner wissenschaftlichen Verwendung als Slogan gleichsam parteioffiziellen Status erhielt, war Kosels Buch weitgehend in Vergessenheit geraten, so dass es erst längere Zeit nach der institutionellen Etablierung der Wissenschaftsforschung in der DDR wiederentdeckt werden musste¹⁰⁹.

Damit die Idee von der Produktivkraft Wissenschaft zu einem forschungs- und handlungsleitenden Prinzip werden konnte, musste sie zunächst im marxistischen Milieu *denkmöglich* werden. Dies war kein schlagartig eintretendes Ereignis, sondern eine unauffällige, allmähliche Entwicklung von unten, die in einem intellektuellen und emotionalen Erosionsprozess nach und nach die Denkblockaden des orthodoxen Marxismus-Leninismus auflöste. Dem dienten die Tagungen mit „Produktivkraft Wis-

107 Laitko, Produktivkraft (wie Anm. 61), S. 481-489.

108 Gerhard Kosel: Produktivkraft Wissenschaft. Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1957.

109 Hubert Laitko: Technische Bedürfnisse als Triebkraft des Erkenntnisfortschritts und die Konsequenzen dieses Zusammenhangs für das Verständnis der Wissenschaft. Ein zu Unrecht vergessener Ansatz zu dieser Problematik. – In: Horst Kant (Hrsg.): Hat die Gesellschaft ein technisches Bedürfnis, so hilft das der Wissenschaft mehr voran als zehn Universitäten (F. Engels). ITW-Kolloquien H. 25 (Manuskriptdruck). Berlin 1981, S. 67-79.

senschaft“ und „WTR“ im Titel, die in den frühen 1960er Jahren an verschiedenen Universitäten der DDR stattfanden – darunter auch die von Gerhard Harig zusammen mit dem Mineralogen Hermann Neels (1913 – 2002) in Leipzig veranstaltete Tagung *Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft*¹¹⁰. An diesen wichtigen theoretischen Lockerungsübungen hatte Heinrich Parthey in Rostock – auf seine Weise – einen nicht zu unterschätzenden Anteil. Einmal war er, wie schon erwähnt, an der Organisation des Rostocker WTR-Kolloquiums und an der Edition seiner Ergebnisse beteiligt; zwar hatte er dort nicht selbst vorgetragen, aber er zeichnete für das vorausgeschickte Thesenpapier mitverantwortlich¹¹¹. Zum andern weist seine Publikationsliste für jene Zeit einen Titel aus, der ganz ungewöhnlich klingt, wenn man mit den Titeln seiner späteren Arbeiten vertraut ist: *Wissenschaft als Form des gesellschaftlichen Bewusstseins und ihre Funktion als Produktivkraft*¹¹². Damit war auch er einer derjenigen, die den Denkweg ebneten, auf dem die vergleichsweise frühe und vor allem konsequente Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung in der DDR überhaupt erst möglich wurde.

Während Partheys Rostocker Periode wurde die Bearbeitung der WTR-Problematik nach der 1964er Tagung unter der Ägide von Teßmann weiter fortgesetzt. Am 3. und 4. Juli 1967 fand eine zweitägige Konferenz mit dem Thema *Die Struktur der Technik und ihre Stellung im sozialen Prozeß* statt, deren Protokoll 1968 als Heft 5 der *Rostocker Philosophischen Manuskripte* erschien¹¹³; Parthey war als Koautor der vorbereitenden Thesen beteiligt¹¹⁴.

-
- 110 Gerhard Harig & Hermann Neels (Hrsg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft. Materialien der wissenschaftlichen Tagung des Prorektors für Forschungsangelegenheiten der Karl-Marx-Universität zum 10. Jahrestag ihrer Namensgebung am 3. und 4. Mai 1963. Karl-Marx-Universität Leipzig 1963.
- 111 Heinrich Parthey, Helga Teßmann, Kurt Teßmann & Heinrich Vogel: Theoretische Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution (Thesen). – In: *Wiss. Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe* 14 (1965) 5/6, S. 31-34.
- 112 Heinrich Parthey: Wissenschaft als Form des gesellschaftlichen Bewusstseins und ihre Funktion als Produktivkraft. – In: *Wiss. Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe* 14 (1965) 4/5, S. 557-560.
- 113 Kurt Teßmann & Heinrich Vogel (Hrsg.): Die Struktur der Technik und ihre Stellung im sozialen Prozeß. Rostocker Philosophische Manuskripte H. 5. Universität Rostock 1968.
- 114 Heinrich Parthey, Kurt Teßmann, Heinrich Vogel & Wolfgang Wächter: Die Struktur der Technik und ihre Stellung im sozialen Prozess (Thesen). – In: Teßmann & Vogel (Hrsg.), *Die Struktur der Technik* (wie Anm. 113), S. 9-36.

Der Umfang des Protokollbandes betrug gut 400 Seiten. Dies zeigt, wie groß inzwischen das Bedürfnis geworden war, diesen Fragenkomplex zu diskutieren, und wie sehr Rostock als ein dafür geeigneter Ort mit einer einladenden Diskussionsatmosphäre wahrgenommen wurde. Einen Eindruck von dieser Atmosphäre vermittelt der Protokollband, in den auch knappe Diskussionsbemerkungen aufgenommen wurden. Freilich ging die in den Thesen ausgedrückte Absicht der Veranstalter, nach dem thematischen Rundumschlag des Jahres 1964 nun mit einem Gedankenaustausch über die Struktur der Technik und ihre Stellung im sozialen Prozess ein spezielleres und zugleich stärker strukturiertes Thema in Angriff zu nehmen, nur begrenzt auf. Bei vielen Teilnehmern dominierte weiterhin der Wunsch, sich über die WTR als komplexes Phänomen ohne Einschränkung auf die Technik zu verständigen. Diese Konferenz zeigte auch, dass sich der wissenschaftsphilosophische Diskurs in Rostock inzwischen auf das Feld der Technikwissenschaften ausgeweitet hatte. Das hing sicher nicht zuletzt damit zusammen, dass Teßmann in der Technischen Fakultät im Grundstudium unterrichtete¹¹⁵.

Die Konferenz zeigte schließlich, dass sich die Diskussion – zunächst in den Grenzen des sowjetischen Einflussbereiches – internationalisiert hatte. Mehrere Vortragende kamen aus der UdSSR und aus der ČSSR; weitere Texte von Autoren aus diesen Ländern und aus Ungarn wurden schriftlich eingereicht, darunter ein Beitrag von Radovan Richta (1924 - 1983) aus Prag¹¹⁶. Unter allen Autoren, die sich im Ostblock mit dem WTR-Komplex beschäftigten, war Richta derjenige, der den mit Abstand komplexesten und kühnsten Ansatz vertrat. Meist herrschte die beruhigende Ansicht vor, die WTR wäre ein Katalysator für die globale Durchsetzung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse; zwar könnten in ihren Anfangsstadien dem Kapitalismus noch eindrucksvolle Erfolge gelingen, aber je weiter sie voranschreite, um so mehr würde der Sozialismus ihn überholen. Mit seinem multidisziplinären Team an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV) überzeugte sich Richta in einem intensiven Diskussi-

115 Im Protokollband wird als Veranstalterin der Konferenz nicht der Arbeitskreis, sondern eine Abteilung „Philosophische Probleme der Naturwissenschaften und der Technikwissenschaften“ des Instituts für Marxismus-Leninismus genannt. Es scheint hier eine gewisse Verwirrung in den institutionellen Strukturen gegeben zu haben, vielleicht auch ein Tauziehen bei den Zuständigkeiten, das sich nicht mehr ohne Weiteres aufklären lässt.

116 Radovan Richta: Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution. – In: Teßmann & Vogel (Hrsg.), Die Struktur der Technik (wie Anm. 113), S. 135-151.

onsprozess davon, dass diese verbreitete und von den Führungen der meisten kommunistischen Parteien bereitwillig aufgegriffene Meinung ein ideologischer Selbstbetrug war. Um eine anspruchsvolle und dabei nichtpolemische komparative Beurteilung der globalen Situation und ihrer Perspektiven zu ermöglichen, zog er den in marxistischen Diskursen nur selten gebrauchten Begriff der Zivilisation heran. Richta sah die Weltgesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jhs. an einem zivilisatorischen Scheideweg: Sie könne entweder noch – für eine gewisse Zeit – den eingefahrenen Weg der industriellen Zivilisation fortsetzen oder sich zu einem Pfadwechsel hin zu einer neuartigen wissenschaftlich-technologischen Zivilisation entschließen. Erstere Option gehe mit sich vertiefenden Krisen und zunehmenden sozialen und ökologischen Belastungen einher und führe auf längere Sicht unweigerlich in eine Sackgasse. Letztere – und bereits der Pfadwechsel hin zu ihr – sei mit großen Unsicherheiten und Risiken verbunden, eröffne aber verheißungsvolle humane Perspektiven¹¹⁷. Einige Autoren bezeichneten Richta später als einen Vorläufer des Club of Rome¹¹⁸.

Brisant waren die Schlussfolgerungen, die Richta aus dieser Diagnose für die bestehenden sozialistischen oder protosozialistischen Gesellschaften zog. Er hielt den Sozialismus für disponiert, die Herausforderung des avisierten Pfadwechsels zu meistern, jedoch nur unter der Voraussetzung einer grundlegenden Umgestaltung, die nicht nur den Übergang der Wirtschaft zu einer wissenschaftsbasierten Entwicklungsform, sondern auch die Öffnung des politischen Systems in Richtung auf Demokratie und Pluralität einschloss. Die unausgesprochene Botschaft, dass der Sozialismus nicht überleben werde, wenn er sich dem zivilisatorischen Pfadwechsel verweigert oder ihn nicht bewältigt, ließ sich leicht herauslesen. Von diesen Überlegungen ging eine enorme Faszination aus, die auch Rostock erreichte. Teßmann nahm Verbindungen zu Richta und seinem Prager Team auf, beteiligte sich an verschiedenen Beratungen in Prag und unterbreitete noch vor seiner 1967er Konferenz öffentlich den Vorschlag, die DDR möge dem tschechoslowakischen Beispiel folgen und eine aus Vertretern unterschiedlicher Disziplinen und Institutionen bestehende zentrale Forschungsgruppe

117 Radovan Richta und Kollektiv: *Civilizace na rozcestí. Společenské a lidské souvislosti vědecko-technické revoluce* [Zivilisation am Scheideweg. Soziale und personale Bezüge der wissenschaftlich-technischen Revolution]. Praha: Svoboda 1966, 2. Auflage 1967, erweiterte und neu bearbeitete Fassung 1969.

118 Pavel Sirůček & Zuzana Džbánková: Radovan Richta – The Predecessor of the Club of Rome and the 4.0 Vision. – In: *Acta Oeconomica Pragensia* 4 (2018), S. 51-61.

zur Untersuchung der Haupttrends der WTR und zu deren Prognose einrichten¹¹⁹.

In seinem für das Protokoll der Rostocker Konferenz eingereichten Beitrag brachte Richta die Grundgedanken seines Konzepts zwar in zurückhaltender Diktion, aber nichtsdestoweniger deutlich zum Ausdruck. Zwischen der Konferenz und dem Erscheinen des Protokollbandes lag ein längerer Zeitraum, in dessen Verlauf sich die Entwicklungen in Prag politisch zuspitzten und an Fahrt aufnahmen. Richta bekannte sich zu der im Januar 1968 gewählten neuen Führung der KPČ unter Alexander Dubček (1921 – 1992). Der von dieser geplante XIII. Parteitag sollte eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Sinne des vom Richta-Team konzipierten Pfadwechsels einleiten, und dieses Team bildete das interdisziplinäre intellektuelle Hinterland für die Arbeitsgruppen, die entsprechende Beschlüsse für die einzelnen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens vorbereiteten. Ein Höhepunkt auf diesem Weg war eine vom 1. bis 6. April 1968 nach Mariánské Lázně einberufene internationale Konferenz zum Thema *Mensch und Gesellschaft in der WTR*, auf der Richta zwei Grundsatzreferate hielt und an der auch Teßmann teilnahm.

Vermutlich – ich habe darüber keine Kenntnis – ist in dieser Lage auf Teßmann in Rostock nicht unerheblicher ideologischer Druck ausgeübt worden. Schließlich fand sich eine salomonische, vielleicht auf die diplomatische Kunst des Mitherausgebers Vogel zurückgehende Lösung: Richtas Text wurde unverändert abgedruckt, aber mit einer distanzierenden Fußnote versehen¹²⁰. Nach der Konferenz von Mariánské Lázně ging Teßmann entschieden auf Distanz zu Richta; noch lange nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ publizierte er einen ungewöhnlich langen, polemischen Konferenzbericht¹²¹. Damit war das Tischtuch zwischen Teßmann und Richta zerschnitten. Richta blieb bei seinen Überzeugungen, kleidete

119 Kurt Teßmann: Die wissenschaftlich-technische Revolution und das System des Sozialismus. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 15 (1967) 3, S. 291-309, hier S. 309.

120 „Weit nach Redaktionsschluss erreichten uns Informationen, die zeigen, daß Radovan Richta und sein Kollektiv sich durch Theorien bürgerlicher Provenienz immer stärker von einer marxistisch-leninistischen Analyse aktueller Prozesse abdrängen lassen. Die Herausgeber distanzieren sich prinzipiell von den eine Jahresfrist nach dieser Konferenz publizierten philosophischen und politischen Äußerungen Richtas und anderer Mitarbeiter seines Kollektivs“. – Teßmann & Vogel (Hrsg.), Die Struktur der Technik (wie Anm. 113), S. 135.

121 Kurt Teßmann: Wissenschaftlich-technische Revolution und philosophischer Revisionismus. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie (1969) 10, S. 1240-1257.

sie nur in eine abstraktere und damit politisch weniger angreifbare Sprache und publizierte schon bald wieder in der DDR¹²².

Für Rostock aber dürften die Konsequenzen gravierend gewesen sein. Für einige Jahre – beginnend mit Teßmanns ebenso naiver wie erfrischender Utopie aus dem Jahre 1962 – war die Ostseestadt ein Zentrum der philosophischen Debatten über WTR und Technik gewesen. Damit war es nun vorbei; Dresden, Berlin und auch Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) wurden jetzt zu den Orten, an denen diese Thematik auf der Tagesordnung stand. An dieser Entwicklung, die immerhin den Arbeitskreis zentral betraf, war Heinrich Parthey nicht erkennbar beteiligt, aber gerade dies macht die Gratwanderung nachvollziehbar, die er in seiner Rostocker Karrierephase – mit Glück, mit Geschick, am ehesten mit einer Mischung aus beiden – bewältigte. Es war wichtig für seinen Weg zur Wissenschaftsforschung, dass er mit der durch die Stichworte „Produktivkraft Wissenschaft“ und „WTR“ markierten Diskurslinie in Beziehung trat, doch es war nicht weniger wichtig, dass er sich nicht zu sehr darauf einließ, sondern sein eigenes, auf die Methodologie der wissenschaftlichen Erkenntnis zentriertes Programm entwickelte und verfolgte. Dieses Programm – meist unter der Bezeichnung „Methodentheorie“, etwas später auch „Problemtheorie“ oder „Problem- und Methodentheorie“ präsentiert – war eine sichere Bank, und es war politisch kaum angreifbar¹²³.

122 Jindřich Filipec, Přemysl Maydl & Radovan Richta: Zur theoretischen Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 18 (1970), S. 947-959. – In den frühen 1980er Jahren, als die Wissenschaftsforschung im Ostblock schon längst etabliert war, leitete Richta ein internationales Kollektiv von Autoren aus der UdSSR, der ČSSR, Bulgarien, Polen und Ungarn, das eine Zusammenschau der in den verschiedenen Ländern entwickelten Positionen versuchte. Er verstarb während der Arbeiten an diesem Projekt. – Osnovy naukovedenija. Moskva: Nauka 1985. Deutsche Übersetzung und wissenschaftliche Bearbeitung von Günter Kröber: Grundlagen der Wissenschaftsforschung. Berlin: Akademie-Verlag 1988.

123 Das war kein unwichtiger Gesichtspunkt. Es kann an dieser Stelle nicht ausgebreitet, sollte aber stets mitbedacht werden, dass sich die Genese der Wissenschaftsforschung in der DDR in den 1960er Jahren in einer Atmosphäre des extremen Gegeneinanders von Aufbrüchen und Repressionen vollzog, in der personelle Rivalitäten und strategische Diskrepanzen innerhalb des engsten Führungszirkels der SED ihren – oft unberechenbaren – Ausdruck fanden. Auch die Wissenschaftsphilosophie war da kein unproblematisches Terrain. Exemplarisch sei hier darauf verwiesen, dass die von dem Berliner Physikochemiker Robert Havemann (1910 – 1982) an der Humboldt-Universität 1963/64 angebotene Vorlesungsreihe *Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme* zum Anlass für eine Serie von Repres-

Seit seiner Promotion war Parthey fortlaufend mit dieser Problematik befasst. Der öffentlich wahrnehmbare Auftakt war eine im März 1965 in Rostock durchgeführte Tagung des Arbeitskreises „Philosophie – Naturwissenschaft“ mit dem Thema *Struktur und Funktion der experimentellen Methode*. Die WTR-Tagung 1964 hatte dafür organisatorisch vorgearbeitet. Nach ihrem Beispiel wurden künftig sorgfältig ausgearbeitete Thesen längere Zeit vor einer geplanten Tagung als Manuskriptdruck an den potentiellen Teilnehmerkreis übermittelt, später mitunter auch in der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Universität gesondert publiziert¹²⁴. Für die Publikation der Beiträge stand eine universitäre Manuskriptdruckreihe bereit¹²⁵. Mit der Drucklegung des 1965er Tagungsprotokolls wurde die Bezeichnung *Rostocker Philosophische Manuskripte* formell eingeführt¹²⁶. Unter den Schwerpunktthemen des Arbeitskreises war die Methodentheorie das am stärksten ausgeprägte; es wurde auch nach Partheys Übergang von Rostock nach Berlin weiter gepflegt, nach Vogels Tod allerdings nur noch sporadisch aufgegriffen¹²⁷.

sionen genommen wurde, die schließlich in seinen vollständigen Ausschluss aus dem öffentlichen Leben der DDR mündete. – Dieter Hoffmann (Hrsg.): Robert Havemann. Dokumente eines Lebens. Berlin: Ch. Links Verlag 1991; Christian Sachse: Die politische Sprengkraft der Physik. Robert Havemann im Dreieck zwischen Naturwissenschaft, Philosophie und Sozialismus (1956 – 1962). Münster: Lit Verlag 2006; Hubert Laitko: Strategen, Organisatoren, Kritiker, Dissidenten - Verhaltensmuster prominenter Naturwissenschaftler der DDR in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts. Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte. Preprint 367. Berlin 2009. Hier Kap. 4: Agieren an den Grenzen des politischen Systems und Grenzüberschreitung: Robert Havemann, S. 79-130.

- 124 Karel Berka, Heinrich Parthey, Kurt Teßmann, Heinrich Vogel, Wolfgang Wächter & Dietrich Wahl: Struktur und Funktion der experimentellen Methode (Thesen). – In: Wiss. Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschaftswiss. Reihe 14 (1965) 5/6, S. 631-634.
- 125 Heinrich Parthey, Heinrich Vogel & Wolfgang Wächter (Hrsg.): Struktur und Funktion der experimentellen Methode (Rostocker Philosophische Manuskripte H. 2). Rostock: Universität Rostock 1965.
- 126 Das Protokoll der WTR-Tagung wurde rückwirkend als Heft 1 gezählt. In der Folgezeit erreichten die Hefte dieser Reihe eine Auflage von 1500 bis 3000 Exemplaren, wurden in vielen Bibliotheken geführt und trugen wesentlich dazu bei, dass Partheys Name in Verbindung mit dem Rostocker methodentheoretischen Programm binnen weniger Jahre weithin bekannt wurde. – Ehlers & Stöhr, Rostocker (wie Anm. 75), S. 405.
- 127 Parthey gibt einen kurzen Überblick über die Behandlung von Themen der Problem- und Methodentheorie in den Rostocker Philosophischen Manuskripten auch über seine Rostocker Zeit hinaus. – Parthey, Problemtheorie (wie Anm. 73).

Die Wahl des Zeitpunktes für den Auftakt hatte sich vermutlich nach den situativen Gegebenheiten gerichtet, aber rückblickend erwies sich Partheys Timing, im internationalen Kontext betrachtet, als außerordentlich geschickt. Ein kleiner Hinweis auf die Einbettung des Rostocker Unternehmens in internationale Bezüge war schon die Mitautorschaft des Prager Logikers Karel Berka (1923 – 2004) an den vorbereitenden Thesen für die 1965er Tagung. Berka nutzte Gastprofessuren in der DDR (1963/63 Humboldt-Universität zu Berlin, 1967/68 Karl-Marx-Universität Leipzig), um an dem von Parthey verfolgten Programm mitzuwirken; er hatte einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Sicherung der wissenschaftslogischen Flanke dieses Programms. Um die Mitte der 1960er Jahre hatten sich vielerorts die Initiativen verdichtet, die auf eine baldige Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung drängten, und die verschiedenen Denkströmungen, aus denen die neue Forschungsrichtung erwuchs, begannen sich miteinander zu vernetzen. Die Bewegung hatte – möglicherweise – einen kritischen Punkt erreicht, von dem ab sie nicht mehr verebben konnte, sondern zu einem stabilen Ergebnis führen musste. Das gilt jedenfalls für den Ostblock, wahrscheinlich aber weit über diesen hinaus.

Ein Ereignis von symbolischer Bedeutung und großer Strahlkraft war der 1965 in mehreren polnischen Städten durchgeführte XI. Internationale Kongress für Wissenschaftsgeschichte mit dem programmatischen Vortrag *Towards a Science of Science* von Bernal und Mackay¹²⁸; Bernal war schon von schwerer Krankheit gezeichnet und konnte nicht mehr am Kongress teilnehmen; sein von Mackay verlesener Vortrag war sein intellektuelles Legat. Angesehene Vertreter der wissenschaftshistorischen Forschung erachteten es nun für möglich und geboten, die enormen kognitiven Ressourcen der Wissenschaftsgeschichte in den Dienst der neuen Richtung zu stellen. Umgekehrt vollzog sich auf breiter Front eine von für die werdende Wissenschaftsforschung typischen Fragestellungen gelenkte Theoretisierung der Wissenschaftsgeschichtsschreibung, die schon mit Kuhn und Price starke Impulse erfahren hatte; der früher übliche empiristische oder gar hagiographische Stil galt bei jüngeren Forschern zunehmend als obsolet.

Die Vergabe des Weltkongresses an Polen gerade in dieser Zeit war kein Zufall. Dieses Land mit seiner insbesondere von Tadeusz Kotarbiński (1886 – 1981) repräsentierten Lemberg-Warschauer Schule des Neopositivi-

128 John D. Bernal & Alan L. Mackay: *Towards a Science of Science*. – In: *Organon* 3 (1966), S. 9-17. – Eine deutsche Übersetzung liegt vor: John D. Bernal & Alan L. Mackay: *Auf dem Wege zu einer Wissenschaft von der Wissenschaft*. – In: Bernal, *Die soziale* (wie Anm. 96), S. 459-467.

vismus¹²⁹, deren Tradition auf die 1920er Jahre zurückging, spielte in der weitgefächerten Bewegung hin zur Wissenschaftsforschung eine Vorreiterrolle. Das Erbe der Lemberg-Warschauer Schule wurde in den Nachkriegsjahren reaktiviert. Dazu gehörte die „Wiederentdeckung“ des programmatischen Aufsatzes *The Science of Science*, den die Soziologin und Kotarbiński-Schülerin Maria Ossowska (1896 – 1974) gemeinsam mit ihrem Ehemann, dem Soziologen Stanisław Ossowski (1897 – 1963), bereits 1936 veröffentlicht hatte¹³⁰. 1964 verbreitete sich der Text durch den Wiederabdruck in der Zeitschrift *Minerva* in der westlichen Welt¹³¹, und 1966 war auch eine deutsche Fassung verfügbar¹³². Der Aufschwung der logisch-methodologischen Richtung brachte in den frühen 1960er Jahren in Polen das Interesse an der ganzen Themenvielfalt der Wissenschaftsforschung in Gang, wie sie die Ossowskis schon in der Zwischenkriegszeit konzipiert hatten¹³³. 1963 wurde bei der Polnischen Akademie der Wissenschaften eine *Komisja Naukoznawstwa* unter Leitung des Physikers Ignacy Malecki (1912 – 2004) gegründet, ab 1965 erschien die (noch heute bestehende) Vierteljahresschrift *Zagadnienia Naukoznawstwa*. Die Fäden reichten auch bis nach Rostock. So trug Bohdan Walentynowicz (1912 – 1984), Sekretär der *Komisja Naukoznawstwa*, auf einer von Parthey im November 1969 veranstalteten Tagung vor¹³⁴.

Auch im großen Moskauer Akademieinstitut für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik (IGNT) hatte man die Zeichen der Zeit erkannt und gründete eine Abteilung für Wissenschaftsforschung (нау-

129 Jan Wolenski: *Logic and Philosophy in the Lvov-Warsaw-School*. Dordrecht / Boston / Lancaster: Reidel 1989.

130 Maria Ossowska & Stanisław Ossowski: *The Science of Science*. – In: *Organon* 1 (1936), S. 1-12.

131 Maria Ossowska & Stanisław Ossowski: *The Science of Science*. – In: *Minerva. A Review of Science, Learning and Policy* 1964, H. 3, S. 72-82.

132 In: Helmut Krauch, Werner Kunz & Horst W. J. Rittel (Hrsg.): *Forschungsplanung. Eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute*. München / Wien: Oldenbourg 1966, S. 11-21.

133 Bohdan Walentynowicz: *Wissenschaft der Wissenschaft in Polen*. – In: *Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie / Journal for General Philosophy of Science* 3 (1972), S. 145-155; ders. (Hrsg.): *Polish Contributions to the Science of Science*. Dordrecht: Reidel 1982.

134 Bohdan Walentynowicz: *Probleme der Ingenieure unter methodologischem Aspekt*. – In: Heinrich Parthey (Hrsg.): *Problemtypen bei der Hypothesen- und Prognosenbildung. II. Tagung zur Problemtheorie. Rostocker Philosophische Manuskripte H. 7*. Universität Rostock 1970, S. 197-207.

kovedenie) unter Leitung des Biologiehistorikers Semjon R. Mikulinskij (1919 – 1991), der dann in der Nachfolge von Bonifaz M. Kedrov (1903 – 1981) die Direktion des gesamten Instituts übernahm und späterhin zu einem der wichtigsten Vermittler für die internationalen Kooperationen der in der DDR betriebenen Wissenschaftsforschung wurde¹³⁵. Dieser Institutionalisierungsschritt hatte Signalwirkung für den Ostblock. Parthey spürte den Geist der Zeit und handelte – wie nicht selten in seiner Laufbahn – *just in time*. 1964 hatte er sich als Mitwirkender an der Vorbereitung der WTR-Tagung an der Bearbeitung einer Thematik beteiligt, die schon vor seinem Übergang an die dortige Universität auf die Rostocker Tagesordnung gesetzt worden war, im März 1965 eröffnete er mit der Tagung *Struktur und Funktion der experimentellen Methode* seine eigene Agenda¹³⁶. Auf der einen Seite knüpfte die Tagung offensichtlich an seine Dissertation an, auf der anderen erweiterte sich ebenso deutlich der Blickwinkel von der Behandlung philosophischer Fragen der Physik hin zur allgemeinen Methodologie des wissenschaftlichen Erkennens: „Wissenschaftliches Erkennen ist stets an methodisches Vorgehen geknüpft. Um Tatsachen und Zusammenhänge eines bestimmten gegenständlichen Bereiches aufzudecken, werden wohlherprobte oder auch neue Methoden angewandt“¹³⁷. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand nicht mehr das Experiment als solches, sondern das Netz von methodischen Regeln, in das Vorbereitung, Ausführung und Auswertung von Experimenten eingebettet sind. Dazu legten die Thesen einen generalisierten Methodenbegriff fest, unter den die experimentelle Methode als Spezialfall subsumiert wurde: „Jede Methode der wissenschaftlichen Forschung ist ein System von Regeln über den Weg zur Gewinnung neuer Erkenntnisse. Dieses System von Regeln enthält: a) Regeln, die Operationen angeben, b) Regeln, die die Anwendung von Mitteln und Verfahren angeben, c) Regeln, die die Abfolge und Ordnung der Operationen

135 Eduard M. Mirsky: Science Studies in the USSR: History, Problems, Prospects. – In: Science Studies 2 (1972), S. 281-294.

136 Parthey, Vogel & Wächter (Hrsg.), Struktur und Funktion (wie Anm. 125). – Als Veranstalter zeichnete der Arbeitskreis, für den hier die Bezeichnung Philosophische Probleme der Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften gewählt und der der Fachrichtung Philosophie des Instituts für Marxismus-Leninismus zugeordnet wurde – ein Symptom für die zeitweilige Unsicherheit der Bezeichnung, wenn nicht der Struktur.

137 Heinrich Parthey & Wolfgang Wächter: Bemerkungen zu einer Theorie der experimentellen Methode. In: Parthey, Vogel & Wächter (Hrsg.), Struktur und Funktion (wie Anm. 125), S. 23-46, hier S. 23.

angeben¹³⁸. Der generalisierende Ansatz ermunterte dazu, die experimentelle Methode nicht nur in ihrer Anwendung in den physikalischen Wissenschaften zu erörtern, sich auch nicht allein auf die Natur- und Technikwissenschaften zu beschränken, sondern darüber hinaus die Frage ihrer möglichen Nutzung in den Sozialwissenschaften aufzuwerfen; dazu hielt Wahl einen besonderen Vortrag¹³⁹.

Eine prinzipielle Bejahung des Experiments in den Sozialwissenschaften war, dies sollte bei der Wertung der Rostocker Tagung beachtet werden, unter den gegebenen Umständen nicht weniger innovativ und mutig als das weiter oben erwähnte Aufgreifen des Gedankens von der Produktivkraft Wissenschaft durch Kosel. Sowie das Experimentieren nicht auf irgendwelche peripheren Details, sondern auf Grundlagen des Gesellschaftsverständnisses gerichtet war, lief es Gefahr, mit dem Selbstverständnis der Partei- und Staatsführungen sowjetischen Typs zu kollidieren. Dieses Selbstverständnis schloss die Überzeugung ein, dass alles für die Gestaltung der Gesellschaft erforderliche Grundsatzwissen schon vorhanden und in Gestalt des Marxismus (bzw. des Marxismus-Leninismus) gültig kodifiziert sei und es nur noch darauf ankäme, es passgerecht auf konkrete Situationen anzuwenden¹⁴⁰. Dies war der entscheidende Grund dafür, dass Experimente im Bereich sozialer Phänomene mit äußerster Skepsis betrachtet wurden. In seinem Vortrag erwähnte Wahl ein in der DDR gängiges Lehrbuch der Politischen Ökonomie, in dem der Ausschluss des Experimentierens sogar zu einem Kriterium der Unterscheidung der Ökonomie von den Naturwissenschaften erklärt wurde¹⁴¹.

Zugleich konstatierte er einen Wandel der Situation. Zwar sei bei der Analyse der sozialistischen Gesellschaft „bis vor kurzem nicht *bewußt* experimentiert worden“, doch jetzt habe sich die Einstellung marxistischer Gesellschaftswissenschaftler zur experimentellen Methode grundlegend ge-

138 Berka, Parthey, Teßmann, Vogel, Wächter & Wahl, Struktur und Funktion – Thesen (wie Anm. 124) S. 6.

139 Dietrich Wahl: Probleme der Anwendung der experimentellen Methode in den Gesellschaftswissenschaften. – In: Parthey, Vogel & Wächter (Hrsg.), Struktur und Funktion (wie Anm. 125), S. 103-128; siehe auch: Dietrich Wahl: Die Anwendung der experimentellen Methode in den Gesellschaftswissenschaften. – In: Wiss. Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 14 (1965) 5/6, S. 673-681.

140 Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik. – In: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan und Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Berlin: Dietz Verlag 1997, S. 405-420, hier S. 405-409.

141 Wahl, Probleme der Anwendung (wie Anm. 139), S. 104.

wandelt...“¹⁴². Dieser Eindruck war eine Konsequenz aus dem seit 1962 vorbereiteten und 1963 gestarteten *Neuen Ökonomischen System (NÖS) der Planung und Leitung der Volkswirtschaft* in der DDR, das nach dem Urteil des Wirtschaftshistorikers Jörg Roesler (*1940) einen „paradigmatischen Wechsel“ in der Wirtschaftsführung darstellte¹⁴³. Die Protagonisten der Wirtschaftsreform hätten erkannt, „daß die SED nicht a priori über den für das Funktionieren der Wirtschaft nötigen, wissenschaftlich fundierten Erfahrungsschatz verfügte, der es ihr erlaubte, jede in der Wirtschaftleitung ergriffene Maßnahme wissenschaftlich zu begründen und deren Ergebnis im voraus zu bestimmen“¹⁴⁴. Das innovative Moment des NÖS – in seiner ursprünglichen Intention, weniger in seinen späteren Kompromissvarianten – bestand, zugespitzt formuliert, erstens in der Abkehr vom Allwissenheitsdogma der Partei- und Staatsführung und zweitens in seiner evolutionären Orientierung.

Beides ergab sich zwingend aus dem Entschluss, sich auf eine wissenschaftsbasierte Wirtschaftsdynamik einzulassen, sie zu fördern und sie zu gestalten. Der naturwissenschafts- und technikaffine Flügel der SED-Führung um Ulbricht hatte sich diese Orientierung zu eigen gemacht, und er hatte zudem die Überzeugung gewonnen, dass dazu Volksbildung, Hochschulwesen, außeruniversitäre Forschung und Entwicklung und die Volkswirtschaft insgesamt einem konzertierten Wandel – einem *Reformpaket* – unterworfen werden müssten¹⁴⁵. Die Einsicht, wesentliche Erkenntnisse über Struktur, Funktion und Entwicklung einer modernen Wirtschaft nicht einfach irgendwie aus dem Marxismus „ableiten“ zu können, sondern durch empirische Forschung erst gewinnen zu müssen, hauchte dem NÖS experimentellen Geist ein.

Das laufende Monitoring der wirtschaftlichen Prozesse (Wirtschaftsstatistik) war dafür zwar unabdingbar, erschien den Reformern aber nicht hinreichend. Deshalb wurde die Anwendung der experimentellen Methode zu einem konstitutiven Moment des NÖS, die systematische Durchführung ökonomischer Experimente vor allem in der Industrie war ausdrücklich

142 Ebd., S. 104.

143 Jörg Roesler: Neues Denken und Handeln im Neuen Ökonomischen System (NÖS). – In: Rauh & Ruben (Hrsg.), *Denkversuche* (wie Anm. 21), S. 51-76, hier S. 54.

144 Ebd., S. 55.

145 Hubert Laitko: Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära. – In: Dieter Hoffmann & Kristie Macrakis (Hrsg.): *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*. Berlin: Akademie Verlag 1997, S. 35-57.

vorgesehen und wurde auch in Angriff genommen¹⁴⁶. An diesem Punkt berührten sich das Anliegen der Wirtschaftsreformer und die von Parthey und seinem Kreis vertretene Idee, die Anwendung der experimentellen Methode auf die Gesellschaft auszudehnen, auch wenn er selbst keinem der Teams von Experten angehörte, die in den 1960er Jahren für das NÖS politikberatend herangezogen wurden¹⁴⁷.

Die Intentionen der weitblickendsten Reformer gingen noch weiter: Das NÖS sollte keine einmalige, temporäre Aktion bleiben, sondern die Volkswirtschaft sukzessiv in ein selbstlernendes System überführen, in dessen Evolution das Experimentieren als notwendiges Moment dauerhaft integriert bleibt. Wie Roesler schrieb, war das NÖS als „offene Reform“ gedacht, in dem Sinne, dass ihr 1963 verabschiedetes Grundsatzdokument „keinen zu erreichenden Endzustand beschrieb und auch keinen Zeitplan für den Abschluß der Umgestaltungen enthielt. Ein derartiges Herangehen war auch folgerichtig, wenn man nicht in einen neuen Dogmatismus verfallen wollte...“¹⁴⁸. Dieser Gedanke hätte das soziale Experimentieren der Rolle, die die experimentelle Methode in den Naturwissenschaften spielt, noch weiter angenähert, denn seit Galilei ist die Funktion des Experimentierens, neue Probleme aufzuwerfen, nicht weniger wichtig als jene, neues Wissen zu liefern. In einer auf Gemeineigentum basierenden Wirtschaft wäre der ins Auge gefasste Evolutionsmodus aussichtsreich umsetzbar gewesen, freilich nicht mit dem zentralistischen politischen System der DDR; dieser Gedanke gehört zum utopischen Überschuss des NÖS, dessen Bedeutung auch heute noch in der Zukunft liegt. Visionäre Begeisterung spricht auch aus dem Zukunftsbild, mit dem Wahl seinen Tagungsbeitrag

146 Klaus Steinitz & Dieter Walter: Plan – Markt – Demokratie. Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen. Hamburg: VSA Verlag 2014, S. 58-60.

147 Rainer Schwarz (*1941) hebt in einer von Insiderkenntnis geprägten Studie über Formen, Funktionen, Illusionen und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung in der DDR die exzeptionelle Nähe von Wissenschaft und Politik in der Phase des NÖS hervor: „Ulbricht holte zur Ausarbeitung der Wirtschaftsreform zahlreiche Wissenschaftler in seinen Beraterkreis (was man ihm nicht zugetraut hatte, da man ihn bisher kaum an ihrer Seite gesehen hatte). [...] Diese Periode was die hohe Zeit der Politikberatung in der DDR. Nie zuvor und nie danach hatten Wissenschaftler einen derart engen Kontakt mit der politischen Führung der DDR“. – Rainer Schwarz: Chancen und Illusionen wissenschaftlicher Politikberatung in der DDR. – In: Rauh & Ruben (Hrsg.), Denkversuche (wie Anm. 21), S. 379-398, hier S. 382-383.

148 Roesler, Neues Denken (wie Anm. 143), S. 56.

ausklingen ließ. Der weitere Aufschwung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft würde immer mehr soziale Experimente ermöglichen und zugleich zur Voraussetzung haben, und die demokratische Teilhabe tendenziell aller Menschen daran würde so wichtig werden, dass er empfahl, künftig solle auch die allgemeinbildende Schule „Grundkenntnisse über die Durchführung sozialer Experimente vermitteln“¹⁴⁹.

Ein unmittelbares Ergebnis (oder auch eine Fortsetzung) der Tagung von 1965 war ein von Parthey und Wahl gemeinsam verfasstes Buch unter dem – damals mit gutem Grund Aufsehen erregenden – Titel *Die experimentelle Methode in Natur- und Gesellschaftswissenschaften*¹⁵⁰. Es war die systematische Durchführung der Idee, die experimentelle Methode bilde eine Klammer zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften, die einen Methodentransfer hinüber und herüber ermögliche. Vielleicht war dieses Buch unter allen Publikationen Partheys diejenige, die die größte Breitenwirkung erzielte, auch über die Grenzen der DDR hinaus, und das keineswegs nur in den 1960er Jahren, sondern auch noch Jahrzehnte später. Ein bemerkenswertes Exempel dafür schildert der Jenenser Umweltsoziologe Matthias Groß (*1969) anhand seiner eigenen wissenschaftlichen Entwicklung. In einem eigenen Beitrag für die Festschrift zu Partheys Achtzigstem berichtet er über die anregende Wirkung, die die Lektüre des Buches in den späten 1990er Jahren auf die Ausprägung des von ihm vertretenen Konzepts der „experimentellen Gesellschaft“¹⁵¹ ausgeübt hat, und schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „Positiv betrachtet kann man sagen, dass das Konzept der Realexperimente immerhin eine erste Strukturierung der unvermeidbaren Ambivalenz und ihrer Auswirkungen auf Gesellschaften des 21. Jhs. bietet. Heinrich Parthey und Dietrich Wahl (1966) haben für das Verständnis dieser experimentellen Gesellschaft bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert exzellente konzeptionelle Vorarbeit geleistet“¹⁵².

Die Überlegung zukunftsorientierter Ökonomen, dass man in einer auf Gemeineigentum basierenden und wissenschaftsfundierten Volkswirtschaft permanent und systematisch experimentieren sollte, um ihre Entwicklungsfähigkeit zu sichern, und die im Kreis von Parthey vertretene

149 Wahl, Probleme der Anwendung (wie Anm. 139), S. 76.

150 Parthey & Wahl, Die experimentelle Methode (wie Anm. 70).

151 Stefan Bösch, Matthias Groß & Wolfgang Krohn (Hrsg.): Experimentelle Gesellschaft: Das Experiment als wissenschaftsgesellschaftliches Dispositiv. Berlin: edition sigma 2017.

152 Matthias Groß: Experimentelle Methode und experimentelle Gesellschaft. – In: Petras, Umstätter & Wessel (Hrsg.), Theorien (wie Anm. 25), S. 141.

Ansicht, dass die experimentelle Methode von den Naturwissenschaften, denen sie historisch entstammt, auf die Sozialwissenschaften ausgedehnt werden könnte und müsste, entstanden synchron, ohne dass hier wechselseitige Kausalitäten behauptet oder auch nur vermutet werden sollen. Ihr annähernd gleichzeitiges Aufkommen war zweifellos ein Symptom einer intellektuellen Aufbruchstimmung in der DDR der frühen 1960er Jahre, von der ja auch die bereits geschilderte und für Parthey prägende Atmosphäre am Ley-Lehrstuhl Zeugnis ablegt. Diese Stimmung war aber von vornherein nur ein Moment in einer extrem widersprüchlichen und prekären Gesamtkonstellation. In der Führung der SED wurden Reformansätze nur insoweit unterstützt oder zumindest geduldet, als sie das politische System praktisch unangetastet ließen und theoretisch als ein nicht hinterfragbares Tabu behandelten. Partielle Reformen hatten einen gewissen Spielraum, aber im Fall ihrer ungehinderten Entfaltung hätten sie früher oder später auch das politische System herausgefordert. Radovan Richta und die Prager Reformer hatten das gesehen und den erforderlichen Umbau des politischen Systems mitgedacht, während es sich in der DDR auch die reformorientierten Kräfte unter den Gesellschaftswissenschaftlern meist versagten, so weit zu denken¹⁵³.

In der politischen Führungsschicht der DDR herrschten unterschiedliche Ansichten darüber, wie das Verhältnis zwischen dem orthodoxen Weg der Machtstabilisierung durch Kontrolle und Repression und dem unorthodoxen Weg der Förderung begrenzter Reformen gestaltet werden sollte. Nachdem die Reformer das NÖS auf den Weg gebracht hatten, wurde der Druck der Parteiorthodoxie wieder stärker, vor allem, nachdem nach Nikita S. Chruschtschow (1894 – 1971) im Herbst 1964 mit Leonid I. Breschnew (1906 – 1982) ein Hardliner an die Spitze der KPdSU getreten war und sich überall im sowjetischen Machtbereich die Chancen der Reformer zu verschlechtern begannen. Mit diesem einschneidenden Wandel der äußeren Bedingungen hörte Ulbricht nach und nach auf, der mächtige Erste Sekretär des ZK der SED zu sein, als den man ihn aus den Fünfigern kannte, und wurde zunehmend zum Getriebenen in der eigenen Partei, der unter dem Druck der Konservativen eine Position nach der anderen räumen musste, um das in seiner Spätphase wichtigste Anliegen – die wissenschaftsbasierte Erneuerung der DDR-Volkswirtschaft – zu retten. So fand er sich mit der auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 („Kahlschlag-

153 André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre: Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül. Berlin: Akademie Verlag 1999.

plenum⁶⁾ kulminierenden Unterdrückung kreativer Aufbrüche in den Künsten ab¹⁵⁴. Werner Mittenzwei (1927 – 2014) spricht im Zusammenhang mit diesem Plenum von einer „Frontenbildung in der SED-Führung“¹⁵⁵. Im März 1965 fand Partheys Tagung zur experimentellen Methode statt, im April des gleichen Jahres orientierte der erste Philosophie-Kongress der DDR in Berlin¹⁵⁶ die Philosophen auf die Beschäftigung mit der WTR als entscheidende Zukunftsaufgabe¹⁵⁷ – und im Dezember ergingen von der SED-Führung entmutigende Signale der ideologischen Repression, denen Verbote und Gängelungen auf unterschiedlichen Gebieten des geistigen Lebens folgten. Das alles geschah innerhalb von weniger als einem Jahr, und diese zeitliche Zusammenballung von Konträrem lässt ahnen, auf wie glattem Eis sich auch Parthey mit seinen Unternehmungen bewegte¹⁵⁸. Das NÖS ließ sich noch für wenige Jahre bewahren, es degenerierte dabei jedoch, und am Ende scheiterte es – oder, richtiger, man ließ es scheitern. Damit war auch der kurze Frühling des Experimentierens in der Wirtschaft vorüber: „Mit dem Neuen Ökonomischen System verschwand [...] das Experiment aus der Wirtschaftsführung ebenso wie die dem Experimentieren zugrundeliegende Erkenntnis, daß die ökonomischen Zielstellungen sich nicht allein aus der marxistischen Lehre, deren Gralshüter die Partei war, ablesen ließen“¹⁵⁹.

So unbehagliche Züge das ideologische Klima in der DDR 1965/66 auch angenommen hatte – es gab Nischen, in denen die Aufbruchstimmung relativ unbehelligt weiterwirken konnte, indem sie kanalisiert und thematisch fokussiert wurde. Eine dieser Nischen war die zur Wissenschaftsfor-

154 Günter Agde (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Studien und Dokumente. Berlin: Aufbau Taschenbuch-Verlag; Berlin 1991.

155 Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945 – 2000. Leipzig: Verlag Faber & Faber 2001, S. 230.

156 Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution. Materialien des philosophischen Kongresses vom 22. – 24. 4. 1965 in Berlin. – Deutsche Zeitschrift für Philosophie 13 (1965) Sonderheft.

157 Bei der Vorbereitung des Kongresses spielte der Rostocker Arbeitskreis in der Person von Teßmann eine nicht unwesentliche Rolle. Im März dieses Jahres veröffentlichte er einen Grundsatzartikel, der der unmittelbaren Orientierung auf das Kongressthema dienen sollte. – Kurt Teßmann: Mensch, Produktion und Technik in der wissenschaftlich-technischen Revolution. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 13 (1965) 3, S. 262-277.

158 Gunnar Decker: 1965. Der kurze Sommer der DDR. München: Carl Hanser Verlag 2015.

159 Roesler, Neues Denken (wie Anm. 143), S. 76.

schung hinführende Denkströmung, um die es hier geht. Die wesentlichen Texte zur experimentellen Methode und ihrer Ausdehnung auf die Sozialwissenschaften aus der Feder von Parthey und Wahl erschienen 1966, also *nach* dem „Kahlschlagplenum“. Vielleicht kann man es, etwas zugespitzt, so ausdrücken, dass die erwähnte inhaltliche Nähe zwischen dem experimentellen Impetus der Wirtschaftsreformer und der Idee einer Universalisierung der experimentellen Methode ein intellektueller Flirt war, aus dem keine Liaison wurde. Das weitere Ausreifen des von Parthey vertretenen Forschungsprogramms führte davon wieder weg, stützte sich aber weiter unverbrüchlich auf die Naturwissenschaften.

Mit der 1965er Tagung hatte das Programm begonnen, seine generalisierte, bleibende Gestalt anzunehmen. Dieser Prozess verlief zeitlich sehr gedrängt und vollzog sich innerhalb weniger Jahre. Sein äußerliches Signal war, dass nunmehr der Terminus „Problem“ mit seinen Derivaten wie „Problemsituation“ und „Problemverhalten“ in den Vordergrund trat, und seine Marksteine waren die beiden Tagungen *Problemstruktur und Problemverhalten in der wissenschaftlichen Forschung*¹⁶⁰ am 6./7. September 1966 und *Problemtypen bei der Hypothesen- und Prognosenbildung*¹⁶¹ am 6./7. November 1969. Zwischen diesen beiden Ereignissen lag eine etwas weiter entfernt von dieser thematischen Magistrale angesiedelte und stärker erkenntnistheoretisch akzentuierte Tagung über *Begriff und Funktion der Tatsache in der wissenschaftlichen Forschung*¹⁶² am 18. Oktober 1968.

Bei allen genannten Vorhaben war Heinrich Parthey immer die zentrale Persönlichkeit, aber ihre formell ausgewiesene institutionelle Verankerung veränderte sich. 1966 zeichnete noch die Abteilung „Philosophische Probleme der Naturwissenschaften und der technischen Wissenschaften“¹⁶³ des *Instituts* für Marxismus-Leninismus verantwortlich, ab 1968 wurde als Veranstalterin die „Forschungsgruppe Methodentheorie“ der *Sektion* für Marxismus-Leninismus ausgewiesen. Das ist ein bemerkenswertes Phänomen. Der Übergang vom Institut zur Sektion entsprach der generellen in-

160 Heinrich Parthey, Heinrich Vogel & Wolfgang Wächter (Hrsg.): *Problemstruktur und Problemverhalten in der wissenschaftlichen Forschung* (Rostocker Philosophische Manuskripte H. 3). Rostock: Universität Rostock 1966.

161 Parthey (Hrsg.), *Problemtypen* (wie Anm. 134).

162 Heinrich Parthey & Dieter Wittich (Hrsg.): *Begriff und Funktion der Tatsache in der wissenschaftlichen Forschung* (Rostocker Philosophische Manuskripte H. 6). Rostock: Universität Rostock 1969.

163 Über die Zusammensetzung dieser Abteilung und ihre Stellung im Institut ist mir nichts Näheres bekannt; es ist aber evident, dass Parthey und Vogel ihr angehörten.

ternen Restrukturierung der Universitäten, die in der DDR mit der III. Hochschulreform vollzogen wurde¹⁶⁴. Eine *Forschungsgruppe Methodentheorie* war aber in der Struktur von ML-Sektionen nirgendwo vorgesehen, und es war auch mit viel Phantasie schwer vorstellbar, dass eine Forschungseinheit mit einer solchen Agenda unter dem Dach des Marxismus-Leninismus einzuordnen wäre. Und dennoch haben Parthey und Vogel in Rostock eben dies zuwege gebracht, und das – soweit bekannt – ganz unspektakulär und ohne größere Widerstände. Details werden sich nach dem Tod der beiden Protagonisten dieses Unterfangens kaum mehr klären lassen; jedenfalls haben beide die Möglichkeiten, die ein Strukturumbau wie der von der III. Hochschulreform ausgelöst bot, kreativ genutzt¹⁶⁵. Die Existenz der Forschungsgruppe bedeutete allerdings nicht, dass ihre Angehörigen von ihrem Lehrdeputat im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium entbunden gewesen wären; es bedeutete aber – und das war nicht wenig –, dass die dort geleisteten Forschungen für Parthey und seine Mitarbeiter als Bestandteil ihrer Berufsarbeit im Rahmen ihrer Arbeitsverträge in aller Form anerkannt waren.

Die 1966er Tagung baute den im Vorjahr eröffneten Weg zu einer allgemeinen Methodologie der wissenschaftlichen Forschung weiter aus. In der Tagung zur experimentellen Methode hatte der Hauptakzent noch auf der *Überprüfung* von Hypothesen durch Experimente und der methodischen Regulierung dieses Vorgangs gelegen – einem traditionellen Topos der methodologischen Forschung, der schon im logischen Empirismus ausgiebig bearbeitet worden war. Nun aber schien es geboten, sich der *Bildung* von Hypothesen und damit der Frage zuzuwenden, ob und inwieweit auch dieser Vorgang methodisch reguliert ist oder reguliert werden kann¹⁶⁶. Mit ihrer Überzeugung, dass diese Frage positiv zu beantworten ist, sahen sich

164 Hubert Laitko: Umstrukturierung statt Neugründung: Die dritte Hochschulreform der DDR. – In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 21 (1998) 2/3, S. 143-158.

165 Aus eigenem Miterleben der Reform – in meinem Fall an der Humboldt-Universität Berlin – erinnere ich mich, dass Strukturvorschläge „von unten“ zeitweise sehr willkommen waren und dass über das Pro und Contra der verschiedensten Varianten lebhaft diskutiert wurde. 1968 herrschte weltweit Bewegung an den Universitäten, und im Osten waren zudem die mit dem „Prager Frühling“ und seiner Niederschlagung verbundenen Spannungen hoch – in dieser Situation waren Strukturdebatten ein probates Mittel, um jugendlichen Veränderungswillen zu binden und zu kanalisieren.

166 Heinrich Parthey & Wolfgang Wächter: Das Problem und seine Struktur in der wissenschaftlichen Forschung. – In: Parthey, Vogel & Wächter (Hrsg.), Problemstruktur und Problemverhalten (wie Anm. 160), S. 21-38, hier S. 21.

Parthey und Wächter im Gegensatz zu renommierten Philosophen wie Rudolf Carnap (1891 – 1970), Karl R. Popper (1902 – 1994) oder Wolfgang Stegmüller (1923 – 1991), die der Meinung waren, dass zwar die Überprüfung von Hypothesen, keineswegs aber deren Bildung Gegenstand einer Methodentheorie oder Logik der Forschung sein könne und dass der letztgenannte Vorgang der Psychologie und der Geschichte überlassen bleiben müsse¹⁶⁷. Eine Hypothese ist als ein Satz oder ein Satzsystem angebar. Um den Vorgang ihrer Aufstellung methodentheoretisch verständlich zu machen – so etwa Partheys und Wächters Überlegung –, müsste sie zu einem anderen epistemischen Phänomen in Beziehung gesetzt werden, das ebenfalls sprachlich repräsentiert ist, und zwar in einer Form, die von der einer Hypothese definitiv unterschieden ist. Dieser Platz gebührte ihrer Überzeugung nach dem *Problem*, das der Hypothese sowohl zeitlich als auch genetisch vorausgeht: „Bevor der Wissenschaftler eine Hypothese hat, hat er ein Problem. Mit der Konstruktion einer Hypothese versucht er, ein bestimmtes Problem zu lösen. Dabei beginnt der Prozeß der Hypothesenbildung mit der Analyse des Problems“¹⁶⁸.

Was aber ist ein Problem? Der Begriff der Hypothese ist definitorisch klar bestimmt, während sich der *Begriff* des Problems – ungeachtet der ubiquitären Verwendung des *Terminus* und seiner Ableitungen (Problematik, problematisch, problematisieren, Problemstellung und Problemlösung usw.) – einer zufriedenstellenden definitorischen Festlegung entzieht. In der Philosophiegeschichte sind Reflexionen darüber zwar gelegentlich anzutreffen, aber ein sicheres Bürgerrecht als philosophische Kategorie hat der Problembegriff nicht erwerben können. Auch in der marxistischen Philosophie kam er bis dahin nicht vor. Allerdings konstatierten Parthey und Wächter in der Literatur der 1960er Jahre Anzeichen eines gesteigerten Interesses am „Problem“ und bezogen sich unter anderem auf mehrere Aufsätze sowjetischer Autoren. Mit seinem Bemühen darum, den Begriff des Problems forschungsbezogen zu explizieren, hatte Parthey eine Pionierrolle übernommen und war sich dessen auch bewusst. Wie sehr dieses Empfinden damals weithin geteilt wurde, lässt sich aus den hohen Teilnehmerzahlen der beiden Problemtagungen 1966 und 1969 ablesen. Es war ein typisches Symptom der Sechziger, in denen Aufbruch und Veränderungswillen auf der einen, Konservatismus und Orthodoxie auf der anderen Seite miteinander rangen. 1966 sprach der Philosoph und Medizinhistoriker Ulrich See-

167 Heinrich Parthey: Das Verhältnis von Philosophie und Methodentheorie. – In: *Wiss. Zeitschrift der Technischen Universität Dresden* 15 (1966) 4, S. 868-871.

168 Parthey & Wächter, *Das Problem und seine Struktur* (wie Anm. 166), S. 21.

mann (1921 – 2009), der damalige Direktor des ML-Instituts, ein paar Begrüßungsworte. Darin stellte er fest, dass sich der Begriff „Problem“ noch nicht in der Reihe der von der dialektisch-materialistischen Philosophie bearbeiteten Kategorien befinde und auch unter den Stichworten des zwei Jahre zuvor in der DDR erschienenen „Philosophischen Wörterbuchs“ nicht vorkäme¹⁶⁹. Er ermunterte die Tagungsteilnehmer, Neuland zu beschreiten, und bezeichnete es als „unerlässlich, das Problem als eine wichtige Stufe der geistigen Bewältigung der Wirklichkeit selbst zum Gegenstand einer theoretischen Analyse zu machen“¹⁷⁰. Auch diese Worte zeigen, wie sehr sich die Zeiten geändert hatten. Wären zehn Jahre früher Mitarbeiter eines ML-Instituts auf die Idee verfallen, einen Begriff, der im marxistisch-leninistischen Kanon nicht vorkam, zu ihrem zentralen Forschungsthema zu erheben, so hätten sie von ihrem zuständigen Direktor wohl schwerlich Ermutigung erfahren, sondern wären eher des Revisionismus bezichtigt worden.

Parthey behandelte „Problem“ keineswegs als einen protophilosophischen Hilfsbegriff, sondern wollte ihn als eine vollwertige erkenntnistheoretische – also philosophische – Kategorie aufgefasst wissen¹⁷¹. Um dies auszuführen, bediente er sich einer kühnen Konstruktion. Ihre Kühnheit bestand darin, dass er zur Bestimmung einer *philosophischen* Kategorie einen *mathematischen* (mathematisch-logischen) Begriff heranzog – ein in der Philosophie ungewöhnliches Verfahren. So weit gefächert und so reich an abgeleiteten bzw. ergänzenden Begriffen sein hier nicht im Detail zu erörterndes Forschungsprogramm auch immer war – seinen neuralgischen Punkt bildete die Spezifizierung des Problembegriffs mit Hilfe des Algorithmusbegriffs. Die wesentlichen substantiellen Entscheidungen wurden hier in den Texten der Tagung von 1966 getroffen. Später fanden noch Glättungen und terminologische Adjustierungen statt; wenn man an der Standardfassung interessiert ist, nutzt man am besten einen der späteren Texte, etwa Partheys ein-

169 Zwei Jahre später tilgte Parthey in einer Neuauflage des Wörterbuchs dieses Defizit. – Heinrich Parthey & Dieter Wittich: Problem. – In: Georg Klaus & Manfred Buhr (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch. Leipzig: Bibliographisches Institut 1969, S. 875-876.

170 Ulrich Seemann: Begrüßung. – In: Parthey, Vogel & Wächter (Hrsg.), Problemstruktur und Problemverhalten (wie Anm. 160), S. 19.

171 Heinrich Parthey: Das Problem als erkenntnistheoretische Kategorie. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 16 (1968) Sonderheft, S. 162-170.

leitenden Beitrag in einem 1978 von ihm herausgegebenen Band¹⁷². An der Quelle steht man bei den Texten von 1966, und entscheidend ist, dass später zwar Anbauten stattfanden, das damals gelegte Fundament von ihm aber nicht mehr modifiziert oder gar in Frage gestellt worden ist.

Die wichtigsten Positionen waren schon in dem zur Vorbereitung der Tagung verfassten Thesenpapier formuliert worden¹⁷³. Es ist dabei zu beachten, dass diese Thesen aus einem längeren Gedankenaustausch Partheys mit anderen Wissenschaftlern hervorgegangen sind und damit partiell auch deren Ideen ausdrücken. Als Mitwirkende werden außerdem noch Johannes Müller (1921 – 2008), Teßmann, Wahl und Wittich genannt. Müller war der Schöpfer der Systematischen Heuristik, einer für die Ingenieurwissenschaften bestimmten und unter Technikern in der DDR geschätzten Technologie der geistigen Arbeit¹⁷⁴, deren Pflege 1969 eine eigene institutionelle Basis erhielt. Alle vier als Mitwirkende Genannte steuerten zu der Tagung auch eigene Vorträge bei. Dieser Hintergrund ist bei der Beurteilung des Ansatzes zu beachten – er war, ohne Partheys eigene Rechte daran kleinreden zu wollen, auch ein Ausdruck der Zeit, in der er artikuliert wurde.

Der Ansatz selbst geht von der Festlegung aus, dass Probleme ein Moment menschlicher *Tätigkeit* seien (also nicht davon gesprochen werden könne, dass in der natürlichen Evolution Probleme aufträten und gelöst würden). Tätigkeit wird als *bewusstes* Handeln betrachtet und damit von unbewussten Abläufen im menschlichen Organismus abgegrenzt, und diese Bewusstheit äußere sich darin, dass in ihr *Ziele* verfolgt, also ideell vorweggenommene und durch Handeln zu erreichende Zustände angestrebt würden. *Probleme im weitesten Sinn des Wortes* lägen vor, wenn dem Menschen bewusst werde, „daß sein Wissen über einen Bereich der Wirklichkeit zur Erreichung eines bestimmten Zieles nicht ausreicht...“¹⁷⁵. Dieser Wirklichkeitsbereich, über den relativ zu einem vorgegebenen Ziel ein *Wissensmangel* diagnostiziert wird, heißt *Problemgegenstand* – „der Zustand, der verändert, erkannt oder bewertet werden soll“¹⁷⁶.

172 Heinrich Parthey: Das Problem und Merkmale seiner Formulierung in der Forschung. – In: Heinrich Parthey (Hrsg.): Problem und Methode in der Forschung. Berlin: Akademie-Verlag 1978, S. 11-36.

173 Heinrich Parthey, Heinrich Vogel & Wolfgang Wächter: Thesen. – In: Parthey, Vogel & Wächter (Hrsg.), Problemstruktur und Problemverhalten (wie Anm. 160), S. 7-17.

174 Johannes Müller: Ansatz zu einer systematischen Heuristik. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 16 (1968) 6, S. 698-718.

175 Parthey, Vogel & Wächter, Thesen (wie Anm. 173), S. 8.

176 Ebd., S. 8.

Bis zu dieser Stelle ist von der menschlichen Tätigkeit überhaupt die Rede, und es bereitet keine Schwierigkeiten, den so eingeführten Problem-begriff zu akzeptieren. Kritisch ist erst der Übergang vom Problem *im weitesten Sinn* zum *Forschungsproblem*, denn das Forschen ist eine Tätigkeitsform sui generis, auf die der Begriff des Zieles, an dem die ganze Konstruktion hängt, nicht unbesehen übertragen werden kann. Würde man auch hier den angestrebten Zustand bereits vorab kennen, so wäre das angestrebte Wissen vorhanden, ehe man sich auf die Suche nach ihm begibt; allenfalls müsste es noch einer Prüfung und Validierung unterzogen werden. Eben dieses wohl-bekanntes Paradoxon war ja der Grund dafür, dass Carnap oder Popper die *Bildung* von Hypothesen aus dem Zuständigkeitsbereich der Methodologie oder Wissenschaftslogik ausgeschlossen hatten.

Um das Paradoxon neutralisieren und den Begriff „Problem“ dennoch als eine erkenntnistheoretisch-methodologische Kategorie konstituieren zu können, suchte Parthey einen haltbaren Ausweg in einer differenzierenden Antwort auf die Frage, wie ein diagnostizierter Wissensmangel zu beheben sei. Lässt man den zwar praktisch oft vertrackten, aber theoretisch trivialen Fall beiseite, dass das angestrebte Wissen schon irgendwo vorhanden und lediglich für die angestrebte Problemlösung nicht zugänglich ist, dann bleiben zwei Fälle, zu dessen Unterscheidung Parthey den Algorithmusbegriff heranzieht. Seiner sprachlich-logischen Gestalt nach ist ein Problem für ihn ein System von Fragen und Aussagen, aber ein solches System repräsentiert ein Problem dann und nur dann, „wenn kein Algorithmus bekannt ist, mit dessen Hilfe das erstrebte Ziel in einer endlichen Anzahl von Schritten erreicht werden kann. Ist ein solcher Algorithmus bekannt, liegt eine Aufgabe vor“¹⁷⁷. Im Rahmen der hier verwendeten Terminologie könnte eine *Aufgabe* allenfalls unter den Oberbegriff *Problem im weitesten Sinn des Wortes* subsumiert werden. Wird aber „Problem“ in seiner engeren, für das wissenschaftliche Erkennen spezifischen Bedeutung verwendet, um die es Parthey eigentlich geht, dann ist der Unterschied von *Aufgabe* und *Problem* disjunkt. Diese Fallunterscheidung ist fundamental, sie liegt Partheys Konzept zugrunde, bildet zugleich dessen Zentrum und findet sich, über Jahrzehnte erstreckt, in seinen Texten immer wieder.

Auf den so spezifizierten Problem-begriff haben sich verschiedene Autoren bezogen; Parthey selbst verwies gelegentlich auf Anknüpfungen in Publikationen anderer Wissenschaftler¹⁷⁸. Insgesamt aber hat sich Partheys

177 Ebd., S. 10.

178 Parthey, *Das Problem und Merkmale* (wie Anm. 172), S. 13-14.

Fallunterscheidung in der Literatur nicht durchgesetzt, überwiegend ist es dabei geblieben, zwischen „Aufgabe“ und „Problem“ keinen klaren Unterschied zu machen. Zur Illustration mag hier ein verbreitetes Lehrbuch der Informatik aus den 1990er Jahren dienen. Die Autoren bestimmen einen Algorithmus als ein exaktes Verfahren zur Lösung eines Problems, und als Beispiele für Probleme, die sich algorithmisch lösen lassen, nennen sie das Binden eines Schnürsenkels oder einer Krawatte, die Multiplikation zweier natürlicher Zahlen oder die Bedienung eines Fahrkartenautomaten¹⁷⁹. Nach dem Vokabular von Parthey wären dies alles Aufgaben. Man wird also die Leistungsfähigkeit der von ihm vorgenommenen Fallunterscheidung vor allem danach beurteilen müssen, wie Partheys auf ihr beruhendes Programm der Wissenschaftsforschung von den 1970er Jahren an funktionierte – und auch danach, wie anziehend sie auf ganz bestimmte Kooperationspartner wirkte, die mehr als nur beiläufig darauf Bezug nahmen.

Der in dieser Hinsicht wohl wichtigste Partner war Partheys hier schon mehrfach erwähnter Leipziger Kommilitone Klaus Fuchs-Kittowski, in dessen vielfältigem Schaffen die Grundlegung und – philosophisch-methodologische ebenso wie soziale – Kontextualisierung der Informatik die Magistrale bildet. Da er rund zwanzig Jahre an der Sektion WTO der Humboldt-Universität tätig war, ergab sich der ständige Bezug zur Wissenschaftsforschung schon aus der institutionellen Bindung. Eine zentrale Frage, die ihn und seine Mitarbeiter dabei fortlaufend begleitete und umtrieb, war die nach dem optimalen Einsatz der informationsverarbeitenden Technik innerhalb von Forschungsvorhaben. Damit war notwendig die Reflexion darüber verbunden, worin sich die Kompetenzen von Mensch und Technik essentiell unterscheiden, was der Technik übertragen werden kann, was dem Menschen überlassen bleiben muss oder soll und wie beide sinnvoll interagieren können. Diese Frage war niemals endgültig erledigt, sondern tauchte mit der rasanten Entwicklung der IuK-Technik in immer neuen Facetten immer wieder neu auf. Das verwies Fuchs-Kittowski auf Partheys Ansatz mit der genannten grundlegenden Unterscheidung, und beide konnten dank der räumlichen Nähe unkompliziert im Gespräch bleiben und auch gelegentlich gemeinsame Texte schreiben. Über diese Zusammenarbeit hat Fuchs-Kittowski selbst einen chronologischen Rapport

179 Reinhard Richter, Peter Sander & Wolffried Stucky: Problem. Algorithmus. Programm. Wiesbaden: Springer Fachmedien 1993, S. 27.

verfasst¹⁸⁰. Er bemerkt dort, dass ihm schon in seiner Zeit am Rechenzentrum der Humboldt-Universität gegenüber dem logischen Empirismus, der für die ersten Schritte der Informatik ein wertvolles philosophisches Hinterland geboten hatte, die damals ganz neuen problemtheoretischen Texte Partheys als „ein wesentlicher Schritt voran“ erschienen seien¹⁸¹. Auch in einem ebenfalls für die Festschrift zu Partheys achtzigstem Geburtstag verfassten Beitrag über den Einsatz moderner IuK-Technologien zur Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit knüpfen David Koschnick und Klaus Fuchs-Kittowski an Partheys Unterscheidung an und bescheinigen ihr damit bleibende Relevanz¹⁸².

Es dürfte nicht leicht zu entscheiden sein, unter welchen Bedingungen es zulässig ist, mathematische und philosophische Begriffe in definitorischer Absicht miteinander zu verknüpfen; das kann hier nicht weiter verfolgt werden. Parthey hat es als junger Wissenschaftler einfach gewagt und ist damit nicht schlecht gefahren. Hier soll aber darauf hingewiesen werden, dass der Algorithmusbegriff den Problembegriff *negativ* bestimmt – er sagt, was ein Problem für Parthey *nicht* ist: eine Ziel-Bedingungs-Relation, die sich in einer endlichen Anzahl festgelegter Schritte sicher auflösen lässt. Was ein Problem *positiv* sein soll, bleibt damit weiterhin ungesagt. Es verbirgt sich in dem unscheinbaren Begriff des *Ziels*, der ohne größere Erörterung einfach verwendet wird, zugleich aber unentbehrlich ist, weil gerade in Bezug auf ein vorgegebenes Ziel jener Wissensmangel festgestellt wird, dessen Bestehen es gegebenenfalls (sofern das Vorliegen einer Aufgabe ausgeschlossen werden kann) erforderlich macht, von einem Problem zu sprechen. Dieses Ziel kann aber nichts anderes sein als ein Wissen, das man noch nicht hat und von dem gleichwohl gesagt werden soll, wie es beschaffen sein müsste, um es anstreben zu können.

Dies kommt unmittelbar in der alten Behauptung zum Ausdruck, ein Problem sei „Wissen vom Nichtwissen“. Das ist eine *dialektische* Formel, die meint, dass im Prozess des Erkennens Wissen und Nichtwissen, Bestimmtheit und Unbestimmtheit einander durchdringen und ineinander übergehen

180 Klaus Fuchs-Kittowski: Problem und Methode als Gegenstand der Wissenschaftsforschung – Mit Blick auf Theorie und Praxis der Informatik. – In: Petras, Umstätter & Wessel (Hrsg.), *Theorien* (wie Anm. 25), S. 29-73.

181 Ebd., S. 32.

182 David Koschnick & Klaus Fuchs-Kittowski: Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit durch Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. – In: Petras, Umstätter & Wessel (Hrsg.), *Theorie* (wie Anm. 25), S. 81-120, hier S. 83.

– nur ist die Formel, worauf Wittich schon in seinem Beitrag auf der Rostocker Tagung hinwies, *logisch* inkorrekt, denn sie schreibt „disjunkten Klassen gemeinsame Elemente zu“¹⁸³. Wittich und Parthey waren sich darin einig, dass „Wissen“ und „Nichtwissen“ disjunkte Klassen darstellen, und dokumentierten diese Übereinstimmung in ihrem für das *Philosophische Wörterbuch* gemeinsam verfassten Eintrag „Problem“. Wenn man aber dieser Auffassung folgt, dann markiert die Disjunktion zwischen Wissen und Nichtwissen, zwischen Bekanntem und Unbekanntem einen Hiatus, der in der *theoretischen* Darstellung nicht überbrückt werden kann. *Praktisch* aber wird er sehr wohl überwunden – in der menschlichen Erkenntnistätigkeit und durch diese, und in der methodologischen Darstellung heißt dieser Vorgang dann *Problembearbeitung* oder *Problemlösungsprozess*.

Dem *Ziel* als unentbehrlichem Bestandteil eines Problems wird, zumindest als ideale Forderung, *Wohlbestimmtheit* zugeschrieben, es soll auf eine wohlbestimmte Weise angeben, *welches* Wissen fehlt und gesucht wird. Insgesamt hat man es so in der *Problemtheorie* nach Parthey mit lauter wohlbestimmten Elementen zu tun, und das Moment des Unbestimmten im Erkennen wird aus seiner theoretischen Repräsentation in das wirkliche Tun der erkennenden Subjekte abgedrängt, wo es mit den üblichen Attributen wie „kreativ“ oder „schöpferisch“ markiert wird. Alles in allem ist das theoretische Konzept, auf das Parthey seine Teilhabe an der Wissenschaftsforschung gründete, ein konsequent durchgeführter Versuch, den emergenten Grundzug des wissenschaftlichen Erkennens noch ein Stück weiter rational einzuhegen, als es sich der logische Empirismus gestattet hatte. Dieses Vorgehen ist eine Spielart der allgemeinmenschlichen Neigung, Risiken der Zukunft zu neutralisieren, indem man Entscheidungen, die erst später getroffen werden können und müssen, vorausschauend vorwegnimmt und so – der niemals realisierbaren Absicht nach – die Rolle der später Handelnden darauf einschränkt, Ausführende dessen zu sein, was die Früheren weise vorbedacht hatten. Ist die rationale Einhegung erst einmal geleistet, dann bleiben die epistemologischen Abgründe, die sich darunter verbergen, zuverlässig verschlossen – das konzeptionelle Gebäude, das auf dieses Fundament passt, kann nach Bedarf aufgestockt, umgebaut, verschiedenartigen Zwecken angepasst und sowohl für theoretische Erwägungen als auch für empirische Untersuchungen genutzt werden.

183 Dieter Wittich: Zum objektiven Korrelat des Problems und zur Unterscheidung von Problem und Problemsituation. – In: Parthey, Vogel & Wächter (Hrsg.), *Problemstruktur und Problemverhalten* (wie Anm. 160), S. 45-50, hier S. 47.

Nachdem der Problembegriff auf die beschriebene Weise theoretisch gesichert worden war, entfaltete sich das darauf gegründete Begriffsgebäude fast von selbst. Die dazu erforderlichen Ableitungen und Setzungen waren vor allem Anliegen der beiden Rostocker Tagungen 1966 und 1969. Knotenpunkte dieser Auffächerung waren die Begriffe der *Problemsituation* und des *Problemverhaltens*¹⁸⁴, wobei sich der letztere aus dem ersteren ergab. Forschende befinden sich in Problemsituationen, agieren in ihnen und verhalten sich zu ihnen: „Wenn ein Mensch ein Problem erfaßt, so erlangt er ein Problembewußtsein und befindet sich in einer Problemsituation. [...] Im Unterschied zum Begriff des Problemgegenstandes umfaßt der Begriff der Problemsituation nicht nur das Objekt, auf das sich ein Problem bezieht, sondern auch den Menschen, der sich mit dem Objekt praktisch oder theoretisch auseinandersetzt, sowie die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen dies geschieht“¹⁸⁵.

Der Begriff des Problems und das Repertoire der um ihn gruppierten abgeleiteten Begriffe wurde nun dazu verwendet, das Verständnis von *Forschung* zu konzeptualisieren (oder zu re-konzeptualisieren, sofern „Forschung“ zuvor mit Hilfe anderer Begriffe bestimmt worden war). Ganz zu Beginn der Thesen zur 1966er Tagung heißt es: „Der Prozeß der wissenschaftlichen Forschung wird durch folgende drei Phasen charakterisiert: 1. Probleme werden erfaßt und in Sätzen formuliert (Problemstellung); 2. Probleme werden analysiert und methodisch behandelt (Problembearbeitung); 3. Aussagen bzw. Aussagensysteme werden konstruiert und bewiesen (Problemlösung). Bearbeitung und Lösung von Problemen führen meist zu neuen, weiterführenden Problemstellungen“¹⁸⁶. Die von Parthey bis zu seinem Übergang nach Berlin an der Rostocker ML-Sektion betriebene Forschungsgruppe hieß zwar *Methodentheorie*, als Bezeichnung für die von ihm initiierte Forschungsrichtung aber trat *Problemtheorie* in den Vordergrund – ein Terminus, der schon in den 1966er Thesen vorkam¹⁸⁷. Die darauf orientierten Hefte der *Rostocker Philosophischen Manuskripte* bildeten eine eigene Teilreihe, die neben der Gesamtzählung auch noch gesondert gezählt wurden. Die Protokollbände der Tagungen von 1966 und 1969 galten als erstes und zweites Heft zur Problemtheorie. Weitere wurden nach

184 Heinrich Vogel: Begriff und Aspekte des Problemverhaltens. – In: Parthey, Vogel & Wächter (Hrsg.), *Problemstruktur* (wie Anm. 160), S. 77-96; Kurt Teßmann: *Das Verhalten zum Problem in Forschung und Lehre*. – In: Ebd., S. 97-118.

185 Parthey, Vogel & Wächter, *Thesen* (wie Anm. 173), S. 14.

186 Ebd., S. 7.

187 Ebd., S. 8.

Partheys Abgang aus Rostock von Heinrich Vogel herausgegeben, der es einmal auch für geboten hielt, dem Begriff „Problemtheorie“ das Attribut „marxistisch-leninistisch“ beizufügen; die Texte gingen hier sämtlich auf Veranstaltungen des Rostocker Arbeitskreises „Philosophie – Naturwissenschaft“ zurück¹⁸⁸.

Mit der Konzeptualisierung des Forschungsbegriffs auf einem problemtheoretischen Fundament hatte sich Parthey ein Rüstzeug geschaffen, das es ihm ermöglichte, sich auf eine unverwechselbare Weise in den Institutionalisierungsprozess der Wissenschaftsforschung einzubringen. Dieses Rüstzeug war zudem der Terminologie nahe, in der Fachwissenschaftler in ihrem beruflichen Alltag themen- und disziplinenübergreifend zu kommunizieren pflegen, und insofern sehr kooperationsfreundlich; das erklärt die Leichtigkeit, mit der insbesondere Natur- und Technikwissenschaftler jahrzehntelang auf Partheys Theorieangebote eingingen. Zudem ist unter allen erkenntnistheoretisch-methodologischen Kategorien „Problem“ diejenige, die das stärkste intentionale Moment aufweist – zwar nicht offen sichtbar in seiner sprachlichen Repräsentation als ein Kompositum von Aussagen und Fragen, aber zu spüren im unausgesprochenen Subtext, der immer mitläuft, wenn von Problemen die Rede ist: Sie sind etwas, mit dem man sich nicht abfinden will, ihr Vorhandensein löst einen Impuls aus, sie zu bewältigen. Damit konnte Parthey unkompliziert an die in der entstehenden Wissenschaftsforschung verbreitete Tätigkeitsauffassung andocken, und er hob diesen Zusammenhang selbst hervor, als er im 1976 geschriebenen Vorwort zu einem von ihm edierten Band mit problem- und methodentheoretischen Arbeiten bemerkte: „Die vorgelegten Beiträge entsprechen einem bestimmten Fortgang der vor zehn Jahren begonnenen und in den ‚Rostocker Philosophischen Manuskripten‘ – beginnend mit dem dritten Heft zum Thema Problemstruktur und Problemverhalten in der wissenschaftlichen Forschung – publizierten Untersuchungen und vollziehen einen Übergang von der früher vorherrschenden strukturellen zu einer betont funktionalen Auffassung des Problems und des Methodischen. Dies gestattet, die weiteren Untersuchungen nicht nur deklarativ, sondern auch substantiell auf die

188 Heinrich Vogel (Hrsg.): Marxistisch-leninistische Problemtheorie und Einzelwissenschaften (3. Heft zur Problemtheorie). Rostocker Philosophische Manuskripte H. 9. Universität Rostock 1972; Heinrich Vogel (Hrsg.): Problemtheorie in Schulpraxis und Meeresforschung (4. Heft zur Problemtheorie). Rostocker Philosophische Manuskripte H. 11. Universität Rostock 1973; Heinrich Vogel (Hrsg.): Problemtheorie in Technik und Mathematik (5. Heft zur Problemtheorie). Rostocker Philosophische Manuskripte H. 12. Universität Rostock 1974.

Tätigkeitsauffassung der Wissenschaft einzustellen¹⁸⁹. Diese Einstellung erfolgte insbesondere über die Erweiterung des bereits in Rostock eingeführten Begriffs der *Problemsituation* zu dem der *Forschungssituation*, der sich durch Hinzufügen der beiden Bestimmungsstücke *Verfügbarkeit* (von Ressourcen) und *Relevanz* unkompliziert vollziehen ließ¹⁹⁰. Diese Erweiterung veranschaulicht die baukastenartige Architektur der Konzeption Partheys, in der sich anforderungsgerecht sowohl vorhandene Elemente umordnen als auch weitere hinzufügen ließen.

Bevor Parthey seine problem- und methodentheoretischen Arbeiten im neuen institutionellen Kontext in Berlin fortsetzte, hielt Rostock in seinem dortigen Abschiedsjahr 1969 für ihn noch einen Höhepunkt besonderer Art bereit, an dessen Ausgestaltung er wesentlich beteiligt war: das 550jährige Jubiläum der Universität, ein universitätshistorisches Großereignis, dessen durch eine 1961 eingesetzte Senatskommission koordinierte Vorbereitungen schon begonnen hatten, als er seine Arbeit im Norden aufnahm. Dieses Jubiläum stellte die Rostocker Universität weitaus mehr als gewöhnlich in das Spannungsfeld der großen Politik und war für sie ein zusätzlicher starker Impuls, über den provinziellen Rahmen hinaus zu denken. Der Oldenburger Historiker Markus Drüding (*1982) hat 45 Jahre später im Rahmen einer vergleichenden Studie über deutsche Universitätsjubiläen im 20. Jh. eine ausführliche Darstellung dieses Ereignisses vorgelegt¹⁹¹. Die politische Bedeutung und Brisanz des Jubiläums erhellt schon daraus, dass in der Bundesrepublik der sehr rührige *Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)* 1969 in Kiel ebenfalls eine größere Veranstaltung zum Rostocker Jubiläum durchführte¹⁹². Dort wurde ein von Thomas

189 Heinrich Parthey: Vorwort. – In: Parthey (Hrsg.), *Problem und Methode* (wie Anm. 172), S. 7 – 9, hier S. 8.

190 Heinrich Parthey & Jochen Tripoczky: *Forschungssituation und Kooperationsform. Zu einigen Voraussetzungen der Analyse von Forschungsgruppen.* – In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 26 (1978) 1, S. 101-105; Heinrich Parthey: *Die Forschungssituation und ihre Beschreibung in empirischen Untersuchungen von Forschungsgruppen.* – In: *Faktoren der Intensivierung kollektiver Forschung. Untersuchung von Forschungsgruppen. Materialien einer Fallstudie.* Akademie der Wissenschaften der DDR. Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (Studien und Forschungsberichte H. 9 Tl. I). Berlin 1978, S. 45-69.

191 Markus Drüding: *Akademische Jubelfeiern. Eine geschichtskulturelle Analyse der Universitätsjubiläen in Göttingen, Leipzig, Münster und Rostock (1919 – 1969).* Münster / Hamburg / Berlin / London: LIT Verlag 2014. S. 249-291.

192 Karl Wockenfuß: *Ein Jubiläum – zwei Feiern. Die Feier zum 550-jährigen Jubiläum der Universität Rostock in Kiel 1969.* – In: Gerhard Maeß (Hrsg.): *Die Uni-*

Ammer (*1937) unter Mitwirkung einer Arbeitsgruppe des *VERS* verfasste DDR-kritisches Buch über die Universität Rostock präsentiert¹⁹³. Auf der Festveranstaltung in Kiel referierte unter anderem der Jurist Walter Hallstein (1901 – 1982), der von 1930 bis 1941 an der Rostocker Universität eine ordentliche Professur für Privat- und Gesellschaftsrecht innegehabt hatte. Auf ihn, der von 1958 bis 1967 auch Präsident der EWG-Kommission war, ging die nach ihm benannte und bis 1969 gültige außenpolitische Doktrin zurück, derzufolge die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch Drittstaaten seitens der Bundesrepublik als ein „unfreundlicher Akt“ betrachtet werden und entsprechend quittiert werden müsse¹⁹⁴. Die Doktrin wirkte sich auch auf die Rostocker Jubiläumsfeierlichkeiten dahingehend aus, dass die meisten westlichen Universitäten die offiziellen Einladungen ausschlugen und für Wissenschaftler aus westlichen Ländern nur eine individuelle Teilnahme auf eigene Verantwortung möglich war. So wurde jede einzelne Persönlichkeit aus dem Westen, die sich zur Fahrt nach Rostock bewegen ließ, ein Politikum, und die Veranstaltungen des Jahres 1969 gewannen ein politisches Gewicht, wie es dem Jubiläum für sich genommen niemals zugekommen wäre.

Es lässt sich nicht mehr sagen, inwieweit diese Zusammenhänge damals Parthey und Vogel bewusst waren. Rückblickend kann man ihnen aber bescheinigen, dass sie sich auf diesem heiklen Terrain geschickt und mit nahezu nachtwandlerischer Sicherheit bewegt haben. Zwei Veranstaltungen waren von ihrer Seite als Beiträge zum Jubiläumsjahr vorgesehen. Die eine war die schon genannte zweite Problem-Tagung im November, die unmittelbar auf der Linie von Partheys Forschungsprogramm lag und als Leistung der Forschungsgruppe *Methodentheorie* der Sektion für Marxismus-Leninismus firmierte.

Auf einer anderen Ebene spielte die schon einige Monate früher, am 3. und 4. Juli, durchgeführte Tagung *Joachim Jungius und Moritz Schlick. Zur Funktion der Philosophie bei der Grundlegung und Entwicklung naturwissenschaftlicher Forschung*. Hier ist schon die im Laufe der Vorbereitungen vorgenommene

versität Rostock 1945 – 1969. Ergänzende Beiträge zur Universitätsgeschichte. Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock H. 19 / 1994, S. 119-137.

193 Thomas Ammer: *Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1969 [Reprint Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern 1994].

194 Rüdiger M. Booz: *Hallsteinzeit. Deutsche Außenpolitik 1955 – 1972*. Bonn: Bouvier 1995.

Veränderung der formell ausgewiesenen Zuständigkeit von Interesse. In der Vorankündigung 1966 zeichnete noch die Abteilung *Philosophische Probleme der Naturwissenschaften und der technischen Wissenschaften des Instituts für Marxismus-Leninismus* als Veranstalterin. 1969, als die Tagung tatsächlich stattfand, war sie eine Veranstaltung des Arbeitskreises *Philosophie – Naturwissenschaft*¹⁹⁵ der *Universität Rostock*. Mit der III. Hochschulreform war der Arbeitskreis von der formellen Bindung an die (nunmehrige) Sektion für Marxismus-Leninismus gelöst worden und galt nun – und weiter bis zum Ende der DDR – als eine Einrichtung der Gesamtuniversität, die direkt und nur gegenüber dem Rektor verantwortlich war.

Die Jungius-Schlick-Tagung entsprach in ihrem wissenschaftlichen Anliegen ganz der oben beschriebenen Intention des Arbeitskreises. Für ein Universitätsjubiläum war es angemessen, Persönlichkeiten aus der Geschichte der Alma mater zu würdigen, die die zentrale Idee des Arbeitskreises, den Brückenschlag zwischen Philosophie und Naturwissenschaft, zu ihrer Zeit prägnant verkörpert hatten. Die Auswahl an Gelehrten von Rang, die dafür in Frage kamen, war nicht groß. Dass Joachim Jungius (1587 – 1657) dafür die erste Wahl war, verstand sich von selbst; schließlich hatte er 1622 mit der *Societas heuretica* in Rostock die erste wissenschaftliche Gesellschaft gegründet, die es in Deutschland überhaupt gab. Schwieriger war es, ihm eine Persönlichkeit aus dem 20. Jh. an die Seite zu stellen, aber mit Moritz Schlick (1882 – 1936) hatten die Veranstalter ein absolut überzeugendes Pendant zu Jungius gefunden. Beide wurden nicht beziehungslos nebeneinander gestellt; Vogel griff in seinem Grundsatzvortrag den Tagungstitel auf und versuchte, ihre philosophischen Vermächtnisse miteinander in Verbindung zu bringen¹⁹⁶.

Zwischen seiner 1911 in Rostock vollzogenen philosophischen Habilitation (zum Thema: *Das Wesen der Wahrheit nach der modernen Logik*) und seinem Ruf als Ordinarius nach Kiel 1921 war Schlick, unterbrochen von einem knapp zweijährigen Militärdienst im Ersten Weltkrieg, ein Jahrzehnt lang an der Rostocker Universität tätig, in dem er zwei herausragende Forschungsleistungen vollbrachte. Zwischen 1911 und 1916 schuf er sein erkenntnistheoretisches Hauptwerk *Allgemeine Erkenntnislehre*, und 1917 legte

195 Dabei finden sich die Varianten „Philosophie – Naturwissenschaft“, „Philosophie – Naturwissenschaften“ und „Philosophie und Naturwissenschaft“.

196 Heinrich Vogel: Joachim Jungius – Moritz Schlick. – „Zur Funktion der Philosophie bei der Grundlegung und Entwicklung naturwissenschaftlicher Forschung“. – In: Heinrich Vogel (Hrsg.): Joachim Jungius und Moritz Schlick. Rostocker Philosophische Manuskripte H. 8 Tl. I. Universität Rostock 1970, S. 19-47.

er die Studie *Raum und Zeit in der gegenwärtigen Physik* vor; damit lieferte er eine der ersten sachkundigen philosophischen Interpretationen der Einsteinschen Relativitätstheorie. Es ist wohl nicht übertrieben zu behaupten, dass Schlick mit seinen Arbeiten der Universität Rostock mehr intellektuellen Glanz verliehen hat, als er von dort an Inspiration empfing – Anfang 1920 richtete er an Einstein, mit dem er seit 1915 in Korrespondenz stand, die Bitte, dieser möge ihn am Polytechnikum in Zürich empfehlen, um der „Rostocker Schläfrigkeit“ zu entkommen¹⁹⁷. Aber der Universität Rostock gebührt das bleibende Verdienst, Schlick – nach mehreren gescheiterten Versuchen andernorts – mit der Habilitation den Einstieg in die wissenschaftliche Laufbahn ermöglicht und ihm Gelegenheit zu fruchtbarer Lehr- und Forschungstätigkeit geboten zu haben.

Bei der Vorbereitung der Tagung konnten die Veranstalter in wissenschaftlicher Hinsicht keineswegs aus dem Vollen schöpfen; sowohl Jungius als auch Schlick waren an der Universität Rostock so weit in Vergessenheit geraten, dass eine ihnen gewidmete Tagung einer Wiederentdeckung gleichkam. Im Fall von Schlick waren außer Mühe auch noch Mut und diplomatisches Geschick vonnöten, denn international bekannt war dieser nicht so sehr als Rostocker Professor, sondern vor allem als Gründer und Haupt des *Wiener Kreises* und einer der Stammväter des Logischen Empirismus, einer nichtmarxistischen Richtung der Wissenschaftsphilosophie, die man damals im Osten umstandslos als „bürgerlich“ zu qualifizieren pflegte. Zwar war 1969 die Zeit des argumentefreien Schwadronierens über die „bürgerliche Philosophie“ schon weitgehend vorüber, doch es war noch ganz ungewöhnlich, einem „bürgerlichen“ Philosophen des 20. Jhs. in würdiger Absicht eine größere Veranstaltung zu widmen. Hilfreich war dabei, dass Schlick nicht als ein bloßer Philosoph betrachtet werden konnte, sondern in einer Person die Verknüpfung von Naturwissenschaft und Philosophie verkörperte. Er hatte, obwohl schon von Jugend auf an Philosophie interessiert, zunächst Physik studiert und 1904 bei keinem Geringeren als Max Planck (1858 – 1947) über ein Thema aus der Strahlenoptik promoviert¹⁹⁸, ehe er sich mit ganzer Kraft der Philosophie zuwandte.

197 Mathias Iven: Berlin – Rostock – Wien. Dem Philosophen und Physiker Moritz Schlick zum 125. Geburtstag. – In: UTOPIE kreativ H. 203, September 2007, S. 807-815, hier S. 812.

198 Dieter Hoffmann: Max Planck als akademischer Lehrer von Moritz Schlick und die Beziehungen beider Gelehrter im Spiegel ihrer Korrespondenz. – In: Fynn Ole Engler & Mathias Iven (Hrsg.): Moritz Schlick. Leben, Werk und Wirkung. Berlin: Parerga Verlag 2008, S. 31-58.

Heute lässt sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen, ob der Arbeitskreis von vornherein eine kombinierte Jungius-Schlick-Tagung im Sinn hatte. Im Rahmen des Jubiläums hätte Jungius angesichts seiner Bedeutung für die frühe Geschichte der Universität zwar auf jeden Fall gewürdigt werden müssen, aber das hätte auch in einem anderen Format geschehen können. Vielleicht wurde die unorthodoxe Kombination der beiden Persönlichkeiten auch gewählt, um etwaigen Widerständen gegen die in erster Linie intendierte Beschäftigung mit Schlick präventiv zu begegnen. Auf jeden Fall machte das getroffene thematische Arrangement die Entscheidung für eine kritische Würdigung Schlicks unangreifbar.

Wie schon von den vorhergehenden Rostocker Tagungen gewohnt, bereiteten Parthey und Vogel auch die Veranstaltung zu Jungius und Schlick sorgfältig vor. Vorab erschien ein Sonderheft der *Rostocker Philosophischen Manuskripte*, das biographische Daten, Bibliographien und Zusammenstellungen von Sekundärliteratur zu beiden Gelehrten sowie Thesen über ihr philosophisches Wirken enthielt, ferner eine vollständige Übersicht aller von Schlick in Rostock gehaltenen Lehrveranstaltungen und die Wiedergabe von Schlicks Habilitationsakte aus dem Universitätsarchiv¹⁹⁹. Aufschlussreich ist in dieser Akte insbesondere das Gutachten des damaligen Rostocker Philosophieordinarius Franz Bruno Erhardt (1864 – 1930), der Schlicks exzeptionelle Begabung erkannte und sich energisch für ihn einsetzte. Die Ergebnisse der Tagung wurden 1970 in zwei Teilen veröffentlicht²⁰⁰; als Herausgeber zeichnete Vogel allein, Parthey hatte beim Erscheinen des Doppelbandes bereits seine neue Stelle in Berlin angetreten. Dabei wurde, wie es dem Anliegen des Arbeitskreises entsprach, Schlicks Interpretation der relativistischen Physik und der Quantenmechanik spezielle Aufmerksamkeit zuteil; die beiden Rostocker theoretischen Physiker Dietrich Kemp und Heinz Ulbricht, beide ständige Mitglieder des Arbeitskreises, steuerten dazu einen gemeinsamen Aufsatz bei²⁰¹. Ein Achtungszeichen gebührt auch dem Beitrag des Berliner Wissenschaftshistorikers Friedrich

199 Heinrich Parthey & Heinrich Vogel (Hrsg.): Joachim Jungius und Moritz Schlick. Materialien zur Tagung des Arbeitskreises „Philosophie – Naturwissenschaften“ der Universität Rostock anlässlich der 550-Jahrfeier der Universität Rostock am 3. und 4. Juli 1969. Rostocker Philosophische Manuskripte – Sonderheft. Universität Rostock 1969.

200 Vogel (Hrsg.), Joachim Jungius und Moritz Schlick (wie Anm. 196).

201 Dietrich Kemp & Heinz Ulbricht: Schlicks Interpretation der Relativitätstheorie und Quantenmechanik. – In: Vogel (Hrsg.), Joachim Jungius und Moritz Schlick Tl. II (wie Anm. 196). S. 19-23.

Herneck (1909 – 1993), der über Schlick als Physiker sprach und dabei die wichtigsten Teile von Schlicks Promotionsakte mit dem Gutachten von Planck aus dem Berliner Universitätsarchiv wiedergab²⁰². Das überschaubare Quantum an Forschungen zu Jungius und Schlick, das bis 1968 in der internationalen Literatur vorlag, wurde – wie den beigefügten Bibliographien zu entnehmen ist – weitgehend berücksichtigt.

Selbstverständlich muss die Jungius-Schlick-Konferenz aus heutiger Sicht historisch eingeordnet und nach Maßgabe dessen beurteilt werden, was 1969 überhaupt und insbesondere unter den Verhältnissen der DDR möglich war. Wenn man zunächst den 2007 – fast vierzig Jahre später – von Mathias Iven (*1960) zu Schlicks 125. Geburtstag verfassten fein nuancierten biographischen Essay²⁰³ liest und anschließend wieder das historische Tagungsmaterial zur Hand nimmt, dann kann man dem damals Geleisteten den Respekt nicht versagen. Der Eindruck, den die Texte überwiegend vermitteln, ist der eines aufrichtigen Bemühens um Sachlichkeit, Differenziertheit und Ausgewogenheit der Urteile. Zugleich verfielen die Texte keineswegs in eine Schlick-Hagiographie. Sie sprachen deutlich aus, wo Meinungsunterschiede zu Schlick gesehen wurden. Dazu wurden Argumente vorgebracht; hier soll nicht die wissenschaftliche Qualität dieser Argumente erörtert, sondern das Faktum hervorgehoben werden, dass Argumentieren an die Stelle selbstgerechter polemischer Zurückweisung nicht-marxistischer Standpunkte getreten war. Man sollte meinen, dass dies elementare Bedingungen jedes wissenschaftlichen Diskurses sind, die keiner Erwähnung bedürfen, doch es wäre unhistorisch, das für 1969 als selbstverständlich vorauszusetzen. 1969 befand sich der Kalte Krieg in einem gefährlichen Stadium, und auf Gebieten wie der Philosophie war der ihm gemäße Kommunikationsmodus eher der ideologische Schlagabtausch als der sachliche Diskurs. Zugleich war allerorten das Verlangen spürbar, die apokalyptische Entwicklung durch den Übergang zu einer Politik der Entspannung und des Arrangements zwischen den Blöcken zu stoppen. In der Tat wurde die brisante Großwetterlage schon bald durch das vierseitige Berlin-Abkommen 1971 und damit möglich gewordene Regulierung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten durch den Grundlagenvertrag 1972 entschärft, mit dem die Bundesrepublik auf die weitere Anwendung der Hallstein-Doktrin verzichtete. Der Entspannung auf der Ebene der großen Politik kamen Versachlichungsbestrebungen im Kleinen

202 Friedrich Herneck: Moritz Schlick als Physiker. – In: Vogel (Hrsg.), Joachim Jungius und Moritz Schlick Tl. II (wie Anm. 196), S. 9-17.

203 Iven, Berlin – Rostock – Wien (wie Anm. 197).

entgegen und umgekehrt. Normalität musste erst errungen werden, ehe sie selbstverständlich werden konnte, und in dieser Bewegung hatte auch die bescheidene Rostocker Jungius-Schlick-Tagung ihren historischen Ort. Ein schönes Symbol dafür war die Teilnahme von Barbara van de Velde-Schlick (1914 – 1988), der in Rostock geborenen Tochter Moritz Schlicks²⁰⁴, die aus den Niederlanden zu der Tagung kam. Es ehrt Heinrich Parthey, dass er an dieser wissenschaftlichen Graswurzel-Initiative zur Entspannung auch auf dem Gebiet des geistigen Lebens einen maßgeblichen Anteil hatte.

Der differenzierende Gestus der Tagung kam schon in den Begrüßungsworten zum Ausdruck, mit denen der theoretische Physiker Werner Ebeling sie im Namen des Arbeitskreises eröffnete: „Schlicks philosophische Ansichten werden heute von marxistischen Philosophen häufig noch undifferenziert als Positivismus abgetan. Es gibt jedoch insbesondere in Schlicks Physikalismus auch materialistische Elemente, die ihn u. a. zu einer in vielen Zügen richtigen Interpretation der Relativitätstheorie und Quantenmechanik befähigten. Das Lesen eines Originalwerkes von Schlick überzeugt davon, daß er auch *uns* noch etwas geben kann, obwohl Schlick in wesentlichen Grundfragen zweifellos Idealist war“²⁰⁵. Die Empfehlung, Schlick (und damit natürlich auch andere nichtmarxistische Autoren) *im Original zu lesen* und sich nicht mit vorgefertigten Deutungen zufriedener zu geben, war eine der zeitgemäßen Botschaften dieser Tagung. Eine zweite, nicht minder wichtige war die Mahnung, in solchen Texten auf Ambivalenzen zu achten und sie nicht auf eindeutige (und damit auch leicht zu kritisierende) Aussagen zurechtzustutzen. So verwies Vogel in seinem Grundsatzreferat auf auseinanderstrebende Tendenzen im philosophischen Leben des Wiener Kreises – „eine, die dazu neigt, die Philosophie als überflüssige oder

204 Ihre Erinnerungen an ihren Vater wurden posthum veröffentlicht. – Barbara Franziska Blanche van de Velde-Schlick: Moritz Schlick, my father. – In: Engler & Iven (Hrsg.), Moritz Schlick (wie Anm. 198), S. 19-30.

205 Werner Ebeling: Begrüßung. – In: Vogel (Hrsg.), Joachim Jungius und Moritz Schlick Tl. I (wie Anm. 196), S. 5-6, hier S. 6. – Nach einer persönlichen Mitteilung Ebelings war zunächst daran gedacht, dass Parthey die Tagung im Namen des Arbeitskreises eröffnen sollte. Da aber der Rektor Günter Heidorn (1925 – 2010) vor dem Hintergrund der polemischen Positivismuskritik bei Lenin noch immer Bedenken wegen eventueller missbilligender Reaktionen seitens der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED hegte, schlug Parthey vor, dass nicht er selbst als Vertreter des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, sondern Ebeling als Physiker die Begrüßung vornehmen sollte. So geschah es – Ebeling sprach die Begrüßungsworte und übergab dann die Leitung der Tagung an Parthey.

sogar schädliche Metaphysik abzulehnen und sie vollständig in der Einzelwissenschaft und in der Methodologie aufgehen zu lassen – also die konsequente positivistische Linie, die besonders von einigen Einzelwissenschaftlern des Wiener Kreises vertreten wurde –, und die andere Linie, die die philosophischen Traditionen schätzte, bewahren wollte, und – zwar inkonsequent, aber doch – die Eigenständigkeit und Bedeutung philosophischer Betrachtung und Analyse (besonders als Erkenntnistheorie) gegenüber der Einzelwissenschaft verfocht. Diese Linie vertrat Moritz Schlick, der deshalb von einigen extremen Vertretern des Wiener Kreises der Metaphysik bezichtigt wurde²⁰⁶. Zugleich sah Vogel diese Ambivalenz im Keim schon in Schlicks in Rostock geschriebener *Allgemeiner Erkenntnislehre* angelegt²⁰⁶. In den von Parthey und Vogel gemeinsam verfassten Schlick-Thesen heißt es, dass „Schlicks philosophisches Gesamtwerk nicht pauschal als Positivismus abgetan werden kann. [...] Ein einseitiges, vereinfachtes Schlick-Bild wird dem Inhalt des philosophischen Schaffens von Schlick nicht gerecht“²⁰⁷. Auch ein beachtenswerter politisch-historischer Akzent der Tagung soll hier nicht unerwähnt bleiben. Herneck²⁰⁸ bezog sich in seinem Beitrag darauf, dass Max Planck bei der Feier zu seinem 80. Geburtstag im Harnack-Haus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Dahlem am 23. April 1938 nur zwei Gelehrte namentlich hervorgehoben hatte – Max von Laue (1879 – 1960) und Moritz Schlick. In der Nennung Schlicks sah Herneck einen Ausdruck der „antifaschistischen Gesinnung“ Plancks, „seiner innerlichen Ablehnung des Nazi-Regimes. [...] Die Mitglieder des ‚Wiener Kreises‘ waren alle Antifaschisten. [...] Wenn Schlick Mitte März 1938 noch gelebt hätte, wäre ihm die Emigration aus Österreich ebenso wenig erspart geblieben, wie etwa Erwin Schrödinger oder Sigmund Freud. Die Philosophie des ‚Wiener Kreises‘ war bei den Nazis als ‚zersetzend‘ verrufen, die Verbreitung der Schriften dieser Schule war verboten oder zumindest ‚unerwünscht‘. Daß Planck im April 1938, wenige Wochen nach der Besetzung Österreichs, gerade Moritz Schlick so auffallend ins Licht stellte, war nach

206 Vogel, Joachim Jungius – Moritz Schlick (wie Anm. 196), S. 39.

207 Heinrich Parthey & Heinrich Vogel: Das philosophische Wirken von Moritz Schlick – Thesen. – In: Vogel (Hrsg.), Joachim Jungius und Moritz Schlick Tl. I (wie Anm. 196), S. 11-18, hier S. 12.

208 Im Nachlass von Herneck ist ein kurzer Briefwechsel (5 Stücke) mit Barbara van de Velde-Schlick aus dem Jahr 1969/70 erhalten, vermutlich ausgelöst durch die persönliche Begegnung auf der Tagung in Rostock. – Karl-Friedrich Wessel: Zum wissenschaftlichen Briefwechsel von Friedrich Herneck. – In: Andreas Wessel, Dieter B. Herrmann & Karl-Friedrich Wessel (Hrsg.): Friedrich Herneck. Ein Leben in Suche nach Wahrheit. Berlin: Logos Verlag 2016, S. 121-140, hier S. 138.

meiner Überzeugung auch ein – äußerlich unverfänglicher – Akt des Protests gegen die Erdrosselung der Meinungsfreiheit, wie sie von den faschistischen Machthabern nun auch in diesem Land praktiziert wurde“²⁰⁹.

Der wissenschaftliche Gehalt der Jungius-Schlick-Tagung kann hier nicht näher dargestellt werden, aber die oben notierten Streiflichter sollten Stil und Atmosphäre der Tagung und ihren individualbiographischen Ort in Partheys Laufbahn beleuchten. Damit wird auch der intellektuelle Habitus, den er in Rostock ausgeprägt hatte und mit dem er 1969/70 in die Berliner Verhältnisse eintrat, noch ein Stück deutlicher. In Rostock ist die Tagung, so sehr sie auch zur generellen Diskussionskultur beigetragen haben mag, thematisch eine Eintagsfliege geblieben und hat nach meiner Kenntnis keine weitergehenden Forschungen über Moritz Schlick ausgelöst. Der Sache nach – wenn auch nicht unter ausdrücklichem Rekurs auf sie – wurde den Initiatoren und Organisatoren der 1969er Tagung eine späte Genugtuung zuteil, als rund drei Jahrzehnte, im Jahre 1998, am Philosophischen Institut der Universität Rostock eine Moritz-Schlick-Forschungsstelle gegründet wurde. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Akademie der Wissenschaften wurden hier mehrere Bände einer akademischen Moritz-Schlick-Gesamtausgabe ediert²¹⁰. Zugleich wurden auch aktuelle Beiträge zur Schlick-Forschung vorgelegt²¹¹.

4. Eintritt in die professionelle Wissenschaftsforschung

Mit den späten 1960er Jahren endete Heinrich Partheys formative Periode. Seine Wissenschaftsauffassung hatte eine bleibende Kontur gewonnen, sein darauf gegründetes persönliches Forschungsprogramm – im Sinne der von Imre Lakatos (1922 – 1974) eingeführten Verwendung des Terminus „Forschungsprogramm“ zur Bezeichnung einer kognitiven Langzeitstruktur, die mit verschiedenen Forschungsprojekten untersetzt und über diese in der Forschungspraxis realisiert werden kann²¹² – war in seinen

209 Herneck, Moritz Schlick als Physiker (wie Anm. 202), S. 16-17.

210 <https://www.iph.uni-rostock.de/forschung/moritz-schlick-forschungsstelle/edition> [Zugriff 16. 4. 2021]

211 Olaf Engler & Mathias Iven (Hrsg.): Moritz Schlick – Die Rostocker Jahre und ihr Einfluss auf die Wiener Zeit. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2013.

212 Kurt Bayertz: Forschungsprogramm und Wissenschaftsentwicklung. Lakatos' „Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme“ und die Grundlegung der Wissenschaftsforschung. – In: Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftsforschung / Journal for General Philosophy of Science 22 (1991) 2, S. 229-243.

Grundzügen wohlbestimmt. Den Kern seiner Wissenschaftsauffassung bildete die Überzeugung, dass sich Forschen – aufgefasst als Zentrum aller wissenschaftlichen Aktivitäten – als *methodisches Problemlösen* verstehen bzw. als solches modellieren lässt. Die Basisbegriffe „Problem“ und „Methode“ verblieben auf einer methodologischen Abstraktionsebene und wurden nicht nach psychologischen, soziologischen, ethnischen, genderbezogenen oder sonstigen Gesichtspunkten konkretisiert; wenn etwa bei Parthey von dem „Forscher“ als jenem Subjekt die Rede ist, das Probleme stellt, bearbeitet und löst, so ist dieser Terminus als – wie man heute sagen würde – „generisches Maskulinum“ gemeint, sieht also weitgehend davon ab, ob Individuen oder Kollektive, Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler usw. am Werk sind.

Bis in seine letzten Veröffentlichungen kam Parthey immer wieder darauf zurück, dass Forschen methodisches Problemlösen sei; äquivalente Formulierungen lassen sich in seinem Opus in großer Zahl finden²¹³. Dies ist symptomatisch für den hohen internen Integrationsgrad, den sein Konzept aufwies. Was sich bei einer chronologisch geordneten Lektüre seiner Texte als subjektiver Eindruck aufdrängt, würde durch eine bibliometrische Analyse vermutlich erhärtet werden: ein ungewöhnlich hohes Maß an Selbstzitationen mit großer temporaler Tiefe, die bis zu seiner Dissertation zurückreicht. Das erklärt zumindest teilweise die Stabilität und Anpassungsfähigkeit seiner Position. Wie sich auch die äußeren Umstände seiner Arbeit verändern mochten – sein Konzept blieb unerschüttert. Selbst das Ende der DDR bewirkte keine erkennbare Zäsur. Nachdem er einmal seine intellektuelle Statur gewonnen hatte, musste Parthey keine großen Anstrengungen mehr unternehmen, um sich als Wissenschaftler selbst treu zu bleiben.

Die Stabilität seiner wissenschaftlichen Grundüberzeugungen bedeutete indes nicht, dass sein methodisches Rüstzeug und das Feld der von ihm bearbeiteten Gegenstände unverändert geblieben wären. Er baute aber sein Profil auf eine Weise aus, die ich als additiv bezeichnen würde. Neue Kompetenzen wurden erworben, das Feld seiner Untersuchungsgegenstände wurde um neue Areale erweitert, aber das alles geschah, ohne auf seine

213 Hier zum Exempel eine Stelle aus seinem Vortrag auf der Jahrestagung der GeWiF 2013: „Forschung ist methodisches Bearbeiten und Lösen von Erkenntnisproblemen, das anhand von Publikationen darüber reproduzierbar ist“. – Heinrich Parthey: Formen der Forschung und Publikation im Wandel der Wissenschaft. – In: Heinrich Parthey & Walther Umstätter (Hrsg.): Forschung und Publikation in der Wissenschaft. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2013. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2014, S. 9-26, hier S. 9.

begrifflichen Prämissen irgendwie verändernd zurückzuwirken. Man könnte sein basales Motiv auch in einer unersättlichen Neugier darauf sehen, welche empirischen Objektbereiche sich erfassen, welche Fragestellungen sich aufnehmen oder entwickeln lassen, wenn man am Modell des Forschens als methodisches Problemlösen festhält und davon ausgeht. Nach zwei Jahrzehnten mit Heinrich Parthey am gleichen Institut und weiteren knapp drei Jahrzehnten in der GeWiF – also etwa einem halben Jahrhundert – würde ich so weit gehen zu vermuten, dass er die Institutionen, an denen er tätig war, mehr als Pools von Ressourcen betrachtete, aus denen er sich für die Realisierung seines Programms bediente, und weniger als Quellen übergeordneter Zielstellungen und Verbindlichkeiten, denen er sich ein- und unterzuordnen hatte. So bot ihm das Akademieinstitut, an dem er zwanzig Jahre arbeitete, einzigartige Möglichkeiten, um an naturwissenschaftlichen Einrichtungen der gleichen Akademie empirisch große Datenmassive zu erheben; diese Möglichkeiten waren nach 1990 unwiederbringlich verloren, doch er bediente sich seines zuvor gewonnenen Datenschatzes, wie aus seinen Beiträgen auf den Jahrestagungen der GeWiF leicht zu ersehen ist, noch ein weiteres Vierteljahrhundert, um ihn weiteren theoretisch-methodologischen Fragestellungen zu unterwerfen. Es verhielt sich auch weit eher so, dass er für seine Vorhaben auf die Partner zuzuging, die er dafür brauchte, als dass er sich in Vorhaben anderer einbeziehen lassen hätte.

Unter den Begriffen, die als Bindemittel zur Verknüpfung der unterschiedlichen zur Wissenschaftsforschung hinführenden Denkströmungen dienten, spielte in der DDR – jedenfalls in der Phase der Gründung und Festigung der einschlägigen Institutionen – der Begriff der (*wissenschaftlichen*) *Tätigkeit* eine prominente Rolle²¹⁴. „Tätigkeit“ entzieht sich der monodisziplinären Vereinnahmung. Eben die relative Vagheit dieses Begriffs kommt seiner Bindekraft zugute; er ist vergleichbar mit solchen nicht minder unentbehrlichen Begriffen wie „Mensch“, „Gesellschaft“ oder „Kultur“²¹⁵. Der Tätigkeitsbegriff dient nicht nur der innerwissenschaftlichen diszipli-

214 Hubert Laitko: Das Tätigkeitskonzept der Wissenschaft – seine heuristischen Möglichkeiten und seine Grenzen. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 29 (1981) 2, S. 199-212.

215 Hubert Laitko: Kultur – Wissenschaft – Kulturwissenschaft – Wissenschaftskultur. Ein Begriffspuzzle. – In: Marie-Therese Mäder, Chantal Metzger, Stefanie Neubert, Adai Paulin Oloukpona-Yinnon & Louise Schellenberg (Hrsg.): Brücken bauen – Kulturwissenschaft aus interkultureller und multidisziplinärer Perspektive. Festschrift für Dorothee Röseberg zum 65. Geburtstag. Bielefeld: transcript Verlag 2016, S. 19-41, hier S. 19-21.

nenübergreifenden Verständigung, sondern fungiert auch in der außerwissenschaftlichen Alltagspraxis, und obendrein erhält er den geschichtlichen Tiefe durch seine Verankerung in der philosophischen Tradition. Mannigfache disziplinäre Explikationen können hier anschließen, ohne dass er in einer dieser Explikationen ohne Rest aufginge. Auch die von Parthey bevorzugte Modellierung der Forschung als methodisches Problemlösen ist *eine mögliche Explikation* des Begriffs der wissenschaftlichen Tätigkeit – neben zahlreichen anderen. Damit fand sein Programm einen legitimen und zugleich eigenständigen Platz innerhalb der gebündelten, aber keineswegs homogenen Forschungsrichtung, für die sich in den 1980er Jahren im Deutschen die Bezeichnung „Wissenschaftsforschung“ durchsetzte. Zu anderen denkmöglichen und teilweise auch realisierten Explikationen verhielt er sich tolerant, verfolgte aber unbeirrt seine eigene Agenda und verwendete auch kaum Aufmerksamkeit darauf, deren Verhältnis zu anderen konzeptualen Ansätzen der Wissenschaftsforschung zu diskutieren.

In den späten 1960er Jahren lag die Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung in der Luft – international und auch in den beiden deutschen Staaten²¹⁶. Der Trend war kräftig, doch es hing von kontingenten Faktoren ab, wann, wo und wie erfolgreiche und nachhaltig lebensfähige Durchbrüche gelangen. Freilich war nicht zu erwarten, dass gerade Rostock zum Ort eines solchen Durchbruchs werden würde. In der DDR hatten Leipzig und Berlin die größten Chancen. Leipzig war, konzeptionell gesehen, zunächst sogar in Vorhand. Unter Leitung des einflussreichen Philosophen Alfred Kosing (1928 – 2020), damals Direktor des Instituts für Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, wurde von Philosophen des mitteldeutschen Raumes (unter Einbeziehung des oben erwähnten Prager Logikers Berka, der auch zu Partheys Kooperationspartnern gehörte) eine Monographie unter dem Titel *Die Wissenschaft von der Wissenschaft. Philosophische Probleme der Wissenschaftstheorie* erarbeitet. Im Sommer 1967 war das

216 Einen umfassenden Überblick über die bis 1970/71 weltweit erfolgten Gründungen, die sich ganz oder teilweise der Wissenschaftsforschung widmeten, bietet eine im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft erarbeitete und im Dezember 1973 vorgelegte Denkschrift. – Helmut Baitsch, Theodor M. Fliedner, Joachim B. Kreuzkam & Ina S. Spiegel-Rösing: Memorandum zur Förderung der Wissenschaftsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Essen: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Dezember 1973. – Darin wurde der Entwicklung der Wissenschaftsforschung in der DDR große Aufmerksamkeit zuteil: Ina S. Spiegel-Rösing: Wissenschaftsforschung in der DDR. – In: Ebd., Anhang 2, Nr. 2, S. 95-131.

Manuskript abgeschlossen, 1968 erschien es im Druck²¹⁷. Einer der maßgebenden, konzeptionsbildenden Autoren dieses Werkes war Parthey einstiger Kommilitone Reinhard Mocek. Dieses Buch war der erste eigenständige monographische Entwurf einer möglichen theoretischen Basis für die werdende Wissenschaftsforschung, auch wenn die neue Richtung dort noch als ein Teilgebiet der Philosophie konzipiert wurde²¹⁸. Die Auffassung der Wissenschaft als eine Form gesellschaftlicher Tätigkeit wurde in ihrer integrierenden Funktion gegenüber den verschiedenen Linien der werdenden Wissenschaftsforschung darin bereits ausführlich entwickelt und diskutiert.

Während die Leipziger Monographie den *bottom-up*-Aspekt in der Genese der Wissenschaftsforschung – das Interesse der Wissenschaftler selbst an einer zeitgemäßen Reflexion der komplexen Realität, in der sie tätig waren und die sie mitgestalteten – zum Ausdruck brachte, kristallisierte sich der *top-down*-Aspekt des gleichen Vorgangs – das staatliche Interesse an effektiven Instrumentarien und Verfahren der Wissenschaftslenkung – im Schlagwort von der „sozialistischen Wissenschaftsorganisation“ (SWO) und in den Einrichtungen, die unter diesem Etikett firmierten. Im Rahmen und im Gefolge des NÖS entstanden in der Industrie der DDR vielerorts Gruppen oder Abteilungen für SWO, die sich mit dem Management der industriellen Forschung und Entwicklung (FuE) beschäftigten und überwiegend pragmatisch oder praktizistisch agierten, ohne wissenschaftstheoretischen Tiefgang. Dieser Trend wurde jedoch auch in den Wirtschaftswissenschaften aufgenommen. Die wohl interessanteste Einrichtung dieser Art, die in diesem Rahmen geschaffen wurde, war das *Institut für Sozialistische Wissenschaftsorganisation* an der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) in Berlin-Karlshorst unter der Leitung des Ökonomen Alfred Lange (1927 – 1975). Lange hatte den Ehrgeiz, sein Institut zu einem Hotspot bei der Genese der Wissenschaftsforschung auszugestalten, und er nutzte seine Position als Rektor dieser Hochschule (1963 – 1969), um ein dafür geeignetes landesweites Netzwerk zu knüpfen. Für Ende November 1968 lud er zu einem zweitägigen Kolloquium mit dem sperrigen Titel *Aktuelle Probleme der weiteren Verbesserung der Prognose, Planung und ökonomischen Durchdringung der Forschungsarbeiten mit dem Ziel der Erhöhung ihrer Effektivität* nach Karlshorst; das Protokoll erschien 1969 unter dem handlicheren Stichwort „Forschungsökono-

217 Alfred Kosing mit Autorenkollektiv: Die Wissenschaft von der Wissenschaft. Philosophische Probleme der Wissenschaftstheorie. Berlin: Dietz Verlag 1968.

218 Näher zu Kontext und Bedeutung dieses Buches siehe: Laitko, Der lange Weg (wie Anm. 62), S. 107-123.

mie“²¹⁹. Das Kolloquium geriet zu einer Musterung derer, die in der DDR interessiert und bereit waren, den Schritt in das neue Feld der Wissenschaftsforschung zu wagen, und war wohl auch von vornherein so gedacht; auch Parthey gab seine Visitenkarte ab²²⁰, ein weiterer Redner aus dem Rostocker Arbeitskreis war Wächter²²¹.

Dass es diese Rolle spielen konnte, lag weniger an etwaigen originellen Ideen, die aus Karlshorst selbst gekommen wären, als vielmehr an dem exzellenten Timing²²². Einerseits war das Leipziger Buch schon verfügbar, aber noch ganz neu; Frank Fiedler, einer der Hauptautoren, vertrat in Karlshorst das Anliegen der Monographie²²³. Andererseits – und das kam für die Verhältnisse der DDR fast einer Sensation gleich – hatte das Politbüro des ZK der SED am 22. Oktober 1968, also einen reichlichen Monat vor dem Karlshorster Kolloquium, einen Beschluss mit dem Titel *Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR* verabschiedet und veröffentlichen lassen, in dem ein ganzer Absatz der Entwicklung der Wissenschaftsforschung gewidmet war²²⁴, so dass die

-
- 219 Alfred Lange (Hrsg.): *Forschungsökonomie*. Protokoll des wissenschaftlichen Kolloquiums „Aktuelle Probleme der weiteren Verbesserung der Prognose, Planung und ökonomischen Durchdringung der Forschungsarbeiten mit dem Ziel der Erhöhung ihrer Effektivität“ am 28. und 29. November 1968 an der Hochschule für Ökonomie Berlin. Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1969.
- 220 Heinrich Parthey: *Problemtheorie und Wissenschaftstheorie*. – In: Lange (Hrsg.), *Forschungsökonomie* (wie Anm. 219), S. 65-68.
- 221 Wolfgang Wächter: *Zur Funktion der Wissenschaftstheorie*. – In: Lange (Hrsg.), *Forschungsökonomie* (wie Anm. 219), S. 93-97.
- 222 Näher dazu siehe: Laitko, *Der lange Weg* (wie Anm. 62), S. 127-137.
- 223 Frank Fiedler: *Bemerkungen zur Struktur und zu den Aufgaben der marxistischen Wissenschaft von der Wissenschaft*. – In: Lange (Hrsg.), *Forschungsökonomie* (wie Anm. 219), S.88-93.
- 224 „Angesichts der wachsenden Bedeutung der Wissenschaften als unmittelbare Produktivkraft muß das System der Wissenschaften selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschungsarbeit werden, um Grundlagen für die Prognose, Planung und Leitung der Wissenschaftsentwicklung zu erhalten. Das erfordert die Entwicklung einer Wissenschaftstheorie (Wissenschaftskunde). Insbesondere gilt es, die Stellung der Wissenschaft in der Gesellschaft zu bestimmen, die sozialen Voraussetzungen und Auswirkungen wissenschaftlicher Erkenntnisse zu erforschen, die inneren Entwicklungsgesetze und -tendenzen des Systems der Wissenschaften aufzudecken, den Prozeß der schöpferischen wissenschaftlichen Arbeit zu analysieren und den Einfluß von Wissenschaft und Technik auf die Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit zu erforschen“. – Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR. – In: *Einheit* (1968) 12, S. 1459.

Veranstaltung an der HfÖ aufgefasst werden konnte, als wäre sie eine Aktion zur unmittelbaren Umsetzung dieses Beschlussteils.

Es war schon eine Seltenheit, dass ein Politbürobeschluss überhaupt veröffentlicht wurde – aber dass darin die Entwicklung der Wissenschaftsforschung als politische Notwendigkeit adressiert wurde, war unikal. Mir ist kein Gegenstück dazu bekannt, während in den Dokumenten der SED-Führung bis 1989 immer wieder gefordert wurde, die Funktion der Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft zu forcieren (so auch in dem in Rede stehenden Dokument) und die WTR voranzutreiben. Die Wissenschaftsforschung war damit demonstrativ legitimiert und gleichsam zur „Chefsache“ erklärt worden. Es liegt auf der Hand, dass es nach einer solchen Verlautbarung aus dem innersten Führungszirkel der SED nicht mehr möglich gewesen wäre, die Wissenschaftsforschung *nicht* zu institutionalisieren. Da aber andererseits kaum angenommen werden kann, dass eines der Politbüromitglieder von sich aus eine derartige Forderung erhoben hat, muss sie von den Protagonisten einer solchen Institutionalisierung lanciert worden sein. Das Lancieren von Passagen in Dokumente der SED-Führung war eine in der DDR häufig geübte Praxis, eine DDR-spezifische Form des Lobbyismus, aber es war immer eine Wette mit ungewissem Ausgang. Zur Vorbereitung von Dokumenten der SED-Führung wurden über die Funktionsorgane ihres Zentralkomitees von Experten vielfältige Ausarbeitungen und Meinungsäußerungen eingeholt. Für Dokumente mit wissenschaftspolitischem Inhalt erfolgte dies vor allem über die Abteilung Wissenschaften des ZK, aber die Verfasser solcher Papiere – in den 1970er und 1980er Jahren auch die großen Einrichtungen der Wissenschaftsforschung – hatten keinen Einfluss darauf, ob ihre Anregungen übernommen wurden oder nicht.

Der Beschluss von 1968 war offenkundig noch vom Geist der Wissenschaftseuphorie getragen, den Ulbricht an der Spitze der Partei für seine Wissenschaftsstrategie adoptiert hatte, doch seine künftige Ablösung war schon weit gediehen, und seine Widersacher, die 1971 Erich Honecker (1912 – 1994) an die Macht brachten, drängten dieses Motiv in den Hintergrund der Politik²²⁵. Daher war der Weg vom 1968er Beschluss bis zur faktischen Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung zwar zeitlich gesehen kurz, aber sehr verwickelt und durch eine Gemengelage von einander widerstrebenden und zugleich durchdringenden Tendenzen gekennzeichnet. Der Druck der Wirtschaftspraktiker und ihrer politischen Sach-

225 Jochen Stelkens: Machtwechsel in Ostberlin. Der Sturz Walter Ulbrichts 1971. – In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997) 4, S. 503-533.

walter. Wissenschaftsforschung als bloße Schmiede für effektive Organisations- und Managementlösungen zu betreiben, ohne sich mit Erwägungen über die epistemische und kulturelle Eigenart des wissenschaftlichen Erkennens und dessen historische Zusammenhänge aufzuhalten, war enorm. Das alles kann hier nicht nachgezeichnet werden; ich habe es an anderer Stelle für die Vorgeschichte des Instituts versucht, an dem Heinrich Parthey nach der Rostocker Periode für zwei Jahrzehnte seine wissenschaftliche Heimstatt fand²²⁶.

Mit der Gründung dieses Instituts an der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) zu Berlin (ab 1972: Akademie der Wissenschaften der DDR) wurde der Philosoph Günter Kröber (1933 – 2012) betraut, der von 1962 bis 1969 die Abteilung Dialektischer Materialismus am Akademieinstitut für Philosophie leitete. Kröber, der mathematisch orientiert war und ein mathematisches Teilstudium absolviert hatte, unternahm bei verschiedenen Gelegenheiten Brückenschläge zwischen Philosophie und Mathematik und förderte innerhalb der Wissenschaftsforschung frühzeitig und nachdrücklich deren quantitative Richtung (Szientometrie); zu Partheys 60. Geburtstag legte er eine bibliometrische Analyse des bis dahin vorhandenen Publikationsmassivs des Jubilars vor²²⁷. Kröbers letztes Buch, das kurz vor seinem Tod herauskam, hatte mathematischen Charakter²²⁸. So hatte er auch eine besondere Affinität zur logisch-methodologischen Seite der Philosophie und bemühte sich darum, die Arbeiten seiner Abteilung in diese Richtung zu lenken. Ein so angelegtes Projekt befasste sich mit dem Gesetzesbegriff in der Philosophie und den Fachwissenschaften; an dem 1968 erschienenen Band mit den Ergebnissen des Projekts war Parthey mit einem Aufsatz beteiligt²²⁹. Spätestens hier war Kröber mit Parthey in Verbindung getreten und auf dessen Rostocker Unternehmungen aufmerksam geworden. Als er 1969 mit den Gründungsvorbereitungen für ein außeruni-

226 Hubert Laitko: Zur Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung in der DDR um 1970. Die Gründung des IWTO. – In: Nikolai Genov & Reinhard Kreckel (Hrsg.): Soziologische Zeitgeschichte. Helmut Steiner zum 70. Geburtstag. Berlin: edition sigma 2007, S. 111-146.

227 Günter Kröber: Die Publikationen des H. P. – Eine vornehmlich quantitative Analyse. – In: Umstätter & Wessel (Hrsg.), Interdisziplinarität (wie Anm. 1), S. 255-263.

228 Günter Kröber: Einführung in die Palindromik. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag 2012.

229 Heinrich Parthey: Gesetzeserkenntnis mittels erklärender Hypothesen. – In: Günter Kröber (Hrsg.): Der Gesetzesbegriff in der Philosophie und den Einzelwissenschaften. Berlin: Akademie-Verlag 1968, S. 147-158.

versitäres Institut für Wissenschaftsforschung beauftragt wurde, bot er Parthey an, in die Gründungsmannschaft einzutreten. Dieser erkannte die Chance und sagte zu. Damit waren sein Übergang zur professionellen Wissenschaftsforschung und zugleich sein Abschied von der Hochschullehre einstweilen besiegelt.

In diesem Gründungsprozess, der sich über längere Zeit hinzog, erfuhr Kröber unmittelbar den Widerstreit zwischen der praktizistischen und der theoriebezogenen Linie bei der Etablierung der Wissenschaftsforschung, der bis in die Führungsebene der SED hinein ausgetragen wurde, und er vermittelte in seinen Erinnerungen davon einen lebhaften Eindruck²³⁰. Es war eine kritische Situation, in der es sehr auf Kröbers Beharrlichkeit ankam. Nicht nur im politischen Apparat, sondern auch in der DAW, in der das neue Institut angesiedelt werden sollte, waren nicht wenige einflussreiche Personen der Ansicht, es sollte kein vollwertiges akademisches Forschungsinstitut, sondern nur ein weisungsabhängiges „Stabsorgan“ des Präsidenten werden, das keine selbständige Forschungsagenda zu verfolgen hätte. Die Auseinandersetzungen kulminierten im Tauziehen um die Bezeichnung des Instituts. Kröber bestand unbeirrt darauf, dass die Neugründung primär ein Institut für Wissenschaftstheorie sein und dies auch in ihrem Namen zum Ausdruck bringen sollte; davon machte er seine Bereitschaft abhängig, die Funktion des Institutsdirektors zu übernehmen. Allerdings konnte und wollte er sich nicht dem Anliegen verschließen, auch praktikable Organisationslösungen für die Akademie als wissenschaftlichen Großbetrieb zu liefern; diese aber sollten nicht ad hoc gesucht und gefunden werden, sondern als praktische Anwendungen aus einem theoretisch stringenten, primär erkenntnisorientierten Programm hervorgehen. Die Hartnäckigkeit Kröbers trug schließlich Früchte, und die Neugründung trat 1970 formell als *Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation (IWTÖ)* ins Leben – mit allen Rechten eines normalen akademischen Forschungsinstituts.

Für Parthey wie für Kröber war das eine wechselseitig vorteilhafte Situation. Der eine konnte fortan nicht mehr in einer dem Lehrbetrieb abgetrotzten Nische, sondern in Vollzeit in der Wissenschaftsforschung tätig sein. Der andere konnte nicht nur für die Notwendigkeit theorieorientierter Arbeit in der Wissenschaftsforschung plädieren, sondern auch potente Personen und Teams vorweisen, die in der Lage waren, solche Forschungen

230 Günter Kröber: Wie alles kam... – In: Girmus & Meier (Hrsg.), Wissenschaftsforschung (wie Anm. 62), S. 293-410, hier S. 323-326.

auf akademischem Niveau auszuführen. Man kann die Bedeutung, die das Rostocker Programm für das Ingangkommen des IWTO hatte, gar nicht hoch genug bewerten. Verschiedene programmatische Richtungen der Wissenschaftsforschung bildeten sich im IWTO erst vor Ort in einem längeren Suchprozess heraus; die problem- und methodentheoretische Richtung hingegen war schon vorstrukturiert, musste nur übernommen werden und konnte sofort in ihren bereits erprobten Bahnen starten, ohne vorher noch eine längere Orientierungsphase durchlaufen zu müssen. Der angedeutete Zusammenhang zeigt auch, dass der in diesem Prozess häufig gebrauchte Terminus „Wissenschaftstheorie“ hier weitaus mehr bedeutete als nur ein Spezialgebiet der Fachphilosophie; er signalisierte die Entscheidung für ein theoriebezogenes Vorgehen bei der Entwicklung der Wissenschaftsforschung.

Für die Startphase der institutionalisierten Wissenschaftsforschung in der DDR war der hohe Anteil von Philosophen unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern, für den Parthey beispielhaft stand, sehr wichtig. Die Philosophen sorgten für die Dominanz ganzheitlicher Betrachtungsweisen und vermittelten die disziplinenübergreifende Kommunikation und Kooperation innerhalb der multidisziplinär zusammengesetzten Teams. Mehrere der Wissenschaftler, die am IWTO zusammenkamen, hatten am Ley-Lehrstuhl promoviert – so viele, dass man diesen geradezu als eine Art Trainingszentrum für das Personal des Instituts ansehen konnte²³¹. Später, als mit der methodischen Diversifizierung der Forschungen Spezialisten verschiedenster Art benötigt wurden, verlor sich das anfängliche Übergewicht der Philosophen.

Aus Rostock kam Parthey nicht allein an das IWTO. Neben und mit ihm wechselten auch zwei weitere Angehörige seiner methodentheoretischen Forschungsgruppe und frühere Ley-Absolventen: der Mathematiker Wolfram Heitsch (Promotion 1965 mit dem Thema *Allgemeinheit und Unendlichkeit – eine erkenntnistheoretisch-logische Analyse*) und der Philosoph Wolfgang Wächter (Promotion 1967 mit dem Thema *Zum philosophischen Wirken Max Hartmanns*). Die Forschungsgruppe Methodentheorie an der Rostocker Sektion für Marxismus-Leninismus – bis dahin ein Alleinstellungsmerkmal unter allen Einrichtungen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums – hörte damit auf zu bestehen. Das war zweifellos ein herber Verlust für die Ostseeuniversität, aber Parthey konnte so, in einer ihm bereits vertrauten Mikroumgebung, in Berlin unmittelbar an die von ihm in Rostock

231 Laitko, *Der lange Weg* (wie Anm. 62), S. 48.

geschaffene Tradition anknüpfen. Für ihn begann nun, wenn man es so ausdrücken darf, die wissenschaftliche Erntezeit, nachdem die Saat, die er am Ley-Lehrstuhl gelegt hatte, im fruchtbaren Klima der Rostocker Universität kräftig gediehen war. Sein Profil und sein Programm hatten eine stabile Fassung erreicht, so dass er mit einem sicheren und stetigen Forschungsertrag rechnen durfte. Die Leistungen der nun anbrechenden Jahrzehnte können hier nicht diskutiert werden; sie bedürfen einer gesonderten Studie.

Erwähnt werden muss jedoch, dass es in Ostberlin nicht nur eine, sondern zwei große und zudem etwa gleichzeitig entstandene Einrichtungen der Wissenschaftsforschung gab, neben dem IWTO auch noch die Sektion *Wissenschaftstheorie und -organisation (WTO)* an der Humboldt-Universität. Es erwies sich als eine überaus glückliche Konstellation, dass eine außeruniversitäre und eine universitäre Einrichtung mit verwandten wissenschaftlichen Profilen in enger Nachbarschaft koexistierten. Dabei war diese vorteilhafte Duplizität keineswegs etwa ein Ergebnis überlegter strategischer Planung, sondern vielmehr ein zufälliger Nebeneffekt der ideologischen Verschiebungen, die dem Sturz Ulbrichts vorausgingen und ihn begleiteten. Im April 1968 war im Rahmen der III. Hochschulreform – ganz im Sinne der von Ulbricht im Zusammenhang mit seiner wirtschaftspolitischen Strategie geförderten „Kybernetikwelle“²³² – an der Humboldt-Universität die Sektion *Ökonomische Kybernetik und Operationsforschung* gegründet worden. Mit der Veränderung der Machtverhältnisse und der Präferenzen innerhalb der SED-Führung ging jedoch eine entschiedene Abwertung des kybernetischen Paradigmas mit weitreichenden institutionellen Konsequenzen einher, die schon bald nach der Sektionsgründung spürbar wurde. Einer Gruppe geschickt agierender Protagonisten dieses Projekts gelang es, den institutionellen Ansatz zu retten, indem sie ihn – unter Berufung auf den Politbürobeschluss von 1968 – in Richtung Wissenschaftsforschung umprofilieren und so dem ideologischen Verdikt entzogen, das die Kybernetik getroffen hatte²³³. Eine herausragende Rolle bei diesem Meisterstück spielte

232 Frank Dittmann & Rudolf Seising: *Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR*. Berlin: trafo Verlag 2007.

233 Klaus Fuchs-Kittowski, Edo Albrecht, Erich Langner & Dieter Schulze: *Gründung, Entwicklung und Abwicklung der Sektion Ökonomische Kybernetik und Operationsforschung / Wissenschaftstheorie und -organisation an der Humboldt-Universität zu Berlin*. – In: Wolfgang Girnus & Klaus Meier (Hrsg.): *Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen – Einblicke – Analysen*. Leipzig: Leipziger Universitäts-Verlag 2010, S. 155-197.

Partheys einstiger Kommilitone und Mit-Doktorand Klaus Fuchs-Kittowski, der seit 1964 Mitarbeiter an dem von ihm mitgegründeten Rechenzentrum der Humboldt-Universität war und 1968 (ab 1969 als Dozent für philosophische Probleme der Kybernetik) zum Gründungsteam der neuen Sektion gehörte. Im Juli 1970 wurde sie in *Sektion WTO* umbenannt, Fuchs-Kittowski übte in der Sektionsleitung die Funktion des Direktors für Forschung aus und wurde 1972 zum ordentlichen Professor für Informationsverarbeitung berufen. Beide standen schon vorher in Kontakt, und mit der Gründung des IWTO und der Sektion WTO begann zwischen ihnen eine systematische Zusammenarbeit, die an Partheys Auffassung des Problembegriffs anknüpfte. Fuchs-Kittowski hat dazu selbst einen retrospektiven Überblick gegeben²³⁴.

Am IWTO wurde Parthey zunächst Leiter eines eigenen Bereiches mit der Bezeichnung *Theorie und Methodologie des wissenschaftlichen Erkennens*. Im ersten Jahrfünft am neuen Institut setzte er im Wesentlichen seine in Rostock begonnenen Arbeiten mit dem gleichen methodischen Instrumentarium fort. Ein kompaktes Zeugnis dieser Arbeiten ist der im Herbst 1976 im Manuskript fertig gestellte und 1978 erschienene Band *Problem und Methode in der Forschung*²³⁵. Mit mehreren der Autoren (Berka, Heitsch, Wächter) hatte er schon früher zusammengearbeitet, und die beiden Letztgenannten waren in Berlin Angehörige des von ihm geleiteten Bereichs. Fuchs-Kittowski (mit zwei Koautoren) steuerte eine umfangreiche Studie zur erkenntnistheoretisch-methodologischen Problematik der automatisierten Informationsverarbeitung im Forschungsprozess bei, eine damals ganz neuartige Thematik²³⁶.

Im Oktober 1975 trat eine wichtige Zäsur in Partheys Arbeitsumständen ein. Das bisherige IWTO wurde umstrukturiert und in *Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW)* umbenannt. Dabei wurde Partheys bisheriger Bereich aufgelöst. Er selbst ging in den von Lothar Läscher – ebenfalls einem Absolventen des Ley-Lehrstuhls – geleiteten neuen Bereich III über, der sich vor allem mit den Prozessen der Erkenntnisgewinnung in Forschungsgruppen befasste und dazu umfangreiche empiri-

234 Fuchs-Kittowski, *Problem und Methode* (wie Anm. 180).

235 Parthey (Hrsg.), *Problem und Methode* (wie Anm. 172).

236 Klaus Fuchs-Kittowski, Klaus Lemgo & Ernst Mühlberg: Zur Unterscheidung von wissenschaftlichen Begriffen und zur Differenzierung von Informationen als eine theoretische Grundlage für den Einsatz der automatisierten Informationsverarbeitung im Forschungsprozeß. – In: Parthey (Hrsg.), *Problem und Methode* (wie Anm. 172), S. 128-168.

sche Untersuchungen an naturwissenschaftlichen Akademieinstituten durchführte. Parthey nahm in diesem Bereich eine weitgehend selbständige Stellung ein, in mancher Hinsicht vergleichbar mit der eines Wissenschaftlichen Mitgliedes an einem Max-Planck-Institut. Dabei konnte er Projekte nach eigener Maßgabe entwerfen und organisieren und eignete sich dazu empirisch-soziologische Arbeitsweisen und die Methodik der statistischen Auswertung der dabei gewonnenen Datenmassive an. Seinen problem- und methodentheoretischen Ansatz operationalisierte er entsprechend. Seit 1976 – mit dem Höhepunkt 1979/80 – beschäftigte er sich mit empirischen Studien zum methodischen Vorgehen von Forschern in biowissenschaftlichen Akademieinstituten. In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückte dabei mehr und mehr das Konzept der Interdisziplinarität, für das er einen seinem generellen Ansatz entsprechende problem- und methodentheoretische Explikation entwickelte²³⁷. Die Notwendigkeit, den Ertrag der in den von ihm untersuchten Forschungsgruppen ausgeführten Arbeiten und die Produktivität der einzelnen Forscher und Teams komparativ zu bestimmen, veranlasste Parthey schließlich auch zur Einbeziehung von Begriffen und Verfahren der Szientometrie in sein methodisches Arsenal. Stellvertretend für die Gesamtheit seiner einschlägigen Publikationen sei hier der 1981 im Manuskript abgeschlossene und 1983 erschienene Band *Interdisziplinarität in der Forschung, Analysen und Fallstudien* genannt, den er gemeinsam mit Klaus Schreiber (1927 – 2009) herausgab²³⁸. Schreiber war Direktor des Akademieinstituts für Biochemie der Pflanzen in Halle (Saale) – eines jener Institute, in denen Parthey seine empirischen Untersuchungen vorgenommen hatte. Seine Mitherausgeberschaft war ein Zeugnis für das Vertrauensverhältnis, das Parthey zu den Wissenschaftlern der Institute aufzubauen vermochte, an denen er seine Untersuchungen durchführte – und nicht allein zu diesen, denn der Band enthielt zahlreiche Originalbeiträge von Fachwissenschaftlern anderer Gebiete, übrigens auch aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Ganz am Ende der DDR, als deren staatliche und wirtschaftliche Strukturen schon in Auflösung begriffen waren, legte Parthey noch einen

-
- 237 Zum Verhältnis dieser Auffassung von Interdisziplinarität zu anderen möglichen Explikationen siehe: Hubert Laitko: Interdisziplinarität als Thema der Wissenschaftsforschung. – In: LIFIS ONLINE [veröff. Am 26. 10. 2011]. https://leibniz-institut.de/archiv/laitko_26_10_11.pdf - Abschnitt 3: Empirische Analyse interdisziplinärer Forschung: der Ansatz von Heinrich Parthey, S. 6-8.
- 238 Heinrich Parthey & Klaus Schreiber (Hrsg.): Interdisziplinarität in der Forschung. Analysen und Fallstudien. Berlin: Akademie-Verlag 1983.

aus Diskussionen mit Natur-, Sprach- und Wirtschaftswissenschaftlern hervorgegangenen bemerkenswerten Band vor, der mit einer Studie von Werner Ebeling eröffnet wurde²³⁹. Der Gedankenaustausch, der diesem Werk zugrunde lag, reichte weiter zurück und war noch von der Intention getragen, die Innovationsfreundlichkeit der DDR zu verbessern, doch die Botschaft dieses Buches geht weit über seinen unmittelbar ins Auge gefassten Zweck hinaus, der nun nicht mehr erfüllt werden konnte. Die historisch-kritische Einordnung dieser Botschaft steht noch aus. Als das Buch erschien, existierte das ITW noch, aber sein Ende war absehbar. Noch einmal musste sich Parthey um eine neue Chance bemühen.

5. Epilog

1990/91 änderten sich die institutionellen Bedingungen für die Wissenschaftsforschung auf dem bisherigen Territorium der DDR gravierend. Die politische Entscheidung, die Vereinigung als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zu vollziehen, hatte zur Folge, dass das Institutionensystem der letzteren auf das frühere Territorium der DDR ausgedehnt, das aus der DDR überkommene Institutionengefüge aber aufgelöst wurde, soweit nicht Teile davon in den nunmehr geltenden Kontext überführt werden konnten. Im Verlauf des Jahres 1990 wurde sukzessiv klar, dass die aus der DDR stammenden Institutionen der Wissenschaftsforschung nicht überleben würden, weder als ganze noch in Gestalt einzelner ihrer Abteilungen oder Bereiche. Aus dem 1990 über mehr als 120 Mitarbeiter verfügenden ITW wurde lediglich eine kleine, soziologisch und statistisch orientierte Gruppe um Werner Meske und Hansgünter Meyer (1929 – 2015) für längere Zeit an das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) übernommen, sonst gab es nur Lösungen für Einzelpersonen, die an unterschiedlichen Einrichtungen eine neue, irgendwie (im weitesten Sinne des Wortes) mit der Wissenschaftsforschung verbundene berufliche Perspektive fanden. Für Parthey eröffnete sich eine solche am Institut für Bibliothekswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ein großer Teil der Wissenschaftler aus dem ITW ging in fachfremde Tätigkei-

239 Werner Ebeling: Das Neue in der natürlichen und in der technischen Evolution. – In: Heinrich Parthey (Hrsg.): Das Neue. Seine Entstehung und Aufnahme in Natur und Gesellschaft. Berlin: Akademie-Verlag 1990, S. 19-44.

ten oder, wenn das Geburtsdatum dies erlaubte, in den (vorzeitigen) Ruhestand²⁴⁰.

Den Akademieinstituten wurde vor ihrer Auflösung eine das Jahr 1991 umfassende Übergangsfrist gewährt, während der ihre Finanzierung noch gesichert wurde, obwohl die Akademie selbst als übergreifende Plattform bereits nicht mehr existierte. Innerhalb dieser Übergangsfrist bildeten sich auf Initiative verschiedener Mitarbeiter der zur Auflösung bestimmten Institute zahlreiche formelle und informelle Netzwerke, um Äquivalente für die Kommunikationsräume zu schaffen, die bis dahin von diesen Instituten getragen worden waren. Dabei konnte es sich nur um Strukturen handeln, die nach dem Prinzip der Ehrenamtlichkeit funktionierten, da mit den bisherigen Instituten auch die Haushaltsfinanzierung verschwand und andere Finanzierungsformen in der Regel nicht erreichbar waren. Es war die Stunde begabter Organisatoren. In einer Art Graswurzelbewegung entstanden auf den unterschiedlichsten Fachgebieten so viele Gebilde dieser Art, dass in den Folgejahren mitunter von einer „zweiten Wissenschaftskultur“ auf dem Gebiet der – nunmehr – Neuen Bundesländer die Rede war²⁴¹.

Zu diesen Initiativen gehörte Heinrich Partheys Idee, eine Vereinigung für Wissenschaftsforschung zu gründen. Es ist nicht mehr rekonstruierbar, wann genau er diesen Gedanken entwickelte und mit Kolleginnen und Kollegen aus dem ITW und Wissenschaftsforschern aus anderen Einrichtungen zu erörtern begann. Jedenfalls geschah es früh genug im Jahre 1991, um für die vorbereitenden Arbeiten noch einige Monate lang die organisatorischen und kommunikativen Ressourcen des ITW vor dessen endgültiger Auflösung am 31. 12. 1991 nutzen zu können. Vielen der aus jener Zeit stammenden Neugründungen war nur eine passagere Existenz beschieden, vor allem dann, wenn sie lediglich Substitute für Funktionen waren, die vor ihrer Gründung die nunmehr aufgelösten Institutionen erfüllt hatten. Nach einigen Jahren des Übergangs war in den Neuen Bundesländern ein anderes, nach den Normen der alten Bundesrepublik gestaltetes und seinerseits stabiles Institutionengefüge entstanden, das vielen der intermediären Provisorien die „Geschäftsgrundlage“ entzog. Dieses Schicksal wurde auch einer von Heinrich Parthey ins Leben gerufenen Gründung zuteil: dem Verein PODIUM zur Vorstellung und Diskussion geistes- und sozialwissenschaft-

240 Hubert Laitko: Abwicklungsreminiszenzen. Nach-Denken über das Ende einer Akademie. – In: *hochschule ost* 6 (1997) 1, S. 55-81, hier S. 68-75.

241 Hansgünter Meyer: Was heißt und zu welchem Ende betreibt man die Zweite Wissenschaftskultur? – In: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 81 (2005), S. 135-171.

licher Neuerscheinungen, der einige Jahre lang in dem zwischen dem Hackeschen Markt und dem Rosenthaler Platz in Berlin gelegenen damaligen Kulturhaus Mitte – oft in Anwesenheit der Autoren oder Herausgeber – allmonatlich ein neues Buch präsentierte. Zunächst waren diese Veranstaltungen gut besucht, aber nachdem sich für die Vorstellung geistes- und sozialwissenschaftlicher Novitäten andere Kanäle etabliert hatten, blieben die Besucher nach und nach weg, und PODIUM löste sich stillschweigend auf – ganz unkompliziert, da diese Vereinigung nie einen formellen vereinsrechtlichen Status innegehabt hatte.

Bei der Gründung der Gesellschaft für Wissenschaftsforschung ließ sich Parthey von Anfang an von anderen Erwägungen leiten. Das Interesse, für die zahlreichen aus der DDR überkommenen Wissenschaftsforscher, von denen nur ein geringer Teil eine einschlägige Weiterbeschäftigung fand, eine die früheren Institute überdauernde Kommunikationsplattform zu schaffen, war 1991 zweifellos erheblich; allein für das ITW und die Sektion WTO war von einer Größenordnung von weit über einhundert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auszugehen. Parthey war indes von vornherein davon überzeugt, dass eine Lösung, die sich vorrangig auf dieses Interesse orientierte, nicht zukunftsfähig sein würde. Vielmehr käme es darauf an, die neue Gesellschaft schon im Ansatz gesamtdeutsch zu öffnen und zu einem Ort des Austausches zwischen Wissenschaftsforschern mit Ost- und solchen mit Westsozialisation zu gestalten. Zudem müsse damit gerechnet werden, dass zahlreiche der früheren DDR-Wissenschaftsforscher, die sich beruflich umorientieren mussten oder in den (meist vorzeitigen) Ruhestand verabschiedet wurden, mit den Forschungsmöglichkeiten nach und nach auch das aktive Interesse an diesem Gebiet verlieren würden. Ich entsinne mich einiger Gespräche aus den Jahren 1990 und 1991, in denen diese Frage von den verschiedensten Gesichtspunkten her erörtert wurde. Parthey's Position, die er beharrlich vertrat, hat sich als erstaunlich hellichtig und realistisch erwiesen. Auf diesem Wege wurde die Gefahr vermieden, die neue Gesellschaft zu einer Art geistiger Wärmestube für abgewickelte DDR-Wissenschaftsforscher zu machen.

Die angestrebte Öffnung war nicht leicht zu bewerkstelligen, zumal in der Bundesrepublik (und damit auch in Westberlin) bereits seit 1987 die *Gesellschaft für Wissenschafts- und Technikforschung (GWTF)* tätig war, die sich ihrerseits als eine Arena der Begegnung und des Austausches für die verschiedensten Strömungen und Ansätze verstand. Während aber die beiden großen wissenschaftshistorischen Gesellschaften, die es damals in der Bundesrepublik gab, mit Nachdruck bemüht waren, ihren Kolleginnen und

Kollegen aus dem Osten eine neue institutionelle Heimat zu bieten, erinnere ich mich nicht an ähnliche systematische Bestrebungen bei der GWTF, sodass deren Existenz Heinrich Partheys Initiative nicht überflüssig machte. Die Schöpfung, die 1991 aus dieser Initiative hervorging, besetzte dauerhaft einen gediegenen Nischenplatz in der deutschen Wissenschaftslandschaft – groß genug, um bemerkt zu werden, und zugleich klein genug, um den mitgliederstarken Playern nicht als unerwünschte Konkurrenz in den Weg zu treten.

Parthey war ein begnadeter Organisator und ein Virtuose des Minimalismus. Die GeWiF wurde in Struktur und Arbeitsweise davon geprägt. Die Unkompliziertheit, mit der er persönliche Beziehungen herzustellen vermochte, sicherte der Gesellschaft von vornherein die angestrebte Offenheit. Schon in den ersten Jahren gewann das Unternehmen das Interesse mehrerer namhafter Fachvertreter aus den Alten Bundesländern, die den Ansatz für aussichtsreich erachteten und mit ihren eigenen Beiträgen maßgeblich mitgestalteten. Zum 1996 erschienenen ersten Jahrbuch steuerte Siegfried Greif (Deutsches Patentamt München) eine umfangreiche Untersuchung bei²⁴², und seither war es selbstverständlich, dass Forscherinnen und Forscher aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands an den Veranstaltungen und Publikationen der Gesellschaft mitwirkten. Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte dabei gespielt haben, dass Parthey die GeWiF als einen Ort des vielstimmigen Austausches konzipiert hatte. Er verfügte über ein eigenständiges und eigenwilliges Konzept von Wissenschaftsforschung, doch er wollte die Gesellschaft auf keinen Fall auf die Rolle verengt sehen, Anhänger für sein persönliches Paradigma zu rekrutieren.

Für ihn war es wichtig, die Arbeit der GeWiF so zu gestalten, dass mit einem Minimum an Aufwand – an Finanzen ebenso wie an Tätigkeiten organisatorischer Art – ein Maximum an Effekt erzielt wurde. Er orientierte die Gesellschaft darauf, sich mit ihren – sehr bescheiden bemessenen – Mitgliedsbeiträgen als einziger Finanzierungsquelle zu begnügen, um Abhängigkeiten zu vermeiden, und auf eine Weise zu arbeiten, die dieser Forderung entsprach. Das gelang auch mit erstaunlicher Perfektion, nicht zuletzt dank dem Geschick eines umsichtigen Schatzmeisters. Anfangs wurden kolloquienartige Arbeitsformen mit einer dichteren Frequenz erprobt. Bald aber erwiesen sich solide vor- und nachbereitete Jahrestagungen, die

242 Siegfried Greif: Naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung in der DDR und in den neuen Bundesländern. Eine patentstatistische Analyse. – In: Hubert Laitko, Heinrich Parthey & Jutta Petersdorf (Hrsg.): Wissenschaftsforschung. Jahrbuch 1994/95. Marburg: BdWi-Verlag 1996, S. 99-149.

nur noch gelegentlich durch kleinere Veranstaltungen ergänzt wurden, als die für eine Gesellschaft mit nicht mehr als 20 bis 25 Mitgliedern optimale Arbeitsform.

Für die Jahrestagungen bildete sich, wiederum wesentlich von Parthey geprägt, ein ganz einfaches, aber wirksames *Procedere* heraus. Drei Jahre vor einer in Aussicht genommenen Tagung wird ihr Anliegen der Mitgliederversammlung der GeWiF zur Diskussion und Billigung unterbreitet, und zwei oder drei Mitglieder übernehmen verantwortlich die weiteren Vorbereitungen; in der überwiegenden Zahl der Fälle war an diesen Vorbereitungsteams auch Parthey selbst beteiligt. Zwei Jahre vorher werden Thema und Vortragsfolge in den Grundzügen festgelegt, und die wichtigsten Referenten werden benannt. Im letzten Jahr vor der Tagung erfolgen noch Feinabstimmungen und Veränderungen im Detail, mit denen auf aktuelle Entwicklungen auf den zu behandelnden Gebieten ebenso wie auf Zufallsereignisse reagiert werden kann.

Die Pointe dieses *Procedere* ist der großzügig bemessene Zeithorizont. Parthey ging dabei von einer simplen, aber wesentlichen Erfahrung aus: Werden in Aussicht genommene prominente Vortragende ein Jahr vor einer geplanten Veranstaltung angesprochen, dann ist die Gefahr groß, dass sie unter Hinweis auf einen reichlich gefüllten Terminkalender die Anfrage ablehnen. Sehr viel entgegenkommender ist die zu erwartende Reaktion, wenn eine Vortragsofferte zwei Jahre oder noch länger im Voraus unterbreitet wird. So gelang es immer wieder, Jahrestagungen mit attraktiven Programmen zu veranstalten, für deren Durchführung keine zusätzlichen Mittel eingeworben werden mussten. Die Tagungen finden in Räumlichkeiten von Institutionen statt, an denen die mit ihrer Vorbereitung betrauten Mitglieder beruflich tätig sind und auf die sie von Berufs wegen Zugriff haben²⁴³. Mit ihren anspruchsvollen Tagungsprogrammen gewann die GeWiF einen respektierten Platz in der Gemeinschaft der Wissenschaftsforscher. Auch die Kontinuität, mit der sie auf diese Weise an die wissenschaftliche Öffentlichkeit trat und auf die Parthey großen Wert legte, trug dazu wesentlich bei.

Allerdings hätte die Regelmäßigkeit der Jahrestagungen auch bei respektablem wissenschaftlichem Niveau für sich allein weder die Breite (über den unmittelbaren Teilnehmerkreis hinaus) noch die Nachhaltigkeit ihrer Wirkung gesichert. Der dafür entscheidende Schritt, wiederum von Parthey

243 Besonders häufig fanden Jahrestagungen im Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität statt, dessen Lehrkörper Heinrich Parthey als Privatdozent angehörte.

initiiert und durchgesetzt, war die Gründung eines eigenen Periodikums. Der erste Band des neuen *Jahrbuchs Wissenschaftsforschung* erschien 1996 (für die Jahre 1994/95). Eine Zeitschrift mit kürzeren Intervallen zwischen den Nummern hätte die Möglichkeiten der Gesellschaft überfordert, doch ein Jahrbuch ließ sich in Einklang mit Partheys Finanzierungsprinzip realisieren. Den wesentlichen Inhalt lieferten die überarbeiteten Beiträge der Jahrestagungen, wobei die Vorbereitungsgruppe einer Tagung immer zugleich das Herausgeberteam des zugehörigen Jahrbuchs war, so dass der Kreis derjenigen, die Herausgeberverantwortung trugen, von Jahr zu Jahr variierte.

Das Jahrbuch war und ist das wesentliche Medium, über das die GeWiF nach außen gegenüber der Community der Wissenschaftsforscher und gegenüber allen, die an dieser Forschungsrichtung oder an einzelnen ihrer Aspekte interessiert sind, in Erscheinung tritt. Mit einem allein in Printform in einer sehr geringen Auflage vorliegenden Jahrbuch war das jedoch nur sehr begrenzt möglich. Parthey sah dieses Problem schon sehr bald nach der Etablierung des Jahrbuchs. Es erschien ihm für ein modernes wissenschaftliches Medium unakzeptabel, dass es lediglich auf Papier vorlag – erst recht für eine Gesellschaft für Wissenschaftsforschung, die auf ihren Tagungen eingehend verschiedene Aspekte der Digitalisierung des Wissenschaftsbetriebes behandelte. Bei seinem erfolgreichen Bemühen, dieses Defizit schnellstmöglich zu überwinden, wurde er von mehreren Mitgliedern der Gesellschaft tätig unterstützt. Das Jahrbuch erscheint seitdem als Online-Publikation; zugleich wird eine geringe Anzahl von Exemplaren weiterhin in Printform hergestellt. Die in früheren Nummern des Jahrbuchs veröffentlichten Beiträge sind über die Homepage der GeWiF abrufbar.

Nach Partheys Überzeugung war für Personalien der Mitglieder im Jahrbuch kein Platz, auch nicht für Nachrufe auf verstorbene Mitglieder. So wurden für die bedeutenden Wissenschaftsforscher Manfred Bonitz (1931 – 2012) und Walther Umstätter (1941 – 2019), die die Geschicke der Gesellschaft wesentlich mitgeprägt hatten, im Jahrbuch keine Nachrufe publiziert²⁴⁴. Dieser ihm selbst gewidmete Aufsatz bricht ausdrücklich mit einer ungeschriebenen, aber zu seinen Lebzeiten strikt beachteten Regel. Aller-

244 Parthey leistete einen Beitrag zu der zum 65. Geburtstag von Walther Umstätter herausgegebenen Festschrift. – Heinrich Parthey: Strukturwandel der bibliometrischen Profile wissenschaftlicher Institutionen im 20. Jahrhundert. – In: Petra Hauke & Konrad Umlauf (Hrsg.): Vom Wandel der Wissensorganisation im Informationszeitalter. Festschrift für Walther Umstätter zum 65. Geburtstag. Bad Honnef: BOCK + HERCHEN Verlag 2006, S. 91-105.

dings muss gleichzeitig hervorgehoben werden, dass Parthey in diesem Jahrbuch eine für die Mitglieder der Gesellschaft wertvolle Dienstleistung einführte, für die sich in anderen Periodika kaum ein Gegenstück findet. Zu der laufend fortgeschriebenen Liste der aktuellen Publikationen aller Mitglieder kamen zu runden Geburtstagen vollständige Bibliographien der Betreffenden; wer jemals in der Verlegenheit war, schnell eine komplette Bibliographie der eigenen Veröffentlichungen vorlegen zu müssen, wusste ihm für diese Idee Dank.

Heinrich Parthey neigte – anders, als man nach dem von ihm absolvierten Philosophiestudium annehmen könnte – wenig zu ausgedehnten konzeptionellen Reflexionen. Sein wissenschaftlicher Stil war ein ganz anderer, und auch der Gründung der GeWiF ging zwar eine organisatorische, aber keine konzeptionelle Erwägungsphase voraus; vielmehr erkannte er, wie angedeutet, ein akutes praktisches Bedürfnis in der Gemeinde der Wissenschaftsforscher in Berlin und ging unverzüglich daran, diesem Bedürfnis mit einer praktikablen Lösung zu entsprechen. Nichtsdestoweniger gibt es einen Text, der in gewissem Sinn als gedankliche Prämisse für die Tätigkeit der Gesellschaft angesehen werden kann. Gemeint ist das im Frühjahr 1995 verfasste und dem ersten Jahrbuch vorangestellte Vorwort. Verglichen mit den eher lapidaren Vorworten aller späteren Jahrbücher, lieferte es eine relativ ausgedehnte Argumentation, gedacht als Vorschlag für einen Minimalkonsens zwischen Vertretern unterschiedlicher Denk- und Arbeitsrichtungen darüber, was unter Wissenschaftsforschung zu verstehen sei und in welchen Richtungen sie sich entwickeln sollte. Es wäre nicht zulässig, diesen Text als einen unmittelbaren Ausdruck der von Parthey persönlich favorisierten Auffassungen anzusehen, denn er wurde von einer Autorin und zwei Autoren gleichermaßen verantwortet²⁴⁵; damit aber, dass er sich namentlich dazu bekannte, bekundete er sein Einverständnis, in der Gesellschaft innerhalb des mit diesem Vorwort aufgespannten Rahmens zu agieren.

Das Vorwort konstatiert, dass im späten 20.Jh. der Terminus „Wissenschaftsforschung“ allgemein eingebürgert und zur Sammelbezeichnung für verschiedenartige Arbeitsrichtungen geworden war, die sich mit der Wissenschaft als Forschungsgegenstand beschäftigen und dafür methodische Instrumentarien verwendet, die aus dem Arsenal der Wissenschaft selbst entnommen und für die jeweiligen Untersuchungszwecke spezifiziert und wei-

245 Hubert Laitko, Heinrich Parthey & Jutta Petersdorf: Vorwort. – In: Laitko, Parthey & Petersdorf (Hrsg.), *Wissenschaftsforschung* (wie Anm. 242), S. 9-15.

terentwickelt werden. Hoffnungen, die Wissenschaftsforschung könnte mit der Zeit Konturen einer konsistenten und relativ abgegrenzten Disziplin annehmen, hätten sich bislang nicht erfüllt:

Sie lebt vom Diskurs des Mannigfaltigen; allein darin, daß sie ein lockeres Netzwerk bietet, das diesen Diskurs aufrechterhält, liegt ihre Daseinsberechtigung²⁴⁶.

Innerhalb eines heterogenen Mosaiks von Forschungsansätzen zeichneten sich wiederum bestimmte Felder wie die sich zügig entwickelnde und bei der Gründung der GeWiF gut vertretene Scientometrie ab, die Züge eigenständiger Spezialdisziplinen annahmen, einen besonderen Typus von Spezialisten hervorbrachten und auch fast nur noch für solche Spezialisten zugänglich waren, während die Schwierigkeit, die Bedeutung ihrer exakten Befunde für das Verständnis der Wissenschaft als gesellschaftliches Phänomen und integrales Moment der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung zu erschließen, unbewältigt blieb und mit der wachsenden Flut solcher Befunde nur immer deutlicher sichtbar wurde.

Im Vorwort von 1995 wurde die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass der prädisziplinäre Status der Wissenschaftsforschung als ganzer kein Zeichen von ungenügender Reife, sondern vielmehr eine Konsequenz der Unmöglichkeit sein könnte, in der Selbstreflexion der Wissenschaft den Widerspruch von Beobachter- und Teilnehmerperspektive aufzulösen. Wenn sich aber dieser Widerspruch nicht eliminieren lässt, dann ist er, positiv gewendet, für ein Gebiet, in dem er hervortritt, konstitutiv. In diesem Sinne plädierte der Text dafür,

die Komplementarität der Perspektiven und den beständigen Wechsel zwischen ihnen ausdrücklich zum Prinzip für die Selbsterkenntnis der Wissenschaft zu machen. Die objektivierende Analyse mit ihren „strengen“ Methoden und ihren „harten“ Resultaten erweist erst dann ihren Wert, wenn sie der Deutung aus der Sicht der Subjektivität der Erkenntnistätigkeit unterworfen wird; umgekehrt bliebe das Innenbild der wissenschaftlichen Subjektivität im vagen Ungefähr, könnte es nicht an objektiven Befunden angreifen. So ist zwar kaum Aussicht, daß es jemals eine in sich geschlossene, umfassende Theorie der Wissenschaft geben könnte, aber es zeichnet sich ein unbegrenzter Horizont für die gegenseitige Anregung der beiden Perspektiven der Wissenschaftsreflexion ab, solange sie aufeinander bezogen bleiben und keine von ihnen in Selbstgenügsamkeit

246 Ebd., S. 9.

erstarrt. Eben dies könnte jenes Allgemeine sein, das dem ad hoc eingeführten Terminus „Wissenschaftsforschung“ eine kategoriale Bedeutung verleiht: die Intention, die potentiell unbegrenzt vielen Arten der Anwendung von Methoden aus dem Arsenal der Wissenschaft auf die Erforschung der Wissenschaft selbst aufeinander bezogen zu halten und dabei Reduktionismen und Absolutheitsansprüche abzuwehren²⁴⁷.

Das ist eine Position der Toleranz und der wohlbedachten Selbstbeschränkung. Der kleine Ausschnitt aus der globalen Entwicklung der Wissenschaftsforschung, der sich in den bisher vorliegenden Jahrbüchern spiegelt, spricht dafür. Man könnte sie, da explizit von ihm geteilt, auch als ein Vermächtnis ihres Gründers verstehen.

247 Ebd., S. 10-11.

RAINER E. ZIMMERMANN

Kritik und Innovation: Zu einigen Aspekten der Wissenschaft als Beruf

Abstract

In diesem Beitrag soll kurz umrissen werden, in welcher Tradition sich die Wissenschaft als Beruf entwickelt hat und welche Aufgaben ihr aus heutiger Sicht zuzuschreiben sind, woraus unmittelbar folgt, mit welchen Rechten und Pflichten sie ausgestattet ist. Ursprünglich aus der Freien Rede (Parrhesie) der griechischen Polis abgeleitet, kann sich Wissenschaft – aller ökonomischen Aspekte, die mit der Professionalisierung zwangsläufig verbunden sind, und aller Angriffe aus den verschiedenen Feldern der neuerdings verstärkt grassierenden Esoterik zum Trotz – immer noch als Institution verstehen, welche imstande ist, verbindliche Richtlinien über das zu definieren, was der Fall ist. Sie nimmt dazu alles das kritisch in Sicht, was als Phänomen beobachtet werden kann oder auch nur als Phänomen unterstellt oder vermutet wird. So ist sie mittels ihrer kritischen Methode auf der einen Seite kriterienhaltend, auf der anderen Seite aber zugleich innovativ, denn sie ist nicht nur der Interpolation zwischen bereits erzielten Ergebnissen fähig, sondern auch der kreativen Extrapolation über diese hinaus. Daraus resultiert eine besondere Form der Verantwortung für all jene, die sie als Beruf ausüben wollen. Im Grunde aber bedarf es hierfür keiner neuerlichen Würdigung der Pflichten und Rechte, und die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen nicht selbst Philosophinnen und Philosophen werden, um diesen letzteren nachkommen zu können. Am Beispiel der seit einiger Zeit grassierenden, durchaus begrenzenden und einschränkenden Bedingungen von Forschung und Lehre und der daraus resultierenden, durchaus kompensatorisch zu verstehenden Bedürfnisse nach Formulierung moralischer Selbstverpflichtungen, in diesem Zusammenhang auch mit Blick auf die kürzlich (2017) neuerlich veröffentlichten „Hinweise und Regeln der Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortungsvollen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken“, sollen die Konsequenzen genauer erörtert werden.

Prof. Dr. Rainer E. Zimmermann
Clare Hall, UK – Cambridge / Institut für Design Science München e.V.
E-Mail: pd00108@mail.lrz-muenchen.de

H. A. Mieg, C. Schnell, & R. E. Zimmermann (Hrsg.). (2021). *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

1

Mir sei zu Beginn ein kurzer Rückblick in die „gute alte Zeit“ gestattet: In jener Zeit nämlich, etwa zu Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, unterschied sich die wissenschaftliche Arbeit in zweierlei Hinsicht von der heutigen Situation: *Zum einen* gab es noch kaum öffentliche Einwände gegen wissenschaftlich konstatierte Sachverhalte und auch keine – jedenfalls nur sehr wenige – Hobbyforscher, die im öffentlichen Diskurs überhaupt in Erscheinung traten. Dadurch hielten sich die mit den publizierten Ergebnissen im Zusammenhang stehenden öffentlichen Erregungen in engen Grenzen, sei es durch unnötig auf die eigene Person bezogene Empfindlichkeiten privater oder politischer oder durch mehr oder weniger unangemessene Kriterien einer heute allzu stark grassierenden „politischen Korrektheit“ metasprachlicher Art. Das eine lag wohl vor allem darin begründet, daß das Revier der verschiedenen Fachgebiete in den Wissenschaften strenger markiert und abgegrenzt war, als das heute der Fall ist, und man zudem naheliegenderweise davon auszugehen pflegte, daß professionell tätige Forscher (und Lehrer) kompetenter über ihr Fachgebiet zu publizieren imstande seien als privat Interessierte oder institutionelle Außenseiter. Über fachwissenschaftliche Themen wurde also in der Öffentlichkeit weniger diskutiert bzw. debattiert als vielmehr verlautbart und zugehört. *Der andere Aspekt* hierbei, die neuere Sichtbarkeit von Leuten betreffend, die erregt ihre mitunter äußerst merkwürdigen Ansichten und Meinungen unbedingt hinausposaunen müssen, hängt ja eher mit der Entwicklung der sogenannten Neuen Medien zusammen, die es damals noch gar nicht gab. Diese nämlich sind es gegenwärtig, die es praktisch jeder beliebigen Person ermöglichen, auf einer selbst eingerichteten Webseite zum Beispiel, eigene (gleichfalls beliebige) Sichtweisen zu verbreiten und dabei noch einen der Form nach seriösen Eindruck zu erwecken. Ich habe bereits an anderer Stelle ausgeführt, welche gleichsam autokatalytischen Effekte durch die Neuen Medien auf diese Weise herbeigeführt werden können.¹

1 Rainer E. Zimmermann: Autokatalyse im virtuellen Diskurs. Zu einem Charakteristikum digitalisierter Kommunikation. Schriftliche Fassung eines im Rahmen der Tagung „Audiovisuelle Rhetorik brisanter Diskurse“ (Veranstalter: Francesca Vidali, Michael Klemm) vom 8.-10. Juni 2018 an der Universität Koblenz-Landau gehaltenen Vortrages. Im Druck. (de Gruyter, Berlin, New York) – Sehr erhellend vor allem auch zu einem grassierenden Problem Bagues, Manuel F., Sylos-Labini, Mauro, Zinovyeva, Natalia (2017): A Walk on the Wild Side: ‘Predatory’ Journals

Es gab damals freilich eine Ausnahme, welche geeignet war, von der stringenten Arbeit abzulenken, die aber von jenen, die mit ihrer täglichen Forschungsarbeit beschäftigt waren, durchaus gemieden werden konnte: Das waren die Restgruppen der sogenannten „Achtundsechziger“ (ein Name, der ja im Grunde nicht nur eine ganz andere Ursprungsbewegung bezeichnet, die lediglich am Rande mit ihrer deutschen Version zu tun hatte – ich meine hiermit jene studentische Bewegung, die im Berkeley des Jahres 1964 bereits für die Redefreiheit gekämpft hatte – sondern darüber hinaus auch den Eindruck erweckt, es habe sich um eine einheitliche, praktisch universelle Bewegung gehandelt, ihre tatsächliche Komplexität somit ausreichend überdeckend). Längst nämlich waren diese „Achtundsechziger“ in den Siebzigern in eine abstrakte Mentalität hinein diffundiert, die gleichwohl bis heute noch ihre impliziten Wirkungen zu entfalten in der Lage ist – manchmal auch zureichend grün angestrichen –, während die konkret-praktischen Residuen in einen in mehrere Generationen gestaffelten, terroristischen Arm auf der einen Seite und in zahlreiche dogmatisch strukturierte Splittergruppen auf der anderen Seite zerfallen waren. Ich habe bei anderer Gelegenheit versucht, diesen Sachverhalt im einzelnen darzustellen.² Tatsächlich war es erstmals die Gewohnheit verschiedener „K-Gruppierungen“, bekannte Begriffe „bodenständiger“ Wissenschaften mit dem zusätzlichen Adjektiv „marxistisch“ zu versehen, zum Beispiel in dem Kompositum „marxistische Physik“, in welcher sich schon frühzeitig die spätere Praxis feministischer und anderer, vor allem esoterischer, Gruppen andeutete, traditionelle Fachgebiete mit ihrem spezifischen („alternativen“) Zusatz zu versehen.

Zugleich aber gab es das (und wir fahren hier im Sinne des „zum anderen“ fort), was Philipp Felsch erst kürzlich „den langen Sommer der Theorie“ genannt hat, wobei er sich auf Zeit zwischen 1960 und 1990 bezieht.³ Im Grunde kann man sagen, daß sich diese Zeit in zwei Teile gliedern läßt: in die erste Zeit der seriösen Theoriearbeit (bis etwa 1970) und in

and Information Asymmetries in Scientific Evaluations. IZA Discussion Papers 11041, Bonn.

- 2 Rainer E. Zimmermann: Der Philosoph als ‚armer Märzhas‘. In: Eduard A. Wiecha (ed.), *Disziplinlos. Eigensinnige Lebensbilder zwischen Wissenschaft und Kunst*. Oekom, München, 2013, 157-184. – Man sehe dazu auch den ersten Band meines Romans: *Die Einsteinianer*, Schibri, Milow, 2012. Speziell zum Thema „Gewalt“ in jener Zeit sehe man auch Rainer E. Zimmermann: *Aufbruch im Untergang oder die Praxis als Denunziation der Theorie*. In: Ernst-Bloch-Assoziation (ed.), *Die Ernte von ‚68 etc.*, VorSchein 18/19, Philo, Berlin, 2000, 11-31.
- 3 Philipp Felsch: *Der lange Sommer der Theorie*. Fischer, Frankfurt a.M., 2016.

die nachfolgende Zeit der zunehmenden Ästhetisierung von Theorie.⁴ Es begann recht eigentlich im Oktober 1962 mit der Antwort Elisabeth Lenks auf die Leninsche Frage: „Was tun?“, die sie bei einer Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Frankfurt a.M. vorstellte: Theoriearbeit.⁵ Bis über 1970 hinaus noch würde diese Devise zwischen der Frankfurter Seite des Suhrkamp-Verlages (du côté de chez Adorno) und der Seite des Westberliner Merve-Verlages (du côté de chez Althusser) ihre weitreichenden Wirkungen entfalten. Einer der zentralen Protagonisten vor Ort (in Westberlin) war Jacob Taubes am Institut für Hermeneutik der Freien Universität. Jene Theoriearbeit bot sich gerade jenen dar, die sich mit aktivistischen Unternehmungen wenig anzufreunden wußten und eher die kritische Distanz zu Agitation, Klamauk und Kommune zu bewahren unternahmen. Und obwohl die Theoriearbeit alsbald in die besinnliche (Fritz Teufel hätte gesagt: wahnsinnliche) Ästhetik der Postmoderne eingemündet war, die in den achtziger Jahren zu voller Blüte kam, bewahrten diese immerhin noch deren wesentliche Stringenz. Und gerade auch im Hinblick auf die DDR bzw. auf das benachbarte Ostberlin hatte das aus Westberliner Sicht allerdings erhebliche Konsequenzen: Die Situation verwies nämlich auf eine gleichfalls distanzierte und nüchterne, insofern angenehm unaufgeregte Insichtnahme dessen, was sich für die Theoriearbeit eignete. Und dazu gehörte auch das Angebot der DDR⁶, das zunächst in der literarischen Gestalt des allseits bekannten Buchladens „Das europäische Buch“ (Knesebeckstraße 3) zugänglich wurde. Neben fachwissenschaftlicher Literatur war es vor allem auch die Belletristik (etwa einer Christa Wolf), welche sich der kritischen Lektüre darbot.

Kurz gesagt: Mit Blick auf die kritisch-theoretische Arbeit, welche tatsächlich permanent stattfand und die Sichtweise auf gesellschaftliche Zusammenhänge und Konsequenzen für ein daraus folgendes politisches En-

4 Ich muß einige Bereiche, die auch bei Felsch nur am Rande diskutiert werden, aus Platzgründen hier weglassen – vor allem die außerordentlich zentrale Rolle der angelsächsischen Rockmusik jener Tage. Wenn wir hier von Theoriearbeit sprechen, könnte man sagen, diese Musik sei die Theoriearbeit an der Emotionalität gewesen.

5 Cf. Felsch, op. cit., 49.

6 Also wohlgemerkt: *unter anderem*. Das ist m.E. der wichtige Unterschied zwischen dem westlichen und dem östlichen Marxismus jener Tage: Im Westen war Marx ein Philosoph unter anderen und man konnte ihn interpretieren und erweitern oder modifizieren, wie man wollte. Das Ergebnis waren so interessante Wendungen des Marxismus in der französischen und italienischen Philosophie. Das ging in der DDR nicht so leicht.

gagement wesentlich bestimmte, stellen wir doch fest, daß diese Tätigkeit in der Hauptsache eine war, die neben der fachwissenschaftlichen Tätigkeit betrieben und vor allem in den Medien der Tagespresse und in allfälligen Zeitschriften, aber nicht in Fachzeitschriften, publiziert wurde, mit Ausnahme jener Fachgebiete natürlich, die selbst diese kritische Theorie zu erforschen hatten. (Immer vorausgesetzt, es handelte sich um seriöse Theoriearbeit, für welche – gleichfalls neben der fachwissenschaftlichen Arbeit – die maßgeblichen Kriterien vergleichsweise problemlos akzeptiert wurden. Keineswegs gab es also eine Vermischung des wissenschaftlichen mit dem alltagspragmatischen Diskurs, aber auch keineswegs eine Theoriearmut, nur weil fachwissenschaftliche Inhalte nüchtern und stringent und im übrigen disjunkt vom Rest transportiert wurden.) Um das genauer erkennen zu können, müssen wir am besten nochmals von vorn beginnen. Wir gehen deshalb in der Geschichte ein wenig weiter zurück.

2

In dem zelebrierten Aufsatz von Max Weber⁷, welchen dieser zunächst mit einer Erörterung der äußeren Randbedingungen beginnt (die sich, wenigstens in Deutschland, erstaunlicherweise seitdem kaum verändert, auf jeden Fall aber erheblich verschlechtert haben), dann auch sogleich mit einem komparatistischen Ausgriff auf das angelsächsische System, betont er hinsichtlich der inneren Randbedingungen zuallererst den Aspekt der Spezialisierung: „Nicht nur äußerlich, nein, gerade innerlich liegt die Sache so: daß der einzelne das sichere Bewußtsein, etwas wirklich ganz Vollkommenes auf wissenschaftlichem Gebiet zu leisten, nur im Falle strengster Spezialisierung sich verschaffen kann. Alle Arbeiten, welche auf Nachbargebiete übergreifen, wie wir sie gelegentlich machen, wie gerade z.B. die Soziologen sie notwendig immer wieder machen müssen, sind mit dem resignierten Bewußtsein belastet: daß man allenfalls dem Fachmann nützliche Fragestellungen liefert, auf die dieser von seinen Fachgesichtspunkten aus nicht so leicht verfällt, daß aber die eigene Arbeit unvermeidlich höchst unvollkommen bleiben muß.“⁸ Webers Pathos an dieser Stelle ist freilich seiner heute vielleicht nicht mehr ganz zeitgemäßen Konzeption von „Leidenschaftlich-

7 Max Weber: Wissenschaft als Beruf. Duncker & Humblot, München, 3. Auflage, 1930. Verfügbar unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59862-0> (10.03.2020). (Ursprünglich ein Vortrag, der 1917 auf Einladung des Bundes Freier Studenten in München gehalten und erst 1919 erstmals veröffentlicht wurde.)

8 Ibid., 11.

keit“ geschuldet. Wie er formuliert: „Denn nichts ist für den Menschen als Menschen etwas wert, was er nicht mit Leidenschaft tun kann.“⁹ Er räumt allerdings ein, es handle sich hier um eine notwendige, aber nicht zureichende Bedingung für den tatsächlichen Erfolg. Stattdessen betont er vor allem die gleichfalls relevante Notwendigkeit der harten Arbeit, die einen wesentlichen Einfall, eine Idee, zu begleiten hat, soll die Idee nicht wirkungslos verlorengehen. (Übrigens ein wichtiges Kriterium zur Abgrenzung des professionellen Wissenschaftlers vom Amateur bzw. Dilettanten.)

Darüber hinaus geht Weber auf den Begriff der Persönlichkeit ein, die im erörterten Rahmen eine zentrale Rolle spielt¹⁰ – wodurch unmittelbar deutlich wird, daß der Prozeß der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung trivialerweise zugleich ein sozialer Prozeß ist, also in der Hauptsache hervorgerufen wird durch die spezifische Struktur der Vermittlung zwischen dem Individuum und dem sozialen Kollektiv, welchem dieses Individuum angehört. Dieser Umstand ist erst viel später (für die Kunst zuerst wohl ausdrücklich von Jean-Paul Sartre, für die Wissenschaft von Thomas Kuhn) selbst Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung geworden. Weber nutzt ihn aber bereits zur Abgrenzung der Wissenschaft gegen die Kunst, indem er die erstere einer fortschreitenden Bewegung unterwirft, welche der letzteren fehlt.¹¹ Er schränkt aber die Bedeutung des Fortschritts ein wenig ein, indem er sagt: „Der wissenschaftliche Fortschritt ist ein Bruchteil, und zwar der wichtigste Bruchteil jenes Intellektualisierungsprozesses, dem wir seit Jahrtausenden unterliegen, und zu dem heute üblicherweise in so außerordentlich negativer Art Stellung genommen wird.“¹² Er fährt fort: „Die zunehmende Intellektualisierung und Rationalisierung bedeutet also nicht eine zunehmende allgemeine Kenntnis der Lebensbedingungen, unter denen man steht. Sondern sie bedeutet etwas anderes: das Wissen davon oder den Glauben daran: daß man, wenn man nur wollte, es jederzeit erfahren könnte, daß es also prinzipiell keine geheimnisvollen unberechenbaren Mächte gebe, die da hineinspielen, daß man vielmehr alle Dinge – im Prinzip – durch Berechnen beherrschen könne. Das aber bedeutet die Entzauberung der Welt.“¹³

Weber, der das „Höhlengleichnis“ Platons recht eigentlich als Ursprung des Wissenschaftlichkeitsbegriffs deutet, sieht den Anlaß für die in

9 Ibd., 12.

10 Cf. ibd., 14.

11 Cf. ibd., 15.

12 Ibd., 16.

13 Ibd., 17.

dieser Narration enthaltene Leidenschaft, auf eine Einsicht bezogen, gerade in der Bedeutung des Begriffs selbst für die erkenntnisgemäße Erfassung von empirisch Welthaftem.¹⁴ Die Logik des Begriffs habe zum ersten Mal bewirkt, daß eine Debatte so enden mußte, daß einer der Kontrahenten zugeben mußte, daß er entweder „nichts wisse: oder daß dies und nichts anderes die Wahrheit sei, die ewige Wahrheit, die nie vergehen würde [...]“¹⁵ Dahinter steht offensichtlich der Grundgedanke, daß die richtige Einsicht in die Verhältnisse unmittelbar das angemessene Verhalten befördern würde, das zugleich immer auch politisches Verhalten (also: Verhalten inmitten der pólis) wäre. Hieraus entspringt tatsächlich die Idee von der „freien Rede“ (Parrhesie). Wir sehen gerade heute, auf welche Weise die Neuen Medien dazu führen, das (wenn auch ohnehin nur auf praktischer Funktionalität beruhende) „Wahrheitskriterium“ in Mißkredit zu bringen, weil es immer schwieriger wird, Seriöses von Unseriösem zu trennen.

Weber weist darauf hin, daß in den nachfolgenden Jahrhunderten, über die in der Renaissance beginnende Neuzeit hinweg bis auf das 20. Jahrhundert hin, auf dem Wege einer fortschreitenden Explikation der Begriffslogik zahlreiche Illusionen verabschiedet werden mußten: der Weg zur wahren Kunst ebenso, wie der Weg zur wahren Natur, zum wahren Gott oder zum wahren Glück.¹⁶ Auf dem Wege der Überprüfung dessen, was möglicherweise von der Wissenschaftsentwicklung am Ende bleiben könne, differenziert Weber sehr genau zwischen dem fachgebundenen und dem alltagssprachlichen Diskurs. Er schreibt insbesondere zur Praxis der Lehre an den Universitäten: „Man sagt, und ich unterschreibe das: Politik gehört nicht in den Hörsaal. Sie gehört nicht dahin von seiten der Studenten. [Er beklagt in diesem Zusammenhang Agitationen im Hörsaal.]¹⁷ Aber Politik gehört allerdings auch nicht dahin von seiten des Dozenten. Gerade dann nicht, wenn er sich wissenschaftlich mit Politik befaßt, und dann am allerwenigsten. Denn praktisch-politische Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei.“¹⁸ (Seine

14 Cf. ibd., 19.

15 Ibid.

16 Cf. ibd., 22.

17 Das ist ein wichtiger Punkt, wenn man an die Praktiken der sogenannten „Acht- undsechziger Zeit“ denkt. Diese Zeit ist lange vorbei, aber ihre intrinsische Problematik ist bis heute nicht aufgelöst. Darauf deuten zahlreiche aktuelle Ereignisse an den Hochschulen klar ersichtlich hin, bis hin zum Problem der sogenannten „Politischen Korrektheit“.

18 Weber, op. cit., 24.

Einsicht nicht nur in Gottes Ohr!) Weber unterscheidet dabei ganz deutlich die akademische Situation von jener der Volksversammlung: „Die Worte, die man [in der letzteren] braucht, sind dann nicht Mittel wissenschaftlicher Analyse, sondern politischen Werbens um die Stellungnahme der anderen. Sie sind nicht Pflugscharen zur Lockerung des Erdreiches des kontemplativen Denkens, sondern Schwerter gegen den Gegner: Kampfmittel. In einer Vorlesung oder im Hörsaal dagegen wäre es Frevel, das Wort in dieser Art zu gebrauchen.“¹⁹ Es entbehrt nicht einiger historischen Ironie, wenn man feststellt, daß es um 1980 herum auch in der DDR eine neuerliche Debatte gerade zu diesem Thema gegeben hatte: Stefan Heym (der, wie Mittenzwei schreibt, „in der Zola-Geste an das Rednerpult“ zu treten pflegte) stritt mit Stephan Hermlin über dessen Kritik an dem, was er die Manie nannte, dauernd mit Erklärungen hervortreten: „Ich halte sehr wenig von Erklärungen und Interviews. Sie sind die Domäne von Leuten einer breiten Öffentlichkeit, von Politikern etwa, von Filmstars, von Sportlern. Es ist ein Irrtum anzunehmen, die Schriftsteller gehörten zu ihnen, selbst wenn es manchmal den Anschein hat.“²⁰ Während Heym unverbrüchlich daran festhielt, daß es zu den Aufgaben der Intellektuellen gehörte, sich bei Unstimmigkeiten überall zu Wort zu melden. Obwohl beide im Grunde über das Verhalten der Schriftsteller stritten, kann man dafür auch ebenso „Verhalten der Intellektuellen“ im allgemeinen setzen, Wissenschaftler und Philosophen (Wissenschaftler vom Gesamtzusammenhang) inbegriffen.

Im Grunde aber, und das ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Aspekt, verweist Weber in dieser Hinsicht auf das, was er „intellektuelle Rechtschaffenheit“ nennt: Es gehe darum, „[...] einzusehen, daß Tatsachenfeststellung, Feststellung mathematischer oder logischer Sachverhalte oder der inneren Struktur von Kulturgütern einerseits, und andererseits die Beantwortung der Frage nach dem Wert der Kultur und ihrer einzelnen Inhalte und danach: wie man innerhalb der Kulturgemeinschaft und der politischen Verbände handeln solle – daß dies beides ganz und gar heterogene Probleme sind. Fragt [man] dann weiter, warum er [der Dozent] nicht beide im Hörsaal behandeln solle, so ist darauf zu antworten: weil der Prophet und der Demagoge nicht auf den Katheder eines Hörsaals gehören. Dem Propheten wie dem Demagogen ist gesagt: ‚Gehe hinaus auf die Gassen und rede öffentlich.‘“²¹ Weber ergänzt: „Ich erbiere mich, an den

19 Ibid.

20 Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000. Faber & Faber, Leipzig, 2001, 313, cf. 312 sqq.

21 Weber, op. cit., 25.

Werken unserer Historiker den Nachweis zu führen, daß, wo immer der Mann der Wissenschaft mit seinem eigenen Werturteil kommt, das volle Verstehen der Tatsachen aufhört.“²² (Auch an diese Formulierung kann man heute nicht oft genug erinnern.) Und Weber fährt fort mit der Abgrenzung des dogmatischen Vorgehens im Glauben vom axiomatischen Vorgehen im Wissen – eine Unterscheidung, die er namentlich auf die Religion bzw. auf die Theologie bezieht, die aber heute in diesen Bereichen ebenso wie in anderen Bereichen wieder einmal in Vergessenheit geraten ist.

Die sittliche Leistung des Lehrers sieht Weber vor allem in der Fähigkeit, eine „sittliche Leistung“, wie er sagt, zu erbringen, die darin besteht, den Studentinnen und Studenten auch jene unangenehmen Tatsachen mitzuteilen, welche der eigenen Überzeugung zuwiderstehen. Das würde vor allem den „Führer“ vom „Lehrer“ unterscheiden. (Tatsächlich haben wir in Deutschland ganz spezifische Erfahrungen mit diesem Unterschied gemacht.)

3

Wir erkennen durchaus so etwas wie eine „rote Linie“, die sich durch die Entwicklung der letzten rund zwei Jahrhunderte hindurchzieht: Beginnen wir noch einmal mit der Philosophie selbst: Im Grunde ist diese nichts weiter als die permanente Suche nach einer angemessenen Sprache.²³ Und insofern teilt sie ein wesentliches Interesse der Literatur. Jedoch sind beide, Philosophie und Literatur, im öffentlichen Diskurs als ganz unterschiedliche Gebiete getrennt worden, welche sich der Welt auf der Suche nach Antworten auf die Frage nähern, wie die Welt ist (in spekulativer Hinsicht) oder wie sie beobachtet wird (in skeptischer Hinsicht). Man kann hinzufügen: Oder wie sie unserer Vorstellung (Imagination) gemäß sein könnte. Diese letztere Frage wäre der Gegenstand dessen, was die Tradition als „katalaptische Phantasie“ bezeichnet.

Eine Ausnahme dieser geradezu universellen Tradition der Distinktion und sodann Separation von Philosophie und Literatur bildet lediglich die französische Philosophie, vor allem, wenn man sie unter dem Aspekt der Entwicklungen des 20. Jahrhunderts betrachtet: Das, was gewöhnlich in Frankreich als den gängigen „Schulen“ des Existentialismus, Strukturalis-

22 Ibd., 26.

23 Ich folge hier meinem Referat: *Grounding Social Praxis in the Theory of Systems* – gehalten anlässlich der Eröffnung des Bertalanffy-Zentrums in Wien am 28. September 2013. Das Referat ist bisher unveröffentlicht geblieben.

mus und zahlreicher anderer -ismen eigentümlich angesehen wird, ist eine umfassende Methode, die auf die Totalität des Wissens und Verstehens ausgreift und nicht notwendig auf die Grenzen vor-definierter Disziplinen beschränkt ist: Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg war das politische Engagement französischer Philosophen wesentlich größer als in den anderen Ländern. (Schon das Wort selbst ist ja eine französische Erfindung.) Viele von ihnen erwiesen sich als politisch engagierte Intellektuelle, und sehr häufig sind die „Generalstaaten“ (*états généraux*) von Philosophen ins Leben gerufen worden.²⁴ In seinem beachtenswerten Aufsatz „Der Schriftsteller als Intellektueller“²⁵ diskutiert Georg Jäger die Genese des Intellektuellen aus dem Diskurs des Engagements heraus im Sinne einer Definition, die mit der Performanz in der Ausübung dessen, was der Begriff besagt, zusammenfällt: Mithin ist die Definition des Intellektuellen durch die Diskussion seiner Definition gegeben. Somit ist der Schriftsteller ein prototypisches Beispiel für einen Intellektuellen, der „freischwebend“ ist, derart, daß er/sie weder fest mit einer gegebenen Partei verbunden ist noch mit einer gegebenen Argumentationslinie, gleichwohl aber einen normativen Impuls auslöst, welcher vor allem durch die gewählte Diskursform hervorgerufen wird. Tatsächlich ermöglichte deshalb das französische Bildungssystem (wenigstens für die meiste Zeit des 20. Jahrhunderts) jenem freischwebenden Zustand gleiche Chancen wie der traditionellen Universitätskarriere: Der Hauptgrund hierfür ist wahrscheinlich die Existenz der *écoles normales*, die als Eingang oder auch nicht als Eingang in die klassische Karriere zu dienen imstande sind, so daß bekannte Philosophen (von Sartre bis Derrida) zu keiner Zeit einen zureichend professoralen Status einnahmen, obwohl sie trotzdem mehr oder weniger locker der akademischen Szene angegliedert waren.

Für Deutschland, ein Land, in welchem wir gewohnt sind, hinsichtlich des intellektuellen Engagements Frankreich jedenfalls den Vortritt zu lassen, kann etwas unerwartet Heinrich von Kleist (also schon deutlich früher

24 Auch der Begriff des Intellektuellen geht auf einen Vorgang in Frankreich zurück, nämlich auf die Veröffentlichung eines Manifestes, welches am 14. Januar 1898 in der Pariser Zeitschrift „Aurore“ erschien. Darin befand sich auch der berühmte Brief von Emile Zola an Félix Faure, den Präsidenten Frankreichs, in welchem der Fall Dreyfus verhandelt wurde.

25 Georg Jäger: Der Schriftsteller als Intellektueller. Ein Problemaufriß. In: IASL-Diskussionsforum *online*. Geschichte und Kritik der Intellektuellen. (ed. Britta Scheideler) <http://www.iasl.uni-muenchen.de/discuss/lisforen/intel1.htm> (03-05-2013)

als Zola) als Beispiel herangezogen werden: In seinem Kleist-Aufsatz²⁶, definiert Hans Heinz Holz Poesie²⁷ als den reflexiven Zustand der Sprache. Nach Holz entfremdet ein Kunstwerk die Sprache, so daß „[...] wir die vergessenen Bedeutungen des Wohlbekannten entdecken, weil wir es als eines begreifen, das uns fremd ist.“²⁸ Gerade weil das Problem Kleists mit Aporien beginnt, welche die allgemeine Natur der Sprache betreffen, kann Kleist vermutlich als ein früher Intellektueller aufgefaßt werden, für den die Philosophie der Sprache, Poesie und politisches Engagement zusammenfallen.²⁹

Ein ähnliches Problem ist noch heute durchaus gegenwärtig – wahrscheinlich sogar mehr denn je: Jacques Derrida gründet nämlich seine Kritik, die er an die Kollegen richtet, selbst an einen seiner besten Freunde, nämlich Althusser, auf eine explizite Befragung der Grundlagen von Sprache – abgesehen davon, daß er von einem polymorphen Tagebuch träumte, das geeignet wäre, einen absoluten Text zu ermöglichen, oder von einer fraktalen Biographie von multipler, geschichteter eher denn hierarchischer Art.³⁰ Dazu schreibt er: “In der Tatsache, keine ‘fundamentalen’ Fragen oder Fragen nach den eigenen Fundamenten, nach den eigenen Voraussetzungen, gar nach der eigenen Axiomatik zu stellen [...], darin sah ich damals einen Mangel an Radikalität und einen noch allzu dogmatischen Bezug zu eigenen Diskurs, und das konnte auf kurz oder lang nicht ohne politische Folgen bleiben [...]“³¹

Und für ihn ist das der tiefere Grund dafür, das zu erfinden, was er Dekonstruktion nennt, denn während der linguistischen Tradition von

-
- 26 Hans Heinz Holz: *Macht und Ohnmacht der Sprache. Untersuchungen zum Sprachverständnis und Stil Heinrich von Kleists*. Athenäum, Frankfurt a. M., Bonn, 1962.
- 27 Tatsächlich spricht er von „Dichtung“, was im Deutschen die primäre Konnotation von Poesie trägt, obwohl traditionell (wie das bei Kleist selbst auch der Fall ist) epische Prosa gleichfalls darunter fallen kann.
- 28 *Ibid.*, 11.
- 29 Offensichtlich würde für das Preußen in der Zeit Kleists, fast einhundert Jahre vor Zola, die Rolle eines Intellektuellen eine ziemlich verschiedene Form annehmen und im Grunde auch eine eher spektakuläre Gestalt des Scheiterns. Ausführlicher sehe man dazu Wolf D. Kittler: *Die Geburt des Partisanen aus dem Geist der Poesie*. Rombach, Freiburg/Br., 1995. Und ebenso Günter Blamberger: *Heinrich von Kleist*. Fischer, Frankfurt a.M., 2011.
- 30 Benoît Peeters: Jacques Derrida. Flammarion, Paris, 2010. (Hier nach der deutschsprachigen Ausgabe zitiert, übersetzt von Horst Brühmann. Suhrkamp, Berlin, 2013, 10 sq., 16 (par.))
- 31 Hier zitiert nach Peeters, op. cit., 220.

Saussure entsprechend das Konzept der Differenz an der Quelle der Bedeutung liegt, argumentiert er, daß diese Denkweise immer noch von dem bestimmt ist, was er „Logozentrismus“ nennt oder alternativ „die Metaphysik der phonetischen Schrift“. Gegen diese Tradition würde er eher bevorzugen, die Schrift selbst in eine gleichwichtige Position zu stellen, um eine Ontologie zu erschüttern, welche die Bedeutung des Seins an etwas heftet, das vorhanden ist, und die Bedeutung der Sprache an die volle Kontinuität des gesprochenen Wortes. Verschieden von dieser Tradition, würde er stattdessen gern das enigmatisch werden lassen, was gewöhnlich durch Bezeichnungen wie „Nähe“, „Unmittelbarkeit“ und „Präsenz“ ausgedrückt wird.³²

Kurz gesagt, ist es das, was „Dekonstruktion“ tatsächlich bedeutet: Die Teile eines Ganzen aufzulösen. Eine Konstruktion aufzulösen. Sich selbst zu reduzieren, indem die eigene Konstruktion verloren wird.³³ Offensichtlich ist das, was inmitten der Teile übrigbleibt, wenn sie erst einmal für die Analyse bereitgelegt sind, der Grund, auf dem die Sprache errichtet wird. Und diese Sichtweise liegt auf derselben Linie des Arguments, welches Hans Heinz Holz ausführt, wenn er über Kleist spricht: „Dichtung hat so ihrer Struktur nach gewisse / Verwandtschaft mit Architektur, die sich auch darin äußert, daß das literarische Kunstwerk ebenso wie das architektonische die Echtheit seines Stils in der Angemessenheit des sprachlichen Materials an den Ausdruck bewähren muß.“³⁴

Für Derrida entspringt das Ursprungsproblem, welches dieser Thematik unterliegt, seinem Interesse an Husserl, dessen wesentliches Ziel darin besteht, eine primordiale Erfahrung offenzulegen und das „Ding an sich“ in seiner reinsten Präsenz zu erfassen. Diese Sichtweise sieht Derrida als eine an, die mehr als problematisch ist, und er sucht nach einer Alternative, die sich deutlich an die romantischen Träume Friedrich Schlegels und anderer anlehnt, indem er auf eine Symbiose zwischen Philosophie und Kunst ausgreift.³⁵ Das ist in der Tat der wichtige Punkt: nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, die Erfahrung zu erfassen, während man erkennt, daß Erfahrung immer mehr ist als das, was darüber gesagt werden kann.

Das ist übrigens genau jener Aspekt, den Philosophen heute häufig diskutieren, die über Schelling arbeiten und dabei versuchen, eine Bezie-

32 Paraphrasiert nach Peeters, op. cit., 233 sq.

33 Peeters zitiert diese Konnotationen gemäß Littré. (Ibd.)

34 Holz, op. cit., 14.

35 Cf. Peeters, op. cit., 259, 378 (par.). – Das letztere betreffend bezieht sich Peeters hier explizit auf die Schrift Derridas: „Glas“.

hung herzustellen zwischen dem Schellingschen Projekt einer positiven Philosophie und einem modernen Äquivalent, welches unserer gegenwärtigen Perspektive adäquat erscheint. Im Falle Schellings wurde diese Erfahrung, an der auch Husserl interessiert war, dem Bereich der Religion zugeschrieben. Im wesentlichen wollte Schelling in seiner „Freiheitsschrift“ die Genese dieser Erfahrung im Rahmen einer Mythologie rekonstruieren, welche als ein Logbuch ihrer Manifestation angesehen werden kann. In diesem Sinne erweist sich Mythologie als Vorläuferin der monotheistischen Religion. Daher ist es diese Religion am Ende, die das Feld definiert, auf welchem der genannte Typ von Erfahrung „ausgetragen“ wird, jenseits des reflexiven Feldes der propositionalen Theorien innerhalb der Philosophie. (Die letzteren werden in der Terminologie Schellings mit dem assoziiert, was er eher negative als positive Philosophie nennt.)

Der allgemeine, hier dargelegte Standpunkt kann zugleich als Startpunkt für jede künftige Arbeit aufgefaßt werden: Es geht darum, eine plausible Konzeption zu skizzieren, die geeignet sein kann, neue Antworten auf die Fragen zu finden, die hier erörtert worden sind. Das kann auf zweierlei Weise erreicht werden: Einerseits steht dafür die Systemtheorie bereit. Die Idee ist dabei, wie ich verschiedentlich an anderer Stelle gezeigt habe³⁶, von Spinoza auszugehen, der als erster Philosoph einen strengen Begriff von „System“ einführt und damit die moderne Wissenschaft in unserem heutigen Verständnis recht eigentlich mitbegründet. Tatsächlich kann das ganze von mir genannte Buch als Kommentar zu einer Bemerkung gelesen werden, die Henri Atlan anlässlich der ISES-Konferenz von 1995 in Wien gemacht hat: Damals sah er in Spinoza den frühen Erfinder einer Theorie evolutionärer Systeme.³⁷

Und eben von der Reichweite der „Ethik“ Spinozas (Werk des 17. Jahrhunderts) können wir die Reichweite der heutigen Systemtheorie ableiten, wie schon die Herausgeber des genannten Tagungsbandes zum Ausdruck gebracht haben: „Es ist wichtig zu sehen, daß die Beschreibung einer interaktiven Geschichte der Systeme im Hinblick auf Aspekte der Stabilität und Evolvierbarkeit [...] jede Diskussion über Werte, Ziele und Zwecke

36 Rainer E. Zimmermann: *New Ethics Proved in Geometrical Order. Spinozist Reflexions on Evolutionary Systems*. Emergent Publications, Litchfield Park (Az.), 2010.

37 Henri Atlan: *Immanent Causality. A Spinozist Viewpoint on Evolution and Theory of Action*. In: G. van de Vijver, S. N. Salthe, M. Delpo (eds.), *Evolutionary Systems. Biological and Epistemological Perspectives on Selection and Self-Organization*. Kluwer, Dordrecht, 1998, 215-231.

sowie über Individualität und Subjektivität auf fundamentale Weise neu ordnet.“³⁸ Es zeigt sich, daß es vor allem die formale Perspektive der Mathematik ist, welche die Möglichkeit zu dieser Neuordnung bereitstellt, was – obwohl für den philosophischen Diskurs eher ungewöhnlich – letztlich nur darauf verweist, daß die gewählte Perspektive keine andere sein kann als die, welche der Reflexion gestattet von dem auszugehen, was beobachtbar ist. Anders gesagt: Wir müssen in einer regressiven und mithin negativen Weise beginnen, indem wir das Beobachtbare in Sicht nehmen und sodann seinen Grund erhellen, das Material für die nachfolgende Reflexion. Daher beginnen wir mit den Wissenschaften. Und ohne deren Grundlagen zu erhellen, wäre es gar nicht lohnenswert, soziale Probleme zu untersuchen, weil diese nicht ohne jene Grundlagen verstanden werden können. Wir sehen also, die Arbeit beginnt mit der Herstellung einer grundsätzlich kritischen Disposition (das ist vor allem die Aufgabe der Ausbildung), damit diese als Ausgangspunkt für Innovation genutzt werden kann. Für das Berufsbild im Rahmen der Wissenschaften bedeutet das in erster Linie die Notwendigkeit, in zeitlicher Nähe zur Problemstellung vielfache Perspektivenwechsel vollführen und dadurch die Komplexität vorfindlicher Diversität angemessen reduzieren zu können. Insofern gelangen wir am Ende zu einer (wenigstens partiellen) Rückbindung an die Konzeption Webers. Die damit implizierte Verantwortlichkeit besteht mithin in der nüchternen Würdigung der für eine Problemstellung verfügbaren Perspektiven einerseits und der stringent-pointierten Darlegung von Schlußfolgerungen andererseits – unabhängig, aber nicht unberührt von politischen Konsequenzen.

38 Ibid., x. (Vorwort) [meine Übersetzung]

4

Das nun alles gesagt habend, werfen wir noch einen abschließenden Blick auf das, was hinsichtlich von angeblich ethischen Erfordernissen in Forschung und Lehre von den Hochschulen selbst bereits seit längerem ihrem Profil als Grundsatzmitteilung vorangestellt wird, sei es für die Hochschule in ihrer Gesamtheit oder für einzelne Fakultäten bzw. Fachbereiche.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung „Wissenschaft als Beruf“, die anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Universität Erfurt durchgeführt wurde³⁹, ordnete Michael Klein den Aufsatz Webers in den Kontext der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ein und betonte Webers Ausrichtung gegen jede Verkündigung von Normen, Forderungen und praktischen Wertungen: „Vielmehr ‚versteht‘ sie [die Wissenschaft in der Sichtweise Webers] ‚deutend‘ den subjektiv vom Handelnden selbstgemeinten Sinn seines Handelns als konkrete, empirisch erfassbare Realität [...]“⁴⁰ Mit einer Ausnahme erweisen sich die bei Weber gegebenen Kriterien für die wissenschaftliche Arbeit als von durchaus universaler Geltung: Es geht im wesentlichen darum, Tatsachen (auch unbequeme) mitzuteilen, Methoden des Denkens zu lehren, Klarheit walten zu lassen, sich von Prinzipien der Konsequenz und Ehrlichkeit leiten zu lassen. Die erwähnte Ausnahme scheint das Kriterium der „Berechnung“ zu sein, weil das ja hermeneutische Kriterien ausklammern würde, es sei denn, man interpretiert den Begriff im neueren Sinne von „computation“, was nicht nur Berechnung bedeutet, die Organisation von Daten und die Anwendung algorithmischer Techniken eingeschlossen, sondern auch die logische Grundlage der Hermeneutik selbst, wenn man neben die Methoden der Induktion und Deduktion auch die Methode der Abduktion stellt.⁴¹

Ulrich Oevermann hebt in seinem Aufsatz⁴² die Oppositionsstellung von *professio* und *vocatio* hervor: Das erstere zielt auf eine Geistesaristo-

39 Wissenschaft als Beruf. Der Standort Erfurt. Sonderausstellung in der Universitätsbibliothek Erfurt. 2004. Cf. https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00002658/WissenschaftalsBeruf.pdf (17.03.2020)

40 Michael Klein: Zum Text von Max Weber: Wissenschaft als Beruf. In: Wissenschaft als Beruf, op. cit., 1-6, hier: 2.

41 Cf. ibd., 5.

42 Ulrich Oevermann. Wissenschaft als Beruf. Die Professionalisierung wissenschaftlichen Handelns und die gegenwärtige Universitätsentwicklung. Die Hochschule 14, 2005, 15-51. <https://www.pedocs.de/volltexte/2019/16464/pdf/t1246.pdf> (17.03.2020)

kratie, welche sich in einer Einheit von Verantwortungs- und Gesinnungsethik entfalte, während das letztere ein „Fachmenschentum“ bezeichne, das dieser Einheit gegenüberstehe.⁴³

Interessant ist in diesem Zusammenhang das neuere Positionspapier von Netzwerk e.V.⁴⁴, welches mit der gesetzlich bestehenden Regelung beginnt. Und es ist deshalb interessant, weil hier in der Kritik des bestehenden Hochschulrahmengesetzes mehr formale als inhaltliche Punkte Erwähnung finden. Es heißt dort insbesondere: „Lehre und Studium sollen [so referiert das Papier den § 7 HRG] den Studenten [und die Studentin, Anm. d. Verf.⁴⁵] auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihm [sowie ihr, Anm. d. Verf.] die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so vermitteln, dass er [und sie, Anm. d. Verf.] zu wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt wird.“⁴⁶

Das Netzwerk kritisiert den Gesetzestext inhaltlich vor allem wegen der (unterstellten) Gleichsetzung von Bildung und Berufsvorbereitung. Es wird zudem bemängelt, daß weder die Förderung kritischen Denkens Erwähnung findet noch die aktive Auseinandersetzung mit Verantwortung und Ethik.⁴⁷ (Einige weitere Punkte übergehe ich hier.) Zusammenfassend sehen wir also ein Bemühen um eine politisch korrekte Sprache, welches das andere um eine ergänzende Bildung (früher nannte man das „Studium Generale“) bei weitem übersteigt. Im übrigen ist das letztere einigermaßen redundant, weil es zwar allemal wünschenswert ist (das Humboldtsche Ideal

43 Cf. *ibd.*, 19. – Harald Miege hat mich zu Recht darauf hingewiesen, daß dieser Aspekt bei Weber nicht in ähnlicher Form thematisiert wird. Gleichwohl wird dadurch eine wesentliche Facette dem Ganzen hinzugefügt. Insbesondere den ersten Punkt wird man auch in Webers Grundhaltung auffinden können.

44 Netzwerk e.V., Sneep e.V. et al. (eds.): Positionspapier zu Nachhaltigkeit und Ethik an der Hochschule. 2017. Cf. <http://netzwerk-n.org/wp-content/uploads/2017/12/Positionspapier-ausfuhrliche-Version.pdf> (17.03.2020)

45 Diese und die nachfolgenden eckigen Klammern sind wörtlich aus dem Papier zitiert.

46 Positionspapier, *op. cit.*, 31. (Abschnitt „Lehre“)

47 Cf. *ibd.*, 32.

ist eben gerade nicht überholt), auf Grund der ökonomischen Randbedingungen aber nicht leistbar.⁴⁸

Im vorauseilenden Gehorsam, namentlich im Zusammenhang mit der Umsetzung der sogenannten „Bologna-Reform“ an den Hochschulen, ist seit längerem auf eilig angelegten „Selbstverpflichtungsseiten“ die ethische Unterfütterung des eigenen Hochschulprofils betrieben worden – in der Regel von fachfremden Kolleginnen und Kollegen, welche den philosophischen Begriff „Ethik“ zuvor bestenfalls auf umgangssprachlich deformierte Weise im Umkreis von Stammtischgesprächen gehört hatten.⁴⁹

Auf der Webseite der Hochschule München heißt es zum Beispiel folgendermaßen: „Im Wintersemester 2018/2019 richtet die Hochschule München eine hauseigene Ethikkommission ein. WissenschaftlerInnen können diese in Zukunft beratend heranziehen, wenn im Rahmen von Forschungsvorhaben ethische Fragestellungen entstehen. / Mit der Einrichtung der Kommission reagiert die Hochschule München auf den Trend, dass im Rahmen der Antragstellung bei öffentlichen Zuwendungsgebern und der Einreichung von Manuskripten in qualitätsgesicherten Journalen zunehmend Stellungnahmen von Ethikkommissionen gefordert werden. / Die Inanspruchnahme der Leistungen der Kommission ist freiwillig, sofern nicht ausdrücklich vom Zuwendungsgeber oder Fachverlag ein Ethikvotum gefordert wird.“

Abgesehen vom Aufwand, der freilich eine einheitliche Regelung zu meist blockiert, weil einzelne Fakultäten ihre Autonomie behalten wollen, so daß es verschiedene Ethik-Agenden für verschiedene Fakultäten gibt, liest sich diese Begründung weniger als praktische Notwendigkeit als vielmehr wie eine Rücksichtnahme auf administrative Anforderungen, die am eigentlichen Kern der Problemstellungen allerdings vorbeigehen. Die Fakultät 13 etwa begründet ihr Profil mit der Formulierung: „Absolventinnen und Absolventen der Hochschule können nur dann auf dem Arbeitsmarkt bestehen, wenn sie mehr als reine Fachkenntnisse mitbringen. Orientieren-

48 Es versteht sich von selbst, daß heute nur alles das verwirklicht werden kann, was externen Regeln folgt, die sicherstellen, daß es sich „rechnet“. Mit diesen Regeln wird die Bildung ebenso reduziert wie das Angebot lebenswichtiger Medikamente.

49 Ich erinnere mich noch gut, wie im Rahmen einer an meiner Hochschule *ad hoc* begründeten Kommission, der lediglich ein Philosoph und ein Theologe angehörten, während die anderen Mitglieder ursprünglich nichts mit Ethik zu tun hatten, allerdings meinten, alles bereits zu wissen, ein Mitglied vorschlug, als einen wesentlichen Punkt in das Hochschulprofil die „Liebe zu den Studierenden“ (sic) aufzunehmen!

des und ergänzendes Wissen sowie fachübergreifend wirksame Handlungskompetenzen vermittelt das interdisziplinäre Angebot der Fakultät 13 SG (Studium Generale und Interdisziplinäre Studien). Es ist in fünf Kompetenzfelder gegliedert: Reflexive Kompetenz / Gesellschaftliche Kompetenz / Künstlerische, mediale und kreative Kompetenz / Personenbezogene Kompetenz / Interkulturelle und fremdsprachliche Kompetenz.“ (Hervorhebungen von mir.)

Man sieht leicht ein, daß die Passagen „mehr als reine Fachkenntnisse“, „orientierendes und ergänzendes Wissen“, „fachübergreifend wirksame Handlungskompetenzen“ wesentlich undefinierte Begriffe verwenden. Außerdem ist es zureichend verwirrend, wenn einerseits das Angebot Wissen und Kompetenzen vermittelt, wie es heißt, andererseits dieses Angebot aber in fünf Kompetenzfelder gegliedert ist: Wissen wird also genauso wie die Handlungskompetenzen in Kompetenzen untergliedert? Und sind alle diese Kompetenzen Handlungskompetenzen? Falls nein, weshalb werden sie nicht genannt? Falls ja, welche gibt es noch? Ganz abgesehen davon natürlich, daß die Spezifizierung der Kompetenzen über ihre Ersetzung durch Befähigungen geleistet wird: „Befähigung zur Auseinandersetzung mit philosophischen Fragestellungen [...] Befähigung zur kritischen Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Grundlagen und aktuellen Entwicklungen aus z. B. Natur, Technik, Wirtschaft [...] Prüfung des eigenen Denkens sowie der eigenen und gemeinsamen Verantwortung.“ (Die Hervorhebungen sind wieder meine eigenen.) Sind daher alle, die befähigt sind, zugleich kompetent? Sind Auseinandersetzungen mit philosophischen Fragestellungen nicht kritisch oder immer nur kritisch? Im Unterschied zu Auseinandersetzungen mit wissenschaftlichen Grundlagen oder aktuellen Entwicklungen? Und gilt das letztere lediglich für die bezeichneten Disziplinen oder auch für historische Zusammenhänge oder tagespolitische Ereignisse? Allerdings erfahren wir hierzu Genaueres: „Die gesellschaftlichen Entwicklungen sind geprägt von Europäisierung, Globalisierung, der Legitimationskrise traditioneller Wertvorstellungen und Institutionen, den Funktionswandel politischer Parteien sowie komplexen internationalen Beziehungen und weltwirtschaftlichen Herausforderungen. Um diese Herausforderungen aktiv verarbeiten zu können, bedarf es gesellschaftspolitischer Kompetenzen. / Unter gesellschaftspolitischen Kompetenzen verstehen wir die Vermittlung von Deutungswissen, um gesellschaftliche Prozesse und Zusammenhänge verstehen, analysieren und bewerten zu können und sich am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen zu können. Gesellschaftspolitische Kompetenzen beziehen sich auf die Bereiche Politik, Wirtschaft, Recht,

Internationale Beziehungen und Geschichte.“ (meine Hervorhebungen) Die tägliche Lehrpraxis – gerade wenn man sowohl den naturwissenschaftlichen als auch den geisteswissenschaftlichen Lehrbetrieb gemeinsam betrachtet – dürfte sich von Leitlinien, die so ungenau formuliert sind, schwerlich beeindrucken lassen.

Es gibt freilich auch vergleichsweise wohltuende Ausnahmen: Beispielsweise ist das neugefaßte Regelwerk der Max-Planck-Gesellschaft durchaus ein Text, den man im Sinne des zuvor Ausgeführten nicht als trivial bezeichnen kann.⁵⁰ Man erkennt das schon an der stringenten Einführung: „Mit den Erfolgen einer freien und transparenten Forschung gehen jedoch auch Risiken einher. Diese resultieren nicht nur unmittelbar aus eigenem fahrlässigen oder vorsätzlichem Fehlverhalten von Wissenschaftlern. Daneben besteht bei einzelnen Forschungen die mittelbare Gefahr, dass [...] Ergebnisse durch andere Personen zu schädlichen Zwecken missbraucht werden.“⁵¹ Und weiter: „In diesem komplexen Spannungsfeld von Nutzen und Risiken ist die Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft dem Wohl der Menschheit und dem Schutz der Umwelt verpflichtet.“⁵² Und als Grenzen der Forschung werden ausdrücklich die rechtlichen Normen genannt. In einer solchen Darstellung gibt es kein unnötiges Kompetenzgerangel. In diesem Zusammenhang ist übrigens auch das „Manifest für Bildung“⁵³ der Gesellschaft für Bildung und Wissen erwähnenswert.

Gleichwohl verbleibt das folgende Fazit, an welchem man nicht vorbeikommt, wenn man das hier explizierte Thema ernsthaft in Sicht nimmt: Einerseits stellen wir fest, daß sich die Pflichten und Rechte der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (und damit ihre Verantwortung, vor allem im Hinblick auf Struktur und Evolution ihrer Tätigkeiten) in den letzten beiden Jahrhunderten kaum verändert haben, was ihre tägliche Arbeit angeht: Es geht vor allem darum, diese Arbeit, jeweils zugeschnitten auf den eigenen Fachbereich, sorgfältig und zuverlässig durchzuführen, „nach bestem Wissen und Gewissen“, wie man zu sagen pflegt. Eine Selbstverpflichtung, die darin besteht, die Bereitschaft zu ordentlicher Ar-

50 Hinweise und Regeln der Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortungsvollen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken. 2017. Cf. ebenso: <https://www.mpg.de/199426/forschungsfreiheitRisiken.pdf> (17.03.2020)

51 *Ibid.*, 4.

52 *Ibid.*, 5.

53 Manifest für Bildung. Schluss mit der Bildungs-Deform. Gesellschaft für Bildung und Wissen. Ed. Jochen Krautz (Universität Wuppertal). (E-Mail-Verteiler, März 2020) Cf. *BildungsRat_absolut final.pdf*.

beit in diesem Sinne zu erklären, ist mithin mehr als entbehrlich. Man muß auch nicht die eigene Exzellenz bei dieser Verrichtung permanent hervorheben: Die Resultate sprechen allemal für sich selbst. Andererseits ist es sicherlich richtig, daß auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehalten sind, sich auf eine zureichende Allgemeinbildung zu stützen, die ihnen vor allem den kulturellen, historischen und politischen Kontext ihrer Arbeit offenzulegen imstande ist.

Man könnte hierzu einwenden, das zuletzt Dargelegte unterbiete das theoretische Niveau der Reflexion bei weitem und expliziere in der Hauptsache immanente Trivialitäten. Das ist aber kein Mangel der Darlegung, sondern verweist vielmehr auf die intrinsische Distanz zwischen der theoretischen Konzeptualisierung des Themas und seiner praktischen Explikation im gewöhnlichen Arbeitsalltag. Darin liegt gerade jene Schwierigkeit des Übergangs von der Theorie zur Praxis: Gerade, weil die Protagonisten in dem einen Bereich anders ausgebildet sind als jene in dem anderen Bereich, wird die diskursive Diskrepanz überhaupt bemerkbar. Denn was fehlt, ist der gemeinsame Überbau, der früher von einem „Studium Generale“ geleistet zu werden pflegte. Es zeigt sich auf diese Weise, daß das zuletzt Besprochene keineswegs eine Unterbietung darstellt, sondern nichts weiter als das in den Alltagsdiskurs überführte Korollar aus dem zuerst Besprochenen.

Kurz gesagt: Bei dem Text von Weber handelt es sich zweifellos um einen historischen Text, der nicht für unsere Zeit geschrieben ist, ihr gleichwohl noch eine Menge zu sagen hat, wenn man die theoretische Konzeptualisierung mit der praktischen Aktualisierung abgleicht.

Jahrbücher Wissenschaftsforschung

- Wissenschaftsforschung: Jahrbuch 1994/95. Hrsg. v. Hubert Laitko, Heinrich Parthey u. Jutta Petersdorf. Marburg: BdWi – Verlag 1996. 306 Seiten.
- Wissenschaftsforschung: Jahrbuch 1996/97. Hrsg. v. Siegfried Greif, Hubert Laitko u. Heinrich Parthey. Marburg: BdWi – Verlag 1998. 254 Seiten.
- Wissenschaft und Digitale Bibliothek: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 1998. Hrsg. v. Klaus Fuchs-Kittowski, Hubert Laitko, Heinrich Parthey u. Walther Umstätter. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2000. 368 Seiten.
- Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 1999. Hrsg. v. Siegfried Greif u. Manfred Wölfling. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2003. 227 Seiten.
- Organisationsinformatik und Digitale Bibliothek in der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2000. Hrsg. v. Klaus Fuchs-Kittowski, Heinrich Parthey, Walther Umstätter u. Roland Wagner-Döbler. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2001. 239 Seiten.
- Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2001. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Günter Spur. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2002. 234 Seiten.
- Wissenschaftliche Zeitschrift und Digitale Bibliothek: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2002. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Walther Umstätter. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2003. 224 Seiten.
- Evaluation wissenschaftlicher Institutionen: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2003. Hrsg. v. Klaus Fischer u. Heinrich Parthey. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2004. 250 Seiten.
- Wissensmanagement in der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2004. Hrsg. v. Klaus Fuchs-Kittowski, Walther Umstätter u. Roland Wagner-Döbler. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2008. 200 Seiten.
- Gesellschaftliche Integrität der Forschung: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2005. Hrsg. v. Klaus Fischer u. Heinrich Parthey. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2006. 244 Seiten.
- Wissenschaft und Technik in theoretischer Reflexion: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2006. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Günter Spur. Frankfurt am Main: Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften 2007. 248 Seiten.

- Integrität wissenschaftlicher Publikationen in der Digitalen Bibliothek: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2007. Hrsg. v. Frank Havemann, Heinrich Parthey u. Walther Umstätter. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2007. 296 Seiten.
- Selbstorganisation in Wissenschaft und Technik: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2008. Hrsg. v. Werner Ebeling u. Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2009. 285 Seiten.
- Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2009. Hrsg. v. Heinrich Parthey, Günter Spur u. Rüdiger Wink. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2010. 233 Seiten.
- Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010. Hrsg. v. Klaus Fischer, Hubert Laitko u. Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2011. 301 Seiten.
- Kreativität in der Forschung: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2012. Hrsg. v. Thomas Heinze, Heinrich Parthey, Günter Spur u. Rüdiger Wink. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2013. 266 Seiten.
- Forschung und Publikation in der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2013. Hrsg. v. Heinrich Parthey u. Walther Umstätter. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2014. 172 Seiten.
- Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2014. Hrsg. v. Jörg Krüger, Heinrich Parthey u. Rüdiger Wink. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2015. 148 Seiten.
- Struktur und Funktion wissenschaftlicher Publikationen im World Wide Web: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2015. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2015. 148 Seiten.
- Forschendes Lernen: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2016. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2017. 296 Seiten.
- Ambivalenz der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2017. Hrsg. v. Klaus Fischer u. Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2019. 276 Seiten.
- Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2018. Hrsg. v. Jörg Krüger u. Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2019. 103 Seiten.
- Wissenschaftsverantwortung: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2019. Hrsg. v. Harald A. Mieg, Hans Lenk u. Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2019. 336 Seiten.